



Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2013



Verfassungsschutzbericht 2013

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort.....	6
I	Verfassungsfeindliche Zielsetzungen.....	8
1.	Rechtsextremismus.....	8
2.	Linksextremismus	10
3.	Islamismus und Ausländerextremismus	11
II	Extremismus im Freistaat Sachsen.....	13
1.	Rechtsextremismus.....	13
1.1	Personenpotenzial	13
1.2	NEONATIONALSOZIALISTEN	17
1.3	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD).....	29
1.4	JUNGE NATONALDEMOKRATEN (JN)	58
1.5	DIE RECHTE	70
1.6	Subkulturelle Rechtsextremisten.....	72
1.7	Rechtsextremistische Musikgruppen und Konzerte	75
1.7.1	Rechtsextremistische Musikgruppen.....	75
1.7.2	Rechtsextremistische Konzerte	81
1.8	Rechtsextremistische Vertriebszene	84
1.9	Rechtsextremistische Publikationen	89
1.10	Nutzung von Immobilien durch Rechtsextremisten	91

1.11	Ausblicke zum Rechtsextremismus	93
1.12	Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen	95
1.12.1	Landkreis Bautzen	95
1.12.2	Chemnitz (Stadt)	98
1.12.3	Dresden (Stadt)	102
1.12.4	Erzgebirgskreis.....	110
1.12.5	Landkreis Görlitz.....	114
1.12.6	Landkreis Leipzig	116
1.12.7	Leipzig (Stadt).....	120
1.12.8	Landkreis Meißen.....	126
1.12.9	Landkreis Mittelsachsen	130
1.12.10	Landkreis Nordsachsen.....	134
1.12.11	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	139
1.12.12	Vogtlandkreis.....	143
1.12.13	Landkreis Zwickau.....	146
2.	Linksextremismus	150
2.1	Personenpotenzial	150
2.2	AUTONOME	153
2.3	Anarchistische Gruppierungen.....	171
2.4	Orthodoxe linksextremistische Parteien und Organisationen	178
2.5	ROTE HILFE e. V. (RH).....	180
2.6	Kennzeichen und Symbole, die von Linksextremisten verwendet werden.....	183
2.7	Linksextremistische Publikationen (Auswahl)	186
2.8	Ausblick zum Linksextremismus	187
2.9	Regionale Beschreibung linksextremistischer Bestrebungen	191
2.9.1	AUTONOME in Leipzig.....	193
2.9.2	AUTONOME in Dresden	199
2.9.3	AUTONOME in Chemnitz	204
2.9.4	Linksextremisten außerhalb der Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz.....	206
3.	Islamismus und Ausländerextremismus	211
3.1	Personenpotenzial	211
3.2	Islamismus – salafistische Bestrebungen	212
3.3	ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK).....	216

4.	Hintergründe/Phänomenübergreifende Betrachtungen.....	220
4.1	Der Bürgerkrieg in Syrien und seine extremistischen Reflexionen in Sachsen.....	220
4.1.1	Hintergrund.....	220
4.1.2	Reaktionen der islamistischen und ausländerextremistischen Szene in Sachsen.....	222
4.1.3	Reaktionen der rechtsextremistischen Szene in Sachsen.....	223
4.1.4	Reaktionen der linksextremistischen Szene in Sachsen.....	224
4.1.5	Fazit.....	225
5.	Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten mit extremistischem Hintergrund.....	226
5.1	Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund.....	226
5.2	Politisch motivierte Kriminalität „links“ – Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund.....	227
5.3	Politisch motivierte Ausländerkriminalität – Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund.....	228
III	Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz, Mitwirkungsaufgaben.....	229
1.	Spionageabwehr.....	229
1.1	Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste.....	230
1.1.1	Russische Nachrichtendienste.....	230
1.1.2	Chinesische Nachrichtendienste.....	231
1.1.3	Arabische und nordafrikanische Nachrichtendienste.....	231
1.1.4	Westliche Nachrichtendienste.....	232
1.2	Wirtschaftsspionage, Proliferation und Wirtschaftsschutz.....	232
1.2.1	Wirtschaftsspionage.....	232
1.2.2	Proliferation.....	233
1.2.3	Wirtschaftsschutz.....	233
2.	Geheim- und Sabotageschutz, Mitwirkungsaufgaben.....	235
2.1	Sicherheitsüberprüfungen (Personeller Geheimschutz) und Sabotageschutzüberprüfungen.....	235
2.2	Materieller Geheimschutz.....	237

2.3	Zuverlässigkeitsüberprüfungen sowie Prüfung von Versagens- oder Ausschlussgründen	237
IV	Verfassungsschutz.....	239
1.	Verfassungsschutz auf einen Blick	239
2.	Glossar der Verfassungsschutzbehörden	246
3.	Gesetze	257
	Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Verfassungsschutzgesetz – SächsVSG)	257
	Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz).....	275
V	Erwiesene extremistische Organisationen/Gruppierungen, die im Verfassungsschutzbericht 2013 genannt werden	290
VI	Stichwortverzeichnis	293
VII	Verzeichnis der Orte, Landkreise, Regionen, Länder.....	298
VIII	Abkürzungsverzeichnis	302

Vorwort

des Sächsischen Staatsministers des Innern Markus Ulbig für den Sächsischen Verfassungsschutzbericht 2013



Markus Ulbig
Sächsischer Staatsminister des Innern

Liebe Leser,

der Verfassungsschutz bleibt auch in Zukunft unverzichtbares Element der sächsischen Sicherheitsarchitektur. Im Sinne einer wehrhaften Demokratie gilt es, Radikalisierungstendenzen rechtzeitig zu erkennen und Druck auf extremistische Szenen auszuüben. Der vorliegende Bericht dokumentiert dabei den seit zwei Jahren laufenden Reformprozess beim Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen. Landkreisspezifische Extremismuslagebilder, Ist-Analysen und potenzielle Entwicklungsszenarien zu extremistischen Strömungen sowie ein eigenes Kapitel zum Syrien-Konflikt und seinen Auswirkungen auf die Sicherheit in Sachsen – das alles ist auch Ausdruck des neuen Selbstverständnisses im Landesamt als moderner, transparenter und bürgerorientierter Nachrichtendienst.

Auch im Berichtsjahr 2013 spielte die Aufarbeitung des NSU-Gesamtkomplexes für Politik und Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Bereits im Dezember 2012 hatten sich die Innenminister der Länder auf umfassende Maßnahmen verständigt, mit denen Fehler und Versäumnisse aufgedeckt und entsprechende Konsequenzen gezogen werden sollten. Darüber hinaus habe ich im Jahr

2012 eine hochrangige Expertenkommission zur Evaluierung des sächsischen Verfassungsschutzes einberufen, die im Februar 2013 ihren Bericht vorgelegt hat. Die Kommission wertete die Ereignisse und das Tätigwerden des Landesamtes vor allem im Zusammenhang mit dem NSU aus und gab über 80 Handlungsempfehlungen ab. Ich habe daraufhin im März 2013 eine Projektgruppe eingesetzt, welche die Umsetzung begleitet hat. Inzwischen konnten die Empfehlungen der Expertenkommission vollständig umgesetzt werden. Der sächsische Verfassungsschutz ist damit grundlegend neu aufgestellt.

Selbstverständlich spielte im Berichtsjahr auch die aktive Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen eine große Rolle. Ein Beispiel dafür ist die öffentliche Debatte um ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD: Der Bundesrat hat bereits am 14. Dezember 2012 die Einleitung eines solchen Verfahrens beschlossen. Die Antragschrift wurde am 3. Dezember 2013 beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Die Länder sehen in dem maßgeblich auch von den Verfassungsschutzbehörden zusammengetragenen Material eine geeignete Grundlage, das Verfahren erfolgreich abschließen zu können. Diese Haltung wurde vom Sächsischen Staatsministerium des Innern aktiv mitgetragen. Das Beispiel zeigt: Neben einem unverzichtbaren gesamtgesellschaftlichen Engagement brauchen wir einen leistungsfähigen Verfassungsschutz, der als „Fernlicht der Demokratie“ fungiert und damit seiner gesellschaftlichen Frühwarnfunktion gerecht wird. Unser Ziel muss nach wie vor sein, verloren gegangenes Vertrauen in die Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden wieder zurück zu gewinnen. Ich bin davon überzeugt, dass es durch die bereits umgesetzten Maßnahmen sowie die noch anstehenden Vorhaben gelingen wird.

Der vorliegende Bericht belegt: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz leisten dazu einen wertvollen Beitrag. Ihre Expertise und ihre gesammelten Erkenntnisse sind ein entscheidender Baustein im Fundament unserer Demokratie. Für ihren Einsatz und die Qualität ihrer Arbeit bedanke ich mich ausdrücklich und bin mir sicher, dass sie den angestoßenen Reformprozess mit vollem Einsatz fortsetzen werden.



Markus Ulbig
Sächsischer Staatsminister des Innern

1 Verfassungsfeindliche Zielsetzungen

1. Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus ist weltanschaulich, organisatorisch und in seinem äußeren Erscheinungsbild ein vielgestaltiges Phänomen. Er stellt kein ideologisch einheitliches Gefüge dar, sondern weist unterschiedliche Ausprägungen nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologieelemente auf. Vorherrschend ist dabei stets die Auffassung, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse bestimme den Wert eines Menschen. Individuelle Rechte und gesellschaftliche Interessenvertretungen treten zugunsten kollektivistischer „volksgemeinschaftlicher“ Konstrukte zurück (Antipluralismus).

Folgende Ideologiefragmente stellen rechtsextremistisches Gedankengut dar, welches von den verschiedenen Strömungen im deutschen Rechtsextremismus in zum Teil unterschiedlicher Gewichtung vertreten wird:

■ „Volksgemeinschaft“ als Souverän zu Lasten der Freiheitsrechte des Einzelnen

Der Staat wird als eine ethnisch-rassistisch homogene „Volksgemeinschaft“ angesehen. Der vermeintlich einheitliche Wille des Volkes soll dabei von staatlichen Führern intuitiv umgesetzt werden („Völkischer Kollektivismus“). In einem so verstandenen autoritären Staat würden damit wesentliche Kontrollelemente

der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie das Recht des Volkes, die Staatsgewalt durch Wahlen auszuüben, oder das Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition, fehlen.

■ Fremdenfeindlichkeit, auch in Form von Rassismus und Antisemitismus

Nach der Vorstellung von Rechtsextremisten soll das deutsche Volk vor der Integration „rassistisch minderwertiger Ausländer“ und vor einer „Völkervermischung“ bewahrt werden. Es wird befürchtet, dass die „Rasse“ des deutschen Volkes infolge einer „Durchmischung mit fremdem Blut“ untergehen würde.

Die Ausgrenzung jener Menschen, die nicht dem rassistischen Ideal der Rechtsextremisten entsprechen, widerspricht dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, welcher in unserer Verfassung garantiert ist. Die Würde des Menschen, die bedingungs- und voraussetzungslos jedem Menschen eigen ist, wäre von der biologisch-genetischen Teilhabe an der Volksgemeinschaft abhängig.

Antisemitismus ist ein Kennzeichen fast aller rechtsextremistischen Strömungen. Er tritt in unterschiedlichen Varianten religiöser,

kultureller sowie rassistischer Ausprägung auf. Häufig werden dabei Theorien, wie die Behauptung einer „jüdischen Weltverschwörung“, oder einer jüdisch dominierten Weltwirtschaft verbreitet.

■ **Revisionismus**

Unter Geschichtsrevisionismus versteht man die Leugnung oder Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen und der deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Auch werden der Holocaust und andere Verbrechen der Nationalsozialisten insbesondere durch eine Gleichsetzung mit Handlungen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs relativiert. Die Leugnung des an den europäischen Juden begangenen Völkermords erfüllt den Straftatbestand der Volksverhetzung. Revisionisten im engeren Sinne propagieren eine verfälschende Geschichtsbetrachtung, indem sie anstreben, die Erkenntnisse der seriösen Geschichtswissenschaft von einem vermeintlich wissenschaftlichen Standpunkt aus zu widerlegen.

Von Gebietsrevisionismus ist die Rede, wenn Rechtsextremisten die Anerkennung der deutschen Gebietsverluste, die aus den beiden Weltkriegen resultierten, verweigern oder sogar weitere Gebiete – entgegen den vertraglichen Verpflichtungen, die Deutschland seit 1918 beziehungsweise seit 1945 eingegangen ist – für Deutschland beanspruchen.

Revisionistische Positionen bilden ein wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen.

■ **Fehlende Distanz zum historischen Nationalsozialismus**

Durch ihre Äußerungen zeigen Rechtsextremisten häufig – zumindest mittelbar – eine wohlwollende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus. Vermeintlich positiv zu bewertende Handlungen der historischen Nationalsozialisten werden überbetont oder beschönigt. Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime werden diffamiert. Auch glorifizieren Rechtsextremisten nationalsozialistische Funktionsträger aus dieser Zeit, z. B. Rudolf Heß, den ehemaligen Stellvertreter Adolf Hitlers. Darüber hinaus lehnen sie sich zum Teil eng an Sprache und Programmatik dieser Zeit an.

■ **Verächtlichmachen von Verantwortungsträgern und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates**

Unter Rechtsextremisten kommt es vielfach zu einer Verunglimpfung des demokratischen Verfassungsstaats und seiner Repräsentanten. Deutsche Politiker werden dabei als korrupte Handlanger ausländischer, insbesondere US-amerikanischer Interessen, diffamiert, und es wird ihnen die Fähigkeit abgesprochen, die Probleme des Landes lösen zu können. Rechtsextremisten streben auf diese Weise an, sich als alleinige Wahrer der Interessen des deutschen Volkes darzustellen und den politischen Gegner als Verräter zu diskreditieren.

2. Linksextremismus

Linksextremisten streben die Überwindung der parlamentarischen Demokratie und die Außerkräftsetzung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. An deren Stelle wollen sie eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine „herrschaftsfreie“ anarchistische Gesellschaft etablieren. Ihr politisches Handeln richten sie dementsprechend an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen aus. Damit treten sie für eine Diktatur über die Mehrheit ein, die auch mit einer Bevormundung Andersdenkender einhergehen würde. Die von Linksextremisten häufig genannten Werte „Gleichheit“, „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ stellen sich bei genauerem Hinsehen als Synonyme für die Negierung demokratischer Errungenschaften (z. B. die Gewaltenteilung), vor allem aber für die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte dar. Dies betrifft z. B. die Beseitigung des Rechts auf Eigentum. Auch wenn das Grundziel aller Linksextremisten – die Abschaffung der Demokratie – alle Fraktionen eint, bestehen hinsichtlich der Vorstellungen zur angestrebten Ordnung, des dorthin führenden Wegs und der anzuwendenden Mittel erhebliche Differenzen.

Linksextremisten bringen sich in gesellschaftliche Proteste ein und versuchen, diese für ihre extremistischen Ziele zu instrumentalisieren. Bei Aktivitäten von Nichtextremisten, an denen sich Linksextremisten beteiligen, besteht daher immer die Gefahr, dass solche Aktionen außer Kontrolle geraten, wenn Linksextremisten unabhängig agieren und ihre gewaltbereite Strategie umsetzen.

Gewalt ist in Teilen der linksextremistischen Szene – bei den AUTONOMEN – allgemein akzeptierter Grundkonsens. Die eigene Militanz wird dabei im Wesentlichen mit zwei Begründungen legitimiert: Zum einen handelt es sich um die Gegengewalt, mit der man sich gegen die ungerechtfertigte Gewaltausübung des Staates wehre; zum anderen gebe es politische Anliegen, die den Einsatz von Gewalt rechtfertigen und eine Vermittlung des Gewalteinsatzes ermöglichen. Diese Gewalt richtet sich gegen Sachen, kann aber auch Personen, wie tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, Polizeibeamte und andere Repräsentanten staatlicher Einrichtungen, zum Ziel haben.

3. Islamismus und Ausländerextremismus

Gruppierungen von Ausländern werden als extremistisch beurteilt, wenn sich ihre Ziele gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Die Verfassungsfeindlichkeit einer ausländerextremistischen Zielsetzung kann sich auch daraus ergeben, dass sich diese wider den Gedanken der Völkerverständigung oder auf die Anwendung von Gewalt bzw. darauf hinzielende Vorbereitungshandlungen richtet.

Wesentliche gemeinsame Merkmale ausländerextremistischer Bestrebungen sind:

- das Ziel, die in den jeweiligen Herkunftsländern herrschende Gesellschaftsordnung, zunehmend aber auch jene in Deutschland, abzuschaffen und sie durch eine Ordnung zu ersetzen, die der Ideologie der jeweiligen extremistischen Organisation entspricht,
- die Gefährdung auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen¹,
- Äußerungen und Aktivitäten, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, richten.

Im Einzelnen lassen sich ausländerextremistische Bestrebungen untergliedern in

- islamisch-extremistische (d. h. islamistische),
- linksextremistisch-separatistische,
- extrem nationalistische.

Islamistische Organisationen zielen darauf, die westlichen, freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnungen durch ein auf Koran und Scharia (islamisches Rechts- und Wertesystem) basierendes Gesellschaftssystem zu ersetzen. Nach ihren Vorstellungen regelt der Islam alle Lebensbereiche einer Gesellschaft. Insofern könne auch alle staatliche Herrschaft nicht dem menschlichen Willen entspringen, sondern gehe einzig von Gott (Allah) aus. Eine Trennung von Staat und Religion widerspricht daher ihrer Auffassung von einer Staats- und Gesellschaftsordnung und wird als unislamisch verurteilt. Innerhalb des Islamismus gibt es zur Errichtung der angestrebten „islamischen“ Herrschaft unterschiedliche Strategien. Dabei sind Organisationen aktiv, die entweder Terrorismus ausüben oder solche, die zwar Gewalttaten befürworten, jedoch aus unterschiedlichen Gründen selber keine Gewalt zur Erreichung ihres Ziels einsetzen und schließlich Organisationen, die sowohl Terror als auch Gewalteininsatz verurteilen. Letztere setzen mit ihren ideologischen Vorstellungen auf eine allmähliche Durchdringung der Gesellschaft. Auch sie streben die Abschaffung der grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. Dazu gehört z. B. die Abschaffung der Volkssouveränität, des Mehrparteienprinzips und des Rechts auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition.

Linksextremistisch-separatistische Ausländergruppierungen streben nach der revolutionä-

¹ Von einer Gefährdung der auswärtigen Belange spricht man dann, wenn durch die Bestrebungen das friedliche Zusammenleben der Völker oder die Beziehungen zu anderen Regierungen beeinträchtigt werden. Ausländerextremistische Organisationen verbinden mit ihrer Propaganda u. a. die Verunglimpfung der jeweiligen Heimatregierung.

ren Zerschlagung der jeweiligen Staatsordnung in ihren Herkunftsländern die Errichtung eines sozialistischen bzw. kommunistischen Systems an. Einige dieser Gruppierungen verfolgen dabei ethnisch motivierte Unabhängigkeitsbestrebungen.

Extrem nationalistische Ausländerorganisationen vertreten ein übersteigertes Nationalbewusstsein, das anderen Nationen oder Personen anderer Nationalität die Gleichwertigkeit abspricht.

Die meisten der linksextremistisch-separatistischen bzw. extrem nationalistischen Ausländerorganisationen nutzen die Bundesrepublik Deutschland, um von hier aus gewaltsame Aktionen in ihrem jeweiligen Heimatstaat vorzubereiten, etwa durch Aufrufe zu Gewalt oder durch die Beschaffung finanzieller oder sonstiger Mittel. Solche Bestrebungen gefährden durch die Anwendung von Gewalt oder hierauf gerichtete Vorbereitungshandlungen die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland. Sie richten sich zudem gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

II Extremismus im Freistaat Sachsen

1. Rechtsextremismus

1.1 Personenpotenzial

Überblick in Zahlen²

In der Bundesrepublik Deutschland geht das rechtsextremistische Personenpotenzial seit Jahren zurück. Bis zum Jahr 2012 war dieser Trend auch im Freistaat Sachsen zu beobachten. Im Jahr 2013 stagnierte die Zahl der Rechtsextremisten in Sachsen bei ca. 2.500 (2012: 2.500) jedoch.

Rückläufig waren die Personenpotenziale bei den NEONATIONALSOZIALISTEN und bei der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD). Kompensiert wurden die Rückgänge durch einen Zuwachs bei den subkulturell geprägten Rechtsextremisten, bei den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) und durch den im Oktober 2013 gegründeten sächsischen Landesverband der rechtsextremistischen Partei DIE RECHTE. Mit dieser Partei war neben der NPD zunächst wieder eine zweite rechtsextremistische Partei im Freistaat Sachsen vertreten. Der sächsische Landesverband löste sich jedoch am 18. März 2014 wieder auf.

Die NEONATIONALSOZIALISTEN stellen in Sachsen nach wie vor die größte Gruppe im Bereich der

rechtsextremistischen Bestrebungen dar. Mit einem leichten Rückgang auf 980 (2012: 1.000) behauptet sich diese Gruppe stabil im rechtsextremistischen Spektrum.

Die anhaltenden Mitgliederverluste bei der NPD – ihr gehörten im Jahr 2013 ca. 670 Personen an (2012: 700) – wurden durch einen Zuwachs bei den JN-Mitgliedern teilweise ausgeglichen.

Die Partei DIE RECHTE konnte in ihrem Gründungsjahr in Sachsen zehn Personen für sich gewinnen.

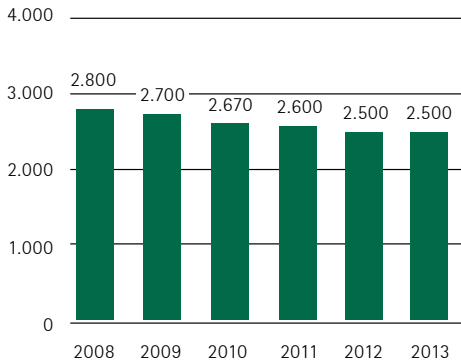
Der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene gehörten im Jahr 2013 ca. 850 Personen an (2012: ca. 800).

Für das Jahr 2013 wird das gewaltbereite rechtsextremistische Personenpotenzial³ im Freistaat Sachsen auf ca. 830 Personen geschätzt. Zu diesem Spektrum zählen vor allem Angehörige der rechtsextremistischen subkulturellen Szenen aber auch der neonationalsozialistischen Strukturen sowie der rechtsextremistischen Parteien.

² Die Zahlenangaben sind teilweise geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelerkenntnisse vor.

³ Hierzu zählen Tatverdächtige rechtsextremistischer Gewaltstraftaten und Personen, bei denen Anhaltspunkte für eine Gewaltbereitschaft vorliegen.

Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen (insgesamt: ca. 2.500 [2012: 2.500/bundesweit 2012: 22.150]⁴)

RECHTSEXTREMISTISCHE PARTEIEN	NEONATIONALSOZIALISTEN	SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTEN	SONSTIGE ORGANISATIONEN
2013: ca. 680 2012: ca. 700	2013: ca. 980 2012: ca. 1.000	2013: 850 2012: 800	2013: ca. 10 2012: ca. 20

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) 2013: ca. 670 2012: ca. 700
--

DIE RECHTE (Landesverband Sachsen) 2013: ca. 10

⁴ Die angegebenen Werte sind teilweise geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelkenntnisse vor. Die Gesamtzahl ergibt sich rechnerisch unter Abzug von hier bekannten Doppelmitschafften.

Regionale Verteilung der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen – absolut



Regionale Verteilung der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen – je 10.000 Einwohner



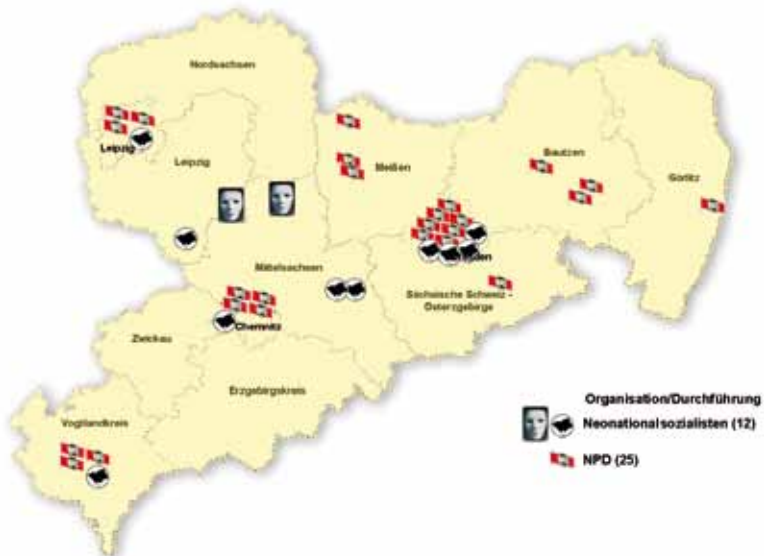
Entwicklung der Verteilung von Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen seit 2003

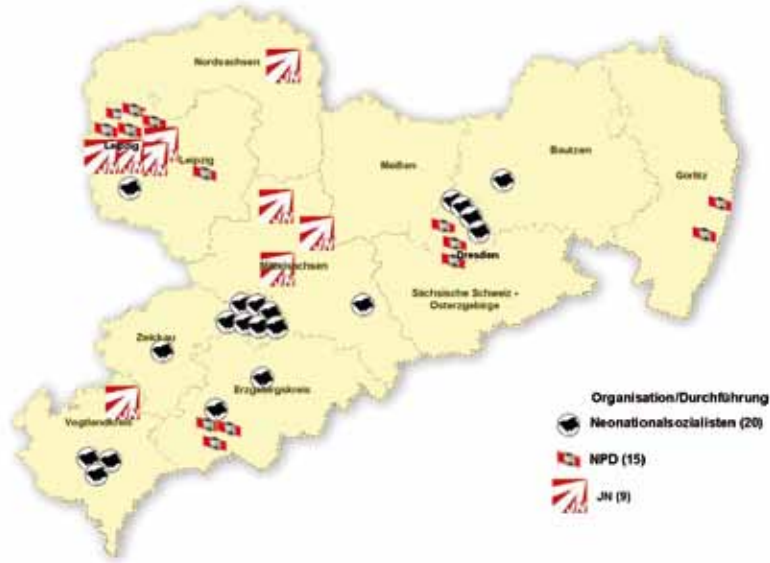


Die regionalen Schwerpunkte lagen wie im Vorjahr in den Landkreisen Erzgebirge, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und in der Stadt Leipzig. Hier waren rechtsextremistische Potenziale von etwa 250-300 Personen zu verzeichnen. Dahinter folgten die Landkreise Mittelsachsen, Zwickau und die Landeshauptstadt Dresden, wo der rechtsex-

tremistischen Szene jeweils ca. 200 - 250 Personen angehörten. Im Landkreis Meißen und im Vogtlandkreis waren mit jeweils etwa 50-100 Personen landesweit (wie 2012) die geringsten rechtsextremistischen Personenpotenziale festzustellen. Im Landkreis Görlitz ist der Anteil der Rechtsextremisten je 10.000 Einwohner angestiegen.

Organisatoren der Demonstrationen von Rechtsextremisten in Sachsen 2012





1.2 NEONATIONALSOZIALISTEN

Entwicklungen – Aktivitäten Verunsicherung und Strategiewechsel

Zahlreiche Vereinsverbote⁵ bundesweit hatten bereits im Jahr 2012 zu einer Verunsicherung der sächsischen NEONATIONALSOZIALISTEN geführt, in deren Folge man sich strategisch auf die Stärkung des szeneeigenen Zusammenhaltes ausrichtete. Es waren verstärkt interne Veranstaltungen und Vernetzungstreffen von Führungskräften durchgeführt worden. Der Fokus lag auf der überregionalen Vernetzung sowie dem Erhalt und der Erschließung eigener nationaler Objekte als Rückzugsorte.

Das Verbot der neonationalsozialistischen Gruppierung NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN am 18. Februar 2013 durch das Sächsische Staatsministerium des Innern war ein harter Schlag für die neonationalsozialistische Szene in Sachsen.

„Das heutige Verbot der NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN reiht sich ein in eine seit 2012 verstärkte und weiter andauernde Welle der Repression. Erinnerung sei hier unter anderem an das vorgehen gegen das AKTIONSBÜNDNIS MITTELREIN, den NATIONALEN WIDERSTAND DORTMUND, die KAMERADSCHAFt AACHENER LAND oder auch die SPREELICHTER.“⁶

⁵ Beispielsweise des AKTIONSBÜNDNIS MITTELREIN, der WIDERSTANDSBEWEGUNG IN SÜDBRANDENBURG und des NATIONALEN WIDERSTANDES DORTMUND.

⁶ Internetseite NETZWERKMITE.com, „Verbotsapparat schlägt erneut zu – Nationale Sozialisten Döbeln verboten!“

Dieses Verbot in den eigenen Reihen führte zu weiteren Erschütterungen und dem wiederholten Versuch der strategischen Neuausrichtung in weiten Teilen der neonationalsozialistischen Szene Sachsens. Diese lässt sich hauptsächlich an drei Punkten festmachen, denen ein hohes Sicherheitsbedürfnis vor weiteren staatlichen Maßnahmen zugrunde liegt.

Zum einen drängten Teile der Szene unter das organisatorische Dach der NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN), um dort durch das Parteienprivileg geschützt zu sein. Die JN wiederum öffneten sich bereitwillig für Protagonisten aus der neonationalsozialistischen Szene und nahmen auch ehemalige Mitglieder der verbotenen NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN in ihren Reihen auf.

Entsprechend führte der JN-Landesverband Sachsen am 5. Oktober 2013 in Döbeln (Lkr. Mittelsachsen) eine Demonstration unter dem Motto „Der Drang nach Freiheit – Gegen Polizeirepression und Willkür“ durch. Diese Veranstaltung richtete sich gegen staatliche Maßnahmen, insbesondere gegen das Verbot der „NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN“.

Die Ablehnung der angeblichen staatlichen Repression manifestierte sich in der Verunglimpfung des sächsischen Innenministers Markus Ulbig. Dieser wurde in drei von der JN auf der Internetplattform YouTube veröffentlichten Videos (zuletzt am 2. Oktober 2013) als „verrückt nach Verboten“ dargestellt. Eine als Ulbig maschierte Person wird dabei in Zwangsjacke gezeigt. Eine entsprechend maskierte Person lief auch im Demonstrationzug mit. Diese gezielten Provokationen in Richtung des sächsischen Innenministers verdeutlichen, welche tiefgreifende Verunsicherung das Organisationsverbot der NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN in der Szene ausgelöst hat. Auf dem im Demonstrationzug mitgeführten

Großtransparent mit der Aufschrift „Menschenrecht bricht Staatsrecht“ stehen ein Signet mit einer schwarzen Fahne sowie das JN-Signet nebeneinander. Damit sollte verdeutlicht werden, dass die JN mit freien Strukturen gleichberechtigt zusammenarbeiten und möglicherweise bereits mit diesen verschmolzen sind.



Foto: LfV Sachsen.

Einige neonationalsozialistische Strukturen hingegen, für die ein Zusammengehen mit den JN keine Option darstellt, wählten einen zweiten Weg, in dem sie im Jahr 2013 in der Öffentlichkeit nicht unter eigenem Namen, sondern lediglich unter Kampagnenbezeichnungen auftraten.

So hoben die NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC) die Kampagne „Raus in die Zukunft“ aus der Taufe.

Themenschwerpunkt der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten dieser Kampagne bildeten Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Asylbewerbererstaufnahmeeinrichtung im Chemnitzer Stadtteil Ebersdorf.

Die FREIEN KRÄFTE DRESDEN bedienen sich seit mehreren Jahren der Kampagnenbezeichnung „AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DAS VERGESSEN“, um Aktionen rund um den 13. Februar zur Erinnerung an die Bombardierung der Stadt Dresden im Jahr 1945, durchzuführen.



Quelle: Facebookseite der Kampagne „Raus in die Zukunft“.

Im Juni 2013 übernahmen sie zusätzlich die neonationalsozialistische Jahreskampagne „Tag der Deutschen Zukunft – Unser Signal gegen Überfremdung“ (TddZ), welche am 7. Juni 2014 in einer bundesweiten Demonstration in Dresden gipfeln soll. Hier steht wie auch in Chemnitz die Agitation gegen die Aufnahme von Asylbewerbern in Deutschland im Vordergrund.



Quelle: Twitteraccount der Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“.

Während sich die Chemnitzer Kampagne „Raus in die Zukunft“ auf ein Agieren vor Ort in Chemnitz beschränkte fanden Aktionen im Rahmen der TddZ-Kampagne sachsenweit statt. So wurde eine Kundgebung in Plauen sowie eine weitere in Freiberg veranstaltet. Hier konnte man für die Planung und Durchführung auf die vor Ort etablierten neonationalsozialistischen Strukturen REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND VOGTLAND sowie auf die FREIEN NATIONALISTEN FREIBERG zurückgreifen.

Sowohl die Chemnitzer Kampagne „Raus in die Zukunft“ als auch die von Dresden aus geführte Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“ sollen durch ihre scheinbar unverfänglichen und positiv zukunftsgerichteten Bezeichnungen die agierenden rechtsextremistischen Strukturen verschleiern. Dies hat zum einen das Ziel, sich weniger angreifbar für Sicherheitsbehörden zu machen, zum anderen sollten aber auch Nicht-

extremisten zu öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen mobilisiert werden. Obwohl man mit dem Thema Anti-Asyl bewusst Ängste beim Bürger zu schüren versuchte, konnte dieses Ziel mit Teilnehmerzahlen im zweistelligen bzw. niedrigen dreistelligen Bereich jedoch nicht erreicht werden.

Bemerkenswert ist, dass die NPD mit der gleichen Taktik in der Lage war in Schneeberg bis zu 1.800 Menschen zum Anti-Asylthema auf die Straße zu bringen, unter denen sich jeweils nur bis zu 250 Rechtsextremisten befanden. Die drei Demonstrationen im Oktober und November 2013 in Schneeberg wurden unter der bewusst volkstümlich gewählten Bezeichnung 1. bis 3. „Schneeberger Lichtlauf“ durch den Vorsitzenden des örtlichen NPD-Kreisverbandes angemeldet. Die NPD trat als Veranstalterin nicht öffentlich in Erscheinung.

Zum Dritten führte man bewusst nur noch angemeldete Veranstaltungen wie Kundgebungen oder Demonstrationen durch, um keine Angriffsfläche für ordnungsrechtliche Maßnahmen zu bieten. Bis auf eine Einzelaktion im Februar kam es im Jahr 2013 zu keiner unangemeldeten rechtsextremistischen Demonstration.

Nach dem erneuten Scheitern anlässlich des 13. Februar in Dresden eine bundesweite Großdemonstration durchzuführen, wurde die Durchführung von Großveranstaltungen im Jahr 2013 nicht mehr angestrebt.

Die Vorgehensweise, kleinere angemeldete Veranstaltungen unter Kampagnenbezeichnungen mit regionalem Teilnehmerkreis durchzuführen, hatte eine Konsolidierung im Demonstrationsaufkommen der parteiungebundenen neonationalsozialistischen Strukturen im Jahr 2013 zur Folge.

20 von insgesamt 44⁷ im Freistaat Sachsen durchgeführten öffentlichkeitswirksamen Aktionen, wie Kundgebungen und Demonstrationen, gingen auf das Konto der NEONATIONALSOZIALISTEN (2012 12 von insgesamt 37; 2011 34 von insgesamt 47).

Deutlich wurde außerdem, dass die Szene nach wie vor hervorragend vernetzt und kampagnenfähig ist, ihr allerdings über bereits etablierte Protagonisten hinaus kaum Mobilisierungspotenzial zur Verfügung steht.

Historie und Strukturentwicklung Personenpotenzial geht leicht zurück

Das Potenzial der NEONATIONALSOZIALISTEN ging im Jahr 2013 mit ca. 980 Personen leicht zurück. Dies ist vor allem auf das Verbot der NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN zurückzuführen. In dessen Folge schlossen sich – wie bereits erwähnt – ehemalige Mitglieder der Kameradschaft aber auch weitere NEONATIONALSOZIALISTEN den JN an. Der leichte Rückgang des Personenpotenzials hat jedoch keinen Einfluss auf die von den NEONATIONALSOZIALISTEN ausgehenden Gefahren. Sie verfügen zudem weiterhin über gefestigte Strukturen, die mit der NPD und besonders mit den JN zusammenarbeiten. Beide Szenen profitieren dabei voneinander.

NEONATIONALSOZIALISTEN sind überwiegend in festen kameradschaftsähnlichen Strukturen organisiert, die Szene vermeidet es jedoch, ihre Strukturen als Kameradschaften zu bezeichnen. Stattdessen werden bevorzugt wechselnde Begriffe wie FREIE KRÄFTE, NATIONALER WIDERSTAND, NATIONALE SOZIALISTEN oder aber Eigennamen wie z. B. REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND (RNJ) gewählt, die oft einen auf einen Ort bzw. eine Region hinweisenden Namenszusatz haben.

⁷ In die Statistik wurden keine reinen Wahlkampfkundgebungen der NPD aufgenommen.

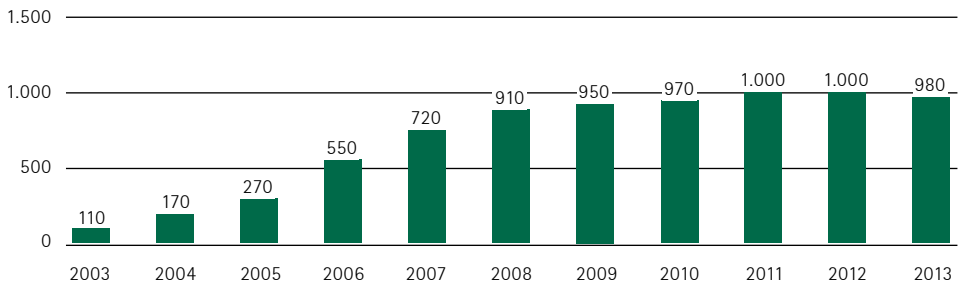
Sie haben in der Regel eine Führungsperson, einen relativ stabilen Mitgliederstamm und agieren vordergründig regional begrenzt. Die Führungspersonen unterliegen einer geringen Fluktuation und sind überwiegend langjährige ideologisch gefestigte Szeneangehörige, die ein Vertrauensverhältnis zueinander aufgebaut haben. Sie sind dadurch überregional hervorragend vernetzt und es besteht eine überregionale Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit im Freistaat Sachsen sowie zu den angrenzenden Bundesländern aber auch im gesamten Bundesgebiet.

Im Gegensatz zu den subkulturellen Rechtsextremisten legen NEONATIONALSOZIALISTEN ein erhöhtes Augenmerk auf eigene politische Aktionen. Sie treffen sich regelmäßig zu politischen Schulungen bzw. zur Planung politischer Aktivitäten oder nehmen an überregionalen rechtsextremistischen Veranstaltungen teil. So beispielsweise an den durch die neuen Kampagnen organisierten Kundgebungen oder an den jährlich wiederkehrenden öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen anlässlich historischer Daten wie

z.B. die Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg, die durch die örtlichen neonationalsozialistische Szenen organisiert werden.⁸

Für die Mobilisierung zu Veranstaltungen nutzt die Szene weiterhin das Internet auch mit dort angebotenen sozialen Netzwerken, wie z.B. Facebook, vk.com und den Kurznachrichtendienst Twitter. Deutlich wurde, dass sich Organisationsverbote auch auf das Agieren der Szene im Internet auswirken. Einzelne neonationalsozialistische Strukturen äußern sich nicht ideologisch, um ihr Bekenntnis zum Rechtsextremismus nicht offen bekannt zu machen. Zudem ist die Veröffentlichung ideologischer Ausarbeitungen stark zurückgegangen. Informierte die Szene noch in den Vorjahren unter Rubriken wie „Weltanschauung“, „Wer wir sind“ und „Was wir wollen“ ausführlich und mit teilweise intellektuellem Anspruch verbunden über das eigene extremistische Weltbild, so wurden im Jahr 2013 lediglich aktuelle Ereignisse, Entwicklungen und Einflüsse auf die Szene auf sprachlich eher niedrigerem Niveau veröffentlicht.

Personenpotenzial der NEONATIONALSOZIALISTEN im Freistaat Sachsen



⁸ Z. B.: 13. Februar Dresden, 5. März Chemnitz.

Beispielhaft werden die folgenden neonationalsozialistischen Gruppierungen bzw. Strukturen genannt:

NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC)	Chemnitz
FREIE KRÄFTE DRESDEN (FKD)	Dresden
FREIE KRÄFTE LEIPZIG	Leipzig
AKTIONSBÜNDNIS ERZGEBIRGE	Erzgebirgskreis
NATIONALE SOZIALISTEN HOYERSWERDA	Landkreis Bautzen
NATIONALE SOZIALISTEN GEITHAIN	Landkreis Leipzig
FREIE KRÄFTE KOHRENER LAND	Landkreis Leipzig
FREIE KRÄFTE IN MITTELSACHSEN	Landkreis Mittelsachsen
FREIE NATIONALISTEN FREIBERG	Landkreis Mittelsachsen
REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND (RNJ)	Vogtlandkreis
FREIE KRÄFTE DELITZSCH-EILENBURG	Landkreis Nordsachsen
FREIE KRÄFTE IN NORDSACHSEN	Landkreis Nordsachsen
FREIE KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ / OSTERZGEBIRGE	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
FREIE KRÄFTE ZWICKAU / NATIONALE SOZIALISTEN ZWICKAU	Landkreis Zwickau

Die neonationalsozialistischen Strukturen in Sachsen, von denen die NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN (seit 18. Februar 2013) und die NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ (seit 28. März 2014) verboten sind, verteilen sich folgendermaßen:



AUTONOME NATIONALISTEN (AN)

Im Freistaat Sachsen bestand 2013 mit den AUTONOMEN NATIONALISTEN AUE lediglich eine Gruppierung, die sich selbst öffentlich als AUTONOME NATIONALISTEN bezeichnet hat.



Transparent bei einer Demonstration am 17. Juni 2012 in Dresden.

Gruppierungen, die die Selbstbezeichnung AUTONOME NATIONALISTEN verwenden, weisen bereits seit mehreren Jahren bei öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten und in ihrem äußeren Erscheinungsbild keine Unterschiede zu anderen neonationalsozialistischen Personenzusammenschlüssen auf.

Einige Elemente der AN, wie auch die schwarze Kleidung, sind im Freistaat Sachsen von fast allen neonationalsozialistischen Gruppierungen übernommen worden und prägen deren öffentlichkeitswirksame Aktivitäten und äußeres Erscheinungsbild. Auch die in der Vergangenheit von den AN artikulierten Ideologieelemente – neben dem klassischen neonationalsozialistischen Gedankengut insbesondere der Antikapitalismus und Antiamerikanismus – sind von anderen NEONATIONALSOZIALISTEN aufgegriffen und thematisiert worden.

Insoweit hat das Phänomen der AN zu einer Veränderung der parteiungebundenen ideologisierten Rechtsextremisten in Bezug auf deren Aktionsformen und dem optischen Erscheinungsbild geführt.

Ideologie/Politische Zielsetzung der NEONATIONALSOZIALISTEN

Die NEONATIONALSOZIALISTEN dominieren das rechts-extremistische Spektrum außerhalb des Parteienbereichs. Auch zahlenmäßig bilden sie die größte Szene innerhalb des rechtsextremistischen Milieus. Sie unterscheiden sich von den subkulturell geprägten Rechtsextremisten insbesondere durch ihren Organisationsgrad und den Versuch, ihre Ideologie kontinuierlich zu verbreiten. Im Vordergrund stehen politische Aktivitäten sowie die Organisation von rechtsextremistischen Demonstrationen oder Propagandaaktionen. Dabei orientieren sie sich ideologisch an einem totalitären, nationalistischen und rassistischen Führerstaat mit einer Einheitspartei nach dem Vorbild der historischen Nationalsozialisten. Sie streben eine Staatsform an, die im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung auf einer „Volksgemeinschaft“ basieren soll. Nach dem Verständnis der historischen Nationalsozialisten aus der Zeit des Naziregimes mussten die Angehörigen dieser „Volksgemeinschaft“ dabei der „arischen Rasse“ angehören und sich zur Weltanschauung des Nationalsozialismus bekennen. Die Begriffe „Staat“ und „Staatsgebiet“ wurden durch „Volk“ und „Lebensraum“ ersetzt, wobei mit „Lebensraum“ das Territorium des ethnisch definierten Volkes gemeint war.

Die Durchführung von „Zeitzeugenvorträgen“, bei denen Zeitzeugen des Naziregimes von ihren Erfahrungen im Kampf für den Nationalsozialismus berichten, wird zum Anlass für eine glori-

fizierende Darstellung der Ereignisse jener Zeit genommen.

Die „deutsche Rasse“ wird als Elite dargestellt, alles Andersartige als minderwertig diffamiert.

„Wir alle hier verkörpern das Gesunde, das Starke, das Wehrhafte. Wir verkörpern den Widerstand, wir sind in der Lage uns standhaft den Fäulnissen der heutigen Zeit entgegen zu stellen. Der Widerstand, wie er sich heute hier zusammengefunden hat, ist die letzte Anhäufung gesunden deutschen Lebens. Wir verachten das Schwache, wir verabscheuen alles Kranke da draußen, denn wir sind die Zukunft. Leben heißt Kampf.“⁹

Ein anderes Beispiel, das auf das von Rechts-extremisten befürchtete Aussterben der „deutschen Rasse“ abzielt:

„Doch gleichzeitig hat man bevölkerungspolitische Erwägungen nicht nur ignoriert, sondern das Wachstum des deutschen Volkes durch den gepredigten Konsumglauben an Wohlstand und Vergnügen so behindert, dass der Bestand des deutschen Volkes heute äußerst gefährdet ist. Man hat nicht einmal den Wert des zukünftigen Steuerzahlers und Lastenträgers anerkannt, geschweige denn den biologischen Wert deutscher Kinder.“¹⁰

In den letzten Jahren wurde die von Nationalsozialisten propagierte „Volksgemeinschaft“ stärker in den Vordergrund gestellt. Im Rahmen der sogenannten „Volkstodkampagne“ sowie auch der im vergangenen Jahr ins Leben gerufenen

„Werde unsterblich“-Kampagne wird das deutsche Volk als „Rassgemeinschaft“ verstanden, die es zu retten gelte. Dem deutschen Volk gehöre hiernach an, wer zur sogenannten „arischen Rasse“ zähle.

Neonationalsozialistische Bestrebungen wählen insbesondere die Person Adolf Hitlers zum Vorbild, orientieren sich aber auch an antikapitalistischen und sozialrevolutionären Gedanken. Insbesondere wenn NEONATIONALSOZIALISTEN als AUTONOME NATIONALISTEN (AN) agierten, wird ein antikapitalistischer Ansatz verfolgt, der in jüngerer Zeit auch von weiten Teilen der NEONATIONALSOZIALISTEN übernommen wurde.

Der Begriff der „Volksgemeinschaft“ ist bei den heutigen NEONATIONALSOZIALISTEN mit einem biologischen Weltbild verbunden, das fremde Kulturen und damit auch Menschen mit Migrationshintergrund ausschließt und mit der Vernichtung des vermeintlich Minderwertigen einhergeht.

„Das deutsche Volk selbst ist ein Konglomerat aus unterschiedlichen, aber miteinander verwandten Rassen, von denen jedoch alle zum europäischen Lebensraum und zur übergeordneten weißen Großrasse gehören.“¹¹

„Für uns als Europäer wird zweifelsohne die Fähigkeit zur geistigen Kulturschöpfung, zum Ackerbau und zur Lagerwirtschaft, zur wissenschaftlichen Untersuchung und zum technischen Fortschritt von einer höheren Bewertung zeugen als die Fähigkeit zur Antilopenjagd mit Holzspeeren, zum mehrstimmigen Gesang und zur Schmerzresistenz bei für uns obskuren Selbstverstümmelungsbräuchen (...)“¹²

⁹ Internetseite SPREELICHTER, Beitrag: „Leben heißt Kampf“, derzeit nicht mehr abrufbarer „Audiomitschnitt der Eröffnung des Kampfsportturniers des Widerstandes“ am 27. November 2010 im Großraum Dresden.

¹⁰ Internetseite <http://www.verdictum.info>.

¹¹ „Nationaler Sozialismus als Identitäre Weltanschauung“, <http://fab-leipzig.com> (Aktionsbündnis Leipzig – Der Widerstand in deiner Stadt).

¹² „Nationaler Sozialismus als Identitäre Weltanschauung“, <http://fab-leipzig.com> (Aktionsbündnis Leipzig – Der Widerstand in deiner Stadt).

„Wenn wir nun als politisch motivierte Kämpfer im 21. Jahrhundert vor der Tatsache stehen, dass unser Volk innerhalb von nur wenigen Generationen durch Massenzuwanderung und Rassenvermischung, durch Negativauslese und Verdummung sowie durch körperliche und seelische Degeneration in seinem Bestand als über lange Zeiträume hinweg gewachsene organische Gemeinschaft bedroht ist (...).“¹³

„Denn erst, wenn eine lebensgesetzlich richtige Politik sämtliche schädlichen Einflüsse eindämmt, welche eine Entartung des Volkscharakters, d. h. den Verlust seiner Identität zur Folge haben und Maßnahmen ergreift, um die gesunden und positiven Anlagen innerhalb des Volkes bei gleichzeitiger Pflege des völkischen Erbgutes zu vermehren, so kann man von einer identitären Politik sprechen.“¹⁴

„(...) denn eine Mischbevölkerung aus arabisch-afrikanisch-europäischen Mulatten wird in 100 Jahren mit Sicherheit nicht das Erbe vergangener deutscher Kulturschöpfer fortsetzen, da eine Veränderung im genetischen Bestand automatisch auch eine Veränderung des seelisch-geistigen Zustandes mit sich bringt, der sich am Ende in einem veränderten Ausdruck von Kultur und Lebensgefühl bemerkbar macht. Ist dieser Punkt erreicht, so hat das deutsche Volk seine Identität verloren.“¹⁵

Dementsprechend ist ein ethnisch homogener Staat Ziel neonationalsozialistischer Aktivitäten.

„Die Machthaber in der BRD versuchen den Begriff ‚Volk‘ bewusst umzudeuten. Denn wenn man

nämlich durch die Staatsangehörigkeit auch automatisch Volksangehöriger wird, ist das Problem ‚Volkstod‘ für sie gelöst, solange nur Zuwanderer kommen und die möglichst viele Kinder haben.“¹⁶

Militanz – Gewaltbereitschaft

Die neonationalsozialistische Szene hat grundsätzlich eine starke Affinität zu Waffen und Sprengstoffen. NEONATIONALSOZIALISTEN verzichten jedoch vor allem aus taktischen Gründen auf öffentliche Aufrufe zu Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Doch schon durch die Anlehnung an die NS-Ideologie finden sich in ihrem Weltbild Einstellungsmuster, die eine Neigung zur Gewaltanwendung und -befürwortung belegen. Bei Hausdurchsuchungen, die die Polizei im Rahmen von Ermittlungsverfahren bei NEONATIONALSOZIALISTEN durchführte, wurden immer wieder Waffen gefunden.

Abweichend vom taktischen Verhalten der NEONATIONALSOZIALISTEN im Freistaat Sachsen geht die Gruppierung NATIONALE SOZIALISTEN HOYERSWERDA in Hoyerswerda vor. Unbeeindruckt von möglichen strafrechtlichen Konsequenzen und mit großer Brutalität betreibt man hier klassische Anti-Antifa-Arbeit. Das Feindbild ist dabei klar umrissen, der politisch Andersdenkende, die „Zecke“.

Nachdem man im Oktober 2012 ein Pärchen in seiner Wohnung überfiel und diese Hoyerswerda verlassen mussten, bestreifte man offenbar im Jahr 2013 gezielt die Hoyerswerdaer Innenstadt auf der Suche nach Opfern. Im Mai und im September gipfelte diese Suche in von Gruppenmitgliedern verübten Körperverletzungen gegen vermeintliche „Zecken“.

¹³ „Nationaler Sozialismus als Identitäre Weltanschauung“, <http://ab-leipzig.com> (Aktionsbündnis Leipzig – Der Widerstand in deiner Stadt).

¹⁴ „Nationaler Sozialismus als Identitäre Weltanschauung“, <http://ab-leipzig.com> (Aktionsbündnis Leipzig – Der Widerstand in deiner Stadt).

¹⁵ „Nationaler Sozialismus als Identitäre Weltanschauung“, <http://ab-leipzig.com> (Aktionsbündnis Leipzig – Der Widerstand in deiner Stadt).

¹⁶ „Die Demokraten und der ‚Volksbegriff!‘“, www.pinselstriche.org.

NEONATIONALSOZIALISTEN kennzeichnet zudem die geradezu kultartige Verehrung eines kriegerischen Ideals.

„Die Geburt, mit der das Leben beginnt, und der Tod, der es endet, sind Kampf, wie auch das Leben, dass zwischen ihnen liegt, nur ein einziges Ringen des Menschen mit sich und der Umwelt ist. Diesen Kampf führt der Mensch nicht für sich alleine, sondern auch für seine Familie, seine Sippe und sein Volk, um diese zu schützen und zu erhalten. Für den nordischen Mann wird der Kampf so zur Pflicht und zur Ehre.“¹⁷

„Nie ist es ganz undeutscher Haß oder gierige Neid gewesen, die ihn die Waffen haben ergreifen lassen, immer hat der Deutsche nur zur Verteidigung des Vaterlandes, seiner Freiheit, seiner Ehre und seines Glaubens die ihm aufgezwungenen Kriege durchgeführt und als Sieger ist er in seiner ritterlichen Großmütigkeit fast stets um die Früchte seines Sieges betrogen worden. Es gibt kein eindrucksvolleres Bild hierfür als den Umfang der Grenzen Deutschlands um das Jahr 1000 und um das Jahr 1937. All diese Kämpfe haben unzählige Blutopfer, und zwar gerade der wertvollsten, besonders kämpferisch eingestellte Männer gefordert.“¹⁸

Entsprechend populär ist Kampfsport in der neonationalsozialistischen Szene.

NEONATIONALSOZIALISTEN trainieren Kampfsport und beteiligen sich an Kampfsportturnieren sowohl als Zuschauer als auch als Kämpfer.

Bereits Ende November 2010 fand unter dem Motto „LEBEN HEIßT KAMPF“ ein Kampfsportturnier der rechtsextremistischen Szene im Frei-

staat Sachsen statt. In der später im Internet veröffentlichten Eröffnungsrede zu dieser Veranstaltung heißt es:

„Der Kampf, den wir führen, der uns prägt, der unser Leben schon seit Jahren bestimmt und bis ans Ende bestimmen wird, ist kein Kampf gegen einzelne Personen. Kein Kampf gegen einzelne Missstände, kein Kampf für Anpassungen oder Reformen. Es ist der Kampf um das Ganze, der Kampf gegen Willkür und gegen Unterdrückung. Der Kampf gegen Heuchelei, Materialismus und Dekadenz. Es ist der Kampf des Idealismus gegen den Materialismus. Der Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung, der Kampf um unsere Zukunft. Der Kampf um die Existenz eines Volkes. Was sich heute noch abstrakt anhören mag, wird in nicht allzu ferner Zukunft ein Gesicht bekommen.“¹⁹

Dieses Zitat verdeutlicht, dass es den NEONATIONALSOZIALISTEN um mehr geht, als nur um Körperertüchtigung und gegenseitiges Kräfteressen. Vielmehr soll Einigkeit im Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung, die in der sogenannten „Volksgemeinschaft“ besteht, demonstriert und zur Durchsetzung ideologischer Ziele auch persönlicher Einsatz erfolgen. In der Volksgemeinschaft haben Schwäche und Krankheit keinen Platz. Vielmehr spielen die Förderung und Erhaltung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit eine tragende Rolle.

Bereits im Jahr 2012 gab es Hinweise auf eine Beteiligung von Rechtsextremisten an einem Kampfsportturnier. So fand am 29. September 2012 in Schildau eine Kampfsportveranstaltung

¹⁷ „Leben heißt auch kämpfen!“, www.pinselstriche.org.

¹⁸ „Leben heißt auch kämpfen!“, www.pinselstriche.org, Fehler im Original.

¹⁹ Ursprünglich veröffentlicht auf der Internetseite SPREELICHTER, Beitrag: „Leben heißt Kampf“ – „Audiomitschnitt der Eröffnung des diesjährigen Kampfsportturniers des Widerstandes“ am 27. November 2010 im Großraum Dresden. Erneut veröffentlicht auf www.pinselstriche.org als Einleitung zum Beitrag „Leben heißt auch kämpfen!“ am 20. August 2012.

statt, deren ca. 400 Gäste nach Einschätzung der Polizei dem Äußeren nach vorrangig der rechten Szene zugerechnet wurden.



www.groundandpound.de

Am 2. März 2013 wurde ebenfalls in Schildau die Kampfsportveranstaltung „Sachsen kämpft II“ durchgeführt, bei der es sich um die Fortführungsveranstaltung des Turniers von 2012 an gleicher Stelle handelte. An der Veranstaltung waren Rechtsextremisten als aktive Kämpfer, logistische Unterstützer und Zuschauer beteiligt. Die über 500 Teilnehmer waren nach Einschätzung der Polizei nahezu in Gänze der rechten Szene zuzuordnen.

Szeneinterne Betreuung von inhaftierten Rechtsextremisten

„Eine politische Bewegung kann gut daran gemessen werden, wie sie mit ihren Toten, aber ins Besondere mit ihren Inhaftierten umgeht. Der Staat hat dafür im Vorfeld gesorgt, dass es bis vor Kurzem keine bundesweit organisierte Gefangenenhilfe gab – das haben wir nun geändert! Wir wollen da auf keinen Fall eine Struktur kopieren oder fortführen, sondern bauten eine VÖLLIG neue auf.“²⁰

Der Bundesinnenminister hatte die „HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e.V.“ (HNG) mit Verfügung vom 30. August 2011 verboten, da deren Zwecke sowie ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwider liefen und sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtete. Das Verbot ist nach seiner Bestätigung durch das Bundesverwaltungsgericht seit dem 19. Dezember 2012 bestandskräftig. Die HNG war bis zu ihrem Verbot die größte bundesweit aktive neonazistische Vereinigung.

GefangenenHilfe.info



Seit dem Jahr 2012 betreut die „GefangenenHilfe“ inhaftierte Rechtsextremisten. Ihre Zielrichtung und Aktivitäten stellt die „GefangenenHilfe“ auf einer eigenen Internetseite, in einem eigenen Facebook-Profil, auf Faltblättern sowie bei Infoständen und internen Veranstaltungen vor. Eigenangaben zufolge handelt es sich bei der „GefangenenHilfe“ um einen in Schweden eingetragenen Verein, der vor allem in der Bundesrepublik Deutschland darauf abzielt, „inhaftierte Freunde“ durch Spendensammlungen zu unterstützen. Zu ihren Aufgaben zählt die „GefangenenHilfe“ zudem die Berichterstattung über staatliches Vorgehen, die Vermittlung von Anwälten und die Korrespondenz mit Inhaftierten, darunter auch Inhaftierten sächsischer Justizvollzugsanstalten. Initiator der „GefangenenHilfe“ ist ein in Dresden wohnhafter Rechtsextremist.

²⁰ Interview mit der „GefangenenHilfe“, veröffentlicht seit November 2012 u. a. auf der Internetseite Infoportal24. Schreibweise wie im Original.

Verhältnis der NEONATIONALSOZIALISTEN zur NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) bzw. deren Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Das Verhältnis der NEONATIONALSOZIALISTEN zur NPD ist zum einen davon abhängig, wie sich die NPD selbst positioniert. Immer dann wenn die Partei durch offenkundig enge Verbindungen zur neonationalsozialistischen Szene einen Imageschaden befürchtet, bemüht sie sich um öffentliche Distanz.

Zum anderen haben regionale Umstände einen großen Einfluss auf die Zusammenarbeit zwischen Partei und den NEONATIONALSOZIALISTEN.

Dies soll hier exemplarisch an den drei Großstädten Chemnitz, Leipzig und Dresden dargestellt werden.

Der mit dem Führungswechsel an Bundes- und Landesspitze der NPD Ende 2011 und Anfang 2012 verbundene öffentliche Kurswechsel der Partei mit seiner künftigen Ausrichtung auf eine „seriöse Radikalität“ stieß insbesondere im NPD-Kreisverband Chemnitz auf Widerstand.

Insbesondere in der NPD aktive ehemalige FREIE KRÄFTE waren offenbar nicht bereit, ihre eigenen ideologischen Positionen aufzugeben bzw. zu verbergen, um in den Genuss von logistischen und finanziellen Mitteln der NPD zu kommen. Sie traten aus dem NPD-Kreisverband aus und sind bis heute nicht bereit mit der NPD zusammenzuarbeiten.

In Dresden existiert seit mehreren Jahren eine enge Zusammenarbeit zwischen dem NPD-Kreisverband Dresden und den Dresdner NEONATIONALSOZIALISTEN. Es kommt zu gemeinsamen Treffen, Absprachen zu geplanten Aktivitäten sowie zur gemeinsamen Teilnahme an Veranstaltungen, vor allem anlässlich der jährlichen Aktivitäten

im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 und im Gedenken an den Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Allerdings war das Verhältnis zwischen der NPD und den FREIEN KRÄFTEN DRESDEN keineswegs immer harmonisch. Phasen der Annäherung wechseln sich mit Phasen größerer Distanz ab. Im Jahr 2013 war eher ein distanzierteres Verhältnis feststellbar, welches wohl mit der inhaltlichen Ausrichtung der NPD zusammenhängt.

Diese Distanz zeigt sich auch in einem Statement zum Rücktritt des NPD-Bundesvorsitzenden Holger APFEL am 19. Dezember 2013, welches auf der den FREIEN KRÄFTEN DRESDEN zuzurechnenden NETZWERKMITTE.com veröffentlicht wurde.

„Wir nehmen die Ereignisse zur Kenntnis und werden in den kommenden Wochen und Monaten den weiteren Weg der Partei aufmerksam und mit Interesse verfolgen.“²¹

Dreh- und Angelpunkt in der Stadt Leipzig ist die gemeinsame Nutzung der Kreisgeschäftsstelle der NPD in der Odermannstraße 8. Das von der Partei gemietete Treffobjekt nutzen sowohl NPD, JN als auch NEONATIONALSOZIALISTEN für zum Teil gemeinsame Veranstaltungen. Auch im Jahr 2013 führten die Rechtsextremisten zahlreiche Vortragsveranstaltungen und Treffen sowie zwei rechtsextremistische Konzertveranstaltungen im Objekt Odermannstraße durch.

Die NPD ist offensichtlich auf solche Veranstaltungen zur Finanzierung des Objektes angewiesen.

In den Städten Chemnitz und Dresden hingegen verfügen die neonationalsozialistischen Strukturen über eigene Treffobjekte und können dahingehend unabhängig von der NPD agieren.

Die NPD wird im Jahr 2014 für den Landtagswahlkampf wieder auf Angehörige der neonatio-

²¹ „Holger APFEL zurückgetreten“, NETZWERKMITTE.com, 20. Dezember 2013.

nalsozialistischen Szene als Wahlhelfer angewiesen sein. Die Einstellung dieser Szene hingegen wird künftig auch davon abhängen, ob der Partei der Wiedereinzug in den sächsischen Landtag gelingt und man somit weiter logistisch und finanziell von ihr profitieren kann. Das Verhältnis der parteiungebundenen NEONATIONALSOZIALISTEN zur NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) ist ebenfalls regional unterschiedlich ausgeprägt. Die JN konnten infolge des Verbotes der NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN ihr Personenpotenzial erhöhen und sind in einigen Regionen mit der örtlichen neonationalsozialistischen Szene verschmolzen. So waren nach dem Rückzug des ehemaligen sächsischen JN-Landesvorsitzenden und Leipziger JN-Stützpunktleiters Tommy NAUMANN im Jahr 2012 die Aktivitäten des Stützpunktes fast völlig zum Erliegen gekommen. Der im Jahr 2013

neu belebte Stützpunkt rekrutiert sich zum großen Teil aus dem Potenzial der NEONATIONALSOZIALISTEN. In der Stadt Dresden hingegen besteht neben den FREIEN KRÄFTEN DRESDEN seit Dezember 2012 der JN-Stützpunkt Dresden. Hier sind keine personellen Überschneidungen bekannt. Der Stützpunkt entfaltete im Jahr 2013 keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten.

Die NEONATIONALSOZIALISTEN in Sachsen pflegen grundsätzlich einen pragmatischen Umgang mit den JN. Sie profitieren u. a. davon, wenn Veranstaltungen unter JN-Label angemeldet werden, und man selbst nicht öffentlich als Anmelder in Erscheinung treten muss. Die JN ihrerseits sind mit 70 Mitgliedern dauerhaft auf die NEONATIONALSOZIALISTEN als Mobilisierungspotenzial angewiesen.

1.3 NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	1964
Sitz:	Halberstadt (Sachsen-Anhalt)
Mitglieder 2013 in Sachsen:	ca. 670
Mitglieder 2012 in Sachsen:	ca. 700
Mitglieder 2012 bundesweit:	ca. 5.400
Vorsitz Bund:	APFEL, Holger (bis 19. Dezember 2013 ²²)
Vorsitz Freistaat Sachsen:	SZYMANSKI, Holger
Teil-, Nebenorganisationen:	JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN), RING NATIONALER FRAUEN (RNF), KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG (KPV)
Publikation:	DEUTSCHE STIMME
Kennzeichen:	

²² APFEL erklärte an diesem Tag seinen Rücktritt vom Amt des Bundesvorsitzenden.

Historie und Strukturentwicklung

Die 1964 gegründete NPD ist aus der ehemaligen DEUTSCHEN REICHSPARTEI hervorgegangen. Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) wurde 1969 gegründet.

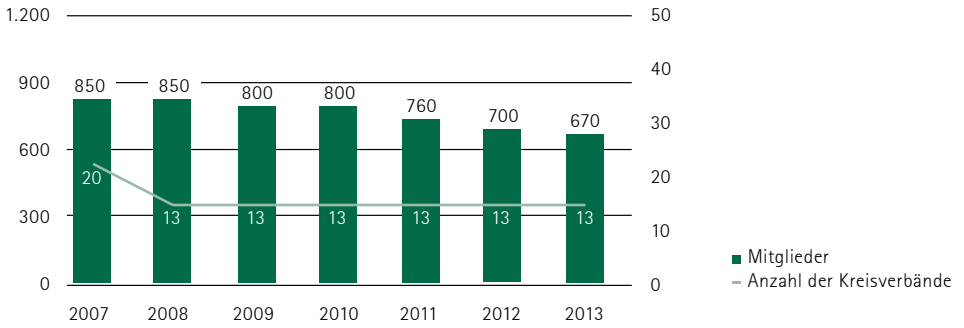
Nachdem Mitglieder der NPD aus den alten Bundesländern 1989 erste Kontakte in die damalige DDR geknüpft und bei Leipziger Montagsdemonstrationen Flugblätter verteilt hatten, gründeten Aktivisten am 24. März 1990 in der Messestadt einen Vorläufer der sächsischen NPD unter der Bezeichnung MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN (MND). Am 2. September 1990 gründeten die Mitglieder der MND den sächsischen Landesverband der NPD. In Erfurt (Thüringen) fand am 7. Oktober 1990 ein Vereinigungsparteitag statt, auf dem sich die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR neu gegründeten NPD-Strukturen mit den Landesverbänden der alten Bundesländer zu einer Gesamtpartei zusammenschlossen.

Strukturentwicklung und Mitgliederzahlen der NPD im Freistaat Sachsen unterlagen seit der Gründung erheblichen Schwankungen. Hatte die NPD anfangs noch über 400 Mitglieder, die in rund 16 Kreisverbänden (bei damals noch über 40 Landkreisen) organisiert waren, sank die Mitgliederzahl bis 1994 auf unter 100 Personen. Erst nach einer im Jahr 1995 erfolgten organisatorischen Straffung auf sieben Kreisverbände und durch intensive Werbung im Rahmen von sogenannten „Freundeskreisveranstaltungen“ stieg die Anzahl der Mitglieder wieder an. Hierzu trug auch eine strategische Orientierung auf öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wie beispielsweise Großdemonstrationen bei. Den Zenit dieser Entwicklung erreichte der sächsische NPD-Landesverband im Jahr 1998 mit ca. 1.400 Mitgliedern und 20 Kreisverbänden. Trotz der Gründung

zweier weiterer Kreisverbände im Jahr 1999 sank die Mitgliederzahl stark auf schließlich ca. 1.000 Personen. Der Rückgang war u. a. auf zwei Faktoren zurückzuführen. Aus wahltaktischen Gründen verzichtete die NPD auf öffentlichkeitswirksame Aktivitäten, um potenzielle Wähler mit dem martialischen Erscheinungsbild von Demonstrationsteilnehmern nicht zu verschrecken. Intern setzten in der NPD zudem Diskussionen über einen politischen Kurswechsel zum Sozialismus ein. Die Partei verband Ideologieelemente des Sozialismus und der Volksgemeinschaft zu einer These, die sie als „volksbezogenen deutschen Sozialismus“ beschrieb.

Erst nach dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 erholte sich der Mitgliederbestand wieder etwas. Seit dem Jahr 2007 ist die NPD im Freistaat Sachsen flächendeckend vertreten, dennoch stagnierte die Mitgliederzahl zunächst und sank in den letzten Jahren kontinuierlich. Im Jahr 2013 verfügte die NPD in Sachsen nur noch über rund 670 Mitglieder. Die Partei verlor damit seit ihrem Höchststand im Jahr 1998 insgesamt mehr als 50 % ihrer Mitglieder sowie über 30 % gegenüber dem Zwischenhoch nach der Sächsischen Landtagswahl 2004 (ca. 1.000 Mitglieder im Jahr 2005). Seit dem Jahr 2008 verfügt die NPD – nach einer Reduzierung der Anzahl der Kreisverbände entsprechend der Kreisgebietsreform – über 13 Kreisverbände. Damit ist sie im Freistaat Sachsen nach wie vor flächendeckend in allen Landkreisen und kreisfreien Städten vertreten. Die Partei ist seitdem bestrebt, ihre Strukturen durch die Gründung von Ortsgruppen weiter auszubauen. Allerdings lösten sich einhergehend mit dem Mitgliederrückgang einige Ortsverbandstrukturen wieder auf bzw. wurden zusammengefasst.

Mitgliederzahl und Anzahl der Kreisverbände der NPD im Freistaat Sachsen



NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen



Mitglieder der NPD sind im Freistaat Sachsen darüber hinaus in der NPD-Frauenorganisation RING NATIONALER FRAUEN (RNF) sowie in der KOMMUNALPOLITISCHEN VEREINIGUNG (KPV) organisiert. Der RNF verfügt in Sachsen über vier Regionalgruppen. Der RNF zeigt hinsichtlich Mitgliederzahl und Strukturen eine stagnierende Tendenz. Nur gelegentlich beteiligt er sich an NPD-Veranstaltungen. Die KPV ist eine bundesweit agierende Organisation mit der Aufgabe, kommunale Mandatsträger der NPD zu schulen.



Quelle: www.ds-aktuell.de

Mit der DEUTSCHEN STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH mit Sitz in Riesa (Landkreis Meißen) besitzt die NPD ein rechtsextremistisches Versandunternehmen. Die Geschäftsbilanzen des Verlages, welcher neben der Herausgabe des Parteiorgans DEUTSCHE STIMME auch mit Publikationen, Tonträgern und Devotionalien handelt, gestalteten sich in den letzten Jahren sehr negativ. Der Verlag geriet durch Missmanagement in eine schwierige finanzielle Lage. Nur mit finanzieller Unterstützung der NPD-Sachsen konnte offenbar eine Insolvenz noch verhindert werden.

An der schwierigen finanziellen Situation des Verlages hat sich offensichtlich auch im Jahr 2013 nichts geändert. So habe der NPD-Funktio-

när Udo PASTÖRS auf dem Bundesparteitag im April 2013 von einem „diffusen Konzept“ gesprochen und beklagt, dass die Partei immer wieder finanziell zuschießen müsse, um eine Insolvenz abzuwenden. Zur gleichen Zeit mussten die Betreiber des Verlages nach einer Entscheidung der „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ (BPjM) auch ihr Online-Angebot umstellen. Gleich eine Vielzahl von Produkten des Verlages wurden von der BPjM indiziert. So sei die Kriegsführung der Wehrmacht im II. Weltkrieg anhand etlicher Produkte positiv dargestellt und der Nationalsozialismus verharmlost worden. Die Inhalte einiger Angebote würden zudem Ausländer diskriminieren. Schließlich sind Äußerungen auf dem Portal wie „Das Reich kommt wieder“ oder Aussagen zur „geraubten Heimat“ durch die Bundesprüfstelle kritisch bewertet worden. Die Aktivitäten des Verlages waren im Jahr 2013 ebenfalls rückläufig. Das jährliche Pressefest des Verlages fand nicht statt.



Quelle: <http://hier-und-jetzt-magazin.de>

Der NPD-nahe Verein BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e. V. gab im Jahr 2013 eine Ausgabe der Publikation HIER & JETZT heraus. Die Publikation enthält Beiträge, die auf rechtsextremistischer Ideologie basieren oder einen Bezug zur rechtsextremistischen Szene aufweisen. In der Publikation werden – aus rechtsextremistischer Sicht – alternative Modelle einer Gesellschaftsordnung sowie politische Hintergründe und kulturelle Aspekte thematisiert. Darüber hinaus scheint der Verein aktuell kaum aktiv zu sein. Auf seiner Homepage verweist das Bildungswerk lediglich auf eine Veranstaltung im Juni 2012.

Finanzquellen der NPD in Sachsen

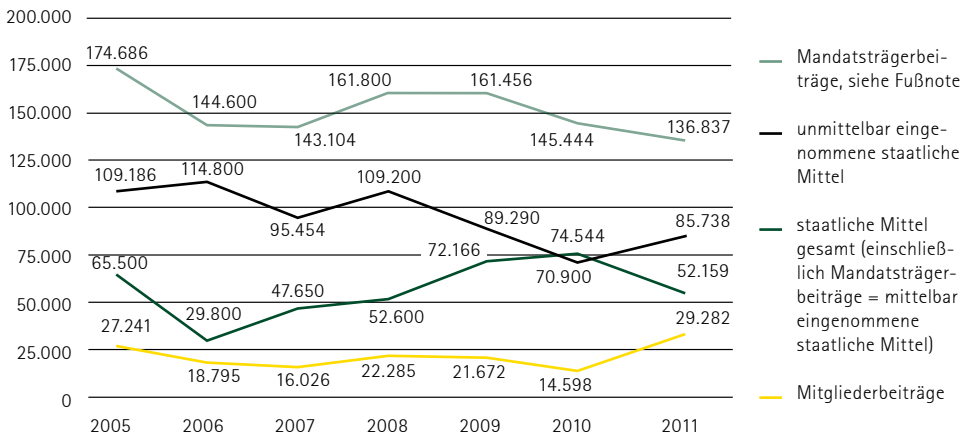
In dem Rechenschaftsbericht der NPD aus dem Jahr 2011 wird im Unterschied zum Vorjahr ein finanzieller Gewinn des Bundesverbandes der NPD in Höhe von rund 114 Tausend Euro ausgewiesen. Mit einer positiven Bilanzsumme von rund 90,5 Tausend Euro hatte die NPD in Sach-

sen den größten Anteil unter den Landesverbänden an diesem Ergebnis des Bundesverbandes.

Die Einnahmequellen der sächsischen NPD setzen sich überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden sowie staatlichen Leistungen zusammen. Die staatlichen Leistungen fließen der NPD unmittelbar in Form der Wahlkampfkostenerstattung sowie mittelbar über Mandatsträgerbeiträge²³ zu.

Die Einnahmen der NPD in Form von unmittelbaren staatlichen Zuschüssen sind seit ihrem ersten Einzug in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 gesunken. Die Partei kompensierte dies bisher durch eine Steigerung der Einnahmen aus mittelbaren staatlichen Mitteln (Mandatsträgerbeiträge). Im Jahr 2011 stieg der Zufluss an staatlichen Mitteln um rund 15.000 Euro, dagegen sanken die Einnahmen aus der Mandatsträgerumlage stärker, sodass die Gesamteinnahmen dieser Kategorie nun eine sinkende Tendenz aufweisen.

Einnahmen der sächsischen NPD



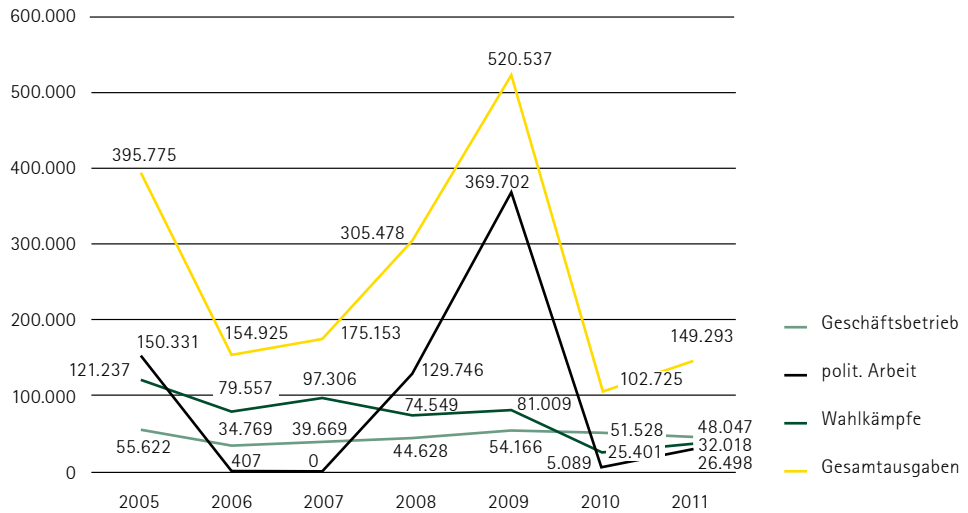
²³ Mandatsträgerbeiträge sind Abgaben von Mandatsträgern an die Partei.

Der Anstieg der Beitragseinnahmen im Jahr 2011 ist nicht auf einen Anstieg der Mitgliederzahlen zurückzuführen, sondern auf eine Anhebung der Mitgliedsbeiträge ab Januar 2011. An Spenden konnte die NPD in Sachsen mit rund 43.796 Euro etwas weniger einnehmen als im Jahr zuvor (2010: 50.644 Euro). Einer der sieben Spender eines Betrages über 10.000 Euro stammt aus Sachsen.

Nach 2007 stieg bei der sächsischen NPD der Anteil an Ausgaben für Wahlkämpfe stark an. Diese Ausgaben entstanden im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 2008 und 2009 sowie der Landtagswahl 2009. Sie reduzierten sich im Jahr 2010 auf ca. 5 Tausend Euro, sodass der Landesverband trotz sinkender Einnahmen eine positive Bilanz im Jahr 2010 aufweisen konnte. Im darauffolgenden Jahr war wieder ein leichter Anstieg der Ausgaben für Wahlkämpfe zu verzeichnen.

Belastend für die finanzielle Lage der NPD wirkte sich eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes Leipzig aus. Im Dezember 2012 bestätigte es den Anspruch des Bundestagspräsidenten auf die Rückzahlung zu viel gezahlter staatlicher Mittel zur Parteienfinanzierung in Höhe von 1,27 Mio. Euro. Da die Partei die Rückzahlung nicht leisten konnte, begann die Bundestagsverwaltung im Januar 2013, die vierteljährlichen Abschlagszahlungen der staatlichen Mittel einzubehalten. Hiergegen wandte sich die Partei mit einer einstweiligen Anordnung erfolgreich an das Bundesverfassungsgericht. Das Gericht erklärte die Einbehaltung der Abschlagszahlungen für das zweite und dritte Quartal 2013 daraufhin für unzulässig, weil die NPD ohne die staatlichen Mittel im anstehenden Bundestagswahlkampf benachteiligt gewesen wäre. Diese beiden Auszahlungen, so hatte der Bundesschatzmeister erklärt, würden den Finanzbedarf der NPD bis zur Bundestagswahl am 22. September 2013 decken.

Ausgaben der sächsischen NPD



Einen am 20. Dezember 2013 beim Bundesverfassungsgericht gestellten Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung, nach dem der Bundestag verpflichtet werden sollte, Abschlagszahlungen in Höhe von 303.414,05 Euro ohne Verrechnung zu zahlen, hat das Gericht mit Beschluss vom 28. Januar 2014 abgelehnt.

Auch wenn die NPD durch die oben genannte Rückzahlung finanziell belastet wird, ist nicht davon auszugehen, dass die Partei vor dem finanziellen Ruin steht. Mit Spendeneinnahmen, Mitgliedsbeiträgen und den staatlichen Leistungen stehen der Partei Einnahmen zur Verfügung, die ihre Handlungsfähigkeit aufrechterhalten. Dabei kommt den beiden finanzstarken NPD-Fraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit ihren Kompensationsmöglichkeiten bei Mandatsträgerbeiträgen besondere Bedeutung zu. Finanziell belastend für die Partei werden die im Jahr 2014 anstehenden Wahlen sein. Da der NPD die Bedeutung eines Wiedereinzuges in den Sächsischen Landtag 2014 bewusst ist, ist ein mit großem finanziellen Aufwand verbundener Wahlkampf zu erwarten.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die NPD strebt die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. An ihre Stelle will die Partei einen autoritär geführten Staat etablieren, in dem sich der Einzelne der Gemeinschaft unterzuordnen hat. Er soll seine individuelle Freiheit in diesem Staat nur soweit ausleben können, wie sie der Gemeinschaft Nutzen bringt. In dieser Gesellschaft kommt eine Person nur dann in den Genuss des Schutzes der Gemeinschaft, wenn sie durch ihre Abstammung qualifiziert ist, Bestandteil der Gemeinschaft zu sein. Im Gegensatz zum Grundgesetz, welches die Würde des Menschen als oberstes und unveräußerliches

Prinzip schützt und das für alle Menschen gültig ist, spricht die NPD die Menschenwürde nur den Mitgliedern einer Volksgemeinschaft der Deutschen zu. Alle Menschen, welche nach Ansicht der Rechtsextremisten nicht Bestandteil dieser „Volksgemeinschaft“ sind, werden als Bedrohung der „deutschen Volkssubstanz“ angesehen, solange sie sich in Deutschland aufhalten. Die NPD verweigert ihnen Grundrechte und weist ihnen einen niedrigeren Rechtsstatus zu. Diese Positionen weisen Parallelen zur Programmatik der historischen Nationalsozialisten auf. Die Partei versucht zwar, sich der Bevölkerung gegenüber als harmlose „Kümmerner und Schutzmacht“ zu präsentieren, die Programmatik und die Äußerungen führender Parteifunktionäre offenbaren allerdings die menschenverachtende Ideologie der NPD, welche nicht mit den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Ordnung vereinbar ist.

Schaffung einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft

Die NPD strebt die Schaffung einer nach „immerwirkenden Naturgesetzen“ bestimmten „neuen Ordnung“ in Form einer „Volksgemeinschaft“ an.

„Die NPD bekennt sich zur Volksgemeinschaft und zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Volksgemeinschaft ist die Voraussetzung für die Solidargemeinschaft und damit für den sozialen Staat, der auch im Grundgesetz gefordert wird. Das nationale Selbstbestimmungsrecht wiederum ist die Voraussetzung für einen demokratischen Staat.“²⁴

Diese Volksgemeinschaft sieht die Partei als „Schutz- und Solidargemeinschaft“. Nur in ihr gebe es Sicherheit, Teilhabe und Zusammengehörigkeit:

²⁴ Holger APFEL am 11. Juli 2008, Sächsischer Landtag, Plenarprotokoll 4/115, S. 9453.

„Entscheidend ist die glaubwürdige Positionierung der NPD als Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘. Dieser potentiell nationalrevolutionären Mehrheit im Volk muß klar werden, dass die Volksgemeinschaft in der Globalisierungsära die einzig denkbare Schutz- und Solidargemeinschaft ist; nur sie verbürgt durch emotional unterfütterte Zusammengehörigkeitsgefühle soziale Teilhabe und Sicherheit.“²⁵

Die „ethnisch homogene Volksgemeinschaft“ ist das Kernelement der Weltanschauung der NPD. Aus ihr leitet sich ein völkisches Menschenbild in Gestalt des Vorrangs der Gemeinschaft gegenüber dem Individuum ab. Nur wenn ein Mensch nach diesem Verständnis Bestandteil der „Volksgemeinschaft“ ist, wird ihm seine Freiheit garantiert. Dies allerdings nur soweit, wie er der Gemeinschaft nützt.

„Erst die Volksgemeinschaft garantiert die persönliche Freiheit; diese endet dort, wo die Gemeinschaft Schaden nimmt.“²⁶

„An allen Stellen, an denen Einzelinteressen mit Gemeinschaftsinteressen kollidieren, haben diese zugunsten des Erhaltes der Gemeinschaft zurückzutreten.“²⁷

Hier zeigt sich eine Parallele zum Programm der NSDAP, wonach die „Tätigkeit des einzelnen [...] nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen (darf), sondern (...) im Rahmen des Gesamten zum Nutzen aller erfolgen (müsse).“²⁸

Die NPD verwendet den Begriff „Volksgemeinschaft“ im Sinne der nationalsozialistischen

Lehre. Die historischen Nationalsozialisten definierten sie als „die auf blutmäßiger Verbundenheit, auf gemeinsamem Schicksal und auf gemeinsamen politischen Glauben beruhende Lebensgemeinschaft eines Volkes, der Klassen- und Standesgegensätze wesensfremd sind“. Die NPD versteht diese Volksgemeinschaft als eine annähernd „ethnisch homogene“ Gruppe von Menschen, die aufgrund „gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur, Schicksal, etc.“²⁹ entsteht.



NPD-Publikation.

„Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. Eine

²⁵ Jürgen GANSEL, „Weckruf an die ‚kleinen Leute‘ im Volk“, Internetmeldung der NPD Sachsen vom 3. Februar 2011.

²⁶ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 6.

²⁷ Wahlprogramm der NPD zur Bundestagswahl 2002, S. 77.

²⁸ Programm der NSDAP vom 13. April 1920. Schreibweise wie im Original.

²⁹ Internetseite der NPD, Beitrag „National-revolutionäre Gesundheitspolitik“.

Volkszugehörigkeit kann man sich genauso wenig aussuchen wie die eigenen Eltern – Volkszugehörigkeit ist Schicksal. In eine Volksgemeinschaft kann man nicht einfach ein- oder austreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren.

(...) Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. (...) Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, egal, wie lange sie in Deutschland leben. Sie mutieren durch die Verleihung eines Passes ja nicht zu Deutschen.“³⁰

Diese Ausführungen in den Argumentationshilfen lassen wieder einen Bezug auf das Programm der NSDAP erkennen, wo es im Punkt 4 heißt: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist ...“.

Rassistische, fremdenfeindliche Ideologie-Elemente

Der Wert eines Menschen bestimmt sich nach Vorstellung der NPD nach der Zugehörigkeit zu einer Ethnie bzw. Rasse. Hieraus resultieren eine rassistisch gefärbte Fremdenfeindlichkeit und der übersteigerte Nationalismus der NPD. Die Rechtsextremisten grenzen die in ihren Augen „Nicht-Deutschen“ nicht nur aus, sondern sie diffamieren sie als minderwertig und stellen sich selbst als Elite dar.

„Die Grundlagen unserer ethnischen Exklusivität, unseres geistig-kulturellen Erbes, aber auch unserer wissenschaftlich-technischen und damit wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind in Gefahr (...) Die Leistungsgesellschaft braucht Leistungsträger. Leistungsträger finden sich aber vermehrt in den zentraleuropäischen Völkern, nicht bei den afrikanischen Hottentotten. Begabungen und Intelligenz sind nun einmal ungleich verteilt – und das deutsche Volk ist eines der begabtesten Völker in der Welt. Für unsere Begabungen haben wir uns auch nicht zu schämen! Im Gegenteil! Deshalb darf es keine Zuwanderung von Dummen und Primitiven in unser Land geben (...)“³¹

„So geht deutsche Intelligenz zunehmend ins Ausland, während ausländische Dummheit mit sozialschmarotzerischen Neigungen ungebremst ins Land kommt. Die deutsche Volkssubstanz wird neben der Auswanderung guter Köpfe durch den andauernden Geburtenboykott der vielen beruflich ‚Gestrandeten‘ geschwächt.“³²

Ein NPD-Mitglied aus Schleswig-Holstein unterstellte Ausländern sogar sinngemäß, ihre eigenen Erbanlagen – mit Duldung der Politik – beim „deutschen Volk“ aufbessern zu wollen.

„Erinnern wir uns, wie die ‚Hamburger Morgenpost‘ dem Herrn Rechtsanwalt Rieger in großer Aufmachung vorwarf, Arier züchten zu wollen. Das will man verhindern. Aber was geschieht zur Zeit? Ein noch deutsches Volk wird von Negriden, Asiaten und Orientalen unterwandert und als Rohstoff für eine Veränderung der eigenen Erbanlagen genutzt, Und das mit Duldung solcher politisch tätigen Vertreter!“³³

³⁰ Broschüre WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, Seite 18/19.

³¹ Internetseite der NPD-Fraktion Sachsen.

³² Internetseite der NPD, Artikel „Der Globalisierungstod des Bürgertums“.

³³ SCHLESWIG-HOLSTEIN-STIMME, Ausgabe Mai-Juni 2008, Seite 14.

Die damalige Vorsitzende der NPD-Frauenorganisation RING NATIONALER FRAUEN (RNF) sieht in der Rolle der Frau eine Bewahrerin „des rassischen Erbes“.

„Die Frau sieht ihre Selbstverwirklichung darin, Schicksalsgefährtin des Mannes, Hüterin des Heimes, der Sitte und der Kultur und Bewahrerin des rassischen Erbes zu sein. Das darf man heute ja da schon wieder nicht sagen mit dem rassischen Erbe, weil ja Multi-Kulti heute propagiert wird, aber deswegen ist es für uns ganz besonders wichtig, unser Blut rein zu halten.“³⁴

Den zentralen Aussagen des Grundgesetzes zu Menschenwürde und Gleichheitsrechten setzt die Partei mit ihrem Verlangen nach „Reinhaltung der Rasse“ zum Schutze der „deutschen Volkssubstanz“ rassistisch geprägte Forderungen entgegen, die wiederum eine Anlehnung an die Zeit des Nationalsozialismus erkennen lassen.

Menschenwürde und Ausschluss von Grundrechten

Zwar bekennt sich die Partei in ihrem Parteiprogramm formal zur Menschenwürde und zur Gleichheit vor dem Gesetz, allerdings konterkariert sie diese Aussage mit Forderungen zur unterschiedlichen Behandlung von Deutschen und Nichtdeutschen und indem sie die Wahrung der Menschenwürde nur auf die eigene Ethnie beschränkt:

„Die Würde des Menschen als soziales Wesen verwirklicht sich vor allem in der Volksgemeinschaft.“³⁵

„... das ‚Begrüßungsgeld‘ für Neugeborene, das ‚Müttergehalt‘ und das von der NPD geforderte Familiendarlehen haben ausschließlich deutsche Familien zu fördern.“³⁶

„Der Staat hat jedem Deutschen zu ermöglichen, durch Arbeit seinen und den Lebensunterhalt seiner Familie aus eigener Kraft bestreiten zu können.“³⁷

„Eigentum an deutschem Grund und Boden kann nur von Deutschen erworben werden.“³⁸

„Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern und einer gesonderten Ausländersozialgesetzgebung zuzuordnen.“³⁹

Diese Forderungen verdeutlichen, dass die NPD Menschen, welche nicht in ihrem Sinne Bestandteil der Volksgemeinschaft sind, systematisch einen niedrigeren Rechtsstatus zusichert und Grundrechte verweigern will. Wer nicht nach der Definition der NPD Bestandteil der Volksgemeinschaft ist, wird als Fremdkörper betrachtet. Diese Menschen will die NPD ausgrenzen, benachteiligen und ausschließen. Sie sind in den Augen der Rechtsextremisten minderwertig und sollen Deutschland verlassen. Vor diesem ideologischen Hintergrund sind besonders die ausländer- und islamfeindlichen Kampagnen der NPD zu sehen.

Forderung nach Wiedereinführung des alten Staatsbürgerschaftsrechts

Im Hinblick auf die angestrebte „Volksgemeinschaft“ fordert die NPD in ihrem aktuellen Parteiprogramm aus dem Jahr 2010 die Wieder-

³⁴ Videobeitrag auf der Internetseite VOLKSFRONT MEDIEN.org.

³⁵ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 6.

³⁶ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 7.

³⁷ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 8.

³⁸ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 9.

³⁹ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 11.

Einführung einer Staatsbürgerschaft, die ausschließlich an die Abstammung von deutschen Eltern anknüpft (Abstammungsprinzip):

„Durch massenhafte Einbürgerungen wird das deutsche Staatsbürgerrecht aufgeweicht und das Existenzrecht des deutschen Volkes in Frage gestellt. Um diese Fehlentwicklung zu stoppen, muß das ursprüngliche, auf dem Abstammungsprinzip fußende Staatsbürgerschaftsrecht wieder eingeführt werden.“⁴⁰

Streben nach Überwindung des gegenwärtigen politischen Systems

Die NPD positioniert sich offen als Systemalternative. Sie will den Staat weder reformieren, noch an seiner Gestaltung im Rahmen des parlamentarischen Prozesses mitwirken, sondern das gegenwärtige politische Gesellschaftssystem abschaffen. Deshalb greift die Partei den Staat in diffamierender Art und Weise an und bringt so den Willen zur Überwindung des Systems zum Ausdruck.

„Die NPD stellt die Systemfrage, sie will den sozialen, demokratischen und nationalen Volksstaat schaffen und stellt dieses Ideal der etablierten ‚Demokratie-Karikatur‘ namens BRD entgegen.“⁴¹

„In der Tat wollen wir das liberalkapitalistische System der BRD überwinden und die Fehler dieser repräsentativen Demokratie beseitigen (...)“⁴²

Ähnlich äußerte sich der bis Dezember 2013 amtierende Bundesvorsitzende Holger APFEL in einem Flugblatt der NPD Sachsen aus dem Jahr 2009:

„Wir sind zur Stelle, wenn die etablierten Volksbetrüger kungeln und mauscheln. (...) Die NPD steht außerhalb des Kartells der etablierten Parteien. Ja, die NPD versteht sich als grundsätzliche Alternative zu den Versagerparteien und ihrem System, das das Volk politisch entmündigt und wirtschaftlich verarmen läßt.“⁴³

Der maßgebliche Parteiideologe Jürgen GANSEL verdeutlicht in einem Artikel, dass die Partei kein Interesse an der Mitgestaltung des demokratischen Willensbildungsprozess hat, sondern daran arbeiten will, eine den Parteienpluralismus erstickende Gegenmacht aufzubauen.

„Das alles ist systemimmanenter Volksbetrug! Hier hilft kein bloßer Politikerwechsel, weil durch den Austausch eines Volksbetrügers durch einen anderen nichts gewonnen ist, sondern nur ein radikaler, also an die Wurzel des Übels gehender Politikwechsel. (...) So wie das System von unten nach oben fault, muss die NPD von unten nach oben politische Gegenmacht aufbauen. In den Städten, Gemeinden und Landkreisen haben wir uns als Stachel im Fleisch der Volksbetrüger und als Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘ unseres Volkes festzusetzen – parlamentarisch wie außerparlamentarisch.“⁴⁴

Absage an das Mehrparteienprinzip – Parlamentarismus ist nur Mittel zum Zweck

Anstelle der repräsentativen Demokratie strebt die Partei einen Staat mit plebiszitärem Präsidialsystem an, in dem es kein demokratisches Mehrparteiensystem mehr geben soll:

⁴⁰ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 12.

⁴¹ Broschüre HEIMAT BEWAHREN. FREIHEIT ERKÄMPFEN, Seite 15.

⁴² Der damalige NPD-Parteivorsitzende VOIGT in der DEUTSCHEN STIMME, April 2011, Seite 16.

⁴³ Flugblatt des NPD Landesverbandes Sachsen 2009.

⁴⁴ Artikel „Die Systemkrise beginnt im kommunalen Unterbau“, Internetseite der NPD.

„Demokratie heißt Volksherrschaft, während Liberalismus die Herrschaft von Parteien und Interessengruppen meint, deren Bühne und Exekutivorgan volksabgehobene Parlamente sind. Im Liberalismus reißen sich Parteien und Interessengruppen den Staat unter den Nagel und machen ihn zum Schacher- und Kompromißobjekt. (...) Wir wollen das gemeinwohlschädigende Parteienregime eindämmen und ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation schaffen. Ein solches plebiszitäres Präsidialsystem würde die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen befreien. (...) Demokratisch sind wir nicht nur deshalb, weil wir eine wahre Volksherrschaft an die Stelle der liberalistischen Parteien- und Interessengruppen-Herrschaft setzen wollen, sondern auch, weil wir entschieden für eine deutsche Volksherrschaft anstelle einer multikulturellen Bevölkerungsherrschaft eintreten.“⁴⁵

Der so angestrebte „Nationalstaat“ trägt autoritäre Züge und steht im Kontrast zum pluralistischen Weltbild des Grundgesetzes. Auch im Parteiprogramm verdeutlicht die NPD ihre ablehnende Haltung zum Mehrparteiensystem:

„Zentrale Eckpunkte einer politischen Neuordnung sind: die Festschreibung einklagbarer sozialer Grundrechte und der Grundpflichten, die Direktwahl des mit mehr Machtbefugnissen ausgestatteten Präsidenten der Deutschen durch das Volk und die Stärkung der Gesetzgebung durch Volksentscheide auf allen Ebenen. Dadurch wird die gemeinwohlschädigende Dominanz der Parteien zurückgedrängt und das Volk in seinen Rechten gestärkt.“⁴⁶

Die Beteiligung am parlamentarischen Willensbildungsprozess ist für die Partei nur Mittel zum Zweck. Die NPD beteiligt sich nicht an parlamentarischer Arbeit, um zur Ausgestaltung der Demokratie beizutragen, sondern um sich finanzielle und informationelle Ressourcen zu erschließen und für ihre Zwecke auszunutzen. Der ehemalige Bundesvorsitzende Holger APFEL führt zu den von der NPD als „Schwatzbude“ verunglimpften Parlamenten aus:

„Ein Parlament ist Mittel zum Zweck, nicht mehr und nicht weniger. (...) Und so nutzen wir die Landtagsbühne als Politikwerkstatt, als Plattform zur Entwicklung politischer Visionen; um uns mit Herrschaftswissen und geistigem Rüstzeug im Kampf gegen die Feinde unseres Landes auszustatten. Und natürlich um unsere Gegner mit ihren eigenen Waffen zu schlagen und ihnen jeden Tag aufs Neue die Maske vom Gesicht zu reißen.“⁴⁷

Affinität zum historischen Nationalsozialismus

Auch wenn sich die NPD unter Führung von Holger APFEL bemüht zeigte, „rückwärtsgewandte Themen“ zu vermeiden und ihren Funktionsträgern empfahl, „sich mit dem Hinweis auf Gegenwartsaufgaben“ nicht auf die Themenkomplexe Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus „festnageln“ zu lassen, zeigen die zuvor angeführten Parallelen zwischen der NPD und der NSDAP-Programmatik sowie die positive Bezugnahme auf die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zwischen 1933 und 1945, dass sich die Partei in ihren Staatsvorstellungen am „Dritten Reich“ orientiert.

⁴⁵ Broschüre WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, Seite 51.

⁴⁶ Parteiprogramm der NPD 2010, Seite 8.

⁴⁷ Internetmeldung der sächsischen NPD Sachsen.

„Nur weil es etwas schon im Dritten Reich gab, muß es nicht automatisch schlecht sein. Wir sind keine Partei, die etwas nur deshalb ablehnt, weil es das auch schon zwischen 1933 und 1945 gegeben hat, z. B. echt fortschrittliche Gesetze auf dem Gebiet der Sozial- und Familienpolitik, des Tier- und des Naturschutzes (...). Die Forderung ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ ist doch nicht falsch, nur weil von Nationalsozialisten erhoben wurde.“⁴⁸

Die erwähnte „Forderung“ ist im Programm der NSDAP zu finden. Offensichtlich hat diese Partei für die NPD nicht nur in Bezug auf ihre Ideologie, sondern auch in strategisch-taktischen Fragen eine Vorbildfunktion. Dies untermauert der stellvertretende Bundesvorsitzende Karl RICHTER in einem Thesenpapier zur künftigen Positionierung der NPD:

„Im Gegensatz zu uns war die NSDAP in Stil, Auftreten und Methoden eine ultramoderne Massenpartei, die es damit konkurrenzlos erfolgreich in die Mitte des Volkes schaffte. Dort müssen wir auch hin!“⁴⁹

Der NPD-Funktionär Jürgen GANSEL sieht – offenbar bewundernd – neben der KPD auch die NSDAP im Kontrast zu den etablierten Parteien der heutigen Bundesrepublik Deutschland.

„Dieser Allparteien-Typus hat dafür gesorgt, daß alle programmatischen Kanten der Systemparteien rückstandslos abgeschliffen und die unterschiedlichen Parteiidentitäten weitgehend erloschen sind. Alles – von der CDU bis zur Linken –

verkocht zu einer Einheitssoße, die wie übelriechende Gülle über dem ganzen Land liegt. In der Weimarer Krisenzeit gab es mit der NSDAP und der KPD noch Weltanschauungsparteien, deren Anhänger mit viel Herzblut und Opferbereitschaft um wirkliche Systemalternativen rangen. (...) Nun regiert Merkel als programmverhungerte Kompromiß-Moderatorin eine ‚bürgerliche‘ Koalition, unter deren linksliberaler Dunstglocke in den Bundesländern ein regelrechter Koalitionsinsezest stattfindet: jeder treibt es mit jedem. (...) Ein Gelber für die Gelben, eine Schwarze für die Schwarzen und alle Buntscheckigen zusammen für die Grünen. Hier wächst zusammen, was in seiner Deutschenfeindlichkeit wirklich zusammengehört. Jede Systempartei koaliert mit jeder – die BRD ist ein politischer Swinger-Club.“⁵⁰

Nach dem Vorbild des historischen Nationalsozialismus strebt die NPD die Wiederherstellung des deutschen Reiches als „Schutz- und Trutzbündnis des Deutschen Volkes“⁵¹ an.

„Die Hauptaufgabe der deutschen Nationaldemokratie besteht deshalb in der Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches.“⁵²

„Gerade auch der Blick auf den selbst öffentlich nicht länger wegzuleugnenden, sich stärker und schneller vollziehenden Austausch unseres angestammten Volkes gegen Angehörige fremder Kulturen und Religionen auf deutschem Territorium beweist, wie sehr die Souveränität eines Reichskörpers als Bollwerk und Schild von Nöten wäre. (...) Halten wir dieses Vermächtnis aufrecht (...)

⁴⁸ WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger, 2012, Seite 53.

⁴⁹ Thesenpapier „Raus aus dem Vergangenheitsghetto – Gegenwart gestalten“ von Karl RICHTER, Juni 2011.

⁵⁰ Artikel „Endstadium des Parlamentarismus“ von Jürgen GANSEL, Dezember 2009.

⁵¹ Internetseite der NPD, Meldung über den „Präsidiumsbeschuß zur V-Mann-Hysterie – Jetzt erst recht!“

⁵² Europawahlprogramm der NPD 2003, Seite 6.

*um den Fortbestand unseres verbliebenen Volkskörpers in kultureller Identität, sozialer Sicherheit und nationaler Souveränität sichern. Ja zu Deutschland – ja zum Reich!*⁵³

Das von der NPD angestrebte „Reich“ orientiert sich deutlich am „Dritten Reich“. Die Partei versucht dabei, Geschehnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus zu verharmlosen bzw. zu rechtfertigen. So leugnet sie die Schuld der Nationalsozialisten am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Der Angriff auf Polen habe „auf jeden Fall der Abwehr einer deutlich angezeigten militärischen Bedrohung gegen das Reich“⁵⁴ gedient. Auch hinsichtlich des millionenfachen Massenmordes an den europäischen Juden spricht die NPD verharmlosend von gewissen „Fehlentwicklungen“ im „Dritten Reich“⁵⁵.

Aktivitäten

Teilnahme der NPD an der Bundestagswahl 2013 – die Ergebnisse

An der Bundestagswahl am 22. September 2013 beteiligte sich die NPD bundesweit mit Direktkandidaten und Landeslisten. Das Ergebnis fiel mit 1,3 % (560.828 Stimmen) um 0,2 % geringer aus als bei der Bundestagswahl 2009 (1,5 %). Die Partei hat damit 74.697 Stimmen verloren.

Zwar erreichte die NPD in Sachsen mit 3,3 % der Zweitstimmen bundesweit das beste Ergebnis unter den NPD-Landesverbänden. Aber auch hier musste sie im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 einen Verlust von 0,7 Prozentpunkten hinnehmen. Dagegen stieg das Ergebnis bei den Erststimmen um 0,2 Prozentpunkte. Aus ihrer Sicht erzielte sie gute Wahlergebnisse auch in Thüringen (3,2 %), Mecklenburg-Vorpommern (2,7 %), Brandenburg (2,6 %) und Sachsen-Anhalt (2,2 %).

In allen Wahlkreisen des Freistaates Sachsen sank das Zweitstimmenergebnis der NPD im Vergleich zu 2009. Im Wahlkreis Sächsische Schweiz erzielte sie mit 5,1 % (-0,5 Prozentpunkte) nach wie vor ihr bestes Ergebnis. Mit 4,2 % (-1,3 %) in Görlitz, 4,1 % (-0,9 %) in Bautzen und 4,0 % (-1,0 %) im Erzgebirgskreis erreichte die NPD auch in anderen grenznahen Regionen relativ hohe Wahlergebnisse. Ebenso wie im Jahr 2009 erzielte sie dagegen in den Wahlkreisen der Großstädte Leipzig (2,4 und 1,5 %), Dresden (2,7 und 2,3 %) sowie Chemnitz (2,3 %) ihre niedrigsten Ergebnisse.

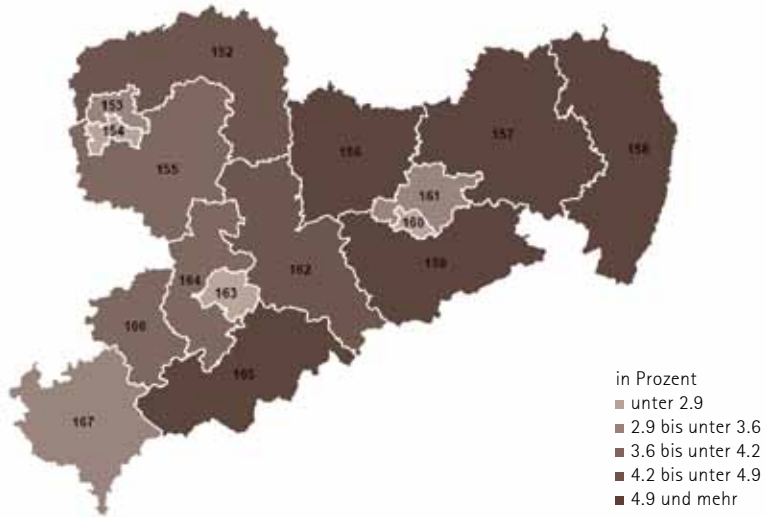
Aus den nachfolgenden Grafiken ist die Verteilung der Zweitstimmen in Sachsen in den Jahren 2009 und 2013 ersichtlich:

⁵³ DEUTSCHE STIMME, Ausgabe Februar 2011, Seite 11. Schreibweise wie im Original.

⁵⁴ DEUTSCHE STIMME, Artikel „Imperialistischer Raubzug oder nationaler Notwehrakt?“, August 2003, S. 20.

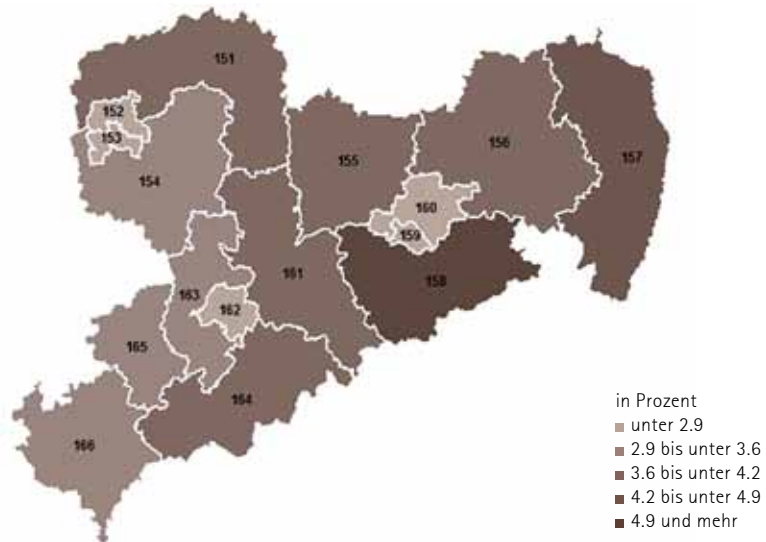
⁵⁵ DEUTSCHE STIMME, Artikel „Die BRD feiert die Niederlage Deutschlands“ von Jürgen GANSEL, Juli 2004, S. 4.

Bundestagswahl 2009 – Zweitstimmenergebnis der NPD nach Wahlkreisen



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen (Bild bearbeitet).

Bundestagswahl 2013 – Zweitstimmenergebnis der NPD nach Wahlkreisen



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen.

Der Vergleich der Grafiken zeigt, dass die Sächsische Schweiz nach wie vor die stärkste Region der NPD ist. Die großen Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz sind abermals die Gebiete mit den niedrigsten Wahlergebnissen der Partei. In den Regionen Görlitz, Bautzen, Meißen und dem Erzgebirgskreis verlor die NPD die meisten Stimmen; die Wahlergebnisse glichen sich den in den Regionen Mittelsachsen und Nordsachsen erzielten Ergebnissen an.

Im Vogtlandkreis gingen die Wahlergebnisse nur leicht zurück und glichen sich den in den Wahlkreisen Zwickau, Leipzig-Land und Chemnitzer Umland erreichten Ergebnissen an. Es ist auffällig, dass die NPD in den Wahlkreisen die besten Ergebnisse erzielte, in denen sie auch über die stabilsten Strukturen verfügt.

Die sächsische NPD hält das Ergebnis angesichts „der gestiegenen Wahlbeteiligung und der „Konkurrenz durch die medienhufierte (Schein-) 'Alternative für Deutschland'“ für „ganz passabel“. Es liege „angesichts der enormen Medienpräsenz der ‚Alternative für Deutschland‘“ im Rahmen der Erwartungen und zeige nach Auffassung des Landesvorsitzenden Holger SZYMANSKI, *„daß unter den veränderten Rahmenbedingungen der Wahlen des Jahres 2014 in Sachsen auch Platz für zwei Parteien rechts der bürgerlichen Parteien CDU und FDP“ vorhanden sei.* Jetzt gelte es, die Partei *„organisatorisch noch stärker zu machen“*, um *„auf die kommende Umbruchsituation aufgrund einer sich wieder verschärfenden Lage an den internationalen Finanzmärkten sowie einer Zuspitzung der Euro-Krise bestmöglich vorbereitet“*⁵⁶ zu sein.

Das Bundespräsidium der NPD stellte nach der Wahl fest, dass sich das Wahlergebnis trotz „leichter Stimmverluste“ bei 1,3 % stabilisiert habe. Der Partei sei es „aufgrund struktureller Defizite“ noch nicht gelungen, viele Wähler zu mobilisieren. Mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen in einigen Bundesländern sei das wichtigste Ziel der weiteren politischen Arbeit der Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag und der erstmalige Einzug in die Landtage von Thüringen und Brandenburg. Das Hauptziel der Wahlkämpfe werde darin bestehen, „neue Wähler zu erreichen“ und „die Protestwähler der Bundestagswahl“⁵⁷ an die Partei zu binden.

Der rückläufige Trend bei den Wahlergebnissen der NPD hält – wenn auch abgeschwächt – noch an. Der Partei gelang es nicht, neue Wählergruppen zu erschließen. Auch potenzielle Protestwähler konnten zu dieser Wahl mit den Themenschwerpunkten „Anti-Euro“ und „Asylpolitik“ nur in geringem Umfang erreicht werden. Die Bedingungen waren für die NPD im Vergleich zur letzten Bundestagswahl schwieriger. Neue Parteien besetzten im Wahlkampf Themen, welche bisher von der NPD propagiert worden waren und traten auch in Sachsen mit Landeslisten und Direktkandidaten an. Damit verlor die NPD ihre bisherige Alleinstellung bei Themen wie der Wiedereinführung der D-Mark.

Gleichwohl verhinderte die Partei mit einem provokativen Wahlkampf, dass das Ergebnis unter die für die Partei wichtige Schwelle von 0,5 Prozentpunkten fiel. Der damit verbundene Verlust der Teilnahme an der Parteienfinanzierung hätte die Partei existenziell bedroht. Die Reaktionen von NPD-Funktionären auf die Wahlergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern lassen darauf schließen, dass sich die Partei bei den kom-

⁵⁶ Auszug von der Internetseite der NPD Sachsen.

⁵⁷ Auszug von der Internetseite der NPD.

menden Landtagswahlen den Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag und den Ersteinzug in die Landtage von Thüringen und Brandenburg erhofft.

Der bis Dezember 2013 amtierende Bundesparteivorsitzende Holger APFEL formulierte im Dezember 2012 gegenüber der Presse als strategisches Ziel der NPD die Fraktionsbildung auf europäischer Ebene. Danach würde eine „Hysterisierung“ eine Aufmerksamkeit erzeugen, die drei Monate später den Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag sichern würde. Dann würden Brandenburg und Thüringen folgen – so die Hoffnung APFELs.⁵⁸

NPD-Wahlkampfaktivitäten – mit teils geringer Resonanz auch in Sachsen



Quelle: Facebookseite der NPD Dresden.

Die Strategie der NPD im Wahlkampf zielte darauf ab, unter Einsatz von geringen Mitteln mög-

lichst hohe mediale Aufmerksamkeit zu erlangen. Spitzenfunktionäre der Partei führen im Rahmen einer „Deutschlandtour“ mit dem sogenannten „NPD-Flaggschiff“⁵⁹ durch Deutschland und führten Kundgebungen unter dem Motto „Asylflut und Eurowahn stoppen – NPD in den Bundestag“ in ausgesuchten Städten durch. Dabei lag der Fokus eindeutig auf Orten in den alten Bundesländern, vor allem in Nordrhein-Westfalen. Im bevölkerungsreichsten Bundesland hoffte die Partei offenbar vor allem mit ihrer ausländerfeindlichen Thematik als „echte Alternative“ zu ihrer Konkurrenzpartei DIE RECHTE zu punkten. Die Partei kämpfte im Rahmen ihrer Tour mit allen Mitteln um mediale Aufmerksamkeit, sei es mit der provokanten Wiedergabe von Hitlers Lieblingsmarsch, dem „Badenweiler Marsch“, oder den ausländerfeindlichen Ausführungen von Holger APFEL, der von „muslimischer Landnahme“ sprach und deshalb wegen Volksverhetzung angezeigt wurde. Mehrfach löste die Polizei wegen solcher Vorfälle die NPD-Kundgebungen auf. Um mediales Interesse zu erzeugen, nutzte die Partei auch Proteste gegen ein neues Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf und führte in der Nähe eine eigene Kundgebung durch. Der Erfolg der NPD-Tour hielt sich jedoch in Grenzen. Nur regionale Medien griffen die Veranstaltungen auf, und oft blieb der Partei der erhoffte Erfolg durch Proteste politischer Gegner verwehrt.

Im Wahlkampf hatte die NPD vor allem mit Themen, wie Rentenpolitik oder Asylmissbrauch sowie der seit Ende 2011 laufenden Anti-Euro-Kampagne, die mit der Forderung nach der Wiedereinführung der D-Mark verbunden wurde, für sich geworben. Dies spiegelte sich deutlich in Wahlplakaten und Flugblättern wider, die u. a. nachfolgende Losungen enthielten:

⁵⁸ Artikel „Braune Kreide fressen“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Dezember 2012.

⁵⁹ Es handelt sich um einen mit NPD-Werbung versehenen LKW.

„Maria statt Scharia, weil der Islam eben nicht zu Deutschland gehört“

„Geld für die Oma statt für Sinti und Roma, weil uns deutsche Rentner wichtiger sind als Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Welt“

„Asylflut stoppen, da der hierzulande praktizierte Asylmißbrauch nicht länger zulasten der Steuerzahler und der inneren Sicherheit gehen darf“



Quelle: www.npd.de

Auch Im Freistaat Sachsen führte die NPD einen provokativen Wahlkampf. Sie beschränkte sich dabei überwiegend auf die Durchführung kleiner Kundgebungen und Informationsstände. Aus-

gangspunkt bildete eine Kundgebung am 17. August 2013 unter dem Motto „Maria statt Scharia – Gegen die Islamisierung Deutschlands“ vor der Al Rahman-Moschee in Leipzig. Daran beteiligten sich ca. 70 Personen. Es zeigte sich dabei deutlich, wie die NPD im Wahlkampf den Angstfaktor „Bedrohung durch Islamisten“ nutzte, um fremdenfeindliche Ressentiments zu schüren:

„Islamisten sind dabei nicht etwa nur als besonders extreme Vertreter ihres Glaubens anzusehen, sondern sie verkörpern den Islam vielmehr in seiner unverfälschten Form, mit der die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Muslime gänzlich oder zumindest in weiten Teilen konform geht. (...) Wegen der rasant steigenden Verausländierung im allgemeinen und der massiven Ausbreitung islamistischer Strukturen im besonderen ist Leipzig für die Sachsen-NPD ein Schauplatz, an dem sich zeigen wird, wie intakt noch das ethnisch-kulturelle Immunsystem der Sachsen gegen die Landnahme aus dem Morgenland ist.“⁶⁰

Mit dem Thema „Anti-Euro“ versuchte die NPD am 22. August 2013 in Oschatz (Landkreis Nordsachsen), eine von der Bundeskanzlerin besuchte Wahlkampfveranstaltung zu stören. Anhänger der NPD, der JN und der FREIEN KRÄFTE waren anlässlich der Veranstaltung mit „Anti-Euro Plakaten“ nach Oschatz gekommen.

Wahlkampfaktivitäten waren auch in den Regionen Dresden und Ostsachsen feststellbar. Regelmäßig beteiligten sich Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Dresden. Die Themen wurden dabei oft dem jeweiligen Standort angepasst. So wurde zum Beispiel bei einem Informationsstand am Dresdner Flughafen ein Plakat eingesetzt, welches sich gegen Fluglärm richtete.

⁶⁰ Auszug von der Internetseite der NPD Sachsen.

Die Tour des Bundesvorstandes führte im September 2013 – allerdings mit offensichtlich verhaltener Resonanz – nach Sachsen. Lediglich zwischen 12 und 50 NPD-Mitglieder und Funktionäre beteiligten sich an Kundgebungen des Parteivorstandes in Leipzig, Zwickau und Dresden. Die Abschlussveranstaltung fand mit ca. 50 Teilnehmern am 21. September 2013 in Meißen statt.



Foto: Facebookseite der NPD Dresden.

Bundespartei

Spannungen in der NPD und die „Freundeskreise Udo Voigt“

Während sich der sächsische NPD-Landesverband nach internen Konflikten und gestiegenen Parteiaustritten im Jahr 2012 im Berichtsjahr noch relativ stabil präsentierte, vermittelte die Partei auf Bundesebene kein geschlossenes Bild. So sah sich der damalige Parteivorsitzende APFEL bis zu seinem Rücktritt im Dezember 2013 aufgrund des von ihm verfolgten Kurses mit deutlicher Kritik konfrontiert. Parteiinterne und -externe Gegner ergriffen im Rahmen sogenannter „Freundeskreise Udo Voigt“ für den früheren NPD-Vorsitzenden Udo VOIGT Partei.

Ihr Bestreben ist es, VOIGT wieder an der Spitze der Bundes-NPD zu etablieren. Initiator der „Freundeskreise“ war Frank ROHLEDER aus Reichenbach (Vogtlandkreis), ein ehemaliger NPD-Bundesfunktionär aus Sachsen.



Udo VOIGT, Frank ROHLEDER, Uwe MEENEN (v. l. n. r).

Foto: www.wohin-deutscherechte.de

Unter der Überschrift „Organisierter Wille bedeutet Macht“ wird auf einer von ROHLEDER im Januar 2013 neu eingerichteten Internetseite mitgeteilt, dass in den vorangegangenen Wochen in 15 Orten sogenannte „Freundeskreise Udo Voigt“ gegründet worden seien. Diesen sollen Personen angehören, die den ehemaligen NPD-Vorsitzenden VOIGT *„in seiner politischen Arbeit zum Zusammenschluss aller patriotischen Kräfte in Deutschland unterstützen wollen“*. Die Unterzeichner einer Erklärung sehen darin *„die Chance, nationale Kräfte über die Parteigrenzen zu sammeln und ihr Potential zu bündeln, um den gemeinsamen Kampf für ein besseres Deutschland neu zu beleben.“*⁶¹ Es hat sich somit offensichtlich eine Front gegen die NPD-Bundesführung unter APFEL etabliert, der sowohl NPD-Mitglieder als auch parteiungebundene Rechtsextremisten angehören. Ehemalige Weg-

⁶¹ Auszug von der Internetseite des „Freundeskreis Udo Voigt“.

gefährten sehen VOIGT als einigende Kraft, da unter seiner Führung auch jene „ewiggestrigen“ Hardliner toleriert worden seien, die unter APFEL aus der Partei gedrängt worden seien.

Der Bundesparteitag der NPD im April 2013 bot den Gegnern des zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Bundesvorsitzenden Holger APFEL die Gelegenheit, die Machtverhältnisse und die Stimmung in der Partei auszuloten. Die Delegierten trafen sich am 20. und 21. April in Weinheim (Baden-Württemberg), um auf dem 34. ordentlichen Parteitag einen neuen Vorstand zu wählen. Dabei wurde die Parteiführung noch unmittelbar vor dem Parteitag intern angegriffen.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD in Hamburg, Thomas WULFF, übte scharfe Kritik an der Parteiführung und warb für VOIGT. Die Vorstandswahl werde den weiteren Weg der „De-Solidarisierung und Entzweiung, der Inef-

ektivität und des politischen Verrates zementieren“. VOIGT komme hingegen der Verdienst zu, unter seiner Führung die „vollkommene Akzeptanz gegenüber jungen nationalsozialistischen Führungskadern aus der freien Bewegung“⁶² erreicht zu haben. Der frühere Bundesvorsitzende Udo VOIGT, der im Vorfeld des Parteitags durch die Initiative „Freundeskreis Udo Voigt“ und provokative Kritik am aktuellen Kurs der NPD für Unruhe gesorgt hatte, zog es vor, nicht am Parteitag teilzunehmen.

Seine Kandidatur „zum jetzigen Zeitpunkt“ wäre „dem notwendigen inneren Zusammenhalt“ der NPD „nicht dienlich“ – aus diesem Grund stehe er derzeit nicht „zur Wahl als Parteivorsitzender zur Verfügung“⁶³. Stattdessen trat der Berliner Parteifunktionär und VOIGT-Anhänger Uwe MEE-NEN an, der die Wahl schließlich mit 21,5 % der Stimmen verlor. Aber auch das schlechte Ergebnis von APFEL (lediglich 70,9 %) zeigt, dass der Partei die innere Geschlossenheit fehlt.



Uwe MEE-NEN

Foto: www.npd-berlin.de



Holger APFEL

Foto: www.ds-aktuell.de

⁶² Artikel „NPD am Boden – Eine Partei zerstört sich selbst!“, Internetseite www.naso-mzbi.de.

⁶³ Auszug von der Internetseite des „Freundeskreis Udo Voigt“.

Im Dezember 2013 trat der Bundesvorsitzende Holger APFEL überraschend von allen Ämtern zurück und verließ die Partei. Offenbar haben Kräfte aus dem Umfeld der sächsischen NPD-Fraktion zusammen mit sächsischen JN- und NPD-Funktionären APFEL unter einen immensen Druck setzen können, dem dieser nicht standhielt. Der bis dahin stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Udo PASTÖRS übernahm die Führung der Partei bis zur Neuwahl eines neuen Vorsitzenden. Am Ende des Jahres 2013 und vor Beginn des wichtigen Wahljahres 2014 befand sich die NPD somit in einer äußerst desolaten Situation.

Auch die immer näher rückende Europawahl sorgte für Zündstoff innerhalb der NPD-Führung. Nach dem Wegfall der Fünfprozenthürde im Jahr 2012 und Klagen gegen das im Jahr 2013 in Kraft getretene Wahlgesetz mit einer Dreiprozenthürde⁶⁴ erhofften sich Funktionäre lukrative Posten im Europaparlament. Neben dem Vorsitzenden der NPD-Fraktion von Mecklenburg-Vorpommern Udo PASTÖRS sah sich auch der stellvertretende Bundesvorsitzende Karl RICHTER, der auch wegen schlechter Wahlergebnisse zur Bundestagswahl 2013 in Bayern in Kritik geraten war, als Spitzenkandidat der Partei für die Europawahl berufen. Auch der ehemalige Bundesvorsitzende Udo VOIGT kandidierte und wurde bei einem Parteitag am 18. Januar 2014 in Kirchheim mit 93 Stimmen zum Spitzenkandidaten gekürt. Der amtierende Vorsitzende Udo PASTÖRS musste mit 71 Stimmen eine erste parteiinterne Niederlage einstecken.

Sachsen

Wie die Bundestagswahl 2013 zeigte, setzte sich der Negativtrend der Partei nicht nur auf Bundesebene fort. Er spiegelte sich auch beim sächsischen NPD-Landesverband wider. Obwohl die NPD in Sachsen mit einem Zweitstimmenergebnis von 3,3 % das beste Ergebnis im Vergleich zu den anderen NPD-Landesverbänden erzielte, musste sie auch hier einen Stimmenrückgang (0,7 %) verzeichnen. Deutlich gesunken war zudem die Zahl der von der NPD 2013 organisierten Demonstrationen. Nachdem sie 2012 noch 25 derartige Veranstaltungen initiiert hatte, waren es 2013 nur noch 15.

Der Anschein einer „Kümmerer-Partei“

Neben den Aktivitäten im Zusammenhang mit der Bundestagswahl war die Partei im Rahmen ihrer „Graswurzelarbeit“ 2013 vor allem mit solchen Aktionen in Erscheinung getreten, die in der Öffentlichkeit das Bild einer „Kümmerer-Partei“ vermitteln sollen. Dazu zählten verschiedenste Themen und Sachverhalte, die vor allem das Sicherheitsempfinden der Bürger betrafen. Anlässe dafür waren z. B. die Hochwasserkatastrophe im Juni 2013 oder die Unterbringung von Asylbewerbern. Bei den von der NPD ausgehenden Aktivitäten handelte es sich z. B. um „Fluthilfeaktionen“ oder einen sogenannten „1. Sozialen Tag der NPD“, bei dem NPD-Mitglieder u. a. als Blutspender auftraten. Aber auch fremdenfeindliche Aktionen gegen Asylbewerber oder auch eine Mahnwache gegen die steigende Anzahl von Straftaten durch Ausländer zählten dazu.

Der sächsische NPD-Funktionär Jürgen GANSEL beschrieb die dabei von der Partei favorisierte

⁶⁴ Mit Urteil vom 26. Februar 2014 (Az.: 2 BvE 2/13) hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die geltende Drei-Prozent-Sperrklausel für die Wahl zum Europäischen Parlament verfassungswidrig und nichtig sei. Die Sperrklausel verstoße gegen die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Parteien.

Strategie in einem Artikel in der Parteizeitung DEUTSCHE STIMME. Dort hieß es:

*„(...) der Normalbürger überwindet seine andres-
sierte Scheu vor der nationalen Opposition erst
dann, wenn er sich und seine Familie sozial, kör-
perlich oder finanziell bedroht sieht. (...) Die NPD
muß deshalb als Schutzmacht gegen die lebens-
konkreten Fährnisse wahrgenommen werden, als
einzige Kraft, die Volkes Stimme spricht, die sich
kümmert, die Flagge zeigt, die Finger in die ge-
sellschaftliche Wunden legt, den Herrschenden
Dampf macht, Klartext spricht oder überhaupt
etwas macht anstatt nur zu reden.“⁶⁵*



Quelle: Facebookseite der NPD Leipzig.

Die Aussage verdeutlicht, mit welchen Mitteln die Partei versuchte, die Bürger für ihre Zwecke

zu instrumentalisieren: Sie griff einmal mehr Themen auf, die bei Teilen der Bevölkerung für Unsicherheit sorgen und das Bedürfnis nach Schutz hervorrufen können. Suggestierend, dass der Staat diesen Schutz nicht biete, schürte die Partei ein Klima der Angst, um sich selbst als Schutzmacht zu präsentieren. Dass die sächsische NPD mit dieser Vorgehensweise durchaus Erfolge erzielen kann, zeigte sich im Berichtsjahr im Zusammenhang mit Protesten gegen die Unterbringung von Asylbewerbern oder den Bau einer Moschee in Leipzig. So war es ihr gelungen, Protestpotenzial aus dem nicht extremistischen Spektrum zur Teilnahme an eigenen Demonstrationen zu mobilisieren und so ihre fremdenfeindlichen Positionen zu verbreiten. Teilweise agierte die Partei dabei im Hintergrund und forcierte über Internetgruppen auf Facebook den Protest. Die Partei wird bei den anstehenden Wahlkämpfen im Jahr 2014 ihr Augenmerk hauptsächlich auf diese beiden Themen legen und damit versuchen, Wähler für sich zu gewinnen.

Am 23. März 2013 führte die Partei einen bundesweiten „1. Sozialen Tag der NPD“ durch, um sich mit sozialen und karitativen Aktivitäten vor Ort als „Kümmerer“ medienwirksam in der Öffentlichkeit zu präsentieren, hatte dabei aber nur mäßigen Erfolg. In einem Mitteilungsblatt appellierte der NPD-Parteivorstand an die Parteimitglieder, das „wahre Wesen der Nationaldemokraten“ im praktizierten Einsatz „für unsere Heimat und Mitbürger“ zu verdeutlichen. Dabei sei es nicht immer ratsam, unmittelbar als NPD aufzutreten, da städtische und kirchliche Einrichtungen sonst grundsätzlich die Hilfe ablehnen würden. Dort müsse man „ohne Markenzeichen“ tätig werden. Beim Reinigen von Grünflächen oder Spielplätzen sei es dagegen möglich, als NPD in Erscheinung zu treten.

⁶⁵ Artikel in der DEUTSCHEN STIMME Nr. 11/2012, S. 17.



Quelle: Facebookseite der NPD.

Weitere Möglichkeiten für ein soziales Engagement seien Sach- oder Geldspenden für soziale Einrichtungen, wie die Tafeln, Tauschbörsen für Kinderbekleidung oder Spielzeug, Essensausgaben, Kinderfeste bzw. Kinder- und Altenpflege. Darüber hinaus könnten auch Fußbälle für die Jugendabteilung von Sportvereinen gesponsert oder Blumen in eine „tostlose Gegend“ gepflanzt werden. Dem Aufruf der Parteiführung folgten offenbar nur wenige Mitglieder. Entgegen den sonst üblichen überzogenen Propagandameldungen fanden sich nur auf einem Facebook-Profil der JN-Nordsachsen Hinweise auf lediglich drei solcher Aktionen.

Auch der NPD-Kreisverband Niederschlesien-Oberlausitz unterbreitete Bürgern ein Hilfsangebot. „Aufgrund zunehmender Nachfrage“ gebe es bei dem Kreisverband die Möglichkeit für „Beschäftigte (...) im Niedriglohnbereich oder sogenannte Bedarfsgemeinschaften mit lediglich einem Einkommen“⁶⁶, ihre Hartz IV-Bescheide mit einem Excel-Programm überprüfen zu lassen. Um auf die angeblich steigende Zahl von Übergriffen ausländischer Täter auf Deutsche und die vermeintliche Tatenlosigkeit verantwortlicher

Politiker aufmerksam zu machen, veranstaltete die NPD am 27. März 2013 in der Dresdner Neustadt eine Mahnwache. Sie thematisierte dabei unter dem Motto „Erst Kirchweyhe, nun Dresden – Wann wachen die verantwortlichen Politiker endlich auf?“ einen Zwischenfall in der Stadt, bei dem ein 24-jähriger Mann bei einer Auseinandersetzung durch einen mutmaßlich ausländischen Täter verletzt wurde. An der Mahnwache beteiligten sich rund 50 Personen. Abgeschirmt von der Polizei äußerte der damalige Bundesvorsitzende Holger APFEL: „Steinwürfe, Flaschenwürfe können uns nicht abhalten zu zeigen, dass diese Stadt die Stadt der Deutschen und nicht der Stadtteil des antifaschistischen Abschaums und von marodierenden Ausländerbanden ist.“⁶⁷

Anlässlich des Gedenkens an den Volksaufstand von 1953 in der DDR veranstaltete die NPD im Juni 2013 in Dresden einen öffentlichen Aufmarsch. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Tradition verpflichtet: 1813 – 1953 – 2013 ‚Heimat bewahren – Souveränität schaffen‘“. Begleitet von Protesten politischer Gegner marschierten rund 120 Rechtsextremisten durch die Dresdner Innenstadt. Neben Funktionären und Mitgliedern der NPD und der JN aus der Region beteiligten sich u. a. auch Angehörige der NATIONALEN SOZIALISTEN HALLE/MERSEBURG, der FREIEN KRÄFTE DRESDEN und Mitglieder der KAMERADSCHAF LEIPZIG MÖCKERN.



Quelle: Facebookseite der NPD Dresden.

⁶⁶ Auszug von der Internetseite des NPD-Kreisverbandes Niederschlesien-Oberlausitz.

⁶⁷ Holger APFEL in einem Video, das auf der Homepage der NPD Sachsen eingestellt wurde.

Noch stärker als bei den vergangenen Veranstaltungen übertrugen die Rechtsextremisten die damalige Situation auf die heutige Zeit. Den Aspekt einer (vermeintlich aktuellen) Unterdrückung aufgreifend bezogen sie sich nicht nur auf den 17. Juni 1953, sondern auch auf die Völkerschlacht 1813. In einer Internetmeldung heißt es dazu:

„In seiner Rede schlug Apfel einen Bogen von den Befreiungskriegen 1813-1815 über die Gründung des Deutschen Reiches 1871 und den 17. Juni 1953 als Fanal des deutschen Freiheitskampfes bis zur heutigen Fremdherrschaft der EU-Diktatur über die seit 1990 wiedervereinigten Deutschen in den alten Bundesländern und der ehemaligen DDR.“⁶⁸

Mit der Übertragung dieser Gedanken auf die heutige Zeit sehen sich die Rechtsextremisten in der Tradition im Kampf gegen Unterdrückung und beschwören eine Revolution.



Foto: Facebookseite der JN Leipzig.

Die Organisation der Veranstaltung lag in diesem Jahr vollständig in den Händen der NPD und nicht bei den FREIEN KRÄFTEN, die auch als Redner

nicht auftraten. Auf einer den FREIEN KRÄFTEN DRESDEN zuzurechnenden Internetseite wird diese Zurückhaltung wie folgt begründet:

„Nach der öffentlichen Distanzierung des Landesverbandes im vergangenen Jahr von der Forderung der NATIONALEN SOZIALISTEN – die BRD als Rechts- und Organisationsform auf deutschem Boden sei abzuschaffen, da sie ebenso wie die ehemalige DDR ein Konstrukt der Fremdherrschaft darstellt – trat nunmehr die NPD als alleiniger Veranstalter auf.“⁶⁹

Die Aussage deutet darauf hin, dass sich das seit längerer Zeit angespannte Verhältnis zwischen Teilen der neonationalsozialistischen Szene und der NPD nunmehr auch auf das Verhältnis zwischen der NPD und den FREIEN KRÄFTEN in Dresden auswirkt. Ursächlich für dieses teils schlechte Verhältnis dürfte u. a. der vom ehemaligen NPD-Bundvorsitzenden Holger APFEL propagierte Kurs der „Seriosen Radikalität“ sein, der auch eine Distanzierung der Partei von gewaltbereiten Teilen der Szene beinhaltetete.

Auch im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe im Juni 2013 präsentierte sich die NPD als „Kümmerer“-Partei. Der NPD-Landesverband Sachsen rief seine Mitglieder und Sympathisanten dazu auf, ihre gegen das Hochwasser ankämpfenden Landsleute tatkräftig zu unterstützen:

„Angesichts der katastrophalen Situation in weiten Teilen Sachsens gilt es jetzt, den Hochwasseropfern so gut wie möglich beizustehen und überall da zu helfen, wo Not am Mann ist. Wie bei der Flut vor elf Jahren sind auch diesmal wieder Nationaldemokraten ebenso wie viele Aktivisten der FREIEN KRÄFTE vor Ort und packen an, wo Hilfe

⁶⁸ Auszug von der Internetseite des NPD Kreisverbandes Dresden.

⁶⁹ Auszug von der Internetseite NETZWERKMITTE.



Quelle: www.ds-aktuell.de



Holger APFEL

Foto: www.npd-sachsen.de

gebraucht wird, ob bei der Freiwilligen Feuerwehr in den am schlimmsten betroffenen Städten und Gemeinden oder bei individueller Hilfe.“⁷⁰

„Überall dort, wo die volkstreue Opposition an den Dämmen, in den Straßen, an den Häusern, wo Hilfe benötigt wird, im Einsatz ist, sollen Euch die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen“⁷¹

Bei ihren Aktionen trugen die NPD-Mitglieder u. a. T-Shirts mit dem aufgedruckten Slogan „Nationale Solidarität – Fluthelfer 2013“. Sie verkündeten die Einrichtung eines Spendentopfes und berichteten in Facebook fotowirksam über ihre Aktivitäten.

Weitere Aktivitäten der sächsischen NPD – Vorbereitung der Wahlen 2014

Am 12. Januar 2013 wählten die Delegierten der sächsischen NPD in Doberschütz, Ortsteil Sprotta (Landkreis Nordsachsen), einen neuen Landesvorstand. Als einziger Kandidat für den Landesvorsitz trat der Leiter des Parlamentarischen Beratungsdienstes der NPD-Fraktion



Holger SZYMANSKI

Quelle: www.npd-dresden.de

Der ehemalige Vorsitzende Mario LÖFFLER gab nach nur einem Jahr den Vorsitz ab, stellte sich

⁷⁰ Auszug von der Internetseite der NPD Sachsen.

⁷¹ Ebenda.

jedoch als Stellvertreter zur Verfügung. In seiner Rede führte er persönliche Gründe für diesen Schritt an und dementierte Internetmeldungen, wonach Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und seinem Vorgänger Holger APFEL ursächlich dafür gewesen seien.

Ebenfalls im Januar 2013 wählten die Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Thomas SATTELBERG mit 95 % der Stimmen zum neuen Kreisvorsitzenden. SATTELBERG gilt als Gründer und Vordenker der im Jahr 2001 verbotenen neonationalsozialistischen Kameradschaft „SKINHEAD SÄCHSISCHE SCHWEIZ“ (SSS). Er wurde zu einer Haftstrafe verurteilt, da er den organisatorischen Zusammenhalt dieser verbotenen Organisation aufrechterhalten hatte. Damit stellte die NPD einmal mehr unter Beweis, dass sie Mitgliedern verbotener neonationalistischer Vereinigung eine Heimat bietet.

Der Februar 2013 stand, wie in den Vorjahren auch, im Zeichen der Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945. Die Organisation der Aktivitäten der Rechtsextremisten in Dresden oblag dem „AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DAS VERGESSEN“, dessen Hauptinitiator den neonationalsozialistischen FREIEN KRÄFTEN DRESDEN angehört. Auch wenn in Dresden das Verhältnis zwischen den FREIEN KRÄFTEN und der NPD eher als distanziert gilt, führte das Thema die Rechtsextremisten zusammen. Nach einer Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof begaben sich Mitglieder und Funktionäre der NPD in die Innenstadt, um an dem angemeldeten Trauermarsch teilzunehmen. Der ursprünglich geplante Marsch scheiterte jedoch an den Protesten politischer Gegner. Lediglich etwa 30 Rechtsextremisten, darunter Abgeordnete und Mitarbeiter der NPD-Fraktion

im Sächsischen Landtag, erreichten die Pillnitzer Straße und demonstrierten verspätet. Etwa 270 Personen wurden im Bereich Lennèplatz blockiert. Dort führten die Rechtsextremisten eigenen Angaben zufolge eine Kundgebung durch, auf der die NPD-Landtagsabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern Udo PASTÖRS und Stefan KÖSTER sowie der Berliner NPD-Landesvorsitzende Sebastian SCHMIDTKE, ein ehemals führender Aktivist der AUTONOMEN NATIONALISTEN in Berlin, als Redner auftraten.

Von Oktober bis Dezember 2013 waren die Aktivitäten der sächsischen NPD auf die Vorbereitung der 2014 anstehenden Wahlen ausgerichtet. Das von der NPD bei der Bundestagswahl in Sachsen erzielte Ergebnis von 3,3 % macht einmal mehr deutlich, dass der von der Partei erhoffte Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag im Jahr 2014 nicht selbstverständlich ist.

Kurz nach der Bundestagswahl deuteten Verlautbarungen auf NPD-Internetseiten darauf hin, dass die Themen „Asyl“ und „Islamismus“ Kernthemen des NPD-Wahlkampfes sein würden. Entsprechende Kampagnen sind bereits im Internet gestartet worden. Zur Nutzung dieses Mediums für kommunikative Zwecke führte Jürgen GANSEL aus:

„Hierbei spielt Facebook als niedrigschwellige Kontaktmöglichkeit eine ganz entscheidende Rolle, um sich schnell und anonym an den ‚netten Rechten von nebenan‘ wenden zu können. So werden Vorurteile abgebaut und ortsnahe Kontaktnetze aufgebaut. Die genannten Voraussetzungen einer Schnell-Mobilisierung via Facebook sind in Mitteldeutschland eher gegeben als in Westdeutschland und in Kleinstädten eher als in Großstädten.“⁷²

⁷² Artikel in DEUTSCHE STIMME Nr. 11/2012, S. 17.



Fotos: Facebookseite „Schneeberg wehrt sich“.



Stefan HARTUNG (Redner).

Die NPD im Erzgebirge folgte im September 2013 dieser Strategie. Der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Erzgebirge Stefan HARTUNG gründete eine Facebook-Gruppe mit der Bezeichnung „Schneeberg wehrt sich“. Hintergrund war die geplante Unterbringung von Asylbewerbern in der ehemaligen Jägerkaserne in Schneeberg. Die Gruppe, so HARTUNG, formuliere „den Protest gegen die Ansiedlung krimineller Asylbetrüger in Schneeberg“.

Für den 19. Oktober 2013 meldete HARTUNG eine Kundgebung in Schneeberg unter dem Motto „Schneeberg wehrt sich gegen den Asylmissbrauch“ an. Im Internet wurde die Veranstaltung dagegen unter der unverfänglichen Bezeichnung „1. Schneeberger Lichtlauf“ beworben. Da sich die Partei bei der Mobilisierung und Durchführung im Hintergrund gehalten hatte – sie rechnete dabei mit 300 Teilnehmern –, beteiligten sich zwischen 1.000 und 1.500 Personen an der Kundgebung. Darunter befanden sich etwa 200 Rechtsextremisten. Im Ergebnis wurde deutlich, dass bei Veranstaltungen sowohl die Wahl des Themas als auch der verschleierte NPD-Hintergrund Bürger zur Teilnahme an Protesten bewegen können, die sonst nicht zum typischen Mobilisierungspotenzial der Rechtsextremisten gehören.

Von diesem Erfolg beflügelt, beschlossen die Rechtsextremisten, im November 2013 erneut in Schneeberg Aufmärsche zu organisieren. Am 2. November 2013 fand der von HARTUNG initiierte „2. Schneeberger Lichtlauf“ statt, an dem insgesamt etwa 1.800 Personen teilnahmen, darunter ca. 250 Rechtsextremisten. Als Redner traten HARTUNG selbst und der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Mario LÖFFLER auf. Unter dem Motto „Fragt uns Bürger! Wir sagen NEIN zum Asylmissbrauch“ demonstrierten die Extremisten ihre Nähe zur Bevölkerung und suchten gezielt den Schulterchluss mit dem bürgerlichen Spektrum.

Bestärkt durch den großen Zuspruch in- und außerhalb der rechtsextremistischen Szene organisierte Stefan HARTUNG am 16. November 2013 den dritten „Schneeberger Lichtlauf“. Die Veranstalter verzeichneten mit insgesamt etwa 1.500 Teilnehmern (davon ca. 250 Rechtsextremisten sowie 250 Hooligans) wieder eine bei rechtsextremistischen Veranstaltungen in der Regel ungewöhnlich hohe Beteiligung.

Darüber hinaus initiierte die NPD vereinzelt Facebook-Gruppen, in deren Rahmen sich offensichtlich auch nicht extremistische Personen an Diskussionen zum Thema „Asyl“ beteiligten.



Fotos: Facebookseite der NPD Leipzig.

Umgekehrt brachte sich die Partei aber auch in Diskussionen nicht extremistischer Facebook-Gruppen ein.

Am 14. November 2013 führte die von Rechtsextremisten maßgeblich beeinflusste Bürgerinitiative „Rötha wehrt sich“ eine Kundgebung unter dem Motto „NEIN zu Asylmissbrauch – Mut zur Demokratie“ in Rötha (Landkreis Leipzig) durch. An der Veranstaltung nahmen ca. 120 Personen teil, davon etwa 50 Rechtsextremisten. Als Redner traten bei dieser Veranstaltung NPD- und JN-Funktionäre auf.

In Leipzig wiederum sind Proteste gegen die Unterbringung von Asylbewerbern auf die NPD zurückzuführen. Als bekannt wurde, dass ein ehemaliges Gymnasium im Stadtteil Schönefeld für die Aufnahme von Asylbewerbern eingerichtet wurde, meldete die Leipziger NPD für den 18. November 2013 eine Mahnwache an. Etwa 200 Teilnehmer folgten dem Aufruf. Die Rechtsextremisten resümierten nach der Veranstaltung:

„Die NPD Leipzig setzte an diesem Abend jedenfalls ein deutliches Zeichen gegen Asylmißbrauch und Überfremdung. Wir werden die Bürger in

Schönefeld auch in Zukunft nicht im Stich lassen. Wir kommen wieder, denn wir sind da vor Ort, wo deutsche Interessen verraten und verkauft werden.“⁷³

Im Dezember 2013 setzte die NPD in Leipzig ihre Protestaktionen gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in Leipzig fort. Unter dem Motto „Kinderschutz vor Asylrecht“ fand ein zweiter Aufmarsch der Rechtsextremisten am 7. Dezember 2013 statt. Die rund 110 Teilnehmer gelangten jedoch wegen der Aktivitäten politischer Gegner nicht bis an das Ende der geplanten Wegstrecke.

Darüber hinaus beteiligten sich die NPD, die JN und NEONATIONALSOZIALISTEN in Leipzig an Protesten gegen den Bau einer Moschee. Sie traten auf Bürgerversammlungen mit Wortmeldungen in Erscheinung oder führten selbst Kundgebungen durch.

Wie bereits bei der Asylthematik versucht die NPD, auch mit dem Thema Moscheebau Ängste und fremdenfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung zu schüren. So suggeriert die NPD dem Bürger, dass sich hinter der Religion des Islam islamistischer Terror verberge. Die Akti-

⁷³ Auszug vom Facebook-Profil der NPD Leipzig.

vitäten der NPD in Leipzig sind, ebenso wie die Aktionen gegen Asylbewerberheime, im Kontext der anstehenden Wahlen zum Sächsischen Landtag zu sehen.



Quelle: Facebookseite der NPD Leipzig.

Für den 2. November 2013 meldete der NPD-Landesverband Sachsen eine Kundgebung unter dem Motto „Schöner leben ohne Moscheen“ an.



Quelle: Facebookseite der NPD Dresden.

An der Veranstaltung beteiligten sich ca. 150 Personen. Der NPD-Abgeordnete Jürgen GANSEL schloss seine Rede mit den Worten:

„Die sächsische NPD will auch in Zukunft nur das vertraute Gesicht der Dresdner Frauenkirche und der Leipziger Nikolaikirche sehen! Wir wollen keine steinernen Machtsymbole einer fremdartigen Aggressionsreligion, für die jedes Gotteshaus nur ein weiterer Brückenpfeiler zur religiösen Eroberung nicht-islamischen Landes ist. Leipzig, diese Stadt der Völkerschlacht und der friedlichen Volkserhebung des Herbstes 1989, hat schon genug Probleme mit Ausländerkriminalität, Asyl-Schwindlern und der Salafisten-Bande um Hassan DABBAGH. Deshalb braucht diese Stadt ganz bestimmt keine neuerliche Ausländer-Provokation in Gestalt der Minarett-Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde. Gohlis sagt Nein, Leipzig sagt Nein und die NPD sagt Nein!“⁷⁴

Ausblick

Der Rückzug APFELS wird die innerparteilichen Konflikte auf Bundes- und Landesebene nicht befrieden. Eine Stärkung der Position von NPD-Führungspersonen in Sachsen, welche ursprünglich aus der neonationalsozialistischen Szene stammen, könnte eine Radikalisierung des Erscheinungsbildes des Landesverbandes nach sich ziehen. Bei der Nominierung der Kandidaten zur Landtagswahl dürften weitere Konflikte vorprogrammiert sein.

Auch auf Bundesebene deuten sich weitere Konflikte in der Partei – gegen die ein Verbotsverfahren anhängig ist⁷⁵ – an. Insbesondere die Niederlage des amtierenden Bundesvorsitzenden Udo PASTÖRS gegen Udo VOIGT bei der Nominierung zum Spitzenkandidaten der Europawahl-liste hinterlässt den Eindruck einer anhaltenden Führungskrise.

⁷⁴ Rede, veröffentlicht auf der Internetseite des NPD Landesverbandes Sachsen.

⁷⁵ Der Bundesrat beschloss im Dezember 2012, einen Antrag zum Verbot der NPD zu stellen. Die Antragschrift wurde am 3. Dezember 2013 durch die vom Bundesrat Bevollmächtigten beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht.

Die Aktivitäten der sächsischen NPD zum Ende des Jahres 2013 verdeutlichen, wie und in welcher Intensität der Wahlkampf im Jahr 2014 ablaufen wird. Die Rechtsextremisten werden bestrebt sein, vor allem unter Ausnutzung der Asylproblematik die Stimmung gegen die etablierten Parteien zu schüren.

Intensiver als zur Bundestagswahl ist mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten im Rahmen

des Landtagswahlkampfes zu rechnen. Während die Partei noch im Jahr 2013 bei Protesten regional wenig sichtbar in Erscheinung trat, wird sie im Wahljahr 2014 verstärkt versuchen, sich als Wortführer und Initiator zu inszenieren. Sollte es der Partei nicht gelingen, beim Wähler Akzente zu setzen und sich von Parteien, welche thematisch gleiche Positionen aufgreifen, abzuheben, drohen ihr erhebliche Stimmenverluste.

1.4 JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	1969
Sitz:	Riesa (Sachsen)
Mitglieder 2013 in Sachsen:	ca. 70
Mitglieder 2012 in Sachsen:	ca. 50
Mitglieder 2012 bundesweit:	ca. 350
Vorsitz Bund:	Andy KNAPE
Vorsitz Freistaat Sachsen:	Paul RZEHACZEK
Publikation:	DER AKTIVIST
Kennzeichen:	

Die JN gliedern sich in den Bundesverband, Landesverbände und in einigen Bundesländern in regional und lokal agierende Stützpunkte.

Nachdem im Freistaat Sachsen im Jahr 1995 erstmals Aktivitäten der JN festgestellt worden waren, gründete sich 1997 in Dresden der erste sächsische JN-Stützpunkt. Im darauffolgenden Jahr entstand neben weiteren Stützpunkten in Kamenz und Bischofswerda (jeweils Landkreis Bautzen) erstmals ein sächsischer JN-Landesverband, welcher jedoch bereits 1999 nach Zerwürfnissen mit dem Bundesvorstand aufgelöst wurde. Die anschließenden Versuche, einen neuen Landesverband zu gründen, blieben zunächst erfolglos. Lediglich einzelne Stützpunkte in den Regionen Zittau (Landkreis Görlitz) und der Sächsischen Schweiz wurden bekannt. Diese entfalteten jedoch kaum Aktivitäten.

Historie und Strukturentwicklung

Die JN, die Jugendorganisation der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS, verstehen sich laut Satzung ihrer Mutterpartei als deren „integraler Bestandteil“.

Ab 2004 waren wieder Bestrebungen zu beobachten, Strukturen der JN aufzubauen. Im Mai 2005 wurde in Sachsen erneut ein JN-Landesverband gegründet. In den folgenden Jahren entstanden mehrere JN-Stützpunkte, deren Aktionismus unterschiedlich stark ausgeprägt war. Während von einigen über einen längeren

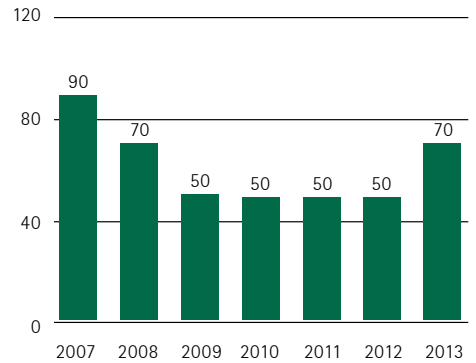
Zeitraum hinweg Aktivitäten ausgingen, waren andere Stützpunkte kaum aktiv oder wurden mittlerweile offenbar wieder aufgelöst.

Ab Ende 2012 wurden die Strukturen der JN erneut ausgebaut. In Dresden, Geithain (Landkreis Leipzig) und Werdau (Landkreis Zwickau) wurden neue Stützpunkte gegründet. In der ersten Jahreshälfte 2013 wurden weiterhin je ein neuer Stützpunkt in Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) und in Mittelsachsen bekannt. Letzterer rekrutierte sich aus ehemaligen Mitgliedern der neonationalsozialistischen Gruppierung NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN, welche im Februar 2013 durch den sächsischen Innenminister verboten wurde.

Neben den schon erwähnten Stützpunkten sind die JN in Sachsen in Leipzig, Muldenal (Wurzen), Nordsachsen, in der Sächsischen Schweiz sowie im Landkreis Meißen vertreten.

Die Mitgliederzahl der sächsischen JN, die in den Jahren 2006 und 2007 ihren bisherigen Höchststand erreicht hatte, stagnierte von 2009 bis 2012 bei ca. 50 Personen. Im Jahr 2013 ist ein Anstieg auf ca. 70 Mitglieder zu verzeichnen. Dieser resultiert vor allem aus dem Zulauf von ehemaligen Anhängern der im Februar 2013 verbotenen neonationalsozialistischen Gruppierung NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN.

Mitglieder der JN im Freistaat Sachsen



Stützpunkte der JN im Freistaat Sachsen



Ideologie/Politische Zielsetzung

Das Ziel der Jugendorganisation der NPD ist die Errichtung einer nationalistischen Volksgemeinschaft. Die grundgesetzlich verankerten Freiheits- und Gleichheitsrechte sollen dabei außer Kraft gesetzt werden. Dabei offenbaren die JN ihre Demokratiefeindlichkeit noch unverhohlenen als ihre Mutterpartei.

„...Kultur-...Tradition-...Nationalismus-...Sozialismus-...Volksgemeinschaft-...Das sind im Kern die Grundlagen...unserer Weltanschauung.“

„Ihr, die ihr heute in unseren Reihen steht, lehnt dieses System ab und steht für einen sozialistischen Nationalismus,....“⁷⁶

Zur Verwirklichung dieses Ziels soll sich der Einzelne unterordnen:

„Wir fordern eine Volksgemeinschaft, eine Großgruppe an Menschen, die an ein gemeinsames Schicksal gebunden sind, die gemeinsame Herkunft, Kultur und Ziele verfolgen, eine Gemeinschaft, in der jeder Volksgenosse mit seinen persönlichen Fähigkeiten und Kenntnissen sich selbst zur Erhaltung und zur Erhaltung eines großen ganzen dient: Dem Volk!“⁷⁷

Wie die NPD bedienen sich die JN typischer, in der rechtsextremistischen Szene verbreiteter verschwörungstheoretischer Erklärungsmuster. Dabei wird der Bundespolitik unterstellt, sie hätte sich die Zerstörung des deutschen Volkes zum Ziel gesetzt.

„Das System arbeitet seit Jahrzehnten daran, Euch neue Identitäten zu geben. Durch Umerziehung, Gehirnwäsche und Neuausrichtung.“⁷⁸

„Stets war die Zerstörung der Kultur und damit der Eigenart ein Hauptbestandteil bundesdeutscher Politik.“⁷⁹

In diskriminierender Weise äußern sich die JN über Homosexuelle und verdeutlichen damit ihren menschenverachtenden Charakter.

„Den Höhepunkt machen heute ganze Paraden aus, die, anstatt den deutschen Arbeiter zu ehren, die Schwulen- und Lesbenliebe feiern. Zwielfichtige Gestalten, die Dank der Gleichstellung und Gleichschaltung Aller heute ungeniert Normalität für sich einfordern dürfen, haben die Straßen deutscher Städte erobert.“⁸⁰

Die öffentliche Berichterstattung der JN offenbart deren gebietsrevisionistische Ansichten. So endete ein Internetbeitrag zur „Schlesienfahrt der JN 2012“ wie folgt:

„Zurück bleiben unvergessliche Erinnerungen... An gelebte Kameradschaft und tief empfundene Gemeinschaft. Erinnerungen an junge, kräftige Deutsche, die sich aufmachen, einen Teil ihres Reiches kennenzulernen. Unvergessene Heimat im Osten.“⁸¹

Mit elitären Selbstdarstellungen streben die JN eine Vorreiterrolle innerhalb der nationalen Bewegung an. So äußerte Andy KNAPE vor seiner Wahl zum JN-Bundesvorsitzenden:

⁷⁶ Internetseite IDENTITÄT-SACHSEN.

⁷⁷ Facebookseite der JN Mittelsachsen.

⁷⁸ Internetseite IDENTITÄT-SACHSEN.

⁷⁹ DER AKTIVIST, Ausgabe 2/2012, S. 34 (Schreibweise wie im Original).

⁸⁰ DER AKTIVIST, Ausgabe 2/2012, S. 34 (Schreibweise wie im Original).

⁸¹ Internetseite des JN-Bundesvorstandes.

„Mir ist es wichtig, daß wir eine schlagkräftige Jugendorganisation formen, die weltanschaulich und politisch einheitlich ausgerichtet ist und einen entscheidenden Einfluß auf die gesamte nationale Bewegung nimmt... Was wir für die Zukunft benötigen, sind aufrichtige und engagiert Mitstreiter, aus denen sich Macher entwickeln, damit wir eine politische Dominanz herausbilden können.“⁸²

Im Verhältnis zu ihrer Mutterpartei bemühen sich die JN sowohl um deren Anerkennung, als auch um Abgrenzung hinsichtlich der Belegung der Aufgabenbereiche. So sind die JN weiterhin bestrebt, den „vopolitischen“ Raum zu besetzen.

„Die JN ist ein sehr gutes Instrument, um im vopolitischen Raum effektiv und zielgerichtet seine Arbeit zu leisten und gestalterischen Einfluß auf die Jugendkultur unseres Landes zu nehmen.“⁸³

Die JN wollen eine Gegenkultur zur „grauen Masse feiger Jasager“ schaffen. In der Öffentlichkeit preisen sie deshalb die entsprechende Überzeugung und Einstellung ihrer Mitglieder sowie deren Umsetzung in ihren eigenen Reihen.

„Wir fallen auf. Auch ohne Uniform oder Abzeichen auf der Brust. Also muß etwas an uns anders sein. Liegt es an unserem Gang? Unserer aufrechten Haltung? Der Art, wie wir miteinander reden? Oder der ordentlichen Kleidung, die wir tragen?... Haben die Menschen das Leuchten in unseren Augen gesehen? Haben sie gar gespürt, daß sich diese Jugend nach etwas sehnt, etwas sucht?... Wir wollen naturnah leben, brauchen nicht den Luxus, der vermeintlich so wichtig für unser Leben ist... Hier steht eine andere Jugend!...Hier sind Jungen

und Mädels, die darauf drängen neue Ziele zu erreichen und gemeinsam an ihnen zu arbeiten.“⁸⁴

Durch eine solche Selbstbeschreibung der JN als idealistische, natur- und heimatverbundene „Jungen und Mädels“ werden ihre menschenverachtenden Ziele kaschiert. So sollen neue Mitglieder gewonnen werden. In teilweise klischeehafter Darstellung versuchen die JN, sich als ideologisch gefestigt zu präsentieren und von der übrigen Jugend positiv abzuheben. Ziel der JN ist es, über zunächst unpolitisch erscheinende Aktivitäten Jugendliche an rechtsextremistisches Gedankengut heranzuführen.

JN-Bundesverband

Der Bundesvorstand der JN verlegte seinen Sitz im Oktober 2012 von Sachsen-Anhalt nach Sachsen (Riesa) in die Räumlichkeiten des DEUTSCHE STIMME-VERLAGS der NPD. Bundesvorsitzender ist seit Ende Oktober 2012 Andy KNAPE, sein Stellvertreter Julian MONACO.



Fünf der acht Mitglieder des neuen JN-Bundesvorstands präsentierten sich vor ihrer Wahl im Internet⁸⁵.

(v.l.n.r.: Pierre DORNBRACH, Julian MONACO, Andy KNAPE, Patrick KALLWEIT, Sebastian RICHTER).

⁸² DEUTSCHE STIMME Oktober 2012, S. 18 (Schreibweise wie im Original).

⁸³ DEUTSCHE STIMME Oktober 2012, S. 18 (Schreibweise wie im Original).

⁸⁴ DEUTSCHE STIMME Oktober 2012, S. 18 (Schreibweise wie im Original).

⁸⁵ Facebook.

Weitreichende Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten durch die NPD ergeben sich aus der Verlegung der Bundesgeschäftsstelle nach Riesa sowie der Tatsache, dass vier Mitglieder des JN-Bundesvorstandes als Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion beschäftigt sind.

Aus dem Anstellungsverhältnis bei der NPD-Landtagsfraktion resultiert eine Hierarchie, aus der sowohl ein gewisser Erfolgsdruck als auch Rechenschaftspflichten folgen dürften. Darüber hinaus haben die Mitglieder des JN-Bundesvorstandes vor Ort direkten Einfluss auf den sächsischen Landesverband der JN und auch Möglichkeiten, die weitere Entwicklung der JN Sachsen voranzutreiben. So wurden 2013 neue JN-Stützpunkte gegründet und auch die Frequenz der Aktivitäten hat in Sachsen dadurch erwartungsgemäß zugenommen.

Die NPD selber ist auf die Gewinnung junger Mitglieder angewiesen. Daraus resultiert ein Interesse der NPD am Strukturausbau ihrer Jugendorganisation, auch wenn die starke Verzahnung der JN mit dem neonationalsozialistischen Spektrum die Strategie der „Seriösen Radikalität“ der NPD unglaubwürdig macht.

Die Haltung der JN zu ihrer Mutterpartei erklärte der Bundesvorstand in einer Ausgabe seiner Publikation DER AKTIVIST. Es wurde dafür plädiert, die NPD neu als Wahlpartei auszurichten. Durch die staatliche Parteienfinanzierung solle der politische Kampf der NPD durch öffentliche Mittel mitfinanziert werden. Dem Ziel, gewählt zu werden, sei alles andere unterzuordnen. Notfalls solle auch an dem Namen „NPD“ nicht mehr festgehalten werden.

„Wenn der Name NPD so verrufen und unbrauchbar ist, dass es uns nicht mehr gelingt überall

notwendige Unterstützungsunterschriften zusammenzubekommen, was sollen wir dann daran festhalten? ... Wenn wir das mit sympathischem Auftreten und einem neuen Namen schaffen, dann her damit!“⁸⁶

Zumindest sollten die aus Sicht des JN-Bundesvorstandes an der NPD-Spitze bisher fehlenden „klaren Strukturen“ geschaffen werden. Erst dann sei die Partei in der Lage, „auch wieder innovativer und kreativer (zu) arbeiten“.

Das Verhältnis der JN zu ihrer Mutterpartei ist nach wie vor ambivalent. Die auch finanzielle Abhängigkeit zwingt die JN zur Duldung von Kritik und Kontrolle. Die Strategie einer vorgeschobenen Seriosität und die Aktivitäten der Mutterpartei führen immer wieder zu erheblichen Konflikten. Dass sich die JN dem Kontrolldruck der Mutterpartei nicht entziehen können, zeigte sich auch an einer Untersagung der Veröffentlichung eines Artikels der JN in ihrem eigenem Zentralorgan „DER AKTIVIST“ durch einen Parteivorstandsbeschluss der NPD. Bereits zuvor waren JN-Pressebeiträge der Zensur der NPD zum Opfer gefallen. Neu ist, dass die JN die Zensur öffentlich machten:



⁸⁶ DER AKTIVIST 2/2013, S. 29.

Der Bundesvorstand knüpfte im Jahr 2013 Verbindungen zu Organisationen im Ausland. So nahmen Mitglieder des JN-Bundesvorstandes sowie der JN Dresden an einer Demonstration der tschechischen rechtsextremistischen ARBEITERPARTEI DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT (DSSS) am 17. November 2013 in Prag (Tschechische Republik) teil und beteiligten sich mit einem Redebeitrag.

Ende November 2013 reisten Mitglieder des JN-Bundesvorstandes auf Einladung der belgischen NATIONALISTISCHEN STUDENTENVEREINIGUNG (NSV) nach Antwerpen und nahmen an einer europäischen Jugendkonferenz teil. Neben Vertretern der „Identitären Bewegung“ aus verschiedenen europäischen Ländern, der nationalistisch rechtsextremen italienischen Bewegung CASA POUND und deren Studentenorganisation BLOCCO STUDENTESCO sowie der rechtsgerichteten italienischen Partei „Lega Nord“, haben auch Vertreter von Organisationen und Parteien aus Russland und den Niederlanden teilgenommen. Nach einem Bericht der JN habe man gemeinsam diskutiert und „gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen“ geplant.

Für die kommende Europawahl 2014 haben sich Führungskräfte der JN aus ganz Deutschland auf einer Bundesvorstandssitzung im Dezember 2013 in Leipzig für Udo PASTÖRS und Dr. Olaf ROSE als Spitzenkandidaten der NPD ausgesprochen. Dazu der JN-Bundesvorsitzende Andy KNAPE:

„Gerade in Zeiten des lächerlichen und zum Scheitern verurteilten Verbotsantrags gegen die NPD und ihre Jugendbewegung müssen wir deutlich machen, dass wir mit unseren besten und erfolgversprechendsten Kandidaten ins Rennen ums Europaparlament gehen und zurückschlagen. Wir als Junge Nationaldemokraten wollen, dass das Duo

PASTÖRS/ROSE unsere Basis, Aktivisten aus verschiedenen Gruppen und die Wähler dazu motiviert, bei der Europawahl die Möglichkeit zu nutzen, um ein klares Zeichen gegen EU-Diktatur, Masseneinwanderung und Ausbeutung zu setzen.“⁸⁷

JN als Kaderschmiede

Die JN sehen sich als Kaderschmiede für Führungspersonlichkeiten der rechtsextremistischen Bewegung. Ihr Bundesvorstand ist bestrebt, seine Funktionäre bundesweit einheitlich zu ideologisieren und auszubilden, um diese als Multiplikatoren in den regionalen JN-Strukturen einzusetzen.

Diesem Ziel dienten auch die „Kaderwochenenden“, die im April und im Oktober 2013 in Riesa stattfanden. Die Teilnehmer der Veranstaltungen waren vom JN-Bundesvorstand unter den Funktionsträgern der JN aus dem gesamten Bundesgebiet ausgewählt worden. Dabei wurden u. a. weltanschauliche Grundlagen, Nationalismus, Menschenführung und Rhetorik, aber auch die Organisation von (Groß-)Veranstaltungen sowie das Auftreten am Informationsstand und im Bürgergespräch vermittelt.

Die Berichterstattung im Anschluss an die Veranstaltungen nutzten die JN, um sich erneut als ideologisch gefestigte, elitäre Gemeinschaft darzustellen. So hieß es nach der Veranstaltung auf der Internetseite des Bundesvorstands im April 2013 u. a.:

„Es gilt Tag für Tag an dem Werk der deutschen Volksgemeinschaft zu bauen. Solche Wochenenden dienen dabei, eine verschworene Gemeinschaft von Kadern und Führungskräften zu schaffen.“⁸⁸

⁸⁷ Internetseite AKTION-WIDERSTAND.DE. Schreibweise wie im Original.

⁸⁸ Ebenda.



„Kaderwochenende“ im April 2013. Fotos: www.aktion-widerstand.de

Nach dem „Kaderwochenende“ im Oktober 2013 berichtete der JN-Bundesvorstand u. a.:

„Das Wochenende war insgesamt ein weiterer wichtiger Schritt in Sachen Optimierung und Ausbau von Persönlichkeiten und Fertigkeiten. Die JN haben sich in den letzten Jahren als Kaderschmiede positioniert und gefestigt. Keine andere nationale Gruppe kann eine solche Jugendarbeit vorweisen.“⁸⁹



„Kaderwochenende“ im Oktober 2013.
Foto: www.aktion-widerstand.de

Innerhalb der Ausbildung der JN sind sportliche Aktivitäten, insbesondere das Treiben von Kampfsport, von Bedeutung. Dabei sollen Disziplin, Härte und Kampfgeist trainiert sowie das

Gemeinschaftsgefühl der JN-Mitglieder gestärkt werden.

Häufig werden sportliche Aktivitäten durch die JN dokumentiert, um sie anschließend werbewirksam einzusetzen. In ihrer Publikation DER AKTIVIST in der Ausgabe 3/2013 wird ausführlich zum Thema Kampfsport berichtet.

JN-Kampagnen

Seit Ende des Jahres 2012 versucht der JN-Bundesverband mit der Kampagne „Identität – Werde, wer du bist“, bundesweit öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen. Erkennungszeichen der Kampagne ist ein weißer Handabdruck. Dieser soll ein Zeichen der Abwehr gegen all jenes sein, das nach Auffassung der JN die Identität zerstöre. Dabei nutzt die JN den vordergründig nicht ideologisch besetzten Begriff der „Identität“. Ausgehend von einem fortschreitenden Identitätsverlust der Deutschen propagieren die JN den Erhalt der Heimat und der Traditionen sowie indirekt den Erhalt der deutschen Rasse.

Auf den Flyern der JN-Kampagne „Identität – Werde, wer du bist“ werden überwiegend JN-

⁸⁹ Internetseite AKTION-WIDERSTAND.DE.



Foto: www.aktion.widerstand.de

Funktionäre, wie beispielweise Andy KNAPE, Julian MONACO, Michael SCHÄFER und Patrick KALLWEIT abgebildet, um deren Bekanntheit zu erhöhen. Stilistisch sind die bei der Kampagne verwendeten Mittel zudem so gestaltet, dass sie Interesse bei Jugendlichen wecken und an deren Idealismus und Engagement appellieren sollen. Dabei wird, vergleichbar mit der sogenannten „Volkstodkampagne“ der rechtsextremistischen Szene, ein Bedrohungsszenario entworfen, wonach die eigene Jugend und Kultur durch „Islamisierung und die komplette Verblödung durch US-amerikanische Konsumimperialisten“ gefährdet seien. Darüber hinaus werden die Flyer und Aufkleber durch verschiedene Schlagworte bzw. Parolen variiert, wie z. B. „Weil Freiheit ein Fundament braucht.“, „Familie ist Revolution.“ oder „Weil Geld und Konsum nicht alles sind.“ Die Kampagne der Bundes-JN wird vor allem bei Facebook beworben.

Unter den Aspekt „Aufmerksamkeit mit allen Mitteln“ fiel auch eine weitere Kampagne der JN. In der Hoffnung mit einer „ausgefallenen und unverbrauchten Aktion für Wirbel sorgen“ zu können, starteten JN und NPD die Kampagne „Kondome für Ausländer und ausgewählte Deut-

sche“. Diese – an die NS-Eugenik angelehnte – Kampagne unterstreicht das biologische Weltbild der NPD. Der JN-Bundesvorsitzende Andy KNAPE führte dazu aus:

„Mit unserer Aktion »Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche« starten wir eine bewusst provokative Kampagne, die mit Sicherheit auch über diesen Bundestagswahlkampf gefahren wird.“⁹⁰



Foto: <http://werbemittel.npd.de>

⁹⁰ Auszug von der Internetseite der JN.



Foto: www.libertas-info.de



Auftritt der Band LUNIKOFF VERSCHWÖRUNG.

Foto: www.aktion-widerstand.de

Der Personalwechsel beim sächsischen Landesvorstand der JN im Oktober 2012 führte im Jahr 2013 zu deutlichen Veränderungen im Auftreten der JN. Während der bis dahin tätige Landesvorsitzende Tommy NAUMANN die JN als elitäre Vereinigung verstanden wissen wollte und für eine Aufnahme von Mitgliedern aus dem neonationalsozialistischen Spektrum eher hohe Hürden aufstellte, wurde mit der Wahl von Paul RZEHACZEK eine Wende eingeleitet. RZEHACZEK stammt ursprünglich selber aus den Reihen der sächsischen NEONATIONALSOZIALISTEN. Sein Stellvertreter Jens GATTER (NPD-Kreisrat in Nordsachsen) wurde auf dem JN-Landeskongress Mitte Dezember 2013 von Stefan TRAUTMANN abgelöst. Auch dieser stammt aus der neonationalsozialistischen Szene. Er war Mitglied der im Februar 2013 vom sächsischen Innenminister verbotenen NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN. Damit öffneten sich die JN erkennbar für neonationalsozialistische Strukturen. Aufgrund von Verbindungen der JN-Führungspersonen zur parteiungebundenen rechtsextremistischen Szene erreichten die JN einen Zulauf aus dieser Szene und konnten auch Anstieg der Mitgliederzahlen verzeichnen.

Mit diesem Zulauf war gleichzeitig ein Anstieg der Aktivitäten verbunden. So stieg die Anzahl

der Demonstrationen und Kundgebungen, die im Jahr 2013 durch die JN organisiert wurden, auf neun (2012: 0; 2011: 3).

Am 27. April 2013 fand in Torgau eine Protestaktion der Rechtsextremisten gegen den „Elbe-Day“ statt. An der vom JN-Landesverband Sachsen organisierten Demonstration beteiligten sich etwa 170 Personen, darunter sowohl parteigebundene Strukturen von NPD und JN als auch NEONATIONALSOZIALISTEN. Zur Teilnahme an der Veranstaltung wurde auf den Internetseiten der JN und der NPD mobilisiert. Zudem war der Termin auf mehreren regionalen und überregionalen Internetseiten rechtsextremistischer Gruppierungen sowie auf verschiedenen von Rechtsextremisten genutzten Homepages aufgeführt.

Am 8. Juni 2013 führten die JN in Neuensalz, Ortsteil Zobes (Vogtlandkreis), den „JN-Sachsentag“ durch. Die Veranstaltung organisierte der JN-Landesverband Sachsen mit Unterstützung des NPD-Kreisverbandes Nordsachsen. Daran beteiligten sich 720 Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet. Anziehungskraft hatten – wie schon bei vergleichbaren Veranstaltungen in der Vergangenheit – hauptsächlich die Musikdarbietungen. Die Redebeiträge der Führungskader stießen demgegenüber auf wenig Interesse.

So dürften auch beim diesjährigen „JN-Sachsens- tag“ die Auftritte der rechtsextremistischen Bands DIE LUNIKOFF VERSCHWÖRUNG (Berlin), ACT OF VIOLENCE (Baden-Württemberg), BURN DOWN (Brandenburg) und SACHSENBLUT (Sachsen) der Grund für das Interesse der Besucher gewesen sein.

Wie bereits zum JN-Sachsens- tag 2010 waren Informationen zur Veranstaltung u. a. auf einer eigens dafür eingerichteten Internetseite eingestellt worden.

Das Thema „Antirepression“ griffen die JN mit einer Demonstration am 5. Oktober 2013 in Döbeln (Landkreis Mittelsachsen) auf. Der JN-Landesverband organisierte diese unter dem Motto „Der Drang nach Freiheit – Gegen Polizeirepression und Willkür“. Das Motto der Veranstaltung ist vor allem im Kontext mit dem Verbot der NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN vom 18. Februar 2013 zu sehen. Dementsprechend attraktiv war die Teilnahme für ehemalige Angehörige verschiedener verbotener Vereinigungen.

Im Vorfeld der Demonstration hatten Rechtsextremisten im Rahmen einer Aktionswoche mehrere Informationsstände in Döbeln (Landkreis Mittelsachsen) organisiert. Zudem hatten sich ca. 60 Rechtsextremisten direkt vor der Demonstration an Protestkundgebungen in Leisnig und in Waldheim (ebenfalls im Landkreis Mittelsachsen) beteiligt. An der Demonstration nahmen schließlich etwa 350 Personen teil, die aus allen Regionen Sachsens sowie auch aus anderen Bundesländern, insbesondere Brandenburg, angereist waren.

Auf dem im Demonstrationzug mitgeführten Großtransparent mit der Aufschrift „Menschenrecht bricht Staatsrecht“ stehen das Signet mit einer schwarzen Fahne der FREIEN KRÄFTE sowie das JN-Signet nebeneinander. Dies verdeutlicht

deren Zusammenarbeit. Entsprechend berichteten die JN auf ihrer sächsischen Internetseite zur Demonstration:

„Nun marschieren 350 Deutsche durch Döbeln. Aus allen Schichten stehen sie Seite an Seite, heute ist es egal ob Nationaldemokrat, Nationaler Sozialist oder Patriot. Heute steht das Ziel über allen.“



Quelle: <http://de.indymedia.org>

Exkurs

■ Die Aussage „Menschenrecht bricht Staatsrecht“ erscheint auf den ersten Blick unfänglich, liegt ihr doch vermeintlich die Idee zugrunde, wonach Menschenrechte als solche nicht durch staatliche, positiv-rechtliche Eingriffe ausgehebelt werden können. Aus dem Recht des Einzelnen ergibt sich demnach eine legitime Beschränkung staatlicher Autorität. Die Aussage „Menschenrecht bricht Staatsrecht“ stammt indes aus Adolf Hitlers Buch „Mein Kampf“ und erscheint in diesem Kontext in einem völlig anderen Licht.

Im Gegensatz zur heute herrschenden Meinung ist dort nämlich nicht das universelle Menschenrecht des jeweiligen Individuums gemeint, sondern das Recht einer Volksgruppe auf Erhaltung und Reinhaltung ihrer

Art. „Wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalt ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt wird, dann ist die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht. Im Allgemeinen aber soll nie vergessen werden, dass nicht die Erhaltung des Staates oder gar einer Regierung höchster Zweck des Daseins der Menschen ist, sondern die Bewahrung ihrer Art.“⁹¹ Dementsprechend sei „der Selbsterhaltungstrieb der Unterdrückten immer die erhabenste Rechtfertigung für ihren Kampf mit allen Waffen.“⁹²

Hitler verkehrte den Gedanken des universellen Menschenrechts also ins Gegenteil, indem er aus seinem Menschenrechtsverständnis eine Rechtfertigung für die Ausgrenzung und Bekämpfung „artfremden Blutes“ ableitet. Dieses Verständnis brachte Hitler schließlich auf die Formel „Menschenrecht bricht Staatsrecht“⁹³. Die eindeutige Bezugnahme auf diese Aussage verdeutlicht die ideologische Nähe der Demonstrationsveranstalter zum historischen Nationalsozialismus.

Weiterhin führten die JN im Jahr 2013 ein Pfingst-Fußballturnier durch, an dem sich überwiegend Nicht-JN-Mitglieder beteiligten.

Im Rahmen der bundesweiten JN-Kampagne „Identität – Werde, wer du bist!“ führte der JN-Landesverband Sachsen im März 2013 mehrere Aktionen in Form von Informationsständen in unmittelbarer Nähe von Schulen und Verteilaktionen in verschiedenen sächsischen Städten durch. An einer „Infotour“ vom 12. bis 18. März 2013 in Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-

Osterzgebirge), Döbeln, Penig und Rochlitz (alle: Landkreis Mittelsachsen), Eilenburg (Landkreis Nordsachsen), Grimma (Landkreis Leipzig), Werdau (Landkreis Zwickau) und Dresden beteiligten sich der sächsische JN-Vorsitzende Paul RZEHACZEK und sein Stellvertreter Jens GATTER. Sie wurden vor Ort von Vertretern der jeweiligen regionalen JN-Stützpunkte unterstützt. Auch ehemalige Mitglieder der im Februar 2013 verbotenen NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN nahmen an solchen Aktionen teil.

Bei einem der Informationsstände in Pirna stellten die JN einen Schirm auf, auf dessen Bespannung ein Hakenkreuz abgebildet war. Der Schirm wurde von der Polizei beschlagnahmt.



Foto: Internet.

Obwohl die Aktionen in der Öffentlichkeit kaum Beachtung fanden, stellten die JN die Aktionen im Internet in üblicher Weise als Erfolge dar.

⁹¹ Adolf Hitler: Mein Kampf, Bd. 1, 851.-855. Auflage, 1943, S. 104.

⁹² Ebenda, S. 105.

⁹³ Ebenda.



Foto: www.erich-priebke.de

Der Verherrlichung des Nationalsozialismus diene die Kampagne „Freiheit für Erich Priebke“⁹⁴. Anlässlich des 100. Geburtstages des NS-Kriegsverbrechers im Juli 2013 forderten NEONATIONALSOZIALISTEN mit zahlreichen Solidaritätsaktionen die Freilassung Priebkes. Bilder der Aktionen wurden auf der Internetseite der Kampagne veröffentlicht.

Auch die einzelnen JN-Stützpunkte veröffentlichten Fotos der Aktionen auf ihren Facebookseiten, so z. B. die JN Leipzig am 19. Juli 2013 zu ihrer Aktion am Völkerschlachtdenkmal.

Auf den Tod Erich Priebkes am 11. Oktober 2013 reagierte die Szene mit zahlreichen Beiträgen im Internet und bei Facebook. Vor dem italienischen Generalkonsulat in Leipzig hielten Mitglieder der JN Sachsen und der JN Leipzig eine Gedenkveranstaltung ab unter dem Motto „Niemals aufgeben – Im Gedenken an Erich Priebke...!“. Es ist zu erwarten, dass Erich Priebke auch nach seinem Tod der rechtsextremistischen Szene als Identifikationsfigur dienen wird.

Vertreter der sächsischen JN beteiligten sich auch 2013 überregional an Veranstaltungen der

rechtsextremistischen Szene. So nahmen z. B. ca. 20 JN-Aktivisten aus Sachsen am 23. November 2013 an der JN-Demonstration zum Thema „Überfremdung stoppen – nationale Freiräume erhalten“ in Berlin teil und lieferten dort auch einen Redebeitrag.

Die Veranstaltungen der JN zeigen, dass sich die bisher bereits vorhandene Bindung der JN an das neonationalsozialistische Spektrum gefestigt hat. Schon in den vergangenen Jahren hatten sich bereits Vertreter der FREIEN KRÄFTE an Veranstaltungen der JN beteiligt oder es waren gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt worden. Die JN argumentierten dabei verstärkt mit neonationalsozialistischer Ideologie und agitierten entsprechend.

Mit Auftritten rechtsextremistischer Bands und Liedermacher auf Veranstaltungen der JN, versuchen letztere ihren Einfluss innerhalb der rechtsextremistisch orientierten Jugendszene zu verstärken. Für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen konnten die JN das Potenzial der FREIEN KRÄFTE mobilisieren; dies obwohl die JN von einigen neonationalsozialistischen Strukturen für gewöhnlich mit der NPD gleichgesetzt und eine Zusammenarbeit mit der Partei bzw. Unterstützung durch die Partei abgelehnt werden. Im Gegenzug konnte die parteiungebundene Szene unter dem Schutzschirm der Jugendorganisation einer Partei agieren.

JN im Internet

Die Selbstdarstellung im Internet hat für die JN seit Jahren eine große Bedeutung, da deren Aktionen und Veranstaltungen anderenfalls in der Öffentlichkeit nicht oder nur von einem gerin-

⁹⁴ Erich Priebke war 1944 als SS-Offizier in Italien an der Erschießung von 335 Zivilisten beteiligt. Er wurde dort 1998 wegen der Beteiligung an dem Massaker in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, die er letztlich im Hausarrest verbüßte.

gen Personenkreis wahrnehmbar wären. Auf verschiedenen Internetseiten werden zum Teil inhaltsgleiche Beiträge eingestellt, um eine möglichst weitreichende Aufmerksamkeit zu erzielen. Die JN nutzen die Internetauftritte, um sich vor allem als heimatverbunden sowie geschichts- und traditionsbewusst zu präsentieren.

Ihre Internetbeiträge stellen die JN Sachsen auf einer Unterseite der Homepage des JN-Bundesverbands sowie auf Internetseiten der NPD ein. Darüber hinaus werden anlassbezogen eigene Internetseiten eingerichtet, wie beispielsweise für die Demonstration am 5. Oktober 2013 in Döbeln (Landkreis Mittelsachsen). Auf verschiedenen Facebookseiten einzelner Strukturen mobilisieren die JN zu Aktionen bzw. berichten im Nachgang darüber.

Ausblick


Im Hinblick auf die im Jahr 2014 anstehenden Wahlen dürfte die NPD ein besonders hohes Interesse an einem gut organisierten und funktionsfähigen JN-Landesverband haben, sodass

von Seiten der Mutterpartei mit einer starken Unterstützung des Strukturaufbaus der JN in Sachsen zu rechnen ist. Zu erwarten ist auch eine Zunahme von öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der JN in Sachsen. Die NPD kann dabei von der direkten Anbindung einiger JN-Bundesvorstandsmitglieder an die sächsische NPD-Landtagsfraktion profitieren.

Wie sich im Jahr 2013 am Beispiel der verbotenen NATIONALEN SOZIALISTEN DÖBELN zeigte, bieten sich die JN als Auffangbecken für ehemalige Angehörige verbotener Vereinigungen an. So wurde der JN-Stützpunkt Mittelsachsen unmittelbar im Nachgang zu dem Verbot gegründet; er rekrutiert sich aus ehemaligen Mitgliedern der Gruppierung. Nicht ausgeschlossen scheint eine noch stärker werdende neonationalsozialistische Ausrichtung von – zumindest einzelnen – JN-Strukturen. Dies könnte dann der Fall sein, wenn es den JN auch 2014 gelingen sollte, weitere örtliche neonationalsozialistische Strukturen in Sachsen in die eigenen Reihen zu integrieren.

1.5 DIE RECHTE

DIE RECHTE, LANDESVERBAND SACHSEN

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	26. Oktober 2013
Auflösung:	18. März 2014
Sitz:	–
Mitglieder 2013:	ca. 10
Mitglieder 2012:	–
Vorsitz:	Sebastian-Daniel RISSE
Teil-, Nebenorganisationen:	–
Publikation:	keine
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Am 26. Oktober 2013 fand die Gründung des sächsischen Landesverbandes der Partei DIE RECHTE statt. Nach nur etwa fünf Monaten verkündeten die Rechtsextremisten am 18. März 2014 die Auflösung dieser Struktur in Sachsen, die während ihres Bestehens etwa 10 Mitglieder hatte. Der Landesverband verfügte über eine Internetseite und über Profile auf „Facebook“ und „vk.com“. Strukturen des Landesverbandes wurden im Berichtsjahr nicht bekannt.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Programmatisch versuchte die Partei, sich zwischen der sich „seriös radikal“ gebenden NPD und der islamfeindlichen Pro-Bewegung zu positionieren. Das Parteiprogramm war weitgehend von der rechtsextremistischen DVU übernommen worden, welche mit Wirkung vom 1. Januar 2011 mit der NPD fusioniert hatte. Angesichts der Herkunft einiger Führungsmitglieder ist davon auszugehen, dass DIE RECHTE eine neonationalsozialistische Orientierung hatte.

Aktivitäten



Quelle: www.rechte-sachsen.com

Am 26. Oktober 2013 fand in Hessen eine Gründungsveranstaltung des sächsischen Landesverbandes der Partei DIE RECHTE statt. Dort wählten

die Anwesenden nach eigenen Angaben Sebastian-Daniel RISSE zum Vorsitzenden. Seine Stellvertreterin und zugleich Schatzmeisterin wurde Susan SOMMERER. Zum „Landesschiedsrichter“ wurde der zur neonationalsozialistischen Szene in Hoyerswerda zählende Maik TEICH gewählt. Die Gründung des neuen Landesverbandes war vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden Pierre LEVIEN vorangetrieben worden. Damit zeigte sich die Parteiführung offenbar bemüht, auch in Regionen mit starker NPD-Dominanz aktiv zu werden.

Bis auf eine Vortragsveranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden WORCH am Wochenende 14./15. Dezember 2013 mit 18 Teilnehmern in Görlitz wurden seit der Gründung keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten des Landesverbandes beobachtet.

Nachdem es der Partei nicht gelungen war, die nötigen Unterstützungsunterschriften für eine Teilnahme an der Europawahl zu erlangen, gab der sächsische Landesverband am 18. März 2014 seine Auflösung bekannt⁹⁵. „Meinungsverschiedenheiten und gewisse andere Sachen“ hätten zu dieser Entscheidung geführt. Die ehemaligen Mitglieder des Landesverbandes wollen sich künftig den FREIEN KRÄFTEN anschließen⁹⁶.

⁹⁵ Facebook.

⁹⁶ Facebook.

1.6 Subkulturelle Rechtsextremisten

Die subkulturell geprägten Rechtsextremisten zählen zur parteiungebundenen rechtsextremistischen Szene. Ihr optisches Erscheinungsbild hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark gewandelt. Noch Anfang der 1990er Jahre wurden die Szeneanhänger in der Regel als glatzköpfige, mit Springerstiefeln und Bomberjacke bekleidete Personen wahrgenommen, die zudem meistens in Gruppen auftraten. Zwischenzeitlich hat sich das Erscheinungsbild gewandelt und dem „normaler Jugendlicher“ angepasst. Basecaps, normale sportliche Kleidung und Turnschuhe sind ebenso zu finden, wie Kapuzenshirts oder Kleidung diverser Sportmarken. Subkulturelle Rechtsextremisten sind deshalb in der Öffentlichkeit kaum noch als solche zu erkennen. Meist ist ihre Szenezugehörigkeit nur noch anhand spezieller Merkmale, wie Aufdrucken von Namen rechtsextremistischer Bands auf den T-Shirts oder die Wahl einschlägiger Kleidermarken, wie z. B. ANSGAR ARYAN, ersichtlich.

Im Hinblick auf die Gewaltbereitschaft ist allerdings kein Wandel feststellbar. Nach wie vor zeichnet sich dieses Personenpotenzial durch eine erhöhte Gewaltbereitschaft aus und ist für einen erheblichen Teil der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten verantwortlich.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szenen existieren gleichmäßig auf den Freistaat Sachsen verteilt und sind nur selten in einer festen Struktur organisiert, z. B. in der TERROR CREW MULDENTAL (Landkreis Leipzig). In ihrem von rassistischen und antisemitischen Positionen geprägten Weltbild finden sich auch neonationalsozialistische Elemente. Allerdings sind die Angehörigen dieser Szene in der Regel ideologisch gering gefestigt und wenig politisch aktiv.

Ein Teil der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene besteht aus den Veranstaltern, Besuchern und auftretenden Bands rechtsextremistischer Konzerte. Der Ideologierungsgrad ist unterschiedlich ausgeprägt, die Bereitschaft zur selbstständigen politischen Arbeit besteht jedoch auch hier nur in wenigen Einzelfällen.

Rechtsextremistische Bands, Konzertveranstalter und Produzenten von rechtsextremistischer Musik wissen überwiegend, welche Möglichkeiten der Verbreitung von rechtsextremistischer Ideologie mit ihrer Musik verbunden sind. In der Ausgabe 3 (Dezember 2012) des Fanzines VIVA SAXONIA wird die rechtsextremistische Band SELBSTSTELLER wie folgt zitiert:

„Ganz einfach, wenn im Grundgesetz (... denn eine Verfassung hat das Wirtschafts- & Verwaltungskonstrukt brd nicht...), jedem Bürger freie Meinungsäußerung garantiert wird, dann ist es unvereinbar..., dass man Bürger für die bloße Äußerung ihrer Meinung über etwas, zu Freiheitsentzug verurteilt. (...) Für uns ist eine Indizierung nicht mehr als ein Gütesiegel (...) Für uns als Band ist es wieder mal Ansporn, weil wir dadurch wissen, dass wir auf dem richtigen Weg sind!“

Ein weiteres Beispiel für den Ideologietransfer durch rechtsextremistische Bands stellt die Dresdner Band PRIORITÄT 18 dar. Deren Mitglieder sind rechtsextremistische Skinheads und treten regelmäßig bei politischen Veranstaltungen aktiv in Erscheinung. Auch die Texte ihrer 2013 erschienen CD „Waldbrüder“ enthalten sowohl ein Bekenntnis zur Skinheads subkultur als auch zum „nationalen Sozialismus“:

Im ersten Titel „Unbeugsam“ wird ein typisches Hohelied auf die Skinheads und den eigenen Werdegang gesungen:

*„Du bist Skinhead und dem gilt Dein Leben
Du gehst mit Stolz unentweg
In dieselbe Schlacht Tag aus Tag ein
Für Deine Freiheit so muss es sein“⁹⁷*

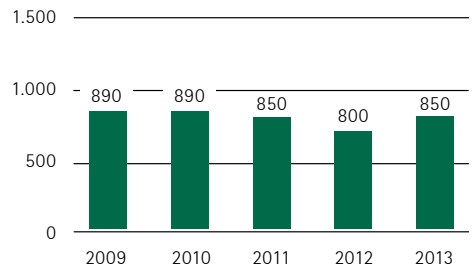
Das zweite Lied „Wer, wenn nicht wir“ hat hingegen eindeutige politische Aussagen und ruft zum aktiven Handeln auf:

*„Unser Schlachtruf schallt durch die Nacht
Achtung Deutschland aufgewacht
Diese BRD ist am Ende
Deutsche Jugend bringt die Wende...“*


*Wer wenn nicht wir, wann wenn nicht jetzt
Nationaler Sozialismus jetzt“⁹⁸*

Das Personenpotenzial der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene stieg im Jahr 2013 auf ca. 850 an (2012: ca. 800). Damit stabilisiert sich die Zahl der Angehörigen dieser Szene seit Jahren zwischen 800 und 900 Personen.

Personenpotenzial der subkulturellen rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen



HAMMERSKINS

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Gründung:	1987 in den USA Anfang der 1990er Jahre in Deutschland 1993 im Freistaat Sachsen
Sitz:	-
Mitglieder 2013:	einzelne
Mitglieder 2012:	einzelne
Vorsitz:	-
Teil-, Nebenorganisationen:	Landesebene „Division“ Regionale Gliederung: „Chapter“
Publikation:	keine
Kennzeichen:	

⁹⁷ Textabschrift: aus dem Booklet der CD.

⁹⁸ Ebenda.

Historie und Strukturentwicklung

Die HAMMERSKINS haben ihren Ursprung in den USA. Seit Anfang der 1990er Jahre sind auch Strukturen in Europa und Deutschland bekannt. 1993 wurde ein HAMMERSKIN-Chapter von Sachsen aus aufgebaut. Seit der Inhaftierung des führenden Aktivisten des Chapters Sachsen im Jahr 2001 sind die Aktivitäten der sächsischen HAMMERSKINS stark zurückgegangen. In den letzten Jahren konnten keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten von sächsischen HAMMERSKINS in Sachsen mehr festgestellt werden.

Das LfV Sachsen geht derzeit von weniger als zehn Personen aus, die einer HAMMERSKIN-Gruppierung aus dem Raum Westsachsen zugeordnet werden können. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten sind von der Gruppierung auch im Jahr 2013 nicht bekannt geworden.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die sich als elitär verstehende Vereinigung ist rassistisch und z. T. neonationalsozialistisch ausgerichtet. Sie verfolgt das Ziel, weltweit alle „weißen, nationalen“ Kräfte in einer ideellen, rassistisch „reinen“ Gemeinschaft, der sogenannten HAMMERSKIN-Nation, zu vereinen. Das Symbol der HAMMERSKINS zeigt zwei gekreuzte Hämmer, die Kraft und Stärke des „weißen Arbeiters“ verdeutlichen sollen.

In dem Bemühen, ein weltweites Netz der HAMMERSKINS aufzubauen, ist die Organisation darauf bedacht, nur „geeignete“ Skinheads in die Bewegung aufzunehmen. Zu den Aufnahmebedin-

gungen der HAMMERSKINS zählen beispielsweise absolute Drogenabstinenz, Kameradschaftlichkeit und vor allem Zugehörigkeit zur „reinen, weißen Rasse“. In einem Mitte der 1990er Jahre erschienenen Bericht in einem sogenannten Fanzine heißt es dazu:

„Aber nicht jeder kann HAMMERSKIN werden. Hierfür bedarf es einer Reihe an Proben und Bedingungen. Aber wer einmal zu dieser verschworenen Bruderschaft dazugehört, der kann verdammt stolz auf sich sein. Es ist wirklich nicht einfach HAMMERSKIN zu werden. (...) Die HAMMERSKINS sind eine Gemeinschaft der Elite. (...) Über die politischen Zielsetzungen der HAMMERSKINS brauche ich wohl nicht viel zu sagen, denn das dürfte wohl klar sein, außerdem will ich nicht das Dein Heft auf dem Index landet.“⁹⁹

Ein damals führendes Mitglied der sächsischen HAMMERSKIN-Szene äußerte sich kurz nach der Jahrtausendwende in einer Skinhead-Publikation auf die Frage, „Was bedeutet es für dich, Hammer' Skin zu sein (...)?", wie folgt:

„HS bedeutet für mich persönlich Bruderschaft und zu einer verschworenen Gemeinde elitärer NS¹⁰⁰ zu gehören, die bereit sind durch Taten etwas zu verändern. Es ist für mich der höchste Ausdruck einer Gemeinschaft und des Kampfes für unsere R...e. HS vereint weiße Nationen und baut eine eigene Nation aller!“¹⁰¹

Das elitäre Selbstverständnis der HAMMERSKINS stößt in der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene jedoch weitgehend auf Ablehnung.

⁹⁹ STORMFRONT Nr. 4, 1997. Schreibweise wie im Original.

¹⁰⁰ Gemeint sind vermutlich Neo- bzw. Nationalsozialisten.

¹⁰¹ DER BEWÄHRUNGSELFER, Nr. 5, S. 40. „R...e“ steht vermutlich für das Wort „Rasse“.

Allgemeine Aktivitäten

Seit ihrer Gründung nahmen die sächsischen Mitglieder der HAMMERSKINS regelmäßig an Veranstaltungen der HAMMERSKINS im In- und Ausland teil. Sie organisierten auch eigene Veranstaltungen in Sachsen. Insbesondere das seit den 1990er Jahren existierende Chapter Sachsen organisierte hier mehrere Konzerte. In dieser Zeit erschienen acht Ausgaben des rechtsextremistischen

Skinhead-Fanzines HASS ATTACKE, welches als „the only official GermanHammerskinZine“ und als „offizielle[s] Blatt der SAXON¹⁰² HAMMERSKINS“ bezeichnet wurde. Zeitweise betrieben sächsische HAMMERSKINS eine eigene Homepage.

Derzeit besitzen die HAMMERSKINS innerhalb der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen eine nur untergeordnete Bedeutung.

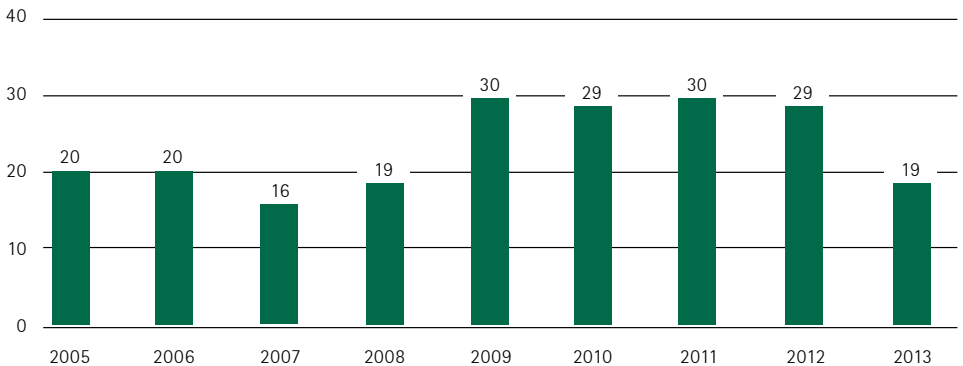
1.7 Rechtsextremistische Musikgruppen und Konzerte

1.7.1 Rechtsextremistische Musikgruppen

Im Jahr 2013 waren im Vergleich zum Vorjahr (29) nur noch 19¹⁰³ sächsische rechtsextremistische Musikgruppen und Bandprojekte sowie vier (im Vorjahr fünf) rechtsextremistische Liedermacher aktiv. Sie traten bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen auf und/oder veröffentlichten Tonträger.

Es bleibt abzuwarten, ob der signifikante Rückgang der rechtsextremistischen Musikgruppen sich zu einem dauerhaften Trend entwickelt oder es sich nur um eine Momentaufnahme handelt. Die Anzahl der Konzertauftritte der sächsischen rechtsextremistischen Bands ist ebenfalls deut-

Anzahl der rechtsextremistischen Bands/ Bandprojekte im Freistaat Sachsen



¹⁰² Deutsch: sächsisch.

¹⁰³ Einschließlich der thüringisch-sächsischen Mischbands BRAINWASH und MOSHPIT.

Rechtsextremistische Musikgruppen und Liedermacher im Freistaat Sachsen



lich gesunken – vor allem bei Veranstaltungen im Freistaat Sachsen. Ursache ist der Rückgang der Konzertzahlen. Bei den Tonträger-Veröffentlichungen im Jahr 2013 wird dagegen mit elf Produktionen fast die Vorjahreszahl (zwölf) erreicht – bei zahlenmäßig weniger Bands.

Die Sänger von drei weiteren sächsischen Musikgruppen und Bandprojekten – MOILER, OVERDRESSED und PARANOID – waren 2013 mit Einzeltiteln an CD-Veröffentlichungen anderer Bands beteiligt. Da es sich aber nicht um eigenständige Produktionen handelt, werden diese Gruppen in der Statistik nicht aufgeführt.

Auflistung rechtsextremistischer Bands und Liedermacher im Einzelnen¹⁰⁴

BARNY

Typ:	Liedermacher
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Chemnitz
aktiv seit:	2005
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none"> ■ CD „Liebe, Treue, Heimat“ (2010), ■ Split-CD „Carved in Stone“ (2011, gemeinsam mit Ken MCLELLAN/Großbritannien)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

¹⁰⁴ Rechtsextremistische Musikgruppen und Liedermacher, zu denen offen verwertbare Erkenntnisse über Aktivitäten im Jahr 2013 vorliegen.

BLITZKRIEG

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Chemnitz
aktiv seit:	2000
Veröffentlichungen:	Split-CD „German British Terrormachine“ (2001, gemeinsam mit Band aus Großbritannien), ■ CD „Wir sind zurück“ (2004), ■ CD „In Gedenken an ...“ (2007) ■ CD „Das letzte Bollwerk“ (2011)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

BLUTZEUGEN

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2011
Veröffentlichungen:	CD „Blutzeugen“ (2011)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

BRAINWASH

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Thüringen/Sachsen
aktiv seit:	2001
Veröffentlichungen:	■ Split-CD „In Defence“ (2002, gemeinsam mit NO AUBI/USA) ■ Split-EP „Support the POW's“ (2004, gemeinsam mit VERSZERZÖDES/Ungarn) ■ CD „Moments of Truth“ (2005) ■ CD/LP „Time to Act“ (2013) – vgl. Abbildung ¹⁰⁵
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013



¹⁰⁵ Internetseite von OPOS-RECORDS.

¹⁰⁶ Internetseite von OPOS-RECORDS.

BRIGADE 7

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Eilenburg (Landkreis Nordsachsen)
aktiv seit:	2011
Veröffentlichungen:	angeblich Demo-CD (2011)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

HEILIGES REICH

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Raum Chemnitz/Flöha
aktiv seit:	2013
Veröffentlichungen:	CD „Sacrum Imperium“ (2013) – vgl. Abbildung ¹⁰⁶
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013



HOPE FOR THE WEAK

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2005
Veröffentlichungen:	■ Split-CD „Hardcore Hoax United“ (2006 gemeinsam mit INBORNE HATE/MV und PATH OF RESISTANCE/MV) ■ CD „The underdogs call“ (2011)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

LEICHENZUG

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Wilkau-HaBlau (Landkreis Zwickau)
aktiv seit:	2004
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ CD „Meisterwerk“ (2004)■ Split-CD „Feuertod/Death in its Nicest Forms“ (2007, gemeinsam mit Eviscerated/D)■ CD „Das letzte Gebet“ (2010),■ LP „Die flammende Rückkehr“ (2013) – vgl. Abbildung oben¹⁰⁷■ Split-CD „The Flaming Return of Hyperborean Wrath“ (2013, gemeinsam mit Pagan Flame/Kanada) – vgl. Abbildung Mitte¹⁰⁸■ MLP/CD „Pfaffenschwein“ (2013) – vgl. Abbildung unten¹⁰⁹
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013



MOILER

Typ:	Bandprojekt
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Erzgebirgskreis
aktiv seit:	2009
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ CD „dr Haamit troi!“ (2009)■ Split-CD „Musikalischer Amoklauf“ (2011, gemeinsam mit WHITE REBEL BOYS/BY)■ CD „Subkultur“ (2012)
Aktivitäten:	Beteiligung an der CD „Lieder für gewisse Stunden“ (2013) der Band MUSIGKRUPPE

¹⁰⁷ Internetseite von LEICHENZUG.

¹⁰⁸ Internetseite von LEICHENZUG.

¹⁰⁹ Internetseite von BLASPHEMOUS TERROR RECORDS.

¹¹⁰ Internetseite von OPOS-RECORDS.

MOSHPIT

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Thüringen/Sachsen
aktiv seit:	2001
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ Split-EP „Moshpit Et Path of Resistance“ (2004 gemeinsam mit PATH OF RESISTANCE/MV),■ CD „Mirror of an unbroken faith“ (2008),■ CD „We carry the heart“ (2012)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

NEUBEGINN

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Raum Torgau (Landkreis Nordsachsen)
aktiv seit:	2001
Veröffentlichungen:	CD „Vogelfrei“ (2013) – vgl. Abbildung ¹¹⁰



OVERDRESSED

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Landkreis Mittelsachsen
aktiv seit:	2011
Veröffentlichungen:	CD „Kostprobe“ (2012)
Aktivitäten:	Beteiligung an der CD „Lieder für gewisse Stunden“ (2013) der Band MUSIGKRUPPE

PARANOID

Typ:	Bandprojekt
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Erzgebirgskreis
aktiv seit:	2009
Veröffentlichungen:	■ CD „Gift für Gutmenschen“ (2009) ■ CD „Beginn der Revolution“ (2010)
Aktivitäten:	Beteiligung an der CD „Die Gedanken sind frei!“ (2013) der Band STIMMEN DER FREIHEIT

PIATTMAR

Typ:	Liedermacher
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Döbeln (Landkreis Mittelsachsen)
aktiv seit:	2013
Veröffentlichungen:	keine bekannt
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

PRIORITÄT 18

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	2008
Veröffentlichungen:	■ CD „Demo 2008“ (2008) ■ CD „Sachsensampler Vol. 2“ (2011) ■ CD „Dresden“ (2012) ■ CD „Waldbrüder“ (2013) – vgl. Abbildung ¹¹¹
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

¹¹¹ Internetseite von PC-RECORDS.

¹¹² Internetseite von PC-RECORDS.

SACHSENBLUT

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Freiberg
aktiv seit:	2010
Veröffentlichungen:	■ CD „Sachsensampler Vol. 2“ (2011) ■ CD „Der Appell“ (2013) – Abbildung ¹¹²
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013



SACHSONIA

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
aktiv seit:	1999
Veröffentlichungen:	■ CD „Herzlich Willkommen“ (2004) ■ CD „Unvergessen“ (2006) ■ Split-CD „Sächsisch Böhmisches Hausmannskost“ (2009, gemeinsam mit CON-FLICT/CZ) ■ CD „Amok“ (2011)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

SELBSTSTELLER

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Riesa (Landkreis Meißen)
aktiv seit:	2000
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ Split-CD „Hinterhof Rock 'n' Roll“ (2001, gemeinsam mit URGARD/SN)■ Split-CD „Tattooed Rebels“ (2002, gemeinsam mit BARJING DOGS/NW)■ CD „Sound of Civilwar“ (2003)■ CD „Mittendurch statt dran vorbei“ (2005)■ CD „Bumm Bumm-Rattatta-Klick Klack-Peng!“ (2010)■ Split-CD „Tradition verpflichtet“ (2012, gemeinsam mit THE GRANITS/SN)■ CD „Letzte Option“ (2012)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

STAHLFRONT

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen/Thüringen
aktiv seit:	2013
Veröffentlichungen:	CD „Wiederkehr der Ahnen“ (2013) – vgl. Abbildung ¹¹³
	

¹¹³ Internetseite von OPOS-RECORDS.

¹¹⁴ Internetseite von OPOS-RECORDS.

¹¹⁵ Internetseite von PC-RECORDS.

STIMMEN DER FREIHEIT

Typ:	Band / Bandprojekt
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Sachsen/Baden-Württemberg/Brandenburg
aktiv seit:	2010
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ CD „Deutsch bis ins Mark“ (2010)■ CD „Die Gedanken sind frei!“ (2013) – vgl. Abbildung¹¹⁴
	

ÜBERZEUGUNGSTÄTER VOGTLAND

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Vogtland
aktiv seit:	2010
Veröffentlichungen:	<ul style="list-style-type: none">■ CD „Live im Proberaum“ (2010)■ CD „Nationalist“ (2011)■ CD „Wie Feuer und Flamme“ (2013) – vgl. Abbildung¹¹⁵
	
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

VERBOTEN

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Erzgebirgskreis
aktiv seit:	2011
Veröffentlichungen:	keine bekannt
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

VOLKSNAH

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Leipzig
aktiv seit:	2012
Veröffentlichungen:	keine bekannt
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

WHITE RESISTANCE

Typ:	Band
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Erzgebirgskreis/Landkreis Zwickau
aktiv seit:	2000
Veröffentlichungen:	■ CD „We defend“ (2005) ■ CD „White Rock 'n' Roll Outlaws“ (2008)
Aktivitäten:	Live-Auftritte 2013

1.7.2 Rechtsextremistische Konzerte

Anhaltender Rückgang der rechtsextremistischen Konzerte in Sachsen

Im Jahr 2013 wurden dem Landesamt für Verfassungsschutz insgesamt 17 (2012: 30) geplante rechtsextremistische Konzerte bekannt, darunter 15 (2012: 26) durchgeführte Veranstaltungen. Ein rechtsextremistisches Konzert wurde im Vorfeld verhindert und eine weitere Konzertveranstaltung nach Beginn von der Polizei aufgelöst. Damit ging die Anzahl der rechtsextremistischen Konzerte im Freistaat Sachsen im zweiten Jahr in Folge deutlich zurück und fiel auf den niedrigsten Stand seit 2002.

Auch wenn die durchschnittliche Teilnehmerzahl im Jahr 2013 auf ca. 220 Personen anstieg (2012: 150), so ist doch die Gesamtteilnehmerzahl an rechtsextremistischen Konzerten gegenüber dem Vorjahr um einige Hundert Personen gesunken. An der größten Veranstaltung des Jahres, dem „Sachsentag 2013“ der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN am 8. Juni in Neuensalz, Ortsteil Zobes (Vogtlandkreis), nahmen ca. 720 Personen teil.

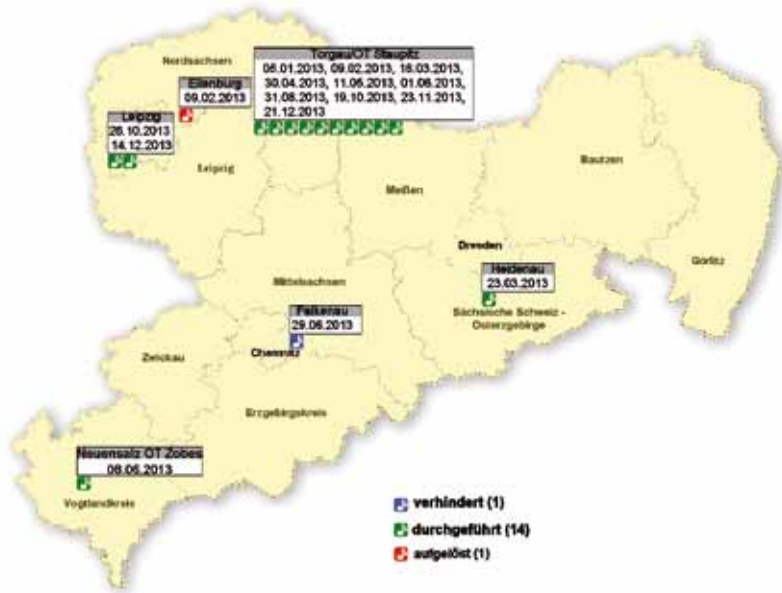
Eine entscheidende Rolle bei der Durchführung der rechtsextremistischen Konzerte in Sachsen spielen seit Jahren die sogenannten Szene-Objekte. Im Jahr 2013 konzentrierte sich das Veranstaltungsgeschehen nahezu ausschließlich auf das bereits seit 2008 einschlägig genutzte Lokal in Torgau, Ortsteil Staupitz (Landkreis Nordsachsen). Allein zehn der 14 durchgeführten Konzerte fanden in diesem Szene-Objekt statt.



Objekt in Torgau, Ortsteil Staupitz.

Foto: LfV Sachsen.

Regionale Verteilung rechtsextremistischer Konzerte 2013 in Sachsen



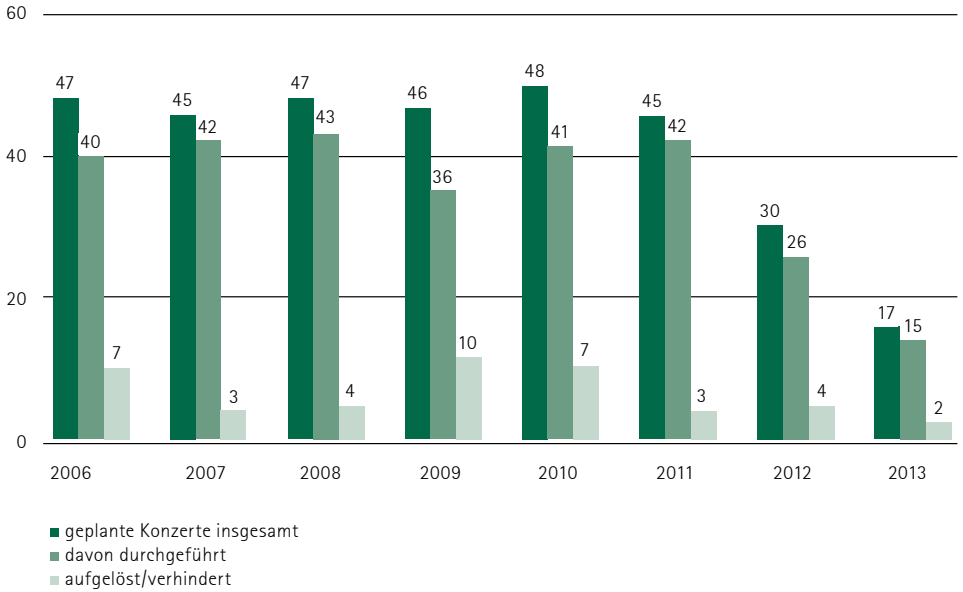
Der anhaltende Rückgang der rechtsextremistischen Konzerte in Sachsen dürfte zum einen auf fehlende geeignete Konzertobjekte zurückzuführen sein. Mit der Schließung der Gaststätte „Zur Deutschen Eiche“ in Rothenburg, Ortsteil Gehege (Landkreis Görlitz) Ende April 2012 hatte die rechtsextremistische Szene eines ihrer wichtigsten Veranstaltungsorte verloren. Bei weiteren Szene-Objekten bestehen Nutzungsuntersagungen zur Durchführung von Veranstaltungen.

Jedoch ist die rechtsextremistische Szene bezüglich der Planung von einschlägigen Musikveranstaltungen in Sachsen zurückhaltender geworden. Im Gegensatz zu früheren Jahren wurden nur noch selten Versuche unternommen, konspirative Konzerte zu veranstalten. Zudem gab es 2013 auch keinerlei Bestrebungen, zur Verfügung stehende andere Szene-Objekte (wie

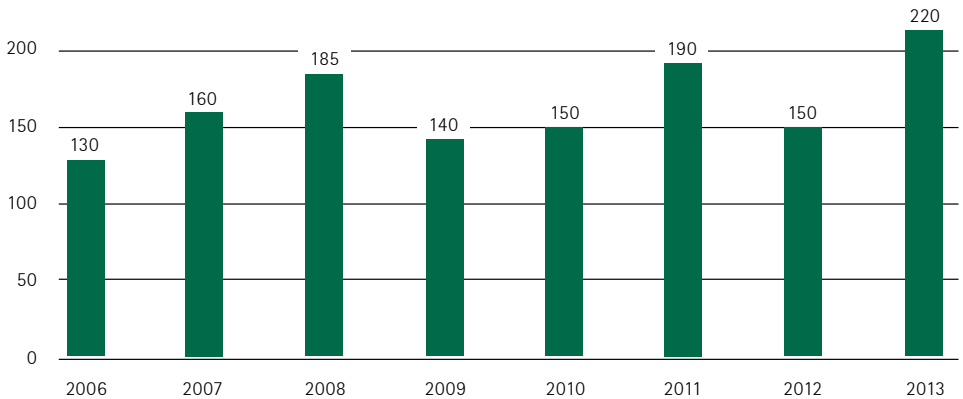
beispielsweise den DEUTSCHEN STIMME VERLAG in Riesa) für größere Musikveranstaltungen zu nutzen.

In dem bereits genannten Lokal in Torgau, Ortsteil Staupitz (Landkreis Nordsachsen) versucht die Szene, die durch behördliche Beschränkungen höchstens zehn zulässigen Veranstaltungen pro Jahr auszuschöpfen. Bei den hier agierenden Konzertveranstaltern handelt es sich in der Regel um langjährige Szene-Aktivist:innen, die auftretenden Bands sind zumeist überregional bekannt und beliebt. Die gute Organisation und der nach wie vor bestehende „Konzertbedarf“ der Szene schlagen sich in den Teilnehmerzahlen nieder: Die zehn Konzerte in Staupitz wurden durchschnittlich von rund 200 Personen besucht.

Rechtsextremistische Konzerte im Freistaat Sachsen¹¹⁶



Durchschnittliche Teilnehmeranzahl pro Konzert



¹¹⁶ Für 2009 sind zwei durchgeführte rechtsextremistische „National Socialist Black Metal“-Konzerte (NSBM-Konzerte) enthalten. Die NSBM-Konzerte wurden nur im Verfassungsschutzbericht 2009 in einer getrennten Statistik aufgeführt.

1.8 Rechtsextremistische Vertriebszene

Die rechtsextremistische Vertriebszene hat ihren Ursprung in der Skinheadszenen. In dieser Jugendsubkultur bestand eine starke Nachfrage nach eigenen Musikstilen, welche im kommerziellen Handel jedoch nicht erhältlich waren. Die Vertriebe richteten ihr Sortiment daher in der Regel an den Bedürfnissen der subkulturellen Rechtsextremisten aus. Dabei beschränkten sich die frühen Vertriebsunternehmen der Skinheadszenen zunächst auf den Vertrieb der eigenen Musik. Später wurde das Sortiment sukzessive um Textilien und weitere szenerelevante Materialien erweitert. Speziell die Bedeutung des Textilbereichs ist stets weiter angewachsen. Im Bundesgebiet kam es zur Gründung mehrerer Textillabels. Ein großer Teil der Vertriebe verfügt über

Produktionsmöglichkeiten sowohl für Tonträger als auch für Textildruck.

Der Freistaat Sachsen stellt seit Jahren einen bundesweiten Schwerpunkt der rechtsextremistischen Vertriebszene dar. Erste Strukturen entwickelten sich hier bereits Anfang der 1990er Jahre. Noch vor der Jahrtausendwende waren mehrere rechtsextremistische Vertriebsunternehmen entstanden, die bundesweite Bedeutung erlangten. Mit der verstärkten Nutzung des Internets als Vermarktungsmedium bildeten sich in der Folgezeit im Freistaat die deutschlandweit stärksten rechtsextremistischen Vertriebsstrukturen heraus.

Rechtsextremistische Vertriebsstrukturen¹¹⁷ im Freistaat Sachsen¹¹⁸



¹¹⁷ Der Oberbegriff „Vertriebsstrukturen“ umfasst Online-Versände, Läden und Label. Solche Strukturen können einzeln oder in unterschiedlicher Kombination bestehen.

¹¹⁸ Stand: 31. Dezember 2013.

Nach einer langen Ausbau- und Expansionsphase erreichten die Firmenzahlen in der rechtsextremistischen Vertriebszene in den Jahren 2006/2007 ihren Höhepunkt. Nachdem die Zahlen danach zunächst stagnierten, sinkt die Anzahl der rechtsextremistischen Vertriebsunternehmen im Freistaat Sachsen seit 2010 wieder. Dieser Rückgang hat zur Folge, dass die verbliebenen großen Unternehmen eine beherrschende Stellung im szeneeigenen Vertriebssektor erlangt haben. Mit dem Jahr 2013 scheint die Konsolidierung im Vertriebssektor mittelfristig abgeschlossen zu sein, da alle im Jahr 2012 aktiven Unternehmen ihre Vertriebstätigkeit auch im Jahr 2013 fortgesetzt haben.

Unter den im Freistaat Sachsen zum Jahresende 2013 ansässigen 13 rechtsextremistischen Vertrieben befinden sich drei Firmen, die für die subkulturell geprägte rechtsextremistische Vertriebszene bundesweit von herausgehobener Bedeutung sind. Hierbei handelt es sich um PC-RECORDS (Chemnitz), OPOS-RECORDS (Dresden) und FRONT-RECORDS (Wurzen/Falkenhain, Landkreis Leipzig). Dabei hat der DEUTSCHE STIMME-VERLAG der NPD (Riesa, Landkreis Meißen), als größtes rechtsextremistisches Vertriebsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, unmittelbaren Einfluss auf die Gesamtsituation der Vertriebszene in Sachsen. Die zuzurechnenden Unternehmen verfügen über mehrere tausend Kunden im In- und Ausland. Ihr Umsatz wird auf mehrere hunderttausend Euro jährlich geschätzt; die Gewinnspannen liegen im mittleren zweistelligen Prozentbereich. Die Gewinne ermöglichen den Geschäftsinhabern das Bestreiten des Lebensunterhaltes. Einige sächsische Vertriebe fungieren sogar als Arbeitgeber, die häufig politisch gleichgesinnte Personen einstellen.

Durch den Rückfluss eines Teils der Gewinne in die rechtsextremistische Szene entwickelten sich

die Vertriebsstrukturen zu einem wichtigen Knotenpunkt szenointerner Geldströme. Unterstützt werden größere Veranstaltungen, Projekte, Initiativen oder Organisationen der rechtsextremistischen Szene. Hierzu werden auch sogenannte „Soli-Sampler“ oder „Soli-Shirts“ angeboten. Der Begriff „Soli“ (für „Solidarität“) bedeutet, dass der Verkaufserlös ganz oder teilweise dem angegebenen Zweck (z. B. einer in Haft befindlichen bzw. vor Gericht stehenden Person) gespendet wird. Die Höhe der geleisteten Unterstützung ist – neben anderen Faktoren – ausschlaggebend für das Renommee eines Vertriebes innerhalb der rechtsextremistischen Szene. So produzierte OPOS-RECORDS 2013 zugunsten der Hochwasseropfer eine „Soli-CD“, und PC-RECORDS spendete für den gleichen Zweck aus Verkaufserlösen stammendes Geld. Die Bedeutung der Unternehmen für die rechtsextremistische Szene wird durch ihre Unterstützung von politischen Aktivitäten deutlich. 2013 traten mehrere Vertriebe als finanzielle und logistische Unterstützer bei öffentlichen Aktivitäten der Szene in Erscheinung. So unterstützte z. B. der REPRO-VERSAND aus Radeberg (Landkreis Bautzen) mit seinen eigens produzierten T-Shirts, Plakaten und Aufklebern die neonationalsozialistische Szene bei sämtlichen Aktionen im Zusammenhang mit dem sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ). OPOS-RECORDS aus Dresden und der NORDSACHSEN-VERSAND (Eilenburg, Landkreis Nordsachsen) unterstützten u. a. jeweils eine Demonstration.

Zur Erschließung neuer Kundenkreise haben einzelne rechtsextremistische Vertriebsunternehmen ihr Sortiment auch auf andere Szenen, wie z. B. die Hooliganszene oder andere Jugendsubkulturen, ausgerichtet, bei denen es Schnittmengen zur rechtsextremistischen Szene gibt. Eine weitere Möglichkeit zum Ausbau der Geschäftstätigkeit ist die Gründung von Gewerben, die sich vordergründig als unpolitisch darstellen.

Dabei handelt es sich z. B. um Textildruckereien, Tattoo- oder Sonnenstudios, die für Außenstehende kaum rechtsextremistische Bezüge erkennen lassen. Insofern besteht die Gefahr, dass nicht rechtsextremistisch eingestellte Personen die Szene ungewollt unterstützen.

Im Jahr 2013 traten vier¹¹⁹ sächsische Vertriebe als Produzenten rechtsextremistischer Musik in Erscheinung. Mindestens zwei¹²⁰ der Tonträger-Labels gehören hinsichtlich ihrer Produktionszahlen zu den bedeutendsten in Deutschland. Sächsische Labels brachten bislang rund 450 Tonträger zumeist einschlägiger rechtsextremistischer Bands und Liedermacher auf den Markt. Die Auflagenhöhe der Produktionen bewegt sich zwischen einigen hundert bis zu mehreren tausend Stück.

Um den kommerziellen Erfolg ihrer Tonträger nicht zu gefährden sind die Produzenten bestrebt, bei den Liedtexten und der CD-Gestaltung nicht gegen gesetzliche Vorschriften, insbesondere nicht gegen die des Straf- und Jugendschutzrechtes, zu verstoßen. So lassen Produzenten Tonträger vor der Veröffentlichung von Rechtsanwälten prüfen und entsprechende Gutachten erstellen. Jedoch entschied der Bundesgerichtshof im April 2008 im Falle eines damals bedeutenden Produzenten rechtsextremistischer Musik, dass von szenenahen Anwälten erstellte „Gefälligkeitsgutachten“ keine Freibriefe darstellen und nicht vor strafrechtlicher Verfolgung schützen¹²¹.

Über 90 von sächsischen Produzenten herausgebrachte Tonträger sind bislang indiziert worden.

Die Indizierung einer CD erfolgt dann, wenn Inhalt oder Gestaltung Jugendliche in ihrer Entwicklung beeinträchtigen könnten. Die Entscheidung hierüber wird von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) getroffen. Eine indizierte CD darf Kindern und Jugendlichen nicht mehr verkauft oder zugänglich gemacht werden. Ebenso gilt ein Werbeverbot.

Neben gewerblich angemeldeten Vertriebsunternehmen existieren auch konspirativ organisierte Strukturen. Zumeist sind diese darauf spezialisiert, den Anhängern der rechtsextremistischen Szene strafrechtlich relevantes Material – überwiegend Tonträger – zugänglich zu machen. Konspirative Vertriebsstrukturen können dabei mehrere Stufen mit Zwischenhändlern umfassen. Das Material wird vielfach über rechtsextremistische Vertriebe im Ausland bezogen. In den USA, Europa und Australien existieren etwa zwei Dutzend Vertriebe, deren Sortiment nach deutschem Recht strafbar sein kann.

Finanzielle Interessen sowie der Reiz des Umgangs mit verbotenen Material dürften die Motivation für eine Betätigung in der konspirativen rechtsextremistischen Vertriebszene begründen. Die bestehende Nachfrage nach entsprechendem Material sowie die mit der Beschaffung verbundenen Risiken führen bei den Abnehmern zu einer Akzeptanz hoher Preise. Jährlich werden mehrere Fälle bekannt, in denen Personen versuchen, entsprechendes Material nach Deutschland einzuführen und/oder hier zu verkaufen.

¹¹⁹ Dazu zählen u. a. FRONT RECORDS, OPOS-RECORDS und PC-RECORDS.

¹²⁰ OPOS-RECORDS und PC-RECORDS.

¹²¹ Az.: BGH 3 StR 394/07.

Ausgewählte rechtsextremistische Vertriebsstrukturen im Freistaat Sachsen:

DER CLOU

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Internet-Versand
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Oelsnitz (Vogtlandkreis)
aktiv seit:	2010 (online)
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

Typ:	Verlag / Vertrieb
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Riesa (Landkreis Meißen)
aktiv seit:	2000 im Freistaat Sachsen
Sortiment:	Printmedien, Textilien und weiteres szenetypisches Material sowie Bild- und Tonträger

Durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) wurde die Homepage des Verlages zum 11. April 2013 indiziert. Der Verlag erstellte eine neue Homepage, um in Aufmachung und Gestaltung den rechtlichen Anforderungen zu entsprechen.

FRONT RECORDS

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Internet-Versand, Tonträger-Label, Textildruckerei
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Wurzen / Falkenhain (Landkreis Leipzig)
Inhaber:	Thorsten RICHTER
aktiv seit:	2001
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien, weitere szenetypische Materialien

Das zugehörige Tonträger-Label brachte bislang über 70 Tonträger einschlägiger rechtsextremistischer Bands und Liedermacher auf den Markt. 15 Produktionen wurden bislang wegen jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert. Einen Angebotschwerpunkt stellen Textilien dar, die in ihrer Gestaltung vielfach Versatzstücke der rechtsextremistischen Weltanschauung beinhalten.

NATIONALES VERSANDHAUS

(sowie weitere angegliederte Versände)

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft und Internet-Versänden, Tonträger-Label
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Gohrisch (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)
aktiv seit:	2009
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

NORDSACHSENVERSAND

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Internet-Versand
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Eilenburg (Landkreis Nordsachsen)
aktiv seit:	2009
Sortiment:	Propagandamittel, Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

OPOS-RECORDS

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft, Internet-Versand und Tonträger-Label
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Dresden
Inhaber:	Sebastian RAACK
aktiv seit:	2007
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

Bei dem zugehörigen Label von OPOS-RECORDS erschienen über 80 CDs, von denen neun wegen jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert wurden.

OPOS-RECORDS tritt als Unterstützer von Aktivitäten und Initiativen der rechtsextremistischen Szene auf und bietet entsprechendes Material an.

PC-RECORDS

Typ:	Gewerbliches Vertriebsunternehmen mit Ladengeschäft, Internet-Versand und Tonträger-Label
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Chemnitz
Inhaber:	Yves RAHMEL
aktiv seit:	2000
Sortiment:	Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien

PC-RECORDS ist einer der bedeutendsten rechtsextremistischen Vertriebe im Freistaat Sachsen. Das Sortiment umfasst vorwiegend Tonträger. Textilien sowie weiteres szenerelevantes Material

werden nachrangig angeboten, vielfach besteht ein Bezug zur rechtsextremistischen Musikszene. PC-RECORDS tritt nicht nur als Anbieter, sondern auch als Produzent auf. Das Unternehmen gehört bereits seit Jahren zu den bundesweit aktivsten Herausgebern rechtsextremistischer Szene-Musik. Bei dem Label erschienen über 200 Tonträger. Bisher wurden 57 Tonträger des Labels wegen jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert, zu drei weiteren Produktionen ergingen wegen strafbarer, volksverhetzender Inhalte allgemeine Beschlagnahmebeschlüsse. PC-RECORDS tritt häufig werbewirksam als Unterstützer rechtsextremistischer Organisationen, Initiativen und Veranstaltungen auf.

Sonderfall unter rechtsextremistischen Vertrieben in Sachsen

REPRO-MEDIEN

Typ:	Gewerblicher Internet-Versand
Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Sitz bzw. Herkunft:	Radeberg (Landkreis Bautzen)
aktiv seit:	2009
Sortiment:	Aufkleber, Plakate, Broschüren und anderes Propagandamaterial

Der Vertrieb ist seit 2009 in Radeberg (Landkreis Bautzen) ansässig. Die Abkürzung „Repro“ steht für „Revolutionäre Propaganda“. Der auf die neonationalsozialistische Szene ausgerichtete Vertrieb hat seinen Zweck wie folgt beschrieben:

„... wir haben uns zur Aufgabe gestellt, Propagandamittel für eine revolutionäre Erneuerung Deutschlands bereitzustellen. Wir sehen uns nicht in Konkurrenz zu bereits bestehenden

Netzversänden, da ihr unsere Erzeugnisse in dieser Form nirgendwo anders findet. Dazu gehören vor allem weltanschauliche Schriften, Aufkleber und ähnliches ..."¹²²

Dementsprechend werden – für rechtsextremistische Vertriebe untypisch – überwiegend Aufkleber, Plakate, Broschüren und anderes Propagandamaterial vertrieben, womit ausländerfeindliche, antiisraelische sowie antiamerikanische Ressentiments geschürt werden.

1.9 Rechtsextremistische Publikationen

DER AKTIVIST

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber / Verantwortlicher:	Bundesvorstand der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN)
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

Die Publikation ist die Mitgliederzeitschrift der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN. Neben Beiträgen zu aktuellen Themen werden darin Artikel veröffentlicht, die das politische Selbstverständnis der Gruppierung verdeutlichen.

DEUTSCHE STIMME

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber / Verantwortlicher:	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)
Erscheinungsturnus:	monatlich
Auflage:	25.000
Verbreitung:	bundesweit

Wichtigste Publikation der NPD ist ihre monatlich erscheinende Parteizeitung DEUTSCHE STIMME.

Durch die Veröffentlichung soll die eigene Anhängerschaft für die Auseinandersetzung mit dem demokratischen Rechtsstaat argumentativ gestärkt werden. Dominierend sind hierbei die NPD-typischen Ideologiefragmente „völkischer Nationalismus und Volksgemeinschaft“, „Antipluralismus“ und „Antiindividualismus“, ein verbal aggressiver Antiamerikanismus, die Ablehnung der Europäischen Union und für Rechtsextremisten typische pauschale Schuldzuweisungen an das demokratische „System“ und seine Politiker.

FÜR IMMER UND EWIG

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber / Verantwortlicher:	subkulturell geprägte Rechtsextremisten
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	ca. 500
Verbreitung:	regional

Bei der Publikation handelt es sich um ein typisches Fanzine der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene. Dies ist insofern beachtenswert, da dies dem allgemeinen Trend der Verlagerung der Szene-Kommunikation ins Internet entgegensteht.

¹²² Internetseite von REPRO-MEDIEN, Schreibweise wie im Original.

Der inhaltliche Schwerpunkt des Fanzines liegt auf Musik-Beiträgen in Form von Konzertberichten, Bandinterviews sowie der Vorstellung von Tonträgern oder gleichartigen Publikationen. Das Fanzine erschien erstmals Anfang 2009, im September 2011 wurde die vierte und bislang letzte Ausgabe veröffentlicht.

GEITHAINER SPRACHROHR

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber / Verantwortlicher:	Manuel TRIPP
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	regional

HIER & JETZT

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber / Verantwortlicher:	BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e. V.
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	überregional

Die erstmals im Dezember 2005 erschienene rechtsextremistische Publikation erhebt den Anspruch, „ein Debattenorgan zu sein, in dem Streitfragen kontrovers und auf hohem Niveau ausgetragen werden können“¹²³.

Im Dezember 2009 übernahm das BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e. V. die Herausgabe der Publikation von der NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN). Bisher erschienen 19 Ausgaben.

Die Publikation enthält Beiträge, die auf rechtsextremistischer Ideologie basieren oder einen Bezug zur rechtsextremistischen Szene aufweisen. In der Publikation werden – aus rechtsextremistischer Sicht – alternative Modelle einer Gesellschaftsordnung sowie politische Hintergründe und kulturelle Aspekte thematisiert. Die offensichtlichen Bemühungen, auch Artikel aufzunehmen, deren Inhalte nicht rechtsextremistisch sind, erscheinen als lediglich taktisches Mittel, um das Bild einer pluralistischen Diskussionskultur zu erzeugen.

KLARTEXT

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber / Verantwortlicher:	NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	regional

MEDIENVERBUND BLICKPUNKT SACHSEN

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber / Verantwortlicher:	NPD / MEDIENVERBUND BLICKPUNKT SACHSEN
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	insgesamt 350.000
Verbreitung:	regional

Im Frühjahr 2012 entstand unter der Bezeichnung „Blickpunkt Sachsen“ eine Medienpräsenz der NPD. Unter diesem Namen fasste die Partei Regionalausgaben einer Publikation zusammen, welche im Internet abrufbar sind und durch Par-

¹²³ Internetmeldung des BILDUNGSWERKES FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e. V.

teimitglieder als Druckausgabe in Sachsen verteilt wurden. Die einzelnen Regionalausgaben bestehen aus einem jeweils identischen Mittelteil des Landesverbandes. Die erste und letzte Seite enthalten Inhalte der regionalen NPD-Strukturen.

Das Medienprojekt wird von den Rechtsextremisten offenbar nicht aktualisiert. Zwar sind auf der Internetseite auch aktuelle Artikel eingestellt worden, allerdings stammen einige der eingestellten Regionalausgaben noch aus dem Jahr 2012, ein großer Teil der Publikationen umfasst lediglich Ausgaben von Anfang 2013, einzelne Schriften sind überhaupt nicht abrufbar.

Bekannt wurden bisher die Regionalausgaben:

- BLICKPUNKT OBERLAUSITZ
- BLICKPUNKT DRESDEN
- BLICKPUNKT NORDSACHSEN
- BLICKPUNKT NIEDERSCHLESSEN
- CHEMNITZER VOLKSZEITUNG
- DEITSCH UN FREI (Region Erzgebirge)
- DENKANSTOB (Region Zwickau-West Sachsen)
- ELBE-RÖDER-ECHO (Region Meißen)
- GRENZLAND (Region Sächsische Schweiz)
- LEIPZIGER STIMME

- MITTENDRIN (Region Mittelsachsen)
- SPREE-ELSTER-STIMME AUSGABE NORD (Region Bautzen)
- SPREE-ELSTER-STIMME AUSGABE SÜD (Region Bautzen)
- VOGTLANDSTIMME

Darüber hinaus gibt die NPD Görlitz den BLICKPUNKT ZITTAU, die NPD Nordsachsen den BLICKPUNKT LIEBSCHÜTZBERG und die NPD Meißen die Publikation SOZIALE HEIMAT STREHLA heraus.

VIVA SAXONIA

Extremismusbereich:	Rechtsextremismus
Herausgeber / Verantwortlicher:	subkulturell geprägte Rechtsextremisten
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	500
Verbreitung:	regional

Als klassisches Fanzine richtet sich die Publikation inhaltlich an die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Der Schwerpunkt liegt daher typischerweise auf Beiträgen zu rechtsextremistischer Musik.

1.10 Nutzung von Immobilien durch Rechtsextremisten

Die Verfügbarkeit von Immobilien ist für die rechtsextremistische Szene unerlässlich, um eigene Strukturen aufbauen und dauerhaft etablieren zu können. Sie benötigt die Objekte für interne Treffen und zur Durchführung von Veranstaltungen. Rechtsextremisten streben damit auch eine regionale Verankerung an. Dies wird beispielsweise durch die von der NPD betriebenen „Bürgerbüros“ deutlich.

Insbesondere für die Vernetzung und Akzeptanz der Rechtsextremisten vor Ort sind Immobilien eine wichtige Ausgangsbasis, da diese geeignete Möglichkeiten für ein vielfältiges politisches Engagement bieten. Neben Seminaren und Schulungsveranstaltungen zählen dazu auch Liederabende, Konzerte oder Partys. Durch ein breit gefächertes und flächendeckendes Veranstaltungsangebot, vor allem im ländlichen Raum,

können Interessenten an die bereits bestehende Szene herangeführt und diese nachhaltig gesteuert werden. Nach außen sind derartige Objekte ein sichtbares Zeichen für die Präsenz von Rechtsextremisten in der jeweiligen Region.

Die von Rechtsextremisten genutzten Immobilien befinden sich häufig nicht in deren Eigentum. Nicht selten stellen Dritte – mit oder ohne entsprechendes Wissen – Rechtsextremisten Räumlichkeiten oder Grundstücke für Treffen oder Veranstaltungen zur Verfügung. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der sächsischen NPD zu. Sie wirkt aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten bundesweit als Anziehungspunkt für Rechtsextremisten und gibt der Szene logistische Unterstützung. Die Partei verfügt in Sachsen über mehrere Objekte. Ihr stehen dabei nicht nur Bürgerbüros von NPD-Landtagsabgeordneten zur Verfügung. In Sachsen befinden sich auch der parteieigene DEUTSCHE STIMME VERLAG sowie die Bundesgeschäftsstelle der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN), der Jugendorganisation der NPD.

Um weitgehend unabhängig von Dritten agieren und Veranstaltungen durchführen zu können, sind Rechtsextremisten aber auch bestrebt, Immobilien selbst zu erwerben. Diese dienen dann z. B. als allgemeine Treff- und Versammlungsorte oder werden für Musik-, Schulungs- und Vortragsveranstaltungen genutzt. Für Rechtsextremisten sind „nationale Objekte (...) Knotenpunkte unserer Agitation und damit Schaltzentralen unserer politischen Arbeit.“¹²⁴

Ein Beispiel hierfür ist ein Gebäude in Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge). Es wurde der NPD von einem norwegischen Rechtsextremisten zur Verfügung gestellt. Mit

dem als „Haus Montag“ bezeichneten Objekt wird dabei an die neofaschistische CASA POUND-Bewegung in Italien erinnert.¹²⁵

Regionale Zentren fungieren als Bindeglied zwischen Mitgliedern rechtsextremistischer Parteien und Personen aus dem subkulturellen bzw. neonationalsozialistischen Spektrum. Im Rahmen von Schulungen und Rhetorik-Seminaren werden kommunalpolitisches Fachwissen vermittelt und extremistische Ideologien verbreitet. Darüber hinaus dienen Szeneobjekte zur Herstellung und Lagerung von Propagandamaterial. Damit schaffen rechtsextremistische Gruppierungen auch die Voraussetzungen für die Durchführung von Demonstrationen oder Wahlkämpfen.

Junge Menschen werden häufig über Angebote zur Freizeitgestaltung angesprochen. Dazu zählen z. B. Musik- oder Kampfsportveranstaltungen. Auch hierzu werden Räumlichkeiten benötigt, die als Proberäume für extremistische Bands oder als Wettkampf- und Trainingsstätten genutzt werden können. Rechtsextremisten besitzen Immobilien aber auch, um gewerblichen Interessen nachzugehen. Es existieren Szeneläden, in denen vorwiegend einschlägige Textilien, Tonträger etc. vertrieben werden. Diese Läden dienen darüber hinaus als zentrale Anlaufpunkte, in denen interne Informationen ausgetauscht werden.

Insgesamt nutzten Rechtsextremisten im Jahr 2013 in Sachsen 30 Objekte für ihre Treffen und Veranstaltungen. Die Übersichtskarte verdeutlicht, dass die regionalen Schwerpunkte neben dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (fünf Objekte) vor allem in den Großstädten Dresden (vier Objekte), Leipzig und Chemnitz

¹²⁴ Vgl. JN-Publikation DER AKTIVIST; Ausgabe 3/2012.

¹²⁵ Vgl. Beitrag 1.9.11 Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

Verteilung der 2013 von Rechtsextremisten in Sachsen genutzten Objekte auf die Landkreise und kreisfreien Städte



(jeweils drei Objekte) liegen. Im Erzgebirgs- und Vogtlandkreis sowie in den Landkreisen Nordachsen, Meißen und Bautzen stand den Rechtsextremisten hingegen jeweils nur ein Objekt zur Verfügung.

Zu den bedeutendsten Szeneobjekten in Sachsen gehören ein durch die FREIEN KRÄFTE DRESDEN genutztes Bürogebäude im Dresdner Stadtteil

Niedersedlitz, das Treffobjekt der NATIONALEN SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC) in der Markersdorfer Straße in Chemnitz sowie das von NPD, NEONATIONALSOZIALISTEN und Subkulturellen genutzte Objekt in der Odermannstraße in Leipzig. Für rechtsextremistische Konzerte wurde vornehmlich auf einen ehemaligen Gasthof in Torgau, Ortsteil Staupitz (Landkreis Nordsachsen), zurückgegriffen.

1.11 Ausblicke zum Rechtsextremismus

Das Jahr 2014 wird sich für die NPD nicht nur in Bezug auf die anstehenden Landtagswahlen als Schicksalsjahr erweisen. Zum einen ist die Partei am Ende des Jahres 2013, vor allem nach dem Rücktritt des Bundesvorsitzenden Holger APFEL, tief gespalten. Dabei sorgt die in Gang gesetzte Personaldebatte in der NPD für eine Krisenstimmung. Das hat zum Beispiel das Ringen um Pos-

ten an der Spitze der Partei und um aussichtsreiche Kandidatenplätze bei den bevorstehenden Landtagswahlen deutlich gemacht. Auch die Wahl der NPD-Spitzenkandidaten für die Wahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2014 – hierbei setzte sich Udo VOIGT gegen den amtierenden Parteivorsitzenden Udo PASTÖRS durch – deutet auf eine anhaltende Führungskrise hin.

Mit weiteren zu erwartenden Personaldebatten auf Bundesebene wird auch eine Kontroverse über den politischen Kurs der Partei einhergehen. Während APFEL mit seiner Strategie der „Seriosen Radikalität“ für einen eher gemäßigten politischen Kurs stand, verfolgen potenzielle Nachfolger einen Weg, der die Radikalisierung der NPD vorantreiben wird. Auch die steigende Einflussnahme von ursprünglich aus dem neonationalsozialistischen Spektrum stammenden Personen kann eine weitere Radikalisierung des Parteikurses nach sich ziehen. Dem steht das gegen die NPD beantragte Verbotsverfahren¹²⁶ entgegen, das der Partei Anlass für ein zurückhaltendes Agieren sein kann.

Unsicher ist zudem der erneute Wiedereinzug der NPD in den Sächsischen Landtag oder ein erstmaliger Einzug in die Landtage von Thüringen und Brandenburg. Bei der Bundestagswahl 2013 setzte sich der Trend rückläufiger Wahlergebnisse für die NPD weiter fort. Auch wurde deutlich, dass die Partei mit ihren Wahlkampfthemen in Konkurrenz zu anderen Organisationen steht. Es ist deshalb ein aufwändiger und aggressiv geführter NPD-Wahlkampf mit dem Themenschwerpunkt „Asyl“ zu erwarten, mit dem die Partei Wählerpotenzial außerhalb des rechtsextremistischen Lagers erschließen will.

Sollte der Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag nicht gelingen, entfällt die finanzielle und organisatorische Basis für Teile der rechtsextremistischen Szene in Sachsen. Dies dürfte nicht zuletzt die Nachwuchskader – insbesondere die der JN – aus der ganzen Bundesrepublik treffen, die sich in den letzten Jahren als Fraktionsmitglieder in Sachsen niedergelassen haben. Sollte es der NPD nicht gelingen, wieder in

den Sächsischen Landtag einzuziehen, wäre das mit deutlichen finanziellen Einbußen verbunden. Dies kann dazu führen, dass sich Führungskader aus Sachsen in anderen Ländern eine neue politische Heimat suchen. Damit würde die gesamte rechtsextremistische Szene in Sachsen deutlich geschwächt werden.

Staatliche Kontrolle und zivilgesellschaftliches Engagement gegenüber rechtsextremistischen Handlungen sorgen dafür, dass Rechtsextremisten bei ihren Aktivitäten eingeschränkt werden. Organisationsverbote innerhalb und außerhalb des Freistaats Sachsen führten dazu, dass insbesondere die neonationalsozialistische Szene vorsichtiger agiert und ihre eigenen Aktivitäten reflektiert. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene sind daher 2014 in geringerer Dimension zu erwarten als 2013. Dabei werden die NEONATIONALSOZIALISTEN öffentlich zunehmend unter Kampagnennamen, wie „Tag der deutschen Zukunft“ oder „Raus in die Zukunft“ in Erscheinung treten, wodurch u.a. der extremistische Hintergrund der eigenen Aktionen verschleiert werden soll. Großdemonstrationen werden von NEONATIONALSOZIALISTEN nur noch selten organisiert und durchgeführt.

Die JN werden hingegen für einen Großteil der öffentlichkeitswirksamen Aktionen wie Demonstrationen und Informationstische verantwortlich sein. Unter ihrem Schutzmantel werden auch viele NEONATIONALSOZIALISTEN an diesen Aktionen teilnehmen, was ein Aufgehen weiterer neonationalsozialistischer Strukturen in den JN zur Folge haben kann.

Trotz des deutlichen Rückgangs der Anzahl rechtsextremistischer Konzerte hat Sachsen im

¹²⁶ Der Bundesrat beschloss im Dezember 2012, einen Antrag zum Verbot der NPD zu stellen. Die Antragsschrift wurde am 3. Dezember 2013 durch die vom Bundesrat Bevollmächtigten beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht.

Bundesvergleich nach wie vor einen Spitzenplatz inne. Dies ist vor allem auf etablierte Szeneobjekte zurückzuführen, in denen die Szene regelmäßig Konzerte durchführen kann. Solange den Rechtsextremisten keine zusätzlichen Objekte zur Verfügung stehen, wird sich auch die Anzahl der Konzerte in naher Zukunft wahrscheinlich jedoch nicht spürbar erhöhen.

In der rechtsextremistischen Vertriebszene ist zwar weiter mit Fluktuation auf niedrigem Niveau zu rechnen. Hinsichtlich der Gesamtbelastung wird Sachsen aber auch weiterhin bundesweit ein Schwerpunkt dieser Szene bleiben.

1.12 Regionale Beschreibung rechtsextremistischer Bestrebungen

1.12.1 Landkreis Bautzen

Im Landkreis Bautzen sind der aktiven rechtsextremistischen Szene nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz zwischen 150 und 200 Personen zuzurechnen. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial dort im mittleren Bereich, wobei in den letzten Jahren ein geringer Zuwachs der in der Öffentlichkeit agierenden Rechtsextremisten zu verzeichnen ist.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die neonationalsozialistische Szene im Landkreis Bautzen verfügt über aktive Strukturen in

Hoyerswerda, Bautzen und der Region Radeberg. In den zurückliegenden Jahren war auch eine Gruppierung in Großbröhnsdorf aktiv. Die Rechtsextremisten aus Hoyerswerda pflegen enge Kontakte zu Szeneangehörigen im brandenburgischen Raum.

Die NATIONALEN SOZIALISTEN HOYERSWERDA waren auch im Jahr 2013 die aktivste rechtsextremistische Gruppierung im Landkreis Bautzen. So besuchten die Mitglieder der NATIONALEN SOZIALISTEN HOYERSWERDA mehrere Demonstrationen der NPD und der JN. Hierzu zählen die NPD-Mahnwache gegen Ausländergewalt am 27. März in Dresden,



Fotos: Polizei.

die Demonstration der JN am 27. April in Torgau, die NPD-Demonstrationen am 1. Mai in Berlin und am 17. Juni in Dresden sowie die Kundgebung der NPD am 28. August in Görlitz.

Am 19. Mai führten die NEONATIONALSOZIALISTEN im Stadtgebiet von Hoyerswerda eine umfangreiche Verteil- und Klebeaktion mit rechtsextremistischem Propagandamaterial durch.



Foto: Polizei.

Die neonationalsozialistische Szene trat auch im Jahr 2013 öffentlichkeitswirksam und gewaltbereit in Erscheinung.

Abweichend vom taktischen Verhalten der übrigen neonationalsozialistischen Szene im Freistaat Sachsen geht die Gruppierung NATIONALE SOZIALISTEN HOYERSWERDA in der Stadt vor. So leisteten deren Mitglieder zum Beispiel am 20. April Widerstand gegen kontrollierende Polizeibeamte, nachdem sie anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler ein Lagerfeuer auf einem Spielplatz entzündet hatten.

Bereits im Oktober 2012 war die Wohnung von zwei Personen in Hoyerswerda, die sich zuvor gegen Rechtsextremismus engagiert hatten, belagert worden; die Bewohner hatten daraufhin die Stadt verlassen. In der Folgezeit machten sich Rechtsextremisten in der Hoyerswerdaer Innenstadt gezielt auf die Suche nach weiteren Opfern. Bei derartigen Aktionen wurden im Mai und im September 2013 Personen angegriffen und verletzt.



Foto: Facebook.



Foto: Facebook.



Foto: Facebook.

Im Zusammenhang mit der bundesweiten Aktion „Tag und Nacht der Toleranz“ am 16. April in Hoyerswerda kam es zu einer Gegenaktion von mehreren Anhängern der rechtsextremistischen Szene, die ein Transparent mit der Aufschrift „Tschüss Angie, Tschüss BRD“ ausrollten.

Die neonationalsozialistischen Strukturen in Bautzen und im Raum Radeberg traten dagegen im Jahr 2013 kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung.

**NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)
UND JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)**

Die NPD verfügt im Landkreis Bautzen über einen kleinen, kaum aktiven Kreisverband und nach eigenen Angaben auch über Ortsgruppen in Kamenz, Hoyerswerda und Bautzen. Die Mitglieder des Kreisverbandes treten gelegentlich mit der Verteilung von Propagandamaterial in Erscheinung.

Zur Bundestagswahl 2013 erreichte die NPD im Wahlkreis Bautzen I mit 4,1 % der Zweitstimmen eines ihrer besten Ergebnisse in Sachsen (2009: 5,0 %). Im zweiten Wahlkreis (Dresden II/Bautzen II) schnitt sie dagegen mit 2,8 % wesentlich schlechter ab (2009: 2,9 %). Das beste Zweitstimmenergebnis im Landkreis Bautzen erzielte die NPD in Schönteichen (6,7 %).

Bei den zurückliegenden Kommunalwahlen hatte die Partei bereits einzelne Kommunalmandate in Schönteichen, Bautzen, Radeberg, Hoyerswerda und Kamenz (hier: zwei Mandate) gewonnen. Im Kreistag des Landkreises Bautzen ist die Partei darüber hinaus mit fünf Mandaten vertreten.

Die JN verfügen im Landkreis Bautzen über keine Strukturen. Auch sind dort im Berichtsjahr keine eigenen Aktivitäten bekannt geworden.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Landkreis Bautzen existiert eine nicht strukturierte subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Diese fällt insbesondere durch die Begehung rechtsextremistischer Straftaten in der Öffentlichkeit auf.

Straftaten

		rechtsextremistische Straftaten		
		2011	2012	2013
Freistaat Sachsen		1.692	1.602	1.635
		davon Gewalttaten		
		84	54	67
		davon Gewalttaten		
		101	142	123
Landkreis Bautzen		3	5	4
		davon Gewalttaten		

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe REPRO-MEDIEN Radeberg

Seit September 2009 ist in Radeberg der rechtsextremistische Vertrieb REPRO-MEDIEN ansässig. Der Name „Repro“ steht dabei für „Revolutionäre Propaganda“. Der Versand hat sein Angebot auf die neonationalsozialistische Szene ausgerichtet und grenzt sich von den klassischen rechtsextremistischen Vertrieben mit deren eher subkulturell geprägten Produktpalette ab. In einer Selbsterklärung heißt es:

„... wir haben uns zur Aufgabe gestellt, Propagandamittel für eine revolutionäre Erneuerung Deutschlands bereitzustellen. Wir sehen uns nicht in Konkurrenz zu bereits bestehenden Netzversänden, da ihr unsere Erzeugnisse in dieser Form nirgendwo anders findet. Dazu gehören vor allem weltanschauliche Schriften, Aufkleber und ähnliches...“

Dementsprechend werden Aufkleber, Plakate und Broschüren sowie Propagandamaterial angeboten, das szenetypisch ausländerfeindliche, antiisraelische sowie antiamerikanische Res-



Foto: www.repro-medien.net

sentiments schürt. Betreiber von REPRO-MEDIEN ist der bekannte Rechtsextremist Simon RICHTER aus Radeberg, der für die NPD im dortigen Stadtrat sitzt.

Rechtsextremistische Konzerte fanden 2013 im Landkreis Bautzen nicht statt.

1.12.2 Chemnitz (Stadt)

In der Stadt Chemnitz gehören der aktiven rechtsextremistischen Szene nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz zwischen 150 und 200 Personen an. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial hier im mittleren Bereich, weist aber eine rückläufige Tendenz auf.

NEONATIONALSOZIALISTEN

In Chemnitz existiert eine strukturierte und gut vernetzte neonationalsozialistische Szene, die in der Vergangenheit vor allem unter den Bezeichnungen FREIE KRÄFTE oder NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC) auftrat. Im Jahr 2013 trat sie unter anderem mit der Kampagne „Raus in die Zukunft“ (RidZ) mit mehreren Kundgebungen im Stadtgebiet öffentlich in Erscheinung. Die NEONATIONALSOZIALISTEN führen regelmäßig interne Vortrags- und Schulungsveranstaltungen durch und beteiligen sich an rechtsextremistischen Veranstaltungen in Sachsen und anderen Bundesländern. Die Szene verfügt in Chemnitz über ein eigenes Treffobjekt in der Markersdorfer Straße.

Die Chemnitzer Rechtsextremisten verbreiteten ihre politischen Ziele im Berichtsjahr sowohl im Internet als auch im Rahmen von Demonstrationen. Diese wurden häufig über das Internet angekündigt, beworben und im Nachgang ausgewertet.

Große Bedeutung misst die lokale rechtsextremistische Szene ihren alljährlichen Aktivitäten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Chemnitz im Zweiten Weltkrieg bei. Aus diesem Anlass fand am 5. März 2013 ein Aufzug von Rechtsextremisten statt. Trotz einer umfangreichen, vor allem über das Internet betriebenen Mobilisierung stagnierte die Zahl der Teilnehmer mit rund 210 überwiegend sächsischen Szeneangehörigen etwa auf Vorjahresniveau. Als Redner traten bekannte Rechtsextremisten auf.

Die Veranstaltung unter dem Motto „Erinnerung verpflichtet – Als das Leiden begann“ verlief ohne Störungen. Die Aufzugsstrecke wurde allerdings in Abstimmung mit der Versammlungsbehörde und dem Veranstalter erheblich gekürzt, da sich



Foto: www.5maerz.de

dort mehrere hundert Gegendemonstranten versammelt hatten.

Dies sorgte im Nachgang der Veranstaltung für deutliche Misstimmung unter den rechtsextremistischen Szeneangehörigen, welche das Verhalten von Polizei und Ordnungsbehörde im Umgang mit der genehmigten Demonstration massiv kritisierten. So äußerte ein bekannter Rechtsextremist:

„Absolute Repression auch in Chemnitz. Polizei! Blockiert trotz freier Strecke und lässt etwa 300 Meter marschieren. Kundgebung nach 3 guten Reden aufgelöst. Laut Aussage einzelner Polizisten kam der Befehl für dieses Vorgehen wie bereits in Dresden „von oben“- sprich vom Innenministerium. Rechtsmittel werden sicher eingelegt. (...) Kameraden wir verkriechen uns nicht!“¹²⁷

Seit Mai 2013 sind die NEONATIONALSOZIALISTEN unter dem Kampagnennamen „Raus in die Zukunft“ (RidZ) im Internet mit einem eigenen Facebookauftritt vertreten. Dort wurden monatliche Demonstrationen angekündigt, die am 8. Mai, 17. Juni, 26. Juli und 11. September stattfanden.

¹²⁷ Facebookseite „Raus in die Zukunft“.



Foto: www.netzwerkmitt.de

Als Redner traten jeweils bekannte Rechtsextremisten auf. Die Zahl der Teilnehmer lag im unteren zweistelligen Bereich.

Bereits die zweite Veranstaltung wurde von deutlichen Gegenaktivitäten begleitet. Daraufhin meldeten die Organisatoren im Vorfeld der dritten Kundgebung zwei zeitgleiche Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten an, von denen lediglich eine öffentlich beworben wurde. Der öffentliche Protest konzentrierte sich in der Folge auf die zuvor beworbene Kundgebung, die schließlich nicht wie geplant durchgeführt werden konnte. Die zweite Veranstaltung fand ebenfalls unter nur geringer Beteiligung statt.



Dritte „RidZ“-Veranstaltung am 26. Juli 2013.

Foto: Facebookseite der „RidZ“-Kampagne.

Die inhaltlichen Schwerpunkte auf der politischen Agenda der NEONATIONALSOZIALISTEN gingen unter anderem aus einer Rede hervor, die anlässlich der Demonstration am 11. September gehalten und auf der Facebookseite „RidZ“ veröffentlicht wurde. Demnach spielten im Berichtsjahr vor allem der Bürgerkrieg in Syrien, die Bundestagswahlen und „Mißstände der heutigen Zeit“ eine Rolle. Diese Themen griffen die NEONATIONALSOZIALISTEN gezielt auf und propagierten jeweils ihre extremistische Sichtweise. Besonders auffällig ist dabei ihre Nähe zum Nationalsozialismus, die in einer ausgeprägten Systemfeindlichkeit zum Ausdruck kommt. So arbeiten die NEONATIONALSOZIALISTEN z. B. mit positiven Vergleichen zum Dritten Reich. Zudem wird der einschlägige Terminus „Volksgemeinschaft“ genutzt, verbunden mit der Forderung, eine solche auf den „Trümmern der westlichen Wertegemeinschaft“ aufzubauen.

Darüber hinaus beteiligten sich die NEONATIONALSOZIALISTEN auch an Protestaktivitäten, die sich gegen das Asylbewerberheim im Chemnitzer Stadtteil Ebersdorf richteten. Hierfür nutzten sie zunächst eine Facebookseite, um ihre ablehnende Haltung darzustellen. Später wurde für



Foto: Facebookseite der „RidZ“-Kampagne.

Demonstrationen gegen das Asylbewerberheim am 12. und 16. Oktober geworben, die von PRO CHEMNITZ bzw. einer sogenannten „Bürgerinitiative Ebersdorf“ angemeldet worden waren. An den Veranstaltungen nahmen auch Vertreter der NEONATIONALSOZIALISTEN teil, die mit dem pauschalen Vorwurf des massenhaften Asylmissbrauchs und der damit verbundenen Verunglimpfung und Kriminalisierung der betroffenen Menschen ihrer extremistischen Gesinnung Ausdruck verliehen.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) UND JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der in Chemnitz ansässige NPD-Kreisverband verfügte in der Vergangenheit über enge Verbindungen zur neonationalsozialistischen Szene in Chemnitz. Ausdruck dieser Verbindungen waren einerseits gemeinsame Veranstaltungen, andererseits aber auch die Unterstützung der NPD durch parteifreie Kräfte im Rahmen des Wahlkampfes.

Die mit dem Führungswechsel an der Bundes- und Landesspitze der NPD Ende 2011/Anfang 2012 einhergehenden Spannungen zwischen der NPD und Teilen der neonationalsozialistischen Szene führten auch in Chemnitz zu Mitgliederverlusten der Partei. Ehemals in der NPD aktive FREIE KRÄFTE waren offenbar nicht bereit, ihre eigenen ideologischen Positionen denen der NPD unterzuordnen. Nachdem der Landesvorstand der NPD den Kreisverband Chemnitz unter Notstandsverwaltung gestellt hatte, führten die wenigen verbliebenen Mitglieder den Kreisverband ab April 2012 fort. Infolge dessen wurde die Notstandsverwaltung aufgehoben.

Das distanzierte Verhältnis der Mitglieder dieses Kreisverbandes zu den NEONATIONALSOZIALISTEN setz-

te sich auch im Jahr 2013 fort. Zwar beteiligten sich einzelne NPD-Mitglieder am 5. März an der von NEONATIONALSOZIALISTEN organisierten Demonstration anlässlich des Jahrestages der Bombardierung von Chemnitz im Zweiten Weltkrieg, jedoch gingen die Rechtsextremisten darüber hinaus getrennte Wege.

Die Mitglieder des Kreisverbandes traten im Jahr 2013 kaum öffentlich in Erscheinung. Nur während der Zeit des Bundestagswahlkampfes steigerte die NPD ihre Aktivitäten. So hielt der Bundesvorstand der NPD am 19. September 2013 auch in Chemnitz eine Kundgebung ab. Neben Udo PASTÖRS, Fraktionsvorsitzender der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, trat auch eine Funktionärin des Kreisverbandes als Rednerin auf.

Bereits seit den Kommunalwahlen 2009 ist die NPD mit einem Mandat im Chemnitzer Stadtrat vertreten. Zur Bundestagswahl 2013 erzielte die Partei mit einem Zweitstimmenergebnis von 2,3 % ein ähnlich schlechtes Ergebnis wie in den beiden anderen sächsischen Großstädten Dresden und Leipzig.

Aktivitäten der JN wurden in Chemnitz im Berichtsjahr nicht bekannt.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

In Chemnitz existiert eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, deren Mitglieder sich vor allem an Aktivitäten wie rechtsextremistischen Konzerten sowie szeneeinternen Fußballveranstaltungen beteiligen.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2011	2012	2013
Freistaat Sachsen	1.692	1.602	1.635
	davon Gewalttaten		
	84	54	67
Chemnitz	127	115	106
	davon Gewalttaten		
	5	8	5

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Mit PC-RECORDS ist einer der bedeutendsten rechtsextremistischen Vertriebe im Freistaat Sachsen in Chemnitz ansässig. Der Umsatz des Unternehmens beträgt mehrere Hunderttausend Euro. Das Unternehmen verfügt über ein Kundenpotenzial von einigen Tausend Personen in Deutschland, dem europäischen Ausland sowie in Übersee.

Das Unternehmen besteht aus einem Ladengeschäft in Chemnitz, einem Internet-Versand und einem Tonträger-Label. Das Sortiment umfasst vorwiegend Tonträger. Textilien sowie weiteres szenerelevantes Material werden nachrangig angeboten, vielfach besteht ein Bezug zur rechtsextremistischen Musikszene. Darüber hinaus ist in der Stadt ein weiteres Ladengeschäft ansässig, welches mit seinem Sortiment die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene versorgt.

Am 15. März fand im Szene-Objekt in der Markersdorfer Straße 40 ein rechtsextremistischer Liederabend statt. An dieser Veranstaltung nahmen etwa 50 Personen teil. Beim Liederabend

traten zwei Mitglieder der rechtsextremistischen Musikgruppe ACT OF VIOLENCE auf.

Aus Chemnitz stammen auch die Szene-Band BLITZKRIEG und der Liedermacher BARNY. Die schon langjährig aktive Musikgruppe BLITZKRIEG gehört zu den bekanntesten rechtsextremistischen Bands in Deutschland und trat am 30. April 2013 auch in Sachsen (Torgau OT Staupitz) auf. Beim Liedermacher BARNY handelt es sich ebenfalls um einen überregional bekannten Szene-Interpreten, der bei einem rechtsextremistischen Liederabend am 8. Februar 2013 in Dresden teilnahm (siehe Foto).



Foto: www.gedenkmarsch.de

1.12.3 Dresden (Stadt)

In der Stadt Dresden gehören etwa 200 bis 250 Personen der rechtsextremistischen Szene an. Damit ging das Personenpotenzial im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück und befindet sich im sachsenweiten Vergleich im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die seit etwa 2002 in der Stadt aktiven FREIEN KRÄFTE DRESDEN (FKD) zählen zu den aktivsten neonationalsozialistischen Strukturen im Freistaat Sachsen. Die FKD treten auch unter anderen Bezeichnungen wie FREIE NATIONALISTEN, FREIE AKTIVISTEN oder FREIE STRUKTUREN auf. Die FKD betreiben die Internetpräsenz NETZWERKMITTE, über die sie ihre

rechtsextremistische Ideologie verbreiten und zur Teilnahme an Szeneveranstaltungen mobilisieren. Die FKD streben die Schaffung einer von „Nationalem Sozialismus“ geprägten Gesellschaft als Alternative zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland an. Sie verunglimpfen staatliche Maßnahmen, die dem demografischen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland Rechnung tragen sollen und die Ausländerpolitik der Bundesregierung als „Überfremdungspolitik“. Die FKD sehen darin die Hauptursache für einen kommenden „Volkstod“.

Wie in den Vorjahren führte das von Angehörigen der FKD gegründete „AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DAS VERGESSEN“ auch im Jahr 2013 anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden eine sogenannte „Aktionswoche 13. Februar“ durch. Sie umfasste unter anderem eine Informationsveranstaltung, einen Historikervortrag, eine „Lichteraktion“ an der Elbe und die Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof. Zudem wurden Flyer verteilt, ein Transparent an einer Autobahnbrücke angebracht und Holzkreuze aufgestellt.



Quelle: www.netzwerkmittle.com



Fotos: www.gedenkmarsch.de

Die zentrale Gedenkveranstaltung der Rechtsextremisten fand am 13. Februar unter dem Motto „Die Seele brennt...“ in Dresden statt. Nach Polizeiangaben nahmen an der Demonstration insgesamt ca. 700 Rechtsextremisten teil. Im Vorjahr waren es noch mehr als doppelt so viele (ca. 1.660). Der Aufzug der Rechtsextremisten wurde allerdings massiv durch Blockaden von Gegendemonstranten behindert. Der überwiegende Teil der angereisten Rechtsextremisten wurde bereits am Verlassen des Hauptbahnhofes gehindert. Eine etwa 80-köpfige Gruppe konnte kurzzeitig den Bereich des Hauptbahnhofes verlassen und mit Fackeln und Fahnen auf die Budapester Straße ziehen, bevor Einsatzkräfte der Polizei sie zurück zum Hauptbahnhof geleiteten. Lediglich etwa 30 Rechtsextremisten gelang es überhaupt, wenn auch zeitlich verzögert, zu demonstrieren.



Foto: www.gedenkmarsch.de

Auf seiner Homepage veröffentlichte das „AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DAS VERGESSEN“ ein Fazit der Ereignisse. Darin danken die Organisatoren den „aus allen Teilen Deutschlands, aus Litauen, der Tschechischen Republik, Russland, der Schweiz, Kroatien, Großbritannien, Schweden, Norwegen und weiteren Ländern“ angereisten Rechtsextremisten. Gleichzeitig beklagten die Organisatoren die nahezu vollständige Blockade des Gedenkmarsches durch Gegendemonstranten, Stadtverwaltung und Polizei. Noch am Abend des 13. Februar herrschte angesichts des Veranstaltungsverlaufs große Frustration unter den Teilnehmern. Der deutliche Rückgang der Zahl der angereisten Rechtsextremisten ist nicht zuletzt auf die stetig wachsende Enttäuschung über den Ablauf der Veranstaltung zurückzuführen. Bereits 2012 musste der Trauermarsch aufgrund der Vielzahl an Gegendemonstranten erheblich verkürzt werden und wurde in der Szene weitgehend mit Enttäuschung wahrgenommen.

Erneut verdienen hier vor allem die engagierten Aktionen aus der Mitte der Gesellschaft Anerkennung. Mit friedlichen Maßnahmen stellte sich die bürgerliche Mitte wieder entschieden der rechtsextremistischen Ideologie entgegen und belegte damit eindrucksvoll, dass die Aktivitäten der Rechtsextremisten beim eigentlichen Adressaten nicht ankommen.

Von 1994 bis 2011 trat die JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e.V. (JLO) als Anmelder und Mitorganisator des „Trauermarsches“ am 13. Februar auf. Mit Übernahme der organisatorischen Federführung des Trauermarsches ab dem Jahr 2012 durch die FREIEN KRÄFTE DRESDEN verlor die JLO in der sächsischen rechtsextremistischen Szene an Bedeutung. Sie trat im Jahr 2013 als eigenständige Gruppe öffentlich nicht in Erscheinung.

Die FKD und das von ihnen mitgetragene „AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DAS VERGESSEN“ zeigten auch in anderen ostdeutschen Städten Präsenz und zogen mit „Trauermärschen“ unter anderem durch Magdeburg (Sachsen-Anhalt) und Plauen (Vogtlandkreis).



Fotos: www.netzwerkmitte.com

Seit 2009 veranstalten NEONATIONALSOZIALISTEN jährlich den „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ). Dabei handelt es sich um eine bundesweit etablierte Kampagne, in deren Rahmen Rechtsextremisten verschiedene Aktionen durchführen. Dazu zählen unter anderem Informationsveranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen. Trotz aller Gegensätze und Differenzen versuchen die Organisatoren stets, die verschiedenen rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien zusammenzuführen.

Zum Abschluss des 5. TddZ am 1. Juni 2013 in Wolfsburg (Niedersachsen) übernahmen die FREIEN KRÄFTE DRESDEN symbolisch die Schirmherrschaft über den „6. Tag der deutschen Zukunft“, der am 7. Juni 2014 in Dresden stattfinden soll. Das Kampagnenjahr 2014 und der 6. TddZ stehen unter dem Leitsatz „Unser Signal gegen Überfremdung – Gemeinsam für eine deutsche Zukunft“.



Foto: www.tddz.info

Seit Übernahme der Kampagne in Wolfsburg betreiben die FKD, insbesondere ihre Führungsperson Maik MÜLLER, eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit. So waren die FKD beispielsweise mit Informationsständen auf dem „JN-Sachsentag“ am 8. Juni in Zobes (Vogtlandkreis) und auf



Foto: Twitteraccount von TddZ.



Foto: www.tddz.info



Fotos: www.tddz.info

die FKD das Einbürgerungsfest im Sächsischen Landtag am 31. August 2013 und brachten durch Poster und im Stadtgebiet verteilte Flyer ihre ausländerfeindliche Haltung zum Ausdruck.



dem „Thüringentag der Nationalen Jugend“ am 15. Juni in Kahla (Thüringen) vertreten. Darüber hinaus nahmen sie am verbotenen „Europa-Erwacht“-Festival in Roden-Ansbach (Bayern) teil und traten mit Transparenten bei Kundgebungen in Dresden, Plauen (Vogtlandkreis) und Freiberg (Landkreis Mittelsachsen) auf. Als Werbemittel setzen sie Poster, Flyer, Aufkleber und T-Shirts ein und informieren auf einer speziellen Homepage (www.tddz.info) sowie in sozialen Netzwerken über ihre Aktivitäten.



Fotos: www.tddz.info

Die Kampagne „Tag der deutschen Zukunft – Unser Signal gegen Überfremdung!“ ist für die Veranstalter integraler Bestandteil der politischen Agitation im parteifreien Spektrum. Bei Protestaktionen im Rahmen der TddZ-Kampagne wurden 2013 bevorzugt Zuwanderungs- und Asylthemen aufgegriffen. So missbrauchten

Der Umfang der bisherigen Agitations- und Informationsmaßnahmen lassen die Bemühungen der Organisatoren erkennen, die Kampagne 2014 in der gleichen Qualität wie in den Vorjahren durchzuführen und mit der Demonstration und



Foto: www.tddz.info

Abschlusskundgebung am 7. Juni 2014 in Dresden zu einem würdigen Abschluss zu bringen. Darüber hinaus beteiligten sich NEONATIONALSOZIALISTEN an verschiedenen rechtsextremistischen Veranstaltungen. Am 8. Mai 2013 besuchten die FKD wie in den Vorjahren Mahnmale in und um Dresden. Die rechtsextremistische Szene nutzt den 8. Mai – den „Tag der Befreiung“ – alljährlich für eigene Aktionen unter dem Motto „8. Mai – Wir feiern nicht“. Nach ihrem Verständnis sei die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht kein Grund zum Feiern. Mit der Befreiung habe vielmehr die Besetzung Deutschlands durch die Alliierten begonnen, in deren Folge es

zu Mord und Vertreibung der deutschen Bevölkerung gekommen sei. Nach Ansicht der FKD sei es „die unvermeidliche Bestimmung und Pflicht der deutschen Jugend, das ehrende Gedenken an die Toten unseres Volkes wach zu halten.“¹²⁸

Am 17. Juni 2013 nahmen die FKD anlässlich des Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR an einer von der NPD organisierten Demonstration unter dem Motto „Tradition verpflichtet: 1813 – 1953 – 2013. Heimat bewahren – Souveränität schaffen“ teil.

Die FREIEN KRÄFTE beteiligten sich in diesem Jahr nicht an der Organisation dieser Veranstaltung und traten insgesamt sehr zurückhaltend auf. Sie begründeten diese Haltung wie folgt:

„Nach der öffentlichen Distanzierung des Landesverbandes im vergangenen Jahr von der Forderung der NATIONALEN SOZIALISTEN – die BRD als Rechts- und Organisationsform auf deutschem Boden sei abzuschaffen, da sie ebenso wie die ehemalige DDR ein Konstrukt der Fremdherrschaft darstellt – trat nunmehr die NPD als alleiniger Veranstalter auf.“¹²⁹



Fotos: www.netzwerkmitte.com

¹²⁸ www.NETZWERKMITTE.com.

¹²⁹ www.NETZWERKMITTE.com.

Diese Aussage verdeutlicht den Zusammenhang zwischen dem propagierten Kurs der Partei und dem distanzierten Verhältnis der NEONATIONALSOZIALISTEN zu ihr.

Im Rahmen der rechtsextremistischen Aktivitäten zur Freilassung des Kriegsverbrechers Erich Priebke beteiligten sich die FKD im Sommer 2013 an einer bundesweiten Fotoaktion. Priebke war im Zweiten Weltkrieg als SS-Hauptsturmführer an Erschießungen beteiligt, wurde 1998 in Italien als Kriegsverbrecher zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt und stand bis zu seinem Tod am 11. Oktober 2013 in Rom unter Hausarrest. Mit Solidaritätsaktionen forderten NEONATIONALSOZIALISTEN die Freilassung Priebkes und brachten damit ihre ideologische Nähe zum historischen Nationalsozialismus zum Ausdruck.



Foto: www.erich-priebke.de

Auch im Jahr 2013 nutzten die FKD ihre internationalen Kontakte und nahmen als sächsische Vertreter der „Antiimperialistischen Plattform“ an Veranstaltungen der „European Solidarity Front for Syria“ in Prag teil. Unter dem Motto „Ein Licht für Dresden“ führten etwa 150 tschechische und deutsche NEONATIONALSOZIALISTEN zudem eine Demonstration in Ostrava (Tschechische Republik) durch. Mit ihrem „Schweigemarsch“ wollten sie auf die „Völkerverbrechen der alliierten Terroristen“ aufmerksam machen.

Treffobjekt der FKD ist ein Bürogebäude im Dresdner Stadtteil Niedersiedlitz.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) UND JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der NPD-Kreisverband Dresden zählt zu den aktiven Strukturen der Partei in Sachsen. Er tritt insbesondere durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten, wie dem Verteilen von Flugblättern, der Organisation von Informationsständen oder Kundgebungen, in Erscheinung. Die Mitglieder des Kreisverbandes treffen sich regelmäßig zu Versammlungen.



Quelle: Facebookseite der NPD Dresden.

Mit einer Mahnwache am 27. März 2013 in der Dresdner Neustadt thematisierte die sächsische NPD unter dem Motto „Erst Kirchweyhe, nun Dresden – Wann wachen die verantwortlichen Politiker endlich auf?“ einen Zwischenfall in Dresden, bei dem ein 24-jähriger Mann bei einer Auseinandersetzung durch einen mutmaßlich ausländischen Täter verletzt wurde. Dieses Ereignis wird in Zusammenhang mit dem Tod eines Mannes in Kirchweyhe (Niedersachsen) gestellt, um auf eine angeblich steigende Zahl von Übergriffen ausländischer Täter auf Deutsche und die vermeintliche Gleichgültigkeit verantwortlicher Politiker aufmerksam zu machen. Rund 50 Personen beteiligten sich an dieser Veranstaltung.

Zwischen dem NPD-Kreisverband Dresden und den Dresdner NEONATIONALSOZIALISTEN existiert bereits seit mehreren Jahren eine enge Zusammenarbeit in Form von gemeinsamen Treffen, Absprachen zu geplanten Aktivitäten sowie gemeinsamer Teilnahme an Veranstaltungen. Besonders zu den jährlichen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 und zu den Demonstrationen der Rechtsextremisten am 17. Juni kooperierten beide Szenen in Dresden. Allerdings war das Verhältnis zwischen der NPD und den FREIEN KRÄFTEN DRESDEN keineswegs immer harmonisch. Phasen der Annäherung wechselten sich mit Phasen größerer Distanz ab. Im Jahr 2013 war eher ein distanzierteres Verhältnis feststellbar, welches offenbar mit der inhaltlichen Ausrichtung der NPD zusammenhing.

Das Gedenken an den Volksaufstand von 1953 nutzte die NPD in Dresden am 17. Juni 2013 für einen öffentlichen Aufzug. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Tradition verpflichtet: 1813 – 1953 – 2013 ‚Heimat bewahren – Souveränität schaffen!“.



Quelle: Facebookseite der JN Leipzig.

Begleitet von Protesten politischer Gegner zogen rund 120 Rechtsextremisten durch die Dresdner Innenstadt. Neben Funktionären und Mitgliedern von NPD und JN aus der Region nahmen auch Aktivisten der FREIEN KRÄFTEN DRESDEN, der NATIONALEN SOZIALISTEN HALLE/MERSEBURG sowie Mitglieder der KAMERADSCHAFT LEIPZIG-MÖCKERN teil.

Bedeutung erlangte der Dresdner NPD-Kreisverband darüber hinaus durch seine räumliche Nähe sowie die personellen Verbindungen zur NPD-Fraktion im sächsischen Landtag. Zwei Mitglieder des Kreisverbandes sind seit den Kommunalwahlen 2009 im Stadtrat der Landeshauptstadt vertreten.

Bei der Bundestagswahl 2013 erzielte die NPD in Dresden trotz eines intensiv geführten Wahlkampfes beim Zweitstimmenergebnis nur 2,7 und 2,3 % (2009: 2,6 und 2,9 %). Dieses Ergebnis reiht sich ein in die schwachen Wahlergebnisse der NPD in den anderen Großstädten Sachsens. Das zeigt, dass die Bevölkerung dort offensichtlich weniger für rechtsextremistisches Gedankengut empfänglich ist als in ländlichen Regionen.

Seit Dezember 2012 existiert in der Stadt Dresden wieder ein Stützpunkt der JUNGEN NATIONALDE-

MOKRATEN (JN), der Jugendorganisation der NPD. Die Mitglieder dieses Stützpunktes nahmen im Jahr 2013 an verschiedenen Aktivitäten teil. So traten sie z. B. als Unterstützer für die Aktionswoche und den Gedenkmarsch anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 in Dresden auf. Weiterhin beteiligten sie sich an der Wahlkampfkundgebung der NPD vor der Bundestagswahl im Rahmen der „Deutschlandfahrt“¹³⁰ in Dresden. Im November 2013 waren die JN Dresden zusammen mit dem JN-Bundesvorstand Teil einer Delegation, die zu einer Demonstration der tschechischen rechtsextremistischen ARBEITERPARTEI DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT (DSSS) nach Prag reiste.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den FREIEN KRÄFTEN gibt es in Dresden eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, der zahlreiche politisch motivierte Propagandadelikte im Stadtgebiet zugeordnet werden. Die Szene verfügt mehrheitlich über keine klaren Strukturen. Sie ist allerdings – abhängig vom Engagement der Führungspersonen der parteigebundenen Rechtsextremisten oder der FREIEN KRÄFTE – für Spontanaktionen, Demonstrationen oder sonstige Veranstaltungen mobilisierbar.

Unter der Bezeichnung FAUST DES OSTENS existiert im Raum Dresden eine rechtsextremistische Gruppierung, die in der Vergangenheit wiederholt mit politisch motivierten Körperverletzungs- und Propagandadelikten in Erscheinung trat. Die Gruppe wurde – mit einer politisch unmissverständlichen Kernaussage verbunden – am 20. April 2010 in Dresden gegründet. Sie bestand zeitweise aus über 180 Mitgliedern.



Fotos: Polizei.

Eine Vielzahl von rechtsextremistischen Straftaten, wie ausländerfeindliche Schmierereien an Gebäuden, die für die Unterbringung von Asylbewerbern vorgesehen sind, deutet auf die Existenz einer subkulturellen Gruppierung im Stadtteil Leuben hin.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2011	2012	2013
Freistaat Sachsen	1.692	1.602	1.635
	davon Gewalttaten		
	84	54	67
Dresden	281	189	267
	davon Gewalttaten		
	37	6	23

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Mit den Musikgruppen BLUTZEUGEN, SACHSONIA, PRIORITY 18 und HOPE FOR THE WEAK existieren vier aktive rechtsextremistische Bands, die aus Dresden

¹³⁰ Vgl. dazu den Beitrag zu den „NPD-Wahlkampfaktivitäten“.



Cover von CDs der vorgenannten Bands.

stammen oder denen mehrere Dresdner Bandmitglieder angehören. Alle vorgenannten Bands traten im Jahr 2013 auch im Freistaat Sachsen bei rechtsextremistischen Konzerten auf. Die Gruppe PRIORITÄT 18 veröffentlichte zudem die CD „Waldbrüder“.

In der Stadt selbst wurde im Berichtsjahr allerdings nur eine rechtsextremistische Musikveranstaltung bekannt. Am 8. Februar führte das „AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DAS VERGESSEN“ einen Liederabend durch, bei dem u. a. der rechtsextremistische Liedermacher BARNY aus Chemnitz vor 50 bis 60 Teilnehmern spielte.

Seit 2007 ist in Dresden das Unternehmen OPOS-RECORDS tätig, das aus einem Szeneladen,

einem Internet-Versand sowie einem Tonträgerlabel besteht. Zu seinem Sortiment gehören Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien. Der Versand tritt als Unterstützer von Aktivitäten und Initiativen der rechtsextremistischen Szene auf und bietet entsprechendes Material an. Binnen kurzer Zeit gelang es dem Vertrieb, sich u. a. durch die Produktion von Tonträgern szenerelevanter Bands zu etablieren. Bislang erschienen bei dem Label etwa 80 CDs, von denen neun wegen jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert worden sind. 2013 produzierte OPOS-RECORDS eine „Soli-CD“ zugunsten der Hochwasseropfer.

1.12.4 Erzgebirgskreis

Im Erzgebirgskreis sind nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz unverändert zwischen 250 und 300 Personen der aktiven rechtsextremistischen Szene zuzurechnen. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial somit im oberen Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die neonationalsozialistische Szene im Erzgebirgskreis trat im Jahr 2013 mit vielfältigen Aktivitäten wie Kundgebungen, Demonstrationen, Vortragsveranstaltungen sowie Liederabenden und Sonnenwendfeiern in Erscheinung. Zu den aktiven neonationalsozialistischen Strukturen im Erzgebirgskreis zählen in erster Linie die AUTONOMEN NATIONALISTEN AUE (AN Aue).

Unverändert sehen sich die AN Aue eigenen Darstellungen im Internet zufolge als eine Gruppe „volkstreuere Jugendlicher“ aus dem Erzgebirge, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, „diesem System die Stirn zu bieten“. Sie fordern in diesem Zusammenhang „Komm mit uns auf die Straße und ...WERDE AKTIV...!!!!“¹³¹



Quelle: <http://logr.org/anaue>

Die AN Aue sind seit 2012 insbesondere überregional sehr aktiv, so im Berichtsjahr mit Demonstrationsteilnahmen am 23. Februar in Gera und am 1. Mai in Erfurt. Außerdem unterstützten sie die Aktionswoche zum 13. Februar in Dresden und eine Demonstration in Göppingen (BW) am 12. Oktober.

Neben den AN Aue existieren in der Region verschiedene Gruppierungen unter Bezeichnungen wie NATIONALE SOZIALISTEN ERZGEBIRGE, AKTIONSBÜNDNIS ERZGEBIRGE und KAMERADSCHAFT DRACHENKOPF, die jedoch mangels öffentlich wirksamer Aktivitäten gegenwärtig von eher geringer Bedeutung sind.

NEONATIONALSOZIALISTEN zeigen ihre Nähe zum historischen Nationalsozialismus durch Verehrung von Vertretern der sog. „Erlebnisgeneration“. Im Jahr 2013 wurde im Rahmen einer bundesweiten Kampagne zur Solidarität mit Erich Priebke aufgerufen. Unter der Überschrift „Gesicht zeigen für Erich Priebke“¹³² – Solidarität aus dem Erzgebirge“ beteiligte sich im Sommer 2013 auch

die regionale Szene an der Kampagne und veröffentlichte dazu Bilder im Internet.



Foto: www.erich-priebke.de



Foto: www.erich-priebke.de

Im letzten Quartal 2013 griffen NEONATIONALSOZIALISTEN flächendeckend wiederholt die Themen „Asylbewerber“ und „Ausländerkriminalität“ auf. In diesem Zusammenhang beteiligten sie sich aktiv an Demonstrationen gegen Asylbewerberunterbringungen, z. B. in Schneeberg im Erzgebirge.

¹³¹ Homepage der AN Aue.

¹³² Erich Priebke war 1944 als SS-Offizier in Italien an der Erschießung von 335 Zivilisten beteiligt. Er wurde dort 1998 wegen der Beteiligung an dem Massaker in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, die er letztlich im Hausarrest verbüßte.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Die NPD verfügt im Erzgebirgskreis über einen aktiven Kreisverband, der im Jahr 2007 durch Fusion der ehemaligen NPD-Kreisverbände Ansbarg, Aue-Schwarzenberg, Stollberg und Mittlerer Erzgebirgskreis entstand. In Schneeberg und in Geyer sind außerdem NPD-Ortsverbände ansässig. Auch die NPD-Frauenorganisation RING NATIONALER FRAUEN (RNF) ist im Raum Chemnitz-Erzgebirge mit einer Regionalgruppe vertreten.

Die NPD versuchte, sich in der Vergangenheit in der Erzgebirgsregion immer wieder als „Kümmerer“ zu präsentieren. Dabei griff der Kreisverband Themen auf, die das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung oder soziale Belange berühren, beschwor eine Bedrohungslage und inszenierte die NPD als angeblich einzige Kraft, die sich tatsächlich um Bürger kümmern würde. Damit zielte die Partei auf eine Verankerung in der Mitte der Gesellschaft und hoffte, Wählerstimmen zu gewinnen. So thematisierte sie beispielsweise in Schneeberg die Nutzung einer Kaserne als Asylbewerberheim oder zeigte sich besorgt über Schulschließungen. Nach der Bundestagswahl wurde die Thematik Asylbewerberunterbringung erneut aufgegriffen und eine Protestkampagne inszeniert, bei der der Partei eine ungewöhnlich große Mobilisierung über die Grenzen der rechtsextremistischen Szene hinaus gelang. Ausgehend von einer vom Kreisvorsitzenden Stefan HARTUNG gegründeten Facebook-Gruppe mobilisierten die Rechtsextremisten zu insgesamt drei Demonstrationen in Schneeberg, die in Anspielung auf das lokale Brauchtum im Erzgebirge als „Lichtellauf“ bezeichnet wurden. Die Initiatoren bemühten sich dabei, einen Bezug zur NPD zu vermeiden.



Quelle: Facebookseite „Schneeberg wehrt sich“.

Für den 19. Oktober 2013 meldete HARTUNG eine Kundgebung in Schneeberg unter dem Motto „Schneeberg wehrt sich gegen den Asylmissbrauch“ an.



Quelle: Facebookseite „Schneeberg wehrt sich“.

Statt der erwarteten 300 Teilnehmer nahmen an der Veranstaltung tatsächlich zwischen 1.000 und 1.500 Personen teil, darunter etwa 200 Rechtsextremisten. Dies zeigte die hohe Mobilisierungskraft der Thematik über die rechtsextremistische Szene hinaus und war nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen, dass die Akteure einen allzu starken Bezug zur NPD in der Öffentlichkeit vermieden. In Schneeberg erreichte die Partei somit zahlreiche Bürger, die sonst nicht zum typischen Mobilisierungspotenzial der Rechtsextremisten gehören.

Von diesem Erfolg inspiriert organisierten die Rechtsextremisten für den 2. November 2013 einen zweiten „Lichtellauf“, an dem insgesamt etwa 1.800 Personen teilnahmen, darunter ca. 250 Rechtsextremisten. Als Redner traten HARTUNG selbst und der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Mario LÖFFLER auf. Unter dem Motto „Fragt uns Bürger! Wir sagen NEIN zum Asylmissbrauch“ versuchten die Extremisten ihre Nähe zur Bevölkerung zu demonstrieren.

Bestärkt durch den großen Zuspruch in- und außerhalb der rechtsextremistischen Szene organisierte Stefan HARTUNG für den 16. November 2013 den dritten „Schneeberger Lichtellauf“. Die Veranstalter verzeichneten mit insgesamt etwa 1.500 Teilnehmern (davon ca. 250 Rechtsextremisten sowie 250 Hooligans) wieder ein für von Rechtsextremisten durchgeführte Veranstaltungen ungewöhnlich hohes Mobilisierungspotenzial. Dennoch war der Mobilisierungszug vom 2. November überschritten.

Auf einem „Kommunalpolitischen Forum“ der NPD erläuterte Stefan HARTUNG angesichts der hohen Mobilisierungsergebnisse, dass man bewusst an Traditionen der Heimatregion angeknüpft habe. So habe die Benennung der Veranstaltung als „Lichtellauf“ Assoziationen mit dem Schneeberger „Lichtelfest“ geweckt. Darüber hinaus habe man die Parteipolitik eher im Hintergrund gehalten und die NPD nicht frontal präsentiert.

„Lokale Verankerung sei auch die entscheidende Voraussetzung zur Gewinnung von Mobilisierungsfähigkeit, und dann ließen sich auch soziale Netzwerke als ‚wichtiges Potential‘ nutzen. Wenn es dann noch ein Aufregerthema vor Ort geben würde, dann könne es zu Mobilisierungserfolgen wie in Schneeberg kommen, wo die Facebook-

Gruppe ‚Schneeberg wehrt sich‘ zu ihren besten Zeiten um 100 Mitglieder stündlich wuchs.“¹³³

Das Wahlergebnis der NPD im Erzgebirgskreis bei der Bundestagswahl 2013 sank gegenüber 2009 bei den Zweitstimmen von 5 % auf 4 %. Es lag leicht über dem Landesdurchschnitt in Sachsen. In Tannenberg (5,8 %) und Gelenau (5,5 %) erzielte die NPD im Landkreis ihre Spitzenwerte. Die Städte Annaberg-Buchholz mit 4,6 %, Schwarzenberg mit 4,4 % sowie Aue und Schneeberg mit je 4,1 % liegen ebenfalls über dem Durchschnitt der NPD-Werte im Landkreis.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Erzgebirgskreis gibt es nach wie vor eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene, deren Mitglieder sich vor allem an Aktivitäten, wie rechtsextremistischen Konzerten und szeneninternen Sportveranstaltungen, z. B. Fußball oder Kampfsport, beteiligten. Diese Sportarten sind, insbesondere bei Jugendlichen, populär und bieten deshalb rechtsextremistischen Gruppierungen die Möglichkeit, sich potenziellem Nachwuchs attraktiv zu präsentieren und diesen ggf. zu rekrutieren.

Straftaten

		rechtsextremistische Straftaten		
		2011	2012	2013
Freistaat Sachsen		1.692	1.602	1.635
	davon Gewalttaten	84	54	67
Erzgebirgskreis		107	111	94
	davon Gewalttaten	1	0	1

¹³³ Auszug von der Internetseite der NPD Sachsen.

Rechtsextremistische Musikszene/ rechtsextremistische Vertriebe

Im Erzgebirgskreis sind die rechtsextremistischen Bands VERBOTEN und WHITE RESISTANCE (Mitglieder aus dem Erzgebirgskreis und dem Landkreis Zwickau) ansässig. Beide Musikgruppen

traten im Berichtsjahr bei rechtsextremistischen Konzerten auf. Im Erzgebirgskreis selbst fanden im Jahr 2013 allerdings keine rechtsextremistischen Konzerte statt.

In Annaberg ist ein Ladengeschäft ansässig, dessen Sortiment einseitig auf die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene ausgerichtet ist.

1.12.5 Landkreis Görlitz

Im Landkreis Görlitz gehörten der aktiven rechtsextremistischen Szene im Berichtsjahr zwischen 150 und 200 Personen an. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenzentrum dort somit im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Im Landkreis gibt es mehrere neonationalsozialistisch geprägte Strukturen. Dazu zählen unter anderem die Kameradschaft BOOT BOYS GÖRLITZ und die AKTIONSGRUPPE GÖRLITZ. Darüber hinaus gibt es Hinweise auf die Existenz einer neonationalsozialistischen Struktur in Weißwasser.

Auch existieren Strukturen der FREIEN KRÄFTE in Görlitz, in Zittau sowie auch überregional in der Lausitz. Öffentlichkeitswirksam zeigten sich hier in jüngster Vergangenheit die FREIEN KRÄFTE LAUSITZ-NIEDERSCHLESIEEN. Am 17. August 2013 nahmen deren Mitglieder an der NPD-Demonstration „Maria statt Scharia“ in Leipzig teil. Unter gleichem Namen bestand auch ein offener Facebook-Account.

Die AKTIONSGRUPPE GÖRLITZ, die zuvor unter den Bezeichnungen FREIE AKTIVISTEN GÖRLITZ (FREIE KRÄFTE) bzw. ANTIANTIFA GÖRLITZ in Erscheinung getreten war, ist seit 2009 bekannt. Die Gruppierung trat im Berichtsjahr nicht öffentlichkeitswirksam auf. Ihre seit September 2011 bestehende Website wurde zuletzt im Juni 2013 aktualisiert.

Die Kameradschaft BOOT BOYS GÖRLITZ wurde erstmalig im Mai 2002 bekannt. Ihre Mitglieder beteiligten sich in der Vergangenheit an verschiedenen szeneeigenen rechtsextremistischen Veranstaltungen oder traten selbst als Veranstalter auf. Vereinzelt zeigten sich Mitglieder der BOOT BOYS GÖRLITZ auch gewaltbereit. Für ihre internen Aktivitäten nutzte die Kameradschaft ein Treffobjekt in Görlitz. Im Jahr 2013 wurden keine Veranstaltungen oder andere öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der BOOT BOYS GÖRLITZ festgestellt. Es ist davon auszugehen, dass die Mitglieder nunmehr in anderen Organisationsstrukturen aktiv sind.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) UND JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Die NPD verfügt im Landkreis Görlitz über einen mittelgroßen, aber nur mäßig aktiven Kreisverband, der in einzelne Ortsgruppen untergliedert ist. Der Schwerpunkt des Kreisverbandes liegt in Zittau, wo die NPD das Bürgerbüro des Landtagsabgeordneten Andreas STORR für ihre Treffen nutzte. Das Parteileben der NPD im Landkreis Görlitz fand überwiegend in Form von internen Versammlungen statt. Gelegentlich organisierten die Mitglieder des Kreisverbandes Informationsstände. Anlässlich der Bundestagswahl 2013 trat der Kreisverband öffentlich mit Kundgebungen



Fotos: Facebookseite der FREIEN KRÄFTE LAUSITZ NIEDERSCHLESIEEN.



in Erscheinung. Diese Aktivitäten wurden jedoch von nur wenigen Mitgliedern getragen.

Im Wahlkampf ermöglichte die Partei regionalen neonationalsozialistischen Gruppierungen, eine von ihr angemeldete Wahlkampfkundgebung für eigene Zwecke zu nutzen. Für den 28. August 2013 organisierte die NPD in Görlitz eine Kundgebung unter dem Motto „Gegen linke Gewalt“, an der sich auch Mitglieder der NATIONALEN SOZIALISTEN HOYERSWERDA beteiligten. Diese Veranstaltung stand im Zusammenhang mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten während des Görlitzer Altstadtfestes.

Das Zweitstimmenergebnis der NPD im Landkreis Görlitz bei der Bundestagswahl 2013 lag mit 4,2 % über dem Durchschnitt der NPD in Sachsen. Spitzenwerte erzielte sie in Kreba-Neudorf mit 8,1 % und in Neißbeaue mit 7,8 %. In den Städten Görlitz (3,6 %), Zittau (4 %) und Weißwasser (3,6 %) lag die Partei im Mittelfeld. 2009 hatte sie im Landkreis Görlitz noch 5,5 % der Zweitstimmen erhalten.

Die Partei ist seit den Kommunalwahlen 2008/2009 im Landkreis Görlitz mit insgesamt fünf Kreistags- und sieben Stadt- bzw. Gemein-

deratsmandaten vertreten. Ein Kreistagsabgeordneter sowie der NPD-Stadtrat in Rothenburg haben die Partei allerdings inzwischen verlassen. Die JN zeigten im Berichtsjahr keine Aktivitäten im Landkreis Görlitz. Lokale Strukturen sind dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht bekannt.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Die regionale, subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene entfaltete nur geringe öffentliche Aktivitäten. Es wurden vor allem Veranstaltungen, wie Sonnenwendfeiern, Sommerfeste oder Sportwettkämpfe durchgeführt.

Die in Niesky ansässige Kameradschaft SCHLESISCHE JUNGS führte überwiegend interne Treffen und subkulturell geprägte Freizeitaktivitäten durch. Die Gruppierung verfügte weiterhin über ein Treffobjekt in Niesky.

DER NATIONALE JUGENDBLOCK e.V. (NJB) existiert seit Dezember 1991. Er führte überwiegend szeneninterne Veranstaltungen, wie rechtsextremistische Konzerte sowie Frühlings- und Herbstfeste in Mittelherwigsdorf durch. Seine Bedeutung für die regionale Szene hat in den zurückliegenden Jahren allerdings kontinuierlich abgenommen. Bestrebungen, überregional als extremistischer

Personenzusammenschluss aufzutreten, waren nicht erkennbar. Gleichwohl bestanden Kontakte zu rechtsextremistischen Strukturen im regionalen Umfeld.

Der NJB verfügt seit mehreren Jahren über ein Vereinshaus in Zittau, das sowohl als Treffobjekt als auch als Veranstaltungsort dient. Am 21. September fand im NJB-Vereinshaus eine Musikveranstaltung mit ca. 50 Personen statt.



Vereinshaus des NJB in Zittau.

Foto: LfV Sachsen.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2011	2012	2013
Freistaat Sachsen	1.692	1.602	1.635
	davon Gewalttaten		
	84	54	67
Landkreis Görlitz	106	104	131
	davon Gewalttaten		
	5	0	0

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Die Aktivitäten der rechtsextremistischen Musikszene lagen im Landkreis Görlitz in den letzten Jahren im sachsenweiten Vergleich deutlich über dem Durchschnitt. Mit der Schließung der Gaststätte „Zur Deutschen Eiche“ Ende April 2012 verlor die rechtsextremistische Szene eines ihrer wichtigsten Veranstaltungsobjekte. Im Berichtsjahr fanden im Landkreis Görlitz keine rechtsextremistischen Konzerte statt.

Rechtsextremistische Vertriebsstrukturen sind 2013 im Landkreis Görlitz nicht bekannt gewesen.

1.12.6 Landkreis Leipzig

Im Landkreis Leipzig sind der rechtsextremistischen Szene nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz zwischen 150 und 200 Personen zuzurechnen. Das Personenpotenzial weist im Vergleich zum Vorjahr eine leicht rückläufige Tendenz auf und liegt im Vergleich zu anderen Regionen im Freistaat Sachsen im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die Schwerpunkte der neonationalsozialistischen Szene im Landkreis Leipzig befinden sich in Geithain, Froburg und im Raum Kohren-Sahlis. Die regionalen NEONATIONALSOZIALISTEN verfügen zum Teil über enge Kontakte zu Szeneangehörigen im Raum Mittelsachsen.

Aufgrund des Übertritts der Führungsperson der Szene, Manuel TRIPP, zu den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN kam es im Berichtsjahr zu deutlich weniger öffentlichkeitswirksamen Aktionen der NEONATIONALSOZIALISTEN. TRIPP, der gleichzeitig für die NPD im Stadtrat von Geithain sitzt, widmete sich verstärkt seiner Funktion als Leiter des im November 2012 gegründeten JN-Stützpunktes Geithain.

Das Thema „Asyl“ stellte einen Themenschwerpunkt der NEONATIONALSOZIALISTEN im Berichtsjahr dar. So beteiligten sich Angehörige der neonationalsozialistischen Szene gemeinsam mit Mitgliedern der NPD und der JN am 14. November 2013 an einer Kundgebung gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in Rötha.

Auch die Auseinandersetzung mit dem vermeintlich politischen Gegner bot den NEONATIONALSOZIALISTEN Anlass zur Agitation. So wurden Veranstaltungen eines in Geithain ansässigen Jugendclubs, welcher nach Auffassung der NEONATIONALSOZIALISTEN ein „Hort Linksextremer ist“¹³⁴, in provokativer Weise auf einschlägig bekannten Twitterseiten veröffentlicht. Dort heißt es beispielsweise, dass der Jugendclub „... mal wieder linke Chaoten für ihre Open Air zusammen-trommelte.“

Für ihre Aktivitäten nutzen Rechtsextremisten im Landkreis Leipzig immer wieder einen Steinbruch in Grimma, Ortsteil Roda. Neben insbesondere überregionalen NPD-Veranstaltungen finden dort gelegentlich auch rechtsextremistische Musikveranstaltungen statt. Am 11. Mai 2013 fand in dem Steinbruch ein sogenannter „Zeitzeugenvortrag“ statt. Die Veranstaltung war im Vorfeld im Internet bundesweit beworben wor-

den. Es nahmen ca. 150 bis 200 Personen teil. Der Referent berichtete über seine Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg als Soldat im Afrikakorps. Zeitzeugenvorträge dieser Art sollen vor allem zur ideologischen Festigung der rechtsextremistischen Szene im Sinne eines nationalsozialistischen Weltbildes beitragen.



Foto: Facebookseite JN Sachsen.



Foto: Facebookseite JN Muldental.

¹³⁴ Vgl. Internetseite FREIES NETZ BORNA/GEITHAIN (Seite nicht mehr abrufbar).

Die neonationalsozialistischen Strukturen im Raum Kohren-Sahlis und Frohburg – die FREIEN KRÄFTE KOHRENER LAND und die FREIEN KRÄFTE FROHBURG – traten im Berichtsjahr kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der NPD Kreisverband Leipzig Land zeigte sich im Jahr 2013 nur wenig aktiv. Nachdem im März 2012 offenbar der gesamte Vorstand des Kreisverbandes zurück- und aus der NPD ausgetreten war, wurde der Kreisverband auf Beschluss des NPD-Landesvorstandes unter eine sogenannte organisatorische Notverwaltung gestellt. Die Führung des Kreisverbandes übernahm damals der NPD-Landesfunktionär Maik SCHEFFLER. Am 9. Dezember 2013 verkündete die NPD schließlich einen Führungswechsel im Kreisverband. Vorsitzender sei nunmehr der Geithainer NPD-Stadtrat Manuel TRIPP. Dieser führte aus:

„Nach kurzer Zeit des Neuaufbaus und der Umstrukturierung unseres Kreisverbandes stehen wir nun mit einer dynamischen Führungsmannschaft bereit, die wichtigen Wahlkämpfe im Jahre 2014 zu bestreiten. Vor allem auf die Kommunalwahlen im Mai wird dabei ein Schwerpunkt gelegt werden.“¹³⁵

Zur Bundestagswahl 2013 lag das Zweitstimmenergebnis der NPD im Landkreis Leipzig mit 3,0 Prozent (2009: 3,9 %) unter dem Durchschnitt der NPD in Sachsen. Die besten Resultate erzielte die NPD in Thallwitz mit 6,6 Prozent und Trebsen mit 5,9 Prozent. Auch die Städte Wurzen (5,0 Prozent), Geithain (4,5 Prozent) und Grimma (3,8 Prozent) liegen noch über dem Lan-



Foto: www.npd-landkreis-leipzig.de

desdurchschnitt. In Borna erzielte die Partei mit 2,8 Prozent ein schwächeres Ergebnis.

Bei den Kommunalwahlen 2008/2009 hatte die NPD im Landkreis Leipzig vier Mandate für den dortigen Kreistag sowie insgesamt zwölf Mandate in den Stadt- bzw. Gemeinderäten von Borna, Thallwitz, Machern, Brandis, Trebsen, Mutzschen, Bad Lausick, Großbothen, Geithain, Parthenstein und Wurzen (dort zwei Mandate) erzielt. Mit den Parteiaustritten Anfang 2012 im Landkreis Leipzig hat die NPD allerdings Mandatsträger verloren.

Die Jugendorganisation der NPD verfügt im Landkreis Leipzig über die JN-Stützpunkte Muldental und Geithain. Der überwiegend in der Region Wurzen agierende JN-Stützpunkt Muldental wurde eigenen Angaben zufolge im November 2009 gegründet. Mit der Gründung der JN Geithain im November 2012 gibt es nun zwei JN-Stützpunkte im Landkreis Leipzig.

Der JN-Stützpunkt Muldental unterhält gute Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Strukturen. Dies zeigte sich in der Vergangenheit insbesondere bei der Durchführung zahlreicher

¹³⁵ Auszug von der Internetseite des Kreisverbandes Leipzig Land.

rechtsextremistischer Veranstaltungen unter Beteiligung von Vertretern verschiedener Gruppierungen. So nahmen die JN Muldentale an einem Fußballturnier des JN-Landesverbandes im Februar teil und führten im Mai 2013 selbst ein Pfingstturnier durch.



Quelle: Facebookseite der JN Muldentale.

Mit Aktionen wie den Informationstischen in Döbeln und Grimma im März 2013 versuchten die JN Muldentale, öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen und politisch interessierte Jugendliche für sich zu gewinnen. Dabei trat der Leiter des JN-Stützpunkts Muldentale, Mathias KÖNIG, als Redner auf. Außerdem beteiligten sich die JN Muldentale im November 2013 an Aktionen rund um den Volkstrauertag.

Der JN-Stützpunkt Geithain veranstaltete am 18. Mai 2013 den „Tag der Heimat“. Daran beteiligten sich JN-Mitglieder von Stützpunkten aus ganz Sachsen. Bei dieser Gelegenheit wurde der Stützpunkt nach seiner Anwartschaft als offizielles Mitglied aufgenommen. Der neue Geithainer Stützpunktleiter Manuel TRIPP kündigte bei der Veranstaltung an, sowohl lokalpolitisch als auch bundesweit innerhalb der JN-Strukturen aktiv zu bleiben.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Landkreis Leipzig existiert eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Abhängig von speziellen Veranstaltungen, von der Stärke und vom Engagement der jeweils agierenden Führungspersonen der FREIEN KRÄFTE ist diese Szene vor allem zu Großereignissen mobilisierbar.

Eine bekannte Gruppe des subkulturellen Spektrums im Norden des Landkreises ist die TERRORCREW MULDENTAL (TCM). Mitglieder der TCM beteiligten sich in der Vergangenheit hauptsächlich an rechtsextremistischen Veranstaltungen wie rechtsextremistischen Fußballturnieren, Partys und Konzerten. Bereits im Jahr 2012 war ein Rückgang der Aktivitäten der TCM zu verzeichnen. Dieser Trend hielt auch im Berichtsjahr an.

Am 28. September fand in der Umgebung des Steinbruchs in Roda der „Muldentaler Kameradschaftslauf“ statt. Dabei handelte es sich weniger um eine Sportveranstaltung im engeren Sinne, als vielmehr um eine Freizeitveranstaltung subkulturell orientierter Rechtsextremisten zur Stärkung des Szenezusammenhalts. Insgesamt nahmen ca. 180 Personen an der Veranstaltung teil, welche vorwiegend aus der Umgebung von Leipzig, aber auch aus Thüringen und Sachsen-Anhalt angereist waren. Darüber hinaus veranstalteten Rechtsextremisten in dem Steinbruch auch ihre jährlichen Sonnenwendfeiern.

Im Jahr 2013 trat eine Gruppierung namens ARYEN 45 erstmals im Internet in Erscheinung. Fotos sowie Berichte dieser Gruppierung weisen rechtsextremistische Bezüge auf. Bisher sind jedoch keine Aktivitäten der Gruppe ARYEN 45 bekannt.



Foto: Facebook.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2011	2012	2013
Freistaat Sachsen	1.692	1.602	1.635
	davon Gewalttaten		
	84	54	67
	105	117	90
Landkreis Leipzig	davon Gewalttaten		
	6	0	6

Rechtsextremistische Vertriebe

FRONT RECORDS

Mit FRONT RECORDS ist einer der bedeutendsten rechtsextremistischen Vertriebe im Freistaat Sachsen im Landkreis Leipzig ansässig. FRONT RECORDS vertreibt insbesondere Tonträger, bedruckte Textilien sowie weitere szenetypische Materialien und verfügt schätzungsweise über mehrere tausend Kunden im In- und Ausland. Der Umsatz des Vertriebes dürfte bei mehreren hunderttausend Euro jährlich liegen.

Der Vertrieb besteht aus einem Internet-Versand und einem Tonträger-Label. Außerdem stehen technische Möglichkeiten zum Textildruck zur Verfügung. Das zugehörige Tonträger-Label brachte bislang über 70 Tonträger einschlägiger rechtsextremistischer Bands und Liedermacher auf den Markt. 17 Produktionen wurden bislang wegen jugendgefährdender Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert.



Foto: www.front-records.de

1.12.7 Leipzig (Stadt)

Nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz sind 250 bis 300 Personen in der Stadt Leipzig der rechtsextremistischen Szene zuzurechnen. Damit liegt die Stadt im sachsenweiten Vergleich des rechtsextremistischen Personenpotenzials im oberen Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die neonationalsozialistische Szene der Stadt umfasst neben den FREIEN KRÄFTEN LEIPZIG auch die Gruppierungen KAMERADSCHAF LEIPZIG-MÖCKERN und HEIMATTREUES LEIPZIG. Sie tritt mit Aktivitäten wie Kundgebungen, Vortragsveranstaltungen oder Liederabenden in Erscheinung. Für zum Teil gemeinsame Veranstaltungen mit der NPD bzw.

den JN nutzt die Szene das Szenobjekt in der Odermannstraße 8 in Leipzig-Lindenau. Zudem unterhält sie überregionale Verbindungen zu Rechtsextremisten und beteiligt sich an Aktivitäten in anderen Bundesländern.

Die seit Anfang 2013 agierende KAMERADSCHAF LEIPZIG-MÖCKERN trat im Berichtsjahr als aktivste Gruppierung der neonationalsozialistischen Szene Leipzig in Erscheinung.



Transparent der KAMERADSCHAF LEIPZIG-MÖCKERN.

Quelle: Facebookseite der Kameradschaft.



Banner der KAMERADSCHAF LEIPZIG-MÖCKERN.

Quelle: <http://logr.org/klem>

Mit eigenen Transparenten beteiligte sie sich sowohl an regionalen als auch an überregionalen rechtsextremistischen Demonstrationen und Kundgebungen, wie beispielsweise an den Gedenk- und Trauermärschen am 15. Februar in Cottbus (Brandenburg), am 5. März in Chemnitz, am 3. April in Plauen (Vogtlandkreis) sowie am sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ am 1. Juni in Wolfsburg (Niedersachsen).



Quelle: Facebookseite der KAMERADSCHAF LEIPZIG-MÖCKERN.

Gemeinsam mit Mitgliedern der NPD und der JN beteiligten sich Angehörige der KAMERADSCHAF LEIPZIG-MÖCKERN zudem an den Protesten gegen den geplanten Neubau einer Moschee in Leipzig bzw. an Protesten gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in Leipzig-Schönefeld.

Auf ihrer Internetseite berichtet die KAMERADSCHAF LEIPZIG-MÖCKERN nicht nur über ihre Aktivitäten. Sie erklärt in einem Beitrag zum Selbstverständnis der Gruppe, dass sie „jede volkstreue Gruppierung, die für die deutsche und gerechte Sache kämpft“, unterstützt. Zu der Frage „Warum sind wir Nationalisten?“ nimmt die Gruppe wie folgt Stellung:

„(...) Wir sind Nationalisten aus Liebe zu unserem Volk, zu unserer stolzen Geschichte und aus Liebe zu unserem Vaterland. Widerstand ist höchste Pflicht! Man kann und darf die Augen nicht verschließen, vor den Problemen in diesem Land. In dieser Hinsicht ist Leipzig ein besonders gutes Beispiel, für das Versagen der Demokraten. (...) Aus diesem Grund braucht unsere Stadt, eine starke Nationale Fundamentalopposition. (...) Unterstützt deshalb auch die Nationale Opposition in Leipzig, vom Nationalen Stillstand zum Nationalen Angriff.“ (Schreibweise wie im Original)



Foto: <http://logr.org/elfd>

Die Kameradschaft HEIMATREUES LEIPZIG trat im Berichtsjahr im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt häufiger und vor allem bei regionalen und überregionalen Demonstrationen mit verschiedenen Transparenten in Erscheinung. So beteiligten sich Angehörige des HEIMATREUES LEIPZIG an einem Trauermarsch am 23. Februar in Gera (Thüringen), an der Demonstration „Lass Dich nicht für dumm verkaufen! – Massenmord ist keine Befreiung!“ am 27. April in Torgau (Landkreis Nordsachsen) sowie an einer Demonstration der NPD am 7. Dezember in Leipzig gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in Leipzig.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der NPD-Kreisverband Leipzig gehört zu den mitgliederstärksten und aktivsten NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen. Neben Mitgliederversammlungen und anderen internen Veranstaltungen beteiligten sich die Mitglieder der NPD im Jahr 2013 auch an Protesten gegen den Bau einer Moschee in Leipzig und gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in der Stadt. Dabei organisierten die Rechtsextremisten selbst Demonstrationen oder beteiligten sich an Veranstaltungen Dritter.



Foto: www.libertas-info.de

Die Kreisgeschäftsstelle der NPD in der Odermannstraße 8 ist als Anlaufpunkt für die rechtsextremistische Szene im Raum Leipzig von zentraler Bedeutung. Das von der Partei gemietete Treffobjekt nutzen sowohl NPD, JN als auch andere Szeneangehörige für zum Teil gemeinsame Veranstaltungen. Auch im Jahr 2013 führten die Rechtsextremisten zahlreiche Vortragsveranstaltungen und Treffen sowie zwei rechtsextremistische Konzertveranstaltungen im Objekt Odermannstraße durch.



Szeneobjekt Odermannstraße 8 in Leipzig.

Foto: LfV Sachsen.

Nach der Ankündigung, dass ein ehemaliges Gymnasium im Stadtteil Schönefeld für die Auf-

nahme von Asylbewerbern eingerichtet werden soll, meldete die Leipziger NPD für den 18. November eine Kundgebung an, der sich etwa 200 Teilnehmer anschlossen. Die Rechtsextremisten resümierten nach der Veranstaltung:

„Die NPD Leipzig setzte an diesem Abend jedenfalls ein deutliches Zeichen gegen Asylmißbrauch und Überfremdung. Wir werden die Bürger in Schönefeld auch in Zukunft nicht im Stich lassen. Wir kommen wieder, denn wir sind da vor Ort, wo deutsche Interessen verraten und verkauft werden.“¹³⁶

Im Dezember setzte die NPD ihre Protestaktionen gegen die Unterbringung von Asylbewerber in Leipzig fort. Unter dem Motto „Kinderschutz vor Asylrecht“ fand am 7. Dezember eine zweite Demonstration der Rechtsextremisten statt. Die rund 110 Teilnehmer erreichten aufgrund von Aktivitäten des politischen Gegners jedoch nicht das Ende der geplanten Wegstrecke.

Darüber hinaus beteiligten sich die NPD, die JN und NEONATIONALSOZIALISTEN in Leipzig an Protesten gegen den Bau einer Moschee. Sie traten auf Bürgerversammlungen mit Wortmeldungen in Erscheinung oder führten selbst Kundgebungen

durch. Wie bereits bei der Asylthematik versucht die NPD auch beim Thema Moscheebau Ängste in der Bevölkerung zu schüren und Ressentiments zu bedienen.



Quelle: Facebookseite der NPD Leipzig.

Die NPD suggeriert dem Bürger dabei, dass sich hinter dem Islam als Religion zwangsläufig islamistischer Terrorismus verberge. Die Partei nutzt dieses Thema als Türöffner für die Verbreitung ihrer rassistisch motivierten Fremdenfeindlichkeit.

Für den 2. November 2013 meldete der NPD-Landesverband Sachsen eine Kundgebung unter dem Motto „Schöner leben ohne Moscheen“ an. An der Veranstaltung in Leipzig beteiligten sich ca. 150 Personen.



Quelle: Facebookseite der NPD Leipzig.



Quelle: Facebookseite der NPD Leipzig.

¹³⁶ Auszug vom Facebook-Profil der NPD Leipzig.



Quelle: Facebookseite von SCENARIO LOK.

Im Internet präsentiert sich der NPD-Kreisverband Leipzig mit einer eigenen Homepage, auf welcher u. a. über tagespolitische Themen sowie über die Tätigkeit des inzwischen einzigen Leipziger NPD-Stadtratsmitglieds berichtet wird. Darüber hinaus ist der Kreisverband auch bei Facebook mit einem Profil vertreten, auf dem über die Aktivitäten berichtet wird.

Zur Bundestagswahl erzielte die NPD in Leipzig mit Zweitstimmenergebnissen von 2,4 und 1,5 % ihre schwächsten Ergebnisse. Bei der Bundestagswahl 2009 lag sie hier noch bei 3,3 und 2,2 %.

Nachdem der JN-Stützpunkt in der Stadt Leipzig noch im Vorjahr öffentlich kaum wahrnehmbar gewesen war, trat er im Jahr 2013 verstärkt in Erscheinung. So nahmen die Mitglieder des Stützpunktes an mehreren Demonstrationen in Plauen (Vogtlandkreis), Torgau (Landkreis Nord-sachsen), Dresden und Berlin teil. Weiterhin unterstützten die JN die NPD bei deren „Deutschlandfahrt“¹³⁷ im Vorfeld der Bundestagswahl. Darüber hinaus beteiligten sich die JN an den

Protesten der NPD gegen die Unterbringung von Asylbewerbern sowie gegen den Moscheebau in Leipzig. Ihre Aktivitäten, so auch die Solidaritätsaktionen anlässlich des Geburts- und Todestages von Erich Priebke¹³⁸, veröffentlichten die JN jeweils auf ihrer Facebookseite.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den NEONATIONALSOZIALISTEN und der NPD existiert in Leipzig eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Dieser Szene gehören insbesondere Jugendliche mit rechtsextremistischer Einstellung an, die an Wochenenden rechtsextremistische Konzerte besuchen und/oder vornehmlich durch Straftaten wie Propagandadelikte auffallen.

Die Fußballfanggruppierung SCENARIO LOK zählt zur subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene in Leipzig und ist dem Fanpotenzial des 1. FC Lokomotive Leipzig zuzurechnen. Die bei SCENARIO LOK aktiven Rechtsextremisten stammen

¹³⁷ Siehe, NPD-Beitrag, Abschnitt: „NPD-Wahlkampfaktivitäten – mit teils geringer Resonanz auch in Sachsen“.

¹³⁸ Erich Priebke war 1944 als SS-Offizier in Italien an der Erschießung von 335 Zivilisten beteiligt. Er wurde dort 1998 wegen der Beteiligung an dem Massaker in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, die er letztlich im Hausarrest verbüßte.

aus dem Umfeld der NPD/JN oder den örtlichen neonationalsozialistischen Strukturen. Die Fangruppierung nutzt das rechtsextremistische Szeneobjekt Odermannstraße 8 in Leipzig.

Angehörige von SCENARIO LOK waren am 3. August 2013 an einem Landfriedensbruch in Potsdam-Babelsberg (Brandenburg) beteiligt. Während eines Regionalligaspiels des 1. FC Lok Leipzig griffen Mitglieder der Fangruppierung gegnerische Fans an und skandierten rechtsextremistische Gesänge. Daraufhin verhängte der 1. FC Lok Leipzig gegen SCENARIO LOK ein Anwesenheits- und Auftrittsverbot für Heim- und Auswärts-spiele und distanzierte sich so explizit von der politischen Einstellung der Fangruppierung. Bereits im Vorjahr war es nach einer Veranstaltung in der Odermannstraße 8 zu Übergriffen von SCENARIO LOK-Anhängern auf das Sommerfest eines Kunstvereins gekommen. Dabei waren ebenfalls rechtsextremistische Rufe skandiert worden.



Banner von SCENARIO LOK. Quelle: www.scenario-lok.de

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2011	2012	2013
Freistaat Sachsen	1.692	1.602	1.635
	davon Gewalttaten		
	84	54	67
Leipzig (Stadt)	187	178	183
	davon Gewalttaten		
	10	8	9

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Mit der Band VOLKSNÄH war im Jahr 2013 nur eine lediglich unbedeutende Leipziger Musikgruppe aktiv. Trotz einer derzeit vergleichsweise schwachen Musik-Szene sind in Leipzig insgesamt deutlich höhere Aktivitäten zu verzeichnen als in Chemnitz und Dresden. So fanden dort im Berichtsjahr wesentlich mehr rechtsextremistische Musikveranstaltungen statt als in den anderen beiden Großstädten. Die Ursache hierfür liegt in der Verfügbarkeit und regelmäßigen Nutzung des vorhandenen Szene-Objektes in der Odermannstraße 8. Im Jahr 2013 fanden hier zahlreiche Liederabende und andere Veranstaltungen mit Auftritten von Szene-Musikern statt. Zudem wurden dort auch zwei rechtsextremistische Konzerte durchgeführt.



Flyer zum Konzert am 26. Oktober 2013.

Quelle: Facebookseite von „PITBULLFARM“.

Allerdings hatten die meisten dieser Musikveranstaltungen sowohl hinsichtlich der auftretenden Interpreten als auch in Bezug auf den Besucherzuspruch nur begrenzte überregionale Bedeutung. Eine Ausnahme stellt der Liederabend am 13. Oktober dar. Mit dem Auftritt von Michael REGENER alias Lunikoff, Sänger der ehemaligen Band LANDSER, konnten knapp 100 Teilnehmer erreicht werden. Auch die Konzerte am 26. Oktober und 14. Dezember mit 130 bzw. 100 Besuchern hatten überdurchschnittlichen Zulauf. Gleichwohl stärken auch kleinere Musikveranstaltungen den Zusammenhalt der Leipziger Szene und sind daher von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

In der Stadt Leipzig existierte 2013 kein rechts-extremistischer Vertrieb.



Flyer zum Konzert am 14. Dezember 2013.

Quelle: Facebookseite der JN Sachsen.

1.12.8 Landkreis Meißen

Im Landkreis Meißen waren im Berichtsjahr zwischen 50 und 100 Personen der aktiven rechtsextremistischen Szene zuzurechnen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Personenpotenzial somit leicht rückläufig. Damit liegt der Landkreis im sachsenweiten Vergleich im unteren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Im Landkreis Meißen waren im Jahr 2013 keine neonationalsozialistischen Strukturen festzustellen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die neonationalsozialistische Szene aus dem benachbarten Dresden auf den Landkreis Meißen ausstrahlt.

Am 2. Februar 2013 fand in Riesa im Gebäude des DEUTSCHE STIMME-Verlages ein sogenannter „Zeitzeugenvortrag“ statt. Als Zeitzeugen treten vor allem ehemalige Angehörige der Wehrmacht oder der SS auf, die über ihre Erlebnisse in der NS-Zeit berichten. Die Darstellungen sind dabei in aller Regel von einer politischen Affinität oder Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus geprägt. Die Veranstaltung besuchten ca. 150 Rechtsextremisten.

Im Rahmen der bundesweiten Aktionen anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden am 13. Februar 1945 verteilten am 10. Februar in Radeburg mehrere als Skelette verkleidete Personen Flyer auf der für den Karne-



Fotos: www.gedenkmarsch.de



Foto: Facebookseite „Zukunftshoffnung“.

2013 auf den Elbwiesen in Meißen aufgerufen. An diesem Tag wollte der Initiator im Rahmen eines Volksfestes „... die Welt von Ihren Lügen und Verbrechen“¹³⁹ erlösen. In zwei Videobeiträgen erläuterte er ausführlich seine Motivation und Zielsetzung für dieses Fest. So sollte der Nationalsozialismus weltweit durchgesetzt und erreicht werden, dass „die Juden (...) endlich (...) nach Israel gehen“¹⁴⁰. Allerdings wurde diese Veranstaltung letztlich nicht durchgeführt.



Foto: www.volksdeutschland.org

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der mittelgroße NPD-Kreisverband Meißen zählt zu den aktiven NPD-Strukturen im Freistaat Sachsen mit Schwerpunkt in Riesa. In Meißen und Gröditz existieren Ortsgruppen der Partei.

valsamzug abgesperrten Strecke. Mit der Aktion sollte an die Opfer der Bombenangriffe auf Dresden im Februar 1945 erinnert werden.

Wie bereits im Vorjahr, thematisierten die Rechts-extremisten auch im Jahr 2013 die Unterbringung von Asylbewerbern und verfolgten dabei die Strategie, Bürgerproteste zu nutzen, um sich selbst als „Kümmerer“ vor Ort zu präsentieren. Im April 2013 verkündete die Meißner NPD:

Im Internet wurde ab Jahresbeginn zur Teilnahme an einem sogenannten „Tag 0“ am 25. Juli

„In Gröditz, Riesa, Strehla und Großenhain konnte durch Unterschriften-Aktionen, Flugblatt-Verteilungen und Kundgebungen den Bürgern ver-

¹³⁹ www.volksdeutschland.org.

¹⁴⁰ Quelle: YouTube.

mittelt werden, dass nur die NPD konsequent Inländerinteressen vertritt.“¹⁴¹

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes führte die „Deutschlandtour¹⁴²“ des NPD-Bundesvorstandes auch nach Meißen. An einer Abschlussveranstaltung beteiligten sich rund 50 Rechts-extremisten.

Aufgrund der Tatsache, dass hier gleich mehrere Mitglieder der NPD-Landtagsfraktion organisiert und mit Bürgerbüros vertreten sind, aber auch wegen des Sitzes des DEUTSCHE STIMME-VERLAGES in Riesa (siehe Beitrag NPD), kommt dem NPD-Kreisverband Meißen eine herausgehobene Bedeutung zu.

Zur Bundestagswahl 2013 erzielte die NPD im Landkreis Meißen mit einem Zweitstimmenergebnis von 3,9 % (2009: 5,0 %) ein Ergebnis im mittleren Bereich. Zu den Spitzenwerten gehören die Resultate in Lampertswalde mit 9,8 %, Thiendorf mit 7,2 % und Tauscha mit 6,2 %. Die Städte Großenhain (4,8 %) und Riesa (4,3 %) liegen noch im oberen Bereich. In Meißen schnitt die Partei mit 3,5 % unterdurchschnittlich ab.

Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONAL-DEMOKRATEN (JN) ist im Landkreis Meißen in der Region Riesa mit dem Stützpunkt „JN-Eibland“ vertreten, von dem bisher allerdings keine bedeutsamen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten bekannt wurden. Im Jahr 2012 hatten die JN ihre Bundesgeschäftsstelle nach Riesa verlegt.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Landkreis Meißen existiert eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Sie verfügt

im Vergleich zu anderen Landkreisen über ein eher unterdurchschnittliches Personenpotenzial. Die Szene fällt vornehmlich durch Straftaten, insbesondere Propagandadelikte auf. Mediales Interesse fand in diesem Zusammenhang im Juli 2013 eine Häufung von Sachbeschädigungen an Fahrzeugen im Stadtgebiet Riesa, in deren Lack Hakenkreuze geritzt wurden.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2011	2012	2013
	1.692	1.602	1.635
Freistaat Sachsen	davon Gewalttaten		
	84	54	67
	83	67	82
Landkreis Meißen	davon Gewalttaten		
	1	4	0

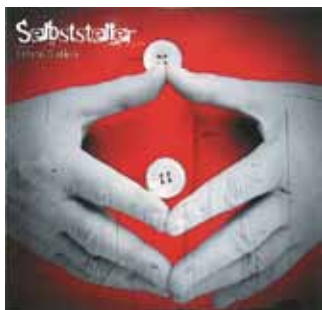
Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Mit der rechtsextremistischen Musikgruppe SELBSTSTELLER aus Riesa ist im Landkreis Meißen eine langjährig aktive und überregional bekannte Szene-Band ansässig. SELBSTSTELLER trat im Berichtsjahr bei rechtsextremistischen Konzerten in Sachsen auf.

Die in Riesa ansässige DEUTSCHE STIMME VERLAGS-GESELLSCHAFT mbH war in der Vergangenheit eines der größten rechtsextremistischen Versandunternehmen in Deutschland. Gleichwohl befindet

¹⁴¹ Internetseite NPD Meißen.

¹⁴² Siehe Beitrag NPD – Wahlkampfaktivitäten



Cover der CD „Letzte Option“.



DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH in Riesa.

sich der Verlag in finanziellen Schwierigkeiten und ist auf die Unterstützung der NPD angewiesen. Das Unternehmen wird von Funktionären der NPD geführt. Seit dem Umzug des Verlages von Sinning (Bayern) nach Riesa im Jahr 2000 hat sich eine für die Partei bedeutende Einrichtung in Sachsen etabliert. Mit dem Verlag siedelten auch führende Funktionäre der Bundes-NPD nach Sachsen über, die die Politik des sächsischen Landesverbandes schließlich maßgeblich prägten.

Der Verlag vertreibt neben Tonträgern, Videos, Publikationen und Szenartikeln auch das NPD-Parteiorgan DEUTSCHE STIMME. Darüber hinaus nutzt die rechtsextremistische Szene das Gelände und die Räumlichkeiten für die Durchführung von Veranstaltungen,

Mit LIBERGRAPHIX in Gröditz und NATION & WISSEN in Riesa sind zwei weitere Verlage bzw. Vertriebe mit rechtsextremistischen Bezügen im Landkreis Meißen ansässig.



Foto: www.libergraphix.de



Foto: www.nation-und-wissen-verlag.de

1.12.9 Landkreis Mittelsachsen

Für den Landkreis Mittelsachsen geht das Landesamt für Verfassungsschutz wie im Vorjahr von einem Potenzial der rechtsextremistischen Szene von 200 bis 250 Personen aus. Im sachsenweiten Vergleich liegt der Landkreis Mittelsachsen diesbezüglich somit im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Im Landkreis Mittelsachsen gibt es mehrere neonationalsozialistisch geprägte Strukturen. Dazu zählen die FREIEN NATIONALISTEN FREIBERG (FN-Freiberg), die Gruppierung FREIES LEISNIG (F-Leisnig), die NATIONALEN SOZIALISTEN BURGSTÄDT (NS-BURGSTÄDT) UND DIE FREIEN KRÄFTE MITTELSACHSEN (FK-Mittelsachsen). Die ebenfalls neonationalsozialistisch geprägte Kameradschaft NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN (NS-Döbeln) einschließlich der ihr zugerechneten Musikgruppe INKUBATION wurde am 18. Februar 2013 durch den sächsischen Staatsminister des Innern verboten.

Insgesamt weist die neonationalsozialistische Szene im Landkreis Mittelsachsen eine hohe, auch überregionale Vernetzung mit einem jeweils hohen Aktionsniveau auf. Es gibt insbesondere Verbindungen in die Regionen Dresden, Chemnitz, den Landkreis und die Stadt Leipzig, aber auch nach Brandenburg.

Bei den am 18. Februar 2013 verbotenen NS-Döbeln handelte es sich um eine der aktivsten rechtsextremistischen Strukturen des Landkreises. Unter der Bezeichnung DIVISION DÖBELN trat diese Gruppierung Ende 2005 erstmals in Erscheinung. Das Spektrum der Aktivitäten der NS-Döbeln reichte von der Teilnahme an und der Organisation von Demonstrationen über Schu-

lungs- und Vortragsveranstaltungen sowie Lieberabende bis hin zu Propagandaaktionen.

Mit ihren politischen Zielen richtete sich die Gruppierung NS-Döbeln gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinigung nutzte nationalsozialistische Begriffe und Symbole und offenbarte damit eine Wesensverwandtschaft mit dem historischen Nationalsozialismus. Die Kameradschaft strebte in aktiv-kämpferischer Weise eine Überwindung der verfassungsmäßigen Ordnung an.

Ehemalige Mitglieder der verbotenen Gruppierung sind seit der Neugründung des Stützpunktes der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN Mittelsachsen (JN) dort politisch aktiv. Am 5. Oktober 2013 fand eine Demonstration unter dem Motto „Der Drang nach Freiheit – Gegen Polizeirepression und Willkür“ in Döbeln mit ca. 350 Teilnehmern statt. Wie bereits in der Vergangenheit lag die Organisation dieser Demonstration in den Händen ehemaliger Mitglieder der NS-Döbeln.



Demonstration am 5. Oktober 2013 in Döbeln.

Foto: <http://de.indymedia.org>

¹⁴³ Ehemalige Internetseite der FN-Freiberg.

Auch in Freiberg hat sich eine strukturierte regionale neonationalsozialistische Szene etabliert. Zwar finden Treffen der Freiburger Szene-Aktivist*innen statt, jedoch haben deren öffentlichkeitswirksame Aktivitäten in jüngster Vergangenheit abgenommen.

Die FREIEN NATIONALISTEN FREIBERG (FN-Freiberg) traten bereits ab Oktober 2010 mit eigenen Aktionen in Erscheinung. Deren Ziel besteht darin, „*einem fortschrittlichen und revolutionären Nationalismus zum Sieg zu verhelfen*“¹⁴³. In einem Leitfad*en, der auf der Homepage der Gruppierung veröffentlicht worden war, hieß es u. a.: „*Der Widerstand gegen die herrschenden Zustände muss eine Geisteshaltung im Kopf jedes einzelnen Nationalisten werden!*“ Die Freiburger Rechtsextremisten wollen „*durch verbindliche, kontinuierliche, inhaltliche und revolutionäre politische Arbeit dem freien Nationalismus nach Innen Gestalt geben und ihn nach Außen sichtbar werden lassen.*“

Im April 2011 wurde die Homepage der Gruppierung wegen illegaler Inhalte gesperrt.

Im Berichtsjahr organisierten Mitglieder der Gruppierung gemeinsam mit Angehörigen der FREIEN KRÄFTE aus Dresden, Chemnitz und Plauen eine Kundgebung am 30. November in Freiberg. An der Kundgebung im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Tag der deutschen Zukunft (TddZ) – Unser Signal gegen Überfremdung!“ nahmen etwa 25 Personen teil. Neben den bekannten Forderungen zur Abschiebung von Ausländern und Asylbewerber*innen richteten sich die Redebeiträge auch gegen die Tätigkeit und Publikationen des Sächsischen Ausländerbeauftragten. Anmelder der Veranstaltung war eine Führungsperson der FN-Freiberg.

In Leisnig existiert die Gruppierung FREIES LEISNIG (F-Leisnig). Der neonationalsozialistischen Szene in Leisnig sind ca. 15 Personen zuzurechnen. Bekannt geworden ist die Gruppierung durch die Teilnahme an einer Demonstration im April 2012 unter der Bezeichnung NATIONALE SOZIALISTEN LEISNIG. Bei dieser Demonstration wurde ein Banner mit der Aufschrift „Gedenken derer die im Höllenfeuer durch Menschenhand starben. Kein Vergeben – Kein Vergessen – NS-Leisnig“ mitgeführt. Im Berichtsjahr sind keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Gruppierung FREIES LEISNIG bekannt geworden.



Foto: Twitter-Account von FREIES LEISNIG.

Die NATIONALEN SOZIALISTEN BURGSTÄDT haben sich nach eigenen Angaben am 19. Februar 2013 – offensichtlich als Reaktion auf das tags zuvor ausgesprochene Verbot der NS-Döbeln – gegründet. Mitglieder dieser Gruppierung führten Plakatierungen durch und brachten Schmierereien mit teilweise verfassungsfeindlichen Inhalten an über 20 öffentlichen Stellen in Burgstädt an, so u. a. „NS-jetzt“, „Wir kriegen euch alle“, „Volkstod stoppen“ oder „Kill RGB“¹⁴⁴. Seitdem sind keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten dieser Gruppierung mehr bekannt geworden.

¹⁴⁴ Gemeint ist offenbar die ANTIFASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-GERINGSWALDE-BURGSTÄDT (ANTIFA RGB).

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) UND JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der NPD-Kreisverband Mittelsachsen entstand im März 2008 durch Fusion der ehemaligen Kreisverbände Döbeln, Mittweida und Freiberg.

Obwohl der Kreisverband hinsichtlich der Mitgliederzahl im mittleren Bereich liegt, entwickelt er kaum Außenwirkung. Erkenntnisse über eine politische Arbeit in den Ortsgruppen sind im Jahr 2013 nicht bekannt geworden. Seine Bedeutung ist im Vergleich zu anderen NPD-Kreisverbänden eher gering. Auch die Internetseite des Kreisverbandes enthält kaum Informationen mit regionalem Bezug.

Das Resultat der NPD zur Bundestagswahl 2013 im Landkreis Mittelsachsen liegt mit einem Zweitstimmenergebnis von 3,7 % (2009: 4,4 %) im landesweiten Mittelfeld. In Zschaitz-Ottewig mit 6,8 % und in Mochau mit 5,9 % erzielte die Partei ihre besten Ergebnisse im Landkreis. In Döbeln wählten 3,6 % der Wähler die NPD. Ähnliche Ergebnisse erreichte die NPD in den Städten Leisnig mit 3,9 % und Mittweida mit 3,5 %.

Bei den Kreistagswahlen 2008 erzielte die NPD im Landkreis Mittelsachsen vier Mandate. Ein NPD-Mandatsträger verließ bereits ein Jahr später die Partei. Bei den Kommunalwahlen 2009 konnte die NPD in Freiberg und in Mühlau jeweils ein Kommunalmandat erzielen.

Nachdem in den Vorjahren im Landkreis Mittelsachsen keine Strukturen der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) bekannt gewesen waren, wurde der JN-Stützpunkt Mittelsachsen unmittelbar nach dem Verbot der NS-Döbeln im Februar 2013 aus einzelnen ehemaligen Mitgliedern der Gruppierung gegründet. Es wird davon ausgegangen, dass sich einzelne ehemalige Mitglieder der NS-

Döbeln derzeit bei den JN engagieren, weil sie hoffen, unter dem Mantel des Parteienprivilegs vor künftigen Verbotsverfügungen und deren Konsequenzen geschützt zu sein. Damit gelang es den JN in der Region, die örtliche neonationalsozialistische Struktur aufzunehmen, obwohl die JN von einigen neonationalsozialistischen Strukturen üblicherweise mit der NPD gleichgesetzt und eine Zusammenarbeit mit oder Unterstützung der Partei abgelehnt werden.

Im Landkreis Mittelsachsen fand am 5. Oktober 2013 in Döbeln unter der Federführung des JN-Landesverbandes eine Demonstration unter dem Motto „Der Drang nach Freiheit – Gegen Polizeirepression und Willkür“ statt. Die Demonstration richtete sich gegen staatliche Maßnahmen wie das Verbot der NS-Döbeln. Etwa 350 Personen aus allen Regionen Sachsens, aber auch aus anderen Bundesländern, insbesondere Brandenburg, nahmen an der Veranstaltung teil, darunter auch Angehörige weiterer verbotener Organisationen. Bereits mehrere Wochen vor dem Ereignis mobilisierten Rechtsextremisten vor allem im Internet für die Veranstaltung. Im Vorfeld der Demonstration führten sie außerdem in einer Aktionswoche mehrere Informationsstände in Döbeln durch.

In ihrem Facebook-Profil posteten die JN-Mittelsachsen über ihr Selbstverständnis: „Geboren als Deutsche fühlen wir uns unserem Volk zugehörig.“

Weiter heißt es: „Wir sind Nationalisten weil wir unser Volk lieben und so haben wir uns entschieden, aktiv etwas dazu beizutragen, dass sich in diesem Land Änderungen vollziehen. Wir sind keine Gesellschaft, wir Nationalisten verachten die Gesellschaft, sprich einem losen Haufen an Menschen, die zueinander aber keinerlei Bezug haben, einen Sumpf aus ‚Ich‘-Menschen, die nur an ihren eigenen Profit bedacht sind. Wir fordern eine Volks-

*gemeinschaft, eine Großgruppe an Menschen, die an ein gemeinsames Schicksal gebunden sind, die gemeinsame Herkunft, Kultur und Ziele verfolgen, eine Gemeinschaft, in der jeder Volksgenosse mit seinen persönlichen Fähigkeiten und Kenntnissen sich selbst zur Erhaltung und zur Erhaltung eines großen ganzen dient: Dem Volk!*¹⁴⁵

So wird auch hier das Recht der Volksgemeinschaft über das Recht des Individuums gestellt, das hier als profitgieriger „Ich-Mensch“ verunglimpft wird.

Der JN-Stützpunkt Mittelsachsen veröffentlichte seine Aktivitäten im Internet auf der JN-Homepage und der Facebookseite.

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Im Landkreis Mittelsachsen gibt es ebenfalls eine subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Sie verfügt jedoch im Vergleich zu anderen Landkreisen über ein eher unterdurchschnittliches Personenpotenzial.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2011	2012	2013
Freistaat Sachsen	1.692	1.602	1.635
	davon Gewalttaten		
	84	54	67
Landkreis Mittelsachsen	141	109	133
	davon Gewalttaten		
	7	4	1

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Einsatzkräfte der Polizei verhinderten am 14. Juni 2013 einen geplanten rechtsextremistischen Liederabend in Döbeln. Die Veranstaltung sollte im bekannten Szene-Objekt in der Reichensteinstraße 13 stattfinden. Ein Raum des Objektes war offensichtlich bereits für den Liederabend vorbereitet worden. Für das Objekt besteht jedoch eine Nutzungsuntersagung der Stadtverwaltung Döbeln für Veranstaltungszwecke. Vor Ort stellten die Beamten mehrere Personen fest, die der verbotenen Vereinigung NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN angehört hatten.

Mit den Bands HEILIGES REICH (Raum Chemnitz/Flöha) und SACHSENBLUT (Freiberg) kommen zwei rechtsextremistische Musikgruppen aus dem Landkreis Mittelsachsen. Beide Bands veröffentlichten im Jahr 2013 jeweils eine CD¹⁴⁶. Zudem traten die Gruppen im Berichtsjahr auch bei rechtsextremistischen Konzerten in Sachsen auf. In Döbeln wohnt außerdem der Liedermacher PIATTMAR, der ebenfalls bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen im Freistaat auftrat.



Cover der CD „Sacrum Imperium“.



Cover der CD „Sachsenblut“.

Rechtsextremistische Vertriebsstrukturen existieren im Landkreis Mittelsachsen nicht.

¹⁴⁵ Schreibweise wie im Original.

¹⁴⁶ Band HEILIGES REICH: CD „Sacrum Imperium“; Band SACHSENBLUT: CD „Der Appell“.

1.12.10 Landkreis Nordsachsen

Im Landkreis Nordsachsen sind der aktiven rechtsextremistischen Szene nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz, wie im Vorjahr, zwischen 150 und 200 Personen zuzurechnen. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial dort somit im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Schwerpunkte der neonationalsozialistischen Szene im Landkreis Nordsachsen sind Strukturen in den Regionen Delitzsch / Eilenburg, Torgau und Schkeuditz. Sie unterhalten enge Verbindungen nach Leipzig sowie nach Sachsen-Anhalt und Brandenburg.

In der Region Delitzsch/Eilenburg existiert eine aktive und gewaltbereite Szene, welche zudem personelle Überschneidungen zum örtlichen Stützpunkt der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) Nordsachsen aufweist. Der Leiter des JN-Stützpunktes Nordsachsen und Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen der JN, Paul RZEHAČZEK, ist gleichzeitig die Führungsperson der regionalen neonationalsozialistischen Szene im Raum Eilenburg.

Dementsprechend werden auch häufig gemeinsame Aktivitäten durchgeführt. Dies wurde u. a. deutlich bei der Demonstration am 27. April 2013 unter dem Motto „Laß dich nicht für dumm verkaufen – Massenmord war keine Befreiung!“ in Torgau, an welcher auch die FREIEN KRÄFTE DELITZSCH EILENBURG mit Fahnen teilnahmen.

Auch im Raum Torgau hat sich eine strukturierte regionale neonationalsozialistische Szene etabliert. So beteiligte sich an der o. g. Demonstration in Torgau eine Gruppierung mit der

Bezeichnung NATIONALE AKTIVISTEN TORGAUER UMLAND mit einem eigenen Transparent. Diese Gruppierung trat bereits im Jahr 2012 bei den Demonstrationen am 1. Mai 2012 in Bautzen sowie am 2. Juni 2012 in Hamburg in Erscheinung.



Foto: www.libertas-info.de

Im Berichtsjahr ist erstmalig eine Gruppierung mit der Bezeichnung FREIE KRÄFTE DÜBENER LAND bekannt geworden. Sie beteiligte sich mit einem eigenen Transparent an der von den JN Sachsen angemeldeten Demonstration unter dem Motto „Der Drang nach Freiheit – Gegen Polizeirepression und Willkür“ am 5. Oktober 2013 in Döbeln.



Foto: www.libertas-info.de

Bilder von rechtsextremistischen Demonstrationen wie am 27. April in Torgau und am 5. Oktober in Döbeln werden auf der rechtsextremistischen Internetseite www.libertas-info.de veröffentlicht. Betreiber dieser Internetseite ist Kai RZEHACZEK, Vater des JN-Funktionärs Paul RZEHACZEK.

Am 2. März fand in Schildau die Kampfsportveranstaltung „Sachsen kämpft 2.0“ statt, an der bis zu 650 Personen teilnahmen, darunter auch etliche Rechtsextremisten.

Wie bereits in den vergangenen Jahren instrumentalisierten Rechtsextremisten im Landkreis Nordsachsen auch in diesem Jahr den Volkstrauertag im revisionistischen Sinne als „Heldengedenken“. Auf der Internetseite der JN Nordsachsen wurde über eine Gedenkveranstaltung in Nordsachsen berichtet, zu der sich 20 Aktivisten der JN/NPD und der FREIEN KRÄFTE versammelt hatten, „um den Opfern des eigenen Volkes zu gedenken“. Danach sei das „Heldengedenken“ mit Gedichten, Reden und einer Kranzniederlegung umrahmt worden. Die Teilnehmer führten Fackeln und Fahnen, darunter Fahnen der JN, mit.



Foto: Facebookseite der JN Nordsachsen.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Im Landkreis Nordsachsen existiert ein mäßig aktiver NPD-Kreisverband. In den Gemeinden Oschatz, Liebschützberg, Delitzsch und Eilenburg ist die NPD seit 2009 mit jeweils einem Mandat vertreten.

Im Jahr 2013 traten Funktionäre des NPD-Kreisverbandes öffentlichkeitswirksam mit Informationsständen oder Kundgebungen in Erscheinung.



Foto: www.npd-nordsachsen.de

Das Jahre zuvor angekündigte Ziel, die lokalen NPD-Strukturen zu einer „nationalen Musterregion“ auszubauen, wurde bislang nicht erreicht. In diesem Zuge sollte die Jugendarbeit intensiviert, die Interessenvertretung verbessert, die Mitgliederzahl mindestens verdreifacht und eine dauerhafte Präsenz vor Ort erreicht werden.

Bedeutung erlangte der NPD-Kreisverband Nordsachsen jedoch aufgrund seiner engen Verbindungen zu den FREIEN KRÄFTEN und der lokalen JN-Struktur. Dies zeigte sich z. B. im Rahmen gemeinsamer Veranstaltungen. Die enge Zusammenarbeit in dieser Region ist darauf

zurückzuführen, dass maßgebliche Funktionäre von NPD und JN ursprünglich aus der neonationalsozialistischen Szene stammen. Einer der maßgeblichen Szeneaktivisten im Landkreis ist der ehemalige Delitzscher Kameradschaftsführer Maik SCHEFFLER. Seit 2009 sitzt er für die NPD im Delitzscher Stadtrat und schaffte es als stellvertretender Landesvorsitzender bis in die Führungsspitze der sächsischen NPD.

Die Zusammenarbeit zwischen der NPD, JN und den NEONATIONALSOZIALISTEN zeigte sich im Rahmen der bereits erwähnten Demonstration am 27. April in Torgau unter dem Motto „Laß dich nicht für dumme verkaufen – Massenmord war keine Befreiung!“.



Quelle: www.npd-nordsachsen.de

Im Vorfeld dieser Demonstration fand eine Vortragsveranstaltung mit Dr. Olaf ROSE zum Thema „Bildfälschungen der Besatzer und Hintergründe zum Handschlag der Mörder“ statt, an der ca. 70 Aktivisten der NPD, der JN und der FREIEN KRÄFTE teilgenommen haben sollen.

Im Bundestagswahlkampf trat die NPD mit Informationsständen und Plakatierungen in Nordsachsen in Erscheinung und versuchte, mit Anti-

Euro-Parolen und einem Pfeifkonzert eine CDU-Veranstaltung in Oschatz zu stören.



Quelle: Facebookseite der NPD Nordsachsen.

Als bekannt wurde, dass in Rackwitz ein Asylbewerberheim eingerichtet werden soll und sich öffentlicher Protest formierte, trat die NPD vor Ort in Erscheinung. Einen für den 14. September 2013 angekündigten Informationstisch sagten die Organisatoren wegen einer Gegenveranstaltung allerdings wieder ab. In einer Erklärung heißt es dazu:

„Nach einvernehmlicher Absprache mit den Einwohnern und der Bürgerinitiative hat der NPD-Kreisverband Nordsachsen beschlossen, den Infostand morgen abzusagen, um dem linken Pöbel kein direktes Angriffsziel zu bieten. Stattdessen hat die NPD zweimal – am Mittwoch und gestern – alle Briefkästen der Gemeinde mit ihrem Informationsmaterial bestückt. Einen größeren Werbeeffekt kann auch ein Informationsstand nicht haben.“¹⁴⁷

Auch nach der Bundestagswahl nutzten NPD-Funktionäre aus Nordsachsen Proteste gegen die Einrichtung von Asylbewerberunterkünften, um sich öffentlich zu präsentieren. In Rötha (Land-

¹⁴⁷ Auszug von der Internetseite der NPD Sachsen vom 19.04.2013.

kreis Leipzig) fand am 14. November 2013 eine Kundgebung einer „Bürgerinitiative Rötha wehrt sich“ statt. Auf der Versammlung sprachen unter anderem die NPD- bzw. JN- Funktionäre Maik SCHEFFLER, Manuel TRIPP und Paul RZEHACZEK.

Mit einem Zweitstimmenergebnis von 3,9 % (2009: 4, 7 %) lag die NPD bei der Bundestagswahl 2013 im Landkreis Nordsachsen über dem Landesdurchschnitt. Den Spitzenwert erzielte die Partei in Liebschützberg mit 7,7 %. Das zweitbeste Ergebnis von 5,7 % in Rackwitz hängt offenbar zusammen mit den Aktivitäten der Partei bei den Protesten gegen die Einrichtung eines Asylbewerberheims. Noch zur Bundestagswahl 2005 lag dort das NPD-Ergebnis bei 3,6 %. Die Ergebnisse in den größeren Städten lagen in Oschatz bei 4,4 %, in Torgau bei 3,9 % und in Delitzsch bei 3,5 %.

Der JN-Stützpunkt Nordsachsen entstand im Juni 2011 aus den damaligen JN-Stützpunkten Delitzsch-Eilenburg, Torgau und Oschatz. Stützpunktleiter ist Paul RZEHACZEK, der zugleich den JN-Landesvorsitz innehat. Da RZEHACZEK gleichzeitig die Führungsperson der regionalen neonationalsozialistischen Szene im Raum Eilenburg ist, fanden 2013 gemeinsame Aktivitäten von JN und NEONATIONALSOZIALISTEN statt.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Der regionalen subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene sind insbesondere Jugendliche zuzurechnen, die an rechtsextremistischen Konzerten teilnehmen und u.a. unter Alkoholeinfluss spontane rechtsextremistische Straftaten begehen. So existiert in Eilenburg eine lose Gruppe von Personen, die regelmäßig strafrechtlich in Erscheinung tritt.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2011	2012	2013
Freistaat Sachsen	1.692	1.602	1.635
	davon Gewalttaten		
	84	54	67
Landkreis Nordsachsen	92	97	88
	davon Gewalttaten		
	1	7	6

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Der Landkreis Nordsachsen ist seit Jahren eine Schwerpunktregion rechtsextremistischer Konzerte im Freistaat Sachsen. Ursache hierfür sind die dort vorhandenen Szene-Objekte. Neben dem sogenannten „Klub der Schildauer Jungs“ in den Jahren 2005 bis 2008 ist es nunmehr der ehemalige Gasthof Staupitz in Torgau, Ortsteil Staupitz, der sich zum bedeutendsten Konzertobjekt in Sachsen entwickelt hat.



Foto: LfV Sachsen.

Im Berichtsjahr konzentrierte sich das Veranstaltungsgeschehen nahezu ausschließlich auf das bereits seit 2008 einschlägig genutzte Lokal. Allein zehn der 14 im Jahr 2013 durchgeführten Konzerte in Sachsen fanden im ehemaligen Gasthof Staupitz statt. Mit derzeit insgesamt 36 rechtsextremistischen Konzerten seit 2008 ist das Objekt auf dem besten Weg, im Jahr 2014 das bisher in dieser Kategorie führende ehemalige Szene-Lokal in Rothenburg, Ortsteil Geheege (Landkreis Görlitz) abzulösen.

Die rechtsextremistische Musik-Szene versucht, auch mangels anderer Objekte, die durch behördliche Beschränkungen in Staupitz höchstens zehn zugelassenen Veranstaltungen pro Jahr auszuschöpfen. Bei den hier agierenden Konzertveranstaltern handelt es sich in der Regel um langjährige Szene-Aktivist:innen, die auftretenden Bands sind meist überregional bekannt und beliebt. Die gute Organisation und der nach wie vor bestehende „Konzertbedarf“ der Szene

schlagen sich in den hohen Teilnehmerzahlen nieder: Die zehn Konzerte in Staupitz hatten eine durchschnittliche Besucherzahl von rund 210 Personen.

Die intensive Mobilisierung für Konzerte in Staupitz war eine direkte Ursache für eine der wenigen derartigen Veranstaltungen im Berichtsjahr außerhalb dieses Szene-Objektes. Am Abend des 9. Februar war das Lokal in Staupitz bereits gefüllt und eine Vielzahl von potenziellen Konzertbesuchern fand keinen Einlass mehr. Ein Teil dieses Personenkreises wurde von den Veranstaltern kurzfristig nach Eilenburg dirigiert. Hier sollte in einer Baracke ein Ausweichkonzert durchgeführt werden. Die Polizei löste die Veranstaltung in Absprache mit dem Eigentümer wegen Verstößen gegen die Nutzungsbeschränkungen auf. Das Objekt wurde kurz darauf abgerissen.

Im Jahr 2013 waren zwei rechtsextremistische Musikgruppen aus dem Landkreis Nordsachsen



Fotos: Internetforum „Nationale Revolution“.

aktiv. Die Band BRIGADE 7 aus Eilenburg trat bei den rechtsextremistischen Konzerten am 9. Februar 2013 in Torgau Ortsteil Staupitz und im Anschluss in Eilenburg auf. Die Gruppe NEUBEGINN aus dem Raum Torgau veröffentlichte die CD „Vogelfrei“.



Cover der CD „Vogelfrei“.

Der in Eilenburg ansässige NORDSACHSENVERSAND weist gegenüber anderen Szenevertrieben ein abweichendes Sortiment auf. Nicht Tonträger, sondern Propagandamittel, wie Plakate, Aufkleber und Anstecker, stellen den Schwerpunkt dar.

1.12.11 Landkreis Sächsische Schweiz–Osterzgebirge

Der aktiven rechtsextremistischen Szene im Landkreis Sächsische Schweiz–Osterzgebirge gehören zwischen 250 und 300 Personen an. Das Personenpotenzial im Landkreis blieb damit im Vergleich zum Vorjahr konstant und liegt im sachsenweiten Vergleich im oberen Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die Akteure der neonationalsozialistischen Szene im Landkreis Sächsische Schweiz–Osterzgebirge bezeichnen sich selbst als NATIONALE AKTIVISTEN, AKTIONSGRUPPE SÄCHSISCHE SCHWEIZ bzw. FREIE KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ OSTERZGEBIRGE.

Landkreisen weiterhin niedrig. Die FREIEN KRÄFTE organisierten im Jahr 2013 erneut keine eigenen Demonstrationen, sondern beteiligten sich an Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene außerhalb des Landkreises. Am 9. März beim Gedenkmarsch anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dessaus (Sachsen-Anhalt) im 2. Weltkrieg zeigten Angehörige der FREIEN KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ OSTERZGEBIRGE mit einem eigenen Transparent Präsenz.



Quelle: www.elbsandsteine.org



Foto: Internet.

Das Aktionsniveau der FREIEN KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ OSTERZGEBIRGE ist im Vergleich zu anderen

Im Rahmen der von Dresdner NEONATIONALSOZIALISTEN initiierten „Aktionswoche 13. Februar“¹⁴⁸ fanden ab Anfang Februar 2013 bundesweit zahlreiche „Solidaritätsaktionen“ für Dresden statt. Angehörige der rechtsextremistischen Szene im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge verteilten Flyer, plakatierten im Sachzusammenhang, setzten schwimmende Holzkreuze auf die Elbe und brachten ein großflächiges Transparent an einer Brücke in Pirna an. Rechtsextremisten aus der Sächsischen Schweiz beteiligten sich auch am Höhepunkt der Aktionswoche, dem sogenannten Trauermarsch am 13. Februar in Dresden.



Foto: www.gedenkmarSch.de

Zwischen der neonationalsozialistischen Szene und dem örtlichen NPD-Kreisverband bestehen seit vielen Jahren enge Kontakte, nicht zuletzt gab es personelle Überschneidungen. Aktivisten aus der neonationalsozialistischen Szene unterstützten die NPD häufig, so in jüngerer Vergangenheit bei der Einrichtung eines neuen Objektes in Pirna. Zur Festigung des internen Zusammenhalts führten sie zudem gemeinsame Sommer- und Wintersonnenwendfeiern, wie zum Beispiel im Dezember 2013 in Sebnitz, durch. NEONATIONALSOZIALISTEN nutzen die Sonnenwenden – ebenso

wie bestimmte Feiertage oder historische Daten – häufig für eigene szeneeinterne Veranstaltungen, die u. a. dem „Heldengedenken“ dienen. Sie führen diese Aktionen oft unter konspirativen Umständen durch.

Seit Juni 2011 sind die FREIEN KRÄFTE aus der Sächsischen Schweiz mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten. Zur Verbreitung von Informationen nutzen die FREIEN KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ zudem das soziale Netzwerk Facebook sowie den Kurznachrichtendienst Twitter.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Der NPD-Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge gehört zu den größten NPD-Strukturen in Sachsen. Seine Mitglieder sind in mehreren Untergliederungen aktiv. Bekannt sind die Ortsgruppen Freital, Dippoldiswalde, Reinhardtshaus-Schöna und Sebnitz/Neustadt.

Die kommunalpolitische Präsenz der NPD ist im Raum Sächsische Schweiz besonders ausgeprägt. Bei den Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009 trat die NPD im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge in 14 Orten mit insgesamt 35 Kandidaten an. Dort, wo die NPD bereits seit den Kommunalwahlen 2004 mit Mandaten vertreten war, gelang es ihr erneut, Mandate zu erringen. Jedoch fielen die dortigen NPD-Wahlergebnisse im Jahr 2009 mit Ausnahme von Pirna niedriger aus. In Königstein musste die NPD einen Mandatsverlust hinnehmen.

Dennoch erreichte die NPD im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit insgesamt 16 Mandaten in Stadt- und Gemeinderäten sowie sechs Mandaten im Kreistag¹⁴⁹ landesweit

¹⁴⁸ Zur Aktionswoche siehe Punkt 1.10.3.

¹⁴⁹ Bereits seit den Kreistagswahlen 2008.

die meisten NPD-Mandate. Das höchste Einzelergebnis erreichte die Partei in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna mit 22 % der Stimmen (drei Mandate).

Auch das Ergebnis der Bundestagswahl 2013 verdeutlicht, dass die NPD im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge trotz der gesunkenen Bedeutung des dortigen Kreisverbandes nach wie vor die besten Ergebnisse erzielt. Mit einem Zweitstimmenergebnis von 5,1 % (2009: 5,6 %) nimmt der Landkreis wieder die Spitzenposition ein. Erneut ist Reinhardtsdorf-Schöna mit einem Ergebnis von 11,1 % die Gemeinde mit dem höchsten Stimmenanteil. Allerdings ist auch hier eine insgesamt rückläufige Tendenz festzustellen. Ebenfalls gute Ergebnisse erzielte die NPD in Rathen mit 9,5 % und in der Stadt Sebnitz mit 8,2 %. Pirna liegt mit 5 % etwas dahinter. Im ehemaligen Weißeritzkreis fielen die NPD-Ergebnisse hingegen schwächer aus. So erzielte die Partei z. B. in Freital nur 3,8 % oder in Dippoldiswalde 4,5 %.

Das Parteileben im Kreisverband fand im Berichtsjahr überwiegend in Form von Mitgliederversammlungen statt. Darüber hinaus waren die Mitglieder besonders in Wahlkampfzeiten mit Plakatierungen und Materialverteilaktionen in der Öffentlichkeit aktiv. Der Stellenwert des Kreisverbandes Sächsische Schweiz ist mangels Aktivitäten in den letzten Jahren stetig gesunken. Mit der Neuwahl der ehemaligen Führungsperson der verbotenen Kameradschaft SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS), Thomas SATTELBERG, zum Kreisvorsitzenden Anfang 2013 erhofften sich die Mitglieder neue Impulse für das Parteilieben.

In Pirna wurde der NPD von einem norwegischen Rechtsextremisten ein Gebäude zur Verfügung gestellt. Nach Ausbaurbeiten fand am 11. Okto-

ber 2013 die Eröffnung des Objektes statt, welches bei Rechtsextremisten unter dem Namen „Haus Montag“ firmiert.



Foto: LfV Sachsen.

Die Bezeichnung des neuen Objektes sowie die auf Plakaten und einem Facebook-Profil zum Objekt abgebildete Zahl 451 sind auf den Roman und den hierauf basierenden Film „Fahrenheit 451“ zurückzuführen. Die Hauptfigur des Romans, Guy Montag, lebt in einem totalitären Staat, in dem der Besitz und das Lesen von Büchern schwere Verbrechen sind. Den Menschen soll das selbstständige und freie Denken aberzogen werden. Die Rechtsextremisten sehen darin eine Analogie zu der von ihnen vertretenen Auffassung, wonach die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland durch staatliche Repression und Zensur in ihrer Meinungsfreiheit massiv eingeschränkt werden würden. Sie transportieren damit auf subtile Art und Weise ihre extremistische Botschaft.

Der Bezug zu diesem Roman einschließlich der Namensgebung des neuen Objektes steht im Zusammenhang mit der rechtsextremistischen Bewegung „CASA POUND Italia“. Das „Casa Montag“ war das erste besetzte Haus der rechtsextremistischen Szene in Rom, bis Rechtsextremisten im Jahr 2003 eine Mietskaserne an der Via Napoleone III besetzten, es nach dem Mussoliniverehrer



Quelle: Facebookseite „Haus Montag“.

Ezra Pound¹⁵⁰ CASA POUND nannten und als nationales Bildungs- und Kulturzentrum etablierten. Auch Rechtsextremisten aus Deutschland, darunter der Pirnaer NPD-Stadtrat Dr. Olaf ROSE, waren bereits im CASA POUND zu Gast. Ebenso hat der Kreisvorsitzende Thomas SATTELBERG einen Bezug zu dieser Organisation. Er hielt in der Vergangenheit Vorträge über CASA POUND. Mit dem Objekt in Pirna verfügen die Rechtsextremisten im Landkreis über eine zentrale Anlaufstelle, die darüber hinaus die Kreisgeschäftsstelle der NPD und ein Bürgerbüro beherbergt.

Die JN verfügen im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge über einen Stützpunkt, von dem in den vergangenen Jahren allerdings keine bedeutsamen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten ausgingen.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Der subkulturellen Szene werden insbesondere die Jugendlichen mit rechtsextremistischer Einstellung zugerechnet, die an Wochenenden

rechtsextremistische Konzerte bzw. Partys besuchen und/oder vornehmlich durch politisch motivierte Straftaten, hauptsächlich durch Propagandadelikte, auffallen. Neben den FREIEN KRÄFTEN existiert auch im Landkreis eine solche Szene. Als Treffpunkte dienten ihr neben Privatgrundstücken auch Szeneläden/-studios. In vergangenen Jahren wurden auch einzelne Jugendclubs genutzt.

Straftaten

		rechtsextremistische Straftaten		
		2011	2012	2013
Freistaat Sachsen		1.692	1.602	1.635
	davon Gewalttaten	84	54	67
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge		127	142	128
	davon Gewalttaten	3	5	6

¹⁵⁰ Pound (1885 - 1972) war ein nach Italien übersiedelter amerikanischer Schriftsteller.

Rechtsextremistische Musikszene/ rechtsextremistische Vertriebe

Am 23. März 2013 fand im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – in Heidenau – erstmals seit vielen Jahren wieder ein rechtsextremistisches Konzert mit 120 bis 200 Teilnehmern statt. Bei der Veranstaltung traten die rechtsextremistischen Bands BLUTZEUGEN, HOPE FOR THE WEAK (beide aus Dresden) sowie die Gruppe DEVILS PROJECT (Baden-Württemberg) auf.

1.12.12 Vogtlandkreis

Im Vogtlandkreis werden der aktiven rechtsextremistischen Szene nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz wie bereits 2012 zwischen 50 und 100 Personen zugerechnet. Im sachsenweiten Vergleich lag das rechtsextremistische Personenpotenzial somit im unteren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Der neonationalsozialistischen Szene im Vogtlandkreis gehören u. a. die REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND (RNJ), die rechtsextremistischen Kameradschaften SCHWARZER ORDEN VOGTLAND, WIDERSTAND OELSCHNITZ und die RECHTE AKTIONSFRONT REICHENBACH an. Abgesehen von der RNJ gehen von den genannten Gruppierungen allerdings seit einiger Zeit keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten mehr aus.

Den Schwerpunkt der neonationalsozialistischen Szene im Vogtland bildete die RNJ, die seit 2011 regelmäßig öffentlichkeitswirksam in Erscheinung tritt. Sie unterhielt enge Kontakte zu Sze-

Mit dem Szeneladen THE STORE in Pirna und dem NATIONALEN VERSANDHAUS (Gohrisch) sind im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zwei rechtsextremistische Vertriebsunternehmen ansässig. Beide sind seit Jahren ein fester Bestandteil der rechtsextremistischen Vertriebszene in Sachsen.

neangehörigen in Thüringen und Bayern. Die RNJ versteht sich als „außerparlamentarischer Zusammenschluss NATIONALER SOZIALISTEN“¹⁵¹ und lehnt ein „liberales und kapitalistisches“ System ab. Sie strebt nach einer souveränen Volksgemeinschaft getreu dem Motto „Gemeinnutz vor Eigennutz“¹⁵². Der RNJ wurden im Jahr 2013 ca. 20 Mitglieder zugerechnet.

Am 5. Januar 2013 organisierte die RNJ in Plauen eine Kundgebung vor der örtlichen Arbeitsagentur unter dem Motto „Soziale Ausbeutung stoppen – Zeitarbeit ist Sklaverei“, an der etwa 30 Szeneangehörige teilnahmen.

Wie bereits in den Vorjahren führte die RNJ am 14. April 2013 einen Trauermarsch anlässlich der Bombardierung der Stadt Plauen im Zweiten Weltkrieg durch, an dem sich ca. 170 Personen beteiligten. An den vorhergehenden Trauermärschen der Rechtsextremisten hatten bisher jeweils etwa 200 Szeneanhänger, insbesondere aus Sachsen und Bayern teilgenommen.

¹⁵¹ Ehemalige Internetseite der RNJ.

¹⁵² Ehemalige Internetseite der RNJ.



Demonstration am 14. April 2013 in Plauen. Fotos: www.netzwerkmitte.com

Im Verlauf des Trauermarsches hielten Angehörige der RNJ, der FREIEN KRÄFTE aus Sachsen und Niedersachsen sowie ein NPD-Mitglied aus Thüringen insgesamt vier Redebeiträge. Die Szene wertete den Trauermarsch 2013 als „Erfolg in jeder Hinsicht“.

Im Vorfeld der Demonstration wurde eine Vielzahl an Flyern in Briefkästen verteilt, auf denen um die Teilnahme an der Demonstration geworben wurde. Ein führender Rechtsextremist aus Bayern, Norman KEMPEN, war auf diesen Flyern als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.) benannt.

Wie bereits in den Jahren 2011 und 2012 planten Mitglieder der RNJ, am 10. April auf dem Hauptfriedhof in Plauen anlässlich des 68. Jahrestages der Bombardierung der Stadt einen Kranz der RNJ niederzulegen. Diese Aktion wurde von der Polizei verhindert.

Am 14. September 2013 organisierten die FREIEN KRÄFTE DRESDEN gemeinsam mit Mitgliedern der RNJ in der Nähe eines Asylbewerberwohnheims in Plauen eine Kundgebung. An dieser beteiligten sich etwa 45 Rechtsextremisten. Zu der nach Darstellung der Organisatoren „mensenverachtenden Überfremdungspolitik der Bundesre-

gierung“ wurden im Rahmen der Redebeiträge regionale Beispiele vorgestellt.



Foto: www.tddz.info

Weiterhin beteiligten sich Mitglieder der RNJ sachsen- und bundesweit anlassbezogen an rechtsextremistischen Veranstaltungen, so u.a. an der Kundgebung unter dem Motto „Schneeberg wehrt sich gegen den Asylmissbrauch“ am 19. Oktober und an der Demonstration am 6. November 2013 in Döbeln.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Im Vogtlandkreis existiert eine kleine, kaum aktive NPD-Struktur, die in der Vergangenheit

wiederholt mit regionalen NEONATIONALSOZIALISTEN zusammengearbeitet hat. Nach dem Rücktritt der Kreisvorsitzenden musste 2013 ein Landesfunktionär der NPD den Vorsitz der Partei im Vogtland übernehmen. Offenbar verfügt die NPD in der Region nicht über ausreichendes Führungspersonal.

Bei den Kreistagswahlen 2008 erzielte die NPD zunächst drei Mandate im Vogtlandkreis. Im Zusammenhang mit Parteiaustritten im gleichen Jahr verließen auch die im Kreistag vertretenen NPD-Mitglieder die Partei, behielten jedoch ihr Mandat. Der im Rahmen der Kommunalwahlen 2009 in Plauen ursprünglich gewählte NPD-Stadtrat trat sein Mandat nicht an, sodass ein anderer Kandidat der Partei nachrücken musste.

Im Jahr 2012 etablierte sich im Vogtlandkreis in Reichenbach der „Freundeskreis Udo Voigt“. Initiiert vom NPD-Mitglied Frank ROHLER formierte sich hier ein Widerstand gegen die Führung der NPD, insbesondere den damaligen Vorsitzenden Holger APFEL. Die Aktivisten des Freundeskreises organisierten im Jahr 2013 verschiedene Treffen, um für sich zu werben. Die größte Veranstaltung fand am 16. November 2013 in Theuma statt. An der Veranstaltung, auf der der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT sein Buch vorstellte, beteiligten sich rund 200 Rechtsextremisten.

Zur Bundestagswahl 2013 erzielte die NPD im Vogtlandkreis mit 3,2 % der Zweitstimmen eines ihrer schwächsten Ergebnisse im Freistaat. Nur in den Großstädten Chemnitz, Leipzig und Dresden schnitt die Partei noch schlechter ab. Das beste Ergebnis im Vogtlandkreis erzielte die NPD in Neuensalz (7,1 %), Eichigt (5,6 %) und Bergen (5 %). Die NPD-Ergebnisse in den Städten Plauen und Auerbach liegen bei jeweils 3 %, in Oelsnitz

kam die Partei auf 3,6 %. Bei der Bundestagswahl 2009 errang die NPD im Vogtlandkreis 3,5 %.

Strukturen der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) im Vogtlandkreis wurden nicht festgestellt. Allerdings führte der JN-Landesverband Sachsen am 8. Juni 2013 im Vogtlandkreis, in Neuensalz, Ortsteil Zobes, den „JN-Sachsentag“ durch. Daran beteiligten sich etwa 720 Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet. Anziehungskraft hatten, wie schon bei vergleichbaren Veranstaltungen in der Vergangenheit, hauptsächlich die Auftritte rechtsextremistischer Bands bzw. Liedermacher. Mit diesen versuchten NPD und JN, ihren Einfluss innerhalb der rechtsextremistisch orientierten Jugendszene zu verstärken. Die Redebeiträge der Führungskader stießen unter den Anwesenden hingegen auf wenig Interesse.



JN-Sachsentag am 8. Juni 2013.

Foto: www.aktion-widerstand.de

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Im Vogtlandkreis existiert eine subkulturell geprägte Szene, die im Berichtsjahr allerdings nur wenig in Erscheinung trat. Sie war aber grundsätzlich für szenetypische Veranstaltungen wie rechtsextremistische Konzerte mobilisierbar.

Straftaten

	rechtsextremistische Straftaten		
	2011	2012	2013
	1.692	1.602	1.635
Freistaat Sachsen	davon Gewalttaten		
	84	54	67
	55	58	67
Vogtlandkreis	davon Gewalttaten		
	0	0	0

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Im Vogtlandkreis ist die rechtsextremistische Band ÜBERZEUGUNGSTÄTER VOGTLAND ansässig. Diese Musikgruppe veröffentlichte im Jahr 2013 die CD „Wie Feuer und Flamme“ und trat auch bei rechtsextremistischen Konzerten in Sachsen auf, so am 23. November in Torgau, Ortsteil Staupitz (Landkreis Nordsachsen).

Der Vogtlandkreis wurde auch zum Schauplatz der größten rechtsextremistischen Musikveranstaltung des Jahres im Freistaat Sachsen. Der „Sachsntag“ der JN am 8. Juni 2013 in Neuensalz, Ortsteil Zobes, war zwar als Versammlung angemeldet worden,

hatte jedoch eindeutig den Charakter eines rechts-extremistischen Konzertes. Der Schwerpunkt lag in den Auftritten rechtsextremistischer Musikgruppen und Interpreten. Vor ca. 720 Personen spielten der sächsische Liedermacher PIATTMAR (Döbeln), Landkreis Mittelsachsen sowie die Szene-Bands SACHSENBLUT (Freiberg), ACT OF VIOLENCE (Baden-Württemberg), BURN DOWN (Brandenburg) und als abschließender Höhepunkt DIE LUNIKOFF VERSCHWÖRUNG aus Berlin mit dem ehemaligen LANDSER-Sänger Michael REGENER.

In Oelsnitz existiert der rechtsextremistische Versand DER CLOU. Dessen Sortiment umfasst überwiegend Artikel für die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene.



Quelle: www.aktion-widerstand.de

1.12.13 Landkreis Zwickau

Im Landkreis Zwickau sind der aktiven rechtsextremistischen Szene nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz, wie auch 2012, zwischen 200 und 250 Personen zuzurechnen. Im sachsenweiten Vergleich liegt das rechtsextremistische Personenpotenzial hier somit im mittleren Bereich.

NEONATIONALSOZIALISTEN

Die neonationalsozialistische Szene im Landkreis Zwickau hat ihren Schwerpunkt in der Stadt Zwickau. In der Öffentlichkeit trat sie unter Bezeichnungen wie FREIER WIDERSTAND, FREIE KRÄFTE ZWICKAU, NATIONALER WIDERSTAND, WIDERSTAND ZWICKAU oder NATIONALE SOZIALISTEN ZWICKAU (NSZ) auf.



Quelle: <http://logr.org/fkzwickau>

Eigenen Angaben zufolge sind die NSZ „(...) eine Gruppe engagierter, junger Leute, denen es nicht egal ist was mit ihrer Heimatstadt und ihrem Heimatland passiert. (...)Wir sagen NEIN! zur Vermischung der verschiedenen Völker. Wir sagen NEIN! zu einem System welches Meinungsfreiheit mit Strafverfolgung bedroht! Wir sagen NEIN! zur Meinungsdictatur der Gutmensch-Gesellschaft. Wir sagen NEIN! zur Tolerierung Linker Gewalt! (...)“¹⁵³ (Fehler im Original)



Quelle: www.recherche-nord.com



Quelle: Facebookseite der NSZ.

Die NSZ nehmen regelmäßig an regionalen sowie überregionalen rechtsextremistischen Veranstaltungen teil. So beteiligten sie sich u. a. am Trauermarsch am 3. August 2013 in Bad Nenndorf (Niedersachsen) und trugen dabei einheitliche T-Shirts.

Im Herbst nahmen die NSZ auch an den sogenannten „Lichtelläufen“¹⁵⁴ in Schneeberg (Erzgebirgskreis) teil und mobilisierten dazu regelmäßig über ihr eigenes Facebook-Profil.



Quelle: Facebookseite der NSZ.

¹⁵³ Vgl. Internetseite der NSZ.

¹⁵⁴ Siehe hierzu den Beitrag II 1.2. NEONATIONALSOZIALISTEN.



Quelle: Facebookseite der NSZ.

Andere Aufrufe auf Facebook richten sich gegen den politischen Gegner.



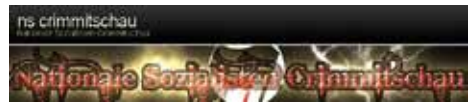
Quelle: Facebookseite der NSZ.

Neben den NSZ sind im Landkreis Zwickau die neonationalsozialistisch geprägten Gruppierungen NATIONALER WIDERSTAND LIMBACH (NWL) sowie die „NATIONALEN SOZIALISTEN CRIMMITSCHAU“ (NSC) aktiv.

Mitglieder des NWL beteiligten sich vereinzelt an rechtsextremistischen Demonstrationen in Sachsen.



Quelle: LfV Sachsen.



Quelle: <http://logr.org/nationasozialistencrimmitschau>

Schmierereien im Stadtgebiet von Crimmitschau im Herbst 2013 mit dem Schriftzug „Revolution NSC“ weisen auf Aktivitäten der Gruppierung hin. Des Weiteren beteiligten sie sich an den genannten Veranstaltungen in Schneeberg. Dort konnten ebenfalls FREIE KRÄFTE aus der Region Werdau festgestellt werden.

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Die Partei ist im Landkreis Zwickau mit dem Kreisverband Zwickau-West Sachsen vertreten und verfügt über Ortsgruppen in Oberlungwitz und Werdau. Der mittelgroße Kreisverband zeigt allerdings kaum Aktivitäten. Neben Mitgliederversammlungen beteiligten sich einzelne NPD-Mitglieder am 1. Mai 2013 an einer Demonstration der NPD in Berlin. Im Bundestagswahlkampf traten NPD-Funktionäre im Rahmen der „Deutschlandfahrt“ des Parteivorstandes auf einer Kundgebung am 19. September 2013 in Zwickau auf. Zum Volkstrauertag organisierten

die Mitglieder, wie bereits in den Vorjahren, eine Kranzniederlegung.

Das Zweitstimmenergebnis der NPD zur Bundestagswahl 2013 fiel im Landkreis Zwickau mit 3,2 % (2009: 3,7 %) ebenso niedrig aus wie im benachbarten Vogtlandkreis. Das höchste Ergebnis erzielte die Partei in Dennheritz mit 5,4 %, gefolgt von Meerane mit 5,2 %. Dagegen lagen Werdau mit 3,1 %, Zwickau mit 2,9 % und Glauchau mit 2,8 % am unteren Ende der Ergebnisliste.

Zur Kreistagswahl 2008 erzielte die NPD im Landkreis Zwickau mit 3,3 % der Stimmen ihr sachsenweit niedrigstes Ergebnis. Gleichwohl gelang es ihr, drei Mandate für den Kreistag Zwickau zu erzielen. Im Rahmen der Kommunalwahlen 2009 griff die NPD zum Teil auf Kandidaten aus dem Umfeld der FREIEN KRÄFTE zurück. Der Partei gelang es aber lediglich in Zwickau, Meerane und Limbach-Oberfrohna, jeweils ein Stadtratsmandat zu erzielen.

Seit Februar bzw. März 2013 sind im Landkreis Zwickau die JN-Stützpunkte Westsachsen und Limbach-Oberfrohna bekannt. Von beiden Stützpunkten sind bisher jedoch keine bedeutsamen Aktivitäten oder öffentlichkeitswirksamen Aktionen ausgegangen.

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene

Neben den FREIEN KRÄFTEN existiert im Landkreis Zwickau eine unstrukturierte subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Ihre Verbindungen sind lose und gehen selten über die Ortschaften, in denen die Beteiligten wohnen, hinaus. Abhängig von der Stärke und vom Engagement der jeweils agierenden Führungspersonen der FREIEN KRÄFTE oder vom Anlass einer Veranstaltung ist die Szene jedoch zu Großereignissen mobilisierbar.

Straftaten

		rechtsextremistische Straftaten		
		2011	2012	2013
Freistaat Sachsen		1.692	1.602	1.635
		davon Gewalttaten		
		84	54	67
Landkreis Zwickau		180	172	143
		davon Gewalttaten		
		5	7	6

Rechtsextremistische Musikszene / rechtsextremistische Vertriebe

Die rechtsextremistischen Musikgruppen LEICHENZUG (Wilkau-Haßlau) und WHITE RESISTANCE (Mitglieder aus dem Landkreis Zwickau und dem Erzgebirgskreis) sind im Landkreis Zwickau ansässig. Beide Bands traten im Berichtsjahr bei rechtsextremistischen Konzerten auf. Die Black-Metal-Band LEICHENZUG spielte u.a. am 1. Juni 2013 in Torgau, Ortsteil Staupitz (Landkreis Nordsachsen), und veröffentlichte darüber hinaus noch drei Tonträger mit folgenden Titeln: „Die flammende Rückkehr“ (LP), „The Flaming Return of Hyperborean Wrath“ (Split-CD gemeinsam mit Pagan Flame aus Kanada) und „Pfaffenschwein“ (LP/CD).

Rechtsextremistische Konzerte fanden im Jahr 2013 im Landkreis Zwickau nicht statt.

In Zwickau ist ein rechtsextremistischer Szeneladen ansässig.

2. Linksextremismus

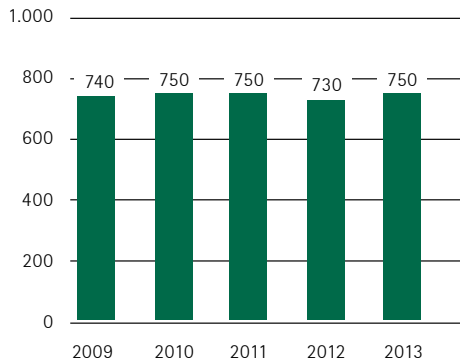
2.1 Personenpotenzial

Überblick in Zahlen¹⁵⁵

Anzahl der Linksextremisten steigt durch personelle Zuwächse bei ANARCHISTEN leicht an

Im Jahr 2013 wurden im Freistaat Sachsen ca. 750 Personen linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet. Damit stieg diese Zahl gegenüber dem Vorjahr geringfügig um ca. 3 % an. Über die vergangenen Jahre hinweg ist das Personenpotenzial damit relativ stabil geblieben und unterlag nur geringen Schwankungen.

Linksextremisten im Freistaat Sachsen



Die AUTONOMEN stellen mit ca. 340 Personen unverändert die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen dar. Das Potenzial blieb gegenüber dem

Vorjahr gleich, wenn auch geringe strukturelle Änderungen erfolgten.

Die den „ANARCHISTEN und sonstigen linksextremistischen Gruppierungen“ zuzurechnende Anhängerschaft stieg um ca. 14 % auf etwa 160 Personen (2012: ca. 140). Die Zunahme resultiert aus einem Anstieg des Personenpotenzials der anarchistischen Gruppierungen auf ca. 45 Personen (2012: ca. 25). Die Mitgliederzahl des ROTE HILFE e. V. liegt unverändert bei ca. 200 Personen. Nach wie vor handelt es sich vielfach um Mehrfachmitgliedschaften.

Den orthodoxen linksextremistischen Parteien und Organisationen gehörten 2013 unverändert etwa 250 Personen an. Die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE. (KPF) ist mit ca. 160 Mitgliedern weiterhin die zahlenmäßig stärkste Gruppierung in diesem Bereich.

¹⁵⁵ Die Zahlenangaben sind teilweise geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelerkenntnisse vor

**Anzahl der Linksextremisten im Freistaat Sachsen
(insgesamt: ca. 750 [2012: ca. 730/bundesweit 2012: ca. 29.400])**

**Orthodoxe
linksextremistische Parteien
und Organisationen**

2013: ca. 250
2012: ca. 250

davon u. a.

**KOMMUNISTISCHE PARTEI
DEUTSCHLANDS (KPD-Ost)**

2013: ca. 15
2012: ca. 15

**DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
(DKP)**

2013: ca. 35
2012: ca. 35

**KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER
PARTEI DIE LINKE (KPF)**

2013: ca. 160
2012: ca. 160

**MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI
DEUTSCHLANDS (MLPD)**

2013: ca. 35
2012: ca. 35

**Gewaltorientierte
Linksextremisten/
AUTONOME**

2013: ca. 340
2012: ca. 340

**ANARCHISTEN und sonstige
linksextremistische
Gruppierungen**

2013: ca. 160¹⁵⁶
2012: ca. 140¹⁵⁷

davon u. a.

ANARCHISTEN

2013: ca. 45
2012: ca. 25

ROTE HILFE e.V. (RH)

2013: ca. 200¹⁵⁸
2012: ca. 200¹⁵⁹

¹⁵⁶ Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

¹⁵⁷ Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

¹⁵⁸ Mit Mehrfachmitgliedschaften.

¹⁵⁹ Mit Mehrfachmitgliedschaften.

Regionale Verteilung der Linksextremisten im Freistaat Sachsen – absolut

In den Großstädten Leipzig und Dresden sind nach wie vor die weitaus meisten Linksextremisten ansässig.



Regionale Verteilung der Linksextremisten im Freistaat Sachsen – je 10.000 Einwohner



2.2 AUTONOME

Begriff, Entwicklung und Verbreitung

AUTONOME sind Linksextremisten, die keiner traditionellen linksextremistischen Partei oder Organisation angehören und die sich deutlich von anderen linksextremistischen Akteuren abgrenzen. Sie vertreten auch keine einheitliche, klar umrissene Ideologie. Sie wollen das „System“ zugunsten einer „herrschaftsfreien“ Gesellschaft überwinden, um ein selbstbestimmtes Leben innerhalb „herrschaftsfreier Räume“ („Autonomie“) zu führen. AUTONOME sind aktionsorientiert und meist in Kleingruppen organisiert. Führungsstrukturen und Hierarchien lehnen sie ebenso ab wie staatliche und gesellschaftliche Normen.

Ein weiteres wesentliches Merkmal AUTONOMER ist ihre Gewaltorientierung. AUTONOME sehen Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Forderungen an. Das Gewaltmonopol des Staates lehnen sie ab. Entsprechend heißt es in der Szenepublikation INTERIM:

„Uns geht es nicht darum, möglichst viele Bullen zu verletzen. Wir wollen den politischen Sachschaden so hoch wie möglich (...) machen und stellen dabei das Gewaltmonopol des Staates in Frage.“¹⁶⁰

Die Ursprünge der AUTONOMEN können auf verschiedene Bewegungen zurückgeführt werden. Nach dem Abflauen der 1968er-Protestbewegung und dem allmählichen Niedergang der daraus erwachsenen kommunistischen Splittergruppen gingen aus einem Teil der politischen Alternativkultur, der militanten Hausbesetzerzene und insbesondere der „Sponti-Bewegung“

die ersten AUTONOMEN hervor. Die Zeitschrift „radikal“ beschrieb 1983 in ihrer Ausgabe 123 diesen Prozess wie folgt:

„Autonomie war ein Begriff, der sozusagen über Nacht unsere Revolte auf einen Nenner brachte. Mitgebracht aus Italien und in den Autonomiethesen der Szene nahegebracht, repräsentierte er bald alles, was uns gut und heilig war, oder noch ist. Vorher verstanden wir uns als ANARCHISTEN, Spontis, Kommunisten oder hatten diffuse, individuelle Vorstellungen von befreitem Leben. Dann wurden wir alle zu AUTONOMEN.“¹⁶¹

Der eigentliche Kern war die sogenannte „Sponti-Bewegung“, die für Unabhängigkeit, Selbstorganisation und Spontaneität bei politischen Aktionen stand. Sie war stark von anarchistischen, hierarchie- und organisationsfeindlichen Einstellungen sowie einer Verweigerungshaltung gegenüber bürgerlichen Normen geprägt.

Der Begriff AUTONOME setzte sich als Selbstbezeichnung der Szene Anfang der 1980er Jahre durch. Er nimmt Bezug auf die Bewegung der „Arbeiterautonomie“ (Autonomia Operaia), die sich in den 1960er Jahren in den industriellen Zentren Norditaliens gebildet hatte und für militante Auseinandersetzungen und Fabrikkämpfe in den 1960er und 70er Jahren verantwortlich war. Diese Bewegung propagierte den von Gewerkschaften und Parteien unabhängigen anti-kapitalistischen Kampf der Fabrikarbeiter, indem sie den autonomen Arbeiter als revolutionäres Objekt in den Mittelpunkt des Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit stellte. Eine Leitung oder Organisation durch Parteien oder Gewerkschaften sollte nicht stattfinden.

¹⁶⁰ INTERIM Nr. 737 vom 2. März 2012, Beitrag „Gewalt ist auch keine Lösung ...“, Seite 38 – 39.

¹⁶¹ Zitiert nach: Geronimo, Feuer und Flamme, Ausg. 6/2002, S. 118.

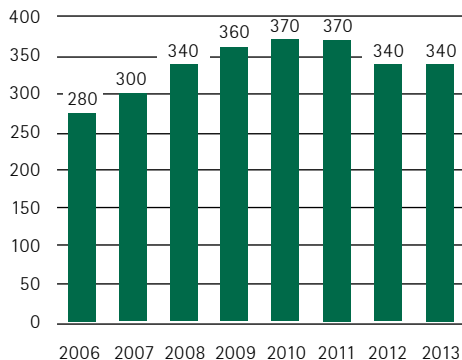
Die Ideen der *Autonomia Operaia*, der Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung der politischen Ziele, die Ablehnung von festen Organisationsformen und der Kampf für die eigenen Interessen wurden von den AUTONOMEN als „Politik der ersten Person“ auch für andere Aktionsfelder als den Fabrikkampf übernommen.

In den 1980er Jahren entstanden in zahlreichen Städten Gruppen, die sich selbst als „autonom“ definierten. Sie versuchten mit gewalttätigen Aktionen neue „Freiräume“ zu erkämpfen, um dadurch zugleich eine eigene Handlungsfähigkeit in verschiedenen auch von friedlichen Nichtextremisten geführten Konflikten (Startbahn-West in Frankfurt am Main (Hessen), Hausbesetzungen etc.) zu etablieren. Um „Freiräume“ zu erkämpfen, beteiligten sich AUTONOME vor allem an zahlreichen Hausbesetzungen als politisches Mittel im Kampf gegen den Staat. Gleichzeitig suchten sie die offene Auseinandersetzung mit dem „staatlichen Gewaltapparat“.

In Sachsen entstand erst mit Grenzöffnung und Beendigung der SED-Herrschaft eine autonome Szene. Diese Szene orientierte ihren Kampf zunächst an Themen wie der Stasi-Aufarbeitung und der „Kolonisierung durch das System der Bundesrepublik“. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre haben sich die Agitations- und Aktionsfelder der AUTONOMEN in den neuen Bundesländern aber denen in den Altbundesländern angeglichen. Ein für AUTONOME in Ost und West zentrales Agitationsthema ist der sogenannte „Antifaschismuskampf“.

Das Personenpotenzial der sächsischen autonomen Szene schwankte in den vergangenen Jahren zwischen 280 und 370 Personen. Im Jahr 2013 blieb es gegenüber 2012 konstant bei etwa 340 Personen.

Entwicklung der Anzahl AUTONOMER im Freistaat Sachsen



Strukturell ist die autonome Szene stark zersplittert und in örtlichen Szenen und Kleingruppen organisiert. Den verschiedentlich unternommenen Versuchen der Bildung einer überregionalen Organisation oder zumindest einer Vernetzung untereinander standen stets die den AUTONOMEN eigene Organisationsfeindlichkeit, ihr aktionsorientiertes Vorgehen sowie ideologische Differenzen entgegen.

Zentren der autonomen Szene in Sachsen sind seit Jahren Leipzig und etwas nachrangig Dresden. In Leipzig leben die meisten AUTONOMEN; dort gibt es zudem das aktivste Potenzial. Danach folgt Dresden mit – gegenüber Leipzig – weniger Personenpotenzial und mittlerweile deutlich geringerem Aktionsniveau. Kleinere autonome Szenen finden sich in Chemnitz – dort strukturell etwas rückläufig – und in der umliegenden Region sowie in Ostsachsen. In Klein- und Mittelstädten bestehen einzelne autonome Gruppen, die sich an Demonstrationen beteiligen und auch anderweitige eigene Aktionen durchführen.

AUTONOME Szenen in Sachsen



Ideologie

Die Bewegung der AUTONOMEN hat im Laufe ihres Bestehens keine allgemein anerkannte theoretische Basis und auch keine ideengeschichtliche Tradition entwickeln können. Vielmehr ist gerade die Ablehnung von Ideologien und theoretischen Thesen oder gar Dogmen ein wesentliches Merkmal dieser Bewegung. Ihr Selbstverständnis wird deshalb vor allem durch Anti-Haltungen (u. a. „antifaschistisch“ und „antikapitalistisch“) bestimmt. Auch lässt sich innerhalb der autonomen Szene keine konkrete Strategie ausmachen, die zu einer Änderung der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse führen soll.

AUTONOME wollen eine herrschaftsfreie Gesellschaft

Ihre Vorstellung von der Gesellschaft, wie sie nach Auffassung AUTONOMER sein sollte, ist geprägt

von diffusen kommunistischen („Klassenkampf“, „Revolution“) und anarchistischen Ideologiefragmenten. Sie treten ein für die Verwirklichung der Utopie einer befreiten und selbstbestimmten Welt, welche durch die freie Vereinbarung der Individuen ohne Ausbeutung und Unterdrückung gestaltet werden soll. Geprägt ist diese Ordnung gewissermaßen durch gesetzloses Tun und Lassen einzelner oder aller. Wie diese anarchistischen Vorstellungen umgesetzt werden sollen, bleibt jedoch vage.

In der in Leipzig erscheinenden linksextremistischen Zeitschrift PHASE 2 wurde 2010 von verschiedenen Autoren der Versuch einer Skizzierung der „befreiten“ Gesellschaft unternommen. Sofern konkrete Vorschläge unterbreitet wurden, zielen sie auf eine Art Rätssystem:

„Die gesellschaftliche Entscheidungsfindung und Koordination der Prozesse findet auf verschiede-

nen Ebenen in so etwas wie Räten statt, dazu dann mehr in der befreiten Gesellschaft.“¹⁶²

„Die Gefahr, die in dieser Vorstellung vom Kommunismus lauert, ist, dass das Leben zu einer Aneinanderreihung von Ratssitzungen verkommt (...) Wahrscheinlich werden die ersten Jahrzehnte nach der Revolution auch genau davon geprägt sein.“¹⁶³

Dabei wird die freiwillige Akzeptanz dieses Systems vorausgesetzt:

„Hier sollte Einsicht die einzige Form des „Zwangs“ sein, die Individuen müssen vor totalitärer Kontrolle geschützt sein.“¹⁶⁴

Da seitdem über dieses Problem nicht mehr in einschlägigen Publikationen substanziell reflektiert wurde, zeigt sich, dass solche Debatten für die sächsische Szene nicht sonderlich relevant sind und somit offenbar auch kein Bedarf dafür besteht. Wenn man zudem berücksichtigt, dass autonomes Denken durch Antihaltung geprägt und somit vordergründig destruktiv ausgerichtet ist, ist es durchaus erklärlich, dass der Weg zum Ziel nicht unbedingt im Mittelpunkt theoretischer Erörterungen steht.

Diese revolutionär-anarchistischen Vorstellungen sind mit dem Konzept eines demokratischen Rechtsstaates, der Minderheiten schützt, der Opposition Rechte einräumt und das staatliche Handeln der gerichtlichen Kontrolle unterwirft, unvereinbar. Angestrebt wird die Abschaffung des bestehenden politischen Systems. Der Weg dorthin ist jedoch nicht klar definiert.

Zwar scheint man von einer revolutionären Situation auszugehen, jedoch fehlt es diesbezüglich an klaren Vorstellungen. Keinesfalls hängen die ideologie- und organisationskritischen AUTONOMEN jedoch traditionellen kommunistischen Vorstellungen von einer Revolution unter Führung einer revolutionären Partei als letzter Stufe eines Klassenkampfes an. Auch wenn AUTONOME vom Kommunismus als Synonym für die anzustrebende herrschaftsfreie Gesellschaft sprechen, ist damit nicht das Gesellschaftsmodell der Traditionskommunisten gemeint, sondern vielmehr der Zustand einer herrschaftsfreien Gesellschaft ohne staatliche Ordnung. So setzt man sich auch kritisch mit dem Erbe der DDR auseinander:

„Es gilt jedoch gleichermaßen, sich den Fragen zu stellen, die die historische Verwirklichung von politischen Begriffen wie dem des Kommunismus einer Linken heute aufgibt.“¹⁶⁵

Es geht den Verfassern vielmehr um eine zeitgemäße Interpretation des Kommunismus, wie sich aus der dem Thema „Kommunismus“ gewidmeten Ausgabe 36 der PHASE 2 ergibt:

„Die Katastrophe, die das Verschwinden des Kommunismus in der Gegenwart darstellt, zu benennen, ist das eine. Auf sie zu reagieren ist das andere. Die Aufgabe der Zeitschriften und ihrer AutorInnen kann in diesem Zusammenhang nur darin bestehen, den Kommunismus wieder zu thematisieren und Möglichkeiten seiner Verwirklichung diskutierbar zu machen. (...) Wenn die Visionen heute nur literarischer Natur sein können – dann ist es anscheinend leider so. Dann sind

¹⁶² PHASE 2, Heft 36, Juni 2010, S. 39.

¹⁶³ PHASE 2, Heft 36, Juni 2010, S. 4.

¹⁶⁴ PHASE 2, Heft 36, Juni 2010, S. 40.

¹⁶⁵ PHASE 2, Heft 34, Dezember 2009, S. 6.

diese Diskussionen zu führen als Ausgangspunkt für soviel mehr, das nötig bleibt.“¹⁶⁶

AUTONOME befürworten Militanz

Das zweite prägende Merkmal der AUTONOMEN ist deren Militanz. Der Einsatz von Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele und die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols ist für AUTONOME allgemein akzeptierter Grundkonsens. Militanz ist das entscheidende Merkmal, das die AUTONOMEN von legalistischen Linksextremisten unterscheidet. Zur Legitimation der Militanz werden überwiegend zweierlei Begründungen herangezogen. Zum einen wird argumentiert, dass es sich lediglich um Gegengewalt handle, mit der man sich gegen ungerechtfertigte Gewaltausübung des Staates wehre; zum anderen gebe es politische Anliegen, die den Einsatz von Gewalt rechtfertigten und eine Vermittlung des Gewalteinsatzes ermöglichten. Durch die Rechtfertigung des Einsatzes von Gewalt als legitimes Mittel wird gegen den in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung festgeschriebenen Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft verstoßen.

Die linksextremistische KAMPAGNE 129EV¹⁶⁷, die sich nach Ermittlungsmaßnahmen gegen Angehörige der autonomen Szene im April 2011 bildete, rechtfertigt militante Aktionen als „Gegengewalt“ gegen die Bedrohung autonomer Freiräume:

„Durch intensives Räumen besetzter Häuser und Wagenplätze werden experimentelle Freiräume,

die eine Alternative zur kapitalistischen Verwertungslogik darstellen, nach und nach zerstört. (...) Planmäßig wird die Möglichkeit eines herrschaftsfreien Lebens mit jedem Tag ein Stück mehr bekämpft und viele Aspekte des Widerstandes ‚provokativ‘ verunmöglicht.“¹⁶⁸

„Dabei geht es (...) auch um Alltagsmilitanz unterschiedlichster Formen, sei es z. B. antifaschistischer Selbstschutz, antimilitaristische Aktionen, Attacken auf Polizeireviere oder das Besetzen von Häusern.“¹⁶⁹

Ein Aktivist der KAMPAGNE 129EV sieht im Rahmen der „Solidaritäts- und Antirepressionsarbeit“ der linksextremistischen Szene in der Anwendung von Gewalt und Militanz legitime Mittel der politischen Auseinandersetzung. So äußerte er als Vertreter der Kampagne in einem Interview mit einer Szenezeitschrift:

„(...) dass Militanz in ihrer unterschiedlichsten Form notwendiges und legitimes Mittel emanzipatorischer Politik ist.“¹⁷⁰

Solche konsequenten militanten Positionen, wie sie hier vertreten werden, sind für die autonome Szene prägend und durchziehen deren gesamte Geschichte, die bis in die Protestbewegung der '68er zurückreicht. In dieser Protestbewegung ist auch die Ursache für diese vehemente Befürwortung der Militanz zu suchen. Wenn AUTONOME zwar einerseits geschlossenen Theorien abneigend gegenüberstehen, so greifen sie dennoch Teile daraus auf und nutzen diese als Erklärungsmuster. Vor allem bei der Legitimation von

¹⁶⁶ PHASE 2, Heft 36, Juni 2010, S. 5.

¹⁶⁷ Siehe Beitrag „II 2.9.2 Autonome in Dresden“.

¹⁶⁸ Internetseite der KAMPAGNE 129EV, Beitrag „Repression auf mehreren Ebenen“ vom 23. Juni 2011, S. 1.

¹⁶⁹ Ebenda, S. 4.

¹⁷⁰ Szenezeitschrift „Underdog“, Ausgabe 42 vom 1. August 2013. Auch abrufbar auf der Internetseite der KAMPAGNE 129EV.

Militanz orientieren sie sich recht stark an dem Philosophen und Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse, der mit seinen Ideen maßgeblich die '68er Bewegung beeinflusste. Dieser sah die Ursachen für Gewalt in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen“. Diese seien die Basis für gesellschaftliche Strukturen sowie für Institutionen und Machtverhältnisse, die schließlich eine „strukturelle“ Gewalt auf ihre Bürger ausübe. Daraus leiten AUTONOME ein Naturrecht auf Widerstand ab. Dieser Ansatz liefert ihnen somit ein Erklärungsmuster für ihre Gewaltbereitschaft. Vor allem in Anlehnung an Marcuses Prinzip der Gegenwehr prägte die autonome Szene den Begriff „Antirepression“, der sich ausschließlich als Reaktion auf vermeintliche Gewalt des Staates und somit als ein reaktives – auch militantes – Mittel versteht, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen.

Die linksextremistische LEIPZIGER ANTIFA (LEA) bemüht sich, Maßstäbe dafür zu finden,

„(...) die Gewalt als politisches Mittel und schließlich als linksradikale Aktionsform (zu) qualifizieren.“¹⁷¹

LEA geht es um die Herstellung eines Zusammenhanges von speziellen linksextremistischen Anliegen mit militantem Vorgehen. Zwar zähle Gewalt zum „festen Repertoire“¹⁷², jedoch sei diese kein Selbstzweck, sondern es komme entscheidend auf die Verbindung von politischen Zielen und Militanz an, insbesondere auf deren Einbindung in ein theoretisches politisches Konzept, aus dem sich Ziele und Mittel des Ge-

walteinsatzes ergäben. Erst dann sei Militanz ein angemessenes und gerechtfertigtes Mittel im politischen Kampf.¹⁷³ Beispielsweise wird der Einsatz von Gewalt gegen Rechtsextremisten von Autonomen grundsätzlich gebilligt.

Autonomer Antifaschismus als Mittel der Systemüberwindung

Als Mittel der Systemüberwindung pflegten die AUTONOMEN eine besondere Form des Antifaschismus. Dieser wird von ihnen dazu genutzt, staatlichen Institutionen und Akteuren eine Nähe zu rechtsextremistischer Ideologie vorzuwerfen, um damit zu belegen, dass die Ursache für Faschismus im Kapitalismus als wirtschaftliche und politische Ordnung zu suchen sei. Autonomer Antifaschismus wird deshalb als ein politisches Konzept verstanden, das auf die Ablösung des demokratischen Verfassungsstaats durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ hinausläuft. In der bundesweit vertriebenen linksextremistischen Szenezeitschrift INTERIM heißt es:

„Radikaler ANTIFASCHISMUS bedeutet für uns mehr als nur gegen Nazis zu sein. Er bedeutet auch eine unvereinbare Haltung zu diesem System einzunehmen und die gesellschaftlichen Bedingungen radikal zu bekämpfen, welche immer wieder Rassismus, Sozialdarwinismus und letztendlich die Existenz von Neonazis reproduzieren. Daher akzeptieren wir keine gesetzlich vorgeschriebenen Regeln im Kampf gegen Neonazis und für eine herrschaftsfreie Welt.“¹⁷⁴

Autonomer Antifaschismus bedeutet somit mehr als die bloße Ablehnung der Rechtsextremisten

¹⁷¹ PHASE 2, Heft 30, Dezember 2008, S. 62.

¹⁷² Ebenda.

¹⁷³ PHASE 2, Heft 30, Dezember 2008, S. 64.

¹⁷⁴ INTERIM vom 11. Juni 2009, Seite 20.

und ihrer im historischen Faschismus wurzelnden Ideologie. Da die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten aber ein allgemeines zivilgesellschaftliches Anliegen ist, können Positionen von Linksextremisten innerhalb des öffentlichen Diskurses eine moralische und politische Rechtfertigung erfahren, geht es doch um den zu Recht abgelehnten Rechtsextremismus. Maßnahmen von Polizei oder Justiz aufgrund von Gesetzesverstößen in diesem Zusammenhang werden als „Repressionsmaßnahmen“ skandalisiert und in der Öffentlichkeit angegriffen.

„Antifaschismus ist besonders geeignet, die Legitimität staatlichen Handelns in Frage zu stellen und die Notwendigkeit direkter Aktionsformen zu vermitteln“¹⁷⁵,

betonte auch die der autonomen Szene zuzurechnende Gruppierung ANTIFASCHISTISCHE LINKE INTERNATIONAL aus Göttingen (Niedersachsen).

Der Verweis auf die gemeinsame Bekämpfung des Rechtsextremismus ermöglicht es Linksextremisten daher auch, Demokraten als Bündnispartner zu gewinnen und damit die Grenzen zwischen Demokraten und Extremisten zu verwischen. Bei oberflächlicher Betrachtung reihen sich AUTONOME lediglich in den allgemeinen Protest ein. Dabei wird jedoch verkannt, dass sie sich bei ihrer Haltung gegen Rechtsextremisten nicht zur Demokratie bekennen, sondern ihr „Antifaschismuskampf“ Teil einer letztlich auf die Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung angelegten Strategie ist. Auch haben es Linksextremisten mittlerweile geschafft, in solchen nichtextremistischen Bündnissen Einfluss zu erlangen. So werden Blockaden rechtsextremistischer Veranstaltungen

inzwischen als eine Form des Widerstandes auch von Bürgerlichen als opportun und als legales Mittel des „Widerstandes“ angesehen, obwohl sie zumindest zu Gewalt führen können und als Verstoß gegen das Versammlungsgesetz strafrechtlich geahndet werden.

AUTONOME thematisieren weiterhin die „soziale Frage“ sowie den Antikapitalismus als Mittel der Systemüberwindung

Die bereits im Vorjahr erkennbare stärkere Befassung der autonomen Szene mit der „sozialen Frage“ und mit einer „revolutionären Perspektive“ zur Schaffung einer „herrschaftsfreien“ Gesellschaft setzte sich im Berichtsjahr fort. AUTONOME geht es dabei nicht um eine moderate Kapitalismuskritik, sondern um die Überwindung des Kapitalismus als Erscheinungsform einer demokratischen Gesellschaft.

So sieht z. B. die ANTIFASCHISTISCHE OFFENSIVE LEIPZIG (A.O.L.) den Kapitalismus als „Fundament für Faschismus, Nationalismus und Rassismus“. Demzufolge strebt die A.O.L. nach der „Überwindung des gegenwärtigen Systems durch eine soziale Revolution“ und letztlich nach der „Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft“. In ihrer Selbstdarstellung heißt es dazu:

„Der Kapitalismus ist also eine permanente Krise. Um gegen das herrschende System zu bestehen und die Gesellschaft von den Fesseln des Kapitals zu befreien. Ist es erforderlich ein Klassenbewusstsein in die Gesellschaft zu bringen und zu stärken. Was am Ende eine soziale Revolution auslöst und damit die klassenlose Gesellschaft hervor bringt. In dem Befreiungskampf gegen das System und die herrschende Klasse solidarisieren

¹⁷⁵ „ANTIFASCHISTISCHES INFO BLATT“, Ausgabe 79, 2/2008, Seite 38.

wir uns mit dem internationalen Klassenkampf und allen Revolutionären Befreiungsbewegungen auf der Welt.“¹⁷⁶

Neben dieser deutlich orthodox-marxistisch geprägten Argumentation lassen sich in der autonomen Szene seit dem Jahr 2012 auch anarchistische Erklärungsmuster zunehmend ausmachen. Diese Entwicklung wurde von der anarchosyndikalistischen FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA) ausgelöst, die zumindest in Teilen auch für AUTONOME anschlussfähig ist. Vor allem ANARCHOSYNDIKALISTEN haben im Berichtsjahr weiter deutlich an Profil gewonnen und sich mittlerweile als eigenständige Fraktion des Linksextremismus herausgebildet.¹⁷⁷ Zwar eint ANARCHOSYNDIKALISTEN als auch AUTONOME das Ziel der Überwindung der parlamentarischen Demokratie und der Außerkraftsetzung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Erhebliche Differenzen bestehen aber in den Vorstellungen zur angestrebten Ordnung, des dorthin führenden Wegs und der anzuwendenden Mittel. So setzt die anarchosyndikalistische FAU-IAA ihren Fokus – im Unterschied zu AUTONOMEN, die einen Schwerpunkt im Antifaschismus sehen – eher auf den Antikapitalismus.

Die linksextremistische UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTI-TIFA (URA Dresden) hebt die ideologische Schnittmenge beider linksextremistischer Strömungen hervor und definiert sie als Teile einer Bewegung:

„Wenn wir unsere Vorstellung von einer besseren Gesellschaft durchsetzen wollen, dann brauchen wir dazu eine starke Bewegung. Diese entsteht nur dann, wenn sich die Menschen organisieren.“

Ob in (...) Basisgewerkschaften wie der FAU oder eben in Antifagruppen.“¹⁷⁸

Die seit Ende 2011 aktive URA DRESDEN ist ein Beispiel für eine in ihren Zielsetzungen anarchistisch beeinflusste Gruppe. Sie öffnet sich auch anarchistischen Argumentationsmustern und folgt so einem für aktionsorientierte Linksextremisten in Sachsen allgemein zu beobachtenden Trend. Ihr anarchistisches Gedankengut spiegelt sich bereits in der von ihr verwendeten Symbolik wider, zu der neben dem Zeichen der „Antifaschistischen Aktion“ auch das sogenannte „Anarchie“-Zeichen gehört, ein großes A im Kreis. Sie strebt eine nach ihrem Verständnis „hierarchielose Gesellschaft“ an, ein Ziel, das die Überwindung der parlamentarischen Demokratie einschließt. Dabei verfolgt sie einen revolutionären Ansatz.



<http://uradresden.noblogs.org>

Die ANTIDEUTSCHEN verlieren an Bedeutung

Die ehemals vor allem in Leipzig und der Region Chemnitz stark vertretene antideutsche Strömung innerhalb der AUTONOMEN verlor im Jahr 2013 an Bedeutung. Wenngleich sie als Strömung kaum mehr erkennbar ist, waren nach wie vor anlassbezogen bei öffentlichen Veranstaltungen Parolen und Transparente mit klaren „antideutschen“ Losungen wie „Nie wieder Deutschland!“ oder „Wer Deutschland liebt, den können wir nur hassen!“ sichtbar.

¹⁷⁶ Internetseite der A.O.L. Abgerufen am 13. November 2013. Fehler im Original.

¹⁷⁷ Weitere Ausführungen hierzu im Abschnitt „II 2.3 Anarchistische Gruppierungen“.

¹⁷⁸ Internetseite der URA DRESDEN, 21. Mai 2012, „Aufruf gegen den Naziaufmarsch am 17. Juni ...“.

ANTIDEUTSCHE machen weniger eine Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die darauf aufbauenden Schlussfolgerungen¹⁷⁹ zum Ausgangspunkt ihrer Kritik am demokratischen Verfassungsstaat. Vielmehr gehen sie von der Konstruktion eines spezifisch deutschen Nationalcharakters aus. Antideutsche AUTONOME sind der Auffassung, dass den Deutschen ein aggressiver und autoritärer Charakter eigen sei, der es ihnen unmöglich mache, mit ihren Nachbarn in Frieden zu leben.¹⁸⁰ In der NS-Zeit habe sich der dem Nationalcharakter immanente und auch heute noch vorhandene Aggressionstrieb ungehindert ausleben können. Die Parole und zentrale Forderung aller ANTIDEUTSCHEN „Nie wieder Deutschland!“ macht diese Einstellung deutlich. ANTIDEUTSCHE sind im Unterschied zu anderen AUTONOMEN pro-israelisch und pro-amerikanisch eingestellt. Die im nicht antideutschen Spektrum anzutreffende Solidarität mit den Palästinensern wird von ANTIDEUTSCHEN als antisemitisch abgelehnt.

Aktionsfelder

Entsprechend ihrem Selbstverständnis organisieren sich AUTONOME nur selten in festeren Strukturen. Vielmehr gruppieren sie sich um politische Themenfelder. Zu den derzeit wichtigsten Aktionsfeldern sächsischer AUTONOMER gehören neben dem „Antifaschismuskampf“ Themen wie „Antirepression“, „Freiräume“, „Antirassismus“ und Asyl sowie „Antikapitalismus“. Welche der Aktionsfelder in der Öffentlichkeit thematisiert und inwieweit AUTONOME in der Lage sind, diese auch entsprechend auszuführen, hängt von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab, in denen sie agieren.

Im Jahr 2013 fanden einige Aktionen statt, bei denen mehrere dieser Themenfelder miteinander verknüpft wurden.

Eine nur untergeordnete Bedeutung haben in der sächsischen autonomen Szene der „Antimilitarismuskampf“ sowie das Thema „Antiglobalisierung“ und „Anti-Atom-Protteste“. Das liegt in der Natur der Dinge. Da in Sachsen faktisch das Problem der Kernenergie nicht existiert, gibt es für die autonome Szene auch keinen Anlass, auf diesem Feld zu agieren.

„Antifaschismuskampf“

Antifaschismus ist das wichtigste Aktionsfeld AUTONOMER in Sachsen. Besonders die autonomen Antifa-Gruppen beschäftigen sich mit dem Kampf gegen tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten sowie deren Unterstützer. Dabei grenzen sie sich von staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ab, da eine Unterstützung dieser Maßnahmen ihrem Kampf gegen das „System“ zuwiderlaufen würde.



Die anhaltende Aktualität des Antifaschismus führt ein Berliner Aktivist der autonomen Szene auf die strategische Bedeutung des Antifaschis-

¹⁷⁹ „antifa jugendinfo“, Mai 2011, S. 23.

¹⁸⁰ Moreau, Patrick: ANTIFASCHISMUS als Strategie der PDS, in Agethen, Manfred, usw. (Hrsg.): Der missbrauchte ANTIFASCHISMUS, Freiburg, 2002, S. 376 ff.

mus als „Richtschnur einer sich linksrevolutionär verstehenden Bewegung“ zurück. Das auch heute noch von AUTONOMEN verwendete Symbol der „Antifaschistischen Aktion“, die sogenannten Doppelfahnen, beschreibt er als Zeichen „für eine militante Politik“:

„Mittlerweile stellen die Doppelfahnen eine radikale, antikapitalistische Symbolik dar, (...). Es ist zu einem Emblem geworden, das szenübergreifend Verwendung findet, sich vom staatstragenden Antifaschismus abgrenzt und für eine militante Politik steht.“¹⁸¹

Auf dem Gebiet des „Antifaschismuskampfes“ waren im Freistaat Sachsen im Jahr 2013 wieder die Gegenaktivitäten gegen Aufmärsche von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der alliierten Luftangriffe auf Dresden am 13. Februar das bedeutsamste Ereignis. Allerdings verfestigte sich die bereits im Jahr 2012 sichtbare Tendenz. Schon damals gingen die Anzahl der beteiligten gewaltbereiten Linksextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet und auch die Gewaltbereitschaft deutlich zurück. Erwartungsgemäß lag 2013 die Anzahl linksextremistischer Teilnehmer mit ca. 600–800 Personen wiederum deutlich unter der von 2012 (ca. 1.400). Das war der weitgehend nur noch regionalen Mobilisierung und dem Umstand geschuldet, dass der diesjährige Aktionstag auf einen Wochentag fiel. Neben Blockaden suchten AUTONOME die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und der Polizei.

Im Zusammenhang mit dem Wahlkampf anlässlich der Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag beteiligten sich AUTONOME an Aktionen gegen die rechtsextremistische NPD. U. a. nahmen sie am

17. August 2013 an einer von nicht extremistischen Kampagnen organisierten Gegenveranstaltung teil. Der Protestaufruf stand unter dem Motto „NPD versenken – READY TO BOARD“. Mit dem Aufruf sollte nicht nur zu Protesten gegen die NPD-Veranstaltung aufgerufen, sondern auch die Wahlkampfthemen der NPD „dekonstruiert“ werden.



Quelle: <http://npdversenken.blogspot.eu>

Zur gegnerischen Zielgruppe AUTONOMER gehören nicht nur tatsächliche Rechtsextremisten, sondern auch Personen, die von diesen einer sogenannten „Grauzone“ zugerechnet werden. Unter diesem Begriff werden all jene subsumiert, die nicht der Lebensauffassung AUTONOMER entsprechen und deren Wertvorstellungen nicht mit denen der AUTONOMEN übereinstimmen und von diesen deshalb als „konservativ und reaktionär“ abgelehnt werden. In diesem Zusammenhang griffen am 25. August 2013 in Leipzig etwa 30 Akteure zielgerichtet Gäste einer Gaststätte an, die zuvor als „Nazis“ bezeichnet worden waren. Sie warfen mit Flaschen und Steinen und setzten Knüppel ein. Eine Person wurde verletzt und ein Polizeifahrzeug beschädigt. In einem Bericht unter der Überschrift „Kein Raum für Grauzone in Leipzig-Connewitz“ auf dem von Linksextremisten genutzten Internetportal LINKSUNTEN.INDYMEDIA wird der Angriff damit begründet, dass eine sogenannte „Leipziger Grauzone“ versuche, „immer breiteren Raum in linken und alternativen Räumen zu gewinnen“.

¹⁸¹ Flugschrift „80 Jahre Antifaschistische Aktion“, 1. Auflage vom Juni 2012, Göttingen.

Diese „Grauzone“ dürfe nicht akzeptiert werden, denn dies trage „zur Normalisierung konservativer und reaktionärer Wertvorstellungen“ bei. Es wird dazu aufgerufen, der Grauzone „die Stirn zu bieten und sie zurückzudrängen“.

Die bereits im Jahr 2012 erfolgten Bedrohungen von Arbeitgebern vermeintlicher oder tatsächlicher Rechtsextremisten setzten sich 2013 fort. So wurde im Mai ein Baumarkt in Sachsen per E-Mail auf einen vermeintlichen Rechtsextremisten hingewiesen, der angeblich dort beschäftigt sein sollte. Es wurde dessen „sofortige Entlassung“ gefordert. Für den Fall der Nichtbeachtung wurde das „Abfackeln“ des Marktes angedroht.¹⁸²

„Antirepressionskampf“

AUTONOME sind erklärte „System-Gegner“. Der „Kampf gegen staatliche Repression“ ist ein klassisches Aktionsfeld mit dem der demokratische Rechtsstaat delegitimiert werden soll. „Antirepression“ wird von ihnen ausschließlich als Reaktion auf die vermeintliche „Gewalt des Systems“ und somit als ein reaktives und dadurch legitimes Mittel verstanden, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen. Das Themenfeld „Antirepression“ und entsprechende Aktionen in diesem Rahmen zielen deshalb auch immer auf gesellschaftliche Veränderungen ab.

Für sächsische AUTONOME hat das Thema „Antirepression“ seit dem Jahr 2011 eine zunehmende Bedeutung gewonnen. Auch hier zeigt sich ein enger Zusammenhang zwischen staatlichen Maßnahmen und Aktionen der autonomen Szene. Auslöser hierfür waren Durchsuchungsmaß-

nahmen der sächsischen Polizei¹⁸³ wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung am 12. April 2011.

In der Folge entstand die gewaltbefürwortende linksextremistische KAMPAGNE 129 EV, die im Wesentlichen durch Öffentlichkeitsarbeit um Unterstützung für die Beschuldigten warb. Die Kampagne war auch 2013 aktiv. Sie arbeitete u. a. mit der Dresdner Ortsgruppe des ROTEN HILFE E. V. (RH) weiterhin eng zusammen. Prägend im Jahr 2013 waren nicht, wie im Jahr 2012, gemeinsam organisierte Veranstaltungen, sondern die erstmalige Herausgabe einer umfangreichen Broschüre zum „Sonderrechtssystem §§ 129 StGB“.¹⁸⁴

Im Zusammenhang mit dem „Antirepressionskampf“ thematisierten Linksextremisten die „massiven Angriffe der Staatsgewalt“ auf den „antikapitalistischen Block“ bei der internationalen Demonstration im Rahmen der „Blockupy“-Aktionstage am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main (Hessen) sowie das gewaltsame Vorgehen der türkischen Polizei bei den Protesten in der Umgebung des Taksim-Platzes (Türkei) und die damit einhergehenden Ausschreitungen.

In Sachsen beteiligten sich am 5. Juni 2013 in Leipzig und Dresden Linksextremisten an Demonstrationen gegen „staatliche Repression“. Mit Losungen wie „Gegen Gewalt von Staat und Polizei – egal ob hier oder in der Türkei!“ instrumentalisierten Linksextremisten die Ereignisse in der Türkei, um sich in der Öffentlichkeit generell zum Thema „Antirepression“ zu positionieren. Indem sie das objektiv nicht vergleichbare Vorgehen der Polizei in Istanbul und Frankfurt am Main gleichsetzten, versuchten sie, ihren gegen staatliche Maßnahmen gerichteten „Antirepressionskampf“ mit angeblich überbordender Poli-

¹⁸² Siehe auch Abschnitt „Nazi-Outing“-Aktivitäten sächsischer Linksextremisten erreichen eine neue Qualität“ am Ende des vorliegenden Beitrags.

¹⁸³ Siehe Beitrag „II 2.9.2 Autonome Bestrebungen in Dresden“.

¹⁸⁴ Weitere Ausführungen siehe Beitrag „II 2.5 ROTE HILFE E. V.“

zeigewalt auch in Deutschland zu rechtfertigen und diesem neue Impulse zu verleihen. Besonders das Themenfeld „Antirepression“ bietet eine Grundlage für gemeinsames Handeln von ANARCHOSYNDIKALISTEN und AUTONOMEN. Da beide jegliche Staatlichkeit ablehnen, ist für sie auch der demokratische Rechtsstaat per se repressiv und muss bekämpft werden. Insofern handeln sowohl anarchosyndikalistische als auch autonome Gruppen aus gleicher Motivation. Exemplarisch dafür stand die Beteiligung an der Demonstration „Taksim ist überall“ am 25. Juni 2013 in Leipzig. Mit Losungen wie „Klasse gegen Klasse“ oder „Feuer und Flamme der Repression“ wurden in der Öffentlichkeit entsprechende Positionen artikuliert.

„Freiraumkampf“

Der Kampf um „Selbstbestimmte Freiräume“ wird von AUTONOMEN häufig mit dem Themenfeld „Antirepression“ verknüpft. Beispielsweise werden kommunale Baumaßnahmen als Angriff und somit als „staatliche Repression“ gewertet. Der Sinn dieser Verzahnung wird deutlich, wenn man berücksichtigt, dass solche Freiräume für AUTONOME einen ersten Schritt zur Etablierung der von ihnen angestrebten „herrschaftsfreien“ Gesellschaft bedeuten. Insofern werten sie eine Einschränkung immer als einen Angriff auf ihre Zielsetzung. In „Freiräumen“, wie etwa besetzte Häuser oder Jugendzentren, die dem staatlichen Zugriff entzogen sind und „selbstverwaltet“ werden, wollen sie ihre Vorstellungen von einem „besseren“ Leben umsetzen. Innerhalb dieser Freiräume wird die für die politische Arbeit unerlässliche Infrastruktur bereitgestellt

und der Informationsaustausch innerhalb der Szene unterstützt. Sie sind Rückzugsgebiet und Ausgangspunkt der antistaatlichen Aktivitäten AUTONOMER. Auf behördliche Präsenz oder Exekutivmaßnahmen in diesen Arealen reagiert die Szene entsprechend aggressiv und kämpft nicht selten gewalttätig gegen den tatsächlich oder vermeintlich drohenden Verlust solcher „Freiräume“. AUTONOMEN geht es dabei nicht nur um ihre „Lebens-“ und „Wohnräume“; vielmehr beanspruchen sie auch eine kulturelle Hegemonie in „ihrem“ Viertel.

In den Abendstunden des 26. Mai 2013 kam es im Leipziger Stadtteil Connewitz im Rahmen einer Solidaritätsaktion zu Ausschreitungen von Linksextremisten. Die Ausschreitungen standen im Zusammenhang mit vorausgegangenen Hausdurchsuchungen bei Linksextremisten in anderen deutschen Städten.¹⁸⁵ Die etwa 25 verummten Akteure skandierten „Scheiß Polizei!“, zündeten Pyrotechnik und warfen Glasscheiben ein. Sie führten ein Transparent mit der Aufschrift „Klasse gegen Klasse, Feuer und Flamme der Repression“ mit sich.



Foto: <http://de.indymedia.org>

¹⁸⁵ Die erwähnten Hausdurchsuchungen bei Linksextremisten fanden am 22. Mai 2013 in Berlin, Königs-Wusterhausen (Brandenburg), Magdeburg (Sachsen-Anhalt) und Stuttgart (Baden-Württemberg) statt. Sie erfolgten aufgrund von Ermittlungen wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Die Betroffenen sind verdächtig, Mitglieder der REVOLUTIONÄREN LINKEN (RL) bzw. REVOLUTIONÄREN AKTIONSZELLEN (RAZ) zu sein. Die RAZ gelten als Nachfolgeorganisation der MILITANTEN GRUPPE (mg) und sollen verantwortlich sein für mehrere Brandanschläge und für die Versendung von scharfen Patronen an den Bundesminister des Innern, einen Vertreter des Generalbundesanwaltes sowie zwei Politikwissenschaftler im Jahr 2011.

Im Rahmen des „Freiraumkampfes“ gewinnt auch das Thema „Gentrifizierung“ in der Szene weiter an Bedeutung. Als „Gentrifizierung“ gilt die soziale Umstrukturierung von Wohngebieten durch Sanierungsmaßnahmen, wodurch die betroffenen Gebiete ihren Charakter als „Kiez“ verlieren. Im Widerstand gegen die Gentrifizierung geht es aber nicht allein um die Beschaffung von Wohnraum oder den Erhalt bestimmter Strukturen, sondern immer auch um den „Kampf gegen das System“ insgesamt.

In diesem Zusammenhang demonstrierten Linksextremisten am 15. April 2013 in Leipzig-Volkmarisdorf unangemeldet gegen die zwangsweise Räumung der Wohnung einer Berliner Rentnerin, die nach Auffassung der Demonstranten an den Folgen der Zwangsräumung verstorben sein soll. Die etwa 40 Demonstranten waren schwarz gekleidet und verumumt. Sie wandten sich mit einem Transparent und Flugblättern gegen die Zwangsräumung und zündeten Pyrotechnik. Ein anschließend auf der auch von Linksextremisten genutzten Internetplattform LINKSUNTEN.INDYMEDIA.ORG eingestellter Veranstaltungsbericht fordert:

„Solidarität mit allen von Verdrängung betroffenen Menschen! Ausbeutung ist eine Einbahnstraße – Kapitalismus tötet! Es ist immer ein Angriff auf uns alle.“¹⁸⁶

„Antirassismuskampf“ verknüpft sich zunehmend mit dem Thema Asyl und Asylpolitik

Der Rassismus-Vorwurf an gesellschaftliche Kräfte und staatliche Institutionen gehört zum Standardrepertoire der linksextremistischen Szene. Die Szene unterstellt staatlichen Akteuren dabei einen „institutionellen Rassismus“, der systemimmanent sei.

Seit etwa 2012 gewinnt das Aktionsfeld „Antirassismus“ für die autonome Szene in Sachsen an Bedeutung. Das Themenfeld hatte dabei eine hohe Mobilisierungswirkung. Die sächsische Szene führte im Jahr 2013 mehrere Demonstrationen mit Themenbezug durch. Teilweise wurden die Themenfelder „Antirassismus“ und „Antifaschismus“ miteinander verbunden.

Die linksextremistische UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA DRESDEN (URA DRESDEN) veranstaltete am 16. Mai 2013 vor der Dresdner Ausländerbehörde eine Protestkundgebung zum Thema „Fight Racism Now“, an der sich etwa 70 Personen beteiligten. Die Versammlung richtete sich gegen einen so bezeichneten „institutionellen Rassismus“ und ein angeblich menschenverachtendes Asylsystem.

Die Asylpolitik wird von Linksextremisten häufig mit dem Aktionsfeld „Antirassismus“ in Verbindung gebracht. Aus linksextremistischer Perspektive sind Europas Grenzen nicht nur an den geografischen Außengrenzen spürbar, sondern manifestieren sich bereits in „Abschiebemaßnahmen“ der Regierung oder in deren Asylpolitik. Auch wenn der reine Protest gegen Abschiebung oder die Asylpolitik als solche noch nicht als extremistisch anzusehen ist, wird durch die Protagonisten jedoch die Asylpolitik Deutschlands als „rassistisch“ abgelehnt und letztlich auf die strukturellen und repressiven Machtverhältnisse zurückgeführt.

AUTONOME betätigen sich diesbezüglich seit Jahren in der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“. In der zweiten Jahreshälfte versuchten sie, die öffentliche Debatte über die Lage von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu nutzen, um ihre politischen

¹⁸⁶ Beitrag vom 18. April 2013 „Spontandemo in Gedenken an Rosemarie F.“ auf dem Internetportal INDYMEDIA.

Ziele zu propagieren und um staatlichen Einrichtungen einen „institutionellen Rassismus“ zu unterstellen. Insbesondere nach den Vorfällen vor der italienischen Insel Lampedusa hat sich auch die autonome Szene verstärkt der Thematik Asyl angenommen. Ein aktuell erhöhtes Aktionsniveau – wie in anderen Bundesländern u. a. in Bezug auf die Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ und das ehemalige Refugee-Camp am Pariser Platz in Berlin zu beobachten – existiert in Sachsen derzeit noch nicht. Die einzige – öffentlich wahrnehmbare – Reaktion war eine gewalttätige Spontandemonstration „Soli-Demo für die Flüchtlinge in Hamburg“ am 21. Oktober 2013 in Leipzig. Daran sollen ca. 60 Personen teilgenommen haben, die laut Bericht auf dem auch von Linksextremisten genutzten Internetportal LINKSUNTEN.INDYMEDIA.ORG auch Barrikaden errichteten und Pyrotechnik abbrannten.



21. Oktober 2013 Leipzig.

Foto: <http://linksunten.indymedia.org>

Gegen Ende des Berichtsjahres rückten für AUTONOME die von ihnen als „rechte Mobilisierung“ gegen Asylbewerberunterkünfte interpretierten Aktionen in mehreren sächsischen Gemeinden in den Fokus. Dies resultierte auch daraus, dass

neben bürgerlichem Protest auch Rechtsextremisten hier verstärkt agierten.

So beteiligten sich Linksextremisten am 14. September 2013 in Rackwitz (Landkreis Nordsachsen) an einer Demonstration unter dem Motto „Pogrome verhindern, bevor sie passieren! Keine Chance für rassistische Brandstifter_innen!“. U. a. führten sie ein Plakat mit der Aufschrift „Den deutschen Geist austreiben“ mit sich. Jedoch blieb die Demonstration nicht unumstritten. Bereits im Vorfeld veröffentlichten „Einige antirassistische Aktive aus LE [Anmerkung: gemeint ist Leipzig]“ einen Beitrag in dem auch von Linksextremisten genutzten Internetportal LINKSUNTEN.INDYMEDIA.ORG. Sie begrüßten zwar das Anliegen der Demonstration, stellten zugleich aber den Weg, mit dem das angestrebte Ziel erreicht werden sollte, in Frage.

„In eurem Aufruf lehnt ihr eine Auseinandersetzung mit den RackwitzerInnen ab. Auf euren Plakaten werbt ihr klein mit dem Spruch ‚Strafexpedition nach Rackwitz‘. Unabhängig von dem kolonialistischen Touch dieses Wortes finden wir das damit assoziierte Auftreten falsch. (...) Es wird unserer Meinung nach aber die Situation der AsylbewerberInnen, die dort bald wohnen müssen, verschlechtern und jede Form einer möglichen linken Solidarität diskreditieren.“¹⁸⁷

Am 2. und 16. November 2013 fanden in Schneeberg (Erzgebirgskreis) Demonstrationen unter dem Motto „Refugees welcome! – Gegen den rassistischen Mob in Schneeberg und überall!“ statt. Diese wurden von einer bisher nicht in Erscheinung getretenen Initiative angemeldet. Daran nahmen am 2. November ca. 120 bzw. am 16. November ca. 300 Linksextremisten teil.

¹⁸⁷ Beitrag vom 13. September 2013 „Kritisch-solidarische Gedanken zur linken Intervention in Rackwitz“ auf dem Internetportal LINKSUNTEN.INDYMEDIA.

„Antikapitalismuskampf“

Mit der Zunahme antikapitalistischer Positionen erhöhte sich der Stellenwert sozialer Proteste für sächsische AUTONOME. Das Aktionsniveau in der autonomen Szene ist hier jedoch vergleichsweise gering. Vor allem AUTONOME im Umfeld anarchistischer Gruppen machen den „Antikapitalismuskampf“ zu ihrem Thema.

Die ANTIFASCHISTISCHE OFFENSIVE LEIPZIG (A.O.L.) mobilisierte für den 2. März 2013 in Leipzig zu einer Demonstration unter dem Motto „Freiheit wird erkämpft!“ Hier galt die Solidarität den Menschen in Griechenland, die sich gegen die angeblichen „Zumutungen des kapitalistischen Krisenregimes“ zur Wehr setzten. Der Aufruf endete mit den Worten: „Kein Friede mit diesen Verhältnissen! Sabotieren! Organisieren! Besetzen!“



Foto: LfV Sachsen.

In diesem Kontext kam es in der Nacht vom 2. zum 3. März 2013 in Leipzig zu Ausschreitungen, bei denen Linksextremisten Fahrzeuge anzündeten und Sachbeschädigungen an Gebäuden begingen. Ziele waren u. a. die Deutsche Bank und die Firma Siemens, die für eine soziale Notlage in Südeuropa verantwortlich gemacht

wurden. In einem „Strategiepapier“, welches auf dem auch von Linksextremisten genutzten Internetportal LINKSUNTEN.INDYMEDIA erschien, forderten die Verfasser explizit Akte der „Zerstörung“ und „Sabotage“ als Mittel zur „Dekonstruktion bürgerlicher Identitäten“¹⁸⁸.

Die UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA DRESDEN (URA DRESDEN) veranstaltete am 21. September 2013 eine Demonstration zum Thema „Wahllos glücklich? Let's choose Revolution!“¹⁸⁹. Die URA DRESDEN forderte auf einem Transparent „Smash Fascism and Capitalism!“. Andere Teilnehmer votierten für die „Wahl“ des Kommunismus, warben für Anarchie als „Leben in Freiheit“ oder brachten ihre Gegnerschaft zur parlamentarischen Demokratie mit der Losung „FUCK YOU GERMANY“ zum Ausdruck. Auch die anarchosyndikalistische FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA) beteiligte sich an der Veranstaltung.

„Antimilitarismus“

AUTONOMEN gilt die Bundeswehr als Organisation zur Durchsetzung kapitalistischer Interessen im Ausland, die zur Erreichung ihrer Ziele vor Mord nicht zurückschreckt. Bei AUTONOMEN im Freistaat Sachsen ist „Antimilitarismus“ allerdings derzeit kein vorrangiges Thema. Die Bundeswehr und mit ihr kooperierende Unternehmen standen und stehen nicht erkennbar im Fokus des Interesses der sächsischen Szene. Bundesweit reichen die Formen der Sachbeschädigungen im Rahmen „antimilitaristischer“ Aktionen von Farbschmierereien an Liegenschaften oder Fahrzeugen über Glasbruch durch Steinwürfe bis hin zu Brandanschlägen auf Fahrzeuge. Auch im Freistaat Sachsen kam es in der Vergangenheit

¹⁸⁸ Beitrag vom 27. März 2013 „Diskussionsbeitrag zu den Ereignissen vom 2. und 3. März in Leipzig“ auf dem Internetportal LINKSUNTEN.INDYMEDIA.

¹⁸⁹ Siehe Beitrag „II 2.9.2 Autonome in Dresden“.

zu solchen Aktionen gegen die Bundeswehr, auf die sich die sächsische Szene nach wie vor bezieht. So wurde in der Nacht zum 13. April 2009 auf Fahrzeuge der Bundeswehr auf dem Gelände der Albertstadtkaserne in Dresden ein bisher un- aufgeklärter Brandanschlag verübt. Tatumstände und -ziel deuten auf einen linksextremistischen Hintergrund hin.

In einer im Oktober 2013 u. a. von der linksextremistischen KAMPAGNE 129EV und der Dresdner Ortsgruppe der ROTEN HILFE e. V. (RH) veröffentlichten Broschüre wird ausgeführt:

„Die linksradikalen und autonomen Bewegungen besetzen Felder, Bäume und Häuser, (...) fackeln Bundeswehrfahrzeuge ab und verteidigen sich gegen Nazis nicht aus purer Lust und Laune. Jeder Teilbereichskampf ist ein Ausdruck des Widerstandes und der Kritik am Ganzen. Der tägliche Terror der Verhältnisse legitimiert unser Denken und Handeln.“¹⁹⁰

Vom 21. bis 29. Juli 2013 fand in der Altmark bei Magdeburg (Sachsen-Anhalt) ein „antimilitaristisches“ Camp gegen das dort befindliche Gefechtsübungszentrum der Bundeswehr statt. Das Camp stand unter dem Motto „War starts here – let’s stop it here“. Auf der von Linksextremisten genutzten Internetseite LEFT ACTION wurde auf diesbezügliche Vorbereitungsveranstaltungen in Leipzig hingewiesen.

Aktionsformen

Um ihre Ideologie und Ansprüche zu vermitteln, nutzen AUTONOME ein vielfältiges Aktionsspektrum. Demonstrationen und gewalttätige Aktionen zählen zu den wesentlichen Aktionsformen.

Demonstrationen

Sächsische AUTONOME führen, abgesehen von spontanen Aufzügen, kaum noch eigene Demonstrationen durch. Stattdessen beteiligen sie sich überwiegend an Demonstrationen von Nichtextremisten. Als Grund hierfür geben AUTONOME an, dass die Szene alleine keine wahrnehmbare gesellschaftliche Relevanz besitzt. Meist ordnen sie sich in diesen Aufzügen weitgehend dem friedlichen Demonstrationsverhalten zivilgesellschaftlicher Akteure unter. Straftaten mit einem zu vermutenden linksextremistischen Hintergrund werden eher am Rande des Demonstrationsgeschehens oder im Vorfeld begangen. Zwar betonen AUTONOME auch, dass ihnen der „Widerspruch zwischen der Forderung nach einer herrschaftsfreien Gesellschaft und gleichzeitigen Appellen an den Staat“¹⁹¹ bewusst sei, trotzdem greifen sie auf diese Aktionsform zurück, besonders wenn die Thematik in der Bevölkerung anschlussfähig erscheint. Hier sehen AUTONOME eine Möglichkeit, die Wirksamkeit ihrer Aktionen zu erhöhen, gesellschaftlich Einfluss zu nehmen und ihren nichtextremistischen Partnern eigene linksextremistische Zielstellungen zu vermitteln. Indem sie gewalttätige Aktionen nicht in direktem Zusammenhang mit Demonstrationen begehen, wollen sie vermeiden, dass sich Maßnahmen der Sicherheitsbehörden gegen die Demonstration richten und sich die friedlichen Teilnehmer von ihnen distanzieren.

Vor allem spontane Demonstrationen entsprechen dem Selbstverständnis AUTONOMER und werden häufig als Reaktion auf aus autonomer Sicht repressive staatliche Maßnahmen durchgeführt. Dass es dabei zu gewalttätigen Aktionen kom-

¹⁹⁰ Broschüre LINKE POLITIK VERTEIDIGEN! FÜNF FINGER SIND NE FAUST!, Juli 2013, S. 44.

¹⁹¹ INTERIM Nr. 742 vom 27. Juli 2012, Seite 38.

men kann, erklären AUTONOME mit ihrem Lebensgefühl:

„(...) dann wollen wir vielleicht unserer Wut auf der Straße Ausdruck verleihen, und symbolisch alles das angreifen, was uns das Leben zur Hölle macht (...).“¹⁹²

Insbesondere die Leipziger Szene führte im Jahr 2013 spontane Demonstrationen durch. Die Durchführung spontaner Solidaritätsaktionen ist ein Kennzeichen der autonomen Szene Leipzig. Sie ist sehr dynamisch und in der Lage, auf aktuelle bundesweite und internationale Ereignisse kurzfristig zu reagieren und in beachtlichem Umfang zu mobilisieren. So demonstrierten am 23. April 2013 Linksextremisten unangemeldet in Leipzig in Solidarität mit dem autonomen Szeneelement „Institut für vergleichende Irrelevanz“ (IVI) aus Frankfurt am Main (Hessen), das am Vortag von der Polizei geräumt worden war.

Im Jahr 2013 wurden in Leipzig und Dresden nahezu gleich viele Demonstrationen von bzw. unter Beteiligung von AUTONOMEN durchgeführt. Die größte Veranstaltung fand wiederum anlässlich des Jahrestages der alliierten Luftangriffe am 13. Februar mit einer Beteiligung von etwa 600-800 gewaltbereiten Linksextremisten in Dresden statt¹⁹³.

Gewalttätige Aktionen

Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ansichten gilt in der autonomen Szene nicht nur als legitim, sondern sogar als unvermeidbar. Deshalb ist in der autonomen Szene bundesweit ein anhaltend hohes Aggressionsniveau festzustellen.

Besonders das gewalttätige Vorgehen gegen politische Gegner und gegen die Polizei ist unverändert charakteristisch für linksextremistische AUTONOME. Vor allem bei Straftaten gegen Polizeibeamte handelt es sich um bewusste Angriffe. Linksextremistische Gewalttäter betrachten Polizeibeamte in erster Linie als Vertreter des von ihnen verhassten Staates. Insofern stellen diese für die AUTONOMEN das zentrale Feindbild dar, denn sie verkörpern das staatliche Gewaltmonopol, das bekämpft werden muss. Es zeigt sich dabei ein Kontinuum, welches von verbaler Gewalt bis hin zu körperlichen Angriffen reicht. So werden Polizisten mit Formulierungen, wie „Bullen sind Schweine“ oder der Parole „All cops are bastards“ (ACAB), verunglimpft.

Hierzu bedarf es auch keiner öffentlich verbreiteten Gewaltaufrufe. Maßgeblich für die Mobilisierung und das Verhalten von gewaltorientierten Linksextremisten sind die Bedeutung des Anlasses, die aufrufenden Gruppierungen sowie die zur Mobilisierung genutzten Medien.

Auch im Freistaat Sachsen sind gewalttätige Aktionen neben Demonstrationen die wichtigste Aktionsform der AUTONOMEN. Besonders ist dies in der Leipziger autonomen Szene ausgeprägt. Auch wenn sich die Gewalt in der Regel nur gegen Sachen richtet, ist ihr Verhalten provokativ und signalisiert ihren Anspruch auf Vorherrschaft in „ihrem“ Szeneviertel. Darüber hinaus ist die Gewalt der Leipziger Szene nicht reaktiv, sondern aktiv ausgerichtet. Exemplarisch dafür steht eine Aktion am 21. Oktober 2013. Etwa 20 Personen setzten am Connewitzer Kreuz im Bereich der Überwachungskamera Mülltonnen in Brand. Anschließend stellten sie Absperranlagen auf und blockierten damit den Straßenverkehr

¹⁹² INTERIM Nr. 732 vom 23. September 2011, S. 13.

¹⁹³ Für nähere Angaben zu öffentlichen Aktionen AUTONOMER siehe Beitrag „II 2.9 Regionale Beschreibung linksextremistischer Bestrebungen“.

und setzten damit bewusst auf die Konfrontation mit der Polizei. Hier zeigt sich auch eine Form von „themenbezogener Gewalt“. Dabei wird angestrebt, über einen maximalen Sachschaden auf Rahmenentscheidungen in Feldern wie Videoüberwachung oder Städtebaupolitik Einfluss zu nehmen. Solche Straßenkrawalle sind eine typische Form der Gewalt. In Sachsen ist von diesen Ausschreitungen besonders die Stadt Leipzig betroffen.

Abgesehen von Straßenkrawallen gehen AUTONOME auch mit direkten Angriffen gegen ihre politischen Gegner vor. Diese Aktionen sind meist planvoller angelegt. In diesem Zusammenhang griffen z. B. am 25. August 2013 in Leipzig etwa 30 Akteure zielgerichtet Gäste einer Gaststätte an, die zuvor als „Nazis“ bezeichnet worden waren. Sie warfen mit Flaschen und Steinen und setzten Knüppel ein. Eine Person wurde verletzt und ein Polizeifahrzeug beschädigt.

Auch in Form von Tatbekenntnissen, Solidaritätsbekundungen oder die Tat rechtfertigenden und befürwortenden Erklärungen bringen AUTONOME regelmäßig ihre Billigung politisch motivierter Straftaten und Anschläge zum Ausdruck. AUTONOME nutzen derartige Aktionen auch, um ihre dahinter liegenden Absichten öffentlich zu vermitteln und damit ihre Positionen im Kampf gegen das „System“ zu stärken.

„Nazi-Outing“-Aktivitäten sächsischer Linksextremisten erreichen eine neue Qualität

Das sogenannte „Nazi-Outing“ ist eine Strategie, welche die autonome Antifa bereits seit Jahren anwendet. Dabei publizieren Mitglieder der Antifa private Informationen wie Name, Foto, Adresse, Autokennzeichen, Arbeitgeber oder Account-Daten zu sozialen Netzwerken von tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten. Dies

geschieht entweder mittels Flugblättern, die in der privaten oder beruflichen Umgebung der Betroffenen verteilt werden, oder – mittlerweile sehr ausgeprägt – über Internetportale. Das Ziel besteht darin, Personen, die nach Interpretation der Antifa als „Nazis“ eingeschätzt werden, in der Öffentlichkeit bloßzustellen, um sie schließlich gesellschaftlich zu ächten und ihnen – wo möglich – auch ihre materielle Basis zu entziehen. Die Strategie des „Nazi-Outings“ entspricht dem Feindbild der autonomen Antifa, das im Kern auf einer dualen Weltsicht beruht. Mithin werden tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten als „Faschisten“ oder „Nazis“ deklariert. Elementare Persönlichkeitsrechte werden ihnen bereits aufgrund der ihnen unterstellten Gesinnung abgesprochen, da nach Auffassung AUTONOMER „Faschismus“ keine Meinung, sondern ein Verbrechen darstellt.

Das „Nazi-Outing“, an dem sich sächsische Linksextremisten seit mehreren Jahren beteiligen, hat Ende des Jahres 2013 in Ostsachsen eine neue Qualität erreicht. So wurde durch eine Facebook-Recherche bekannt, dass Linksextremisten unter vorgetäuschten Identitäten Kontakt zu einem Rechtsextremisten aus der Region Görlitz aufgenommen hatten, um dessen berufliches und soziales Umfeld auszuforschen. Demnach gab sich die autonome Antifa als Zeitarbeitsfirma aus und vermittelte diesem Rechtsextremisten einen fiktiven Termin für ein angebliches Vorstellungsgespräch in Halle (Sachsen-Anhalt). Auf dem Weg dorthin sollte er offenbar in Leipzig tätlich angegriffen werden. Über die Recherche wurde zudem bekannt, dass die betroffene Person bereits mehrfach bei seinem Arbeitgeber als Rechtsextremist denunziert und ihm daraufhin auch gekündigt worden sei.

Die Aktion zum Jahresende 2013 zeugt nicht nur von einer gründlichen Ausforschung der betroffenen Person verbunden mit einem hohen

logistischen Aufwand. Deutlich wurde auch die überregionale Vernetzung der autonomen „Nazi-Outing“-Aktivisten. Die Aufklärung des beruflichen Umfeldes zielt besonders darauf ab, ihn in diesem Bereich zu schädigen. Neu ist, dass das „Nazi-Outing“ nicht nur zur Denunziation, sondern auch für tätliche Angriffe gegen Personen angewendet wird.

Straftaten, die im Zusammenhang mit „Outings“ stattfinden, werden zumindest billigend in Kauf genommen. Diese können sich auch gegen vermeintliche Unterstützer von „Nazis“ richten. So wird im Einzelfall Druck auf die Arbeitgeber missliebiger Personen ausgeübt verbunden mit

der häufig unverhohlenen Drohung, dass sich Straftaten auch gegen diese richten könnten oder dass ihr Ruf geschädigt werden könnte, wenn sie als angebliche Unterstützer von „Nazis“ öffentlich gebrandmarkt werden würden. So setzten sich im Jahr 2013 die bereits im Vorjahr festgestellten anonymen Bedrohungen und Nötigungen von Arbeitgebern vermeintlicher oder tatsächlicher Rechtsextremisten per E-Mail fort. Z. B. wurde im Mai von einem Baumarkt in Sachsen per E-Mail die „sofortige Entlassung“ eines vermeintlichen Rechtsextremisten gefordert, der angeblich dort beschäftigt sei. Bei Nichtbeachtung wurde das „Abfackeln“ des Marktes angedroht.

2.3 Anarchistische Gruppierungen

Der Anarchismus ist eine politische Bewegung und Weltanschauung, die in ihrem Kern die Herrschaft von Menschen über Menschen sowie jede Art von Hierarchie als Form der Unterdrückung von Freiheit ablehnt. Das Ziel besteht in der Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft im Sinne einer Gesellschaftsordnung ohne Staat, Militär und Justiz. Der Anarchismus besitzt eine lange historische Tradition, deren Wurzeln bis in die frühe europäische Arbeiterbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts zurückreichen. Im Laufe seiner Geschichte hat er eine Vielzahl von Strömungen hervorgebracht und verschiedene Facetten entwickelt, die eine unterschiedliche Qualität aufweisen und bis in die Gegenwart hineinreichen.

Die anarchistischen Gruppierungen in Sachsen vertreten Positionen des Anarchosyndikalismus. Dabei sind fließende Übergänge in ähnliche oder verwandte Bewegungen oder Gruppen, wie die AUTONOMEN, feststellbar. Dennoch liegen einige

typische Merkmale vor, die diese Variante des Anarchismus klar umreißen und wodurch sich diese Gruppen auch deutlich von den AUTONOMEN unterscheiden. Diese wesentlichen Unterscheidungsmerkmale lassen sich vor allem anhand von Kriterien für die Bereiche Ideologie, Organisation und Strategie herausarbeiten:

Der Anarchosyndikalismus ist eine Form des Anarchismus, der auf die Übernahme der Produktionsmittel durch Arbeiterassoziationen abzielt. Er beinhaltet somit die Idee einer gewerkschaftlichen Berufsgenossenschaft, die eine Kollektivierung der Produktionsmittel anstrebt. Der Staat soll zerschlagen werden und an dessen Stelle eine Föderation der Syndikate treten. Das Syndikat wird als tragende Organisationseinheit des revolutionären Kampfes, wie auch der Zukunftsgesellschaft, erachtet. Diese Form des Anarchismus weist somit eine deutlich andere Qualität auf als jene der AUTONOMEN. Zwar favorisieren auch AUTONOME ihrem Selbstverständnis

entsprechend eine herrschafts- und gesetzlose Ordnung, jedoch ist es ihnen bislang nicht gelungen, diesbezüglich eine feste theoretische Basis zu entwickeln.

Die anarchosyndikalistischen Gruppen sind in ein föderales Netzwerk integriert. Die örtlich/regionalen Lokalföderationen bilden die bundesweite FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION (FAU), welche ihrerseits als deutsche Sektion der INTERNATIONALEN ARBEITER ASSOZIATION (IAA) angeschlossen ist. Dagegen ist die autonome Szene in verschiedene örtliche Strukturen und Kleingruppen zersplittert. Den verschiedenen Versuchen der Bildung einer überregionalen Organisation oder zumindest einer dauerhaften Vernetzung untereinander standen stets die den AUTONOMEN eigene Organisationsfeindlichkeit sowie ideologische Differenzen entgegen.

Zur Erreichung ihrer Ziele handeln ANARCHOSYNDIKALISTEN entsprechend den konkreten strategischen Prinzipien, wie sie in der Satzung der FAU-IAA formuliert sind. Ihre Strategie besteht darin, „(...) schrittweise eine neue Welt in der Schale der alten zu entwickeln“¹⁹⁴. Die Frage der Gewalt bei der Umsetzung ihrer Ziele wird zwar offen gelassen. Allerdings schließt die FAU deren Anwendung auch nicht nachdrücklich aus. In ihrer „Prinzipienerklärung“ heißt es dazu:

„In unserem Vorgehen legen wir uns weder auf Gewaltlosigkeit noch auf Gewalt fest! Die Wahl unserer Mittel ergibt sich aus den konkreten Situationen und Zielen!“¹⁹⁵.

In Sachsen sind es die anarchosyndikalistischen Gruppen der FAU-Dresden, Chemnitz und Leipzig sowie die ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND LEIPZIG

(ASJL), die fest in das bundesweite föderale Netzwerk integriert sind. Im Gegensatz zu 2012 haben diese Gruppierungen im Berichtsjahr deutlich an Profil gewonnen und sich als eigenständige Fraktion des Linksextremismus herausgebildet.

FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA)

Extremismusbereich:	Linksextremismus
Gründung:	1977
Sitz:	Frankfurt am Main (Hessen)
Mitglieder 2012 in Sachsen	ca. 40
Mitglieder 2013 in Sachsen	ca. 25
Teil-, Nebenorganisationen:	Syndikate, Lokalföderationen
Publikation:	DIREKTE AKTION
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Die FAU-IAA ist die mitgliederstärkste anarchistische Gruppierung in Deutschland und in Sachsen spätestens seit Mitte der 1990er Jahre aktiv. Sie bezeichnet sich selbst als „Anarchistische Gewerkschaft“, die der INTERNATIONALEN ARBEITER ASSOZIATION (IAA) angeschlossen ist. Ihre Finanzierung erfolgt über Mitgliedsbeiträge. Im Jahr 2013 stieg die Zahl aktiver Mitglieder in Sachsen von 25 im Vorjahr auf etwa 40 an.

Die organisatorische Basis der sächsischen Mitglieder bilden örtliche Syndikate (lokale basisdemokratische Gewerkschaften) und Lokalföderationen (alle Syndikate an einem Ort) in den Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz. Die im

¹⁹⁴ „Prinzipienerklärung“ der FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION, verfasst 1989/1990, geändert 2003, S. 7.

¹⁹⁵ „Prinzipienerklärung“ der FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION, verfasst 1989/1990, geändert 2003, S.11.

Jahr 2012 gegründete FAU-INITIATIVE CHEMNITZ, die sich auch als Syndikat der Region Chemnitz/Erzgebirgskreis bezeichnet, trat an die Stelle der im Jahr 2011 aufgelösten kreisübergreifenden FAU-Südwestsachsen.

Ideologie/Politische Zielsetzung

Die FAU-IAA ist in erster Linie anarchistisch und antikapitalistisch aufgestellt. Ihr Ziel ist es, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu überwinden. In ihrem als „revolutionäre Gewerkschaftszeitung“ bezeichneten Kampfblatt DIREKTE AKTION¹⁹⁶, das sich nach eigenen Angaben „auf die Grundlage des Klassenkampfes stützt“, heißt es dazu:

„Wir ANARCHO-SYNDIKALISTINNEN haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel. Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus. (...) Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z. B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab.“

Mit diesem Selbstverständnis, welches vor allem durch die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie geprägt ist, steht die FAU-IAA in klarem Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Aktivitäten

Im Freistaat Sachsen war 2013 ein deutlicher Anstieg der Aktivitäten der FAU-IAA vor allem

in Dresden zu verzeichnen. Die FAU-Dresden ist die derzeit mobilste und aktivste anarchosyndikalistische Gruppe in Sachsen. Sollte dieser Trend anhalten, kann sich Dresden durchaus zu einem Zentrum des Anarchosyndikalismus in Deutschland entwickeln.

FAU-Gruppierungen führen nicht nur eigenständig initiierte Aktivitäten durch. Sie beteiligen sich auch an Aktionen von AUTONOMEN. Einendes Ziel beider Strömungen ist dabei die Überwindung der parlamentarischen Demokratie. Dieses Ziel stellt gewissermaßen den kleinsten gemeinsamen Nenner dar, unter dem AUTONOME und anarchistische Gruppen agieren. Ebenso bilden Themenfelder wie „Antifaschismus“ und „Antirepression“ eine gemeinsame Schnittmenge. Das Trennende besteht in einer klaren Strategie der ANARCHOSYNDIKALISTEN zur Überwindung der parlamentarischen Demokratie. Sie setzen auf die Erzeugung einer Massenbewegung, deren Schwerpunkt bei revolutionären Gewerkschafts- und Betriebsgruppen liegen soll.

Die Gemeinsamkeiten, aber vor allem die Unterschiede zeigten sich am 21. September 2013 bei einer Demonstration in Dresden unter dem Motto „Wahllos glücklich? Let's choose Revolution!“. Wenn auch AUTONOME und FAU-Gruppen unter diesem Motto gemeinsam demonstrierten, bildeten die FAU-Anhänger einen eigenen „libertären Block“ und hielten eigenständige Redebeiträge. Der Verlauf der Veranstaltung machte die Unterschiede deutlich. Während die AUTONOMEN mit Losungen wie „Staat, Nation, Kapital, Scheiße“ oder „FUCK YOU GERMANY“ ihre Gegnerschaft zum Staat und zur parlamentarischen Demokratie zum Ausdruck brachten, hieß es dagegen in den Redebeiträgen¹⁹⁷ der FAU:

¹⁹⁶ Internetseite der DIREKTE AKTION.

¹⁹⁷ Redebeitrag „Wirkliche Alternativen schaffen!“. Quelle:<http://www.libertaeres-netzwerk.org/gruppen/allgemeines-syndikat/aktionen/redebeitrag>.

„Die Übernahme des Staates durch eine Partei ist damit für uns als Weg zu einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Fremdbestimmung genau-so wenig geeignet wie der Parlamentarismus.“ Deshalb solle man – so die Argumentation des Redners – „(...) mit Streiks und Sabotage unser Leben als Lohnabhängige so angenehm wie möglich machen. D.H. nicht lange auf parlamentarische Mehrheiten und die Wirkung von symbolischem Protest zu warten (...)“



Demonstration am 21. September 2013 in Dresden.
Foto: www.libertaeres-netzwerk.org

Ebenso distanzierte sich die FAU deutlich von der Außenwirkung der Demonstration und insbesondere von dem „martialisch-aggressiv“ wirkenden Auftreten der autonomen Gruppierungen. Kritisiert wurde auch, dass aus der Sicht der FAU so wichtige Themen wie „Kritik am Kapitalismus und Parlamentarismus“ sowie das Aufzeigen möglicher Alternativen zu kurz gekommen seien.¹⁹⁸

Darüber hinaus nahm die FAU aber auch an Veranstaltungen von Nicht-Extremisten teil. So beteiligte sich das ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN der FAU-IAA am 17. Oktober 2013 in Dresden an der Demonstration „Pflege braucht Zukunft“. Auch dort bildeten deren Anhänger einen eigenen Block und artikulierten mit Fahnen und Transparenten ihre politischen Positionen. Die Beteiligung an Veranstaltungen außerhalb des Linksextremismus ist durchaus Teil ihrer Strategie, welche darin besteht, die Massen von ihren Zielen zu überzeugen.

Andererseits ist die FAU-Dresden auch bemüht, mit eigenen Aktionen in der Öffentlichkeit auf-



Demonstration am 17. Oktober in Dresden.
Fotos: www.libertaeres-netzwerk.org



¹⁹⁸ Beitrag „Kritische Auswertung der Demonstration 'Wahllos glücklich!', 21. September 2013, Dresden“ auf der Internetseite www.libertaeres-netzwerk.org.

zutreten, um sich stärker zu profilieren. So nutzte das ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN im Januar 2013 die Proteste von Studenten der Technischen Universität (TU) Dresden gegen die Schließung von Räumlichkeiten zur Werbung in eigener Sache. Mit einem offenen Brief¹⁹⁹ wandte sich das ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN an das Rektorat der TU Dresden und forderte den „KOK 16 als eine der letzten selbstverwalteten und kritischen Einrichtungen innerhalb der TU unbedingt zu bewahren.“ Das ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN richtete in den besetzten Räumlichkeiten ein provisorisches Büro ein und stellte in einer Vortragsveranstaltung „seinen gewerkschaftlichen Ansatz und die Idee des Anarchosyndikalismus“ vor.



Foto: www.libertaeres-netzwerk.org

Eine zentrale Veranstaltung, die dem Ziel und Anliegen der FAU entspricht, ist der 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterklasse“. Wie bereits im vergangenen Jahr bot sich dem ALLGEMEINEN SYNDIKAT DRESDEN die Gelegenheit, seine Forderungen in Form einer Demonstration in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Das Ziel der Organisatoren bestand darin, den „libertären 1. Mai dauerhaft

in Dresden zu etablieren.“ Dies zeigt deutlich das Bemühen, sich auch künftig als anarchosyndikalistische Gewerkschaftsgruppe in der Öffentlichkeit zu verankern. Etwa 80 Personen, die überwiegend dem anarchistischen und autonomen Spektrum zuzurechnen waren, demonstrierten unter der Losung „Wir kriegen nur wofür wir kämpfen! Organisiert Schule, Betrieb und Kiez!“. Einerseits zeigt die Teilnehmerzahl, dass die FAU zwar über ihre eigene Anhängerschaft hinaus aktivieren kann. Andererseits zeigt die Teilnahme AUTONOMER, dass es ihr – jedenfalls anlässlich des 1. Mai – nicht gelingt, außerhalb des Linksextremismus zu mobilisieren. Dies wird auch weiterhin nicht zu erwarten sein, da das Ereignis 1. Mai bereits durch die großen Massengewerkschaften mit entsprechenden Forderungen abgedeckt ist.



1. Mai Demonstration in Dresden.

Foto: libertaeres-netzwerk.org

Dagegen bieten spezielle Branchen außerhalb des industriellen Sektors eher die Möglichkeit sich als Alternative anzubieten. So gelang dem ALLGEMEINEN SYNDIKAT DRESDEN am 29. Juli 2013 die Gründung einer INITIATIVE BASISGEWERKSCHAFT NAHRUNG UND GASTRONOMIE (I-BNG). Deren Ziel ist es, „möglichst schnell zu einer verhandlungs- und

¹⁹⁹ „Offener Brief der Gewerkschaft ALLGEMEINES SYNDIKAT DRESDEN FAU IAA an das Rektorat der TU Dresden“, <http://www.libertaeres-netzwerk.info/libertaeres-netzwerk/news-detail/datum/2013/01/24/allgemein>.

streikfähigen Lokalgewerkschaft innerhalb der Gewerkschaftsförderung FAU anzuwachsen“²⁰⁰.



Quelle: libertaeres-netzwerk.org

Zur finanziellen Unterstützung der I-BNG veranstaltete das ALLGEMEINE SYNDIKAT DRESDEN am 26. Juli ein Solidaritätskonzert. An der Veranstaltung nahmen auch Mitglieder der FAU INITIATIVE CHEMNITZ teil. Hier zeigt sich die kommerzielle Funktion des Mediums Musik für linksextremistische Organisationen.

Neben der Dresdner Gruppe ist auch die FAU-INITIATIVE CHEMNITZ um öffentliche Präsenz bemüht. So organisierte sie in Zusammenarbeit mit dem ALLGEMEINEN SYNDIKAT DRESDEN am 29. Juni ein Sommerfest unter dem Motto „Sommer, Sonne Arbeitskampf“. Die Einnahmen sollten offensichtlich der Finanzierung weiterer öffentlichkeitswirksamer Aktionen dienen, da der Arbeitskampf nicht nur Interessenten sondern auch Geld brauche²⁰¹. Obwohl die Veranstaltung zur Steigerung der Attraktivität mit musikalischen Darbietungen verbunden war, nahmen nur etwa 25 Personen teil.

Dagegen stehen bei der FAU-LEIPZIG weniger öffentliche Aktionen als vielmehr die interne politische Arbeit im Mittelpunkt. In ihrem Gewerkschaftslokal „Libelle“ informiert sie über



Quelle: <http://fau-chemnitz.blogspot.de>

Ziele und Anliegen der FAU. Diese angebotenen FAU-Stammtische bieten die Möglichkeit, sich über die Ortsgruppe zu informieren. Ziel ist die Rekrutierung neuer Mitglieder.

ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND LEIPZIG (ASJL)



Banner der ASJL.

Quelle: <http://asjl.blogspot.de>

Historie und Strukturentwicklung

Eigenen Angaben zufolge wurde die ASJL im November 2010 gegründet. Sie gehört als Ortsverein zu der im Mai 2011 gegründeten Regionalföderation Ost der ASJ.

Ab Mitte 2007 entwickelte sich innerhalb der FAU-IAA eine Jugendvertretung, die auf dem FAU-Kongress 2008 eine AG-Jugend konstituierte. Aus dieser AG-Jugend heraus bildeten sich

²⁰⁰ <http://www.libertaeres-netzwerk.org/allgemeines-syndikat/bng/>.

²⁰¹ Beitrag „Bekanntmachung! FAU Sommerfest 2013“ auf der Internetseite der FAU Initiative Chemnitz.

schließlich regionale ASJ-Gruppen. Die Separierung der ASJL von der FAU-Leipzig im Jahr 2010 markiert keine Abgrenzung im inhaltlich/weltanschaulichen Sinn, sondern ist Folge einer bundesweiten strukturellen Entwicklung.

Ideologie / Politische Zielsetzung

Mit der Formulierung, dass „(...) für die Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit eine gemeinschaftliche Verwaltung der Produktionsmittel entscheidend notwendig ist“, wird eine Grundforderung des Anarchosyndikalismus bedient. Darüber hinaus grenzte sich die ASJL – zumindest indirekt – deutlich vom Freiheitsbegriff der AUTONOMEN ab, da aus ihrer Sicht „Freiheit nicht das Ausleben egoistischer Vorstellungen auf Kosten Anderer“²⁰² bedeute.

Außerdem ist sie der Meinung, dass

„(...) man über sein Zusammenleben mit anderen Menschen selbst entscheiden kann, ohne durch soziale, politische oder sonstige Hierarchien unterdrückt zu werden.“²⁰³

Sie hält es für unmöglich, diesen Grundsatz im Kapitalismus zu verwirklichen. Weiterhin befürwortet sie Gewalt und will jede staatliche und nicht-staatliche Ordnung überwinden. Dazu äußert die ASJL:

„Nichts wäre wünschenswerter, als dass dieser Konflikt friedlich ausgetragen werden könnte. Die Lehren aus der Geschichte und das Gebären der aktuell Machthabenden lässt uns diesen Wunsch leider als unrealistisch erscheinen.“²⁰⁴

Die ASJL strebt nach Systemüberwindung, sie lehnt Herrschaft als Synonym für Ungleichheit und Unfreiheit in jeder Form ab. Das gilt auch für die von Marxisten angestrebte „Diktatur des Proletariats“ nach erfolgreichem Klassenkampf. Unter Klassenkampf versteht die ASJL den „unmittelbaren Kampf gegen das Bestehen von Klassen, als Ausdruck von Unterdrückung“. Dieser sei nur zu verwirklichen, „indem die Bereitschaft aller zur Überwindung des Systems durch Aufklärung und Emanzipation gefördert wird“²⁰⁵.

Aktivitäten

Die interne politische Arbeit der ASJL ist von Kontinuität geprägt. Regelmäßig werden monatliche offene Plenen und „Minijob-Beratungsstunden“ durchgeführt.

Die „Minijob-Beratungsstunde“ erfolgt im Rahmen der Kampagne „Jung und Billig – Gemeinsam gegen Ausbeutung im Minijob“. Aus Sicht der ASJL sind den „Kampfmitteln“ zur Durchsetzung ihrer Forderungen keine Grenzen gesetzt. Neben Kundgebungen und Arbeitsniederlegungen sei es auch möglich, den Betriebsablauf zu sabotieren. Sowohl bei der Planung als auch bei der Durchführung will man den Betroffenen zur Seite stehen.

Die ASJL widmete sich im Berichtsjahr aber nicht nur ihrem originären Ziel der gewerkschaftlichen Arbeit, sondern beteiligte sich zusammen mit autonomen Gruppierungen an Demonstrationen zu den Themen „Antirepression“ und „Antirassismus“. Besonders das Themenfeld „Antirepression“ bietet eine Grundlage für gemeinsames Handeln von ANARCHOSYNDIKALISTEN und AUTONOMEN.

²⁰² Internetseite der ASJL, Rubrik „Grundsatz“.

²⁰³ Ebenda.

²⁰⁴ Ebenda. Schreibweise wie im Original.

²⁰⁵ Ebenda

Exemplarisch dafür steht die Beteiligung an der Demonstration „Taksim ist überall“ am 25. Juni 2013 in Leipzig. Deren Ziel war es, auf die Proteste und die damit einhergehenden Ausschreitungen in der Umgebung des Taksim-Platzes (Türkei) aufmerksam zu machen. Mit Losungen wie „Klasse gegen Klasse“ oder „Feuer und Flamme der Repression“ wurden in der Öffentlichkeit entsprechende Positionen artikuliert.



Foto: <http://asjl.blogspot.de>

Zur Umsetzung ihrer Ziele will die ASJL in erster Linie junge Menschen erreichen. Dafür nutzt sie das Medium Internet, insbesondere ihre Homepage und das soziale Netzwerk Facebook. Hier werden mit einprägsamen Transparenten die Ziele in die Öffentlichkeit transportiert.



Quelle: Facebookseite der ASJL.

2.4 Orthodoxe linksextremistische Parteien und Organisationen

Unter diesem Oberbegriff werden jene Bestrebungen subsumiert, die sich zu den Theorien von Marx, Engels und Lenin, der These vom Klassenkampf sowie zur Diktatur des Proletariats bekennen. Darüber hinaus sehen diese Gruppierungen im Kapitalismus eine notwendigerweise zu überwindende Gesellschaftsordnung. Dies ist verbunden mit der Negierung der Regeln und Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaats, wobei die Institutionen der parlamentarischen und rechtsstaatlichen Demokratie aufgehoben werden sollen. Dies ist der gemeinsame weltanschaulich/politische Nenner dieser Gruppierungen, die gewissermaßen eine orthodox-kommunistische Formation innerhalb des Linksextremismus bilden.

Die orthodox-kommunistischen Gruppierungen besitzen zwar von allen linksextremistischen Fraktionen das ausgeprägteste weltanschauliche und theoretische Fundament, welches mit einer deutlichen Programmatik und klar konturierten Zielvorstellungen verbunden ist. Ihre Bedeutung innerhalb des Linksextremismus in Sachsen ist mit einem Potenzial von ca. 250 Personen jedoch eher marginal. Von allen in Sachsen vertretenen Gruppierungen in diesem Bereich ist die zahlenmäßig stärkste nach wie vor die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE. (KPF) mit ca. 160 Mitgliedern. Weitere derartige Strukturen sind die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD), die DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) und die MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS“ (MLPD).

Auch das KOMMUNISTISCHE AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN (KAD) wird als orthodox-kommunistisch eingeschätzt.

Ideologie/politische Zielsetzung

Unabhängig vom gemeinsamen weltanschaulich/politischen Nenner gibt es unter diesen Gruppierungen Nuancen und Variationen, die sich in ihrer ideologischen Ausrichtung unterscheiden. Die DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) und die KPF, als linksextremistische Strömung innerhalb der Partei DIE LINKE, sind marxistisch-leninistisch ausgerichtet. In ihrer Programmatik bekennen sie sich zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin und lehnen einen reformerischen Ansatz zugunsten eines revolutionären Wegs zum Sozialismus ab. So heißt es beispielsweise im Programm der DKP:

„Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden.“²⁰⁶

Damit fordert man als Mittel für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus unmissverständlich eine Revolution und somit eine auf demokratisch nicht legitimiertem Weg basierende grundlegende Veränderung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die Präambel der MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) weist in dieselbe Richtung:

„Die MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland. Ihr

grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.“²⁰⁷

Im Unterschied zu anderen orthodox-kommunistischen Gruppierungen, die sich kaum noch zu kommunistischen Diktatoren wie Stalin oder Mao Tsetung bekennen, kann bei der MLPD ein deutlich offenes Bekenntnis zu diesen ausgemacht werden. Das unterstreicht, dass die MLPD im Gegensatz zu DKP oder KPF nicht nur marxistisch-leninistisch, sondern auch stalinistisch und maoistisch ausgerichtet ist. Diese politische Ausrichtung lässt sich an ihrer ideengeschichtlichen Selbstverortung ablesen. In der Präambel ihrer Grundsatzerklärung heißt es:

„Die Lehren von Marx, Engels und Lenin, Stalin und Mao Tsetung bilden die entscheidende Grundlage für den Kampf für den Sozialismus.“

Bereits DKP oder KPF stoßen mit ihrer eng am orthodoxen Marxismus orientierten Programmatik kaum auf Akzeptanz in der Bevölkerung. Die MLPD ist jedoch darüber hinaus durch das hohe Ausmaß an ideologischem Dogmatismus und dem exklusiven Anspruch auf den „wahren Sozialismus“ sogar innerhalb der orthodox-kommunistischen Fraktion isoliert. Sie befördert damit eine weitere Zersplitterung dieses Spektrums.

Aktivitäten

Aufgrund ihres geringen Personenpotenzials verbunden mit strukturellen Schwächen sind Aktionen dieser Gruppierungen überwiegend auf

²⁰⁶ Programm der DKP, 2006, S. 9.

²⁰⁷ Präambel der Organisationspolitischen Grundsätze der MLPD.

interne Treffen und Vortragsveranstaltungen beschränkt. Sie beteiligen sich aber auch anlassbezogen an Demonstrationen nicht extremistischer Organisationen bzw. unterstützen diese, wie beispielsweise zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Februar, zum Jahrestag des Volksaufstandes in der ehemaligen DDR am 17. Juni oder zum 1. Mai. Gelegentlich treten orthodoxe linksextremistische Organisationen aber auch mit eigenen Kundgebungen oder Informationsständen an die Öffentlichkeit.

Zur Bundestagswahl im September 2013 trat im Freistaat Sachsen aus der Mitte der orthodoxen linksextremistischen Strukturen lediglich die MLPD mit einer Landesliste und einem Direktkandidaten an. Die erzielten Wahlergebnisse unterstrichen die politische Bedeutungslosigkeit der Partei. Sie erreichte in Sachsen mit 0,1 % der Wählerstimmen für ihre Landesliste nur etwa halb so viele Wähler (2.569) wie zur Bundestagswahl 2009 (5.281). Der MLPD-Direktkandidat erzielte 554 Stimmen (2009: 436).

2.5 ROTE HILFE e.V. (RH)

ROTE HILFE e.V. (RH)

Extremismusbereich:	Linksextremismus
Gründung:	1975
Sitz:	Bundesgeschäftsstelle in Göttingen (Niedersachsen)
Mitglieder 2013 in Sachsen:	ca. 200 ²⁰⁸
Mitglieder 2012 in Sachsen:	ca. 200
Mitglieder 2012 bundesweit:	ca. 6.000 ²⁰⁹
Vorsitz Bund:	keine Angabe
Teil-, Nebenorganisationen:	-
Publikation:	DIE ROTE HILFE (vierteljährlich)
Kennzeichen:	

Historie und Strukturentwicklung

Nachdem sich Anfang der 1970er Jahre in verschiedenen Städten ROTE-HILFE-Gruppen gebildet hatten, wurde die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS (RHD)²¹⁰ unter Bezugnahme auf den gleichnamigen Vorläufer im Jahr 1975 neu gegründet. Seit 1986 ist die Organisation ein eingetragener Verein.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands ging der Aufbau erster Strukturen der RH in Sachsen nur sehr schleppend voran. Neu gegründete Ortsgruppen lösten sich häufig kurze Zeit später wieder auf.

Mittlerweile bestehen in Sachsen Ortsgruppen in den Städten Leipzig und Dresden. In Chemnitz ist weiterhin nur eine Kontaktadresse eingerichtet. Der deutliche Mitgliederzuwachs bei der RH im Jahr 2012 setzte sich nicht weiter fort. Die Anzahl der Mitglieder blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. Zwar konnte der Verein nicht

²⁰⁸ Die Mitgliederzahlen beruhen auf Eigenangaben der RH.

²⁰⁹ Die Mitgliederzahlen beruhen auf Eigenangaben der RH.

²¹⁰ Die RHD war ursprünglich bereits 1921 von der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) gegründet worden. Ihre Aufgabe bestand darin, Geld- und Lebensmittelsammlungen „für die Opfer des proletarischen Befreiungskampfes zu organisieren“. Sie war eine der mitgliederstärksten KPD-nahen Massenorganisationen, bis sie sich unter dem Druck der Nationalsozialisten 1936 vollständig auflöste.

an Bedeutung hinzugewinnen, jedoch zählt er weiterhin zu den mitgliederstärksten linksextremistischen Gruppierungen.

Die RH gliedert sich in einen Bundesvorstand sowie in selbstständig arbeitende Ortsgruppen bzw. Regionalgruppen. In Regionen ohne eigene Struktur behilft sich die RH zudem mit sogenannten Kontaktadressen, an welche sich Interessierte wenden können. Eine Bundesdelegiertenversammlung legt mindestens alle zwei Jahre die Grundsätze und Schwerpunkte der Arbeit fest.

Die RH finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, durch den Verkauf der überregionalen linksextremistischen Zeitung DIE ROTE HILFE sowie von Broschüren. Auch werden themenspezifische Spendenaktionen durchgeführt.

Ideologie/politische Zielsetzung

Die RH wird von Linksextremisten unterschiedlicher ideologisch-politischer Ausrichtung getragen. Sie versteht sich als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“²¹¹. Ihr elementares Anliegen ist die finanzielle und politische Unterstützung von Personen und Organisationen des „linken“ Spektrums „die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden“²¹². Dazu zählt insbesondere ihr Engagement im „Kampf gegen die staatliche Repression“ und „die politische Justiz“²¹³. Unter „Repression“ werden dabei alle

Maßnahmen der aus Sicht der RH politisch gefärbten Judikative und Exekutive, hier vor allem der Polizei, verstanden, die sich gegen Angehörige des „linken“ Spektrums richten²¹⁴. Die RH zielt damit auf eine Abschaffung des demokratischen Rechtsstaats. Sie versteht Polizei, Justiz und Strafvollzug als Mittel der Machthaber zur Herrschaftssicherung. Deren Handeln sei rein politisch motiviert, willkürlich sowie grund- und menschenrechtswidrig. Durch das staatliche Handeln würden

„(...) die Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse gesichert und 'Recht und Ordnung' durchgesetzt werden. Menschen die Widerstand leisten, sollen vereinzelt unter Druck gesetzt und von weiterer politischer Aktivität abgehalten werden.“²¹⁵

Aktivitäten

Hauptbetätigungsfeld ist die Unterstützung von Tatverdächtigen oder Straftätern aus dem „linken“ Spektrum, die aus Sicht der RH Opfer „staatlicher Repression“ geworden sind. Die RH vermittelt den Betroffenen Anwälte und gewährt ihnen Beihilfen zu Prozesskosten und zur Begleichung von Geldstrafen/-bußen. „Politische Häftlinge“ werden von der RH betreut, um ihre Bindung an die linksextremistische Szene zu erhalten. Sie flankiert die von ihr als besonders spektakulär empfundenen Fälle von „Repression“ durch Kampagnen, Presseerklärungen oder Solidaritätskundgebungen. In den Ortsgruppen finden regelmäßig Rechtsberatungen zu Themen wie „Umgang mit Staatspost, Polizeiübergreifen

²¹¹ § 2 Abs. 1 der Satzung des ROTE HILFE e.V., abrufbar auf der Internetseite des ROTE HILFE e.V.

²¹² § 2 Abs. 2 Satz 1 der Satzung des ROTE HILFE e.V., abrufbar auf der Internetseite des ROTE HILFE e.V.

²¹³ „Vorwärts und nicht vergessen – 70/20 Jahre Rote Hilfe“, S. 58 f., Göttingen 1996.

²¹⁴ „Vorwärts und nicht vergessen – 70/20 Jahre Rote Hilfe“, S. 58 f., Göttingen 1996; „Aussageverweigerung und Verhörmethoden“, September 2007, S. 17 f., 45 f.

²¹⁵ Sonderausgabe der ROTEN HILFE zum „18.03.2013 Tag der politischen Gefangenen“, Beilage in der Tageszeitung „JUNGE WELT“ vom 15. März 2013.

und anderweitiger Repression" statt. Zudem vertreibt die RH eine Vielzahl verschiedener Broschüren, so z. B. zum Thema „Aussageverweigerung gegenüber der Polizei“.

Die RH stellt für konfliktgeneigte Veranstaltungen, wie „linke“ Demonstrationen, häufig sogenannte Ermittlungsausschüsse (EA) zur Verfügung, welche den Betroffenen als Ansprechpartner dienen und ihnen Anwälte vermitteln.

Die öffentlichen Aktivitäten der mitgliederstärksten sächsischen Ortsgruppe Leipzig waren 2013 rückläufig.

Die demgegenüber wesentlich aktivere Dresdner Ortsgruppe hat die Zusammenarbeit mit der der sächsischen autonomen Szene zuzurechnenden linksextremistischen KAMPAGNE 129EV, die als ihr Spendenkonto ein Konto der RH Dresden angibt, weiter intensiviert. Verbindendes Element beider Gruppen ist der „Antirepressionskampf“. Gemeinsam wurde eine umfangreiche Broschüre mit dem Titel „Sonderrechtssystem §§ 129 StGB“ herausgegeben. Darüber hinaus nutzte die RH Dresden lange die Internetseite der KAMPAGNE 129EV²¹⁶. Als Reaktion auf die bundesweiten Hausdurchsuchungen bei Linksextremisten am 22. Mai 2013 wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung der REVOLUTIONÄREN LINKEN (RL) bzw. REVOLUTIONÄREN AKTIONSZELLEN (RAZ) wurde ein Text mit dem Titel „Solidaritätser-

klärung aus Dresden: Es ist immer ein Angriff auf uns alle!“ von der RH DRESDEN, der KAMPAGNE 129EV sowie der UNDOGMATISCHE(N) RADIKALE(N) ANTI-TIFA DRESDEN (URA DRESDEN) gemeinsam im Internet veröffentlicht.²¹⁷ Unter Bezugnahme auf den NSU-Prozess wird dem Staat vorgeworfen, „linke Politik und nationalsozialistischen Terror“ gleichzusetzen.²¹⁸

„Wir betrachten die Hausdurchsuchungen (...) eindeutig als politisch motivierte Repression, mit welcher das 'Gleichgewicht der Extreme' wiederhergestellt werden soll. Der Staat braucht nicht zu hoffen, dass wir uns in die gleiche Ecke wie die Faschist_innen drängen lassen. Wir lassen uns weder kriminalisieren, noch einschüchtern!“²¹⁹

Besonders deutlich wird die enge Zusammenarbeit der beiden Gruppen auch anhand einer im Oktober 2013 im Internet veröffentlichten Broschüre²²⁰, welche sich u. a. mit der Historie und der „Verschärfungen“ der §§ 129 ff. StGB²²¹ befasst. Die Autoren kritisieren diese als „Gesinnungsparagrafen“ bezeichneten Strafrechtsnormen als zu unbestimmt, da sie zu viel Interpretationsspielraum zulassen würden. Außerdem besitze der

„Staat als wohl mächtigstes Herrschaftskonstrukt (besitzt) gemäß seiner Verfassung das Monopol auf Gewalt und dieses setzt er nicht nur gegen

²¹⁶ Seit 1. November 2013 ist die RH Dresden über eine eigene Internetadresse erreichbar.

²¹⁷ Die Betroffenen sind verdächtig, Mitglieder der REVOLUTIONÄREN LINKEN (RL) bzw. REVOLUTIONÄREN AKTIONSZELLEN (RAZ) zu sein. Die RAZ gelten als Nachfolgeorganisation der MILITANTEN GRUPPE (mg) und sollen für mehrere Brandanschläge sowie die Versendung von scharfen Patronen an den Bundesminister des Innern, einen Vertreter des Generalbundesanwalts sowie zwei Politikwissenschaftler im Jahr 2011 verantwortlich sein.

Die Solidaritätserklärung wurde am 31. Mai 2013 auf der von Linksextremisten genutzten Internetseite LINKSUNTEN.INDYMEDIA.ORG und auf der Internetseite der KAMPAGNE 129EV veröffentlicht.

²¹⁸ Ebenda.

²¹⁹ Ebenda.

²²⁰ Abrufbar über die Internetseite der KAMPAGNE129EV.

²²¹ § 129 StGB: Bildung krimineller Vereinigungen; §129a StGB: Bildung terroristischer Vereinigungen; §129b StGB: Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland.

Falschparker_innen oder Steuerhinterzieher_innen ein, sondern auch gegen fortschrittliche Strömungen innerhalb 'seiner' Gesellschaft."²²²

Es wird deshalb gefordert: „Die §§ 129 a/b sind ersatzlos abzuschaffen!“²²³

Die RH zeigt sich selbst mit ehemaligen Mitgliedern terroristischer Vereinigungen, wie der ROTEN

ARMEE FRAKTION (RAF), solidarisch. Sie relativiert nicht nur die von diesen begangenen Gewalttaten, sondern verschafft ihnen sogar eine öffentliche Plattform, so anlässlich einer Buchlesung mit einem verurteilten und heute als Autor tätigen RAF-Mitglied am 24. September 2013 im „AZ Conni“ in Dresden, zu der die RH als Mitveranstalterin eingeladen hatte.

2.6 Kennzeichen und Symbole, die von Linksextremisten verwendet werden

Vorbemerkung

In unserer politischen Kultur finden sich zahlreiche Beispiele für die Verwendung von Symbolen. Sie sind ein wichtiges Bindemittel politischer Parteien und Gruppierungen. Unter einem Symbol sammelt sich eine Gemeinschaft, bei Demonstrationen formieren sich darunter Gruppierungen und signalisieren so Geschlossenheit in ihren politischen Positionen.

Schon immer haben auch Linksextremisten in ihrer politischen Agitation auf die Macht der Symbole zurückgegriffen. Dabei zeigen sich besonders in der Farbwahl Gemeinsamkeiten. Im Linksextremismus sind Rot und Schwarz hier die zentralen Farben. In den unterschiedlichen Epochen der Geschichte waren diese Farben mit unterschiedlichem Symbolgehalt verbunden. War Rot ursprünglich das Statussymbol der gehobenen Stände, wurde diese Farbe mit der Abschaffung des Adelsprivilegs die Leitfarbe für die unteren Schichten und ihrer sozialen Proteste. Während des Aufstandes der Lyoner

Seidenweber 1834 wurden rote Fahnen getragen, die schließlich auch in Deutschland zur Revolution von 1848 aufkamen. Ebenso ist die Farbe Schwarz bereits seit dem 19. Jahrhundert ein Symbol des Anarchismus. Insofern lässt sich anhand der Farbwahl ein allgemeines Traditionsbewusstsein ausmachen, das alle Fraktionen des Linksextremismus umfasst. Die nachfolgende Aufstellung enthält eine exemplarische Auswahl wichtiger Kennzeichen und Symbole, die regelmäßig von den jeweiligen linksextremistischen Strömungen benutzt werden.

Autonome Szene



Das wichtigste Aktionsfeld der autonomen Szene ist der „Antifaschismuskampf“, welcher bei Aktionen durch Verwendung einschlägiger Symbole zum

Ausdruck gebracht wird.

Am häufigsten genutzt wird dabei das Emblem

²²² Broschüre „Sonderrechtssystem §§ 129 StGB“, S.43.

²²³ Broschüre „LINKE POLITIK VERTEIDIGEN! FÜNF FINGER SIND NE FAUST!“, Seite 11. Im Impressum erklärt sich die RH Dresden für den Inhalt der Broschüre verantwortlich.

der „Antifaschistischen Aktion“ – ein Rückgriff auf die historische „Antifaschistische Aktion“, welche am 10. Juli 1932 in der Berliner Philharmonie gegründet wurde. Ziel war damals die Gründung einer Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus. Die roten Fahnen standen für die damaligen Parteien SPD und KPD und sollten deren Aktionseinheit verdeutlichen.

Allerdings wurde das historische Symbol entsprechend den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, dem Selbstverständnis der autonomen Szene und deren Zielstellung im Rahmen des „Antifaschismuskampfes“ geändert und angepasst. Das aktuelle Emblem, welches den „Antifaschismuskampf“ der autonomen Szene ausdrückt, war das Symbol der ANTI-FASCHISTISCHEN AKTION/BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO), einer bundesweiten Vernetzung autonomer Gruppierungen, die von 1992 bis 2001 bestand. Dass eine der ursprünglich zwei roten Fahnen durch eine schwarze ersetzt wurde, erklärt sich aus den weltanschaulichen Grundpositionen der AUTONOMEN, die Elemente des Anarchismus beibehalten. Autonomer Antifaschismus wird auch als politisches Konzept verstanden, welches auf die Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates abzielt. Damit ist das Symbol, wie es in einer Erklärung dazu heißt, zu einem Emblem geworden, das sich vom staatstragenden Antifaschismus abgrenzt und für eine militante Politik steht. Insofern hat sich das aktuelle Symbol der autonomen Antifa beträchtlich von Ziel und Inhalt des historischen Emblems entfernt.

Ein prägendes Merkmal der autonomen Szene ist der Einsatz von Gewalt zur Erreichung der politischen Ziele. Die Gewalt wird vor allem im Kampf gegen den politischen Gegner, d.h. ge-



gen tatsächliche aber auch vermeintliche Rechtsextremisten, eingesetzt.

Das Symbol „Good night white pride“, welches bei Demonstrationen oft auf Transparenten oder Bannern gezeigt wird, bringt diese Gewaltbereitschaft deutlich zum Ausdruck. Da AUTONOME mit dem Thema „Antifaschismus“ durchaus Akzeptanz in der gesellschaftlichen Mitte erreichen, nehmen auch Nichtextremisten an solchen Demonstrationen teil und formieren sich unter diesem Symbol.



Ein weiteres Emblem zeigt, dass sogar die Tötung des Gegners ins Kalkül gezogen wird.

Das Themenfeld „Antirepression“ spielt für AUTONOME eine zentrale Rolle. Nach deren Verständnis wird „Antirepression“ als Reaktion auf vermeintliche Gewalt des demokratischen Staates interpretiert. Aus dieser Perspektive werden vor allem Polizeibeamte als Vertreter des Rechtsstaates zum politischen Gegner. Sie stehen dabei nicht



nur im Fokus der „Gegengewalt“, sondern werden – wie z. B. mit der Formel ACAB – auch verunglimpft. ACAB steht für die englischsprachige Parole „All Cops Are Bastards“ (wörtlich „Alle Polizisten sind Bastarde“).

Ein weiteres Symbol zum Themenfeld „Antirepression“ ist die Zahlenformel 129 bzw. 129a. Damit verdeutlichen Linksextremisten ihren Protest gegen – aus ihrer Sicht diskriminierende und ungerechtfertigte – Ermittlungsverfahren gegen linksextremistische Zusammenschlüsse wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 des Strafgesetzbuchs) bzw. Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB). Maßnahmen von Polizei und Justiz werden als „Repressionsmaßnahmen“ diffamiert und in der Öffentlichkeit angegriffen.



Anarchistische Gruppen

Anarchistische Gruppierungen greifen auf Zeichen und Symbole zurück, die eng mit der Geschichte der anarchischen Bewegungen verbunden sind.

Das Anarcho-Zeichen ist das bekannteste Symbol des Anarchismus. Das große „A“ in einem Kreis soll Pierre Joseph Proudhons Maxime „Anarchie ist Ordnung“ verdeutlichen. Proudhon (1809-1865) war ein französischer Anarchist,



der eine Neuordnung der Gesellschaft ohne jegliche Staatsgewalt anstrebte. Die gesellschaftlichen Beziehungen sollten lediglich nach dem Prinzip der freiwilligen Gegenseitigkeit geregelt werden. Die Anarcho-Punk-Bewegung nutzte ab den 1980er Jahren dieses Symbol und verhalf ihm zu allgemeinem Bekanntheitsgrad.

Der Kreis symbolisiert dabei auch Einigkeit. Insofern steht dieses Emblem für die identitätsstiftende Verbundenheit aller anarchischen Gruppen, auch wenn diese unterschiedliche Positionen vertreten.

Daneben sind der fünfzackige Stern sowie die gestäubte Katze Symbole des Anarchismus. Die Farbkombination Rot und Schwarz weist auf den Anarchosyndikalismus²²⁴ hin. Das Rot symbolisiert den Syndikalismus als revolutionären Verbund auf Basis der Ideen der „Direkten Aktion“, kombiniert mit Schwarz, stellvertretend für den Anarchismus. Die fünf Zacken des Sterns stellen die fünf Kontinente dar und weisen auf den internationalen Charakter des Anarchismus hin. Auch die schwarze Katze, mit gestäubtem Fell und ausgefahrenen Krallen in alarmierter, kampfbereiter Stimmung, gilt als anarchisches Symbol. Sie wird vor allem mit dem Anarchosyndikalismus verbunden. Dementsprechend wird sie auch im Logo der anarchosyndikalistischen FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION (FAU) verwendet. Für den Schöpfer des Symbols der Schwarzen Katze, Ralph Chaplin, einen Aktivist der „Industrial workers of the world“²²⁵, stellt



²²⁴ Zum Anarchosyndikalismus siehe Beitrag „II.2.3 Anarchistische Gruppierungen“.

²²⁵ Diese Gewerkschaft wurde am 27. Juli 1905 in Chicago von Delegierten verschiedener Gewerkschaften, Sozialisten und ANARCHISTEN gegründet. Die „Direkte Aktion“ (Boykott, Sabotage, Betriebsbesetzung) stellte ein wesentliches Mittel im Arbeitskampf dar. Ihre politischen Positionen vereinten Elemente des Anarchismus, des Syndikalismus und des Marxismus.

diese ein Sinnbild der Sabotage dar. Damit verbindet sich mit dem Emblem, das neben der FAU auch die ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND LEIPZIG (ASJL) nutzt, auch eine entsprechende politische Aussage.

Orthodoxe Marxisten

Das Bekenntnis zu den Theorien von Marx, Engels und Lenin sowie der Theorie vom Klassenkampf und der Diktatur des Proletariats gehören zu den prägendsten Merkmalen dieser Fraktion innerhalb des Linksextremismus. Sie spiegeln sich auch in deren Symbolik wieder.



Eines der zentralen Symbole orthodoxer Marxisten sind Hammer und Sichel, welche die Arbeit in der Industrie (Hammer) und in der Landwirtschaft (Sichel) verkörpern. Als Emblem

auf der Fahne der ehemaligen Sowjetunion und deren Unionsrepubliken diente es im 20. Jahrhundert als Symbol für den Kommunismus. Seine Nutzung durch orthodoxe Kommunisten weist nicht nur auf deren offenes Bekenntnis zu einer Weltanschauung, sondern auch zu einer kommunistischen Diktatur hin.

In der Präambel der Grundsatzklärung der „MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS“



(MLPD) heißt es: „Die Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung bilden die entscheidende Grundlage für den Kampf für den Sozialismus.“ Entsprechend sind auf dem Emblem der MLPD die Portraits dieser Personen abgebildet und verdeutlichen so den engen Zusammenhang zwischen den Lehren dieser Personen und den politischen Standpunkten der Partei.

2.7 Linksextremistische Publikationen (Auswahl)

DIE ROTE FAHNE

Herausgeber / Verantwortlicher:	KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD), Zentralkomitee
Erscheinungsturnus:	monatlich
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

DIREKTE AKTION (DA)

Herausgeber / Verantwortlicher:	FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA)
Erscheinungsturnus:	alle zwei Monate
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

DIE ROTE HILFE

Herausgeber / Verantwortlicher:	ROTE HILFE e. V. (RH), Bundesvorstand
Erscheinungsturnus:	alle drei Monate
Auflage:	7.650 (Eigenangabe)
Verbreitung:	bundesweit

INTERIM

Herausgeber / Verantwortlicher:	INTERIM e.V.
Erscheinungsturnus:	alle zwei Wochen
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

JUNGE WELT

Herausgeber / Verantwortlicher:	LINKE PRESSE VERLAGS-, FÖRDERUNGS- UND BETEILIGUNGSGESELLSCHAFT JUNGE WELT e.G.
Erscheinungsturnus:	werktäglich
Auflage:	ca. 18.500 (Eigenangabe 04/13)
Verbreitung:	bundesweit

MARXISTISCHES FORUM

Herausgeber / Verantwortlicher:	MARXISTISCHES FORUM (MF)
Erscheinungsturnus:	unregelmäßig
Auflage:	1.000
Verbreitung:	bundesweit

MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE

Herausgeber / Verantwortlicher:	KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF), Bundeskoordinierungsrat
Erscheinungsturnus:	monatlich
Auflage:	ca. 1.700 (Eigenangabe)
Verbreitung:	bundesweit

PHASE 2

Herausgeber / Verantwortlicher:	ein in Leipzig ansässiger Verein
Erscheinungsturnus:	alle drei Monate
Auflage:	unbekannt
Verbreitung:	bundesweit

ROTE FAHNE

Herausgeber / Verantwortlicher:	MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)
Erscheinungsturnus:	wöchentlich
Auflage:	ca. 8.000
Verbreitung:	bundesweit

UNSERE ZEIT (UZ)

Herausgeber / Verantwortlicher:	DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP), Parteivorstand
Erscheinungsturnus:	wöchentlich
Auflage:	ca. 6.000
Verbreitung:	bundesweit

2.8 Ausblick zum Linksextremismus

Im Freistaat Sachsen stieg das linksextremistische Potenzial geringfügig an: von ca. 730 im Vorjahr auf ca. 750 Personen im Jahr 2013. Der – wenn auch bescheidene – Zuwachs erfolgte bei den anarchosyndikalistisch ausgerichteten Gruppierungen. Dadurch kam es zu einer Umkehr des noch im Jahr 2012 rückläufigen Trends. Die Ursache hierfür liegt in den strukturellen Entwicklungen und einer Binnenwanderung in-

nerhalb des Linksextremismus, welche wiederum mit inhaltlichen Entwicklungen im Zusammenhang stehen. So verstärkte sich im Jahr 2013 der bereits im Vorjahr erkennbare Trend innerhalb der autonomen Szene, anarchosyndikalistische Positionen aufzugreifen und sich an Veranstaltungen dieser Gruppierungen zu beteiligen. Dies könnte schließlich zu einem Wechsel einzelner Personen in anarchosyndikalistische Gruppen

geführt haben. Gleichzeitig konturierten sich in Leipzig innerhalb der autonomen Szene neue Gruppierungen, sodass sich dieser Wechsel letztlich ausglich und das Gesamtpotenzial der AUTONOMEN bei 340 Personen konstant blieb.

AUTONOME

Das Personenpotenzial der autonomen Szene war in den vergangenen fünf Jahren leicht rückläufig. Die Anzahl war im Jahr 2010 zunächst leicht angestiegen und stagnierte im Folgejahr. In den Jahren 2012 und 2013 umfasste es ca. 340 Personen. Einerseits gelang den AUTONOMEN vor allem durch das Themenfeld „Antifaschismus“ teilweise ein Anschluss an die gesellschaftliche Mitte und sie verschafften sich so auch Akzeptanz außerhalb des Linksextremismus. Dies führte jedoch nicht zu einem personellen Zuwachs aus diesem Bereich. Hinderlich waren hier bislang offenbar die für AUTONOME typische Anti-Haltung und die damit verbundene Negativ-Formulierung ihrer politischen Absichten und Ansprüche. Ein positives Ziel im Sinne eines konkreten Gesellschaftsmodells wurde nicht formuliert. Blicke es hierbei, so wäre für die Szene kein signifikanter personeller Zuwachs zu erwarten.

Im Berichtsjahr zeigte sich allerdings ein Abrücken von der einseitigen Anti-Haltung. So setzte sich der bereits im Vorjahr in Ansätzen erkennbare Trend, die soziale Frage zunehmend mit einer revolutionären Perspektive zu verbinden, verstärkt fort. Diese inhaltlichen Entwicklungen können künftig durchaus zu einer schärferen Konturierung der Binnenstruktur der autonomen Szene in Sachsen führen. Prägnant bleibt, dass die autonome Szene weiterhin durch Heterogenität geprägt ist. Dies zeigt sich in der Entste-

hung von Gruppierungen mit ausgeprägten anti-kapitalistischen/antiimperialistischen Positionen, wie die ANTIFASCHISTISCHE OFFENSIVE LEIPZIG (AOL)²²⁶. Sollten sich solche Gruppierungen zunehmend nach außen hin öffnen, können sie unter diesen Voraussetzungen möglicherweise auch Potenziale jenseits des Linksextremismus beeinflussen. Da der Kapitalismus vor allem im Zusammenhang mit der Globalisierung im öffentlichen Bewusstsein häufig kritisch gesehen wird, kann ein klares Bekenntnis dagegen zu einer positiven Wahrnehmung in der Öffentlichkeit führen. Dadurch könnten vor allem junge Menschen zur Mitarbeit in linksextremistischen Gruppen motiviert werden.

Die autonome Szene in Sachsen sieht die Anwendung von Gewalt als durchaus legitimes Mittel im politischen Kampf an und ist insoweit als grundsätzlich gewaltbereit einzuschätzen. So kam es im Rahmen des „Kampfes um Freiräume“ 2013 vor allem in Leipzig zu Ausschreitungen.²²⁷ Auch Ereignisse außerhalb Sachsens können als Katalysator für die Szene wirken, mit denen diese Gewaltanwendung für sich legitimiert. Dies zeigte sich beispielsweise im Zusammenhang mit einer zwar friedlich verlaufenen Demonstration am 23. Dezember 2013 in Leipzig, auf der sich die Leipziger Szene mit Teilnehmern einer Demonstration im Hamburger Schanzenviertel solidarisierte, wo es Tage zuvor zu schweren Krawallen gekommen war.

Die Verübung von Gewalttaten vor allem gegen Polizisten im Rahmen von Demonstrationen hängt häufig vom Kräfteverhältnis zwischen Einsatzkräften und Demonstranten ab. Dies verdeutlicht ein Resümee Leipziger Aktivisten²²⁸ zur Aktion am 23. Dezember. Das Ansinnen, die

²²⁶ Siehe dazu ausführlich Beitrag „II 2.9.1 AUTONOME in Leipzig“.

²²⁷ Siehe dazu Beitrag „II 2.9 Regionale Beschreibungen linksextremistischer Bestrebungen“.

²²⁸ Internetseite Indymedia.

Demonstration bis in das Zentrum Leipzigs führen zu wollen, konnte demnach nicht umgesetzt werden, da eingeschätzt wurde, dass dies gegen das massive Polizeiaufgebot nicht durchzusetzen war.

ANARCHISTEN und sonstige linksextremistische Gruppierungen

Das Personenpotenzial der ANARCHISTEN und sonstigen linksextremistischen Gruppierungen umfasste im Jahr 2013 ca. 160 Personen. Die anarchosyndikalistischen Gruppen trugen ihre politischen Positionen im Jahr 2013 verstärkt an die Öffentlichkeit. Sie entwickelten im Berichtsjahr deutlich ein eigenes Profil, sodass sie innerhalb des Linksextremismus nun sowohl inhaltlich als auch organisatorisch eine eigene Struktur bilden. Der Schwerpunkt öffentlicher Aktivitäten lag dabei in der ersten Jahreshälfte, die geprägt war von Debatten über Lohnpolitik sowie über Mindestlohn und Tarife im Dienstleistungssektor oder in Pflegeberufen. Dies bot den ANARCHOSYNDIKALISTEN, die ihren inhaltlichen Akzent vorrangig auf den Arbeitskampf setzen und die Bildung revolutionärer Gewerkschafts- und Betriebsgruppen anstreben, eine Plattform, um ihre Positionen öffentlich zu vermitteln.

Ab Oktober 2013 war die politische Diskussion vor allem durch Debatten über die Asylpolitik bestimmt, was die Möglichkeiten für die Vermittlung anarchosyndikalistischer Positionen und eine Werbung für diese Gewerkschaftsform stark einschränkte. Insofern ist der Aktionsradius für ANARCHOSYNDIKALISTEN durch die starke Fokussierung auf Lohn- und Tariffragen relativ eng begrenzt. Eine weitere Profilierung dieser linksextremistischen Fraktion wird deshalb davon abhängen, inwieweit Fragen der Lohn- und

Arbeitspolitik wieder in den Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen rücken. In Politikbereichen, durch die sich viele Menschen subjektiv betroffen oder benachteiligt sehen, hält die Szene eine breite Anschlussfähigkeit aus dem nicht extremistischen Milieu heraus für möglich. Auch sollen Strukturformen – sogenannte Syndikate – angeboten werden, die auch jenseits des Linksextremismus akzeptabel sein können.

Zu erwarten sind darüber hinaus auch öffentliche Aktionen im Rahmen des Landtagswahlkampfes 2014. Obwohl ANARCHOSYNDIKALISTEN jegliche parlamentarische Tätigkeit ablehnen, bietet eine Wahl eine außerordentliche Gelegenheit, in der Öffentlichkeit eine Anti-Haltung zu artikulieren. Dies zeigte sich bereits im Berichtsjahr mit der Teilnahme an der Demonstration „Wahllos glücklich? Let's choose Revolution!“ am 21. September in Dresden²²⁹. Nichtwähler dürften dabei die wichtigste Zielgruppe der ANARCHOSYNDIKALISTEN darstellen. Ihr Anteil lag bei der Landtagswahl 2009 bei 47,8 %. Da sie sich häufig bewusst vom demokratischen Willensbildungsprozess abwenden, könnten einige von ihnen empfänglich sein für antiparlamentarische Positionen und Organisationsformen jenseits demokratischer Strukturen.

Linksextremistische Parteien

Linksextremistische Parteien haben ihr Personenpotenzial von etwa 250 Personen im Berichtsjahr beibehalten. Im Vergleich zu den anderen linksextremistischen Strömungen besitzen sie nur marginale Bedeutung. Ihre bisweilen eng am orthodoxen Marxismus orientierte Programmatik bietet kaum eine inhaltliche Grundlage, welche Akzeptanz in breiten Kreisen der Bevölke-

²²⁹ Siehe dazu Beitrag „II 2.3 Anarchistische Gruppierungen“.

rung findet. Vor allem wegen ihres ideologischen Dogmatismus und Absolutheitsanspruchs, stehen ihnen sogar die übrigen linksextremistischen Strömungen skeptisch gegenüber. Dementsprechend sind in diesem Segment keine personellen Zuwächse zu erwarten.

Linksextremismus und Musik

Schon seit Jahren nutzen Extremisten das Medium Musik für die Vermittlung ihrer politischen Anschauungen. Allerdings besitzen linksextremistische Musikveranstaltungen im Vergleich zu rechtsextremistischen Konzerten einen grundsätzlich anderen Charakter. Weil letztere mit ihren Akteuren gesellschaftlich weitgehend geächtet werden, kommt es dort in der Regel nur zu szeneeigenen Veranstaltungen mit einem oft begrenzten und exklusiven Personenkreis. Linksextremistische Musiker müssen dagegen bislang kaum mit gesellschaftlicher Ausgrenzung rechnen. Veranstaltungen, bei denen Linksextremisten auftreten oder für welche in der linksextremistischen Szene mobilisiert wurde, finden deshalb häufig in öffentlichen Einrichtungen oder als Musik-Festivals unter freiem Himmel statt. Linksextremistischen Bands eröffnet sich dadurch die Möglichkeit, vor allem öffentliche Veranstaltungen für die Vermittlung ihrer politischen Ideen zu nutzen, sich dort zu präsentieren und gesellschaftliche Akzeptanz zu finden.

Zum einen nutzten linksextremistische Interpreten öffentliche (nicht extremistische) Veranstaltungen zu entsprechenden Auftritten. So trat beispielsweise die aus Mecklenburg-Vorpommern stammende linksextremistische Band FEINE SAHNE FISCHFILET allein in fünf sächsischen Orten im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen auf. Lediglich in einem Fall wurde dieser Band der Auftritt während eines Stadtfestes untersagt. Zum anderen werden auch szeneigene Musik-

veranstaltungen durch Linksextremisten bzw. linksextremistische Organisationen initiiert. Die Dresdner und Chemnitzer Gruppe der Organisation FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION - INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA) setzte das Medium Musik im Berichtsjahr im Rahmen von vier Informationsveranstaltungen in Chemnitz und Dresden für die Vermittlung ihrer politischen Positionen ein.

Einen etwas anderen Charakter trug ein Konzert mit deutlich linksextremistischen Bezügen am 31. August in Zittau. Dort zeigte sich das enge Zusammenwirken zwischen verschiedenen linksextremistischen Organisationen in der Region Ostsachsen. Dieses Konzert wurde aus Anlass des achtjährigen Bestehens der linksextremistischen ANTIFA LAUSITZ vom ebenfalls linksextremistischen AUTONOMAL-VERSAND organisiert und durchgeführt. Darüber hinaus wurde das Konzert aber auch als „Soliveranstaltung“ deklariert, was nahelegt, dass der Erlös zur Finanzierung der linksextremistischen Szene genutzt wird.



Quelle: <http://antifalausitz.sytes.net>

Besonderer Ausdruck für die teilweise extreme Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene gegenüber dem politischen Gegner oder Angehörigen der Sicherheitsbehörden ist die ausgesprochen drastische und menschenverachtende Werbung für ein Konzert am 11. Oktober im Szenetreff „Conne Island“ in Leipzig.



Gerade eine derart aggressive Werbung in Verbindung mit entsprechenden Musiktexten kann bei Veranstaltungen die Atmosphäre aufheizen und die Gewaltbereitschaft fördern.

Die für den Berichtszeitraum skizzierten Tendenzen im Bereich Linksextremismus und Musik unterstreichen den Stellenwert, den dieses Medium für Linksextremisten besitzt. Zu erwarten ist deshalb eine verstärkte Nutzung dieses Genres im Rahmen von Werbe- und Informationsveranstaltungen linksextremistischer Gruppierungen. Es ist aber auch zu erwarten, dass Auftritte bei nicht extremistischen Veranstaltungen, durch die – vor allem unter dem Deckmantel des „Antifaschismus“ – linksextremistische Inhalte verbreitet werden, einen breiten Raum einnehmen werden. Diese Strategie kann letztlich dafür geeignet sein, im nicht extremistischen Milieu neue Personenpotenziale zu erschließen.

2.9 Regionale Beschreibung linksextremistischer Bestrebungen

Vorbemerkung

Der Linksextremismus im Freistaat Sachsen wird von der autonomen Szene dominiert. Sie stellt die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen dar. Dagegen besitzen die Parteien und Gruppierungen aus dem „orthodoxen“ Bereich eine nur marginale Bedeutung und sind regional nur in kleinen Ortsgruppen strukturiert. Eine nähere Betrachtung dieser Strömungen im Regionalteil unterbleibt daher. Die FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA) als anarchosyndikalistische Gruppe konnte zwar im Berichtszeitraum deutlich an Profil gewinnen,

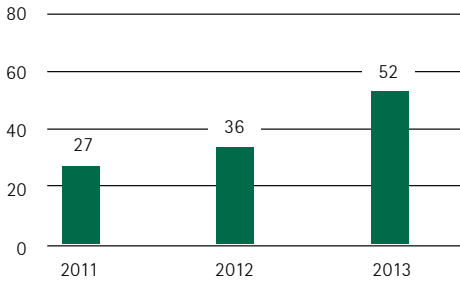
die Gruppen in Dresden, Leipzig und Chemnitz wurden aber bereits im Beitrag „Anarchistische Gruppierungen“²³⁰ einer vergleichenden Erörterung unterzogen, sodass sich der nachfolgende Beitrag ausschließlich auf die autonome Szene konzentriert.

Die autonome Szene stellt zwar die größte Strömung innerhalb des sächsischen Linksextremismus dar, weist allerdings hinsichtlich Qualität, Aktionsniveau und Mobilisierungsfähigkeit deutliche regionale Unterschiede auf. Die AUTONOMEN konzentrieren sich vorrangig in den Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz. Im Umland dieser Großstädte sind zwar vereinzelte autonome

²³⁰ Vgl. Beitrag „II.2.3 Anarchistische Gruppierungen“.

Gruppen aktiv. Jedoch ist deren Eigenständigkeit von der Stärke und Präsenz der autonomen Szene in den Großstädten und deren Vermögen abhängig, auf das Umland auszustrahlen und Gruppen aus dem ländlichen Raum in ihre Aktionen zu integrieren.

Demonstrationen von oder mit Beteiligung von Linksextremisten



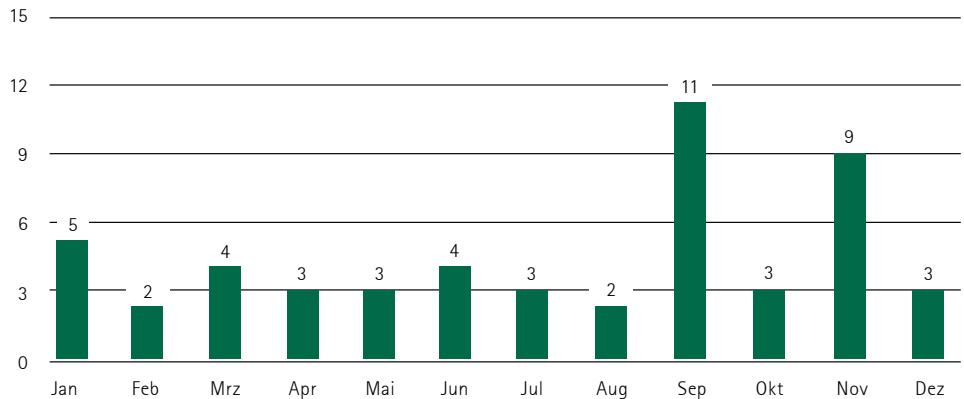
Die Beteiligung an bzw. Durchführung von Demonstrationen ist für die autonome Szene besonders wichtig. Der Anstieg von 36 (2012) auf

52 Veranstaltungen im Berichtsjahr weist auf die wachsende Bedeutung hin, die diese Aktionsform für die AUTONOMEN besitzt.

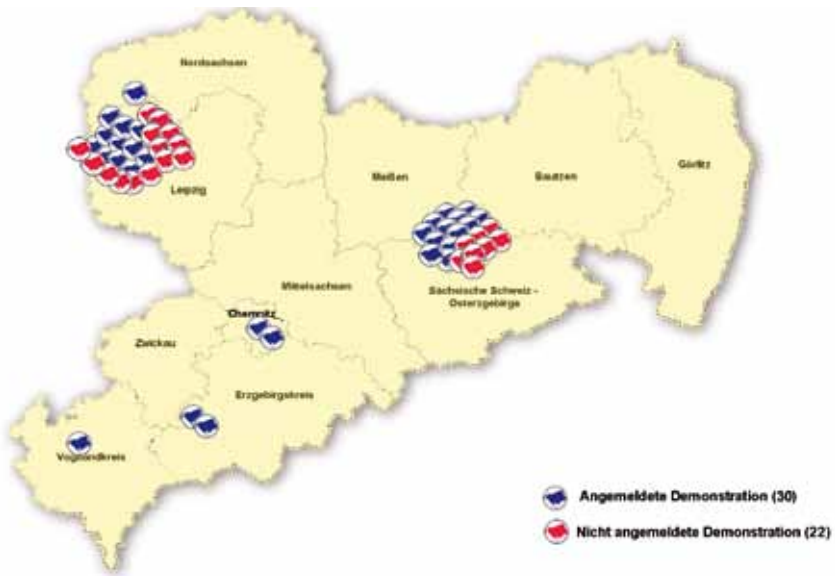
Wie die Verteilung über das Jahr hinweg zeigt (siehe Grafik unten), beteiligten sich AUTONOME hauptsächlich in den Monaten September und November an öffentlichen Veranstaltungen oder initiierten diese. Die Bundestagswahlen im September und die Diskussion über die Asylpolitik im November nahm die autonome Szene zum Anlass, sich zu diesen Themen öffentlich zu äußern. Insofern zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Aufkommen von gesellschaftspolitischen Themen und Debatten sowie Aktivitäten der autonomen Szene.

Allerdings weisen die örtlichen Aktionen hinsichtlich ihrer Quantität und Qualität beträchtliche Unterschiede auf, was wiederum Rückschlüsse auf die Beschaffenheit der örtlichen Szenen zulässt. Die Unterschiede sowie deren Ursachen sollen im Folgenden näher erörtert werden.

Demonstrationen von bzw. mit Beteiligung von Linksextremisten im Jahr 2013 auf die Monate verteilt



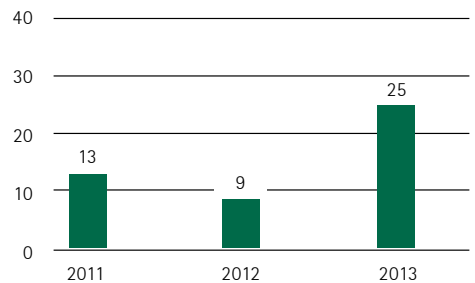
Regionale Verteilung der Demonstrationen von bzw. mit Beteiligung von Linksextremisten im Jahr 2013



2.9.1 AUTONOME in Leipzig

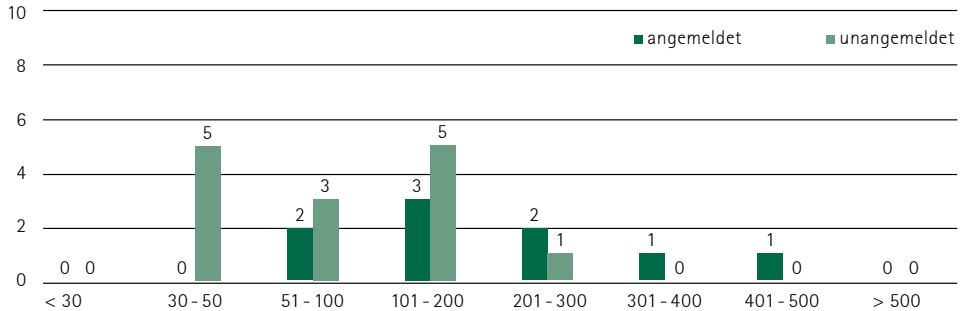
In den letzten Jahren hat sich der Schwerpunkt der autonomen Szene in Sachsen zunehmend von Dresden nach Leipzig verlagert. Die Stadt ist nun zu deren Brennpunkt geworden. Vor allem ihre große personelle Stärke dürfte eine grundlegende Voraussetzung für das hohe Aktionsniveau der Leipziger Autonomen sein. So wurden z.B. im Jahr 2013 deutlich mehr Demonstrationen in der Stadt durchgeführt, an denen AUTONOME teilgenommen haben. Nach neun öffentlichen Aktionen im Jahr 2012 waren es im Berichtsjahr bereits 25, mithin eine Steigerung von 177 %. Dies zeigt die Dynamik, mit der sich die Leipziger Szene innerhalb eines Jahres entwickelt hat.

Demonstrationen von bzw. mit Beteiligung von AUTONOMEN in Leipzig



Die personelle Stärke ist jedoch nicht das allein entscheidende Kriterium für die starke öffentliche Präsenz. Die örtliche autonome Szene verfügt offensichtlich auch über Personen, die kraft

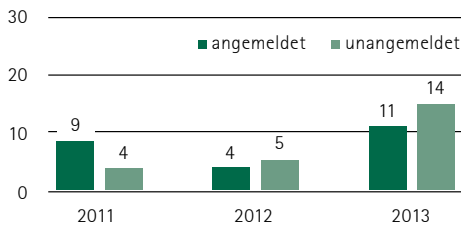
Anzahl der Veranstaltungen nach Art und Teilnehmerzahl in Leipzig²³¹



ihrer Autorität in der Lage sind, Veranstaltungen kurzfristig zu initiieren und die eigene Klientel zu mobilisieren. Wie ausgeprägt diese Fähigkeit ist, zeigt sich anhand der Menge der Teilnehmer von nicht angemeldeten Aktionen.

Der Anteil der unangemeldeten Aktionen an allen öffentlichen Veranstaltungen betrug im Jahr 2013 56 %.

Art der öffentlichen Veranstaltung



Für die meisten spontanen unangemeldeten Aktionen konnte ein Teilnehmerkreis zwischen 100 - 200 Personen mobilisiert werden, was auf

ein hohes Mobilisierungspotenzial innerhalb der Leipziger Szene schließen lässt. Exemplarisch hierfür ist eine unangemeldete Solidaritätsdemonstration am 19. Januar mit etwa 130 Teilnehmern. Anlass war die Verurteilung des „Tim H.“ zu einer Freiheitsstrafe von 22 Monaten durch das Amtsgericht Dresden wegen seiner Aktivitäten bei den gewalttätigen Ausschreitungen am 19. Februar 2011 in Dresden. Das Fronttransparent mit der Aufschrift „Kommt ihr zu uns, kommen WIR zu euch – Gegen die Kriminalisierung von Antifaschismus“ und dem Symbol einer detonierenden Bombe verdeutlicht die Aggressivität der Akteure.



Demonstration am 19. Januar 2013 in Leipzig.

Foto: <http://de.indymedia.org>

²³¹ Bei den angemeldeten Veranstaltungen liegen in zwei Fällen keine Erkenntnisse über die Teilnehmerzahlen vor. Sie wurden deshalb in der Grafik nicht berücksichtigt.

Vor allem nicht angemeldete Aktionen entfalten häufig eine hohe Eigendynamik, die in gewalttätige Ausschreitungen mündet. Bei gewaltgeprägten Aktivitäten ist der Personenkreis in der Regel allerdings geringer und umfasst ca. 30 - 40 Personen. Die Szene agiert dabei im Rahmen der bekannten Kleingruppentaktik²³², mit der sie die Wirksamkeit ihrer Aktionen erhöhen will.

Das zeigte sich deutlich während der gewalttätigen Ausschreitungen in der Nacht vom 2. zum 3. März. Die Täter entzündeten Fahrzeuge und begingen weitere Sachbeschädigungen. Auslöser für diese Aktionen war das Verbot einer Demonstration. Ursprünglich hatten die AUTONOMEN am 2. März unter dem Motto „Freiheit wird erkämpft und nicht erbettelt!“ demonstrieren wollen. Im Aufruf zur Demonstration erklärten sie selbstverwaltete und „anarchistisch“ organisierte Freiräume zum Ausgangspunkt einer „anderen Gesellschaft“ und forderten die „soziale Revolution“. Nach dem Demonstrationsverbot war anonym in auch von Linksextremisten genutzten Internetportalen zu einem „dezentralen Aktionstag“ aufgerufen worden. Der Aufruf dazu unterstreicht die Gewaltbereitschaft der Leipziger autonomen Szene: „Lasst uns die Bullen als Dank für das Verbot doch einmal so richtig verrückt machen und es an allen Ecken und Enden der Stadt knallen.“ Der Aufruf endete mit „Kein Friede mit den bestehenden Verhältnissen! Sabotieren! Organisieren! Besetzen! Von Leipzig bis Athen, ob in den Straßen oder den Häusern: Freiheit wird erkämpft!“

Ein ähnliches Bild zeigte sich bei einer Aktion am 26. Mai, die im Zusammenhang mit vorangegangenen Hausdurchsuchungen bei Linksextremisten in anderen deutschen Städten stand. Die ca. 35 Akteure skandierten „Scheiß Polizei“,

zündeten Pyrotechnik und begingen Sachbeschädigungen.

Eine Kleingruppe von etwa 20 Personen setzte am 21. Oktober am Connewitzer Kreuz im Bereich der Überwachungskamera Mülltonnen in Brand und blockierte die Straße.



26. Mai 2013 in Leipzig.

Foto: <http://de.indymedia.org>



21. Oktober 2013 in Leipzig.

Foto: <http://de.indymedia.org>

Vor allem im November führten Leipziger AUTONOME im Zusammenhang mit der bevorstehenden Räumung des im Hamburger Schanzenviertels besetzten Hauses „Rote Flora“ gleich mehrere

²³² Auch als „dezentrales Konzept“ bekannt. Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1998, S. 109 ff.

Aktionen durch. Am 19. November zogen etwa 30 verummte Personen unter dem Motto „Wenn ihr die Flora räumt, brennt die Stadt“ randalierend durch den Leipziger Stadtteil Connewitz. Am Connewitzer Kreuz brannten sie Pyrotechnik ab und entzündeten an der Überwachungskamera ein Feuer. Ziel dieser Aktion war neben der Solidarisierung mit den Besetzern der „Roten Flora“ auch die „Erprobung verschiedener Widerstandsformen“. Ein mutmaßlich aus der Leipziger autonomen Szene stammendes Mobilisierungsvideo für eine Demonstration in Hamburg für den Erhalt der „Roten Flora“ am 21. Dezember zeigte u. a. brennende Autos und schwere Auseinandersetzungen zwischen Polizeikräften und verummten Personen. Im Video hieß es: „Nehmt IHR uns die Flora ab, machen WIR die City platt!“



Screenshot aus Mobilisierungsvideo.

Quelle: <http://linksunten.indymedia.org>

Dagegen zeigte sich bei den angemeldeten Demonstrationen, die einen Anteil von 44 % ausmachen, ein anderes Bild. Das Teilnehmerpotenzial ist im Vergleich zu den nicht angemeldeten Aktionen nur wenig höher. Auch verliefen die Veranstaltungen in der Regel friedlich. So demonstrierten am 25. Juni ca. 300 Personen, darunter AUTONOME, in Leipzig unter dem Motto

„Taksim ist überall“²³³. Der Anlass für diese Aktion macht deutlich, dass die autonome Szene Leipzig auch europaweite Ereignisse nutzt, um sich in der Öffentlichkeit generell zum Thema „Antirepression“ zu positionieren.

Die angemeldeten Demonstrationen im Rahmen der Themenfelder „Antifaschismus“ und „Asyl“ verliefen ebenso weitgehend friedlich.

Anlass für Aktionen im Bereich „Antifaschismus“ boten die Auftritte rechtsextremistischer bzw. rechtspopulistischer Parteien anlässlich der Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag. Vor allem diese Veranstaltungen wurden durch Bündnisse organisiert, die insgesamt als nicht extremistisch zu klassifizieren sind. So riefen zu den Protesten am 17. August das nicht extremistische Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz“ und die nicht extremistische Kampagne „Das NPD Flaggschiff versenken – Die NPD Wahlkampftour zum Kentern bringen“ auf. Der Protestaufruf der Kampagne stand unter dem Motto „NPD versenken – READY TO BOARD“. Mit dem Aufruf sollte nicht nur zu Protesten gegen die NPD-Veranstaltung aufgerufen, sondern auch die Wahlkampfthemen der NPD „dekonstruiert“ werden.



Quelle: Internetseite npdversenken.blogspot.eu

Wenn die Veranstaltungen auch weitgehend friedlich verliefen, so zeigte sich dennoch, dass diese durch den Einfluss von Linksextremisten eskalieren können. So besetzten die Gegendemonstranten, darunter Linksextremisten, bei

²³³ Gemeint sind Demonstrationen auf dem Taksim-Platz in Istanbul (Türkei) im Sommer 2013.

einer Protestaktion gegen die NPD am 17. September in Leipzig den Versammlungsplatz und verhinderten somit zunächst die Durchführung der NPD-Veranstaltung.

Die zunehmende Allianz, die Linksextremisten im Rahmen von Demonstrationen mit Nichtextremisten eingehen, ist eine durchaus neue taktische Tendenz in der Leipziger Szene. Während sie in den vergangenen Jahren keine Bereitschaft dazu gezeigt hatte, wurde nunmehr gemeinsam agiert. Das hat einerseits taktische Gründe, denn die Beteiligung an einem Bündnis ermöglichte es der autonomen Szene, sich an breit gefächerten Aktionen zu beteiligen. Darüber hinaus eröffnet sich ihnen die Möglichkeit, mit konsensfähigen Themen von der gesellschaftlichen Mitte akzeptiert zu werden. Diese taktische Option ist allerdings erst durch den verminderten Einfluss antideutscher Gruppen möglich geworden. Diese hatten aus ideologischen Gründen eine Zusammenarbeit mit Vertretern des demokratischen Spektrums abgelehnt.

Bei nicht angemeldeten Aktionen ist die gewaltbereite Szene dagegen gewissermaßen unter sich. Wie die häufige Anwendung von Gewalt bei dieser Aktionsform zeigt, werden sie dort eher ihren eigenen Ansprüchen gerecht als im Rahmen von großen Demonstrationen unter Beteiligung eines bürgerlichen Spektrums. Insofern lassen sich diese Aktivitäten auch als „reine Aktionen“ der gewaltbereiten Leipziger autonomen Szene klassifizieren.

Unterschiede lassen sich auch in den Örtlichkeiten ausmachen. Während die großen Demonstrationen nahezu das gesamte Leipziger Stadtgebiet, hauptsächlich aber das Zentrum umfassen, sind die spontanen Aktionen vorrangig auf das Szeneviertel Connewitz beschränkt. Auch dies zeigt, dass deren Akteure der gewaltbereiten Szene angehören, denn sie signalisieren

damit ihren Anspruch auf Vorherrschaft in diesem Stadtteil. Vor allem das Connewitzer Kreuz ist immer wieder Ausgangspunkt für Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund.

Erweiterte Konturen bekam der politische Gegner der Leipziger autonomen Szene. Neben tatsächlichen Rechtsextremisten oder der Polizei als Teil des von ihnen abgelehnten „staatlichen Repressionsapparates“ standen nun auch zunehmend vermeintliche Rechtsextremisten im Fokus ihrer Aktionen, die von den Akteuren einer „Grauzone“ zugerechnet wurden. Unter diesem Begriff subsumierten sie all jene, die nicht ihrer Lebensauffassung entsprachen und deren Wertvorstellungen nicht mit den ihren übereinstimmten und welche sie deshalb als „konservativ und reaktionär“ ablehnten. Diese Zielrichtung zeigte sich bei einer Reihe von Aktionen im Oktober und November. Beispielsweise demonstrierten am 5. Oktober etwa 20 AUTONOME gegen eine Veranstaltung von Vertretern des von Linksextremisten als „rechtspopulistisch“ klassifizierten Magazins „Compact“, weil es ihrer Ansicht nach die von ihnen abgelehnten „nationalistischen“ Bestrebungen vertritt. Sie zeigten ein Transparent mit der antideutschen Parole „Kein Frieden mit Deutschland“.



5. Oktober 2013 in Leipzig.

Foto: <http://linksunten.indymedia.org>

Politische Gegner aus dieser sogenannten „Grauzone“ sind aus Sicht der Linksextremisten auch jene Teile der Bevölkerung, die der Art und Weise der Unterbringung von Asylbewerbern skeptisch gegenüber stehen. Diese Zielrichtung zeigte sich deutlich während einer Demonstration am 14. September in Rackwitz (Landkreis Nordsachsen), an der auch Aktivisten der Leipziger Szene teilnahmen. So wurden in den Redebeiträgen die Rackwitzer Bevölkerung und eine politische Entscheidung des Landrates als „faschistisch“ bezeichnet.²³⁴

Aber auch inhaltlich ist die ideologische Ausrichtung der Leipziger autonomen Szene im Wandel begriffen. Während die in der Vergangenheit vorherrschenden „antideutschen“ Tendenzen weiter an Bedeutung verloren, gewannen „antikapitalistische“ und „antiimperialistische“ Inhalte zunehmend an Bedeutung.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Strukturen der autonomen Szene in Leipzig wider. Während sich die der „antideutschen“ Strömung zuzurechnende, ehemals tonangebende LEIPZIGER ANTIFA (LeA) kaum noch politisch äußert, agiert mit der ANTIFASCHISTISCHEN OFFENSIVE LEIPZIG (A.O.L.) eine Gruppe, die sich zu einem Linksextremismus bekennt, welcher sich stark an marxistischen Positionen orientiert. Die A.O.L. propagiert eine „soziale Revolution“ als Konsequenz aus der „permanenten Krise“ des Kapitalismus und verortet die Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit im Klassenkampf und der internationalen Solidarität:

„Der Kapitalismus ist also eine permanente Krise. Um gegen das herrschende System zu bestehen und die Gesellschaft von den Fesseln des Kapi-

tals zu befreien. Ist es erforderlich ein Klassenbewusstsein in die Gesellschaft zu bringen und zu stärken. Was am Ende eine soziale Revolution auslöst und damit die klassenlose Gesellschaft hervor bringt. In dem Befreiungskampf gegen das System und die herrschende Klasse solidarisieren wir uns mit dem internationalen Klassenkampf und allen Revolutionären Befreiungsbewegungen auf der Welt.“²³⁵

Diese antikapitalistischen Positionen, die zunehmend mit antistaatlichen Forderungen verbunden werden, zeigen sich nicht nur in deren Programmatik oder Positionspapieren, sondern spiegeln sich auch in den Losungen wieder, die während öffentlicher Aufmärsche propagiert werden. So formierten sich etwa 200 Personen in der Silvesternacht 2012/2013 zu einem Demonstrationzug und führten ein Plakat mit der Aufschrift „Der Staatlichen Repression entgegenreten! Terroristisch ist das System – nicht der Widerstand“ und dem Bild einer verummten Person mit gespannter Zwillie mit sich.

Auch am 5. Juni distanzieren sich die Teilnehmer einer Demonstration von der gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik. So hieß es auf einem Flugblatt:

„Die Ordnung, welche diese selbsternannten Hüter der Rechtsstaatlichkeit meinen zu verteidigen ist nicht die Unsere. Wir möchten ein Zeichen setzen gegen den repressiven Normalzustand.“²³⁶

Anlass waren die Polizeieinsätze bei der internationalen Demonstration im Rahmen der „Blockupy“-Aktionstage am 1. Juni in Frankfurt am Main (Hessen).

²³⁴ Nähere Angaben hierzu siehe Beitrag „II 2.9.4 Linksextremisten außerhalb der Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz“.

²³⁵ Internetseite der A.O.L., Rubrik „über uns“: <http://aole.blogspot.de/fueber-uns/>. Schreibweise wie im Original.

²³⁶ Schreibweise wie im Original.

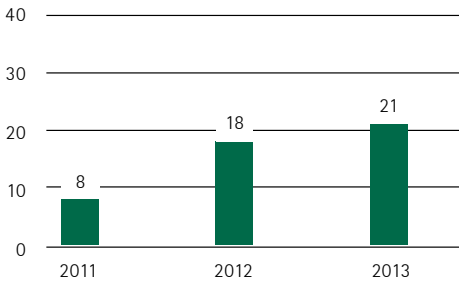
Vor allem während einer Demonstration einer nicht extremistischen Leipziger Initiative am 26. Oktober unterstrichen beteiligte Linksextremisten mit szenetypischen Parolen wie „Nie nie nie wieder Deutschland“, „Staat-Nation-Kapital! Scheiße!“ ihr „Feindbild Staat“. Linksextremistische Teilnehmer nutzten die Veranstaltung, um gegen die Bundesrepublik Deutschland zu agitieren und auf den ihrer Meinung nach in der Gesellschaft verankerten Rassismus aufmerksam zu machen, den es zu beseitigen gelte. So hieß es: „Solidarität muss praktisch werden – Feuer und Flamme den Abschiebebehörden“ sowie „Nazis morden, der Staat schiebt ab! Das ist das glei-

che Rassistenpack“. Darüber hinaus gab es auch Korruptionsvorwürfe gegen den Staat und gewaltbefürwortende Äußerungen. Dass sich niemand davon distanzierte weist darauf hin, dass zumindest ein Teil der Teilnehmer das Feindbild Staat, dem ausschließlich negative Eigenschaften zugeschrieben werden, angenommen hat. Ein Verhalten mit Brisanz, denn die Strukturen des Feindbildes von Extremisten zementieren sich, wenn diese auch in demokratischen Kreisen Unterstützung finden. Ebenso könnten dadurch Teilnehmer außerhalb des linksextremistischen Spektrums Gewalt zumindest tolerieren.

2.9.2 AUTONOME in Dresden

Die öffentlichen Aktionen der Dresdner autonomen Szene im Jahr 2013 sind zwar gegenüber 2012 von 18 auf 21 gestiegen, jedoch sind deren Anziehungskraft und Mobilisierungsfähigkeit seit dem Vorjahr zurückgegangen. Die Szene ist im Vergleich zu Leipzig weit weniger dynamisch.

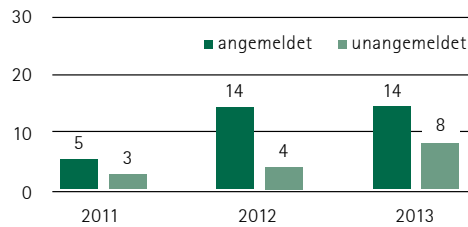
Demonstrationen/Aufzüge von bzw. mit Beteiligung von AUTONOMEN in Dresden



Deutlich wird darüber hinaus auch, dass die Szene im Vergleich zu Leipzig über eine geringere

Mobilisierungsfähigkeit verfügt. Darauf weist zum einen der Anteil unangemeldeter spontaner Aktionen an allen öffentlichen Veranstaltungen der Dresdener AUTONOMEN hin, der lediglich bei 38 % liegt (Leipzig: 56 %).

Art der öffentlichen Veranstaltung

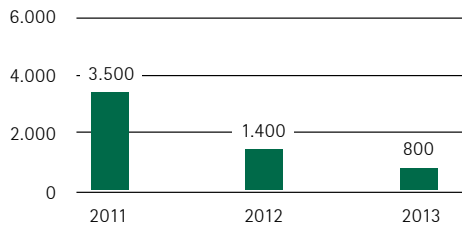


Zum anderen zeigt sich anhand der Teilnehmerzahlen, dass die Basis für ein entsprechendes Mobilisierungspotenzial deutlich geringer ist als in Leipzig.

Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit dem nachlassenden Interesse gewaltbereiter

Linksextremisten an den Aktionen anlässlich des Jahrestages der alliierten Luftangriffe auf Dresden vom 13. Februar 1945. Dabei spielten die Gegenaktivitäten gegen die von Rechtsextremisten geplanten Veranstaltungen zum 13. Februar für die Dresdner AUTONOMEN eine wichtige Rolle, da diese für Linksextremisten im gesamten Bundesgebiet bedeutsam sind. Die Bedeutung der Dresdner Szene lässt sich vor allem auf dieses Ereignis zurückführen. In den zurückliegenden Jahren war es hierbei zu den bedeutendsten linksextremistischen Aktionen in Sachsen gekommen. Allerdings zeigt die Entwicklung der Teilnehmerzahlen, dass deren Relevanz schwindet.

Anzahl der gewaltbereiten linksextremistischen Teilnehmer an den Aktionen zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg



AUTONOME folgten am 13. Februar 2013 ihrem seit 2010 angewandten bündnispolitischen Konzept, indem sie sich erneut unter das Dach eines in seiner Gesamtheit nicht extremistischen Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ begaben. Diese Kontinuität zeigt, dass sich aus Sicht der AUTONOMEN ihre Bündnispolitik mit Nichtextremisten bewährt hat.

Zu den linksextremistischen Unterstützern dieses Bündnisses gehörten neben dem bundesweit agierenden Netzwerk INTERVENTIONISTISCHE LINKE (IL) mit dem ihm angehörenden Bündnis AVANTI – PROJEKT UNDOGMATISCHE LINKE auch die autonomen

Gruppierungen UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA DRESDEN (URA DRESDEN), ANTIFA LAUSITZ und ANTIFA GÖRLITZ sowie die anlassbezogen gegründete Kampagne „13|02 – Keine Ruhe!“, in der überwiegend Dresdner AUTONOME aktiv waren. Wenn auch eine ganze Reihe linksextremistischer Gruppen mit diesem Bündnis zusammenarbeiteten, so hat sich jedoch insgesamt der Kreis der linksextremistischen Unterstützer gegenüber dem Vorjahr verringert. Auch diese Tendenz deutet – neben den rückläufigen Teilnehmerzahlen – auf ein schwindendes Interesse der Linksextremisten hin. Berücksichtigt werden muss aber auch, dass es den Linksextremisten dabei nicht nur um eine inhaltliche Besetzung dieses Ereignisses in der Öffentlichkeit geht, sondern hauptsächlich um die Verhinderung des rechtsextremistischen Aufzuges. Deshalb richten sich Art und Umfang der Mobilisierung auch nach dem zu erwartenden rechtsextremistischen Teilnehmerpotenzial. So mobilisierte das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ nur noch regional, da es sich hinsichtlich der zu erwartenden Rahmenbedingungen stark genug aufgestellt sah, auch mit dem so erreichbaren Potenzial den „Naziaufmarsch“ verhindern zu können. Dagegen blieb die Werbung für die Kampagne „13|02 – Keine Ruhe!“ ohne größere Resonanz. Dies unterstreicht den nach wie vor hohen Stellenwert, den das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ für die Mobilisierung anlässlich dieses Ereignisses besitzt.

Als wichtigste Motivation zur Anreise auswärtiger gewaltbereiter Linksextremisten ist das Engagement der IL zu sehen. Deren Aktionen finden über die dem Netzwerk angehörenden linksextremistischen Gruppierungen in der linksextremistischen Szene breite Beachtung

Der Verlauf der Veranstaltung am 13. Februar 2013 macht deutlich, dass es den Linksextremisten vordergründig ausschließlich um die Blockade des rechtsextremistischen Aufzuges ging.

Taktisch nutzten sie nicht extremistische Aktionen als Plattform und Deckmantel für ihre Absichten. So nahmen zunächst etwa 200 bis 300 Linksextremisten an einem nicht extremistischen Aufzug „Täterspuren“ teil. Noch während des Aufzuges versuchte ein Teil der AUTONOMEN, sich vorzeitig zu möglichen Blockadepunkten abzusetzen.

Darüber hinaus zeigte sich, dass auch bürgerliche Teilnehmer mittlerweile den Absichten der Linksextremisten folgen, eine genehmigte Demonstration zu blockieren und bereit sind, damit auch das Demonstrationsrecht einzuschränken. Denn an den nachfolgenden Blockadeaktivitäten beteiligten sich neben etwa 600 bis 800 gewaltorientierten Linksextremisten – von denen nach Feststellung der Polizei etwa 150 gewalttätig waren – auch mehrere Tausend Personen des bürgerlichen Spektrums.

Somit zeigt sich, dass Linksextremisten im Rahmen dieser Veranstaltung einen Einfluss auf Teile des bürgerlichen Spektrums ausüben und diese offenbar auch bereit sind, deren Optionen zu folgen. Dass diese Entwicklung zum strategischen Konzept von Linksextremisten gehört, bestätigt die Positionierung eines Aktivisten der linksextremistischen KAMPAGNE 129EV in einem Interview in der Szenezeitschrift „Underdog“ deutlich. So stellt er fest, dass infolge der Auseinandersetzung zwischen Staat und Linken eine Debatte über Blockaden als legales politisches Mittel entbrannt sei: „(...) für viele Menschen, die nicht unbedingt dem klassisch linken Spektrum zuzuordnen sind, sind Blockaden so erst zum persönlichen Protest- und Widerstandshandeln geworden“. Dass Linksextremisten damit einen Prozess der umfassenden Radikalisierung in Gang setzen wollen, um die demokratisch verfasste Gesell-

schaft in ihrem Sinne zu „transformieren“, erläuterte die IL unter Bezugnahme auf die linksextremistischen Aktivitäten am 19. Februar 2011 in Dresden:

„Natürlich ist das Konfrontationsniveau der Aktion nur ein Aspekt der umfassenden Radikalisierung, die wir wollen. Unser Ziel ist vielmehr eine radikale Linke, die den Prozess der Transformation immer auch am demokratischen Potenzial der Bewegung vieler, letztlich von Mehrheiten, misst und deshalb immer auch auf Massenradikalität setzt.“²³⁷

Für die beteiligten Linksextremisten ist das Konzept der bündnisgestützten „Massenblockaden“ von 2010 und 2011 von strategischer Bedeutung für ihre gesellschaftspolitische Relevanz. Es geht ihnen demnach „nicht um kurzfristige Erfolge, sondern darum, (Kennen)-Lernprozesse anzustoßen und (...) eine solidarische Debatte zu entwickeln“²³⁸ und „mit vielen Menschen radikalierende Schritte zu gehen“²³⁹. Sie wollen so ihre Fähigkeiten zur „strategischen Intervention“ entwickeln und „gesellschaftliche Konflikte widerständig (zu) vertiefen“.

Vor allem das Ereignis 13. Februar gibt Linksextremisten immer wieder Gelegenheit, ihre Gewaltforderungen auch umzusetzen. So bewegten sich beispielsweise offensichtlich hochmobile gewaltorientierte Linksextremisten teils verummumt in Kleingruppen außerhalb der Blockaderäume oder ordneten sich in das Blockadegeschehen des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ ein und ermöglichten so dessen erfolgreiche Durchführung. Wenn auch das Gewaltniveau in der Summe deutlich unter dem des

²³⁷ Beitrag „An alle, die mit uns geschottet haben ... an die, die zukünftig schottern ... und einiges mehr wollen.“ der IL in INTERIM Nr. 727 vom 13. Mai 2011.

²³⁸ Beitrag „Die Dynamik der Aufmärsche ist gebrochen“ von AVANTI, abgerufen am 27. Mai 2011 auf www.antifa.de.

²³⁹ Zitiert aus dem Beitrag „Dresden: die Dynamik ist gebrochen“ von AVANTI auf dem Internetportal INDYMEDIA vom 2. Mai 2011.

Jahres 2011 lag, so kam es dennoch zu zahlreichen Straf- und Gewalttaten, z. B. zu tätlichen Angriffen auf Polizei und Rechtsextremisten.

Die immer noch hohe Teilnehmerzahl gewaltbereiter Linksextremisten steht freilich im Widerspruch zu der nur verhaltenen Mobilisierung im linksextremistischen Bereich. Die Ursache dafür liegt darin, dass eine nicht unerhebliche Anzahl solcher Personen zum ständigen Unterstützerpotenzial des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ gehört und es für ihr Aktivwerden keiner umfassenden, explizit linksextremistischen Mobilisierung mehr bedarf. Eine Rolle spielt auch, dass sich das in der Gesamtschau nicht extremistische Bündnis in seinem „Aktionskonsens“ wiederholt solidarisch mit sämtlichen Aktionsformen erklärte, welche dem gemeinsamen Ziel, der Verhinderung des „Naziaufmarschs“, dienen. Gewalttätige Linksextremisten dürften dies als eine Solidaritätserklärung verstehen. Diesem Bestreben folgt offenbar auch eine vom Bündnis veröffentlichte Erklärung. Unter Verweis auf den „Aktionskonsens“ dementierte es entschieden eine ihm zugeschriebene Verlautbarung, wonach es für den 13. Februar „gewaltfreie Aktionen“ organisieren wolle.

Daher liegt es nahe, dass auch eine gemeinsame Blockadeplanung zwischen Nichtextremisten und Extremisten im Bündnisrahmen erfolgte, was im Nachhinein durch das Zusammenspiel von friedlichen und gewaltbereiten Blockierern bestätigt wurde. Damit hat sich für Linksextremisten das – auch gewalttätige – Vorgehen im Rahmen eines insgesamt nicht extremistischen Aktionsbündnisses bewährt. Es ist daher zu erwarten, dass diese Strategie weiter verfolgt wird. Zwischen der Dresdner und der Leipziger Szene weisen vor allem die Bündnisse und die Bündnispolitik deutliche Unterschiede auf. Ein Grund hierfür ist, dass das Dresdner Bündnis „Nazifrei –

Dresden stellt sich quer“ seit Ende 2009 existiert und seitdem zu einer „festen Größe“ für die Szene geworden ist. Dagegen sind die Beziehungen zwischen AUTONOMEN und nicht extremistischen Bündnissen oder Initiativen eher lose. So lässt sich für Leipzig derzeit keine konkrete Bündnispolitik ausmachen. Dort ist auch keine Beeinflussung durch Linksextremisten erkennbar. Die Beziehungen zwischen Bündnissen und AUTONOMEN äußern sich dort lediglich in deren Beteiligung an Veranstaltungen, die durch Bündnisse oder Initiativen organisiert werden. Ein Einfluss auf das bürgerliche Spektrum ist in diesem Rahmen nicht auszumachen. In Dresden aber haben linksextremistische Positionen nicht nur Akzeptanz gefunden, sondern sind auch Norm geworden. Die Dresdner Szene weist zwar ein vergleichsweise niedrigeres Aktionsniveau auf und besitzt ein geringeres Mobilisierungspotenzial, ist aber im Gegensatz zu den Leipziger AUTONOMEN offenbar in der Umsetzung ihrer Strategie erfolgreicher, innerhalb von Bündnissen Akzeptanz in Teilen der bürgerlichen Mitte zu erringen.

Die Akzeptanz linksextremistischer Positionen und Aktionen durch ein nichtextremistisches Bündnis zeigt sich in Dresden nicht nur zum 13. Februar, sondern auch bei anderen Aktivitäten der autonomen Szene.

Die strafprozessuale Aufarbeitung der linksextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten vom 19. Februar 2011 sowie die Verurteilung eines Teilnehmers an diesen Protesten zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung durch das Amtsgericht Dresden bot Anlass für eine unangemeldete Solidaritätsaktion am 18. Januar. Dazu hatten u. a. die URA DRESDEN und „Antifas aus Dresden“ neben dem in seiner Gesamtheit nicht extremistischen Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ aufgerufen. Während dieser Veranstaltung wurden u. a. Parolen wie „BRD, Bullenstaat – wir haben dich zum Kotzen satt“

gerufen. Das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ wertete die Demonstration pauschal als „starkes Zeichen“ gegen „Repression“ und verband dies mit der Ankündigung: „Wir bleiben weiter solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen den Naziaufmarsch zu verhindern! Wir sehen uns am 13. Februar in Dresden!“²⁴⁰. Nachdem in Dresden gemeinsame Aktionen von Linksextremisten mit Nichtextremisten bislang nur zum Aktionsfeld „Antifaschismus“ zu beobachten waren, wurde mit der Aktion vom 18. Januar eine Bündiskonstellation nun auch zum Aktionsfeld „Kampf gegen staatliche Repression“ sichtbar.

Sind Allianzen zwischen Linksextremisten und Demokraten im Rahmen des Aktionsfeldes „Antifaschismus“ noch dadurch erklärlich, dass Antifaschismus der Demokratie inhärent und die Ablehnung rechtsextremistischer Positionen ein gesamtgesellschaftliches Allgemeingut ist, weist der Konsens auf dem Themenfeld „Antirepression“ schon auf eine Annäherung des Bündnisses an linksextremistische Positionen hin. Das Handlungsfeld „Antirepression“ besitzt für AUTONOME die Funktion, den demokratischen Rechtsstaat zu delegitimieren. Indem das Bündnis die Aktion als „starkes Zeichen gegen Repression“ wertet, unterstützt es diese extremistische Position, denn die Rechtsstaatlichkeit des Strafverfahrens wird damit in Frage gestellt.

Charakteristisch für Dresdner AUTONOME ist zudem, dass extremistische Gruppierungen auch bei unangemeldeten Aktionen offen und als Gruppe agieren. Das zeigte sich am 19. September. Die URA DRESDEN sowie die ANTIFASCHISTISCHE AKTIONSGRUPPE DRESDEN (AFA DRESDEN) initiierten einen Protest gegen eine Veranstaltung der NPD. Etwa 100 Personen, darunter Linksextremisten, folgten

dem Aufruf mit Fahnen der „Antifaschistischen Aktion“ und linksextremistischen Parolen. Freilich kommt es auch in Dresden während unangemeldeter Aktionen bisweilen zu Übergriffen. So versuchten Demonstranten gegen eine „Mahnwache“ der NPD am 27. März die Polizeiabsperungen zu durchbrechen und zu den Rechtsextremisten vorzudringen, wobei es zu Übergriffen auf Teilnehmer der Mahnwache und auf Polizeibeamte kam. Die Gewalt ist allerdings nicht stetig und keineswegs so akut wie in Leipzig. Dagegen agieren die Leipziger AUTONOMEN bei ihren Aktionen in der Anonymität. Sie führen Aktionen im Verborgenen durch, wie sie eher für die „klassische“ autonome Szene typisch sind, für die permanente Gewalt das prägende Merkmal ist.

Was sich darüber hinaus in Dresden zeigt, gibt es eine Zusammenarbeit zwischen der ROTEN HILFE (RH) und der KAMPAGNE 129EV, die im Mai 2011 als Reaktion auf die Einleitung von Ermittlungsverfahren gemäß § 129 Strafgesetzbuch zu gewalttätigen Szenestrukturen aktiv wurde. Diese Kampagne ruft zum militanten Widerstand „gegen Nazis, Staat und Kapital“ auf und befürwortet offen „antifaschistische“ Gewalt und „Alltagsmilitanz unterschiedlichster Formen“. Dieser offensive Umgang mit dem Gewaltaspekt unterscheidet sie zwar – auch nach eigener Bewertung – von der ROTEN HILFE. So antwortete ein Kampagnen-Vertreter in einem Interview auf die Frage „Was unterscheidet eure Arbeit von der ROTEN HILFE?“:

„Wir können als Gruppe klar sagen, dass Militanz ein legitimes Mittel ist, um z. B. einen Unterschied zu der politischen Botschaft zu benennen.“²⁴¹

²⁴⁰ Newsletter des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ vom 21. Januar 2013.

²⁴¹ Internetseite des Fanzines „Underdog“.

Er stellte auch klar, dass die Kampagne ihren „Antirepressionskampf“ als Mittel zur Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung versteht. Zwar gesteht er ein, dass es für die Kampagne schwierig ist, hierbei eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Er lässt aber mit Blick auf nicht extremistische Anhänger einer „linken Bewegung“²⁴² erkennen, dass die Kampagne diese Kreise über die Solidarisierung mit den von „Repression“ Betroffenen für ihre weiterreichenden linksextremistischen Ziele instrumentalisieren will.

„Für uns geht das auch damit einher, keine Unschuldskampagne zu führen, sondern zu vermitteln, dass Militanz (...) notwendiges und legitimes Mittel emanzipatorischer Politik ist. Wir wollen

*damit auch der von Seiten des LKA, der Landesregierung etc. versuchte Spaltung und Isolierung der linken Bewegung in Dresden entgegenwirken.“*²⁴³

Die Herausgabe einer gemeinsamen Broschüre unter dem Titel „LINKE POLITIK VERTEIDIGEN! FÜNF FINGER SIND NE FAUST“ durch die Dresdner Ortsgruppe der ROTEN HILFE und die KAMPAGNE 129EV zusammen mit dem „Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen“ macht die enge Verbindung sichtbar²⁴⁴ und weist aber auch darauf hin, dass die ROTE HILFE die militanten Positionen der Kampagne zumindest toleriert, wenn nicht gar mitträgt. Zudem nutzt die Kampagne ein Konto der RH DRESDEN als Spendenkonto.

2.9.3 Autonome in Chemnitz

Die autonome Szene in Chemnitz ist im Vergleich zu den autonomen Zentren in Leipzig und Dresden wesentlich kleiner und kaum strukturiert. Sie weist dadurch ein deutlich niedrigeres Aktionsniveau auf und nutzt für ihre linksextremistischen Aktivitäten Bündnisse mit Nichtextremisten. Die Beteiligung an Bündnissen dürfte dabei nicht nur vorrangig aus strategischem Kalkül erfolgen, um an die gesellschaftliche Mitte Anschluss zu finden. Grund hierfür dürfte auch die geringe Organisationsfähigkeit linksextremistischer Akteure sein. Im Jahr 2013 war in Chemnitz lediglich eine linksextremistische Gruppe aktiv, die ANTIFASCHISTISCHE AKTION KARL-MARX-STADT (AAK), auch bekannt als ANTIFASCHISTISCHE AKTION CHEMNITZ.

Der personellen und strukturellen Schwäche entspricht auch das niedrige öffentliche Aktionsniveau der Chemnitzer AUTONOMEN. So fanden dort im Berichtszeitraum lediglich drei Aktionen statt.

Die zentrale Veranstaltung war, wie bereits in den Jahren zuvor, die Verhinderung des jährlich am 5. März stattfindenden Aufzuges von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Etwa 250 bis 300 Linksextremisten aus Chemnitz, Leipzig und Dresden sowie aus der Region Mittelsachsen beteiligten sich an den weitgehend friedlichen zivilgesellschaftlichen Protesten gegen den rechtsextremistischen Aufzug.

²⁴² Der Interviewte nennt an anderer Stelle „Dresden – Nazifrei“ (das in seiner Gesamtheit nicht extremistische Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“) als ein Beispiel für den Anstieg „linker Aktivitäten“ in Dresden, die „teilweise sehr erfolgreich Diskurse bestimmt bzw. beeinflusst“ hätten.

²⁴³ Internetseite des Fanzines „Underdog“:

²⁴⁴ Siehe auch Beitrag „II 2.5 ROTE HILFE e. V. (RH)“:



Foto: Facebookseite von N-RDL NAZIFREI (Bildausschnitt).

Das Teilnehmerpotenzial entsprach dem des Vorjahres, was sowohl auf Kontinuität hindeutet, als auch auf den vergleichsweise hohen Stellenwert der Veranstaltung. Im Gegensatz zu den Vorjahren kam es im Rahmen der Bündnisstrategie mit Nichtextremisten nunmehr auch in Chemnitz erstmals zu der von Linksextremisten erhofften Blockade des Marsches der Rechtsextremisten.

Auch die zweite Veranstaltung richtete sich gegen Rechtsextremisten. Linksextremisten beteiligten sich am 17. Juni an Protesten gegen eine von Rechtsextremisten angemeldete Kundgebung zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR. Im Vergleich zur Demonstration am 5. März war das Teilnehmerpotenzial mit – einschließlich der Linksextremisten – etwa 150 Personen weitaus geringer. Im Aufruf zu dieser Veranstaltung wurde massiv zu Störaktionen durch „Sitzblockaden, Materialblockaden und kreative dezentrale Aktionen“ aufgerufen. Der Verlauf der Veranstaltung zeigte, dass die Akteure dies auch umsetzten. So blockierten die Demonstranten zunächst den ursprünglichen Versammlungsort der Rechtsextremisten. Im Gegensatz zu den Protesten am 5. März richteten sich die Aktionen anschließend jedoch auch gegen die Polizei. Einige Demonstranten umstellten die polizeilichen Einsatzkräfte, die beide Lager zu trennen versucht hatte.

Demgegenüber verlief die von Nichtextremisten organisierte Kundgebung gegen eine geplante, aber letztlich nicht durchgeführte Kundgebung der rechtsextremistischen Szene am 26. Juli in Chemnitz ohne Störungen. Die etwa 60 bis 80 Teilnehmer, darunter auch Linksextremisten, führten ein Banner mit der Aufschrift: „Den Nazis entgegentellen – Chemnitz Nazifrei“ mit sich.

Nicht nur die geringe Anzahl der Veranstaltungen unter Beteiligung von Linksextremisten weist darauf hin, dass sich die Qualität der Chemnitzer Szene deutlich von jener in Leipzig und Dresden unterscheidet. Auch die vergleichsweise geringe Beteiligung zeigt, dass die Fähigkeiten, eine größere Veranstaltung zu organisieren und hierzu zu mobilisieren, nur rudimentär vorhanden sind. Insofern besitzt die Chemnitzer Gruppe wenig Ausstrahlungskraft und nimmt in Sachsen eine eher untergeordnete Rolle ein. Lediglich die Veranstaltung am 5. März stellte mit einem Teilnehmerpotenzial von ca. 300 Personen eine Ausnahme dar. Die Ursache dafür liegt darin, dass die Jahrestage der alliierten Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg generell ein zentrales Thema sächsischer Linksextremisten sind, was schließlich auch einen größeren Teilnehmerkreis nach sich zieht.

Darüber hinaus zeigte sich auch, dass die Veranstaltungen ausschließlich auf das Themenfeld „Antifaschismus“ ausgerichtet waren. Die Aktionen waren lediglich Reaktionen auf Aufzüge der Rechtsextremisten. Gesellschaftspolitische Themen wie Asyl, die Bundestagswahl oder selbst szeneeintern wichtige Themen, wie die Blockupy-Aktionstage am 1. Juni in Frankfurt am Main (Hessen) und die Krawalle im Hamburger Schanzenviertel am 21. Dezember, welche in anderen sächsischen Orten zu Aktionen der autonomen Szene führten, wurden von der Chemnitzer Gruppe nicht reflektiert und blieben unberücksichtigt.

2.9.4 Linksextremisten außerhalb der Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz

Mittelsachsen

Im Landkreis Mittelsachsen gibt es erstmals seit dem Jahr 2010 wieder eine aktive linksextremistische Szene. Dabei zeigt sich für den gesamten mittelsächsischen Raum, dass die autonome Szene nicht nur außerhalb der Großstädte, sondern offenbar auch innerhalb der verschiedenen Landkreise eine nur sehr schmale personelle Decke besitzt, sodass die Strukturen – wenn überhaupt – regionsübergreifend gebildet werden.

So schlossen sich im Februar 2013 Personen aus den Landkreisen Meißen und Mittelsachsen in der Gruppe N-RDL NAZIFREI zusammen. Die Buchstaben „N-RDL“ stehen für Nossen, Roßwein, Döbeln und Leisnig. Den verwendeten Buchstaben und ihrer Internetseite zufolge sieht sich die Gruppe N-RDL NAZIFREI in der Tradition der linksextremistischen ANTIFA ROSSWEIN-DÖBELN-LEISNIG, die bis Ende des Jahres 2010 in der Region Mittelsachsen aktiv war. So veröffentlichte N-RDL NAZIFREI Plakate der linksextremistischen ANTIFA RDL.



Quelle: <http://nrldnazifrei.blogspot.de>

Die Schwerpunkte der linksextremistischen Aktivitäten liegen dabei in der Region Rochlitz-Geiringswalde-Burgstädt und in der Stadt Döbeln. Dort trat die Gruppe N-RDL NAZIFREI mit der Demonstration „Aufwachen. Aufstehen. Dem

Naziaufmarsch entgegengetreten“ am 5. Oktober erstmals mit einer eigenen Veranstaltung öffentlichkeitswirksam auf. Ziel der Proteste war es, einen Aufmarsch von Rechtsextremisten zu verhindern. Die hohe Teilnehmerzahl von etwa 350 Personen zeigt, dass es der Gruppe N-RDL NAZIFREI – obwohl erst seit Februar in der Region präsent – mit dem Thema „Antifaschismus“ gelungen ist, über die eigene Klientel hinaus zu mobilisieren. Schließlich beteiligten sich an der Demonstration nicht nur Linksextremisten, sondern auch Personen aus dem bürgerlichen Spektrum, was auf eine hohe Akzeptanz der Gruppe in dieser Region hinweist.

N-RDL NAZIFREI kündigte an, sich weiterhin aktiv an Aktionen gegen etwaige Aktivitäten von Rechtsextremisten in der Region Mittelsachsen zu beteiligen bzw. diese zu initiieren.

Im Zeitraum Februar bis Ende August/Anfang September 2013 existierte im sozialen Netzwerk Facebook auch ein Profil der Gruppe N-RDL NAZIFREI. Dort berichtete die Gruppe über ihre Beteiligung an den linksextremistischen Aktivitäten gegen den am 5. März stattgefundenen Trauermarsch von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Chemnitz im Zweiten Weltkrieg.

Außerdem veröffentlichte N-RDL NAZIFREI Mobilisierungsaufrufe zu regionalen und überregionalen Ereignissen mit linksextremistischen Bezügen. Beispiele hierfür sind:

- die von der linksextremistischen FREIEN ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION (FAU) organisierte Demonstration „Wir kriegen nur wofür wir kämpfen!“ am 1. Mai in Dresden,
- die „Antifaschistische Demonstration“ am 1. Mai in Berlin-Schöneweide unter dem Mot-

to „Nazis und Rassisten blockieren! Kommt nach vorn!“,

- der Aufruf zur Demonstration „Flüchtlinge willkommen – in Rötha und überall“ am 14. November in Rötha (Landkreis Leipzig) und
- der Aufruf zur Demonstration „Refugees welcome – Gegen den rassistischen Mob in Schneeberg und überall!“ am 16. November in Schneeberg (Erzgebirgskreis).

Neben der N-RDL NAZIFREI agiert im Landkreis Mittelsachsen auch die linksextremistische Gruppierung ANTIFASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-BURGSTÄDTGERINGSWALDE (ANTIFA RGB). Auf der Internetseite der ANTIFA RGB heißt es zu deren Selbstverständnis:

„Wir versuchen in der Region Mittelsachsen / Mittweida und auch darüber hinaus den Antifaschismus zu organisieren, den kapitalistischen Grundkonsens zu bekämpfen und uns für eine herrschaftsfreie und klassenlose Gesellschaft (ohne Ausbeutung und Unterdrückung) einzusetzen.“²⁴⁵



Quelle: <http://aargb.blogspot.de>

Ihr Aktionsniveau ist allerdings deutlich geringer als das der N-RDL, denn sie tritt nicht mit eigenen Aktionen in der Öffentlichkeit auf. Auf ihrer Internetseite mobilisierte sie lediglich zu regionalen und überregionalen Demonstrationen bzw. veröffentlichte entsprechende Aufrufe; so u. a.

- zu den Aktionen gegen Aufmärsche von Rechtsextremisten anlässlich des 13. Februar und 17. Juni in Dresden,
- zur Demonstration am 2. November in Leipzig gegen eine Kundgebung von Rechtsextremisten,
- zur Demonstration am 26. Oktober in Leipzig anlässlich des dritten Jahrestages eines ausländischerfeindlich motivierten Mordes,
- zu einer Demonstration am 2. November in Burg (Sachsen-Anhalt).

In zwei auf der Internetseite der ANTIFA RGB eingestellten Beiträgen werden auch die Themenfelder „Freiraum“ und „Antirepression“ angesprochen. So übernahm die Gruppe einen Beitrag der von Linksextremisten genutzten Internetseite Indymedia, in dem der Polizeieinsatz anlässlich einer Fahrraddemonstration zum Erhalt von Linksextremisten genutzten Objekten am 23. März in Dresden thematisiert wird. Ein weiterer Beitrag widmet sich dem Tod einer Berliner Rentnerin im April, die nach Auffassung von Linksextremisten an den Folgen einer Zwangsräumung verstorben sein soll.

Ostsachsen

Mit der ANTIFA LAUSITZ gibt es bereits seit Jahren eine feste Struktur, die durch Kontinuität geprägt und für den ostsächsischen Raum maßgebend ist. Im Vergleich zu den anderen Landkreisen ist Ostsachsen jene Region, in der die autonome Szene die meisten Strukturen herausgebildet hat. So existieren neben dieser Gruppierung noch die ANTIFASCHISTISCHE AKTION GÖRLITZ, der linksextremistische AUTONOMAL-VERSAND in Zittau (Landkreis Görlitz), der wesentlich zu Aktivitäten beiträgt oder diese initiiert.

²⁴⁵ Internetseite der ANTIFA RGB, Rubrik Kontakte.



Dieser veranstaltete am 31. August 2013 in Zittau anlässlich des achtjährigen Bestehens der ANTIFA LAUSITZ ein Solidaritätskonzert unter dem Titel „AFA SOLI 2013 8 Jahre ANTIFA LAUSITZ“, was auf die Verzahnung mit der regionalen autonomen Szene hindeutet. An der Veranstaltung nahmen ca. 100 Personen teil. Die Beteiligung einer Band aus Rheinland-Pfalz weist auf überregionale Verbindungen des Veranstalters in die autonome Szene hin.

Die ANTIFA LAUSITZ mobilisierte auf ihrer Internetseite u. a. zu Demonstrationen anlässlich des 13. Februar in Dresden und 5. März in Chemnitz sowie zu den „antirassistischen“ Demonstrationen am 2. und 16. November in Schneeberg (Erzgebirgskreis). Die ostsächsische Gruppierung ist somit auch in Aktionen eingebunden, die außerhalb ihres lokalen Rahmens liegen.

Die Kontakte ostsächsischer Linksextremisten zur „Antifa“ in Nordböhmen (Tschechische Republik) setzten sich im Jahr 2013 fort. Damit bestätigte sich deren dauerhafte und intensive Beziehung. Die ANTIFA LAUSITZ agiert damit nicht nur in ihrer eigenen Region, sondern auch länderübergreifend. Sie beteiligte sich – wie bereits im vergangenen Jahr – vom 18. bis 21. Juli an einem „Antikapitalistischen Camp“ in Liberec (Tschechische Republik). Tschechische Aktivisten nahmen wiederum am erwähnten „Solidaritätskonzert“ für die ANTIFA LAUSITZ am 31. August in Zittau teil. Am 14. September 2013 demonstrierte die ANTIFA LAUSITZ gemeinsam mit tschechischen Aktivisten in Varnsdorf (Tschechien) gegen einen Aufmarsch von tschechischen Rechtsextremisten.

Darüber hinaus wandten Linksextremisten im Jahr 2013 im Rahmen ihres Kampfes gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten die Strategie des „Nazi-Outings“ an. Der Kern dieser Strategie besteht darin, dass Linksextremisten unter vorgetäuschten Identitäten Kontakte zu Rechtsextremisten aufnehmen, um das berufliche und soziale Umfeld dieser Personen auszuforschen.

In einem Fall gab sich die autonome Antifa als Zeitarbeitsfirma aus und vermittelte einem Rechtsextremisten einen fiktiven Termin für ein angebliches Vorstellungsgespräch in Halle (Sachsen-Anhalt). Auf dem Weg dorthin sollte er offenbar in Leipzig tätlich angegriffen werden. Zudem wurde bekannt, dass die betroffene Person bereits öfter bei ihrem Arbeitgeber als Rechtsextremist denunziert und daraufhin schließlich gekündigt worden sei. Sie ist zu einem späteren Zeitpunkt tatsächlich angegriffen und dabei verletzt worden.

Die Verwendung des „Nazi-Outings“ nicht nur zur Denunziation, sondern auch zum Zwecke tätlicher Angriffe gegen Personen, ist neu.

Die Strategie des „Nazi-Outings“ entspricht dem Feindbild der autonomen Antifa, welches auf einer dualen Weltsicht beruht. Auf dieser Basis werden all jene Personen, die die Sicht der Antifa nicht teilen, per se als „Faschisten“ oder „Nazis“ bezeichnet. Darüber hinaus werden dem „Feind“ auch jegliche Rechte abgesprochen. Vor allem die Veröffentlichung persönlicher Daten ohne Wissen des Betroffenen stellt eine erhebliche Verletzung des Persönlichkeitsrechts dar. Da es sich aber aus der Perspektive der Antifa „nur“ um Faschisten handelt, erscheint ihnen auch die Verletzung eines solch elementaren Grundrechts legitim. Vor allem die unscharfe Bezeichnung „Kampf gegen Rechts“ erlaubt es der Antifa jederzeit, Personen mit konservativen Positionen nicht nur als Rechtsextremisten zu denunzieren, sondern sie auch zu schädigen.

Nordsachsen

Im Bereich Nordsachsen gibt es keine aktive linksextremistische Szene. Linksextremistische Aktivitäten werden – aufgrund der örtlichen Nähe und vor allem durch die Ausstrahlung der Leipziger Szene – zumeist durch linksextremistische Gruppen und Einzelpersonen aus dieser Stadt organisiert.

Während es im Landkreis Leipzig im Jahr 2013 zu keinen Aktivitäten von Linksextremisten kam, mobilisierten Leipziger AUTONOME umgehend zu einer Demonstration in Rackwitz (Landkreis Nordsachsen), als bekannt wurde, dass die Einrichtung eines Asylbewerberheimes auf breiten Widerstand in der Bevölkerung gestoßen war. Am 14. September 2013 demonstrierten dann dort ca. 200 Personen unter dem Motto „Pogrome verhindern, bevor sie passieren! Keine Chance für rassistische Brandstifter_innen!“. Wie der Aufruf zeigt, richtete sich die Demonstration gegen die als „biologistisch“ bezeichnete Asylpolitik der Bundesregierung und gegen die als „rassistisch“ benannte Mobilisierung der Bürgerinitiative „Rackwitz 2.0“.



Quelle: Facebook.

Der friedliche Verlauf der Demonstration ist darauf zurückzuführen, dass die Bürger der Auf-

forderung der Bürgerinitiative „Rackwitz 2.0“ folgten und der Demonstration fern blieben und so eine etwaige Konfrontation verhindert werden konnte.

Am 23. November beteiligten sich in Schkeuditz (Landkreis Nordsachsen) auch Linksextremisten an den Protesten gegen eine Veranstaltung des von ihnen als „rechtspopulistisch“ bezeichneten Magazins „Compact“. Dieses hatte die Veranstaltung „2. Konferenz für Souveränität“ unter das Thema „Für die Zukunft der Familie! – Werden Europas Völker abgeschafft?“ gestellt. Ausgehend von Leipzig formierte sich Widerstand gegen die Veranstaltung. Das nicht extremistische Aktionsbündnis „NoCompact“, dem auch die linksextremistische Leipziger Gruppierung ANTIFA KLEIN-PARIS (AKP) angehört, rief zu Protesten gegen die Veranstaltung auf. Etwa 400 Personen, darunter auch Linksextremisten, protestierten unter dem Motto „Compact-Konferenz? Nicht mit uns! Rechtspopulistischem Kongress entschlossen entgegnetreten!“. Die Demonstranten traten aggressiv auf und blockierten Zufahrten zum Veranstaltungsort. Das aktive Vorgehen gegen die Konferenz und die Kritik an den Rednern, die aus Sicht der Linksextremisten dafür bekannt seien, „Diskriminierungs- und Herrschaftsverhältnisse umzukehren und offensichtliche Ungerechtigkeiten zu bagatellisieren“ und die „nationalistische, rassistische und völkische“ Standpunkte vertreten würden, zeigen deutlich linksextremistische Verhaltensweisen und Denkmuster.

Westsachsen

In der Region Westsachsen gibt es lediglich im Vogtlandkreis eine kleine, weitgehend unstrukturierte autonome Szene, die sich in der Stadt Plauen konzentriert. Dort existieren die Gruppierungen ANTIFA PLAUEN und ANTIFA JUGEND PLAUEN

(AJPL), deren Hauptaktionsfeld der Antifaschismuskampf ist. Das wichtigste regionale Ereignis AUTONOME sind die Aktivitäten gegen einen Trauermarsch von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Plauens im Zweiten Weltkrieg. In diesem Zusammenhang beteiligten sich am 13. April Linksextremisten, die auch aus Leipzig und Dresden anreisten, an einer insgesamt nicht extremistischen sogenannten „Antifa-Demonstration“. Die beabsichtigte Blockade des rechtsextremistischen Aufzugs konnte aber trotz umfangreicher Mobilisierung im linksextremistischen Spektrum nicht realisiert werden.

Im November rückten für AUTONOME die als „rechte Mobilisierung“ gegen Asylbewerberunterkünfte interpretierten Aktionen in Schneeberg

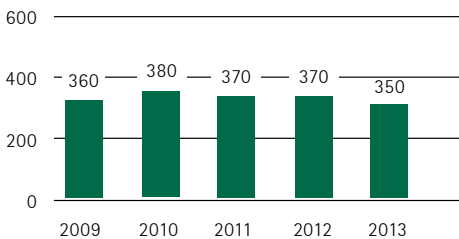
(Erzgebirgskreis) in den Fokus. Dort hatten sich zugereiste AUTONOME an zwei insgesamt nicht extremistischen und größtenteils friedlich verlaufenen Demonstrationen zum Themenfeld „Antirassismus“ beteiligt, die sich in erster Linie gegen die von einem Rechtsextremisten initiierten Protestaktivitäten gegen das Schneeberger Asylbewerberheim aber auch allgemein gegen die Asylpolitik richteten. Am 2. November beteiligten sich ca. 120 Linksextremisten überwiegend aus Sachsen, am 16. November nahmen – nach einer bundesweiten Mobilisierung – insgesamt ca. 300 Linksextremisten auch aus anderen Bundesländern teil. Zur überregionalen Mobilisierung beider Demonstrationen hatten nahezu alle aktionsorientierten linksextremistischen Gruppen aus Sachsen beigetragen und zum Teil auch teilgenommen.

3. Islamismus und Ausländerextremismus

3.1 Personenpotenzial

Im Freistaat Sachsen bewegt sich das islamistisch-ausländerextremistische Personenpotenzial im Vergleich zu anderen Bundesländern seit Jahren auf niedrigem Niveau und ist 2013 gesunken. Es umfasste 350 Personen (2012: 370 Personen). Im Vergleich ist dies der niedrigste Stand in den vergangenen zehn Jahren.

Islamistisch-ausländerextremistisches Personenpotenzial im Freistaat Sachsen



Damit werden weniger als 1 % der Ausländer bzw. Deutschen mit Migrationshintergrund in Sachsen durch den Verfassungsschutz islamistisch-ausländerextremistischen Gruppierungen zugerechnet.

Mit Blick auf die einzelnen islamistisch-ausländerextremistischen Extremismusbereiche lassen sich nur unwesentliche Verschiebungen feststellen.

Bei den islamistischen Bestrebungen blieb das Personenpotenzial in Sachsen mit ca. 190 Personen gegenüber dem Vorjahr unverändert. Der bis dahin festgestellte Trend des Anstiegs setzte sich nicht weiter fort.

Das Personenpotenzial im linksextremistischen Spektrum verringerte sich im Jahr 2013 mit ca. 160 Personen erneut (2012: 170, 2011: 190). Diesem werden insbesondere Angehörige der Nachfolge- und Nebenorganisationen der

Zusammensetzung des Personenpotenzials im Freistaat Sachsen (Insgesamt: ca. 350 [2012: ca. 370/bundesweit 2012: ca. 71.360])

Linksextremistische bzw. links-extremistisch geprägte Gruppen ca. 160 (2012 ca. 170)	Nationalistische bzw. nationalistisch geprägte Gruppen Einzelpersonen (2012 ca. 10)	Islamistische Bestrebungen ca. 190 (2012: ca. 190)
davon u. a.		
ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) bzw. Nachfolgeorganisationen ca. 150 (2012: ca. 150)		
Sonstige Gruppen ca. 10 (2012: ca. 20)		

ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) aber auch Anhänger iranischer Organisationen zugerechnet. Ihre Bedeutung ist seit Jahren kontinuierlich rückläufig.

Den national-extremistischen Organisationen hingegen werden in Sachsen lediglich einzelne Personen zugerechnet.

Das Mobilisierungspotenzial einiger ausländischer extremistischer Organisationen, wie z. B. der PKK, kann deren Anhängerzahl jedoch teilweise um ein Vielfaches überschreiten, so sind hierbei regelmäßig auch Personen aus benachbarten Bundesländern mit einzubeziehen.

3.2 Islamismus – salafistische Bestrebungen

Ideologie

Der Salafismus gilt als die dynamischste und am schnellsten wachsende islamistische Bewegung in Deutschland. Er orientiert sich am Leben der ersten drei Generationen von Muslimen, auch als „Altvordere“ (arab. as-salaf as-salih) bezeichnet, welche im 7. bis 9. Jahrhundert lebten. Nach Ansicht der Salafisten führten nur diese Generationen ein gottgefälliges Leben, da sie dieses ausschließlich nach dem Koran und dem Leben des Propheten Muhammad (Sunna) ausrichteten.

Salafisten orientieren sich nicht nur inhaltlich an den Vorstellungen der ersten Muslime und der islamischen Frühzeit, sondern auch an der Wertordnung jener Zeit. Sie streben eine Rechtsordnung an, die ausschließlich auf Koran und Sunna basiert. Die Einführung einer solchen Ordnung wird auch in westlichen Ländern, in denen Muslime leben, angestrebt.

Aus der buchstabengetreuen Auslegung von Koran und Sunna leitet sich das zentrale salafistische Glaubensverständnis ab. Dessen Kern besteht in der Auffassung der Einheit und Einzigartigkeit Gottes sowie in der Überzeugung, dass Gott der einzige legitime Souverän und Gesetzgeber ist. Hieraus folgt, dass für Salafisten nicht die Selbstbestimmung des Volkes die

Grundlage staatlicher Herrschaftsordnung ist, sondern ausschließlich der Wille Gottes. Die Ergebnisse demokratischer Prozesse werden als Verletzung dieser Souveränität Gottes und deshalb als illegitim angesehen. In Anlehnung an die islamische Frühzeit besteht das Ziel von Salafisten in der Schaffung einer vermeintlich idealen islamischen Gesellschaft, einer Theokratie, in der Staat und Religion eine Einheit bilden. Sämtliche religiöse Neuerungen oder gar eine Fortentwicklung der Religion im Sinne einer Anpassung an bestehende Verhältnisse werden kategorisch abgelehnt. Dementsprechend greifen Salafisten auf Regeln und Rechtsnormen zurück, die mit einem modernen demokratischen Rechtsstaat unvereinbar sind. Insofern liegt auch eine politische Bestimmtheit vor, die über eine reine Glaubensfreiheit hinausgeht. Der Islam nach salafistischer Auslegung wird als allumfassender politischer Gegenentwurf zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung begriffen und öffentlich propagiert.

Salafisten betrachten sich als Kenner und Verfechter einer absoluten göttlichen Wahrheit. Daraus leiten sie eine Deutungshoheit über den Islam ab, die Andersdenkende, auch Muslime mit anderen Glaubensüberzeugungen, ausgrenzt, als Ungläubige ablehnt und zu Feinden erklärt. Damit ebnet der Salafismus der Isolation seiner

Anhänger den Weg und begünstigt in westlichen Ländern die Herausbildung von integrationsfeindlichen Parallelgesellschaften.

Strategie

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen zwei Varianten: dem politischen und dem gewaltorientierten jihadistischen Salafismus. Auch wenn salafistische Bestrebungen insgesamt verschiedene Nuancen aufweisen, haben sie letztlich gleiche Ziele. Sie unterscheiden sich jedoch in der Wahl ihrer Mittel, um diese zu erreichen. Jihadistische Salafisten zielen mittels Gewaltanwendung darauf ab, eine auf ihren Vorstellungen basierende Gesellschafts- und Staatsordnung zu installieren. Dafür begeben sie sich u.a. in terroristische Ausbildungslager, z. B. in Afghanistan und Pakistan, unterstützen aktiv islamistisch-terroristische Aktivitäten oder planen und verüben eigene Anschläge. Eine der bekanntesten jihadistischen Gruppierungen der jüngsten Vergangenheit in Deutschland ist die im Juni 2012 bundesweit verbotene Vereinigung MILLATU IBRAHIM, die im Ausland weiterhin aktiv ist. Anhänger dieser Organisation hatten zum aktiven Kampf gegen die verfassungsmäßige Ordnung in Deutschland aufgerufen. Darunter fiel auch der Einsatz von Gewalt. Nach dem Verbot setzten sich zahlreiche Anhänger von MILLATU IBRAHIM ins Ausland ab. Sie versuchten von dort aus ihre Bestrebungen gegen die hiesige Gesellschaftsordnung fortzusetzen, indem sie auch im Jahr 2013 Hasspropaganda über das Internet verbreiteten und Selbstmordanschläge glorifizierten.

Die Mehrzahl der Salafisten sind jedoch dem politischen Salafismus zuzurechnen. Politische Salafisten sind vorrangig missionarisch aktiv, sie verteilen Informationsmaterial und organisieren Veranstaltungen, wie Islamseminare und Vortragsveranstaltungen in Moscheevereinen. Dabei wird versucht, die Gläubigen zu beeinflussen. Diese Einflussnahme beginnt bereits mit der Erziehung von Kindern und Jugendlichen. So wird beispielsweise den Eltern auf einer salafistischen Ratgeberseite im Internet empfohlen, die Kinder zum Schutz vor der vermeintlich feindlichen/ungläubigen Mehrheitsgesellschaft frühzeitig eng an die salafistische Moschee zu binden und andere Kontakte zur nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft zu meiden.²⁴⁶

Seine Breitenwirkung entfaltet der Salafismus durch das Internet. Salafistische Ideologieinhalte werden durch eine Vielzahl von deutschsprachigen Webseiten, Internetforen sowie durch zahlreiche Kurzvideos, z. B. im Internetportal YouTube, vermittelt. Salafistische Propaganda erfolgt auch über Vorträge von salafistischen Predigern zu Dogma und salafistischer Religionsauffassung (sog. „Islamseminare“), bundesweit organisierte „Islam-Infostände“, die Verteilung von Broschüren und Flugblättern sowie Publikationen und Übersetzungen salafistischer Grundlagenwerke.

Den „Islamseminaren“ kommt hierbei eine wichtige Rolle zu, da die Äußerungen des salafistischen Imams maßgeblich zur Meinungsbildung der Zuhörer beitragen. Die Vortragenden fungieren als wichtige Multiplikatoren des von ihnen erläuterten Islamverständnisses. Die Inhalte salafistischer Predigten und Vorträge enthalten neben religiösen Aussagen auch politische Bot-

²⁴⁶ Z. B. www.fataawa.de/fataawas/9_Bildung/2.Kindererziehung/0262.pdf: Islamische Schulbildung / Erziehung im Westen.

Anm.: Die Seite ist direkt mit dem Internetauftritt DABBAGHS (www.videosislam.de) verlinkt. Darüber hinaus wird DABBAGH hier als Ansprechpartner für religiöse Fragen genannt.

schaften, sind also nicht nur als bekenntnisorientierter Islamunterricht, sondern als politisch motivierte Propaganda und indirekte Aufforderung zum Handeln aufzufassen.

Die salafistische Szene in Deutschland ist durch formelle und informelle Strukturen geprägt. Zurzeit ist sie überwiegend in lokale Vereine gegliedert. Entsprechendes gilt auch für die transnationale Vernetzung salafistischer Gruppierungen. Dem gesamten Phänomen salafistischer Bestrebungen werden deutschlandweit etwa 5.500 Personen zugeordnet, davon lassen sich ca. 100 Anhänger in Sachsen ausmachen.

Zur Lage in Sachsen

Die meisten Salafisten in Sachsen sind im Umfeld der Al-Rahman-Moschee (Leipzig) anzutreffen. Imam dieser Einrichtung ist Hassan DABBAGH, ein bekannter Vertreter des politischen Salafismus. Nicht nur seine Lehren selbst, sondern auch seine Strategien zu deren Verbreitung sind eingebettet in das Wirken und Agieren von Salafisten in Deutschland.

Seit Jahren veranstaltet DABBAGH monatlich sogenannte Islamseminare bzw. Islam-Bildungstreffs in Leipzig²⁴⁷. Darüber hinaus initiiert DABBAGH regelmäßig Informationsstände der Al-Rahman-Moschee in der Leipziger Innenstadt, bei denen die Einrichtung vorgestellt und Handzettel verteilt werden. In der Vergangenheit wurden dabei auch Schriften mit zum Teil verfassungsfeindlichen Inhalten ausgegeben. Hassan DABBAGH referierte auch im Jahr 2013 bundesweit im Rahmen seiner „Mobilen Islami-

schen Akademie“ (Eigenbezeichnung) in vielen Moscheen, z. B. in der AS-SAHABA-DIE GEFÄHRTEN e.V. UND MOSCHEE BERLIN, im ISLAMISCHEN KULTURZENTRUM BREMEN e.V. und der EL-SALAM-MOSCHEE MÜNCHEN, zu salafistischen Themen. Die Veranstaltungen wurden häufig im Internet beworben.²⁴⁸ Auf diesen Islamseminaren tritt er dabei mit weiteren Multiplikatoren der salafistischen Szene in Deutschland auf. Die zahlreichen Aktivitäten und Aussagen DABBAGHS lassen sich über soziale Netzwerke, z. B. Facebook, sowie Internetportale wie YouTube, verfolgen. Seine seit Jahren umfangreichen Reisetätigkeiten zeugen von seiner wichtigen Rolle innerhalb des politischen Salafismus in Deutschland und belegen seine Einbindung in ein salafistisches Netzwerk.

Auch in den Freitagspredigten spiegelt sich DABBAGHS salafistisches Islamverständnis wider. DABBAGH betont dabei ausdrücklich, dass die Welt zweigeteilt sei. Seiner Ansicht nach gibt es nur Muslime und Ungläubige.²⁴⁹

Er beschwört die Gläubigen regelmäßig, die persönliche Lebensführung ausschließlich an Koran und authentischer Sunna auszurichten. Dabei stellt er das Trennende zur Mehrheitsgesellschaft in den Vordergrund und warnt vor Anpassungen. So ermahnt er die Gläubigen, dass ein Aufenthalt in Deutschland nicht bedeutet, auch nur ansatzweise von der salafistischen Lebensweise abzuweichen. Ein wiederkehrendes Thema in den Predigten und Verlautbarungen sind deshalb aus seiner Sicht unerlaubte Neuerungen bzw. Verfälschungen des Islam, welche „in die ewige Verdammnis“ führen. Konkret werden beispielsweise die Bekleidungs- und Reisevorschriften für Frauen als unbedingt gültig herausgestellt.²⁵⁰

²⁴⁷ U. a. www.alrahman-moschee.de.

²⁴⁸ U. a. www.facebook.com/ImamSheikAbuAlhussain.

²⁴⁹ Freitagspredigt vom 13. Dezember 2013.

²⁵⁰ Freitagspredigt vom 22. November 2013 – gemeint sind u.a. die Pflicht der Frau, sich zu verschleiern sowie das Verbot, das Haus ohne Erlaubnis des Ehemannes zu verlassen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Frau bezüglich der Partnerwahl wird durch ihn negiert bzw. der Religion untergeordnet.²⁵¹

DABBAGH stellt darüber hinaus Muslime regelmäßig als Opfer der Gesellschaft dar, welche gezielt durch Verfassungsschutz, Medien und Politik diskriminiert und bekämpft werden würden.^{252 253}

In seinen Predigten nutzt er hierfür auch weltpolitische Ereignisse, wie die Konflikte in Afghanistan, Palästina oder aktuell in Syrien, als Beleg für die generelle Unterdrückung der Muslime durch den „Westen“. DABBAGH verwendet diesbezüglich extreme Metaphern und Verschwörungstheorien. Beispielsweise behauptet er, dass durch den „Westen“ gezielt Muslime und deren Kinder getötet sowie muslimische Frauen vergewaltigt werden.

„(...) unsere Schwestern die vergewaltigt werden die sind deine Schwestern unsere Kinder die geschlachtet werden unsere älteren Leute Männer und Frauen die gepeinigt werden und die geschlagen werden und die getötet werden überall überall ob sie in Tschetschenien wären oder Kaschmir Irak oder Syrien oder Palästina Ägypten Tunesien überall überall Afrika Asien Europa überall (...)“²⁵⁴

„(...) wenn du deine Religion praktizierst bist du Terrorist oder Schläfer oder Unterstützter von Terroristen und dann kann man mit dir alles tun dann kann man dich töten dann kann man dich

bombardieren dann kann man die Frauen vergewaltigen und Kinder auch massakrieren (...)“²⁵⁵

„(...) Schwule und Lesben die haben ihre Rechte und die dürfen alles machen und Hunde und die Katzen die haben ihre Rechte und die dürfen alles machen aber wo sind unsere Rechte? Wenn du nur sagst Islam wenn du nur sagst Muslim wenn du nur deine Rechte verlangst dann bekommst du auf deinen Kopf du wirst getötet du wirst gefoltert und keiner sagt was (...)“²⁵⁶

Diese in einem aggressiven Stil vorgetragenen Predigten sind geeignet, zur Radikalisierung insbesondere von jungen und in ihrer Persönlichkeit wenig gefestigten Muslimen bzw. Konvertiten beizutragen.

Neben der westlichen Gesellschaft werden durch DABBAGH auch Andersgläubige verbal angegriffen. Insbesondere die muslimischen Glaubensgemeinschaften der Schiiten sowie der Ahmadiyya werden beschimpft und zu einem Feindbild aufgebaut.

So sagte DABBAGH, ein „heuchlerischer Jude“ habe die Schia gegründet, um den Islam zu zerstören und weiter:

„Die Schia und der Schiismus ist das Schlimmste was uns passieren kann.“²⁵⁷

Den geplanten Neubau einer Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde in Leipzig bezeichnete DABBAGH

²⁵¹ Freitagspredigt vom 13. September 2013.

²⁵² Siehe u. a. Freitagspredigt vom 1. November 2013 – „Wir leben hier seit vielen Jahren mit der Bevölkerung haben wir keine Probleme gehabt ok manchmal schon (...) ok mit Geheimdienst mit Verfassungsschutz mit diesen Behörden die gegen den Islam sind (...) und die wollen nicht dass die Leute den Islam annehmen (...)“.

²⁵³ www.youtube.com/. Eine Stellungnahme zum Thema Salafismus von Scheich Hassan DABBAGH. www.youtube.com/. Was haben „Salafismus“, „Koran“-Verteilung & Günter Grass gemeinsam? (Scheich Hassan DABBAGH).

²⁵⁴ Fastenbrechenpredigt vom 8. August 2013.

²⁵⁵ Freitagspredigt vom 18. Januar 2013.

²⁵⁶ Freitagspredigt vom 23. August 2013.

²⁵⁷ Freitagspredigt vom 7. Juni 2013, vgl. i. d. Z. auch www.youtube.com/0 Muslim! Die Gefahr des Schiismus unter uns! (Scheich Hassan DABBAGH).

als „Platz von Schirk [Polytheismus] und Kufr [Unglauben]" und führte weiter aus:

„Wir sind für Religionsfreiheit aber nicht für so was.“²⁵⁸

Gleichzeitig warnte er die Gläubigen:

„Die Ahmadiyya sind keine Muslime (...) das ist Betrug das die sich Muslim nennen (...) derjenige [Muslim] der sagt Ahmadiyya (...) wären Muslime ist selber kein Muslim (...)“²⁵⁹

DABBAGH spricht damit Muslimen, welche ein anderes Religionsverständnis haben bzw. den Islam anders praktizieren als er, ab, überhaupt Muslime zu sein. Ein solches herabwürdigendes und entrechtendes Verhalten birgt ein schwer zu kalkulierendes Konfliktpotenzial in sich.

Fazit und Ausblick

Der Salafismus ist in Deutschland die gegenwärtig am stärksten wachsende islamistische Bewe-

gung. Dies spiegelt sich in geringem Maße auch im Freistaat Sachsen wider. Das salafistische Milieu präsentiert sich dabei jedoch bundesweit sehr heterogen. Neben DABBAGH und seinen Mitstreitern existieren weitere salafistische Gruppen unterschiedlichster Ausrichtung.

Durch eine zielgerichtete Missionierung und Öffentlichkeitsarbeit wollen politische Salafisten an Einfluss gewinnen, um Menschen für den Islam salafistischer Prägung zu begeistern. Ein Rückgang dieser Aktivitäten ist nicht zu erwarten. Diese Ideologie fördert das Entstehen von Feindbildern. Durch salafistische Propaganda wird überdies ein Abgleiten in das jihadistische Milieu begünstigt. Die extreme Kultivierung einer Opferrolle, welche den Muslimen in unserer Gesellschaft angeblich zukomme, kann besonders desintegrativ und radikalierend wirken. Insbesondere in den Verschwörungstheorien sowie der Kriegs- und Feindbildrhetorik dürften sich salafistische Muslime in ihrem Weltbild bestätigt fühlen.

3.3 ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)

Extremismusbereich:	Linksextremistischer Ausländerextremismus
Gründung:	1978
Sitz:	Nordirak /Kandilgebirge
Vorsitz	Abdullah ÖCALAN ²⁶⁰
Teil-, Nebenorganisationen:	u. a. KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA (CDK)
Publikation:	SERXWEBUN
Kennzeichen ²⁶¹ :	

²⁵⁸ Freitagspredigt vom 1. November 2013; DABBAGH erläuterte darüber hinaus, dass die Ahmadiyya von einem „Verräter“, welcher für die Engländer arbeitete, gegründet wurde und es bekannt sei, dass die Engländer schon immer die „Feinde des Islam“ unterstützt hätten.

²⁵⁹ Freitagspredigt vom 22. November 2013.

²⁶⁰ Trotz Inhaftierung hat er faktisch die Führung inne.

²⁶¹ Rechts Fahne der VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG).

Historie und Strukturentwicklung

Die PKK wurde 1978 gegründet. Ziel war die Schaffung eines autonomen Kurdenstaates. Zu den Gründern gehörte Abdullah ÖCALAN. Er übte von Beginn an die Funktion des Generalsekretärs aus. Seine unumstrittene Führungsposition behielt er auch nach seiner Inhaftierung und Verurteilung 1999 inne.

Die PKK entwickelte sich sowohl in der Türkei als auch in Europa zur anhängerstärksten und militantesten Kurdenorganisation. 1984 nahm sie den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat auf. Diesen Auseinandersetzungen fielen bislang mehr als 45.000²⁶² Menschen zum Opfer. Im Jahr 2002 nahmen die USA und die Europäische Union die PKK und später auch deren Nachfolgeorganisationen in die Listen der terroristischen Organisationen auf.

Die PKK firmierte bis heute unter folgenden Namen:

- 1978 – 2002 PKK
- 2002 – 2003 FREIHEITS- UND DEMOKRATIEKONGRESS KURDISTANS (KADEK)
- seit 2003 parallel: VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA GEL)
- 2005 – 2007 GEMEINSCHAFT DER KOMMUNEN IN KURDISTAN (KKK)
- seit 2007 VEREINIGTE GEMEINSCHAFTEN KURDISTANS (KCK) und „neue“ PKK als ideologische Kraft

Ab Mitte der 1990er Jahre verfolgte die PKK-Führung eine Doppelstrategie. Während sie in Westeuropa um ein gewaltfreies Erscheinungsbild bemüht war, agierte sie in der Türkei weiterhin militant. Die Guerillaeinheiten, die soge-

nannten VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG), griffen sowohl türkische Sicherheitskräfte als auch die Infrastruktur an. Ziele waren unter anderem die Erdgas- und Erdölpipelines. Mit zahlreichen Geiselnahmen im Osten der Türkei versuchten sie, ihre Vormachtstellung unter Beweis zu stellen.

In den Metropolen und touristischen Zentren im westlichen Teil der Türkei verübten die aus den HPG hervorgegangenen FREIHEITSFALKEN KURDISTANS (TAK) seit 2004 Sprengstoff- und Brandanschläge. Dies führte anfangs zu erheblichen Sachschäden, später auch zu Verletzten und Todesopfern.

Noch im Januar 2013 berichtete die YENI ÖZGÜR POLITIKA²⁶³ von einem Anschlag auf eine Pipeline. Bei Angriffen auf eine Gendarmeriekaserne und eine Polizeistreife seien insgesamt vier Menschen getötet worden.²⁶⁴

Im Frühjahr 2013 schien sich eine neue Entwicklung anzubahnen, nachdem bekannt wurde, dass die türkische Regierung Verhandlungen mit Abdullah ÖCALAN führen würde. ÖCALAN, der erstmalig als Verhandlungspartner akzeptiert wurde, präsentierte dabei eine eigene „Roadmap“. Nach dieser sollten sich in einem ersten Schritt die PKK-Kämpfer aus der Türkei zurückziehen. Das Fernziel sei die Waffenniederlegung und der Gewaltverzicht. Im Gegenzug erwartete die PKK-Führung die Erfüllung ihrer Forderungen nach Verankerung politischer und kultureller Rechte für die Kurden in einer neuen Verfassung der Türkei.

In der Folge schien es zunächst, dass die Kurdenfrage zunehmend politisch und nicht auf militärischem Wege gelöst werden könne. Ab Mitte des Jahres 2013 kam es jedoch erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen kurdischer Guerilla und türkischem Militär, wobei wiederum

²⁶² Spiegel Online vom 21. August 2012.

²⁶³ In türkischer Sprache in Deutschland herausgegebene PKK-Tageszeitung.

²⁶⁴ YENI ÖZGÜR POLITIKA vom 21. Januar 2013, Seite 4.

Tote auf beiden Seiten zu beklagen waren. Auslöser für die neuerlichen Auseinandersetzungen waren (gegenseitige) Vorwürfe, sich nicht an die getroffenen Vereinbarungen gehalten zu haben.

Im November 2013 erklärte der Co-Vorsitzende der KCK die Friedensphase für gescheitert. Für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen sei es erforderlich, die [Haft]bedingungen ÖCALANS zu verbessern, die Rechte der Kurden verfassungsmäßig zu sichern und das Anti-Terror-Gesetz aufzuheben.²⁶⁵

Historie und Strukturentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa

Aufgrund von Kampfhandlungen in ihren Siedlungsgebieten seit den 1980er Jahren flüchteten hunderttausende Kurden. Ihr Hauptziel war Westeuropa, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland.

Mitglieder und Anhänger der PKK setzten hier den Kampf fort und gründeten 1985 die NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK). Sie verübten terroristische Anschläge auf türkische Einrichtungen und Gewerbe. Ohne Rücksicht auf Leib und Leben griffen sie ebenfalls deutsche Polizisten an. Dies führte im November 1993 zu einem Betätigungsverbot der PKK und ihr angeschlossener Nebenorganisationen in der Bundesrepublik. Das Verbot umfasst auch die daraufhin ge-

gründeten Nachfolgeorganisationen der ERNK, nämlich:

- 2000 – KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION (YDK) und
- seit 2004 – KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA (CDK).

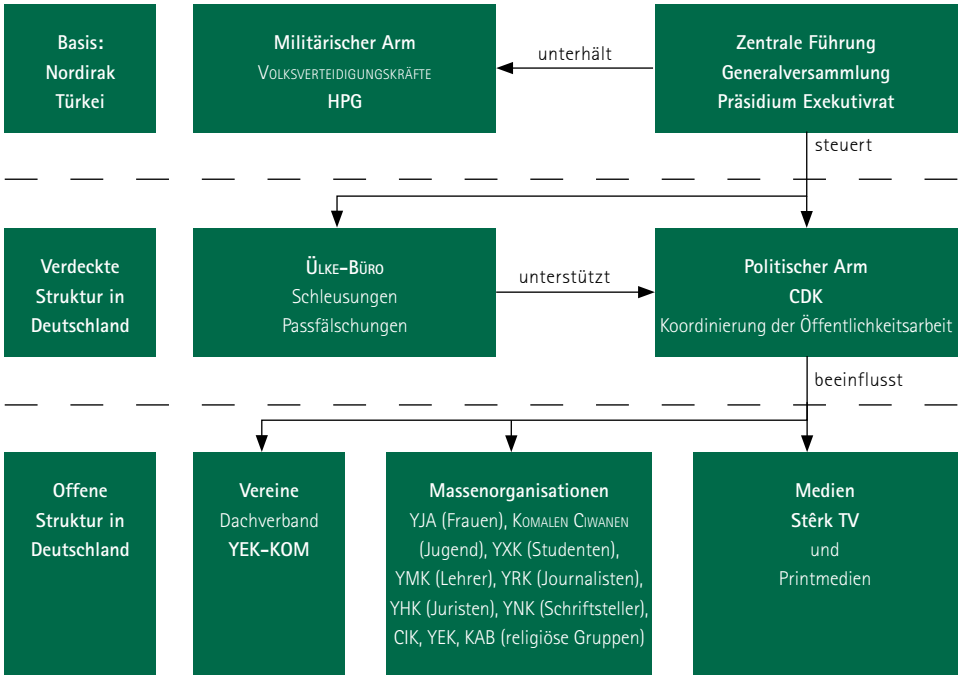
In der Bundesrepublik befindet sich mit ca. 800.000²⁶⁶ Personen die größte Gruppe der kurdischen Diaspora. Weniger als 2 % dieses Personenkreises hängen der PKK, ihren Nachfolge- bzw. Nebenorganisationen an. Das Mobilisierungspotenzial kann allerdings das Mehrfache betragen.

Mittels zielgruppenorientierter Massenorganisationen für Frauen und Jugendliche sowie Berufs- oder religiöse Gruppen sichert sich die PKK ihren Einfluss auf den Großteil der hier ansässigen Kurden. Örtliche Vereine für Mitglieder und Anhänger sind unter dem Dach der FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e.V. (YEK-KOM) zusammengeschlossen. Die Organisationsstrukturen sind streng hierarchisch und territorial gegliedert. Sie sichern die ideologische Beeinflussung und bilden die Grundlage für die erfolgreiche Durchführung jährlicher Spendenkampagnen. Letztere sind eine unverzichtbare Grundlage für die Finanzierung des gesamten Parteiapparates und seiner Aktivitäten. Darüber hinaus wird hier der Nachwuchs für den Guerillakampf rekrutiert.

²⁶⁵ Türkische Tageszeitung Hürriyet vom 6. November 2013, Seite 7.

²⁶⁶ Die Zahl stellt nur einen Schätzwert dar. Es gibt keine offizielle Statistik zu Kurden. Personen kurdischer Volkszugehörigkeit werden gemäß ihrer Staatsangehörigkeit als Türken, Iraner, Iraker oder Syrer geführt.

Struktur des KONGRA GEL



Historie und Strukturentwicklung im Freistaat Sachsen

Das PKK-Gebiet Sachsen besteht hauptsächlich aus den „Teilgebieten“ Leipzig, Dresden und Chemnitz. Darüber hinaus gehören angrenzende Teile umliegender Bundesländer dazu. In den Teilgebieten gründeten sich in den 1990er Jahren bis in die ersten Jahre des Folgejahrzehnts Vereine, die dem Dachverband YEK-KOM zuzuordnen waren. Sie beteiligten sich mit ihren Mitgliedern und Sympathisanten an PKK-initiierten Kampagnen und Großveranstaltungen. Seit 2009 sind weder vom KURDISCHEN KULTURZENTRUM SACHSEN e.V. in Dresden noch vom Verein KURDISCHES HAUS LEIPZIG e.V. oder dem DEUTSCH-KURDISCHEN FREUND-

SCHAFTSVEREIN e.V. in Zwickau Aktivitäten ausgegangen. Dies dürfte nicht zuletzt auf den starken Verfolgungsdruck durch die Sicherheitsbehörden des Freistaates zurückzuführen sein. Die Vereinslokale waren mehrfach von Exekutivmaßnahmen der Polizei betroffen. In mehreren Fällen wurden im Freistaat Sachsen tätige Aktivisten der PKK wegen Verstoßes gegen § 20 Vereinsgesetz (Zuwiderhandlung gegen Verbote) verurteilt.

Das Mitglieder- und Anhängerpotenzial der PKK hat sich in den letzten Jahren in Sachsen nicht verändert und liegt seit 2010 konstant bei ca. 150 Personen. Auch die Aktivitäten der PKK waren stetig rückläufig. Ein Aufflammen dieser erscheint wenig wahrscheinlich.

4. Hintergründe/Phänomenübergreifende Betrachtungen

4.1 Der Bürgerkrieg in Syrien und seine extremistischen Reflexionen in Sachsen



4.1.1 Hintergrund

Der Bürgerkrieg in Syrien wurde durch die friedlichen Proteste während des Arabischen Frühlings im Jahre 2011 ausgelöst, die in einen bewaffneten Konflikt mündeten. Was im Dezember 2010 als Demokratisierungsbewegung in Tunesien begann, breitete sich über viele Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens aus. Heute stehen sich in Syrien die Truppen von Präsident Baschar al-Assad und Kämpfer verschiedener Oppositionsgruppen in einem scheinbar unveröhnlichen Konflikt gegenüber.

Die aktuelle Lage im Land ist instabil, unübersichtlich und komplex. In der Opposition agiert

eine Vielzahl von Gruppierungen, deren Ziele und Motivationen nicht immer eindeutig zu bestimmen sind. Das ursprüngliche Ziel der oppositionellen Proteste, der Sturz des Assad-Regimes und die Demokratisierung des Landes, spielt derzeit im syrischen Bürgerkrieg nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Konflikte sind größtenteils religiös, ethnisch und zum Teil auch kriminell motiviert.

Zur **politischen Opposition** Syriens zählen sowohl Parteien und Bündnisse, die bereits vor der Protestbewegung des Arabischen Frühlings aktiv

waren als auch solche, die sich erst während der Proteste neu formierten.

Im Oktober 2011 gründeten Oppositionelle den Syrischen Nationalrat, um die unterschiedlichen Kräfte zu bündeln. Im syrischen Parlament ist das Oppositionsbündnis „Volksfront für Wandel und Freiheit“ vertreten. Dieses lehnt die Beteiligung an gewaltsamen Aktionen ab und wird daher von Kritikern als regierungsnah eingeschätzt. Gegen Ende des Jahres 2011 begannen die Regierungsgegner verstärkt, zum bewaffneten Kampf überzugehen. Es entstand die „Freie Syrische Armee“ (FSA), die aus ehemaligen Soldaten besteht und als bewaffneter Arm der Opposition gilt.

Neben der FSA haben sich als zweitgrößte Gruppe der **bewaffneten Opposition** islamistisch bzw. jihadistisch motivierte, zum Teil AL-QAIDA-nahe Gruppierungen wie die AL-NUSRA-FRONT formiert.

Mitte 2013 kam es u. a. zu bewaffneten Kämpfen zwischen der der AL-QAIDA nahe stehenden Organisation ISLAMISCHER STAAT IM IRAK UND SYRIEN (ISIS) und der „Freien Syrischen Armee“.

Ebenfalls im Sommer 2013 kam es erneut zu schweren Gefechten zwischen der AL-NUSRA-FRONT und kurdischen Truppen.

Die islamistische Hizbollah trat erst im Frühjahr 2013 in den offenen bewaffneten Kampf für die Assad-Regierung ein. Die schiitische Organisation, die ihre Wurzeln im Libanon hat, wird von den Regimen im Iran und Syrien unterstützt und sieht ihre gemeinsamen Hauptfeinde in den USA und Israel.

Daneben ist auch die aus dem Nachbarstaat Türkei stammende Organisation ARBEITERPARTEI KURDISTAN (PKK)²⁶⁷ an den aktuellen Unruhen in Syrien beteiligt. Die PKK verfolgt mit verschie-

denen Maßnahmen das Ziel, autonome kurdische Siedlungsgebiete in der Türkei, Syrien, Iran und Irak (sogenannte „Demokratische Autonomie“) zu schaffen. Die in Syrien ansässige PKK-Schwesterorganisation PARTEI DER DEMOKRATISCHEN UNION (PYD) nutzte ab 2011 das Machtvakuum und entwickelte Aktivitäten in den nördlichen Provinzen Syriens, welche seitens der Kurden als „Rojava“ oder „Westkurdistan“ bezeichnet werden. Mehrere Zeitungsmeldungen im Juli 2012 berichteten, dass dort die neugegründeten kurdischen VOLKSVERTEIDIGUNGSEINHEITEN (YPG)²⁶⁸ die Macht übernommen haben sollen. In allen Städten „Westkurdistans“ soll demnach der Aufbau der „Demokratischen Autonomie“ auf Hochtouren laufen. Ungeachtet dessen setzten sich die Kämpfe in diesem Gebiet fort. Sowohl AL-QAIDA-nahe Gruppen als auch die syrische Armee erheben Anspruch auf dieses Gebiet.

Nach UN-Angaben wurden bis einschließlich Juli 2013 mindestens 100.000 Menschen in Syrien getötet, rund 2,6 Millionen Menschen flohen aus Syrien und mehr als vier Millionen sind innerhalb des Landes auf der Flucht.

Die Nachbarländer Libanon, Irak, Jordanien und die Türkei haben eine erhebliche Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen. Auch EU-Länder, u.a. Deutschland, erklärten sich zur Aufnahme syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge bereit.

Im Laufe der Auseinandersetzungen wächst auch der Einfluss ausländischer Interessengruppen. Neben humanitären Hilfsgütern werden vermehrt Geld und Waffen nach Syrien gebracht, und immer mehr Freiwillige und Söldner aus der islamistischen und jihadistischen Szene Deutschlands und Europas beteiligen sich an den Kämpfen.

²⁶⁷ Vgl. Beitrag zur PKK unter III 3.3.

²⁶⁸ Bewaffneter Arm der PYD.

Den deutschen Sicherheitsbehörden lagen mit Stand Dezember 2013 Erkenntnisse zu mehr als 240 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien ausgereist sind, um dort beispielsweise an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen. Es lagen jedoch nicht in allen Fällen Erkenntnisse vor, ob sich diese Personen schließlich tatsächlich in Syrien aufgehalten haben. Aufgrund der dynamischen Lageentwicklung vor Ort unterliegt diese Zahl tagesaktuellen Veränderungen mit eher steigender Tendenz. Auch sind von diesen mehr als 240 Personen bereits einige wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Zu der Mehrzahl dieser Rückkehrer ist nicht bekannt, ob sie sich aktiv an Kampfhandlungen vor Ort beteiligt haben. Die Anzahl der

zurückgekehrten Islamisten, die sich in Syrien aktiv am bewaffneten Widerstand beteiligt haben, lag im Dezember 2013 im einstelligen Bereich.

Ferner sind den deutschen Sicherheitsbehörden vereinzelt Todesfälle bekannt geworden.

Zudem wurden weitere Ausreisepansionen bekannt. Die deutschen Sicherheitsbehörden sind bestrebt, diese frühzeitig zu unterbinden, was in mehr als einem Dutzend der bekannten Fälle gelungen ist.

Besonderes Augenmerk der deutschen Sicherheitsbehörden gilt aber auch radikalisierten und kampferprobten Syrierrückkehrern. Von diesen geht gegenwärtig die potenziell größte Gefährdung im Hinblick auf mögliche terroristische Anschläge in Deutschland aus

4.1.2 Reaktionen der islamistischen und ausländerextremistischen Szene in Sachsen

Auch im Freistaat Sachsen spiegelt sich die Problematik der Ausreisen nach Syrien wieder. So wurden auch hier einige islamistisch motivierte Reisebewegungen in Richtung Syrien festgestellt. In verschiedenen Moscheen Sachsens wurden Spenden für Vereine gesammelt, die sich nachweislich aus islamistisch-motivierten Gründern in Syrien engagieren, auch wenn dies den Spendern nicht immer bekannt sein muss.

In mehreren Videobotschaften im Internet meldeten sich ausgereiste Islamisten aus Deutschland zu Wort und riefen zur Ausreise in den Jihad nach Syrien auf.

Demonstrationen, die auf das Schicksal des syrischen Volkes aufmerksam machen sollten, blieben in Sachsen gewaltfrei.

Für die syrischen Kurden in „Rojava“ engagieren sich in Europa Organisationen, die der PKK zuzurechnen sind und die von türkischen und deutschen Linksextremisten unterstützt werden. Sie veranstalten Spendenaktionen, Mahnwachen und Kundgebungen. Ziel ist es, die hiesige Öffentlichkeit für die Interessen der syrischen Kurden und deren Recht auf Selbstbestimmung zu sensibilisieren. Nach Darstellung der Verantwortlichen der PKK diene die „selbstverwaltete kurdische Region Rojava“ als Vorbild für ein zukünftiges Syrien. Hier würden alle ethnischen und religiösen Gruppen und auch beide Geschlechter gleichberechtigt und in Frieden zusammenleben.

Im Freistaat Sachsen waren diesbezüglich jedoch keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen zu verzeichnen.

4.1.3 Reaktionen der rechtsextremistischen Szene in Sachsen

Der Bürgerkrieg in Syrien sowie eine mögliche Intervention der USA wurden auch in Teilen der rechtsextremistischen Szene in Sachsen thematisiert. Basierend auf einer traditionell antiamerikanischen Haltung der Szene gilt die Sympathie der Rechtsextremisten dabei dem Assad-Regime. Die Parteinahme für Assad kommt – neben den Wortmeldungen in den einschlägigen Medien – auch im Rahmen von vereinzelt Kundgebungen zum Ausdruck. So beteiligten sich Rechtsextremisten aus den Regionen Dresden und Chemnitz am 31. August an einer Kundgebung der „European Solidarity Front for Syria“ in Prag. Ein aus dem Raum Dresden stammender Rechtsextremist übte in seiner Rede scharfe Kritik an den Kriegsvorbereitungen von NATO und „US-Imperialisten“. Auch die Bundesrepublik Deutschland erfülle *„ihre Vasallenrolle bei dieser westlichen Kriegsstrategie (...)“*.²⁶⁹

Während einer Kundgebung der neonationalsozialistischen Szene am 11. September in Chemnitz nahm ein Redner ebenfalls Bezug auf die Ereignisse in Syrien:

„Wir stehen auf jeden Fall bereit, um im Fall der Fälle unsere Stimme gegen die US-imperialistischen Kriegstreiber und seinen Verbündeten Israel zu erheben, damit diese systematische ‚Kaltstellung‘ aller noch freiheitsliebender Völker ein Ende findet und vor allen Dingen WIR wieder zu unserer nationalen Identität zurück finden mögen, um auf den Trümmern dieser ‚westlichen Wertegemeinschaft‘ eine neue Volksgemeinschaft aufzubauen.“

Die NPD thematisierte eine mögliche militärische Intervention unter der Überschrift „Drohender Angriff auf Syrien bestimmt heiße Wahlkampfphase – neues Material/Nein zum US-Bombenterror!“ im Rahmen ihres Bundestagswahlkampfes. Dabei lehnte die Partei „jede Intervention in innerstaatliche Angelegenheiten anderer Nationen kategorisch ab und verurteilt die Kriegstreiber der USA und ihrer Verbündeten auf das Schärfste.“²⁷⁰

Ihrer antisemitischen Ausrichtung folgend sehen Rechtsextremisten eine Ursache für den Konflikt in Syrien einmal mehr im angeblichen Streben der Juden nach „Weltherrschaft“. So heißt es in einem Beitrag der „Antiimperialistischen Plattform Berlin“ zum Syrienkrieg:

„Der US-Imperialismus und seine zionistischen Hintermänner haben niemals ihren völkerfeindlichen Charakter geändert. Ja sie sind ihrem Wahn, die Weltherrschaft zu erlangen (...)“.²⁷¹

Bei ihrer Positionierung zum Bürgerkrieg in Syrien nahm die rechtsextremistische Szene auch Bezug auf die innerhalb der Szene intensiv geführte Debatte über die steigenden Asylbewerberzahlen in Deutschland:

„Deutschland sollte sich aus diesem durchsichtigen Manöver heraushalten. Und das nicht nur, um nicht an der Seite der US-Kriegstreiber in einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg hineingezogen zu werden, sondern auch, um nicht noch

²⁶⁹ Internetseite NETZWERKMITTE.

²⁷⁰ Internetseite DS Aktuell.

²⁷¹ Internetseite der AIP Berlin.

*mehr Flüchtlinge und Asylbewerber auf die Idee zu bringen, ihr Heil in Deutschland zu suchen.“*²⁷²

Das Thema „Asyl“ dominierte im Freistaat Sachsen vor allem im zweiten Halbjahr 2013 die Diskussionen innerhalb der rechtsextremisti-

schen Szene und bestimmte damit auch deren Aktionen. Seit eine militärische Intervention in Syrien nicht mehr die primäre Handlungsoption darstellt, haben die Diskussionen in der rechtsextremistischen Szene zum Syrienkonflikt nachgelassen.

4.1.4 Reaktionen der linksextremistischen Szene in Sachsen

Die linksextremistische Szene in Sachsen thematisiert den Bürgerkrieg in Syrien nur am Rande. Zwar werden den westlichen Staaten seitens der Linksextremisten innerhalb des Themenfeldes „Antimilitarismus“ grundsätzlich imperialistische, respektive kriegstreiberische Interessen unterstellt, dennoch erfährt das Assad-Regime kaum Solidarität.

Vergleicht man aber in dieser Hinsicht den marxistisch-orthodoxen Flügel innerhalb des Linksextremismus mit der autonomen Szene, so zeigt sich folgendes Bild:

Kern der Diskussion der autonomen Szene zum Thema „Antimilitarismus“ ist das Engagement Deutschlands bei Auslandseinsätzen. Dieses wird vom linksextremistischen Spektrum als Mittel zur Durchsetzung imperialistischer Politik und kapitalistischer Interessen im Ausland wahrgenommen. Hingegen ist das Thema „Antimilitarismus“ für die autonome Szene in Sachsen von nur untergeordneter Bedeutung. Hier steht vor allem die Bundeswehr und mit ihr kooperierende Unternehmen im Fokus des Interesses. Deshalb standen bisherige Aktionen auch immer im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Da aber ein Einsatz der Bundeswehr im Nahen Osten, abgesehen von der Stationierung einiger

Raketeneinheiten in der Türkei, in der politischen Diskussion nie zur Debatte stand, besitzt der Syrienkonflikt für AUTONOME keine Relevanz.

Ein anderer Akzent zeigte sich dagegen bei den orthodox-kommunistisch ausgerichteten Parteien und Gruppierungen. Diese linksextremistische Strömung reflektiert den Konflikt in Syrien aus der Perspektive des „Antiimperialismus“. Dabei greifen orthodoxe Gruppen in ihrer Argumentation auf die Leninsche Imperialismustheorie zurück. Danach stellt der Imperialismus das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus dar. Die Gewinnung und Sicherung von „Monopolprofiten“ wird dabei zum Hauptziel kapitalistischer Produktion erklärt. Vor diesem Hintergrund ist das ökonomische Monopol aus Sicht der orthodoxen Marxisten die Basis für den Drang nach Expansion und Aggressivität des Imperialismus. Ausgehend von der Position, dass die Monopole nach Expansion und Einflussphären streben, wird ein direkter Zusammenhang zwischen Imperialismus und Krieg gesehen. Ein militärisches Eingreifen der NATO-Staaten in den Syrienkonflikt entspricht deshalb nach orthodox-marxistischer Auffassung dem Wesen des Imperialismus. Diese Position zeigt sich deutlich in einem gemeinsamen Aufruf „Gegen den Krieg in Syrien“ der u. a. von der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD), dem KOMMUNISTISCHEN AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN (KAD)

²⁷² Internetseite LIBERTAS-INFO.

und der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) Dresden verfasst wurde. Darin heißt es:

„Dieser Krieg steht in Kontinuität der sich verschärfenden Aggressivität des waffenstarrten Imperialismus, in Kontinuität zu den verlogenen Kriegsgründen für den Irak-Überfall, mit der täglichen Besatzungswillkür und einer bekannten Vielzahl von Aggressionen, Lügen und Terror der NATO-Mächte mit ihrem Kern-Imperium USA, gegenüber Staaten und Staatsformen, die der Kapitalismus als gegen seine vitalen Interessen gerichtet ansieht.“²⁷³

Aus orthodox-marxistischer Perspektive richtet sie die Aggressivität des Imperialismus nicht nur nach außen sondern auch nach innen. Die

Polemik gegen den demokratischen Rechtsstaat am Schluss des Aufrufes, die an sich in keinem direkten Zusammenhang mit dem Syrienkonflikt steht, ist deshalb erklärlich. So wird festgestellt:

„Die Expansion des Imperialismus nach außen stehen mit der sich verschärfenden Aggressivität nach innen, Hartz IV-Repression und -Kontrolle, menschenverachtender polizeilicher Willkür und Nazi-Terror in direktem Zusammenhang.“²⁷⁴

Insofern wird der Syrienkonflikt von orthodoxen Kommunisten genutzt um generelle Kritik an den NATO-Staaten zu üben.

4.1.5 Fazit

In Sachsen ansässige politische Extremisten jeglicher Couleur traten zum Syrienkonflikt bisher kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung.

Im Bereich des Islamismus und Ausländerextremismus kann der Grund hierfür das in Sachsen nur geringe Personenpotenzial sein, das solchen Bestrebungen zuzurechnen ist. Gleichwohl sind im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Syrien – so wie bundesweit – auch für Sachsen die größten Gefahren vom islamistischen Spektrum zu erwarten. Dies könnte dann der Fall sein, wenn sich Personen weiter radikalieren oder sogenannte „Syrienrückkehrer“ aktiv werden würden.

Rechtsextremisten versuchen mit dem Bürgerkrieg in Syrien insbesondere antiamerikanische

und antisemitische Ressentiments zu schüren. Sollte die internationale Gemeinschaft eine militärische Intervention in Syrien erwägen, werden Rechtsextremisten das Thema „Syrien“ wieder stärker in die Öffentlichkeit tragen.

Auch im Bereich des Linksextremismus fand bisher nur eine wenig öffentlichkeitswirksame Diskussion zur Situation in Syrien statt, die sich in die Themenfelder „Antimilitarismus“ und „Antiimperialismus“ einfügte. Analog zum rechtsextremistischen Spektrum gilt, dass für den Fall eines militärischen Eingreifens des Westens eine zunehmende Auseinandersetzung mit dem Thema zu erwarten ist. Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an einem solchen (derzeit nicht absehbaren) Vorhaben würde dies befördern.

²⁷³ Hrsrg.: „Marxistische Linke“, <http://www.triller-online.de/ka0178.htm>.

²⁷⁴ Ebenda.

5. Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten mit extremistischem Hintergrund

Extremistisch motivierte Straftaten bilden eine Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität. Es handelt sich dabei um diejenigen Straftaten, bei denen es Anhaltspunkte dafür gibt, dass

sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind.

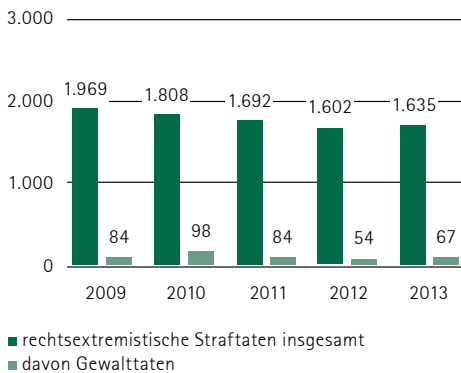
5.1 Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Im Freistaat Sachsen wurden im Jahr 2013 1.635 rechtsextremistische Straftaten registriert (2012: 1.602). Nachdem diese Zahl in den vorangegangenen Jahren stets rückläufig gewesen war, stieg sie im Jahr 2013 um ca. 2 % an. Sie liegt damit aber gleichwohl noch unter der Zahl von 2011 (1.692). Ein Anstieg war auch bei den rechtsextremistischen Gewaltdelikten zu verzeichnen. So wurden im Berichtsjahr 67 rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten registriert gegenüber 54 im Jahr

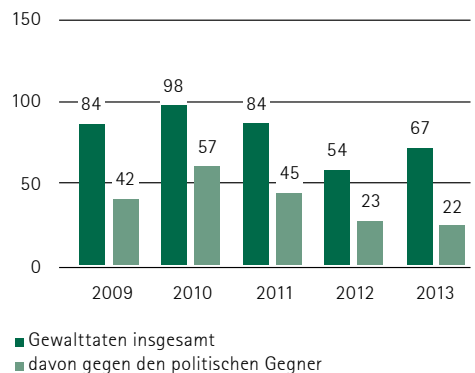
2012. Auch diese Zahl liegt unter der des Jahres 2011 (84). Der Anteil der Gewalttaten an den rechtsextremistischen Straftaten betrug insgesamt ca. 4 % (2012: ca. 3 %).

Die gegen den politischen Gegner (links) gerichteten Gewalttaten (22) sind im Jahr 2013 erneut gesunken und nahmen einen Anteil von etwa 33 % an den rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten in Sachsen ein (2012: ca. 43 %, 2011: 54 %, 2010: 58 %).

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Dagegen ist die Anzahl der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte im Berichtsjahr deutlich auf 36 angestiegen (2012: 22). Ihr Anteil an den rechtsextremistischen Gewaltdelikten betrug damit ca. 54 % (2012: 41 %, 2011: 27 %, 2010: 28 %).

Die Städte Dresden und Leipzig bildeten auch im Jahr 2013 die regionalen Schwerpunkte bei den rechtsextremistisch motivierten Straftaten. Der Anteil dieser Straftaten in den beiden Städten betrug im Jahr 2013 sachsenweit ca. 28 % und damit etwa 5 % mehr als im Vorjahr.

In Dresden stiegen die rechtsextremistischen Gewalttaten gegenüber dem Vorjahr deutlich auf 23 an (2012: sechs). Das entspricht einem Anteil von ca. 34 % aller im Freistaat Sachsen im Jahr 2013 verübten rechtsextremistischen Gewaltdelikte. Die zweithöchste Zahl rechtsextremistischer Gewaltdelikte war mit neun in der Stadt Leipzig zu verzeichnen. Es folgten die Landkreise Leipzig, Nordsachsen, Sächsische

Schweiz-Osterzgebirge und Zwickau mit je sechs rechtsextremistischen Gewalttaten.

Auch bei den rechtsextremistischen Propagandadelikten liegt Dresden an der Spitze. 199 der im Jahr 2013 im Freistaat Sachsen registrierten 1.292 rechtsextremistischen Propagandadelikte wurden in Dresden festgestellt (2012: 153). Das entspricht einem Anteil von ca. 15 % (2012: ca. 12 %). Es folgten die Stadt Leipzig mit 132 (ca. 10 %), die Landkreise Görlitz mit 122 (ca. 9 %), Zwickau mit 117 (ca. 9 %) und Mittelsachsen mit 109 Propagandadelikten (ca. 8 %).

Von 146 fremdenfeindlichen Vorfällen fanden 36 in Dresden und 24 in der Stadt Leipzig statt. Dies entspricht einem Anteil von ca. 41 % aller fremdenfeindlichen rechtsextremistischen Delikte im Freistaat Sachsen.

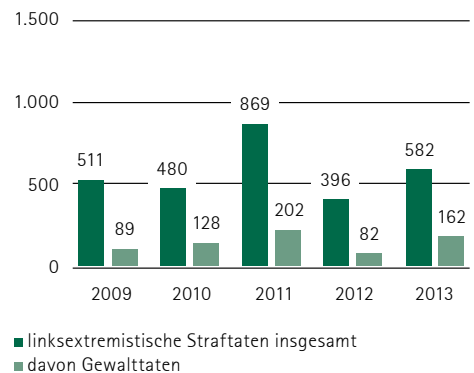
18 der 71 antisemitischen Straftaten, d. h. ca. ein Viertel, wurden in Leipzig verübt. Es folgten die Stadt Dresden und die Landkreise Bautzen und Nordsachsen mit jeweils acht solcher Vorfälle.

5.2 Politisch motivierte Kriminalität „links“ – Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Die Anzahl der linksextremistischen Straftaten einschließlich Gewalttaten ist im Freistaat Sachsen im Berichtsjahr stark angestiegen. So erhöhte sich die Zahl der linksextremistischen Straftaten insgesamt um knapp 47 % auf 582 Delikte (2012: 396).

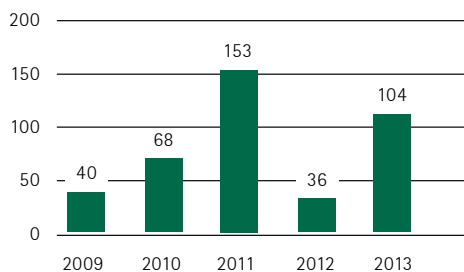
Die Anzahl der Gewaltdelikte stieg sogar um ca. 98 % auf 162 an (2012: 82). Damit betrug der Anteil der Gewalttaten an den gesamten linksextremistischen Straftaten ca. 28 % (2012: ca. 21 %). Weder die Gesamtzahl der linksextremistischen Straftaten noch die der Gewaltstraftaten erreichten allerdings das hohe Niveau des Jahres 2011 (869 bzw. 202).

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



Im Jahr 2013 ist es im Freistaat Sachsen zu einem prägnanten Anstieg (um ca. 189 %) der linksextremistisch motivierten Gewalttaten gekommen, die sich in konfrontativer Absicht gegen den politischen Gegner (rechts) richteten. Es wurden 104 solcher Straftaten festgestellt gegenüber 36 im Jahr 2012. Der Anteil dieser Delikte an den gesamten linksextremistisch motivierten Gewalttaten betrug im Berichtsjahr 64 % (2012: ca. 44 %).

Anzahl der gegen den politischen Gegner (rechts) gerichteten Gewalttaten²⁷⁵



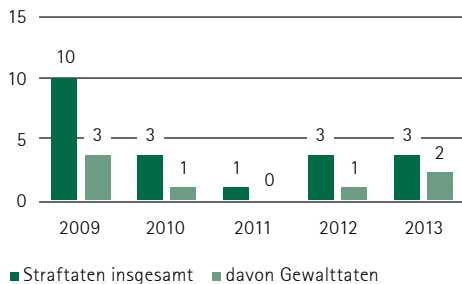
Wie im Vorjahr wurden auch im Jahr 2013 die meisten der linksextremistisch motivierten Straftaten (einschließlich Gewalttaten) in Sachsen in den Städten Dresden und Leipzig begangen. Zu 187 Straftaten kam es in Dresden (2012: 107), 186 wurden in Leipzig verzeichnet (2012: 116). Damit wurden in diesen beiden Städten im Jahr 2013 ca. 64 % aller linksextremistischen Straftaten in Sachsen registriert (2012: ca. 56 %.) Mit deutlichem Abstand folgten der Landkreis Mittelsachsen mit 39 Delikten sowie die Stadt Chemnitz und der Erzgebirgskreis mit je 30 Vorfällen.

Bei der linksextremistischen Gewaltkriminalität bildeten Dresden und Leipzig mit 80 % aller Fälle den Schwerpunkt (2012: ca. 74 %). Wie im Vorjahr wurden im Jahr 2013 die meisten linksextremistisch motivierten Gewaltdelikte in Dresden (87; 2012: 31) und in Leipzig (42; 2012: 30) verübt. Die Anzahl der dort begangenen Delikte stieg zudem sehr stark an. In Dresden betrug der Anstieg ca. 181 %; in Leipzig waren es 40 %.

5.3 Politisch motivierte Ausländerkriminalität – Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

Die Zahl der Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund bewegte sich im Freistaat Sachsen im Jahr 2013 weiterhin auf niedrigem Niveau. Es wurden wie im Vorjahr drei derartige Straftaten registriert. Bei zwei der Delikte handelte es sich um Gewalttaten (2012: eine).

Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund



²⁷⁵ Quelle: LKA Sachsen, „Politisch motivierte Kriminalität im Freistaat Sachsen“ jeweils für die Jahre 2009, 2010, 2011, 2012 und 2013.

III Spionageabwehr, Geheim- und Sabotageschutz, Mitwirkungsaufgaben

1. Spionageabwehr

Sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten gegnerischer Nachrichtendienste im Geltungsbereich des Grundgesetzes (Spionage) haben auch im Jahr 2013 eine bedeutende Rolle gespielt und in der Öffentlichkeit zum Teil erhebliche Aufmerksamkeit erregt. Die Bandbreite der Aufklärungsinteressen gegnerischer Nachrichtendienste ist denkbar weit. Sie reicht bei Nachrichtendiensten technisch und wirtschaftlich hoch entwickelter Staaten, wie Russland und China, vom aktuellen politischen Geschehen über wirtschaftliche, wissenschaftliche und militärische Entwicklungen bis hin zur Beobachtung und Unterwanderung der aktiven Oppositionsbewegung des Herkunftslandes in Deutschland. Nachrichtendienste von Krisenländern setzen vorrangig proliferations- (siehe unten Punkt 1.2.2) und oppositionsrelevante Beobachtungsschwerpunkte. Der Freistaat Sachsen ist mit hier ansässigen innovativen Unternehmen und als Forschungsstandort Ziel der Ausspähung ausländischer Nachrichtendienste.

Zur Informationsbeschaffung bedienen sich die gegnerischen Nachrichtendienste unterschiedlichster Methoden. Sie greifen dafür auf die vor allem über das Internet in immer größerem Umfang vor-

handenen offenen Medien zu, besuchen öffentliche Vortragsveranstaltungen und Seminare und stellen Verbindungen zu Stiftungen, Forschungsunternehmen, politischen Institutionen und staatlichen Einrichtungen her. Daneben kommt es aber nach wie vor auch zu konspirativer oder verdeckter Informationsbeschaffung, etwa durch den klassischen Einsatz von Agenten oder das illegale Eindringen in elektronische Informationssysteme. Der Einsatz von Agenten kann dann unter anderem durch den Aufbau langjähriger persönlicher Kontakte oder durch die unmittelbare Einschleusung in relevante Bereiche geschehen. Unabhängig davon dürften moderne Kommunikationsmedien bei der Informationsbeschaffung künftig weiter an Bedeutung gewinnen, wie die Entwicklung bei dem russischen Inlandsgeheimdienst FSB²⁷⁶ beispielhaft zeigt. Der FSB soll ab 2014 zumindest in Russland einen dort bislang nicht gekannten Zugriff auf IP- und E-Mail-Adressen, Telefonnummern und Daten aus sozialen Netzwerken erhalten. Die Zugriffsmöglichkeit bezieht sich auf die genannten Ressourcen, soweit sie auf russischem Hoheitsgebiet gespeichert sind, verwaltet werden oder von dort aus ein entsprechender Zugriff erfolgt.

²⁷⁶ Федеральная Служба Безопасности Российской Федерации (ФСБ)/Federalnaja Sluschba Besopasnosti Rossijskoj Federazii (FSB); Übersetzung: Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation.

Die Weitergabe der gewonnenen Informationen geschieht dann auf unterschiedliche Weise. Nur exemplarisch sei auf die Informationsweitergabe über sogenannte Legalresidenturen der Nachrichtendienste in Deutschland hingewiesen. Solche Legalresidenturen sind regelmäßig in Botschaften und Konsulaten angesiedelt, wo Angehörige der Nachrichtendienste als reguläre Mitarbeiter auftreten.

Zu den für die Spionageabwehr in Deutschland und damit auch für den Freistaat Sachsen bedeutendsten gegnerischen Nachrichtendiensten zählen die Dienste Russlands, Chinas sowie des arabischen und nordafrikanischen Raumes. Beachtung finden aber auch die Nachrichtendienste westlicher Staaten.

Das LfV Sachsen hat keine über den Inhalt der nachfolgenden Passagen hinausgehenden (offenen) Erkenntnisse zu konkreten Spionagefällen in Sachsen.

1.1 Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste

1.1.1 Russische Nachrichtendienste

Die russischen Nachrichtendienste haben für ihre Staatsführung auch im Jahr 2013 weiter an Bedeutung gewonnen. Dort genießen sie unter anderem wegen der Aufklärung wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Entwicklungen im Ausland ein hohes Ansehen. Vor diesem Hintergrund ist auch der Freistaat Sachsen als innovativer und leistungsstarker Forschungs- und Wirtschaftsstandort in Deutschland ein lukratives Ziel für sie. Die stetig wachsenden Zuständigkeiten und Rechte der russischen Nachrichtendienste verleihen dem eine besondere Brisanz.

Zur Informationsbeschaffung greifen die russischen Dienste zwar – einem allgemeinen Trend folgend – zunehmend auf moderne Kommunikationstechnik zurück. Jedoch kann dies die klassischen Methoden der Spionage (noch) nicht ersetzen, wie der auch in der Öffentlichkeit prominent gewordene Fall ANSCHLAG eindrucksvoll belegt. Der Fall ANSCHLAG führte zu einem der bedeutendsten Strafverfahren in Spionagesa-

chen in Deutschland seit Ende des Kalten Krieges. Ort des Geschehens war das Land Baden-Württemberg. Der Fall zeigt aber besonders deutlich eine übliche Vorgehensweise russischer Nachrichtendienste, von der jederzeit auch der Freistaat Sachsen betroffen sein kann. Das Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart verurteilte ein unter dem Namen Andreas und Heidrun ANSCHLAG auftretendes Ehepaar zu Freiheitsstrafen von sechseinhalb und fünfeinhalb Jahren Haft wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland in einem besonders schweren Fall. Darüber hinaus ordnete das Gericht die Vermögenseinziehung in Höhe von 500.000 Euro sowie die Einziehung der aufgefundenen Tatmittel an. Das OLG Stuttgart sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten zumindest seit dem Jahr 2001 bis zu ihrer Festnahme am 18. Oktober 2011 für den russischen Auslandsnachrichtendienst SWR²⁷⁷ in Deutschland tätig gewesen waren. Die Hauptaufgabe der Agenten war die Beschaffung von Informationen über die

²⁷⁷ Служба Внешней Разведки Российской Федерации (СБР)/Sluschba Wneschnei Raswedki Rossijskoj Federazii (SWR); Übersetzung: Dienst der Außenklärung.

zivil- und militärpolitischen Strategien der EU und der NATO gewesen. Darüber hinaus hatten die Angeklagten seit etwa Ende 2008 bis August 2011 einen Mitarbeiter des niederländischen Auswärtigen Amtes als Quelle geführt. Das Be-

zirksgericht in Den Haag hatte diesen Mitarbeiter bereits am 23. April 2013 wegen Vorbereitung des Verrats von Staatsgeheimnissen zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

1.1.2 Chinesische Nachrichtendienste

Wie in Russland haben auch die chinesischen Nachrichtendienste für ihre Staatsführung erheblich an Bedeutung gewonnen. Als aufstrebende politische und wirtschaftliche Macht bedient sich China seiner Nachrichtendienste vor allem zur Informationsgewinnung aus den Bereichen Politik, Militär und Wissenschaft, um sich strategische Vorteile zu verschaffen. Bisher standen insbesondere deutsche Firmen und Hochschuleinrichtungen im Blickfeld chinesischer Nachrichtendienste, was auch den Freistaat Sachsen für diese Dienste interessant macht. Daneben spielt die Ausspähung und Unterwanderung von in Deutschland lebenden oppositionellen Gruppierungen eine Rolle. Wegen

der auch in Sachsen zu findenden Angehörigen der oppositionellen sog. „Fünf Gifte“²⁷⁸ bildet der Freistaat ebenfalls ein lohnendes Ziel für chinesische Nachrichtendienste. Die nachrichtendienstlichen Aktivitäten organisiert in erster Linie das als In- und Auslandsdienst strukturierte Ministerium für Staatssicherheit (Ministry of State Security – MSS), dessen Angehörige an den amtlichen oder halbamtlichen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland getarnt als Diplomaten oder Journalisten in sogenannten Legalresidenturen präsent sind. Auch der militärische Nachrichtendienst (Military Intelligence Department – MID) ist mit Aufklärungsaktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland aktiv.

1.1.3 Arabische und nordafrikanische Nachrichtendienste

Arabische und nordafrikanische Nachrichtendienste werden in Deutschland in erster Linie gegen Oppositionelle ihrer Heimatländer aktiv. Die politischen Umwälzungen im arabischen und nordafrikanischen Raum haben daran bislang nichts geändert. Damit sind die in Sachsen lebenden Einwanderer und Flüchtlinge aus den einschlägigen Krisenregionen nach wie vor Ziel

der jeweiligen Nachrichtendienste. Das gilt insbesondere dann, wenn sich die Betroffenen oppositionell betätigen. Die Bundesanwaltschaft erhob im Sommer 2013 beispielsweise Anklage gegen einen Libanesen mit deutscher Staatsbürgerschaft, der im Auftrag eines syrischen Nachrichtendienstes in Sachsen lebende Syrer ausgespäht haben soll. Die Syrer hatten sich an

²⁷⁸ Unter der diffamierenden Bezeichnung „Fünf Gifte“ werden von der Kommunistischen Partei Chinas Mitglieder der Vereinigung der Uiguren, Anhänger einer Eigenständigkeit Tibets, Praktizierende der Falun Gong-Bewegung, Anhänger einer Eigenstaatlichkeit Taiwans und Angehörige der Demokratiebewegung zusammengefasst.

Demonstrationen gegen die Assad-Regierung beteiligt. Der Angeklagte hatte dafür selbst an Treffen und Veranstaltungen der syrischen Opposition in Deutschland teilgenommen und die dabei erlangten Erkenntnisse über einen Mitteleuropäer an den involvierten Nachrichtendienst weitergeleitet. In einem ähnlich gelagerten, ebenfalls im Sommer 2013 zur Anklage gebrachten Fall, soll ein Syrer mit deutscher Staatsbürgerschaft syrische Oppositionelle ausgespäht haben. Der Angeklagte soll im Auftrag eines syrischen Nachrichtendienstes unter anderem Bilder von den Akteuren zur weiteren Identifizierung beschafft und an seinen Auftraggeber weitergeleitet haben.

Vergleichbare Aktivitäten zeigen nordafrikanische Nachrichtendienste. Schon im März 2013 verurteilte das Kammergericht Berlin einen in Deutschland lebenden Marokkaner wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe. Der Angeklagte hatte Informationen über andere Marokkaner in Deutschland an den marokkanischen Auslandsgeheimdienst „Direction Générale des Études et de la Documentation“ (DGED) geliefert. Insbesondere regimiekritische Demonstranten standen im Fokus seiner Berichte. Aber auch Informationen über die oppositionelle, islamistisch ausgerichtete marokkanische Organisation „Jama'at al-Adl wal-Ihsan“ waren Gegenstand der Beschaffung.

1.1.4 Westliche Nachrichtendienste

Die Spionageabwehr der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder bearbeiten ebenfalls nachrichtendienstliche Aktivitäten westlicher Staaten gegen Deutschland. Ziel ist die Unterbindung aller unerlaubten nachrichtendienstlichen Aktivitäten fremder Staaten in Deutschland. Der Verfassungsschutz leistet auch seinen Beitrag zur Aufklärung der aktuellen

Spionagevorwürfe gegen die USA, Großbritannien und Frankreich. Mit den Diensten dieser Länder besteht grundsätzlich eine vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit. Vor jeder weiteren Bewertung muss daher die Sachverhaltsaufklärung stehen, die bislang noch nicht abgeschlossen ist.

1.2 Wirtschaftsspionage, Proliferation und Wirtschaftsschutz

1.2.1 Wirtschaftsspionage

Wirtschaftsspionage und Proliferation (siehe unten Punkt 1.2.2) bilden ein weiterhin wachsendes Betätigungsfeld ausländischer Nachrichtendienste. Ziel ist es, gegenüber anderen Staaten einen wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und damit im Ergebnis auch einen politischen Vorsprung zu

gewinnen. Vor allem Wirtschaftsspionage erfolgt zunehmend auch über das Internet. Spionage über das Internet ist effizient und kostengünstig. Außerdem birgt sie nur ein geringes Entdeckungsrisiko. Die Bedrohung durch solche sogenannte „electronic attacks“ ist nach wie vor

hoch. Dabei werden mit Viren infizierte Dokumente zu verschiedenen Themen versandt oder Trojaner in firmeninterne Netzwerke geschleust. Oft begleitet ein „social engineering“ solche At-

tacken. Darunter versteht man eine gezielte zwischenmenschliche Beeinflussung, durch die das Opfer veranlasst wird, vertrauliche Informationen preiszugeben.

1.2.2 Proliferation

Eng mit der Wirtschaftsspionage verweben ist die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen (Proliferation) bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie von entsprechenden Waffenträgersystemen (z. B. Raketen und Drohnen), einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows. Sogenannte Risikostaat (z. B. Iran, Nordkorea, Syrien, Pakistan) können den freien Austausch zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen dazu nutzen, sich so das

erforderliche Know-how zu verschaffen. Nicht nur Forschungseinrichtungen sind das Zielgebiet für Beschaffungsbemühungen der Risikostaat, sondern auch zahlreiche Unternehmen der Spitzentechnologie. Mit meist konspirativen Methoden wird versucht, die gesetzlichen Ausführbestimmungen zu umgehen. Dazu gehören beispielsweise die Abwicklung von Lieferungen über Drittländer, der Missbrauch von im Export unerfahrenen Lieferanten und die Aufteilung der Lieferung in unverdächtige Einzelpakete.

1.2.3 Wirtschaftsschutz

Eine wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes ist daher der Schutz sächsischer Behörden, Wirtschaftsunternehmen und wissenschaftlicher Institutionen vor solchen Spionageaktivitäten, insbesondere durch permanente Sensibilisierung. 2013 führte das Landesamt für Verfassungsschutz deshalb bei Behörden, Wirtschaftsunternehmen, Forschungseinrichtungen und Privatpersonen sowohl Sensibilisierungsgespräche als auch Vortragsveranstaltungen durch, in denen über die Arbeitsweise und Interessen fremder Nachrichtendienste informiert wurde.

Darüber hinaus ist das Landesamt für Verfassungsschutz aktiver Beratungspartner in dem unter anderem vom Landeskriminalamt Sach-

sen initiierten Pilotprojekt „Sicheres Unternehmen“, einem kostenlosen Beratungsangebot zum Schutz der äußeren und inneren Sicherheit in Unternehmen. Ziel dieses Projektes ist die Sensibilisierung von klein- und mittelständischen Unternehmen für die Themen „Wirtschaftskriminalität und -spionage“ durch das Erstellen einer umfassenden Analyse zum Sicherheitsstatus und zu bestehenden Sicherheitslücken. Nähere Informationen finden sich unter www.polizei.sachsen.de/de/7241.htm. Die Gefahren für die Wirtschaft durch Wirtschaftsspionage erfordern eine neue, ganzheitliche Herangehensweise, um dem wachsenden Sicherheitsbedürfnis unserer Unternehmen Rechnung zu tragen. Dass die vielfältigen Präventionsmaßnahmen Wirkung zeigen, wird

auch dadurch deutlich, dass es 2013 mehrfach Hinweise auf mögliche spionagerelevante Sach-

verhalte gab, denen das Landesamt für Verfassungsschutz nachgeht.

Verfassungsschutz gegen Wirtschaftsspionage



Faltblätter der Verfassungsschutzbehörden



Kontakt zur Spionageabwehr des Landesamtes für Verfassungsschutz:

Landesamt für Verfassungsschutz
Neuländer Str. 60, 01129 Dresden

Telefon: 0351 85 85 0, Fax: 0351 85 85 500
E-Mail: wirtschaftsschutz@lfv.smi.sachsen.de

2. Geheim- und Sabotageschutz, Mitwirkungsaufgaben

Allgemein

Der Geheimschutz gewährleistet, dass geheimhaltungsbedürftige Informationen aus Verschlussachen geheim bleiben und nicht an Unbefugte gelangen. Verschlussachen sind im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse. Die Einstufung als Verschlussache ist unabhängig von der Form, in der die geheimhaltungsbedürftige Information vorliegt. Das Spektrum der Verschlussachen reicht vom gesprochenen Wort über Schriftstücke und Zeichnungen bis zu elektronischen Datenträgern und technischen Einrichtungen. Sie werden je nach dem erforderlichen Schutz in die Geheimhaltungsgrade

STRENG GEHEIM, GEHEIM, VS-VERTRAULICH und VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestuft. Ihre Bearbeitung wird als sicherheitsempfindliche Tätigkeit bezeichnet. Der Zugang zu Verschlussachen und der Umgang mit ihnen sowie die Ausübung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit sind im Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SächsSÜG) vom 19. Februar 2004 und in der Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung über die Behandlung von Verschlussachen (Verschlussachenanweisung – VSA) vom 4. Januar 2008 geregelt.

2.1 Sicherheitsüberprüfungen (Personeller Geheimschutz) und Sabotageschutzüberprüfungen

Sicherheitsüberprüfungen

Personen, die Zugang zu Verschlussachen haben, müssen sich einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen. Im Rahmen der Sicherheitsüberprüfung wird geprüft, ob bei der betreffenden Person ein Sicherheitsrisiko vorliegt, das dem Zugang zu Verschlussachen bzw. der Ausübung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit entgegensteht.

Nach der gesetzlichen Regelung (§ 5 Abs. 1 Sächs SÜG) liegt ein Sicherheitsrisiko vor, wenn tatsächliche Anhaltspunkte

1. Zweifel an der Zuverlässigkeit der betroffenen Person bei der Wahrnehmung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit,
2. eine besondere Gefährdung durch Anbahnungs- und Werbungsversuche fremder Nachrichtendienste oder
3. Zweifel am Bekenntnis der betroffenen Person zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder am jederzeitigen Eintreten für deren Erhaltung

begründen. In diesem Sinne kann ein Sicherheitsrisiko auch aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte in Bezug auf andere Personen, insbesondere Ehegatten, Lebenspartner oder Lebensgefährten, vorliegen.

Werden bei einer Sicherheitsüberprüfung sicherheitsrelevante Erkenntnisse – z. B. Straftaten, Hinweise auf übermäßigen Alkoholgenuß, Hinweise auf Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung – bekannt, wird geprüft, ob sich daraus ein Anhaltspunkt für ein Sicherheitsrisiko ergibt.

Zuständig für die Durchführung der Sicherheitsüberprüfung ist die Behörde, bei der die sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausgeübt wird. Auch für Personen in Wirtschaftsunternehmen, die im Rahmen von staatlichen Aufträgen sächsischer Behörden mit Verschlusssachen umgehen, werden Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt. In diesen Fällen ist die Landesdirektion Sachsen zuständig.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt im Auftrag der zuständigen Stelle bei der Sicherheitsüberprüfung mit. Es überprüft die Personen und stellt fest, ob ein Sicherheitsrisiko vorliegt. In Abhängigkeit von der auszuübenden sicherheitsempfindlichen Tätigkeit gibt es verschiedene Stufen der Sicherheitsüberprüfung (Ü 1 bis Ü 3).

Sabotageschutzüberprüfungen

Der Sabotageschutz dient dem Schutz der für das Gemeinwesen lebenswichtigen Einrichtungen. In der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Feststellung lebenswichtiger Einrichtungen im Freistaat Sachsen (Sächsische Sicherheitsüber-

prüfungsfeststellungsverordnung) vom 22. September 2010 werden lebenswichtige Einrichtungen im Sinne des Sabotageschutzes benannt. Gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 4 SächsSÜG handelt es sich dabei um Einrichtungen,

- a) deren Beeinträchtigung aufgrund ihrer kurzfristig nicht ersetzbaren Produktion oder Dienstleistung die Versorgung großer Teile der Bevölkerung ernsthaft und nachhaltig gefährden kann,
- b) deren Beeinträchtigung sich aufgrund der ihnen anhaftenden betrieblichen Eigengefahr die Gesundheit oder das Leben großer Teile der Bevölkerung erheblich gefährden kann oder
- c) die für das Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar sind und deren Beeinträchtigung erhebliche Unruhe in großen Teilen der Bevölkerung und somit Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entstehen lassen könnte.

Personen, die an einer sicherheitsempfindlichen Stelle in einer lebenswichtigen Einrichtung beschäftigt werden, üben nach dem SächsSÜG eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit aus und müssen sich daher einer einfachen Sicherheitsüberprüfung Ü1 unterziehen. Im Jahr 2013 lag ein Schwerpunkt der Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen in dem Bereich „Personeller Geheimschutz“ in der Überprüfung von Personen, die mit sicherheitsempfindlichen Aufgaben beim Aufbau und Betrieb des Digitalfunks für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben betraut wurden.

2.2 Materieller Geheimschutz

Der materielle Geheimschutz gewährleistet die Einhaltung der Bestimmungen der Verschlusssachenanweisung. Dazu zählen die rechtlichen Maßgaben zur Herstellung, Kennzeichnung und Vervielfältigung von Verschlusssachen, Regelungen in Bezug auf den Zugang und den Schutz der Verschlusssachen sowie zur Aufbewahrung, Verwaltung, Transport und Vernichtung von Verschlusssachen.

In diesem Arbeitsbereich hat das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen auch die Aufgabe,

öffentliche Stellen bei der Umsetzung der vorgenannten Bestimmungen zu beraten.

Wirtschaftsunternehmen, die Aufträge sächsischer Landesbehörden ausführen sollen, die mit dem Umgang mit Verschlusssachen verbunden sind, werden in Zusammenarbeit mit der Landesdirektion Sachsen nach der Durchführung eines Geheimschutzverfahrens in die Geheimschutzbetreuung des Freistaates Sachsen überführt. In dem Geheimschutzverfahren werden sämtliche Maßnahmen, die dem Schutz und der Geheimhaltung von Verschlusssachen dienen, vorgegeben.

2.3 Zuverlässigkeitsüberprüfungen sowie Prüfung von Versagens- oder Ausschlussgründen

Das Landesamt für Verfassungsschutz unterstützt andere Behörden bei der Überprüfung von Personen oder der Erteilung von Erlaubnissen auf der Grundlage folgender Gesetze:

- **Luftsicherheitsgesetz** (LuftSiG) für Personen, die im sicherheitsempfindlichen Bereich des Luftverkehrs Zutritt haben sollen
- **Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe – Sprengstoffgesetz** (SprengG) für Personen, die gewerbsmäßig, selbstständig im Rahmen einer wirtschaftlichen Unternehmung oder eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes oder bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern mit explosionsgefährlichen Stoffen umgehen wollen oder den Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen betreiben wollen.

- **Gesetz über die friedliche Verwendung von Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren – Atomgesetz** (AtG) für Personen, die beim Umgang mit oder bei der Beförderung von radioaktiven Stoffen bzw. bei der Errichtung oder dem Betrieb von Anlagen tätig sind.
- **Waffengesetz** (WaffG) für Personen, die Umgang mit Waffen oder Munition haben.
- **Verordnung über das Bewachungsgewerbe – Bewachungsverordnung** (BewachV) für Personen, die im sicherheitsempfindlichen Bereich des Bewachungsgewerbes tätig sein sollen.

Auf Anfrage der zuständigen Behörden wird geprüft, ob Erkenntnisse vorliegen und diese gemäß

den gesetzlichen Regelungen mitgeteilt werden dürfen. Im Jahr 2013 wurden insgesamt 5.619 Anfragen gestellt.

Des Weiteren unterstützt das LfV Sachsen soweit gesetzlich vorgeschrieben die zuständigen Ausländerbehörden bei der

- Prüfung von Ausschlussgründen bei **Einbürgerungsbewerbern** gemäß Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) und
- Prüfung von Versagungs- und Ausweisungsgründen vor **Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels** für Ausländer gemäß des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG)

Neben der Mitteilung der offen verwertbaren Erkenntnisse an die Ausländerbehörden, beteiligt sich das LfV Sachsen in Einzelfällen an Sicherheitsbefragungen von Ausländern. Im Jahr 2013 wurden vom LfV Sachsen 1.603 Anfragen zu Einbürgerungsbewerbern und 9.101 Anfragen in Aufenthaltsverfahren bearbeitet.

IV Verfassungsschutz

1. Verfassungsschutz auf einen Blick

Welche Aufgaben hat das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen?

Der Verfassungsschutz ist Garant der wehrhaften Demokratie. Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, rechtzeitig vor Gefahren zu warnen, die unserem freiheitlichen Rechtsstaat – insbesondere durch Extremisten, Terroristen oder Spione – drohen.

Die konkreten Aufgaben ergeben sich aus dem „Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen“ (SächsVSG)²⁷⁹. Dem LfV Sachsen obliegt demnach die Sammlung und Auswertung von Informationen zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder. In diesem Zusammenhang beobachtet das LfV Sachsen Bestrebungen aus den nachfolgend genannten Bereichen.

■ Extremistische Bestrebungen

Eine Bestrebung ist extremistisch, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch politisch bestimmte Verhaltensweisen

Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beeinträchtigt oder beseitigt werden sollen.

- Bestrebungen dieser Art gehen insbesondere von rechts-, links- oder ausländerextremistischen Gruppierungen aus. In § 3 Absatz 2 SächsVSG sind die obersten Verfassungsgrundsätze benannt. Der Verfassungsschutz dient somit dem Schutz des Kernbestandes der verfassungsmäßigen Ordnung.
- Zudem beobachtet das LfV Sachsen Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, sowie solche Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind.
- Soweit extremistische Bestrebungen darauf abzielen, ihre Ziele mittels Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum Anderer, insbesondere durch schwere Straftaten nach § 129a Abs.1 Strafgesetzbuch (StGB), zu erreichen, haben sie einen terroristischen Charakter.

²⁷⁹ Das SächsVSG ist abrufbar unter www.verfassungsschutz.sachsen.de.

■ Spionageabwehr

Die Spionageabwehr hat die Aufgabe, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten von Nachrichtendiensten fremder Staaten in der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen und aufzuklären.

- Auch die Beobachtung fortwirkender Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sowie die mögliche Reaktivierung nachrichtendienstlicher Verbindungen zu fremden Nachrichtendiensten durch deren ehemalige Mitarbeiter und Helfer ist Bestandteil der Spionageabwehr. Zudem ist die Aufklärung von Proliferation²⁸⁰ Teil der Spionageabwehr.

Neben diesen Aufgaben nimmt das LfV Sachsen sogenannte Mitwirkungsaufgaben wahr. Es ist u. a. beteiligt an:

- Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden sollen,
- der Durchführung von technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffent-

lichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen.

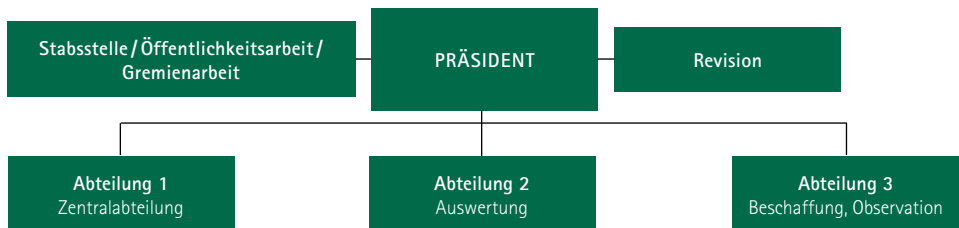
Ebenso wirkt das LfV Sachsen auf Ersuchen mit bei:

- der Überprüfung von Personen, die sich um die Einstellung im öffentlichen Dienst bewerben, sowie bei der Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wenn der Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
- der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern und
- Überprüfungen, soweit diese gesetzlich vorgesehen sind, z. B. nach dem Aufenthalts-, dem Atom-, dem Sprengstoff- und dem Luftsicherheitsgesetz.

Wie ist das LfV Sachsen organisiert?

Das LfV Sachsen wurde am 3. November 1992 durch die Sächsische Staatsregierung im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern (SMI) errichtet.

Die Organisation stellt sich wie folgt dar:



²⁸⁰ Als Proliferation wird die illegale Herstellung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologie sowie Mitteln und Know-how zu deren Entwicklung und Herstellung bezeichnet.

Wie sammelt der Verfassungsschutz seine Informationen?

Der Verfassungsschutz sammelt seine Informationen überwiegend aus für jedermann zugänglichen Quellen. Um verfassungswidrige Bestrebungen feststellen zu können, wertet der Verfassungsschutz u. a. Parteiprogramme, Satzungen, Publikationen, Flugblätter und Internetseiten, die Reden von Funktionären und anderes öffentliches Material aus. Außerdem bezieht er seine Informationen aus öffentlichen Veranstaltungen oder holt sie von anderen Behörden ein, soweit das SächsVSG oder andere Gesetze dies zulassen.

Bei im Verborgenen stattfindenden Aktivitäten ist der Verfassungsschutz gesetzlich ermächtigt, sogenannte nachrichtendienstliche Mittel bei der Informationsgewinnung einzusetzen. Dabei ist er insbesondere an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden. Zu den nachrichtendienstlichen Mitteln zählen:

- der Einsatz von Vertrauensleuten (V-Leuten), Informanten und Gewährspersonen, d. h. von Personen, die für den Verfassungsschutz Informationen aus verfassungsfeindlichen Organisationen beschaffen oder logistische bzw. sonstige Hilfe leisten, ohne ihre Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz erkennen zu geben,
- die Observation, d. h. das verdeckte Beobachten von Personen und Objekten,
- die Nutzung von Tarnmitteln, mit denen verborgen werden soll, dass der Verfassungsschutz beobachtet, wie z. B. Tarnkennzeichen,
- die Anwendung technischer Hilfsmittel wie Bild- und Tonaufzeichnungen,

- die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs sowie
- die Wohnraumüberwachung.

Die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs ist ein sehr bedeutender Eingriff in das als Grundrecht geschützte Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Grundgesetz [GG] und Art. 27 Sächsische Verfassung [SächsVerf]). Diese Maßnahme ist deshalb in einem besonderen Gesetz geregelt, dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10)²⁸¹. Demnach dürfen u. a. Telefongespräche nur mitgehört und aufgezeichnet, Briefe nur geöffnet und gelesen werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass bestimmte schwere Straftaten, wie z. B. Betätigung in einer terroristischen Vereinigung, Hoch-/Landesverrat oder geheimdienstliche Agententätigkeit, geplant oder begangen werden bzw. wurden.

Der Präsident des LfV Sachsen muss einen entsprechenden Antrag beim SMI stellen. Nur der Staatsminister des Innern oder sein Stellvertreter können einen solchen Eingriff anordnen. Über die vorgesehenen Beschränkungsmaßnahmen wird die vom Sächsischen Landtag gewählte G 10-Kommission unterrichtet, die über Zulässigkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen entscheidet.

Das SächsVSG lässt in besonderen Fällen ebenfalls einen Eingriff in das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG und Art. 30 SächsVerf) zu. Zum Schutz dieses Grundrechtes sind die Voraussetzungen für eine Wohnraumüberwachung in einem gesonderten Paragraphen (§ 5a) des SächsVSG geregelt worden. Da-

²⁸¹ Das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie das Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes im Freistaat Sachsen sind unter www.verfassungsschutz.sachsen.de abrufbar.

nach dürfen technische Mittel zur Informationsgewinnung in Wohnräumen nur dann verdeckt eingesetzt werden, wenn die Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach dem G 10 vorliegen und darüber hinaus der verdeckte Einsatz zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende fremde Sach- oder Vermögenswerte erforderlich ist und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise ausichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

Zusätzlich wurden zur Gewährleistung der Grundrechte besondere Vorkehrungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung (Intimsphäre) und von Berufsgeheimnisträgern (z. B. Geistliche, Strafverteidiger) getroffen. Ebenso wurden zum Schutz der aus einer Wohnraumüberwachung gewonnenen Daten besonders restriktive Vorschriften zu deren Löschung und Übermittlung in das SächsVSG eingefügt. Über die Anordnung einer Wohnraumüberwachung entscheidet auf Antrag des LfV Sachsen eine besondere Kammer des Landgerichtes. Zusätzlich ist die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages (PKK) über angeordnete Wohnraumüberwachungen zu unterrichten.

Was geschieht mit den Informationen, die das LfV Sachsen sammelt?

Die Informationen, die der Verfassungsschutz aufgrund seines gesetzlichen Auftrages sammelt, werden analysiert, d.h. sie werden gesichtet, geprüft und bewertet. Die gewonnenen Erkenntnisse sind Grundlage für die Berichterstattung des LfV Sachsen gegenüber:

- dem SMI,
- anderen Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern,
- dem Militärischen Abschirmdienst (MAD), der die Aufgaben des Verfassungsschutzes auf dem Gebiet der Bundeswehr wahrnimmt, und dem Bundesnachrichtendienst (BND), der Auslandsaufklärung betreibt,
- Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften und Polizei),
- Behörden, die die Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung benötigen (z. B. für Versammlungsverbote),
- der Öffentlichkeit.

Die Informationen des Verfassungsschutzes werden vor allem benötigt

- zur Einschätzung der Sicherheitslage,
- zur Verhinderung bzw. Verfolgung von durch Extremisten, Terroristen und Spione begangenen Straftaten,
- zur Vorbereitung von Vereins- oder Parteiverboten,
- zur Information der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Aktivitäten.

Verfassungsschutz und Polizei

Verfassungsschutz und Polizei sind getrennt organisiert und mit unterschiedlichen Befugnissen ausgestattet. Dieses Trennungsgebot ist in Artikel 83 Absatz 3 der Sächsischen Verfassung wie auch im § 1 Absatz 4 des SächsVSG verankert. Es besagt insbesondere, dass der Verfassungsschutz keiner Polizeibehörde angegliedert werden darf. Zudem gibt es keinen unbeschränkten Informationsaustausch untereinander. Auch stehen dem Verfassungsschutz Zwangsbefugnisse, wie sie

der Polizei eingeräumt sind, nicht zu. Er darf also weder Personen festnehmen, durchsuchen, vorladen, vernehmen noch Wohnungen durchsuchen oder Gegenstände beschlagnahmen. Er darf auch keine Verbote oder Auflagen aussprechen. Der Verfassungsschutz hat vielmehr reine Beobachtungsbefugnisse. Unabhängig davon sind Verfassungsschutz und Polizei – neben anderen Sicherheitsbehörden und Justiz – gefordert, die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland zu schützen und die innere Sicherheit zu gewährleisten. Dies erfordert eine enge und bestmögliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der bestehenden gesetzlichen Regelungen. Dabei steht das Trennungsgebot einer engen informationellen und frühzeitigen Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz nicht entgegen.

Welche Maßnahmen führt das LfV Sachsen im Rahmen seiner öffentlichen Berichterstattung durch?

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen und Tätigkeiten gehört zu den gesetzlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes. Sie stellt einen wichtigen Präventionsbeitrag dar und soll die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Extremismus fördern. Denn nur informierte Bürgerinnen und Bürger können sich aktiv für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Die breite Öffentlichkeitsarbeit des LfV Sachsen umfasst deshalb vielfältige Maßnahmen, die für die Bedarfsträger kostenfrei sind. Dazu zählen:

■ die Durchführung von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

In Vorträgen und öffentlichen Diskussionsrunden informiert das LfV Sachsen – auch in

Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen wie z. B. der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung – über politischen Extremismus allgemein und speziell über dessen Erscheinungsformen im Freistaat Sachsen sowie über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes. Solche Veranstaltungen werden vor allem an Schulen, Einrichtungen der politischen Bildung, der Verwaltung, der Justiz und der Bundeswehr durchgeführt. Darüber hinaus werden zum Schutz von Forschung und Wirtschaft vor Spionage durch fremde Nachrichtendienste Firmen, Verbände und Forschungseinrichtungen in Vorträgen über die Gefahren der Wirtschaftsspionage und Proliferation informiert und Handlungsempfehlungen gegeben.

■ die Information kommunaler Verantwortungsträger

In Beratungsgesprächen informiert das LfV Sachsen kommunale Entscheidungsträger über regionale extremistische Bestrebungen und Aktivitäten, damit Gegenstrategien entwickelt werden können.

■ das „Forum starke Demokratie“

Ziel des organisatorisch beim LfV angesiedelten Forums ist die Unterstützung vor allem örtlicher staatlicher und kommunaler Entscheidungsträger bei der Bekämpfung des Extremismus. Sie sollen in die Lage versetzt werden, extremistische Bestrebungen frühzeitig und möglichst sicher zu erkennen und die rechtlich und tatsächlich möglichen und gebotenen Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Zudem will das Forum die engere Zusammenarbeit von staatlichen bzw. kommunalen und nichtstaatlichen Trägern der Extremismusprävention fördern.

■ **Fachtagungen**

Das LfV Sachsen führt gemeinsam mit der Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg Fachtagungen zum Extremismus durch. Die Themen der beiden bisherigen Fachtagungen im August 2012 und im Januar 2013 lauteten:

- „Verfassungsfeinde und das Kapital – Finanzströme im Rechtsextremismus“ und
- „Rechtsextremismus zwischen 'Mitte der Gesellschaft' und Gegenkultur“.

Referenten aus Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und Medien diskutierten diese Themen mit jeweils über 170 Gästen aus Politik und Landesverwaltungen, Verfassungsschutz, Polizei, Vertretern der Kommunen und Landkreise sowie zivilgesellschaftlichen Institutionen. Die Fachtagungen dienen darüber hinaus auch der weiteren Vernetzung der maßgeblichen Akteure.

■ **die Herausgabe von Broschüren**

Die präventive Aufklärung der Öffentlichkeit über den Extremismus erfolgt auch durch die Herausgabe entsprechender Publikationen, die teilweise in Zusammenarbeit mit Verfassungsschutzbehörden anderer Länder erstellt wurden. Die Publikationen sind für Interessenten kostenlos. Sie können als Broschüre bestellt oder im Internet heruntergeladen werden.

■ **die Internetpräsentation**

Das Web-Angebot des LfV Sachsen unter der Adresse <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de> beinhaltet Informationen über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sowie Mitteilungen zu aktuellen Sachverhalten aus den Beobachtungsfeldern. Querverweise ermöglichen die Verbindung zu Homepages

anderer Verfassungsschutzbehörden. Außerdem können vom LfV Sachsen herausgegebene Broschüren heruntergeladen oder online bestellt werden. Zudem besteht die Möglichkeit, per E-Mail über verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de Kontakt mit dem LfV Sachsen aufzunehmen.

■ **die Pressearbeit**

Die Information der Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen erfolgt zudem über die Medien.

■ **die Ausstellung „In guter Verfassung“²⁸²**

Die gemeinsam mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung erarbeitete interaktive Wanderausstellung richtet sich insbesondere an Jugendliche und an Lehrpersonal. Sie beantwortet u. a. folgende Fragen: Was bedeutet eigentlich „freiheitliche demokratische Grundordnung? Was macht unsere Demokratie konkret aus.“ Welche grundlegenden Elemente beinhaltet sie und wie schützt sie sich gegenüber denjenigen, die sie beseitigen wollen? Die Ausstellung bietet Lehrenden die Möglichkeit, Gemeinschaftskunde oder Politikunterricht erlebnisorientiert außerhalb von Klassen- oder Seminarräumen stattfinden zu lassen.

Wer kontrolliert das LfV Sachsen und welche Rechte haben Betroffene?

Das SMI kontrolliert als Fachaufsichtsbehörde die Recht- und Zweckmäßigkeit der Aufgabenwahrnehmung durch das LfV Sachsen. Als Dienstaufsichtsbehörde wacht es zudem über den ordnungsgemäßen Dienstbetrieb.

²⁸² Die Inhalte der Ausstellung können auf der Internetseite <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/igv.html> abgerufen werden.

Darüber hinaus finden Kontrollen statt durch:

■ **die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages**

Sie kontrolliert die Sächsische Staatsregierung hinsichtlich der Aufsicht des SMI über das LfV Sachsen und hinsichtlich dessen Tätigkeit.

■ **die Kommission nach § 3 SächsAG G 10 (G10-Kommission) des Sächsischen Landtages**

Diese Kommission prüft die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Maßnahmen nach dem G 10, d. h. Maßnahmen der Brief-, Post- und Telekommunikationsüberwachung.

■ **den Sächsischen Datenschutzbeauftragten**

Er kontrolliert die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz. Er prüft, ob das LfV Sachsen personenbezogene Daten rechtmäßig erhebt, verarbeitet oder übermittelt. Jeder Bürger kann sich an den Datenschutzbeauftragten wenden, wenn er der Ansicht ist, das LfV Sachsen habe bei der Erhebung und Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten seine Rechte verletzt.

■ **den Sächsischen Rechnungshof**

Er kontrolliert die Verwendung der Haushaltsmittel des LfV Sachsen.

■ **die Gerichte**

Jeder Bürger hat das Recht, gegen Maßnahmen des LfV Sachsen bei Gericht zu klagen, wenn er geltend macht, in seinen Rechten verletzt zu sein. Außerdem prüft ein Gericht die Zulässigkeit von Wohnraumüberwachungsmaßnahmen.

■ **die Öffentlichkeit**

Durch die Medienberichterstattung wird die Tätigkeit des LfV Sachsen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und erfährt damit auch deren Kontrolle.

■ **interne Prüfungen**

Auch im LfV Sachsen intern finden Kontrollen statt, so z. B. durch die Revision, den behördlichen Datenschutzbeauftragten, den G10-Aufsichtsbeamten sowie den Behördlichen Beauftragten für den Haushalt.

2. Glossar der Verfassungsschutzbehörden

Anti-Antifa

Unter dem Begriff „Anti-Antifa“ verfolgen **Neonazis** in Anlehnung an Terminologie und Vorgehensweise von **Linksextremisten** ein Konzept zur Erfassung und Veröffentlichung von Daten über politische Gegner. Mit der Begriffswahl wollen sie verdeutlichen, dass ihr Handeln eine Reaktion auf linksextremistische Aktivitäten darstellt und als solche auch militante Aktionsformen umfassen kann. Ihre Aktivitäten weisen bisher in der Regel einen propagandistischen Charakter auf und zielen vornehmlich auf die Verunsicherung des Gegners ab. Als Gegner werden dabei auch Angehörige der Sicherheitsbehörden angesehen.

ANTIDEUTSCHE

Anhänger einer antideutschen Ideologie bilden eine Besonderheit innerhalb der gewaltbereiten linksextremistischen Szene und tragen zu einer deutlichen Polarisierung im linksextremistischen Gefüge bei. Hauptbestandteil antideutscher Ideologie ist die bedingungslose Solidarität mit der Politik des Staates Israels und dem jüdischen Volk. **ANTIDEUTSCHE** sprechen sich – in Befürchtung eines neuerlichen, von Deutschland ausgehenden Holocaust – für eine massive Unterstützung des Staates Israels und des Judentums aus und stehen oft positiv zu den USA als deren Schutzmacht. **ANTIDEUTSCHE** befürchten ein Erstarren des deutschen Nationalismus und ein großdeutsches „Viertes Reich“, sie lehnen daher einen deutschen Nationalstaat insgesamt ab. Im linksextremistischen Umfeld treten **ANTIDEUTSCHE** verstärkt durch Antisemitismusvorwürfe gegen rivalisierende linksextremistische Gruppierungen hervor.

Antifa, AUTONOME

Der „antifaschistische Kampf“ ist ein Hauptagitationsfeld von **AUTONOMEN**. Aus ihrer Sicht ist es geboten, den Kampf gegen Faschisten und Rassisten in die eigenen Hände zu nehmen. In autonomen Publikationen und Stellungnahmen wird für Gegenveranstaltungen zu rechtsextremistischen Kundgebungen geworben. Die Agitation richtet sich auch gegen bestimmte staatliche Einrichtungen oder ihre Repräsentanten. Darüber hinaus werden Adressen und „Steckbriefe“ von politischen Gegnern veröffentlicht, die nicht selten mit der Aufforderung verbunden sind, diese Personen auch anzugreifen. Im Rahmen der „antifaschistischen Selbsthilfe“ werden auch militante Aktionen befürwortet, die sich in erster Linie gegen den politischen Gegner, insbesondere tatsächliche oder vermeintliche „Nazis“ richten. Dadurch kommt es regelmäßig zu hohen Sachschäden, teilweise aber auch zu Personenschäden.

Antifaschismus

„Antifaschismus“ als Begriff wird auch von Demokraten verwendet, um ihre Ablehnung des Rechtsextremismus zum Ausdruck zu bringen. Mehrheitlich nehmen jedoch Linksextremisten diesen Begriff für sich in Anspruch. Sie behaupten, dass der kapitalistische Staat den Faschismus hervorbringe, zumindest aber toleriere. Daher richtet sich der Antifaschismus nicht nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, sondern immer auch gegen den Staat und seine Vertreter, insbesondere Angehörige der Sicherheitsbehörden.

Ausländerextremismus

Extremistische Ausländerorganisationen verfolgen in Deutschland Ziele, die häufig durch aktuelle Ereignisse und politische Entwicklungen in ihren Heimatländern bestimmt sind. Dabei handelt es sich um linksextremistische Organisationen, soweit sie in ihren Heimatländern ein sozialistisches bzw. kommunistisches Herrschaftssystem anstreben oder um nationalistische Organisationen, die ein überhöhtes Selbstverständnis von der eigenen Nation haben und die Rechte anderer Völker missachten. Daneben gibt es separatistische Organisationen, die eine Loslösung ihres Herkunftsgebietes aus einem bereits bestehenden Staatsgebilde und die Schaffung eines eigenen Staates verfolgen. Die größte von den Verfassungsschutzbehörden beobachtete ausländerextremistische Organisation in Deutschland ist nach wie vor die unter der Bezeichnung PKK bekannte ARBEITERPARTEI KURDISTANS.

Derartige Organisationen unterliegen der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden, wenn:

- sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richten, indem sie hier z. B. versuchen, eine ihren Grundsätzen entsprechende Parallelgesellschaft zu errichten,
- sie ihre politischen Auseinandersetzungen mit Gewalt auf deutschem Boden austragen und dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden,
- sie vom Bundesgebiet aus Gewaltaktionen in anderen Staaten durchführen oder unterstützen und dadurch auswärtige Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Staaten gefährden,

- sich ihre Aktivitäten gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, richten.

AUTONOME

Kennzeichnend für die Bewegung der AUTONOMEN, die über kein einheitliches ideologisches Konzept verfügt, ist die Ablehnung staatlicher und gesellschaftlicher Normen und Zwänge, die Suche nach einem freien, selbstbestimmten Leben in herrschaftsfreien Räumen und der Widerstand gegen den demokratischen Staat und seine Institutionen, wobei Gewalt von AUTONOMEN grundsätzlich als Aktionsmittel („militante Politik“) akzeptiert ist. AUTONOME bilden den weitaus größten Anteil des gewaltbereiten linksextremistischen Personenpotenzials. Das Selbstverständnis der heterogenen autonomen Bewegung ist geprägt von Anti-Einstellungen („antikapitalistisch“, „antifaschistisch“, „antipatriarchal“). Diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente („Klassenkampf“, „Revolution“ oder „Imperialismus“) bilden den Rahmen ihrer oftmals spontanen Aktivitäten. Eine klassische Form autonomer Gewalt ist die sogenannte Massenmilitanz. Das sind Straßenkrawalle, die sich im Rahmen von Demonstrationen oder im Anschluss daran entwickeln. Hierbei kommt es regelmäßig auch zu Gewaltexzessen.

AUTONOME NATIONALISTEN

Mit den AUTONOMEN NATIONALISTEN trat in den letzten Jahren eine Strömung innerhalb des deutschen Neonationalsozialismus öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Angehörige der AUTONOMEN NATIONALISTEN traten oft mit einem hohen Maß an Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamte und politische Gegner auf, dies insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen, wo sich AUTONOME

NATIONALISTEN bisweilen verummumt zu sogenannten „Schwarzen Blöcken“ zusammenschlossen. Zudem übernahmen sie in Teilen Stilelemente anderer Jugendsubkulturen und traten ähnlich gekleidet auf wie militante Linksextremisten (AUTONOME). Innerhalb der Neonazi-Szene waren AUTONOME NATIONALISTEN vor allem wegen ihres öffentlichen Erscheinungsbildes und ihrer Gewaltbereitschaft umstritten. In Sachsen traten AUTONOME NATIONALISTEN hauptsächlich als Aktionsform auf. In jüngerer Vergangenheit ist ein öffentlichkeitswirksames Auftreten von AUTONOMEN NATIONALISTEN im Freistaat Sachsen nicht mehr zu beobachten.

Bestrebungen, extremistische

Nach allgemeinem Sprachgebrauch sind Bestrebungen alle auf ein Ziel gerichtete Aktivitäten. Extremistische Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind Aktivitäten mit der Zielrichtung, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen. Dazu gehören Vorberereitungshandlungen, Agitation und Gewaltakte.

Es ist zu unterscheiden zwischen

- Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes,
- Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes,
- Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen.

Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen.

Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu zählenden Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut des Bundesverfassungsschutzgesetzes oder eines Landesverfassungsschutzgesetzes erheblich zu beschädigen.

Extremismus/Radikalismus

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen „Extremismus“ und „Radikalismus“, obwohl beide Begriffe oft synonym gebraucht werden. Bei „Radikalismus“ handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits „von der Wurzel (lat. radix) her“ anpacken will. Im Unterschied zum „Extremismus“ sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden. So sind z. B. Kapitalismuskritiker, die grundsätzliche

Zweifel an der Struktur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußern und sie von Grund auf verändern wollen, noch keine Extremisten. Radikale politische Auffassungen haben in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz. Auch wer seine radikalen Zielvorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird, jedenfalls nicht, so lange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung anerkennt. Als extremistisch werden dagegen die Aktivitäten bezeichnet, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen.

Fanzine

Der Begriff setzt sich aus den Worten „Fan“ und „Magazine“ zusammen und bezeichnet in der Regel subkulturelle Publikationen. In der rechtsextremistischen Szene informieren diese Publikationen über Musikgruppen, Tonträger, Konzerte sowie sonstige Szeneveranstaltungen. Aktivisten und rechtsextremistische Gruppierungen erhalten in Interviews Gelegenheit zur Selbstdarstellung und zur Verbreitung ihres Gedankengutes. Das Medium verlor mit der Verlagerung der Kommunikation in das Internet sehr stark an Bedeutung. Zwar erscheinen weiterhin Fanzines, herausgegeben von zumeist langjährigen Szeneangehörigen, diese Publikationen haben jedoch eher traditionellen, nostalgischen Charakter, als dass sie der Information breiter Szenekreise dienen.

FREIE NATIONALISTEN/FREIE KRÄFTE

Das Konzept der FREIEN NATIONALISTEN (bzw. FREIE KRÄFTE) wurde Mitte der 1990er Jahre von Neonazis als Reaktion auf die zahlreichen Vereinsverbote entwickelt. Ziel war es, die zersplitterte neonazistische Szene unter Verzicht auf vereins-

mäßige Strukturen („Organisierung ohne Organisation“) zu bündeln, ihre Aktionsfähigkeit zu erhöhen und gleichzeitig Verbotsmaßnahmen zu verhindern. Ein Großteil der FREIEN NATIONALISTEN sammelte sich in rechtsextremistischen KAMERADSCHAFTEN. Ab Mitte der 2000er Jahre setzte ein erneuter Strukturwandel in der Kameradschaftsszene ein, der von einer weiteren Lockerung der Organisationsstrukturen gekennzeichnet war. Damit wurde das Ziel verfolgt, dem Staat noch weniger Angriffsfläche zu bieten. Im Freistaat Sachsen ist jedoch zwischenzeitlich wieder der Trend hin zur Bildung festerer Strukturen zu beobachten, welche häufig unter wechselnden Namen in der Öffentlichkeit agieren.

Freiheitliche demokratische Grundordnung

Damit ist nicht die Verfassung bzw. das Grundgesetz in seiner Gesamtheit gemeint, sondern die unabänderlichen obersten Wertprinzipien als Kernbestand der Demokratie. Diese fundamentalen Wertprinzipien bestimmen die Gesetzgebung des Bundes und der Länder, so auch die Verfassungsschutzgesetze.

Zu diesen Grundsätzen gehören folgende Verfassungsprinzipien:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch Organe der Gesetzgebung und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,

- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit richtet sich gegen Menschen, die sich durch Herkunft, Nationalität, Religion oder Hautfarbe von der als „normal“ erachteten Umwelt unterscheiden. Die mit dieser Zuweisung typischerweise verbundenen vermeintlich minderwertigen Eigenschaften werden als Rechtfertigung für einschlägige Straftaten missbraucht. Insbesondere das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, aus der u. a. Fremdenfeindlichkeit resultiert.

Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ)

Das GETZ wurde im November 2012 zur Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus, des Linksextremismus/-terrorismus, des Ausländerextremismus/-terrorismus, der Spionage sowie der Proliferation eingerichtet. Im Rahmen des Gremiums tauschen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern Informationen zu den genannten Phänomenbereichen aus. Dabei soll die Fachexpertise der Sicherheitsbehörden gebündelt und ein möglichst lückenloser Informationsfluss gewährleistet werden.

Gemeinsames Internetzentrum (GIZ)

Im GIZ beobachten seit 2007 sprachkundige Experten der Sicherheitsbehörden des Bundes und

der Länder das Internet hinsichtlich islamistischer und islamistisch-terroristischer Inhalte.

Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)

Das 2004 eingerichtete „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) in Berlin-Treptow mit einer „Nachrichtendienstlichen Informations- und Analysestelle“ (NIAS) sowie einer „Polizeilichen Informations- und Analysestelle“ (PIAS) konzentriert die Experten für Terrorismusabwehr der deutschen Sicherheitsbehörden an einem Ort. Im GTAZ sind die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Bundeskriminalamt (BKA), die Landeskriminalämter und der Bundesnachrichtendienst (BND) eingebunden. Weitere Teilnehmer sind Bundespolizei, Zollkriminalamt, Militärischer Abschirmdienst (MAD), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Vertreter der Generalbundesanwaltschaft. Die Abstimmung von Bewertungen und Maßnahmen bei sicherheitsrelevanten Sachverhalten mit Terrorismusbezug wird durch die dortige Zusammenarbeit erleichtert und beschleunigt.

Islamismus

Der Begriff des Islamismus bezeichnet eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. Islamisten sehen in den Schriften und Geboten des Islam nicht nur Regeln für die Ausübung der Religion, sondern auch Handlungsanweisungen für eine islamistische Staats- und Gesellschaftsordnung. Ein Grundgedanke dieser islamistischen Ideologie ist die Behauptung, alle Staatsgewalt könne ausschließlich von Gott (Allah) ausgehen. Damit richten sich islamistische Bestrebungen gegen die Wertvorstellungen des Grundgesetzes (GG), insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Isla-

misten halten die Etablierung einer islamischen Gesellschaftsordnung für unabdingbar. Dieser Ordnung sollen letztlich sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime unterworfen werden.

Islamistische Organisationen – mit Ausnahme islamistisch-terroristischer Organisationen – lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen:

- Organisationen, die in ihren Herkunftsländern die konsequente Umgestaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen nach ihrem Verständnis der islamischen Rechtsordnung (Scharia) anstreben. In Deutschland liegt ihr Schwerpunkt auf propagandistischen Aktivitäten sowie der Sammlung von Spendengeldern, um die Mutterorganisationen in den Herkunftsländern zu unterstützen.
- Andere islamistische Gruppierungen in Deutschland verfolgen eine umfassendere, auch politisch motivierte Strategie. Auch sie streben eine Änderung der Staats- und Gesellschaftsordnung in ihren Herkunftsländern zugunsten eines islamischen Staatswesens an. Sie bemühen sich jedoch im Rahmen einer legalistischen Strategie, ihren Anhängern in Deutschland größere Freiräume für ein schariakonformes Leben zu schaffen.

Islamistischer Terrorismus

Islamistischer Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für islamistische Ziele, die mithilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB) genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Unter „Homegrown“-Terrorismus sind islamistische Strukturen oder Strukturansätze zu ver-

stehen, die sich aus radikalisierten Personen ab der zweiten Einwanderergeneration sowie radikalisierten Konvertiten zusammensetzen. Die Personen sind zumeist in europäischen Ländern geboren und/oder aufgewachsen, stehen jedoch aufgrund religiöser, gesellschaftlicher, kultureller oder psychologischer Faktoren dem hiesigen Wertesystem ablehnend gegenüber und erachten die Errichtung einer islamistischen Gesellschaftsordnung für erstrebenswert. Gemeinsames Kennzeichen dieses Personenkreises ist, dass er von der pan-islamischen „AL-QAIDA“-Ideologie beeinflusst wird.

Lediglich ein sehr kleiner Teil zum Islam konvertierter Personen macht sich islamistisches Gedankengut zu eigen und engagiert sich für islamistische Ziele. Die Rolle von Konvertiten in islamistischen / islamistisch-terroristischen Strukturen erklärt sich u. a. aus der Motivation, sich gegenüber Glaubensbrüdern als besonders gute Muslime (hier: Islamisten) beweisen zu wollen. Sie weisen zudem aufgrund ihrer Kenntnis der westlichen Gegebenheiten strategische Vorteile auf.

Jihad

Die wörtliche Übersetzung dieses Begriffs ist „Anstrengung“ oder „Bemühung“. Es gibt zwei Formen des Jihad: die geistig-spirituelle Bemühung des Gläubigen um das richtige religiöse und moralische Verhalten gegenüber Gott und den Mitmenschen (sogenannter großer Jihad) oder der kämpferische Einsatz zur Verteidigung oder Ausdehnung des islamischen Herrschaftsgebiets (sogenannter kleiner Jihad). Von militanten Gruppen wird der Jihad häufig als religiöse Legitimation für Terroranschläge verwendet. Islamistische Terroristen führen unter dem Leitprinzip dieses Jihad ihren gewalttätigen Kampf / „heiligen Krieg“ gegen die angeblichen Feinde des Islam.

Kameradschaften, rechtsextremistische (im Freistaat Sachsen)

Bei KAMERADSCHAFTEN handelt sich um Gruppierungen, die

- einen abgegrenzten Aktivistenstamm mit beabsichtigter geringer Fluktuation besitzen,
- eine lediglich lokale oder maximal regionale Ausdehnung aufweisen,
- eine zumindest rudimentäre Struktur besitzen und
- die Bereitschaft zu gemeinsamer politischer Arbeit auf Basis einer rechtsextremistischen, insbesondere neonationalsozialistischen Grundorientierung haben.

Die KAMERADSCHAFTEN sind im Wesentlichen von zwei Formen bestimmt:

Subkulturell geprägte KAMERADSCHAFTEN

Diese besitzen keine festen Führungsstrukturen und sind von Spontanität und Aktionismus geprägt. Dementsprechend beschränken sich ihre Aktivitäten hauptsächlich auf den regionalen Bereich und oft auf die Teilnahme an rechtsextremistischen Konzerten.

Neonationalsozialistische KAMERADSCHAFTEN

Diese weisen klar erkennbare Führungsstrukturen auf und sind stark politisch ausgerichtet. In ihren weltanschaulichen Grundpositionen werden zunehmend antikapitalistische Elemente sichtbar. Gefordert werden ein Nationaler Sozialismus und die Volksgemeinschaft. Darüber hinaus bestehen auch kameradschaftsähnliche Strukturen, die in Sachsen u. a. unter wechselnden Bezeichnungen wie FREIE KRÄFTE, NATIONALE SOZIALISTEN etc. in Erscheinung treten. Dabei verwenden sie oft einen auf einen Ort oder eine Region hinweisenden Namenszusatz.

Linksextremismus

Mit diesem Begriff werden Bestrebungen von Personenzusammenschlüssen bezeichnet, für die alle oder einige der folgenden Merkmale charakteristisch sind:

- Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als „wissenschaftliche“ Anleitung zum Handeln; daneben, je nach Ausprägung der Partei oder Gruppierung, Rückgriff auch auf Theorien weiterer Ideologen wie Stalin, Trotzki, Mao und andere,
- Bekenntnis zur sozialistischen oder kommunistischen Transformation der Gesellschaft mittels eines revolutionären Umsturzes oder langfristiger revolutionärer Veränderungen,
- Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats oder zu einer herrschaftsfreien (anarchistischen) Gesellschaft,
- Bekenntnis zur revolutionären Gewalt als bevorzugte oder – je nach den konkreten Bedingungen – taktisch einzusetzende Kampfform.

Linksextremistische Parteien und Gruppierungen lassen sich grob in zwei Hauptströmungen einteilen:

- Dogmatische Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten: In Parteien oder anderen festgefühten Vereinigungen organisiert, verfolgen sie die erklärte Absicht, eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten,
- AUTONOME, ANARCHISTEN und sonstige Sozialrevolutionäre: In losen Zusammenhängen, seltener in Parteien oder formalen Vereinigungen agierend, streben sie ein herrschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben frei von jeglicher staatlicher Autorität an.

Mujahid

Als Mujahidin (Plural für: „Kämpfer im Jihad“) werden Islamisten bezeichnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie sich

- am „gewaltsamen Jihad“ selbst beteiligen oder beteiligt haben oder
- für die Teilnahme am „gewaltsamen Jihad“ ausbilden lassen oder bereits haben ausbilden lassen oder
- am „gewaltsamen Jihad“ beteiligen werden, z. B. aufgrund entsprechender Äußerungen.

Arabische Muslime verschiedener Nationalität stellen einen überproportional großen Teil der Mujahidin.

Neonazismus/Neonationalsozialismus

Der Neonationalsozialismus bezieht sich auf die Weltanschauung des „Dritten Reiches“ und macht diese zur Grundlage seiner politischen Zielvorstellungen. Elementare Bestandteile der neonationalsozialistischen Weltanschauung sind Nationalismus und Rassismus sowie die Forderung nach einem autoritären „Führerstaat“ unter Ausschaltung wesentlicher Elemente demokratischer Gewaltenteilung. Abgrenzungskriterien zum subkulturell geprägten Rechtsextremismus sind bei Neonazi-Aktivist*innen der stärker ausgeprägte Wille zur politischen Arbeit sowie eine intensivere Auseinandersetzung mit inhaltlichen Aspekten des Weltbildes der NEONATIONALSOZIALISTEN.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Das Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ wurde zum 1. Januar 2001 eingeführt. Erfasst werden alle Straftaten, die einen oder

mehrere Straftatbestände der sog. klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen sowie Straftaten, bei denen Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind. Die Daten werden im Polizeibereich erhoben und zentral durch das Bundeskriminalamt unter verschiedenen Gesichtspunkten differenziert dargestellt.

Die Straftaten werden folgenden Phänomenbereichen zugeordnet:

- Politisch motivierte Kriminalität – rechts,
- Politisch motivierte Kriminalität – links,
- Politisch motivierte Ausländerkriminalität,
- Sonstige politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund.

Proliferation

Als Proliferation bezeichnet man die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen und entsprechenden Waffenträgersystemen bzw. der zu deren Herstellung verwendeten Produkte, einschließlich des dazu erforderlichen Know-how.

Rechtsextremismus

Unter Rechtsextremismus werden Bestrebungen verstanden, die sich gegen die im Grundgesetz konkretisierte fundamentale Gleichheit der Menschen richten und die universelle Geltung der Menschenrechte ablehnen. Rechtsextremisten sind Feinde des demokratischen Verfassungsstaates, sie haben ein autoritäres Staatsverständnis, das bis hin zur Forderung nach einem nach dem Führerprinzip aufgebauten Staatswesen ausgeprägt ist. Das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, aus der u. a. Fremdenfeindlichkeit resultiert. Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie,

Nation oder „Rasse“ bestimme den Wert eines Menschen. Offener oder immanenter Bestandteil aller rechtsextremistischen Bestrebungen ist zudem der Antisemitismus. Individuelle Rechte und gesellschaftliche Interessenvertretungen treten zugunsten kollektivistischer „volksgemeinschaftlicher“ Konstrukte zurück (Antipluralismus).

s. a. AUTONOME NATIONALISTEN, Fanzine, KAMERADSCHAFTEN, FREIE NATIONALISTEN / FREIE KRÄFTE, Neonazismus / NEONATIONALSOZIALISMUS, SKINHEADS

Rechtsterrorismus

Rechtsterrorismus ist die rechtsextremistisch motivierte Form der Gewaltkriminalität, die durch Androhung und Anwendung von Gewalt gegen staatliche oder gesellschaftliche Funktionsträger oder durch Angriffe auf das Leben Unbeteiligter im Rahmen längerfristiger Strategien das Ziel verfolgt, mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken bestehende Herrschaftsverhältnisse zu erschüttern oder das Ziel einer ethnisch und politisch homogenen Gesellschaft durchzusetzen.

Salafismus

Die salafistische Bewegung strebt eine Rückkehr zum Vorbild der „lauteren Vorfahren“ (as-salaf as-salih) und damit zu einem fiktiven „Urislam“ an. Zentrale Merkmale dieser Religionsinterpretation sind die strikte Konzentration auf Koran und Prophetentradition (sunna) als handlungsweisende Texte, die Ablehnung aller Neuerungen, die als unvereinbar mit dem „wahren islamischen Geist“ gelten, das unbedingte Bekenntnis zur Einheit Gottes (tauhid), die Durchsetzung des religiösen Gesetzes (Scharia) sowie eine Vielzahl an Kleidungs- und Verhaltensvorschriften.

Viele der dabei vertretenen Ansichten kollidieren mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Skinheads, rechtsextremistische

Rechtsextremistische SKINHEADS sind immer noch ein geringer Bestandteil des rechtsextremistischen Spektrums in Deutschland, ihr Anteil und ihre Bedeutung sind im Vergleich zu den 1990er Jahren deutlich zurückgegangen. Ihr Lebensstil ist subkulturell geprägt (s. auch Subkulturelle Rechtsextremisten). Das Erscheinungsbild der rechtsextremistischen SKINHEADS entspricht heute nicht mehr dem eines typischen SKINHEADS in den 1980er und 1990er Jahren.

Spionage

Als Spionage wird die Tätigkeit für den Nachrichtendienst einer fremden Macht bezeichnet, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist. Die Beschaffung von Informationen, vor allem aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär, erfolgt zumeist unter Anwendung geheimer Mittel und Methoden. Soweit Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist, kommt eine Strafbarkeit gemäß § 93 ff. StGB in Betracht.

Subkulturelle Rechtsextremisten

Ihr Lebensstil ist subkulturell geprägt und häufig mehr auf Freizeitgestaltung als auf politische Arbeit ausgerichtet. Auch verfügen die meisten subkulturellen Rechtsextremisten nicht über ein gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild. Sie vertreten jedoch rechtsextremistische Anschauungen, die sich in Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus zeigen. Subkulturelle Rechtsextremisten

stellen ihre Zugehörigkeit zur „weißen Rasse“ und deren angebliche Überlegenheit in den Mittelpunkt und definieren ihre Feindbilder auf diese Weise. Die rassistische Einstellung wird mit dem Schlagwort „white power“ zusammengefasst. Die subkulturelle rechtsextremistische Szene zeichnet sich größtenteils durch eine erhöhte Gewaltbereitschaft aus, die maßgeblich zu den rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten beiträgt.

Jugendliche finden auch über die Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen Subkultur und insbesondere über die für die Szene wichtige rechtsextremistische Musik Zugang zu einer nationalistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Gedankenwelt. Musik spielt nicht nur für die subkulturell geprägte rechtsextremistische Bewegung eine wichtige identitätsstiftende Rolle. Texte von rechtsextremistischen Musikgruppen prägen weltanschauliche Vorstellungen, Konzerte haben eine bedeutende Rolle für den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl der Szene. Oft sind Musik und Konzerte Anknüpfungspunkte für rechtsextremistische Parteien oder Neonazis, die hierüber versuchen, Jugendliche an ihre politischen Vorstellungen heranzuführen.

Weltweite Strömungen innerhalb der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene mit einer szeneeigenen Bedeutung sind BLOOD & HONOUR und die HAMMERSKINS, beides rassistische Bewegungen, die ein elitäres Selbstverständnis pflegen. Vor allem BLOOD & HONOUR, dessen deutscher Zweig, die BLOOD & HONOUR-DIVISION DEUTSCHLAND, im Jahr 2000 durch den Bundesinnenminister verboten wurde, trat in der Vergangenheit immer wieder durch die Organisation von rechtsextremistischen Konzerten in Erscheinung.

Spionageabwehr

Die Spionageabwehr beschäftigt sich mit der Aufklärung und Abwehr bzw. Verhinderung von Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste. Dazu sammelt sie Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland und wertet sie aus, mit dem Ziel, Erkenntnisse über Struktur, Aktivitäten, Arbeitsmethoden, nachrichtendienstliche Mittel und Zielobjekte dieser Nachrichtendienste zu gewinnen. Die Spionageabwehr gehört gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) zu den Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

Terrorismus

Terrorismus ist nach der Definition der Verfassungsschutzbehörden der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mithilfe von Anschlügen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Verfassungsfeindlich

Verfassungsfeindlich (= extremistisch) sind politische Aktivitäten, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind und darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.

s. a. verfassungswidrig

Verfassungsschutzbehörden

Das BVerfSchG verpflichtet Bund und Länder, eigene Verfassungsschutzbehörden aufzubauen. Der Bund kam dieser Pflicht durch Errichtung des BfV am 7. November 1950 nach. Die Länder folgten alsbald. Auch in den neuen Bundesländern wurden nach der Wiedervereinigung Deutschlands schrittweise Behörden für Verfassungsschutz aufgebaut, sodass es nun 16 Landesbehörden für Verfassungsschutz in Deutschland gibt. Einige Länder errichteten eigenständige Verfassungsschutzbehörden, andere wiesen die Aufgabe des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes einer Abteilung ihres Innenministeriums/-senats zu. Hierfür gelten die jeweiligen Verfassungsschutzgesetze der Länder.

Verfassungswidrig

Umgangssprachlich häufig synonym mit „verfassungsfeindlich“ zu finden.

Über die Frage der Verfassungswidrigkeit einer Partei entscheidet das Bundesverfassungsgericht (Art. 21 Abs. 2 GG; §§ 13 Nr. 2, 43 ff. BVerfGG). Parteien sind verfassungswidrig, wenn sie nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Es genügt nicht, wenn die Partei die freiheitliche demokratische Ordnung nicht anerkennt, sie ablehnt oder ihr andere Prinzipien entgegenhält. Es muss vielmehr eine aktiv-kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung hinzukommen. Die Organisation muss also planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen und im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen.

Wirtschaftsschutz

Als Wirtschaftsschutz werden staatliche Maßnahmen bezeichnet, die dem Schutz deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen vor einem durch Spionage betriebenen Know-how-Abfluss sowie vor Bedrohungen durch Rechts- und Linksextremisten, durch ausländische Extremisten sowie durch islamistische Terroristen dienen.

Wirtschaftsspionage

Wirtschaftsspionage ist Teil der Spionage, der die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen beinhaltet. Betreibt hingegen ein konkurrierendes Unternehmen eine private Ausforschung, handelt es sich um Konkurrenz-ausspähung, die häufig auch Industriespionage genannt wird. In den Zuständigkeitsbereich der Verfassungsschutzbehörden fällt ausschließlich die Wirtschaftsspionage.

3. Gesetze

Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Verfassungsschutzgesetz – SächsVSG)

Vom 16. Oktober 1992

Rechtsbereinigt mit Stand vom 31. Dezember 2013

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt:

Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

- § 1 Organisation, Zuständigkeit
- § 2 Aufgaben
- § 3 Begriffsbestimmungen
- § 4 Allgemeine Befugnisse
- § 5 Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel
- § 5 a Besondere Befugnisse

Zweiter Abschnitt:

Datenschutzrechtliche Bestimmungen

- § 6 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
- § 7 Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten
- § 7 a Löschung von nach § 5 a erhobenen personenbezogenen Daten
- § 8 Errichtungsanordnung
- § 9 Auskunft an Betroffene

Dritter Abschnitt:

Übermittlungsvorschriften

- § 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen
- § 11 Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

- § 11 a Informationsübermittlung durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 11 b Weitere Informationsübermittlungen durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 12 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz
- § 12 a Übermittlung von nach § 5 a erhobenen personenbezogenen Daten
- § 13 Übermittlungsverbote
- § 14 Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz
- § 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Vierter Abschnitt:

Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

- § 16 Parlamentarische Kontrollkommission
- § 17 Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission
- § 18 Einschränkung von Grundrechten

Fünfter Abschnitt:

Schlussbestimmung

- § 19 Inkrafttreten

Der Sächsische Landtag hat am 17. September 1992 das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt

Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

§ 1

Organisation, Zuständigkeit

(1) Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder wird ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht als obere Landesbehörde unmittelbar dem Staatsministerium des Innern.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist zuständig für

1. die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 und
2. die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund in Angelegenheiten der Nummer 1.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Freistaat Sachsen nur im Einvernehmen, das Bundesamt für Verfassungsschutz nur im Benehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz und Polizeibehörden oder Polizeidienststellen dürfen einander nicht angegliedert werden.

§ 2

Aufgaben

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungsmaßnahmen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- 3a. Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind,
4. fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Geltungsbereich dieses Gesetzes.

Sammlung und Auswertung von Informationen nach Satz 1 setzen im Einzelfall voraus, dass für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Satz 1 Nrn. 1 bis 4 tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte,
4. auf Ersuchen der Einstellungsbehörden bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wenn der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
5. auf Ersuchen der für Einbürgerung zuständigen Behörden bei der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern sowie
6. bei Überprüfungen, soweit dies gesetzlich vorgesehen ist.

Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Satz 1 erfolgt in der Weise, dass es eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen der für die Überprüfung zuständigen Behörde oder sonstiger öffentlicher Stellen auswertet. Die Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz bei der Mitwirkung nach den Nummern 1 und 2 sind im Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SächsSÜG) vom 19. Februar 2004 (SächsGVBl. S. 44), in der jeweils geltenden Fassung, geregelt.

(3) Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Absatz 2 setzt voraus, dass Betroffene und andere in die Überprüfung einbe-

zogene Personen über Zweck und Verfahren der Überprüfung einschließlich der Verarbeitung der erhobenen Daten durch die beteiligten Dienststellen unterrichtet werden. Darüber hinaus ist im Falle der Einbeziehung anderer Personen in die Überprüfung deren Einwilligung und im Falle weitergehender Ermittlungen die Einwilligung von Betroffenen erforderlich. Die Sätze 1 und 2 gelten nur, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet das Staatsministerium des Innern über seine Tätigkeit.

§ 3 Begriffsbestimmungen

- (1) Im Sinne dieses Gesetzes sind
1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
 2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
 3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen aktiv sowie ziel- und zweckgerichtet unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzzut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretungen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
3. das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
5. die Unabhängigkeit der Gerichte;
6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

§ 4

Allgemeine Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 erforderlichen Informationen einschließlich perso-

nenbezogener Daten verarbeiten. Die Verarbeitung personenbezogener Daten richtet sich nach den Vorschriften dieses Gesetzes und, soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind, nach den Vorschriften des Gesetzes zum Schutz der informationellen Selbstbestimmung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Datenschutzgesetz – SächsDSG) vom 25. August 2003 (SächsGVBl. S. 330), in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Werden personenbezogene Daten bei Betroffenen mit ihrer Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Betroffene sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 2 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 4 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse gegenüber anderen Behörden und Dienststellen stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(4) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die Betroffene voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 5

Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, insbesondere unter Beachtung des § 4 Abs. 4, Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen (nachrichtendienstliche Mittel) anwenden. Die-

se sind in einer Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern und der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten und sonstige Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, dass

1. auf diese Weise Erkenntnisse über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 oder die zur Erforschung solcher Erkenntnisse erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
2. dies zum Schutz oder zur Abschirmung von Mitarbeitern, Einrichtungen, Gegenständen und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

Die Erhebung nach Satz 1 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist. Eine geringere Beeinträchtigung ist insbesondere dann anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch Auskünfte nach §§ 11 oder 11a gewonnen werden kann. Die Anwendung eines nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn der Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(3) Wird der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen oder -aufzeichnungen oder zum Abhören und Aufzeichnen des gesprochenen Wortes oder der Einsatz eines Verfassungsschutzbediensteten, der unter einer ihm verliehenen, auf Dauer angelegten, veränderten Identität ermittelt, zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 länger als 72 Stunden dauern, ist dies unverzüglich der Parlamentarischen Kontrollkommission anzuzeigen.

(4) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10) vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 1 des Gesetzes vom 11. Februar 2005 (BGBl. I S. 239, 241), in der jeweils geltenden Fassung, bleibt unberührt.

(5) aufgehoben

-
-

(11) aufgehoben

(12) Nachrichtendienstliche Mittel, die sich gezielt gegen einen Abgeordneten des Sächsischen Landtages richten, dürfen nur angewandt werden, wenn sie zuvor vom Präsidenten des Landtages genehmigt worden sind.

§ 5a

Besondere Befugnisse

(1) Der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Artikels 13 des Grundgesetzes und des Artikels 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen ist nur zulässig, wenn die materiellen Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1

und § 3 Abs. 1 G 10 vorliegen und der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende fremde Sach- oder Vermögenswerte erforderlich ist und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

(2) Die Maßnahme darf sich nur gegen den Betroffenen richten und nur in Wohnungen des Betroffenen durchgeführt werden. In Wohnungen anderer Personen ist die Maßnahme nur zulässig, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass sich der Betroffene dort aufhält und die Maßnahme in Wohnungen des Betroffenen allein nicht zur Erforschung des Sachverhalts führen würde.

(3) Die Maßnahme darf nur angeordnet werden, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte, insbesondere zu der Art der zu überwachenden Räume und dem Verhältnis der zu überwachenden Personen zueinander, anzunehmen ist, dass durch die Überwachung Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, nicht erfasst werden. Gespräche oder Handlungen in Betriebs- oder Geschäftsräumen sind in der Regel nicht dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen.

(4) Die Maßnahme ist unverzüglich abzubrechen, wenn sich während der Überwachung erste Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden. Im Zweifel ist unverzüglich eine gerichtliche Entscheidung über den Abbruch der Maßnahme und eine Löschung der bisher erhobenen Daten herbeizuführen. Das anordnende Gericht ist über

den Verlauf und die Ergebnisse der Maßnahme zu unterrichten. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor, so hat das Gericht den Abbruch der Maßnahme unverzüglich anzuordnen, sofern das Landesamt für Verfassungsschutz die Maßnahme nicht bereits abgebrochen hat.

(5) Erkenntnisse über Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, dürfen nicht verwertet werden. Soweit ein Verwertungsverbot in Betracht kommt, hat das Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich eine Entscheidung des anordnenden Gerichts über die Verwertbarkeit der erlangten Erkenntnisse herbeizuführen.

(6) Die durch Maßnahmen nach Absatz 1 erhobenen Daten sind dergestalt zu kennzeichnen, dass jederzeit erkennbar bleibt, aus welchen Eingriffen sie stammen. Sie dürfen durch das Landesamt für Verfassungsschutz zu keinen anderen Zwecken als der Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen und Tätigkeiten, auf die Absatz 1 Anwendung findet, weiter verarbeitet werden. Eine Übermittlung darf nur unter den Voraussetzungen von § 12a erfolgen.

(7) In den Fällen des § 53 StPO ist eine Maßnahme nach Absatz 1 unzulässig. Ergibt sich während oder nach der Durchführung einer Maßnahme nach Absatz 1, dass ein Fall des § 53 StPO vorliegt, gelten Absatz 4 Satz 1, Absatz 5 Satz 1 und § 7a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 entsprechend. In den Fällen der §§ 52 und 53a StPO dürfen aus einer Maßnahme nach Absatz 1 gewonnene Erkenntnisse nur verwendet werden, wenn dies unter Berücksichtigung der Bedeutung des zugrunde liegenden Vertrauensverhältnisses nicht außer Verhältnis zum Interesse an der Erforschung des Sachverhalts steht.

(8) Auf Antrag des Landesamtes für Verfassungsschutz trifft die in § 74a Abs. 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannte Kammer des Landgerichts, in dessen Bezirk das Landesamt für Verfassungsschutz seinen Sitz hat, die Entscheidung über die Anordnung der Maßnahme nach Absatz 1. Die Maßnahme ist auf höchstens drei Monate zu befristen und kann um jeweils nicht mehr als drei Monate verlängert werden. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 315 - 1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 4c des Gesetzes vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2809, 2819), in der jeweils geltenden Fassung, entsprechend. Die Entscheidung des Gerichts ergeht ohne vorherige Anhörung des Betroffenen und bedarf zu ihrer Wirksamkeit nicht der Bekanntmachung an ihn. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft. Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung auch durch den Vorsitzenden getroffen werden. Dessen Anordnung tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von der Kammer bestätigt wird.

(9) In der schriftlichen Anordnung sind anzugeben:

1. soweit bekannt, der Name und die Anschrift des Betroffenen, gegen den sich die Maßnahme richtet,
2. die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1, aufgrund derer die Maßnahme nach Absatz 1 angeordnet wird,
3. die zu überwachende Wohnung oder die zu überwachenden Wohnräume,
4. Art, Umfang und Dauer der Maßnahme,
5. die Erwartungen an die zu erhebenden Informationen.

In der Begründung der Anordnung oder Verlängerung sind deren Voraussetzungen und die wesentlichen Abwägungsgesichtspunkte darzulegen. Insbesondere sind anzugeben:

1. die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1,
2. die wesentlichen Erwägungen zur Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme,
3. die tatsächlichen Anhaltspunkte im Sinne des Absatzes 3 Satz 1.

(10) Die Betroffenen sind von den nach Absatz 1 durchgeführten Maßnahmen zu unterrichten, sobald dies ohne Gefährdung des Zwecks der Maßnahme, im Fall des Absatzes 11 ohne Gefährdung der für den Verfassungsschutz tätigen Person, geschehen kann. Die Mitteilung obliegt dem Landesamt für Verfassungsschutz. Sind Daten aus Maßnahmen nach Absatz 1 an Dritte übermittelt worden, erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit dem Empfänger. Betroffene im Sinne des Satzes 1 sind:

1. Betroffene, gegen die sich die Maßnahme nach § 5a richtet,
2. Inhaber und Bewohner der Wohnung, in der die Maßnahmen durchgeführt worden sind,
3. sonstige überwachte Personen.

Eine Unterrichtung von Betroffenen nach Satz 4 Nr. 2 und 3 unterbleibt, wenn überwiegende schutzwürdige Belange anderer Betroffener entgegenstehen oder die Identität von Betroffenen nach Satz 4 Nr. 2 und 3 nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden könnte. Erfolgt die Benachrichtigung nicht binnen sechs Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der gerichtlichen Zustimmung. Die gerichtliche Entscheidung ist vorbehaltlich einer anderen gerichtlichen Anordnung jeweils nach einem Jahr erneut einzuholen.

(11) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf den verdeckten Einsatz technischer Mittel nach Absatz 1 ausschließlich zur Abwehr von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Freiheit der bei einem Einsatz in Wohnungen für den Verfassungsschutz tätigen Person anordnen. Eine weitere Verarbeitung der hierbei erhobenen Daten, insbesondere eine Übermittlung nach § 12a, ist nur zulässig, wenn die Rechtmäßigkeit der Maßnahme nach Maßgabe von Satz 1 und Absatz 1 zuvor gerichtlich festgestellt worden ist; bei Gefahr im Verzug ist die gerichtliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. In diesen Fällen gelten die Absätze 5 bis 7 und 10 entsprechend.

(12) Auch nach Erledigung einer in den Absätzen 1 und 11 genannten Maßnahme können Betroffene binnen vier Wochen nach ihrer Benachrichtigung die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Anordnung sowie der Art und Weise des Vollzugs beantragen. Über den Antrag entscheidet das Gericht, das über die Anordnung der Maßnahme entschieden hat. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft.

Zweiter Abschnitt

Datenschutzrechtliche Bestimmungen

§ 6

Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 vorliegen,
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 erforderlich ist oder

3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 2 tätig werden wird.

(2) Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 dürfen vorbehaltlich des Satzes 2 in automatisierten Dateien nur Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden. Zur Erledigung von Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 und 5 dürfen in automatisierten Dateien nur Daten solcher Personen erfasst werden, über die bereits Erkenntnisse nach § 2 Abs. 1 vorliegen. Bei der Speicherung in Dateien muss erkennbar sein, welcher der in § 2 Abs. 1 und 2 genannten Personengruppe Betroffene zuzuordnen sind.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

(4) Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nicht gespeichert werden. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 14. und vor Vollendung des 16. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 angefallen sind. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung in Dateien zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit angefallen sind.

§ 7

Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten oder Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten ist dies zu vermerken. Wird die Richtigkeit der Daten von Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken oder auf sonstige Weise festzuhalten.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Belange der Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Fall sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der Betroffenen übermittelt werden.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu löschen sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 sind spätestens 10 Jahre, über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 und 3a spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn, der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz oder sein Vertreter stellt fest, dass die weitere Speicherung zur Aufgabenerfüllung oder aus den in Absatz 2 Satz 2 genannten Gründen erforderlich ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die nicht in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten gemäß Absatz 2 zu löschen. Die Löschung ist zu dokumentieren. Die Daten sind zu sperren, wenn die Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen. Sie dürfen nicht mehr genutzt oder übermittelt werden. Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen.

(5) Für die Archivierung gelten die Vorschriften des Archivgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 17. Mai 1993 (SächsGVBl. S. 449), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 398), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 7 a

Löschung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat personenbezogene Daten, die durch eine Maßnahme nach § 5a erhoben wurden, unverzüglich zu löschen,

1. wenn Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst wurden,
2. wenn die Daten für die in § 5a Abs. 6 Satz 2 genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind; soweit die Daten für eine gerichtliche Überprüfung nach § 5a Abs. 12 von Bedeutung sein können, ist die Löschung der Daten zurückzustellen, sie sind zu sperren und dürfen nur zu diesem Zweck verwendet werden.

Im Falle von Satz 1 Nr. 2 hat die Prüfung der Erforderlichkeit der Datenspeicherung unverzüglich nach ihrer Erhebung und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten zu erfolgen. Die Erhebung und Löschung der Daten ist zu dokumentieren.

(2) Im Falle der Datenübermittlung nach § 12a prüft der Empfänger unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die Daten für die Zwecke, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind, noch erforderlich sind. Sind die Daten für die bestimmten Zwecke nicht mehr erforderlich, gilt Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 entsprechend. Die Löschung ist zu dokumentieren. Der Empfänger unterrichtet das Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich über die erfolgte Löschung.

§ 8 **Errichtungsanordnung**

(1) Für jede beim Landesamt für Verfassungsschutz zur Erfüllung seiner in § 2 genannten Aufgaben einzurichtende automatisierte Datei, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, sind in einer Errichtungsanordnung festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. Voraussetzungen der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Art der Daten),
4. Anlieferung oder Eingabe,
5. Zugangsberechtigung,
6. Überprüfungsfristen, Speicherdauer und
7. Protokollierung.

Die Zugangsberechtigung nach Satz 1 Nr. 5 ist auf Personen zu beschränken, die die Daten zur

Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz benötigen. Die Errichtungsanordnung bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern.

(2) Vor Erlass und vor wesentlichen Änderungen der Errichtungsanordnung ist der Sächsische Datenschutzbeauftragte zu hören.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Erforderlichkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

§ 9 **Auskunft an Betroffene**

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz erteilt Betroffenen über die zu ihrer Person gespeicherten Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft. Die Auskunftsverpflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(1a) Auskunft aus Akten, die nicht zur Person des Betroffenen geführt werden, wird erteilt, soweit der Betroffene Angaben macht, die das Auffinden der Akten ermöglichen und der für die Erteilung der Auskunft erforderliche Aufwand nicht außer Verhältnis zu dem vom Betroffenen geltend gemachten Informationsinteresse steht. Satz 1 findet auf personenbezogene Daten in nicht-automatisierten Dateien, die nicht zur Übermittlung an Dritte bestimmt sind, entsprechende Anwendung.

- (2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit
1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
 2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können

oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,

3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen.

(3) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe für die Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, sind Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass sie sich an den Sächsischen Datenschutzbeauftragten wenden können. Dem Datenschutzbeauftragten ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, dass dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. Mitteilungen des Sächsischen Datenschutzbeauftragten an Betroffene dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

Dritter Abschnitt **Übermittlungsvorschriften**

§ 10 **Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen**

(1) Die Behörden und Gerichte des Freistaates Sachsen, die Gemeinden, Landkreise und sonsti-

gen der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts übermitteln von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Informationen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 oder zur Beobachtung von Bestrebungen erforderlich sind, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 2 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 3a genannten Schutzgüter gerichtet sind.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeidienststellen übermitteln darüber hinaus von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz auch alle anderen ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist.

§ 11 **Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen**

(1) Die in § 10 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 oder Abs. 2 erforderlich ist. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtliche Register unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 und vorbehaltlich der in § 13 getroffenen Regelung einsehen, soweit dies zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 und 2 oder zum Schutz von Mitarbeitern und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen Gefahren für Leib und Leben erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Registern den Zweck der Maßnahmen gefährden oder das Persönlichkeitsrecht von Betroffenen unverhältnismäßig beeinträchtigen würde. Über die Einsichtnahme nach Satz 1 hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die Veranlassung, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen. Die Nachweise sind fünf Jahre gesondert aufzubewahren und gegen ungerechtfertigten Zugriff zu sichern und anschließend zu vernichten.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten und sonstige Informationen, die aufgrund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozessordnung bekannt geworden sind, ist nur zulässig, wenn tatsächlich Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 G 10 genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Satz 1 übermittelten Unterlagen findet § 4 Abs. 1 und 2 Satz 3 G 10 entsprechende Anwendung.

§ 11 a

Informationsübermittlung durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Ein Ersuchen des Landesamtes für Verfassungsschutz um Übermittlung personenbezogener Daten darf nur diejenigen personenbezogenen Daten enthalten, die für die Erteilung

der Auskunft unerlässlich sind. Schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen nur in unvermeidbarem Umfang beeinträchtigt werden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen, sowie bei denjenigen, die an der Erbringung dieser Dienstleistungen mitwirken, unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften, Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs einholen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Luftfahrtunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Vorausset-

zungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten einholen. Die Auskunft kann auch in Bezug auf zukünftige Telekommunikation und zukünftige Nutzung von Telediensten verlangt werden. Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten sind:

1. Berechtigungskennungen, Kartennummern, Standortkennung sowie Rufnummern oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,
3. Angaben über die Art der vom Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienst-Dienste,
4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.

(6) Auskünfte nach den Absätzen 2 bis 5 dürfen nur auf Antrag eingeholt werden. Der Antrag ist durch den Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz, im Falle seiner Verhinderung durch seinen Vertreter, schriftlich zu stellen und zu begründen. Über den Antrag entscheidet der Staatsminister des Innern, im Falle seiner Verhinderung sein Vertreter.

(7) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Kommission nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes im Freistaat Sachsen (SächsAG G 10) vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 464), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. August 2003 (SächsGVBl. S. 313, 317), über die gemäß Absatz 6 beschiedenen Anträge vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug darf das Staatsministerium des Innern den Vollzug der Entscheidung bereits

vor Unterrichtung der Kommission anordnen. In diesen Fällen ist die Unterrichtung innerhalb von zehn Tagen nachzuholen. Die Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit der Einholung von Auskünften. Entscheidungen über Auskünfte, die die Kommission für unzulässig oder für nicht notwendig erklärt, hat das Staatsministerium des Innern unverzüglich aufzuheben.

(8) § 2 Abs. 2 SächsAG G 10 ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Kontrollbefugnis der Kommission sich auf die gesamte Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten erstreckt.

(9) Für die Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten ist § 4 G 10 entsprechend anzuwenden. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen dem Betroffenen oder Dritten vom Auskunftgeber nicht mitgeteilt werden. Für die Mitteilungen an Betroffene findet § 12 Abs. 1 und 3 G 10 entsprechende Anwendung.

(10) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission (§ 16) und das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes in Abständen von höchstens sechs Monaten über die nach den Absätzen 2 bis 5 durchgeführten Maßnahmen; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben.

§ 11b

Weitere Informationsübermittlungen durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz im Einzelfall erforderlich ist, darf von demjenigen, der

geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder daran mitwirkt (Diensteanbieter), Auskunft über die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3200) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, erhobenen Daten verlangt werden (§ 113 Abs. 1 Satz 1 TKG). Bezieht sich das Auskunftsverlangen nach Satz 1 auf Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird (§ 113 Abs. 1 Satz 2 TKG), darf die Auskunft nur verlangt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für die Nutzung der geschützten Daten vorliegen.

(2) Die Auskunft nach Absatz 1 darf auch anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse verlangt werden (§ 113 Abs. 1 Satz 3 TKG). Für Auskunftsverlangen nach Satz 1 und Absatz 1 Satz 2 gilt § 11a Abs. 6 Satz 1 und 2 sowie Abs. 7 bis 9 Satz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass über den Antrag das Staatsministerium des Innern entscheidet.

(3) Die betroffene Person ist in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 und des Absatzes 2 Satz 1 durch das Landesamt für Verfassungsschutz von der Beauskunftung zu benachrichtigen. Die Benachrichtigung erfolgt, soweit und sobald eine Gefährdung des Zwecks der Auskunft und der Eintritt übergreifender Nachteile für das Wohl des Bundes oder eines Landes ausgeschlossen werden können. Wurden personenbezogene Daten an eine andere Stelle übermittelt, erfolgt die Benachrichtigung im Benehmen mit dieser. Die Benachrichtigung unterbleibt, sofern einer der Hinderungsgründe in Satz 2 auch nach fünf Jahren nach Beauskunftung nicht ausgeschlossen

werden kann, er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann, und die Voraussetzungen für eine Löschung sowohl bei der erhebenden Stelle als auch beim Empfänger vorliegen. Die Benachrichtigung unterbleibt auch, wenn ihr überwiegende schutzwürdige Belange Dritter oder der betroffenen Person selbst entgegenstehen. Wird die Benachrichtigung nach Satz 2 zurückgestellt oder nach Satz 4 oder Satz 5 von ihr abgesehen, sind die Gründe aktenkundig zu machen.

(4) Aufgrund eines Auskunftsverlangens nach Absatz 1 oder 2 hat der Diensteanbieter die zur Auskunftserteilung erforderlichen Daten unverzüglich, vollständig und richtig zu übermitteln.

(5) Der Diensteanbieter erhält für Auskünfte nach den Absätzen 1 und 2 eine Entschädigung, deren Umfang sich nach § 23 und Anlage 3 des Gesetzes über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz – JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586, 2681), in der jeweils geltenden Fassung, bemisst; die Vorschriften über die Verjährung in § 2 Abs. 1 und 4 JVEG finden entsprechende Anwendung.

§ 12

Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Behörden sowie andere öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich

ist oder Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigen. Soweit die Daten Verwendungsbeschränkungen unterliegen, hat das Landesamt für Verfassungsschutz die Daten zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung ist durch den Empfänger aufrechtzuerhalten. Empfänger dürfen die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat der Staatsanwaltschaft und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienststellen die ihm bekannt gewordenen personenbezogenen Daten zu übermitteln, wenn im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung nach § 2 zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass dies zur Verhinderung oder Verfolgung folgender Straftaten erforderlich ist:

1. von Staatsschutzdelikten nach §§ 74 a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes sowie von Straftaten, bei denen aufgrund ihrer Zielsetzung, der Motive der Täter oder deren Verbindungen zu einer Organisation zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind, und
2. von Straftaten, die gegen das Leben oder in erheblichem Maße gegen die körperliche Unversehrtheit oder gegen Sach- und Vermögenswerte von erheblicher Bedeutung gerichtet sind.

Soweit die Daten Verwendungsbeschränkungen unterliegen, hat das Landesamt für Verfassungsschutz die Daten zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung ist durch den Empfänger aufrechtzuerhalten.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an andere als öffentliche Stellen nicht übermitteln, es sei denn, dass dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes, zur Abwehr sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeit für eine fremde Macht oder zur Gewährleistung der Sicherheit einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung nach § 1 Abs. 4 des Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes (Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SÜG) vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322, 3329), in der jeweils geltenden Fassung, oder nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 SächsSÜG in der jeweils geltenden Fassung erforderlich ist und der Staatsminister des Innern oder sein Vertreter zugestimmt hat. Die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl gleichartiger, sachlich zusammenhängender Fälle vorweg erteilt werden. Sie ist nicht erforderlich für den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden. Er ist verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz auf Verlangen Auskunft über die vorgenommene Verwendung zu geben. Der Empfänger ist auf die Verpflichtungen nach den Sätzen 5 und 6 hinzuweisen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt,

wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland, Belange der Länder oder überwiegende schutzwürdige Interessen von Betroffenen entgegenstehen. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Empfänger sind darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie übermittelt wurden, und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

(5) Der Empfänger prüft, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat er die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvermeidbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 12a

Übermittlung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf unter den Voraussetzungen des § 5a erhobene personenbezogene Daten den in § 12 genannten Behörden nur zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden Lebensgefahr oder einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes, für Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für herausragende Sach- oder Vermögenswerte übermitteln. Für personenbezogene Daten nach § 5a Abs. 7 Satz 2 gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass es sich um Gegenstände von bedeutendem Wert, die der Versorgung der Bevölkerung dienen, um Gegenstände von kulturell herausragendem Wert oder

um die in § 305 StGB genannten Bauwerke handeln muss.

(2) Zur Verfolgung von Straftaten darf das Landesamt für Verfassungsschutz unter den Voraussetzungen des § 5a erhobene personenbezogene Daten den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeieinstellen nur übermitteln, soweit die Voraussetzungen des § 100c StPO vorliegen und für die Straftat eine Höchststrafe von mehr als fünf Jahren Freiheitsstrafe angedroht wird.

(3) Die Übermittlung nach den Absätzen 1 und 2 ist nur zulässig, soweit

1. sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich ist,
2. nach eigenen Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz ausgeschlossen werden kann, dass der Empfänger die Daten für andere Zwecke nutzt,
3. die bisherige Kennzeichnung der Daten aufrechterhalten bleibt,
4. sichergestellt ist, dass der Empfänger § 7a Abs. 2 entsprechend anwendet, und
5. die Übermittlung an ausländische Behörden nur im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz erfolgt.

§ 13

Übermittlungsverbote

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den §§ 10, 11, 12 und 12a unterbleibt, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,

2. überwiegende Sicherheitsinteressen oder überwiegende Belange der Strafverfolgung dies erfordern oder
3. besondere gesetzliche Übermittlungsregelungen entgegenstehen.

Die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.

(2) Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

§ 14

Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft unverzüglich, ob die ihm nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat es die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist. In diesem Fall sind die Daten zu sperren.

(2) Erweisen sich personenbezogene Daten, nachdem sie durch das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt worden sind, als unrichtig oder unvollständig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen oder zu ergänzen, es sei denn, dass dies für die Beurteilung eines Sachverhalts ohne Bedeutung ist.

§ 15

Unterrichtung der Öffentlichkeit

Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1. Dabei dürfen personenbezogene Daten bekannt gegeben werden, wenn dies für die Unterrichtung erforderlich ist und die Informationsinteressen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse des Betroffenen überwiegen.

Vierter Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

§ 16

Parlamentarische Kontrollkommission

(1) Die Sächsische Staatsregierung unterliegt hinsichtlich der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern über das Landesamt für Verfassungsschutz und hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages. Die Rechte des Landtages und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte einzeln mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Zwei Mitglieder müssen der parlamentarischen Opposition angehören. Die Parlamentarische Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission kann von mindestens zwei Mitgliedern verlangt werden.

(3) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden. Der Sächsische Datenschutzbeauftragte kann, soweit personenbezogene Daten Gegenstand der Beratung sind, beteiligt werden; die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Satz 1 gilt nicht für die Bewertung aktueller Vorgänge, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission ihre vorherige Zustimmung erteilt hat.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus oder wird es Mitglied der Staatsregierung, endet auch seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für ein ausgeschiedenes Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen.

(5) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch nach Ablauf der Wahlperiode des Landtages so lange aus, bis der nachfolgende Landtag eine neue Parlamentarische Kontrollkommission gewählt hat.

§ 17

Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission

(1) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über die Vorgänge von besonderer Bedeutung. Hierzu gehört auch die Unterrichtung über die nach § 5 Abs. 3 und § 5a Abs. 1 und 10 angeordneten Maßnahmen und die nach § 5a Abs. 9 getroffenen Entscheidungen. Ebenso umfasst die Unterrichtung auch das Tätigwerden von

Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer sowie das Herstellen des Benehmens für das Tätigwerden des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG) vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3202, 3217), in der jeweils geltenden Fassung. Auf Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission berichtet das Staatsministerium des Innern zu konkreten Themen aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission hat das Recht auf Erteilung von Auskünften. Der Staatsminister des Innern kann einem Kontrollbegehren widersprechen, wenn es im Einzelfall die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz oder den notwendigen Schutz des Nachrichtenzugangs gefährden würde; er hat dies zu begründen. Entfallen die Gründe für Satz 2, so ist die Auskunftserteilung unverzüglich nachzuholen.

(3) Die Unterrichtung umfasst nicht Angelegenheiten, über die das Staatsministerium des Innern die Kommission nach Artikel 10 des Grundgesetzes zu unterrichten hat.

§ 18

Einschränkung von Grundrechten

Durch dieses Gesetz können im Rahmen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Sachsen das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes, Artikel 27 der Verfassung des Freistaates Sach-

sen), das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes, Artikel 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen) und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen) eingeschränkt werden.

Fünfter Abschnitt

Schlussbestimmung

§ 19

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Dresden, den 16. Oktober 1992

Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz)

Vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298),

zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 7. Dezember (BGBl. I S. 2576)

Hinweis: Mittelbare Änderung durch Artikel 6 Nr. 3 Buchstabe a des Gesetzes vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2576) ist berücksichtigt

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Gegenstand des Gesetzes

(1) Es sind

1. die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes einschließlich der Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages,

2. der Bundesnachrichtendienst im Rahmen seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 2 des BND-Gesetzes auch zu den in § 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 bis 7 und § 8 Abs. 1 Satz 1 bestimmten Zwecken

berechtigt, die Telekommunikation zu überwachen und aufzuzeichnen, in den Fällen der Nummer 1 auch die dem Brief- oder Postgeheimnis unterliegenden Sendungen zu öffnen und einzusehen.

- (2) Soweit Maßnahmen nach Absatz 1 von Behörden des Bundes durchgeführt werden, unterliegen sie der Kontrolle durch das Parlamentarische Kontrollgremium und durch eine besondere Kommission (G 10-Kommission).

§ 2

Pflichten der Anbieter von Post- und Telekommunikationsdiensten

(1) Wer geschäftsmäßig Postdienste erbringt oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirkt, hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über die näheren Umstände des Postverkehrs zu erteilen und Sendungen, die ihm zum Einsammeln, Weiterleiten oder Ausliefern anvertraut sind, auszuhändigen. Der nach Satz 1 Verpflichtete hat der berechtigten Stelle auf Verlangen die zur Vorbereitung einer Anordnung erforderlichen Auskünfte zu Postfächern zu erteilen, ohne dass es hierzu einer gesonderten Anordnung bedarf. Wer geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirkt, hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über die näheren Umstände der nach Wirksamwerden der Anordnung durchgeführten Telekommunikation zu erteilen, Sendungen, die ihm zur Übermittlung auf dem Telekommunikationsweg anvertraut sind, auszuhändigen sowie die Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation zu ermöglichen. § 8a Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, § 4a des MAD-Gesetzes und § 2a des BND-Gesetzes bleiben unberührt. Ob und in welchem Umfang der nach Satz 3 Verpflichtete Vorkehrungen für die technische und organisatorische Umsetzung der Überwachungsmaßnahme zu treffen hat, bestimmt sich nach § 110 des Telekommunikationsgesetzes und der dazu erlassenen Rechtsverordnung.

(2) Der nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichtete hat vor Durchführung einer beabsichtigten Beschränkungsmaßnahme unverzüglich die Personen, die mit der Durchführung der Maßnahme betraut werden sollen,

1. auszuwählen,
2. einer einfachen Sicherheitsüberprüfung unterziehen zu lassen und
3. über Mitteilungsverbote nach § 17 sowie die Strafbarkeit eines Verstoßes nach § 18 zu belehren; die Belehrung ist aktenkundig zu machen.

Mit der Durchführung einer Beschränkungsmaßnahme dürfen nur Personen betraut werden, die nach Maßgabe des Satzes 1 überprüft und belehrt worden sind. Nach Zustimmung des Bundesministeriums des Innern kann der Behördenleiter der berechtigten Stelle oder dessen Stellvertreter die nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichteten schriftlich auffordern, die Beschränkungsmaßnahme bereits vor Abschluss der Sicherheitsüberprüfung durchzuführen. Der nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichtete hat sicherzustellen, dass die Geheimschutzmaßnahmen nach den Abschnitten 1.1 bis 1.4, 1.6, 2.1 und 2.3 bis 2.5 der Anlage 7 zur Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlusssachen vom 29. April 1994 (GMBI S. 674) getroffen werden.

(3) Die Sicherheitsüberprüfung nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 ist entsprechend dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz durchzuführen. Für Beschränkungsmaßnahmen einer Landesbehörde gilt dies nicht, soweit Rechtsvorschriften des Landes vergleichbare Bestimmungen enthalten; in diesem Fall sind die Rechtsvorschriften des Landes entsprechend anzuwenden. Zuständig ist bei Beschränkungsmaßnahmen von Bundesbehörden das Bundesministerium des Innern; im Übrigen sind die nach Landesrecht bestimmten Behörden zuständig. Soll mit der Durchführung einer Beschränkungsmaßnahme eine Person betraut werden, für die innerhalb der letzten fünf Jahre bereits eine gleich- oder höherwer-

tige Sicherheitsüberprüfung nach Bundes- oder Landesrecht durchgeführt worden ist, soll von einer erneuten Sicherheitsüberprüfung abgesehen werden.

Abschnitt 2

Beschränkungen in Einzelfällen

§ 3

Voraussetzungen

(1) Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 dürfen unter den dort bezeichneten Voraussetzungen angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand

1. Straftaten des Friedensverrats oder des Hochverrats (§§ 80 bis 83 des Strafgesetzbuches),
2. Straftaten der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates (§§ 84 bis 86, 87 bis 89a des Strafgesetzbuches, § 20 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 des Vereinsgesetzes),
3. Straftaten des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 94 bis 96, 97a bis 100a des Strafgesetzbuches),
4. Straftaten gegen die Landesverteidigung (§§ 109e bis 109g des Strafgesetzbuches),
5. Straftaten gegen die Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages (§§ 87, 89, 94 bis 96, 98 bis 100, 109e bis 109g des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1 des NATO-Truppen-Schutzgesetzes),
6. Straftaten nach
 - a) den §§ 129a bis 130 des Strafgesetzbuches sowie
 - b) den §§ 211, 212, 239a, 239b, 306 bis 306c, 308 Abs. 1 bis 3, § 315 Abs. 3, § 316b Abs. 3 und § 316c Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches, soweit diese sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Be-

stand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten, oder

7. Straftaten nach § 95 Abs. 1 Nr. 8 des Aufenthaltsgesetzes

plant, begeht oder begangen hat. Gleiches gilt, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand Mitglied einer Vereinigung ist, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind.

(1a) Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 dürfen unter den dort bezeichneten Voraussetzungen für den Bundesnachrichtendienst auch für Telekommunikationsanschlüsse, die sich an Bord deutscher Schiffe außerhalb deutscher Hoheitsgewässer befinden, angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, dass jemand eine der in § 23a Abs. 1 und 3 des Zollfahndungsdienstgesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat.

(2) Die Anordnung ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Sie darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass der Verdächtige ihren Anschluss benutzt. Maßnahmen, die sich auf Sendungen beziehen, sind nur hinsichtlich solcher Sendungen zulässig, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie von dem, gegen den sich die Anordnung richtet, herrühren oder für ihn bestimmt sind. Abgeordnetenpost von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Parlamente der Länder darf nicht in eine

Maßnahme einbezogen werden, die sich gegen einen Dritten richtet.

§ 3a

Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung

Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 sind unzulässig, soweit tatsächliche Anhaltspunkte für die Annahme vorliegen, dass durch sie allein Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst würden. Soweit im Rahmen von Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 neben einer automatischen Aufzeichnung eine unmittelbare Kenntnisaufnahme erfolgt, ist die Maßnahme unverzüglich zu unterbrechen, soweit sich während der Überwachung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Inhalte, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden. Bestehen insoweit Zweifel, darf nur eine automatische Aufzeichnung fortgesetzt werden. Automatische Aufzeichnungen nach Satz 3 sind unverzüglich einem bestimmten Mitglied der G10-Kommission oder seinem Stellvertreter zur Entscheidung über die Verwertbarkeit oder Löschung der Daten vorzulegen. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung. Die Entscheidung des Mitglieds der Kommission, dass eine Verwertung erfolgen darf, ist unverzüglich durch die Kommission zu bestätigen. Ist die Maßnahme nach Satz 2 unterbrochen worden, so darf sie für den Fall, dass sie nicht nach Satz 1 unzulässig ist, fortgeführt werden. Erkenntnisse aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung, die durch eine Beschränkung nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 erlangt worden sind, dürfen nicht verwertet werden. Aufzeichnungen hierüber sind unverzüglich zu löschen. Die Tatsachen der Erfassung der Daten und der Löschung sind zu dokumentieren. Die Dokumentation darf ausschließlich für Zwecke der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie ist zu löschen, wenn

sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich ist, spätestens jedoch am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Dokumentation folgt.

§ 3b

Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen

(1) Maßnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1, die sich gegen eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 oder Nr. 4 der Strafprozessordnung genannte Person richten und voraussichtlich Erkenntnisse erbringen würden, über die diese Person das Zeugnis verweigern dürfte, sind unzulässig. Dennoch erlangte Erkenntnisse dürfen nicht verwertet werden. Aufzeichnungen hierüber sind unverzüglich zu löschen. Die Tatsache ihrer Erlangung und Löschung ist zu dokumentieren. Die Sätze 2 bis 3 gelten entsprechend, wenn durch eine Maßnahme, die sich nicht gegen eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 oder Nr. 4 der Strafprozessordnung genannte Person richtet, von einer dort genannten Person Erkenntnisse erlangt werden, über die sie das Zeugnis verweigern dürfte.

(2) Soweit durch eine Beschränkung eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 bis 3b oder Nr. 5 der Strafprozessordnung genannte Person betroffen wäre und dadurch voraussichtlich Erkenntnisse erlangt würden, über die diese Person das Zeugnis verweigern dürfte, ist dies im Rahmen der Prüfung der Verhältnismäßigkeit unter Würdigung des öffentlichen Interesses an den von dieser Person wahrgenommenen Aufgaben und des Interesses an der Geheimhaltung der dieser Person anvertrauten oder bekannt gewordenen Tatsachen besonders zu berücksichtigen. Soweit hiernach geboten, ist die Maßnahme zu unterlassen oder, soweit dies nach der Art der Maßnahme möglich ist, zu beschränken.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, soweit die in § 53a der Strafprozessordnung Genannten das Zeugnis verweigern dürften.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, sofern die zeugnisverweigerungsberechtigte Person Verdächtiger im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 2 ist oder tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass sie dessen in § 3 Abs. 1 bezeichnete Bestrebungen durch Entgegennahme oder Weitergabe von Mitteilungen bewusst unterstützt.

§ 4

Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungspflichten, Übermittlungen, Zweckbindung

(1) Die erhebende Stelle prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen ihrer Aufgaben allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten für die in § 1 Abs. 1 Nr. 1 bestimmten Zwecke erforderlich sind. Soweit die Daten für diese Zwecke nicht erforderlich sind und nicht für eine Übermittlung an andere Stellen benötigt werden, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zur Durchführung der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Die Protokolldaten sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu löschen. Die Löschung der Daten unterbleibt, soweit die Daten für eine Mitteilung nach § 12 Abs. 1 oder für eine gerichtliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Beschränkungsmaßnahme von Bedeutung sein können. In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur zu diesen Zwecken verwendet werden.

(2) Die verbleibenden Daten sind zu kennzeichnen. Nach einer Übermittlung ist die Kennzeich-

nung durch den Empfänger aufrechtzuerhalten. Die Daten dürfen nur zu den in § 1 Abs. 1 Nr. 1 und den in Absatz 4 genannten Zwecken verwendet werden.

(3) Der Behördenleiter oder sein Stellvertreter kann anordnen, dass bei der Übermittlung auf die Kennzeichnung verzichtet wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Geheimhaltung einer Beschränkungsmaßnahme nicht zu gefährden, und die G 10-Kommission oder, soweit es sich um die Übermittlung durch eine Landesbehörde handelt, die nach Landesrecht zuständige Stelle zugestimmt hat. Bei Gefahr im Verzuge kann die Anordnung bereits vor der Zustimmung getroffen werden. Wird die Zustimmung versagt, ist die Kennzeichnung durch den Übermittlungsempfänger unverzüglich nachzuholen; die übermittelnde Behörde hat ihn hiervon zu unterrichten.

(4) Die Daten dürfen nur übermittelt werden

1. zur Verhinderung oder Aufklärung von Straftaten, wenn
 - a) tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand eine der in § 3 Abs. 1 und 1a genannten Straftaten plant oder begeht,
 - b) bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine sonstige in § 7 Abs. 4 Satz 1 genannte Straftat plant oder begeht,
2. zur Verfolgung von Straftaten, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Nummer 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat, oder
3. zur Vorbereitung und Durchführung eines Verfahrens nach Artikel 21 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes oder einer Maßnahme nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich sind.

(5) Sind mit personenbezogenen Daten, die übermittelt werden dürfen, weitere Daten des Betroffenen oder eines Dritten in Akten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, ist die Übermittlung auch dieser Daten zulässig; eine Verwendung dieser Daten ist unzulässig. Über die Übermittlung entscheidet ein Bediensteter der übermittelnden Stelle, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren.

(6) Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur für die Zwecke verwenden, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind. Er prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für diese Zwecke erforderlich sind. Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle unverzüglich über die erfolgte Löschung.

Abschnitt 3 Strategische Beschränkungen

§ 5 Voraussetzungen

(1) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen Beschränkungen nach § 1 für internationale Telekommunikationsbeziehungen, soweit eine gebündelte Übertragung erfolgt, angeordnet werden. Die jeweiligen Telekommunikationsbeziehungen werden von dem nach § 10 Abs. 1 zuständigen Bundesministerium mit Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bestimmt. Beschränkungen nach Satz 1 sind nur zulässig zur Sammlung von Informationen über Sachverhalte, deren Kenntnis notwendig ist, um die Gefahr

1. eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland,
2. der Begehung internationaler terroristischer Anschläge mit unmittelbarem Bezug zur Bundesrepublik Deutschland,
3. der internationalen Verbreitung von Kriegswaffen im Sinne des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen sowie des unerlaubten Außenwirtschaftsverkehrs mit Waren, Datenverarbeitungsprogrammen und Technologien in Fällen von erheblicher Bedeutung,
4. der unbefugten gewerbs- oder bandenmäßig organisierten Verbringung von Betäubungsmitteln in das Gebiet der Europäischen Union in Fällen von erheblicher Bedeutung mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland,
5. der Beeinträchtigung der Geldwertstabilität im Euro-Währungsraum durch im Ausland begangene Geldfälschungen,
6. der international organisierten Geldwäsche in Fällen von erheblicher Bedeutung oder
7. des gewerbs- oder bandenmäßig organisierten Einschleusens von ausländischen Personen in das Gebiet der Europäischen Union in Fällen von erheblicher Bedeutung mit Bezug zur Bundesrepublik Deutschland
 - a) bei unmittelbarem Bezug zu den Gefahrenbereichen nach Nr. 1 bis 3 oder
 - b) in Fällen, in denen eine erhebliche Anzahl geschleuster Personen betroffen ist, insbesondere wenn durch die Art der Schleusung von einer Gefahr für ihr Leib oder Leben auszugehen ist, oder
 - c) in Fällen von unmittelbarer oder mittelbarer Unterstützung oder Duldung durch ausländische öffentliche Stellen

rechtzeitig zu erkennen und einer solchen Gefahr zu begegnen. In den Fällen von Satz 3 Nr. 1 dürfen Beschränkungen auch für Postverkehrsbeziehungen angeordnet werden; Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Bei Beschränkungen von Telekommunikationsbeziehungen darf der Bundesnachrichtendienst nur Suchbegriffe verwenden, die zur Aufklärung von Sachverhalten über den in der Anordnung bezeichneten Gefahrenbereich bestimmt und geeignet sind. Es dürfen keine Suchbegriffe verwendet werden, die

1. Identifizierungsmerkmale enthalten, die zu einer gezielten Erfassung bestimmter Telekommunikationsanschlüsse führen, oder
2. den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung betreffen.

Dies gilt nicht für Telekommunikationsanschlüsse im Ausland, sofern ausgeschlossen werden kann, dass Anschlüsse, deren Inhaber oder regelmäßige Nutzer deutsche Staatsangehörige sind, gezielt erfasst werden. Die Durchführung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu löschen.

§ 5a

Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung

Durch Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 dürfen keine Kommunikationsinhalte aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst werden. Sind durch eine Beschränkung nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 Kommunikationsinhalte aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst worden, dürfen diese nicht verwertet werden. Sie sind unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. § 3a Satz 2 bis 7 gilt entsprechend. Die Tatsache der Erfassung der Daten und ihrer Löschung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zum Zwe-

cke der Durchführung der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind zu löschen, wenn sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich sind, spätestens jedoch am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt.

§ 6

Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungs-pflichten, Zweckbindung

(1) Der Bundesnachrichtendienst prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen seiner Aufgaben allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten für die in § 5 Abs. 1 Satz 3 bestimmten Zwecke erforderlich sind. Soweit die Daten für diese Zwecke nicht erforderlich sind und nicht für eine Übermittlung an andere Stellen benötigt werden, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zur Durchführung der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Die Protokolldaten sind am Ende des Kalenderjahres zu löschen, das dem Jahr der Protokollierung folgt. Außer in den Fällen der erstmaligen Prüfung nach Satz 1 unterbleibt die Löschung, soweit die Daten für eine Mitteilung nach § 12 Abs. 2 oder für eine gerichtliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Beschränkungsmaßnahme von Bedeutung sein können. In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur zu diesen Zwecken verwendet werden.

(2) Die verbleibenden Daten sind zu kennzeichnen. Nach einer Übermittlung ist die Kennzeichnung durch den Empfänger aufrechtzuerhalten. Die Daten dürfen nur zu den in § 5 Abs. 1 Satz 3 genannten Zwecken und für Übermittlungen nach § 7 Abs. 1 bis 4 und § 7a verwendet werden.

(3) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen zur Prüfung der Relevanz erfasster Telekommunikationsverkehre auf Anordnung des nach § 10 Abs. 1 zuständigen Bundesministeriums die erhobenen Daten in einem automatisierten Verfahren mit bereits vorliegenden Rufnummern oder anderen Kennungen bestimmter Telekommunikationsanschlüsse abgeglichen werden, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie in einem Zusammenhang mit dem Gefahrenbereich stehen, für den die Überwachungsmaßnahme angeordnet wurde. Zu diesem Abgleich darf der Bundesnachrichtendienst auch Rufnummern oder andere Kennungen bestimmter Telekommunikationsanschlüsse im Inland verwenden. Die zu diesem Abgleich genutzten Daten dürfen nicht als Suchbegriffe im Sinne des § 5 Abs. 2 Satz 1 verwendet werden. Der Abgleich und die Gründe für die Verwendung der für den Abgleich genutzten Daten sind zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu vernichten.

§ 7

Übermittlungen durch den Bundesnachrichtendienst

(1) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen nach § 12 des BND-Gesetzes zur Unterrichtung über die in § 5 Abs. 1 Satz 3 genannten Gefahren übermittelt werden.

(2) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen an die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie an den Militärischen Abschirmdienst übermittelt werden, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Daten erforderlich sind zur Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind, oder
2. bestimmte Tatsachen den Verdacht sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeiten für eine fremde Macht begründen.

(3) Durch Beschränkungen nach § 5 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Satz 3 Nr. 3 erhobene personenbezogene Daten dürfen an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) übermittelt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist

1. zur Aufklärung von Teilnehmern am Außenwirtschaftsverkehr über Umstände, die für die Einhaltung von Beschränkungen des Außenwirtschaftsverkehrs von Bedeutung sind, oder
2. im Rahmen eines Verfahrens zur Erteilung einer ausfuhrrechtlichen Genehmigung oder zur Unterrichtung von Teilnehmern am Außenwirtschaftsverkehr, soweit hierdurch eine Genehmigungspflicht für die Ausfuhr von Gütern begründet wird.

(4) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen zur Verhinderung von Straftaten an die mit polizeilichen Aufgaben betrauten Behörden übermittelt werden, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand
 - a) Straftaten nach § 89a oder § 129a, auch in Verbindung mit § 129b Abs. 1, sowie den

§§ 146, 151 bis 152a oder § 261 des Strafgesetzbuches,

- b) Straftaten nach § 34 Abs. 1 bis 6 und 8, § 35 des Außenwirtschaftsgesetzes, §§ 19 bis 21 oder § 22a Abs. 1 Nr. 4, 5 und 7 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen oder
- c) Straftaten nach § 29a Abs. 1 Nr. 2, § 30 Abs. 1 Nr. 1, 4 oder § 30a des Betäubungsmittelgesetzes

plant oder begeht oder

2. bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand

- a) Straftaten, die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 5 und 7, Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 1a dieses Gesetzes oder in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches bezeichnet sind,
- b) Straftaten nach den §§ 130, 232 Abs. 3, 4 oder Abs. 5 zweiter Halbsatz, §§ 249 bis 251, 255, 305a, 306 bis 306c, 307 Abs. 1 bis 3, § 308 Abs. 1 bis 4, § 309 Abs. 1 bis 5, §§ 313, 314, 315 Abs. 1, 3 oder Abs. 4, § 315b Abs. 3, §§ 316a, 316b Abs. 1 oder Abs. 3 oder § 316c Abs. 1 bis 3 des Strafgesetzbuches oder
- c) Straftaten nach § 96 Abs. 2, auch in Verbindung mit Absatz 4, und § 97 Abs. 1 bis 3 des Aufenthaltsgesetzes

plant oder begeht. Die Daten dürfen zur Verfolgung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Satz 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat.

(5) Die Übermittlung ist nur zulässig, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich ist. Sind mit personenbezogenen Daten, die übermittelt werden dürfen, weitere Da-

ten des Betroffenen oder eines Dritten in Akten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist, ist die Übermittlung auch dieser Daten zulässig; eine Verwendung dieser Daten ist unzulässig. Über die Übermittlung entscheidet ein Bediensteter des Bundesnachrichtendienstes, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren.

(6) Der Empfänger darf die Daten nur für die Zwecke verwenden, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind. Er prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für diese Zwecke erforderlich sind. § 4 Abs. 6 Satz 4 und § 6 Abs. 1 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 7a

Übermittlungen durch den Bundesnachrichtendienst an ausländische öffentliche Stellen

(1) Der Bundesnachrichtendienst darf durch Beschränkungen nach § 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2, 3 und 7 erhobene personenbezogene Daten an die mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betrauten ausländischen öffentlichen Stellen übermitteln, soweit

1. die Übermittlung zur Wahrung außen- oder sicherheitspolitischer Belange der Bundesrepublik Deutschland oder erheblicher Sicherheitsinteressen des ausländischen Staates erforderlich ist,
2. überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen nicht entgegenstehen, insbesondere in dem ausländischen Staat ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet ist sowie davon auszugehen ist, dass die Verwendung der Daten durch den Empfänger in Einklang mit grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzipien erfolgt, und

3. das Prinzip der Gegenseitigkeit gewahrt ist.

Die Übermittlung bedarf der Zustimmung des Bundeskanzleramtes.

(2) Der Bundesnachrichtendienst darf unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 durch Beschränkungen nach § 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2, 3 und 7 erhobene personenbezogene Daten ferner im Rahmen von Artikel 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218) an Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der in deren Zuständigkeit liegenden Aufgaben erforderlich ist.

(3) Über die Übermittlung entscheidet ein Be diensteter des Bundesnachrichtendienstes, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren. Der Bundesnachrichtendienst führt einen Nachweis über den Zweck, die Veranlassung, die Aktenfundstelle und die Empfänger der Übermittlungen nach Absatz 1 und 2. Die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten.

(4) Der Empfänger ist zu verpflichten,

1. die übermittelten Daten nur zu dem Zweck zu verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden,
2. eine angebrachte Kennzeichnung beizubehalten und
3. dem Bundesnachrichtendienst auf Ersuchen Auskunft über die Verwendung zu erteilen.

(5) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G10-Kommission über Übermittlungen nach Absatz 1 und 2.

(6) Das Parlamentarische Kontrollgremium ist in Abständen von höchstens sechs Monaten über die vorgenommenen Übermittlungen nach Absatz 1 und 2 zu unterrichten.

§ 8

Gefahr für Leib oder Leben einer Person im Ausland

(1) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen Beschränkungen nach § 1 für internationale Telekommunikationsbeziehungen im Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 1 angeordnet werden, wenn dies erforderlich ist, um eine im Einzelfall bestehende Gefahr für Leib oder Leben einer Person im Ausland rechtzeitig zu erkennen oder ihr zu begegnen und dadurch Belange der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar in besonderer Weise berührt sind.

(2) Die jeweiligen Telekommunikationsbeziehungen werden von dem nach § 10 Abs. 1 zuständigen Bundesministerium mit Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bestimmt. Die Zustimmung bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder. Die Bestimmung tritt spätestens nach zwei Monaten außer Kraft. Eine erneute Bestimmung ist zulässig, soweit ihre Voraussetzungen fortbestehen.

(3) Die Anordnung ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Der Bundesnachrichtendienst darf nur Suchbegriffe verwenden, die zur Erlangung von Informationen über die in der Anordnung bezeichnete Gefahr bestimmt und geeignet sind. § 5 Abs. 2 Satz 2 bis 6 gilt entsprechend. Ist die Überwachungs-

maßnahme erforderlich, um einer im Einzelfall bestehenden Gefahr für Leib oder Leben einer Person zu begegnen, dürfen die Suchbegriffe auch Identifizierungsmerkmale enthalten, die zu einer gezielten Erfassung der Rufnummer oder einer anderen Kennung des Telekommunikationsanschlusses dieser Person im Ausland führen.

(4) Der Bundesnachrichtendienst prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen seiner Aufgaben allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten zu dem in Absatz 1 bestimmten Zweck erforderlich sind. Soweit die Daten für diesen Zweck nicht erforderlich sind, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. § 6 Abs. 1 Satz 4 und 5, Abs. 2 Satz 1 und 2 gilt entsprechend. Die Daten dürfen nur zu den in den Absätzen 1, 5 und 6 genannten Zwecken verwendet werden.

(5) Die erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nach § 12 des BND-Gesetzes zur Unterrichtung über die in Absatz 1 genannte Gefahr übermittelt werden.

(6) Die erhobenen personenbezogenen Daten dürfen zur Verhinderung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass jemand eine Straftat plant oder begeht, die geeignet ist, zu der Entstehung oder Aufrechterhaltung der in Absatz 1 bezeichneten Gefahr beizutragen. Die Daten dürfen zur Verfolgung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Satz 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat. § 7 Abs. 5 und 6 sowie § 7a Abs. 1 und 3 bis 6 gelten entsprechend.

Abschnitt 4

Verfahren

§ 9

Antrag

(1) Beschränkungsmaßnahmen nach diesem Gesetz dürfen nur auf Antrag angeordnet werden.

(2) Antragsberechtigt sind im Rahmen ihres Geschäftsbereichs

1. das Bundesamt für Verfassungsschutz,
2. die Verfassungsschutzbehörden der Länder,
3. das Amt für den Militärischen Abschirmdienst und
4. der Bundesnachrichtendienst

durch den Behördenleiter oder seinen Stellvertreter.

(3) Der Antrag ist schriftlich zu stellen und zu begründen. Er muss alle für die Anordnung erforderlichen Angaben enthalten. In den Fällen der §§ 3 und 8 hat der Antragsteller darzulegen, dass die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

§ 10

Anordnung

(1) Zuständig für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen ist bei Anträgen der Verfassungsschutzbehörden der Länder die zuständige oberste Landesbehörde, im Übrigen das Bundesministerium des Innern.

(2) Die Anordnung ergeht schriftlich. In ihr sind der Grund der Anordnung und die zur Überwachung berechnete Stelle anzugeben sowie Art, Umfang und Dauer der Beschränkungsmaßnahme zu bestimmen.

(3) In den Fällen des § 3 muss die Anordnung denjenigen bezeichnen, gegen den sich die Beschränkungsmaßnahme richtet. Bei einer Überwachung der Telekommunikation ist auch die Rufnummer oder eine andere Kennung des Telekommunikationsanschlusses oder die Kennung des Endgerätes, wenn diese allein diesem Endgerät zuzuordnen ist, anzugeben.

(4) In den Fällen der §§ 5 und 8 sind die Suchbegriffe in der Anordnung zu benennen. Ferner sind das Gebiet, über das Informationen gesammelt werden sollen, und die Übertragungswege, die der Beschränkung unterliegen, zu bezeichnen. Weiterhin ist festzulegen, welcher Anteil der auf diesen Übertragungswegen zur Verfügung stehenden Übertragungskapazität überwacht werden darf. In den Fällen des § 5 darf dieser Anteil höchstens 20 vom Hundert betragen.

(5) In den Fällen der §§ 3 und 5 ist die Anordnung auf höchstens drei Monate zu befristen. Verlängerungen um jeweils nicht mehr als drei weitere Monate sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen.

(6) Die Anordnung ist dem nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 Verpflichteten insoweit mitzuteilen, als dies erforderlich ist, um ihm die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu ermöglichen. Die Mitteilung entfällt, wenn die Anordnung ohne seine Mitwirkung ausgeführt werden kann.

(7) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die jeweilige Landesbehörde für Verfassungsschutz über die in deren Bereich getroffenen Beschränkungsanordnungen. Die Landesbehörden für Verfassungsschutz teilen dem Bundesamt für Verfassungsschutz die in ihrem Bereich getroffenen Beschränkungsanordnungen mit.

§ 11

Durchführung

(1) Die aus der Anordnung sich ergebenden Beschränkungsmaßnahmen sind unter Verantwortung der Behörde, auf deren Antrag die Anordnung ergangen ist, und unter Aufsicht eines Bediensteten vorzunehmen, der die Befähigung zum Richteramt hat.

(2) Die Maßnahmen sind unverzüglich zu beenden, wenn sie nicht mehr erforderlich sind oder die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vorliegen. Die Beendigung ist der Stelle, die die Anordnung getroffen hat, und dem nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 Verpflichteten, dem die Anordnung mitgeteilt worden ist, anzuzeigen. Die Anzeige an den Verpflichteten entfällt, wenn die Anordnung ohne seine Mitwirkung ausgeführt wurde.

(3) Postsendungen, die zur Öffnung und Einsichtnahme ausgehändigt worden sind, sind dem Postverkehr unverzüglich wieder zuzuführen. Telegramme dürfen dem Postverkehr nicht entzogen werden. Der zur Einsichtnahme berechtigten Stelle ist eine Abschrift des Telegramms zu übergeben.

§ 12

Mitteilungen an Betroffene

(1) Beschränkungsmaßnahmen nach § 3 sind dem Betroffenen nach ihrer Einstellung mitzuteilen. Die Mitteilung unterbleibt, solange eine Gefährdung des Zwecks der Beschränkung nicht ausgeschlossen werden kann oder solange der Eintritt übergreifender Nachteile für das Wohl des Bundes oder eines Landes absehbar ist. Erfolgt die nach Satz 2 zurückgestellte Mitteilung nicht binnen zwölf Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstel-

lung der Zustimmung der G10-Kommission. Die G10-Kommission bestimmt die Dauer der weiteren Zurückstellung. Einer Mitteilung bedarf es nicht, wenn die G10-Kommission einstimmig festgestellt hat, dass

1. eine der Voraussetzungen in Satz 2 auch nach fünf Jahren nach Beendigung der Maßnahme noch vorliegt,
2. sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft vorliegt und
3. die Voraussetzungen für eine Löschung sowohl bei der erhebenden Stelle als auch beim Empfänger vorliegen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beschränkungsmaßnahmen nach den §§ 5 und 8, sofern die personenbezogenen Daten nicht unverzüglich gelöscht wurden. Die Frist von fünf Jahren beginnt mit der Erhebung der personenbezogenen Daten.

(3) Die Mitteilung obliegt der Behörde, auf deren Antrag die Anordnung ergangen ist. Wurden personenbezogene Daten übermittelt, erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit dem Empfänger.

§ 13

Rechtsweg

Gegen die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen nach den §§ 3 und 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 und ihren Vollzug ist der Rechtsweg vor der Mitteilung an den Betroffenen nicht zulässig.

Abschnitt 5

Kontrolle

§ 14

Parlamentarisches Kontrollgremium

(1) Das nach § 10 Abs. 1 für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen zuständige Bundesministerium unterrichtet in Abständen von höchstens sechs Monaten das Parlamentarische Kontrollgremium über die Durchführung dieses Gesetzes. Das Gremium erstattet dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht über Durchführung sowie Art und Umfang der Maßnahmen nach den §§ 3, 5, 7a und 8; dabei sind die Grundsätze des § 10 Absatz 1 des Kontrollgremiumgesetzes zu beachten.

(2) Bei Gefahr im Verzuge kann die Zustimmung zu Bestimmungen nach den §§ 5 und 8 durch den Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums und seinen Stellvertreter vorläufig erteilt werden. Die Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ist unverzüglich einzuholen. Die vorläufige Zustimmung tritt spätestens nach zwei Wochen außer Kraft.

§ 15

G 10-Kommission

(1) Die G 10-Kommission besteht aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muss, und drei Beisitzern sowie vier stellvertretenden Mitgliedern, die an den Sitzungen mit Rede- und Fragerecht teilnehmen können. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Mitglieder der G 10-Kommission sind in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen. Sie nehmen ein öffentliches Ehrenamt wahr und werden von dem Parlamentarischen Kontrollgremium nach Anhörung der Bundesregierung für die Dauer ei-

ner Wahlperiode des Deutschen Bundestages mit der Maßgabe bestellt, dass ihre Amtszeit erst mit der Neubestimmung der Mitglieder der Kommission, spätestens jedoch drei Monate nach Ablauf der Wahlperiode endet.

(2) Die Beratungen der G 10-Kommission sind geheim. Die Mitglieder der Kommission sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Kommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Kommission.

(3) Der G 10-Kommission ist die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Personal- und Sachausstattung zur Verfügung zu stellen; sie ist im Einzelplan des Deutschen Bundestages gesondert auszuweisen. Der Kommission sind Mitarbeiter mit technischem Sachverstand zur Verfügung zu stellen.

(4) Die G 10-Kommission tritt mindestens einmal im Monat zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bedarf. Vor der Zustimmung ist die Bundesregierung zu hören.

(5) Die G 10-Kommission entscheidet von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen. Die Kontrollbefugnis der Kommission erstreckt sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach diesem Gesetz erlangten personenbezogenen Daten durch Nachrichtendienste des Bundes einschließlich der Entscheidung über die Mitteilung an Betroffene. Der Kommission und ihren Mitarbeitern ist dabei insbesondere

1. Auskunft zu ihren Fragen zu erteilen,
2. Einsicht in alle Unterlagen, insbesondere in die gespeicherten Daten und in die Datenver-

arbeitungsprogramme, zu gewähren, die im Zusammenhang mit der Beschränkungsmaßnahme stehen, und

3. jederzeit Zutritt in alle Diensträume zu gewähren.

Die Kommission kann dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz Gelegenheit zur Stellungnahme in Fragen des Datenschutzes geben.

(6) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G 10-Kommission über die von ihm angeordneten Beschränkungsmaßnahmen vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzuge kann es den Vollzug der Beschränkungsmaßnahmen auch bereits vor der Unterrichtung der Kommission anordnen. Anordnungen, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat das zuständige Bundesministerium unverzüglich aufzuheben. In den Fällen des § 8 tritt die Anordnung außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen vom Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter bestätigt wird. Die Bestätigung der Kommission ist unverzüglich nachzuholen.

(7) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G 10-Kommission über Mitteilungen von Bundesbehörden nach § 12 Abs. 1 und 2 oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen. Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, ist diese unverzüglich vorzunehmen. § 12 Abs. 3 Satz 2 bleibt unberührt, soweit das Benehmen einer Landesbehörde erforderlich ist.

§ 16

Parlamentarische Kontrolle in den Ländern

Durch den Landesgesetzgeber wird die parlamentarische Kontrolle der nach § 10 Abs. 1 für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen zuständigen obersten Landesbehörden und die

Überprüfung der von ihnen angeordneten Beschränkungsmaßnahmen geregelt. Personenbezogene Daten dürfen nur dann an Landesbehörden übermittelt werden, wenn die Kontrolle ihrer Verarbeitung und Nutzung durch den Landesgesetzgeber geregelt ist.

Abschnitt 6

Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 17

Mitteilungsverbote

(1) Wird die Telekommunikation nach diesem Gesetz oder nach den §§ 100 a, 100 b der Strafprozessordnung überwacht, darf diese Tatsache von Personen, die Telekommunikationsdienste erbringen oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

(2) Wird die Aushändigung von Sendungen nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 angeordnet, darf diese Tatsache von Personen, die zur Aushändigung verpflichtet oder mit der Sendungsübermittlung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

(3) Erfolgt ein Auskunftersuchen oder eine Auskunftserteilung nach § 2 Abs. 1, darf diese Tatsache oder der Inhalt des Ersuchens oder der erteilten Auskunft von Personen, die zur Beantwortung verpflichtet oder mit der Beantwortung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

§ 18

Straftaten

Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 17 eine Mitteilung macht.

§ 19

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. einer vollziehbaren Anordnung nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 zuwiderhandelt,
2. entgegen § 2 Abs. 2 Satz 2 eine Person betraut oder
3. entgegen § 2 Abs. 2 Satz 3 nicht sicherstellt, dass eine Geheimschutzmaßnahme getroffen wird.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzehntausend Euro geahndet werden.

(3) Bußgeldbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die nach § 10 Abs. 1 zuständige Stelle.

Abschnitt 7

Schlussvorschriften

§ 20

Entschädigung

Die nach § 1 Abs. 1 berechtigten Stellen haben für die Leistungen nach § 2 Abs. 1 eine Entschädigung zu gewähren, deren Umfang sich nach § 23 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes bemisst. In den Fällen der §§ 5 und 8 ist eine Entschädigung zu vereinbaren, deren Höhe sich an den nachgewiesenen tatsächlichen Kosten orientiert.

§ 21

Einschränkung von Grundrechten

Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird durch dieses Gesetz eingeschränkt.

V Erwiesene extremistische Organisationen / Gruppierungen,

die im Verfassungsschutzbericht 2013 genannt werden

Rechtsextremismus

AKTIONSBÜNDNIS ERZGEBIRGE

AKTIONSGRUPPE GÖRLITZ

AKTIONSGRUPPE SÄCHSISCHE SCHWEIZ

ARYEN 45

AUTONOME NATIONALISTEN AUE (AN AUE)

BAND „BLITZKRIEG“

BAND „BLUTZEUGEN“

BAND „BRAINWASH“

BAND „BRIGADE 7“

BAND „HEILIGES REICH“

BAND „HOPE FOR THE WEAK“

BAND „INKUBATION“, verboten seit Februar 2013

BAND „LEICHENZUG“

BAND „MOILER“

BAND „MOSHPI“

BAND „NEUBEGINN“

BAND „OVERDRESSED“

BAND „PARANOID“

BAND „PITBULLFARM“

BAND „PRIORITÄT 18“

BAND „SACHSENBLUT“

BAND „SACHSONIA“

BAND „SELBSTSTELLER“

BAND „STAHLFRONT“

BAND „STIMMEN DER FREIHEIT“

BAND „ÜBERZEUGUNGSTÄTER VOGTLAND“

BAND „VERBOTEN“

BAND „VOLKSNAH“

BAND „WHITE RESISTANCE“

BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e.V.

BOOT BOYS GÖRLITZ

DEUTSCHE STIMME-VERLAGSGESELLSCHAFT mbH

FAUST DES OSTENS

FREIE KRÄFTE DELITZSCH / EILENBURG

FREIE KRÄFTE DRESDEN (FKD)

FREIE KRÄFTE DÜBENER LAND

FREIE KRÄFTE FROHBURG

FREIE KRÄFTE KOHRENER LAND

FREIE KRÄFTE LAUSITZ-NIEDERSCHLESIE

FREIE KRÄFTE LEIPZIG

FREIE KRÄFTE MITTELSACHSEN (FK-MITTELSACHSEN)

FREIE KRÄFTE NORDSACHSEN

FREIE KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ OSTERZGEBIRGE

FREIE KRÄFTE ZWICKAU

FREIE NATIONALISTEN FREIBERG (FN-FREIBERG)

FREIES LEISNIG (F-LEISNIG)

FRONT RECORDS

HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG)

JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e. V. (JLO)

JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

KAMERADSCHAFT „DRACHENKOPF“

KAMERADSCHAFT „HEIMATTREUES LEIPZIG“

KAMERADSCHAFT „LEIPZIG-MÖCKERN“

KAMERADSCHAFT „SCHLESISCHE JUNGS“

KAMERADSCHAFT „SCHWARZER ORDEN VOGTLAND“

KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG (KPV)

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

NATIONALE AKTIVISTEN TORGAUER UMLAND

NATIONALE SOZIALISTEN BURGSTÄDT (NS-BURGSTÄDT)

NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC)

NATIONALE SOZIALISTEN CRIMMITSCHAU

NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN (NS-DÖBELN), verboten seit Februar 2013

NATIONALE SOZIALISTEN ERZGEBIRGE
NATIONALE SOZIALISTEN GEITHAIN
NATIONALE SOZIALISTEN HOYERSWERDA
NATIONALE SOZIALISTEN LEISNIG
NATIONALE SOZIALISTEN ZWICKAU (NSZ)
NATIONALER JUGENDBLOCK e. V. (NJB)
NATIONALER WIDERSTAND LIMBACH (NWL)
NATIONALES VERSANDHAUS
NORDSACHSENVERSAND
OPOS-RECORDS
Partei DIE RECHTE
PC-RECORDS
RECHTE AKTIONSFRONT REICHENBACH
REPRO-MEDIEN
REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND VOGTLAND (RNJ)
RING NATIONALER FRAUEN
SCENARIO LOK
SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS), verboten seit
April 2001
SZENELADEN „THE STORE“
TERRORCREW MULDENTAL (TCM)
VERLAG „LIBERGRAPHIX“
VERLAG „NATION & WISSEN“
VERSAND „DER CLOU“
WIDERSTAND OELSNITZ

Linksextremismus

ALLGEMEINES SYNDIKAT DRESDEN, Teilorganisation der FAU
ANARCHISTEN
ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND LEIPZIG (ASJL)
ANTIFA JUGEND PLAUEN (AJPL)
ANTIFA KLEIN-PARIS (AKP)
ANTIFA LAUSITZ
ANTIFA PLAUEN
ANTIFA ROSSWEIN-DÖBELN-LEISNIG (ANTIFA RDL)
ANTIFASCHISTISCHE AKTION GÖRLITZ (AFA GÖRLITZ)
ANTIFASCHISTISCHE AKTION KARL-MARX-STADT (AAK),
auch: ANTIFASCHISTISCHE AKTION CHEMNITZ
ANTIFASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-BURGSTÄDT-GERINGS-
WALDE (ANTIFA RGB)

ANTIFASCHISTISCHE AKTIONSGRUPPE DRESDEN (AFA DRESDEN)
ANTIFASCHISTISCHE OFFENSIVE LEIPZIG (A.O.L.)
AUTONOMAL-VERSAND
AUTONOME
AVANTI – PROJEKT UNDOGMATISCHE LINKE
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)
FAU-INITIATIVE CHEMNITZ, Teilorganisation der FAU
FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIO-
NALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA)
INITIATIVE BASISGEWERKSCHAFT NAHRUNG UND GASTRONOMIE
(I-BNG), Teilorganisation der FAU
INTERVENTIONISTISCHE LINKE (IL)
KAMPAGNE 129EV
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-Ost)
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF)
KOMMUNISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN (KAD)
LEIPZIGER ANTIFA (LEA)
MARXISTISCHES FORUM (MF)
MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)
N-RDL NAZIFREI
REVOLUTIONÄRE AKTIONSZELLEN (RAZ)
REVOLUTIONÄRE LINKE (RL)
ROTE ARMEE FRAKTION (RAF)
ROTE HILFE e.V. (RH)
SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND (SDAJ), TEILOR-
GANISATION DER DKP
UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA DRESDEN (URA DRESDEN)

Islamismus/ islamistischer Terrorismus

Salafistische Bestrebungen

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)
DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V.
FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V.
(YEK-KOM)
FREIHEITSFALKEN KURDISTANS (TAK)

FREIHEITS- UND DEMOKRATIEKONGRESS KURDISTANS (KADEK)
GEMEINSCHAFT DER KOMMUNEN IN KURDISTAN (KKK)
KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELL-
SCHAFT IN EUROPA (CDK)
KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION (YDK)
KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V.
KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e. V.
NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK)
VEREINIGTE GEMEINSCHAFTEN KURDISTANS (KCK)
VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA GEL)
VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG)

VI Stichwortverzeichnis

- A**
- ACT OF VIOLENCE..... 67, 102, 146
- AKTIONSBÜNDNIS ERZGEBIRGE..... 22, 111, 290
- AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DAS VERGESSEN..... 18, 54, 102 ff., 110
- AKTIONSBÜNDNIS MITTELREIN..... 14
- AKTIONSGRUPPE GÖRLITZ 114, 290
- AKTIONSGRUPPE SÄCHSISCHE SCHWEIZ..... 139, 290
- AKTION-WIDERSTAND.DE..... 63 ff., 145
- ALLGEMEINES SYNDIKAT DRESDEN 175, 291
- AL-NUSRA-FRONT 221
- AL-QAIDA 221, 251
- Al-Rahman-Moschee..... 214
- ANARCHISTEN..... 150 f., 153, 185, 189, 252, 291
- ANARCHOSYNDIKALISTEN..... 160, 164, 172 f., 177, 189
- ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND LEIPZIG (ASJL)..... 172, 176, 186, 291, 302
- ANSGAR ARYAN..... 72
- ANTIDEUTSCHE..... 160 f., 246
- ANTIFA JUGEND PLAUEN (AJPL) 209, 291, 302
- ANTIFA KLEIN-PARIS (AKP)..... 209, 291, 302
- ANTIFA LAUSITZ..... 190, 200, 207 ff., 291
- ANTIFA PLAUEN..... 209, 291
- ANTIFA ROSSWEIN-DÖBELN-LEISNIG (ANTIFA RDL)..... 206, 291, 302
- ANTIFASCHISTISCHE AKTION / BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO)..... 184, 302
- ANTIFASCHISTISCHE AKTION GÖRLITZ (AFA GÖRLITZ)..... 207, 291, 302
- ANTIFASCHISTISCHE AKTION KARL-MARX-STADT (AAK), auch: ANTIFASCHISTISCHE AKTION CHEMNITZ 204, 291, 302
- ANTIFASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ-BURGSTÄDT-GERINGSWALDE (ANTIFA RGB)..... 207, 291, 302
- ANTIFASCHISTISCHE AKTIONSGRUPPE DRESDEN (AFA DRESDEN)..... 203, 291, 302
- ANTIFASCHISTISCHE LINKE INTERNATIONAL..... 159
- ANTIFASCHISTISCHE OFFENSIVE LEIPZIG (A.O.L.)... 159, 167, 188, 291, 302
- ANTIFASCHISTISCHES INFO BLATT 159
- Antiimperialistische Plattform..... 107, 223
- APFEL, Holger..... 28 f., 35, 39 f., 45, 47 f., 51 ff., 57, 93 f., 145
- ARBEITERPARTEI DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT (DSSS) ... 63, 109, 302
- ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) 3, 211 f., 216, 247, 291, 303
- ARYEN 45..... 119, 290
- AS-SAHABA / DIE GEFÄHRTEN e. V. 214
- Autonomia Operaia 153 f.
- AUTONOMAL-VERSAND..... 190, 207, 291
- AUTONOME..... 3, 10, 150, 153 ff., 156, 158 ff., 164 ff., 177, 184, 188, 191, 193, 195 ff., 199 ff., 209 f., 224, 246 ff., 252, 291
- AUTONOME NATIONALISTEN 23 f., 247, 254, 302
- AUTONOME NATIONALISTEN AUE (AN AUE)..... 23 f., 290, 302
- AVANTI – PROJEKT UNDOGMATISCHE LINKE..... 200 f., 291
- B**
- BARNY 76, 102, 110
- BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e. V. 33, 90, 290
- BLICKPUNKT DRESDEN 91
- BLICKPUNKT LIEBSCHÜTZBERG 91
- BLICKPUNKT NIEDERSCHLESILIEN..... 91
- BLICKPUNKT NORDSACHSEN 91
- BLICKPUNKT OBERLAUSITZ 91
- BLICKPUNKT ZITTAU 91
- BLITZKRIEG..... 77, 102, 290
- BLOCCO STUDENTESCO..... 63
- BLUTZEUGEN 77, 109, 143, 290
- BOOT BOYS GÖRLITZ 114, 290
- BRAINWASH 77, 175, 290

BRIGADE 7 77, 139, 290
 Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“
 200, 202 ff.
 BURN DOWN 67, 146

C

CASA POUND 63, 92, 141 f.
 CHEMNITZER VOLKSZEITUNG 91
 Conne Island 191

D

DABBAGH, Hassan 57, 213 ff.
 DEITSCH UN FREI 91
 DENKANSTOB 91
 DER AKTIVIST 58, 60, 62, 64, 89
 DER BEWÄHRUNGSHELFER 74
 DER CLOU 87, 146, 291
 DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) 151, 178 f.,
 187, 291, 302
 DEUTSCHE STIMME 29, 32, 42, 50, 54, 61,
 89, 129
 DEUTSCHE STIMME-VERLAGSGESELLSCHAFT mbH 61, 85,
 87, 92, 126, 128 f., 290
 DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. 291
 DIE LUNIKOFF VERSCHWÖRUNG 66 f., 146
 DIE RECHTE 13 f., 45, 70 f., 291
 DIE RECHTE SACHSEN 71
 DIE ROTE FAHNE 186
 DIE ROTE HILFE 180 f., 186
 Direction Générale des Études et de la
 Documentation (DGED) 232, 302
 DIREKTE AKTION 172 f., 186
 DORNBRACH, Pierre 61

E

ELBE-RÖDER-ECHO 91
 EL-SALAM-MOSCHEE MÜNCHEN 214
 European Solidarity Front for Syria 107, 223

F

FAU-INITIATIVE CHEMNITZ, Teilorganisation
 der FAU 173, 176, 291

FAUST DES OSTENS 109, 290
 Federalnaja Sluschba Besopasnosti Rossijskoj
 Federazii (FSB) 229, 302
 FEINE SAHNE FISCHFILET 190
 FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V.
 (YEK-KOM) 218, 291, 303
 FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION – INTERNATIO-
 NALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU-IAA) 167, 172,
 186, 190 f., 291, 302
 FREIE KRÄFTE 20, 28, 46, 52, 54, 67, 69, 71, 93,
 98, 100, 106, 108 f., 114, 118 f., 131, 135 f., 139,
 142, 144, 148 f., 249, 252, 254, 290
 FREIE KRÄFTE DELITZSCH/EILENBURG 22, 134, 290
 FREIE KRÄFTE DRESDEN (FKD) 18, 22, 28 f., 51 f., 54,
 93, 102, 104, 108, 144, 290, 302
 FREIE KRÄFTE DÜBENER LAND 134, 290
 FREIE KRÄFTE FROHBURG 118, 290
 FREIE KRÄFTE KOHRENER LAND 22, 118, 290
 FREIE KRÄFTE LAUSITZ-NIEDERSCHLESIESEN 114, 290
 FREIE KRÄFTE LEIPZIG 22, 120, 290
 FREIE KRÄFTE MITTELSACHSEN (FK-MITTELSACHSEN) 22,
 130, 290, 302
 FREIE KRÄFTE NORDSACHSEN 22, 290
 FREIE KRÄFTE SÄCHSISCHE SCHWEIZ OSTERZGEBIRGE 22,
 139 f., 290
 FREIE KRÄFTE ZWICKAU 22, 146 f., 290
 FREIE NATIONALISTEN 102, 249, 254
 FREIE NATIONALISTEN FREIBERG (FN-FREIBERG) 19, 22,
 130 f., 249, 290, 302
 Freie Syrische Armee (FSA) 221, 302
 FREIES LEISNIG (F-LEISNIG) 130 f., 290, 302
 FREIES NETZ BORNA/GEITHAIN 117
 FREIHEITS- UND DEMOKRATIEKONGRESS KURDISTANS
 (KADEK) 217, 292
 FREIHEITSFALKEN KURDISTANS (TAK) 217, 291, 303
 Freundeskreise Udo Voigt 47 f., 145
 FRONT RECORDS 86 f., 120, 290
 FÜR IMMER UND EWIG 89

G

GANSEL, Jürgen 36, 39, 41 f., 49, 54, 57
 GATTER, Jens 66, 68

GEMEINSCHAFT DER KOMMUNEN IN KURDISTAN (KKK).....	217, 292, 303
GRENZLAND.....	91

H

HAMMERSKINS.....	73 ff., 255
HARTUNG, Stefan.....	55, 112 f.
HASS ATTACKE.....	75
Haus Montag.....	29, 141 f.
HEILIGES REICH.....	77, 133, 290
HEIMAT BEWAHREN. FREIHEIT ERKÄMPFEN	39
HEIMATREUES LEIPZIG.....	120, 122, 290
HIER & JETZT.....	32 f., 90
HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG).....	27, 290, 302
Hizbollah.....	221
HOPE FOR THE WEAK.....	77, 109, 143, 290

I

IDENTITÄT-SACHSEN.....	60
INITIATIVE BASISGEWERKSCHAFT NAHRUNG UND GASTRONOMIE (I-BNG).....	175, 291, 302
INKUBATION.....	130, 290
Institut für vergleichende Irrelevanz.....	169
INTERIM.....	153, 158, 168 f., 186, 201
INTERNATIONALE ARBEITERINNEN ASSOZIATION (IAA).....	172
INTERVENTIONISTISCHE LINKE (IL).....	200, 291, 302
ISLAMISCHER STAAT IM IRAK UND SYRIEN (ISIS) ..	221, 302
ISLAMISCHES KULTURZENTRUM BREMEN e. V.....	214

J

Jama'at al-Adl wal-Ihsan.....	232
JN-Sachsentag.....	66 f., 104, 145
JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e. V. (JLO).....	104, 290, 303
JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) ..	13, 18, 28 ff., 58, 81, 89 f., 92, 97, 100, 107, 109, 112, 114, 117 f., 122, 127 f., 132, 134 f., 140, 144 f., 148, 290, 303
JUNGE WELT.....	181, 187

K

KALLWEIT, Patrick.....	61, 65
------------------------	--------

KAMERADSCHAFT DRACHENKOPF.....	111
KAMERADSCHAFT LEIPZIG-MÖCKERN.....	108, 120 f.
KAMPAGNE 129EV.....	157, 163, 168, 182, 201, 203 f., 291
Kampagne „Freiheit für Erich Priebke“.....	69
Kampagne „Identität – Werde, wer du bist“....	64, 68
Kampagne „Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche“.....	65
Kampagne „Raus in die Zukunft“... ..	18 f., 94, 98 f.
Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“... ..	19, 85, 94, 104 f., 121, 131, 303
KEMPKEN, Norman.....	144
KLARTEXT.....	90
KNAPE, Andy.....	58, 60 f., 63, 65,
KÖNIG, Mathias.....	119
KÖSTER, Stefan.....	54
KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG (KPV).....	29, 32, 290, 303
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-Ost) ..	178, 180, 186, 224, 291, 303
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF).....	150 f., 178, 187, 291, 296, 303
KOMMUNISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN (KAD) ..	179, 224, 291, 303
KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA (CDK).....	216, 218, 292, 302
KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION (YDK).....	218, 292, 303
KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V.....	219, 292
KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e. V.	219, 292

L

LANDSER.....	126, 146
Lega Nord.....	63
LEICHENZUG.....	78, 149, 290
LEIPZIGER ANTIFA (LeA).....	158, 198, 291, 303
LEIPZIGER STIMME.....	91
LEVIEN, Pierre.....	71
LIBERGRAPHIX.....	129, 291
LINKE PRESSE VERLAGS-, FÖRDERUNGS- UND BETEILIGUNGSGENOSSENSCHAFT JUNGE WELT e.G.....	187

LÖFFLER, Mario.....53, 55, 113
Lunikoff 126

M

MARXISTISCHES FORUM (MF)..... 187, 291, 303
MARXISTISCHES FORUM.....187
MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
(MLPD)..... 151, 178 f., 187, 291, 303
MEDIENVERBUND BLICKPUNKT SACHSEN.....90
MEENEN, Uwe..... 47 f.
Military Intelligence Department (MID)231
Ministry of State Security (MSS)..... 231, 303
MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN
PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE 187
MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN MND 30, 303
MITTENDRIN 91
MOILER..... 76, 78, 290
MONACO, Julian.....61, 65
MOSHPIIT..... 75, 78, 290
MÜLLER, Maik..... 104

N

NATION & WISSEN..... 129, 291
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
(NPD)..... 13 f., 28 f., 58, 89, 97, 100, 107,
112, 114, 118, 122, 127, 132, 135, 140, 144, 148,
290, 303
NATIONALE AKTIVISTEN 134, 139, 290
NATIONALE AKTIVISTEN TORGAUER UMLAND..... 134, 290
NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK)218,
292
NATIONALE SOZIALISTEN 20, 43, 52, 106, 252
National Socialist Black Metal-Konzerte
(NSBM-Konzerte) 83, 303
NATIONALE SOZIALISTEN BURGSTÄDT
(NS-BURGSTÄDT)..... 130 f., 290, 303
NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC) 18, 22, 93, 98,
290, 303
NATIONALE SOZIALISTEN CRIMMITSCHAU..... 148, 290
NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN (NS-DÖBELN)... 17 f., 20,
22, 29, 59, 66 ff., 70, 130, 133, 290, 303
NATIONALE SOZIALISTEN ERZGEBIRGE..... 111, 291

NATIONALE SOZIALISTEN GEITHAIN.....22, 291
NATIONALE SOZIALISTEN HALLE / MERSEBURG.....51, 108
NATIONALE SOZIALISTEN HOYERSWERDA....22, 25, 95 f., 115
NATIONALE SOZIALISTEN LEISNIG 131, 291
NATIONALE SOZIALISTEN ZWICKAU (NSZ)..... 22, 146,
291, 303
NATIONALER JUGENDBLOCK e. V. (NJB)..... 115, 291, 303
NATIONALER WIDERSTAND.....20,146
NATIONALER WIDERSTAND DORTMUND..... 17
NATIONALER WIDERSTAND LIMBACH (NWL) .. 148, 291, 303
NATIONALES VERSANDHAUS87, 143, 291
Nationalistische Studentenvereinigung
(NSV) 63, 303
NAUMANN, Tommy29, 66
NEONATIONALSOZIALISTEN 13 f., 17, 20 f., 23 ff.,
28 f., 56, 66, 69, 93 ff., 98 ff., 104, 106 ff., 110 f.,
114, 116 f., 120, 123 f., 126, 130, 134, 136 f.,139 f.,
143, 145 ff., 253
NETZWERKMITTE17, 28, 52, 102, 106
NEUBEGINN.....78, 139, 290
NoCompact209
NORDSACHSENVERSAND.....87, 139, 291
N-RDL NAZIFREI.....205 ff., 291

O

ÖCALAN, Abdullah..... 216 ff.
OPOS-RECORDS..... 77 f., 80, 85 f., 88, 110, 291
OVERDRESSED 76, 78, 290

P

PARANOID 76, 79, 290
PARTEI DER DEMOKRATISCHEN UNION (PYD) 221, 303
PASTÖRS, Udo32, 49, 54, 57, 63, 93, 101
PC-RECORDS 79 f., 85 f., 88, 101, 291
PHASE 2 55, 156 ff., 187
PIATTMAR.....79, 133, 146
PITBULLFARM..... 125, 290
PRIORITÄT 1872, 79, 109 f., 290

R

RECHTE AKTIONSFRONT REICHENBACH 143, 291
REGENER, Michael 126, 146

REPRO-MEDIEN	88 f., 97 f., 291
REVOLUTIONÄRE AKTIONSZELLEN (RAZ)	164, 182, 291, 303
REVOLUTIONÄRE LINKE (RL).....	164, 182, 291, 303
REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND VOGTLAND (RNJ) ...	19, 291, 303
RICHTER, Karl.....	41, 49
RICHTER, Sebastian.....	61
RICHTER, Simon	98
RING NATIONALER FRAUEN	29, 32, 38, 112, 291, 303
RISSE, Sebastian-Daniel.....	70 ff.
ROHLEDER, Frank	47, 145
ROSE, Olaf, Dr.	63, 136, 142
ROTE ARMEE FRAKTION (RAF)	183, 291, 303
ROTE FAHNE	187
ROTE HILFE e.V. (RH)	150 f., 163, 180 f., 186, 204, 291, 303
ROTE HILFE DEUTSCHLAND (RHD)	180, 303
RZEHACZEK, Paul.....	58, 66, 68, 134 f., 137

S

SACHSENBLUT.....	67, 79, 133, 146, 290
SACHSONIA	79, 109, 290
Salafisten	57, 212 ff., 216
SATTELBERG, Thomas	54, 141 f.
SCENARIO LOK	124 f., 291
SCHÄFER Michael.....	65
SCHEFFLER, Maik.....	118, 136 f.
SCHLESISCHE JUNGS.....	115, 290
SCHLESWIG-HOLSTEIN-STIMME	37
SCHMIDTKE, Sebastian	54
SCHWARZER ORDEN VOGTLAND.....	143, 290
SELBSTSTELLER	72, 80, 128, 290
SERXWEBUN	216
Sicheres Unternehmen	233
SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS).....	141, 291
Sluschba Wneschnei Raswedki Rossijskoj Federazii (SWR).....	230, 303
SOMMERER, Susan	71
SOZIALE HEIMAT STREHLA	91
SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND (SDAJ)	291, 303

SPREE-ELSTER-STIMME AUSGABE NORD	91
SPREE-ELSTER-STIMME AUSGABE SÜD.....	91
SPREELICHTER	17, 24, 26
STAHLFRONT	80, 290
STIMMEN DER FREIHEIT.....	79 f., 290
STORMFRONT.....	74
THE STORE.....	143, 291
SZYMANSKI, Holger.....	29, 44, 53

T

TEICH, Maik.....	71
TERRORCREW MULDENTAL (TCM).....	119, 291, 303
TRAUTMANN, Stefan	66
TRIPP, Manuel.....	90, 117 ff., 137

U

ÜBERZEUGUNGSTÄTER VOGTLAND.....	80, 146, 290
UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA DRESDEN (URA DRESDEN).....	165, 167, 182, 200, 291, 303
UNSERE ZEIT (UZ).....	187, 303

V

VERBOTEN	80, 114, 290
VEREINIGTE GEMEINSCHAFTEN KURDISTANS (KCK)...	217, 292
VIVA SAXONIA	72, 91
VOGTLANDSTIMME	91
VOIGT, Udo.....	39, 47 ff., 57, 93, 145
VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA GEL)....	217, 219, 292, 303
VOLKSNÄH.....	81, 125, 290
Volkstodkampagne.....	24, 65
VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG)	216 f., 219, 292, 302

W

WHITE RESISTANCE	81, 114, 149, 290
WIDERSTAND OELSITZ	143, 291
WIDERSTANDSBEWEGUNG IN SÜDBRANDENBURG.....	17
WORCH, Christian	71
WORTGEWANDT.....	37, 40 f.
WULFF, Thomas.....	48

VII Verzeichnis der Orte, Landkreise, Regionen, Länder

A	
Afghanistan	213, 215
Afrika	215
Ägypten	215
Altmark (Sachsen-Anhalt).....	168
Annaberg-Buchholz (Erzgebirgskreis).....	113
Antwerpen (Belgien).....	63
Asien	215
Athen (Griechenland).....	197
Aue (Erzgebirgskreis).....	113
Auerbach (Vogtlandkreis).....	145
Aue-Schwarzenberg (Erzgebirgskreis).....	112
Australien.....	86
B	
Bad Lausick (Landkreis Leipzig).....	118
Baden-Württemberg.....	67, 80, 143, 146, 230, 299
Bautzen (Landkreis Bautzen).....	42, 44, 93, 95 ff., 134
Bergen (Vogtlandkreis).....	145
Berlin.....	54, 67, 69, 96, 124, 146, 148, 164, 166, 206, 232, 250
Bischofswerda (Landkreis Bautzen).....	58
Borna (Landkreis Leipzig).....	117 f.
Brandenburg.....	42, 44 ff., 67, 80, 94, 130, 132, 134, 244
Burgstädt (Landkreis Mittelsachsen).....	131
C	
Chemnitz.....	19, 21 f., 28, 42, 44, 76 f., 88, 92, 98, 110, 112, 121, 125, 130 f., 145, 154, 160, 172 f., 180, 190 f., 198, 204 ff., 208, 219, 223, 228, 290
Chicago (USA).....	185
China.....	229 ff.
Connewitz (Stadtteil in Leipzig).....	162, 164, 169, 195 ff.
Crimmitschau (Landkreis Zwickau).....	148
D	
Delitzsch (Landkreis Nordachsen).....	134 ff.
Dennheritz (Landkreis Zwickau).....	149
Deutschland.....	9, 11 ff., 19, 26 f., 35, 37 f., 41 f., 44 ff., 63, 73 f., 85 f., 88, 97, 101 ff., 106, 128, 130, 141 f., 160 f., 164 f., 172 f., 179 ff., 183, 197, 199, 212 ff., 216 ff., 221 ff., 229 ff., 239 f., 243, 246 f., 251, 254 ff., 258, 272, 274, 277, 280, 282 ff.
Dippoldiswalde (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge).....	140 f.
Döbeln (Landkreis Mittelsachsen).....	18, 67 f., 70, 119, 130, 132 ff., 144, 206
Dresden.....	16, 18 ff., 22 ff., 27 ff., 42, 44, 46 f., 51 f., 54, 58 f., 68, 77, 79, 85, 88, 92, 95 f., 99, 101 ff., 124 ff., 130 f., 140, 143, 145, 152, 154, 157, 162 f., 167 f., 172 ff., 180 ff., 189 ff., 193 f., 198 ff., 210, 219, 223, 227 f.
E	
Ebersdorf (Stadtteil in Chemnitz).....	18, 100
Eichigt (Vogtlandkreis).....	145
Eilenburg (Landkreis Nordsachsen).....	68, 77, 85, 87, 134 f., 137 ff.
Erfurt (Thüringen).....	30, 111
Erzgebirge.....	16, 55, 91, 111 f.
Erzgebirgskreis.....	22, 42, 44, 78 ff., 110, 112 ff., 149, 173, 228
Europa.....	74, 86, 165, 209, 215, 217, 221 f.
F	
Falkenhain (Landkreis Leipzig).....	85, 87

Flöha (Landkreis Mittelsachsen).....	77, 133
Frankfurt am Main (Hessen).....	154, 163, 169, 172, 198, 205
Frankreich.....	299
Freiberg (Landkreis Mittelsachsen).....	19, 79, 105, 131 f.
Freital (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge).....	140 f.
Frohburg (Landkreis Leipzig).....	116, 118

G

Geheege, Ortsteil von Rothenburg (Landkreis Görlitz).....	82, 138
Geithain (Landkreis Leipzig).....	59, 116 ff.
Gelenau (Erzgebirgskreis).....	113
Gera (Thüringen).....	111, 122
Geringswalde (Landkreis Mittelsachsen).....	206
Geyer (Erzgebirgskreis).....	112
Glauchau (Landkreis Zwickau).....	149
Gohlis (Stadtteil in Leipzig).....	57
Gohrisch (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge).....	87
Göppingen (Baden-Württemberg).....	111
Görlitz (Landkreis Görlitz).....	42, 44, 71, 96, 114 ff., 170
Göttingen (Niedersachsen).....	159, 162, 180 f.
Grimma (Landkreis Leipzig).....	68, 117 ff.
Gröditz (Landkreis Meißen).....	127, 129
Großbothen (Landkreis Leipzig).....	118
Großbritannien.....	76 f., 103, 232
Großenhain (Landkreis Meißen).....	127 f.
Großröhrsdorf (Landkreis Bautzen).....	95

H

Halle (Sachsen-Anhalt).....	170, 208
Hamburg.....	48, 134, 166, 188, 195 f., 205
Heidenau (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge).....	143
Hellersdorf (Stadtteil in Berlin).....	45
Hessen.....	71, 154, 163, 169, 172, 198, 205
Hoyerswerda (Landkreis Bautzen).....	25, 71, 95 ff.

I

Irak.....	215, 221, 225
Iran.....	221, 233
Israel.....	127, 221, 223, 246
Italien.....	69, 92, 107, 111, 124, 142, 153

J

Jordanien.....	221
----------------	-----

K

Kahla (Thüringen).....	105
Kamenz (Landkreis Bautzen).....	58, 97
Kanada.....	78, 149
Kaschmir.....	215
Kohrener Land.....	22, 118
Kohren-Sahlis (Landkreis Leipzig).....	116, 118
Königstein (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge).....	140
Königs-Wusterhausen (Brandenburg).....	164
Kreba-Neudorf (Landkreis Görlitz).....	115
Kroatien.....	103

L

Landkreis Bautzen.....	22, 58, 85, 88, 95, 97 f., 116 ff., 137, 207, 209
Landkreis Görlitz.....	16, 58, 82, 114 ff., 138, 207
Landkreis Leipzig.....	22, 56, 59, 68, 72, 85, 87, 116 ff., 137, 207, 209
Landkreis Meißen.....	16, 32, 59, 80, 85, 87, 126, 128 f.
Landkreis Mittelsachsen.....	22, 67 f., 70, 78 f., 105, 130, 132 f., 146, 206 f., 228
Landkreis Nordsachsen.....	22, 46, 53, 68, 77 f., 81 f., 85, 87, 93, 122, 124, 134 f., 137 f., 149, 166, 198, 209
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.....	16, 22, 68, 87, 92, 139 ff.
Landkreis Zwickau.....	22, 59, 68, 78, 81, 114, 146, 148 f.
Lampedusa (Italien).....	166
Lampertswalde (Landkreis Meißen).....	128
Lausitz.....	114

Leipzig	16, 22, 24 f., 28 ff., 34, 42, 44, 46 f., 50, 56 f., 59, 63, 69, 81, 92 f., 101, 114, 118 ff., 130, 134, 145, 152, 154 f., 160, 162 ff., 167, 172, 178, 180, 182, 187 ff., 191, 193 ff., 198, 202 ff., 214 f., 219, 227 f.
Leisnig (Landkreis Mittelsachsen)...	67, 130 ff., 206
Leuben (Stadtteil in Dresden)	109
Libanon	221
Liberec (Tschechische Republik).....	208
Liebschützberg (Landkreis Nordsachsen)..	135, 137
Limbach (Landkreis Zwickau).....	148
Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) ..	59, 149
Lindenau (Stadtteil in Leipzig).....	121
Litauen	103

M

Magdeburg (Sachsen-Anhalt)	104, 164, 168
Mecklenburg-Vorpommern	35, 42, 49, 54, 101, 190
Meerane (Landkreis Zwickau)	149
Meißen (Landkreis Meißen)	44, 47, 91, 93, 127 f.
Merseburg (Sachsen-Anhalt).....	51, 108
Mittelherwigsdorf (Landkreis Görlitz).....	115
Mittelsachsen... 16, 18, 22, 44, 59 f., 67 f., 70, 78 f., 91, 105, 116, 130, 132 f., 146, 204, 206 f., 227 f.	
Mittlerer Erzgebirgskreis.....	112
Mittweida (Landkreis Mittelsachsen).....	132, 207
Mochau (Landkreis Mittelsachsen).....	132
Möckern (Stadtteil in Leipzig).....	51, 108, 120 f.
Mühlau (Landkreis Mittelsachsen).....	132
Muldental (Landkreis Leipzig).....	59, 72, 117 ff.
Mutzschen (Landkreis Leipzig)	118

N

Naher Osten	220, 224
Neißeau (Landkreis Görlitz).....	115
Neuensalz (Vogtlandkreis).....	66, 81, 145 f.
Niederlande.....	63
Niederschlesien-Oberlausitz.....	51
Niedersedlitz (Stadtteil in Dresden)	93, 107
Niesky (Landkreis Görlitz).....	115
Nordafrika.....	220, 230 ff.

Nordkorea	233
Nordsachsen	22, 44, 46, 51, 53, 59, 66, 68, 77 f., 81 f., 85, 87, 91, 93, 122, 124, 134 ff., 146, 149, 166, 198, 209, 227
Norwegen	103

O

Oberlungwitz (Landkreis Zwickau).....	148
Odermannstraße 8 (Leipzig).....	28, 93, 121 f., 125
Oelsnitz (Vogtlandkreis)	87, 143, 145 f.
Oschatz (Landkreis Nordsachsen)	46, 135 ff.
Ostrava (Tschechische Republik)	107
Ostsachsen	46, 154, 190, 207

P

Pakistan.....	213, 233
Palästina	215
Parthenstein (Landkreis Leipzig).....	118
Penig (Landkreis Mittelsachsen).....	68
Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz- Osterzgebirge).....	68, 92, 140 ff.
Plauen (Vogtlandkreis).....	19, 104 f., 121, 124, 131, 143 ff., 209 f.
Potsdam-Babelsberg (Brandenburg).....	125
Prag (Tschechische Republik).....	63, 107, 109, 223

R

Rackwitz (Landkreis Nordsachsen).....	136 f., 166, 198, 209
Radeberg (Landkreis Bautzen).....	85, 88, 95 ff.
Radeburg (Landkreis Meißen).....	126
Reichenbach (Vogtlandkreis).....	47, 143, 145
Reinhardtsdorf-Schöna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)	140 f.
Rheinland-Pfalz.....	208
Riesa (Landkreis Meißen).....	32, 58, 61 ff., 80, 82, 85, 87, 126 ff.
Rochlitz (Landkreis Mittelsachsen)...	68, 206 f., 131
Roda (Landkreis Leipzig)	119
Roda, Ortsteil von Grimma (Landkreis Leipzig)...	117
Roden-Ansbach (Bayern).....	105
Rom (Italien)	69, 107, 111, 124, 141

Roßwein (Landkreis Mittelsachsen).....	206
Rötha (Landkreis Leipzig).....	56, 117, 136 f., 207
Rothenburg (Landkreis Görlitz).....	82, 115, 138
Russland.....	63, 103, 229 ff.

S

Sachsen.....	6, 13 ff., 25 f., 29 ff., 39, 42 ff., 49, 52 ff., 57 ff., 61 f., 66 ff., 87 ff., 101 f., 104, 107 ff., 113 ff., 132 ff., 138, 140 ff., 148 ff., 160 f., 165 f., 178, 180, 187 f., 191, 193, 200, 205, 210 ff., 214 ff., 219 f., 222 ff., 233 ff., 248 f., 252, 257 ff., 265, 267, 269, 274 f.
Sachsen-Anhalt	29, 42, 61, 104, 119, 134, 139, 164, 168, 170, 207 f.
Sächsische Schweiz	42, 44, 68, 91, 139 ff.
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	16, 22, 54, 87, 92, 139 ff., 142 f., 227
Schanzenviertel, Hamburg.....	188, 205
Schildau (Landkreis Nordsachsen)....	26 f., 135, 137
Schleswig-Holstein.....	37
Schneeberg (Erzgebirgskreis).....	20, 55, 111 ff., 144, 147 f., 166, 207 f., 210
Schwarzenberg (Erzgebirgskreis).....	112 f.
Schweden.....	27, 103
Schweiz.....	103
Sebnitz (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge).....	140 f.
Sinning (Bayern).....	129
Sprotta, Ortsteil von Doberschütz (Landkreis Nordsachsen).....	53
Staupitz, Ortsteil von Torgau (Landkreis Nordsachsen).....	81 f., 93, 102, 137 ff., 146, 149
Stollberg (Erzgebirgskreis).....	112
Strehla (Landkreis Meißen).....	91, 127
Stuttgart (Baden-Württemberg).....	164, 230
Südeuropa	167
Syrien.....	6, 100, 215, 220 ff., 233
T	
Taiwan.....	231
Tannenberg (Erzgebirgskreis).....	113
Tauscha (Landkreis Meißen).....	128

Thallwitz (Landkreis Leipzig).....	118
Theuma (Vogtlandkreis).....	145
Thiendorf (Landkreis Meißen).....	128
Torgau (Landkreis Nordsachsen)	66, 78, 81 f., 93, 96, 102, 122, 124, 134 ff., 139, 146, 149
Trebsen (Landkreis Leipzig)	118
Tschechische Republik	63, 107, 208
Tschetschenien.....	215
Tunesien.....	215, 220
Türkei	163, 178, 196, 217, 219, 221, 224

U

Ungarn	77
USA.....	73 f., 77, 86, 185, 217, 221, 223, 225, 232, 246

V

Varnsdorf (Tschechische Republik).....	208
Vogtlandkreis.....	16, 22, 44, 47, 66, 81, 87, 93, 104 f., 121, 124, 143 ff., 149, 209
Volkmarsdorf (Stadtteil in Leipzig).....	165

W

Waldheim (Landkreis Mittelsachsen).....	67
Weinheim (Baden-Württemberg)	48
Weißeritzkreis.....	141
Weißwasser (Landkreis Görlitz).....	114 f.
Werdau (Landkreis Zwickau).....	59, 68, 148 f.
Westeuropa	217 f.
Westkurdistan	221
Westsachsen	74, 91, 148 f., 209
Wilkau-Haßlau (Landkreis Zwickau)	78, 149
Wolfsburg (Niedersachsen).....	104, 121
Wurzen (Landkreis Leipzig).....	59, 85, 87, 118

Z

Zittau (Landkreis Görlitz)....	58, 91, 114 ff., 190, 207 f.
Zobes, Ortsteil von Neuensalz (Vogtlandkreis) ..	66, 81, 104, 145 f.
Zschaitz-Ottewig (Landkreis Mittelsachsen)	132
Zwickau (Landkreis Zwickau).....	18, 22, 44, 47, 59, 68, 78, 81, 91, 114, 146, 148 f., 219, 227

VIII Abkürzungsverzeichnis

A		E	
AA/BO	ANTIFASCHISTISCHE AKTION / BUNDESWEITE ORGANISATION	ERNK	NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS
AAK	ANTIFASCHISTISCHE AKTION KARL-MARX-STADT	F	
AFA DRESDEN	ANTIFASCHISTISCHE AKTIONSGRUPPE DRESDEN	FAU-IAA	FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER- UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION
AFA GÖRLITZ	ANTIFASCHISTISCHE AKTION GÖRLITZ	FKD	FREIE KRÄFTE DRESDEN
AJPL	ANTIFA JUGEND PLAUEN	FK-MITTELSACHSEN	FREIE KRÄFTE MITTELSACHSEN
AKP	ANTIFA KLEIN-PARIS	F-LEISNIG	FREIES LEISNIG
AN	AUTONOME NATIONALISTEN	FN-FREIBERG	FREIE NATIONALISTEN FREIBERG
AN AUE	AUTONOME NATIONALISTEN AUE	FSA	Freie Syrische Armee
ANTIFA RDL	ANTIFA ROSSWEIN-DÖBELN-LEISNIG	FSB	Federalnaja Sluschba Besopas- nosti Rossijskoj Federazii
ANTIFA RGB	ANTIFASCHISTISCHE AKTION ROCHLITZ- BURGSTÄDT-GERINGSWALDE	G	
A.O.L.	ANTIFASCHISTISCHE OFFENSIVE LEIPZIG	GETZ	GEMEINSAMES EXTREMISMUS- UND TERRORISMUSABWEHRZENTRUM
ASJL	ANARCHOSYNDIKALISTISCHE JUGEND LEIPZIG	GIZ	GEMEINSAMES INTERNETZENTRUM
B		GTAZ	GEMEINSAMES TERRORISMUSABWEHR- ZENTRUM
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz	H	
BND	Bundesnachrichtendienst	HNG	HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V.
C		HPG	VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE
CDK	KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMO- KRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA	I	
D		IAA	INTERNATIONALE ARBEITERINNEN ASSOZIATION
DGED	Direction Générale des Études et de la Documentation"	I-BNG	INITIATIVE BASISGEWERKSCHAFT NAHRUNG UND GASTRONOMIE
DKP	DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI	IL	INTERVENTIONISTISCHE LINKE
DSSS	ARBEITERPARTEI DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT	ISIS	ISLAMISCHER STAAT IM IRAK UND SYRIEN

J		NSV	Nationalistische Studenten-
JLO	JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCH-		vereinerung
	LAND e. V.	NSZ	NATIONALE SOZIALISTEN ZWICKAU
JN	JUNGE NATIONALDEMOKRATEN	NWL	NATIONALER WIDERSTAND LIMBACH
K		P	
KAD	KOMMUNISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS	PKK	ARBEITERPARTEI KURDISTANS
	DRESDEN	PMK	POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT
KADEK	FREIHEITS- UND DEMOKRAKIEKONGRESS	PYD	Partei der Demokratischen Union
	KURDISTANS		
KCK	VEREINIGTE GEMEINSCHAFTEN	R	
	KURDISTANS	RAF	ROTE ARMEE FRAKTION
KKK	GEMEINSCHAFT DER KOMMUNEN IN	RAZ	REVOLUTIONÄRE AKTIONSZELLEN
	KURDISTAN	RH	ROTE HILFE e. V.
KONGRA GEL	VOLSKONGRESS KURDISTANS	RHD	ROTE HILFE DEUTSCHLAND
KPD-Ost	KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS	RL	REVOLUTIONÄRE LINKE
KPF	KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI	RNF	RING NATIONALER FRAUEN
	DIE LINKE	RNJ	REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND
KPV	KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG		VOGTLAND
L		S	
LeA	LEIPZIGER ANTIFA	SDAJ	SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITER-
			JUGEND
M		SWR	Sluschba Wneschnei Raswedki
MF	MARXISTISCHES FORUM		Rossijskoj Federazii
MID	Military Intelligence		
	Department	T	
MLPD	MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI	TAK	FREIHEITSFALKEN KURDISTANS
	DEUTSCHLANDS	TCM	TERRORCREW MULDENTAL
MND	MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN	TddZ	Tag der deutschen Zukunft
MSS	Ministry of State Security		
N		U	
NJB	NATIONALER JUGENDBLOCK e. V.	URA DRESDEN	UNDOGMATISCHE RADIKALE ANTIFA
NPD	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI		DRESDEN
	DEUTSCHLANDS	UZ	UNSERE ZEIT
NSBM-Konzerte	National Socialist Black Metal-	Y	
	Konzerte	YDK	KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION
NS-BURGSTÄDT	NATIONALE SOZIALISTEN BURGSTÄDT	YEK-KOM	FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN
NSC	NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ		DEUTSCHLAND e. V.
NS-DÖBELN	NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN		

Herausgeber:

Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt
für Verfassungsschutz Sachsen

Redaktionsschluss:

15. April 2014

Auflage:

6.500 Exemplare

Satz & Gestaltung:

INITIAL Werbung & Verlag GbR

Druck:

Stoba-Druck GmbH

Bezug:

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden beim:
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen
Neuländer Straße 60, 01129 Dresden
Telefon: +49 351 85850
Telefax: +49 351 8585500
E-Mail: verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de
www.verfassungsschutz.sachsen.de

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

